



# **Wohlfahrtsstaat und Gesellschaft**

**Eine systemtheoretische Analyse der  
sozialwissenschaftlichen Wohlfahrtsstaatsforschung  
und die Theorie funktionaler Differenzierung**

**Claus Hadamek**

*A dissertation for the degree of Philosophiae Doctor*

**UNIVERSITY OF TROMSØ**  
**Faculty of Social Sciences**  
Department of Sociology

June 2008



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde ermöglicht durch ein Stipendium der Universität Tromsø, Norwegen (2005-2008). Ursprünglich war eine komparativ angelegte, systemtheoretisch informierte Studie geplant, in der norwegische und deutsche arbeitsmarktpolitische Dokumente hinsichtlich der zu Grunde liegenden Problemverständnisse miteinander verglichen werden sollten. Im Laufe der Zeit hat sich dann aber das Forschungsinteresse mehr und mehr auf die Analyse der kommunikativen „Beschaffenheit“ der sozialwissenschaftlichen Wohlfahrtsstaatsforschung als Forschungsgebiet hin verschoben. Die Durchführung dieser Studie wäre nicht möglich gewesen ohne fachlich-wissenschaftlichen Austausch und regelmäßiges Feedback.

In diesem Zusammenhang möchte ich meinem Betreuer, Professor Roar Hagen, für seine Geduld, Erreichbarkeit und konstruktiven Hilfestellungen danken, wann immer ich mit neuen Ideen und Vorschlägen in seinem Büro erschien. Ein großer Dank geht auch an die Mitglieder der von Leif Martin Haugen geleiteten Systemtheoriegruppe, die wertvolle und fruchtbare Diskussionen und Reflexionen angeregt haben. Dr. polit Walter Schönfelder war mir während der gesamten Stipendiatszeit in beruflichen wie alltäglichen Angelegenheiten mehr als nur nationaler Verbündeter. Die außerordentliche Hilfsbereitschaft (nicht zuletzt bei der Formatierung dieser Arbeit) und die zahlreichen konstruktiven Fachdiskussionen gilt es an dieser Stelle besonders hervorzuheben. Ein großer Dank geht auch an die gesamten Mitarbeiter des Instituts für Soziologie. An diesem von Professor Georges Midré geleiteten Institut habe ich Arbeitsbedingungen vorgefunden, von denen wohl die meisten Stipendiaten in Deutschland nur träumen können. Neben den regelmäßigen Forschungsseminaren möchte ich auch die zahlreichen sozialen Arrangements hervorheben, die man in dieser Form und Intensität wohl eher selten an deutschen, wissenschaftlichen Einrichtungen vorfindet. Mein weiterer Dank gilt Dr. Werner Schirmer, Universität Uppsala, Schweden sowie Professor Pongratz, Ludwig-Maximilians-Universität München, für wertvolle Anregungen und konstruktive Kritik. Ein herzliches Dankeschön möchte ich auch Professor Stephan Lessenich von der Universität Jena aussprechen, welcher als externer Gutachter ein erstes Manuskript beurteilen durfte. Die Doktorarbeit verdankt sich aber nicht nur fachlichem Input. Keiner hat die Doktorarbeitszeit, mit all ihren Höhen und Tiefen, so intensiv miterlebt wie meine Freundin Julia. Mit Zuspruch, Mut und Optimismus über drei nicht immer einfache Jahre hinweg stand sie mir stets zur Seite. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

Diese Arbeit möchte ich meinem 2005 verstorbenen Vater, Georg Hadamek, meiner Mutter, Monika Trümper-Hadamek, sowie meiner Freundin Julia widmen.

Tromsø, Norwegen, 16. Juni 2008

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung .....</b>	<b>1</b>
1.1	Hintergrund und Ziel der Arbeit.....	1
1.2	Problemformulierung: .....	6
1.3	Argumentation und die einzelnen Kapitel .....	10
<b>2</b>	<b>Niklas Luhmann's Systemtheorie .....</b>	<b>12</b>
2.1	Theorie sozialer Systeme: Kommunikation, Sinn, Beobachtung .....	12
2.2	Theorie funktionaler Differenzierung.....	20
2.2.1	Differenzierungsformen und der Primat funktionaler Differenzierung .....	20
2.2.2	Funktionale Differenzierung und Systemreferenz .....	25
2.2.2.1	System/Umwelt-Differenz I: Autonomie, Gesellschaft und Funktion	26
2.2.2.2	System/Umwelt-Differenz II: Re-entry und Reflexion .....	31
2.2.2.3	System/System-Differenz: Abhängigkeit und Leistung .....	34
<b>3</b>	<b>Methodologischer Konstruktivismus: Strikte Kopplung von Theorie, Methode und Empirie .....</b>	<b>39</b>
<b>4</b>	<b>Forschungsprozess.....</b>	<b>44</b>
4.1	Konstruktion des Untersuchungsgegenstandes .....	44
4.2	Datenauswahl I, II.....	46
4.3	Datenanalyse – Analysestrategie .....	48
4.3.1	Form-/Medienanalyse.....	50
4.3.2	Semantikanalyse .....	51
4.3.3	System-/Kopplungsanalyse .....	54
4.4	Datenauswertung .....	56
4.5	Der Forschungsprozess im Schaubild .....	57
<b>5</b>	<b>Wohlfahrtsstaat und Gesellschaft in der sozialwissenschaftlichen Wohlfahrtsstaatsforschung: Eine systemtheoretische Analyse der Möglichkeitenbedingungen .....</b>	<b>58</b>
5.1	Beobachtungs- und kommunikationstheoretische Analyse.....	58
5.1.1	Form-/Medienanalyse.....	58
5.1.1.1	Die Basisform »(Wohlfahrts-)Staat/(Arbeits-)Markt« .....	59
5.1.1.1.1	Die Zentralität der Basisform .....	59
5.1.1.1.2	Unterscheidungsformen.....	65
5.1.1.1.2.1	Umverteilung als Form: Öffentlich/Privat, kollektiv/individuell.	65
5.1.1.1.2.2	Kapital/(Erwerbs-)Arbeit als Form: Kommodität und Dekommodifizierung.....	68
5.1.1.1.3	Form und Reflexion: Dualismus, Dialektik .....	72
5.1.1.2	Erweiterungen der Basisform (Wohlfahrts-) Staat /(Arbeits-)Markt	79
5.1.1.2.1	Familie und der „dritte Sektor“ .....	79
5.1.1.2.2	Form und Reflexion.....	85
5.1.1.2.2.1	Form und Unterschied .....	85
5.1.1.2.2.2	Arbeit als Medium und mediales Substrat .....	90
5.1.1.2.3	Organisationsnetzwerke als fünfter Akteur? .....	94
5.1.1.3	Weitere Formen: Beobachtungsoptiken .....	96

5.1.1.3.1	(Arbeitsmarkt-)Inklusion/(Arbeitsmarkt-)Exklusion und Sozialität als Medium .....	96
5.1.1.3.1.1	Form und Medium.....	96
5.1.1.3.1.2	Form und Reflexion.....	101
5.1.1.3.2	Moral, Kausalität .....	105
5.1.1.3.2.1	Form und Medium.....	105
5.1.1.3.2.2	Form und Reflexion.....	108
5.1.1.3.3	Der (empirische) Vergleich .....	114
5.1.1.3.3.1	Form und Medium.....	114
5.1.1.3.3.2	Form und Reflexion.....	117
5.1.2	Semantikanalyse.....	120
5.1.2.1	Krisen-/Problemsemantik .....	120
5.1.2.1.1	Krisen-/Problemsemantik und ihre allgemeine Form .....	120
5.1.2.1.2	Form und Reflexion: Von der Krisen-/Problemsemantik zur Risikosemantik .....	124
5.1.2.2	Steuerungsemantik .....	128
5.1.2.2.1	Steuerungsemantik und ihre allgemeine Form .....	128
5.1.2.2.2	Form und Reflexion – Das Governance-Konzept .....	132
5.1.2.2.3	Zusammenfassung: Das neue Steuerungskonzept.....	139
5.1.2.2.4	Aktivierender Sozialstaat, aktivierende Arbeitsmarktpolitik: Beobachtungen eines neues Leitbildes .....	142
5.1.3	Die „Gesellschaften“ der sozialwissenschaftlichen Wohlfahrtsstaatsforschung.....	154
5.1.3.1	Problemgesellschaften: Die postindustrielle Wissens- /Risikogesellschaft.....	154
5.1.3.2	Lösungsgesellschaften: Wohlfahrtsgesellschaft, Bürgerliche Gesellschaft, Tätigkeitsgesellschaft .....	158
5.2	Differenzierungs-/systemtheoretische Analyse .....	161
5.2.1	Sw-WSF und wissenschaftliche Kommunikation.....	161
5.2.1.1	Wissenschaftliche Kommunikation.....	161
5.2.1.2	Sw-WSF als wissenschaftliche Kommunikation.....	164
5.2.2	Sw-WSF und politische Kommunikation .....	167
5.2.2.1	Politische Kommunikation .....	167
5.2.2.2	Sw-WSF als politische Kommunikation .....	171
5.2.3	Funktion, Leistung, Reflexion: Das Verhältnis von wissen- schaftlicher und politischer Kommunikation in der sw-WSF....	174
<b>6</b>	<b>Gesellschaftstheoretische Verkürzung und Hybridität – Eine systemtheoretische Interpretation .....</b>	<b>183</b>
6.1	Starre Begriffskopplungen mit Moral als „Metakode“ .....	183
6.2	Hypostasierung, Paradoxie- und Polykontextualitätsverzicht.....	185
6.3	Doppelter Anlehnungskontext und Systemreferenz .....	188
6.4	Zusammenfassung .....	190
<b>7</b>	<b>Wohlfahrtsstaat und Gesellschaft: Eine gesellschaftstheoretische Reformulierung.....</b>	<b>191</b>
7.1	Exkurs: Reflexionstheorie der Gesellschaft - Vom theoretischen Nutzen der Systemtheorie .....	192
7.2	Der Wohlfahrtsstaat in der funktional differenzierten Gesellschaft.....	194
7.2.1	Selbstbeschreibung und Reflexion im politischen System .....	194
7.2.2	Autonomie und Abhängigkeit, Spezifität und Universalität ...	201
7.3	Organisation und Funktionssystem .....	210

7.3.1	Rekursivität und Reflexivität.....	211
7.3.2	Inklusion/Exklusion.....	214
7.3.2.1	Vollinklusionspostulat - Exklusionsrealität.....	215
7.3.2.2	Operativität und Temporalität .....	220
7.3.3	Arbeitsorganisationen: "Arbeitsmarktinklusion/-exklusion" und sekundäre Leistungsrollen.....	224
7.3.3.1	Arbeit/Arbeitsleistung, Arbeitsorganisation .....	225
7.3.3.2	Arbeitsmarkt(-inklusion/-exklusion), sekundäre Leistungsrollen ....	229
7.4	Steuerung .....	238
7.4.1	Steuerung und die funktional differenzierte Gesellschaft .....	239
7.4.1.1	Steuerungsbedarf: Dependenz/Interdependenz und die Folgen funktionaler Differenzierung .....	239
7.4.1.2	Steuerungsmodus: Polykontexturale Selbststeuerung und Differenzminimierung/-maximierung .....	243
7.4.2	Möglichkeitsbedingungen politischer Steuerung .....	254
7.4.2.1	Steuerung und Politik .....	255
7.4.2.2	(Aktivierende) Arbeitsmarktpolitik: Systemtheoretisch beobachtet	260
<b>8</b>	<b>Schlussbetrachtungen.....</b>	<b>268</b>
	<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>272</b>

# 1 Einleitung

## 1.1 Hintergrund und Ziel der Arbeit

Wohlfahrtsstaatsforschung, so Lessenich, ist ein „äußerst dynamisches und entsprechend vielfältiges, ja unübersichtliches Forschungsfeld“ (Lessenich 2000: 40). Zu gleichem Ergebnis kommt auch Baldwin: „Even the seasoned observer may be forgiven for occasionally feeling lost in this academic Babel of paradigms, models, interpretations, accounts“ (Baldwin 1990: 36). Die international-vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung<sup>1</sup> wird als eine sozialwissenschaftliche, interdisziplinäre „Wachstumsindustrie“ bezeichnet (Lessenich 2000: 41, 69), Radin (2000) spricht analog von einer „growth industry“. Pierson/Castles zufolge genießt die Wohlfahrtsstaatsforschung hohe Resonanz in den sozialwissenschaftlichen Disziplinen (Pierson/Castles 2006: 1).

Beeindruckende Worte für die Beschreibung eines Forschungsgebietes. Die Aspekte Unübersichtlichkeit und hohe Resonanz werden also gleichermaßen bemüht, wenn es darum geht, dieses Forschungsgebiet zu charakterisieren. Es fällt in der Tat schwer, das, was als sozialwissenschaftliche Wohlfahrtsstaatsforschung (im Folgenden abgekürzt mit: sw-WSF) bezeichnet wird, disziplinär und thematisch genauer zu definieren. Dennoch scheinen sich zwei Disziplinen in besonderem Maße hervorzutun, Soziologie und Politikwissenschaften (Lessenich 2000; Berg-Schlosser/Müller-Rommel 2003b; Pierson/Castles 2006). Es erweist sich jedoch als schwierig, soziologische und politikwissenschaftliche Erkenntnisse und Beiträge auseinanderzuhalten. In der „Praxis“ der Wohlfahrtsstaatsforschung hat dies ohnehin keine nennenswerte Bedeutung. Die „Klassiker“ gelten als „Klassiker“, unabhängig davon, ob sie Soziologen oder Politikwissenschaftler sind. Esping Andersen, Titmuss und Marshall gelten in der Soziologie wie in der Politikwissenschaft als „Klassiker“. Die Unübersichtlichkeit der sw-WSF, von der Lessenich und Baldwin sprechen, ist zuvorderst theoretischer Natur. Neben den theoretischen Hauptströmungen der

---

<sup>1</sup> Lessenich kommt in seinem Buchbeitrag auf die unterschiedliche Praxis und Präferenz zu sprechen, von Sozialstaat bzw. Wohlfahrtsstaat zu sprechen. Entsprechend müsste man dann von Sozialstaats- bzw. Wohlfahrtsstaatsforschung sprechen. Er selbst entscheidet sich dann, unter Bezugnahme auf Kaufmann (1989), für den Begriff Wohlfahrtsstaat(-sforschung). Dem wollen wir uns anschließen.

Wohlfahrtsstaatsforschung gibt es verschiedene Abwandlungen, Varianten und „Hybride“ (Esping Andersen 1999; Lessenich 2000; Berg-Schlosser/Müller-Rommel 2003b; Schmid, J. 2003). Die Unübersichtlichkeit erweist sich aber außerdem noch als eine Thematische! In der sw-WSF geht es um so verschiedene Themen wie Staat, Kapitalismus, Globalisierung, Exklusion, Ungleichheit, Frauen, Benachteiligte, Marginalisierte, Klasse, Prekariat, Kinder, Familien, Organisationen, Steuerung, Politik, bürgerschaftliches Engagement uvm. Die Aufzählung könnte ins Unendliche fortgesetzt werden. Fest steht, dass dieses große Themenarsenal wohl die Forschungsaktivitäten der meisten Sozialforscher abdeckt. Kein Wunder also, dass die Resonanz so groß ist. *Was* Wohlfahrtsstaatsforschung ist und *wer* Wohlfahrtsstaatsforschung betreibt, sind dann aber auch Fragen, die aufgrund jener Unübersichtlichkeit nicht eindeutig zu beantworten sind.

Aber gerade dieser Umstand weckt das Interesse für dieses Forschungsgebiet *als Forschungsgegenstand*. Wenn schon nicht die Fragen nach dem „was“ und „wer“ leicht zu beantworten sind, so könnte man versuchen, der Frage nachzugehen, *wie* Forschung betrieben wird, die dann *als sozialwissenschaftliche Wohlfahrtsstaatsforschung* erscheint. Diesen Versuch wollen wir unternehmen und zentrale, rekursive Möglichkeitsbedingungen der sw-WSF analysieren, die die Selbstreferenz dieses Forschungsgebietes auszeichnen. Unter den rekursiven Möglichkeitsbedingungen wollen wir zweierlei begreifen: Die benutzten Formen, Medien und Semantiken sowie die spezifische Kommunikationsform. Unsere Forschungshypothese ist, dass die Möglichkeitsbedingungen der sw-WSF auf gesellschaftstheoretischen Verkürzungen und operativer Hybridität beruhen. Ersterer Sachverhalt meint, dass dieses Forschungsgebiet keine gesamtgesellschaftliche Begriffssymmetrie aufweist. Der zweite Aspekt stellt darauf ab, dass sich in der sw-WSF verschiedene rekursive Kommunikationszusammenhänge und damit Systemreferenzen überlagern.

Wenn man die Forschungsliteratur nach Antworten auf unsere Forschungsfrage hin absucht, wird man enttäuscht. Publikationen, von denen man Antworten erwarten könnte, stellen zwar im Titel einen unmittelbaren Bezug zur Wohlfahrtsstaatsforschung her, so etwa: »Soziologie des Sozialstaates« (Allmendinger/Ludwig-Mayerhofer 2000), »Vergleichende Politikwissenschaft« (Berg-Schlosser 2003) oder auch »The Welfare State Reader« (Pierson/Castles 2006). Statt jedoch die Wohlfahrtsstaatsforschung *als Objekt zu beschreiben*, wird dort zumeist Wohlfahrtsstaatsforschung *betrieben*. Im besten Fall erfährt man etwas über die Theorien und Methoden der



Wohlfahrtsstaatsforschung, mit denen auf diesem Forschungsgebiet gearbeitet und beobachtet wird.<sup>2</sup> In diesen Fällen geht es dann aber gerade darum, die *Verschiedenartigkeit* der *Theorien* darzulegen, und also die verschiedenen Zugriffe auf den Wohlfahrtsstaat zu analysieren und gegenüberzustellen. So löblich und lehrreich dies auch sein mag, Antworten auf unsere Forschungsfrage, was die Selbstreferenz der sw-WSF auszeichnet, sind nicht zu erwarten. Wir interessieren uns nicht (so sehr) für die einzelnen Wohlfahrtsstaatstheorien und ihre *Unterschiedlichkeit*. Unser Augenmerk ist vielmehr auf die abstrakter angelegte Analyse zentraler, rekursiver Formen/Beobachtungsoptiken<sup>3</sup> sowie Sinnkondensate gerichtet, die auf diesem Forschungsgebiet (re)produziert und aktualisiert werden und so eine *gemeinsame* kommunikative Grundlage bilden. Reine Theorieexegese bringt uns dann nicht weiter, zumindest dann nicht, wenn man *als* Theorie nur *die* Theorien definiert. Erst eine Analyse des umfassenderen *Begriffssystems* (was Theorien im „klassischen“ Sinne beinhaltet, aber eben darüber hinausgeht) der sw-WSF kann zentrale Möglichkeitsbedingungen dieses Forschungsgebietes analysieren. Ein solcher Zugang liegt „quer“ zu *den* Theorien und erfordert ein abstraktes, kommunikationstheoretisches Untersuchungsdesign. Eine solche kommunikationstheoretische Untersuchung der sw-WSF liegt, so weit ich die Literatur überblicken kann, noch nicht vor. Am ehesten mag man in diesem Zusammenhang an den von Lessenich herausgegebenen Sammelband »Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse« denken. Hier steht jedoch die historische Analyse der Semantiken des *Wohlfahrtsstaates* im Zentrum. Expliziter Referenzpunkt ist also der Wohlfahrtsstaat und nicht die Wohlfahrtsstaatsforschung. Als „begriffspolitischer Ansatz“ vorgestellt, stellt dieser Sammelband dann den Versuch dar,

„(...) das systematische Reflexionsvakuum der wohlfahrtsstaatlichen Formation zu füllen, indem mögliche Bausteine und Eckpunkte einer „*praktischen*“ – die Praktiken politischer Verständigung und Selbstverständigung reflektierenden – Theorie des Wohlfahrtsstaates identifiziert werden“ (Lessenich 2003: 11).

Die unterschiedlichen Beiträge in diesem Sammelband folgen überdies „keiner einheitlichen Struktur“, sie stellen vielmehr „höchst eigensinnige Teilstudien“ dar

---

<sup>2</sup> Dazu gibt es genügend Literatur. Aus der Vielzahl seien erwähnt und empfohlen: Lessenich (2000), Berg-Schlösser/Müller-Rommel (2003a, b), Schmid, J. (2003), Schmidt, M. (2001 a, b) sowie Hagen, K. (1991), Skocpol/Amenta (1986), Flora/Heidenheimer (1981).

<sup>3</sup> Dieser Begriff wird unter anderem von Tacke (2000), Rasmussen (2000, 2004) und Andersen (1999, 2003) verwendet. Wir wollen diesen Begriff übernehmen.

(Lessenich 2003: 16). Unsere Analyse verfolgt demgegenüber explizit *nicht* das Ziel, begriffliche Hilfestellung für den Wohlfahrtsstaat anzubieten. Unser Forschungsinteresse richtet sich auf die Möglichkeitsbedingungen der Wohlfahrtsstaatsforschung selbst. Dabei erheben wir prinzipiell den Anspruch auf länderunabhängige Gültigkeit der Analyseergebnisse. Gerade der international-komparativen Ausrichtung der sw-WSF ist es zu verdanken, dass Resonanz- und Anschlussfähigkeit dieses Forschungsgebietes international massiv gestiegen sind.<sup>4</sup> Natürlich gibt es länderspezifische Wohlfahrtsstaatsdiskurse<sup>5</sup>, diese müssen sich jedoch auch erst innerhalb des rekursiven Kommunikationszusammenhangs der sw-WSF Gehör verschaffen, sprich anschlussfähig sein. Dies setzt eine Form voraus, in der die länderspezifischen Unterschiede einen Unterschied machen. Diese und ähnliche Erkenntnisse erfordern ein analytisches Abstraktionsniveau. Es ist weder unser erklärtes Ziel noch unser Anspruch, jede noch so spezifische Form und Semantik zu analysieren.

Wir haben bereits erwähnt, dass diese Untersuchung ein abstraktes, kommunikationstheoretisches Untersuchungsdesign erfordert. Ein solches Design stellt hohe epistemologische und methodologische Anforderungen. Wir wählen daher einen Zugang, der Theorie, Methode und Empirie (Gegenstand) strikt koppelt und rekursiv aufeinander bezieht. Ein solcher „methodologischer Konstruktivismus“ (Hagen 2006) kann dann auch die Anfangsparadoxie in unserer Analyse „lösen“: Die Paradoxie nämlich, dass wir immer schon wissen müssen, was sw-WSF ist, bevor wir sie analysieren können. Wir haben ja gesagt, dass die Frage danach, „was“ sw-WSF ist, nur schwer beantwortet werden kann. Nichtsdestotrotz muss diese Frage beantwortet werden, um die Analyse durchführen zu können. Als Entparadoxierungsstrategie wählen wir eine Tautologie. Dann betrachten wir das als sw-WSF, was als sw-WSF – also: Soziologische und politikwissenschaftliche Wohlfahrtsstaatsforschung – bezeichnet wird. Die methodische Anweisung lautet dann: Beobachtung von Beobachtungen. Die Theorie, von der wir glauben, dass sie für diese Untersuchung am besten geeignet ist, ist die Systemtheorie Niklas Luhmann's. Die kommunikations- und differenzierungstheoretischen Analysestrategien dieser Theorie bieten ein fruchtbares Instrumentarium für die Analyse sowie die Überprüfung unserer Forschungshypothese.

---

<sup>4</sup> Dies muss einem spätestens an den Literaturverzeichnissen und Referenzen auffallen.

<sup>5</sup> Eine ihrerseits *komparativ* (im Sinne von: ländervergleichend) angelegte Analyse der Wohlfahrtsstaatsforschung würde gerade auf spezifische (Sub)Formen achten, mit denen (in den USA, England, Deutschland, Skandinavien usw.) beobachtet wird.

Unser Ziel ist jedoch nicht nur, die sw-WSF kommunikations- und differenzierungstheoretisch zu analysieren und systemtheoretisch zu interpretieren. Dem Begriffsapparat der sw-WSF stellen wir einen gesellschaftstheoretischen Begriffsapparat entgegen. Mit der systemtheoretischen Reformulierung zentraler Analyseergebnisse wollen wir neben der Wohlfahrtsstaatlichkeit der Gesellschaft auch die Gesellschaftlichkeit des Wohlfahrtsstaats betonen. Dieselbe Theorie also, die im „empirischen“ Teil unser Analysewerkzeug ist, ist im „theoretischen“ Teil Beschreibungswerkzeug. Die zentralen Vorteile gegenüber dem Begriffsapparat der sw-WSF werden in der Paradoxiefreudigkeit und in der Gegenstandsdistanz gesehen. Der häufig zitierte Ausspruch Niklas Luhmann's, mit der Systemtheorie eine „Universaltheorie“ bereitzustellen, die den Anspruch erhebt, alles Soziale erklären zu können (vgl. Luhmann 1984) - quer zu allen gegenstandsbezogenen Bindestrichsoziologien - provoziert geradezu die Fragestellung, welche (alternativen) Beschreibungen diese Theorie ermöglicht. Auf unseren Themenkomplex (Wohlfahrtsstaat und Gesellschaft) angewandt, wird der Mehrwert dieser theoretischen Perspektive gerade darin gesehen, ein zusammenhängendes, integratives Verständnis zu ermöglichen, jenseits undifferenzierter/verkürzter Ordnungsschemata wie »links/rechts«, »gut/schlecht« u. a. Dabei kann es sich nicht um die Darlegung eines systemtheoretischen Forschungsprogramms handeln, mit welchem dann systemtheoretische Wohlfahrtsstaatsforschung betrieben werden kann. Dazu ist das Forschungsinteresse zu abstrakt. Es handelt sich vielmehr um einen heuristischen Beitrag, aus dem freilich Ideen und Konzepte für eine gesellschaftstheoretische Wohlfahrtsstaatsforschung abgeleitet werden können.

Diese Arbeit versteht sich denn auch weder als Wohlfahrtsstaatsforschung noch als Anleitung zur Wohlfahrtsstaatsforschung. Sie ist zuvorderst ein gesellschaftstheoretischer Beitrag zur Forschung über die Wohlfahrtsstaatsforschung. Ihre Leistung ist dann zunächst darin zu sehen, eine deskriptive, kommunikations- und differenzierungstheoretische Analyse der sw-WSF, konzipiert als rekursiver Kommunikationszusammenhang, zu bieten. Darüber hinaus versteht sich diese Arbeit aber auch als gesellschaftstheoretischer Beitrag zur Thematik »Wohlfahrtsstaat und Gesellschaft«. Dies setzt die Einnahme der Position eines Reflexionstheoretikers der Gesamtgesellschaft voraus, wodurch sich ein größerer Vergleichsradius ergibt. Die sw-WSF, so wie sie in dieser Arbeit als Forschungsgegenstand analysiert wird, erfüllt ihren Zweck. Die gesellschaftstheoretischen Reformulierungen sind nicht etwa „besseres

Wissen“<sup>6</sup>, es handelt sich lediglich um anderes Wissen, das auf den Prämissen der Theorie funktionaler Differenzierung aufbaut. Zusammenfassend verfolgt die Arbeit also zwei übergeordnete Ziele:

- a) Eine systemtheoretische Analyse zentraler Möglichkeitsbedingungen des rekursiven Kommunikationszusammenhangs der sw-WSF
- b) Eine gesellschaftstheoretische Reformulierung zentraler Analyseergebnisse

Die Arbeit richtet sich an Wissenschaftler und Studenten, die Interesse an systemtheoretischer Analyse und Forschung haben. Neben einem Einblick in die epistemologischen und methodologischen Besonderheiten der Luhmann'schen Systemtheorie werden die einzelnen Phasen des Forschungsprozesses detailliert erörtert, von der Datenauswahl über die Anwendung der jeweiligen Analysestrategien bis hin zur Datenauswertung. Diese Arbeit richtet sich aber auch an Sozialforscher, die, aus welchen Gründen auch immer, mehr erfahren wollen über die sw-WSF und ihre Möglichkeitsbedingungen. Schließlich spricht diese Arbeit Sozialforscher an, die Interesse haben an dem heuristischen Potential der Systemtheorie, besonders im Hinblick auf die Thematik »Wohlfahrtsstaat und Gesellschaft«.

## 1.2 Problemformulierung:

Der Begriffsapparat der sw-WSF weist gegenstandsbezogene Asymmetrien auf, der Operationsmodus ist durch systemreferentielle Hybridität gekennzeichnet, und dies, obwohl dazu, *wissenschaftlich* gesehen, kein notwendiger Grund besteht. Als Forschung *über* den Wohlfahrtsstaat scheint sich die sw-WSF in hohem Maße auch als Forschung *für* den Wohlfahrtsstaat zu begreifen. Die sw-WSF erscheint dann als politisiertes Forschungsgebiet. Dies bringt eine affirmative Beziehung von Kommunikationsform und Gegenstand (Wohlfahrtsstaat) mit sich. Dieser Umstand wird auf dem Gebiet der sw-WSF praktisch unreflektiert reproduziert. Der Eindruck

---

<sup>6</sup> Eine solche Haltung wäre schon allein mit dem epistemologischen Fundament der Systemtheorie nicht vereinbar. Siehe Einleitung in »Soziale Systeme«: „Sie [die Systemtheorie: CH] reklamiert für sich selbst *nie: Widerspiegelung* der kompletten Realität des Gegenstandes. Daher *auch nicht: Ausschließlichkeit* des Wahrheitsanspruchs im Verhältnis zu anderen, konkurrierenden Theorieunternehmungen“ (Luhmann 1984: 9).

verhärtet sich, wenn man einen Blick auf die verschiedenen, „handelsüblichen“ Labels dieses Forschungsgebietes wirft: „Policy studies“, „comparative politics“ oder „political economy“ sowie „vergleichende Policy-Forschung“ und „Politikfeldanalyse“. In der Einleitung von Pierson/Castles (2006) ist davon die Rede, dass der von ihnen selbst herausgegebene Sammelband „The Welfare State Reader“ eine Einführung in die „*politics of the welfare state*“ ist. Dieses Buch enthält dabei Beiträge von Esping-Andersen, Korpi, Castles, Giddens, O’Connor, Offe, Marshall, Titmuss und Briggs, allesamt Referenzen, die wohl in keiner Literaturliste *soziologischer* Einführungskurse zum Thema Wohlfahrtsstaat fehlen. Es besteht also Grund zur Annahme, dass die sw-WSF eine politiknahe Forschung ist. Wenn dem so ist, sind gesellschaftstheoretische Verkürzungen wahrscheinlich. Dessen ungeachtet weist die sw-WSF aber offensichtlich hohe Resonanz- und Anschlussfähigkeit auf. Kaum eine Publikation, die nicht Teilaspekte der Herausforderungen und/oder Probleme wohlfahrtsstaatlicher Ordnung in der globalisierten Gesellschaft behandelt. Die rekursiven Möglichkeitsbedingungen dieses Forschungsfeldes scheinen eher anspruchslos angesetzt und stark auf den Gegenstand selbst bezogen zu sein. Trotz einer zögerlichen Öffnung des Vergleichsradius - Reziprozität und Interdependenz als theoretische Beschreibungsformeln - scheint sich im Falle der sw-WSF das Differenzierungsparadigma nicht von der politischen Semantik ihres Gegenstandes losreißen zu können. Zwar ist die sw-WSF versucht, mehr Gesellschaft in den Blick zu bekommen, dies geschieht aber zumeist in funktionalistischer Perspektive, unter der Führung politischer Semantik. Einen gesellschaftstheoretisch-symmetrischen und Paradoxien integrierenden Begriffsapparat findet man nicht vor. Widersprüche und Paradoxien werden vielmehr als Solche behandelt. Der Unübersichtlichkeit kann jedoch in der sw-WSF kein Einhalt geboten werden. Der Staat/Markt-Dualismus wird spätestens mit den reflexiven Einsichten von Offe (1984b), Dahrendorf (1983) und anderen (neomarxistischen) Sozialforschern umdefiniert in ein dialektisches Verhältnis. Offe (1984a), Bonß (2000), Beck (1999, 2000a) und Baetghe (1991) diskutieren die Frage, inwieweit Arbeit und der Arbeitsmarkt noch zentrales Inklusionsmedium bzw. zentrale Integrationsinstanz der Gesellschaft sind. Auch wenn die These vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ allgemein als verworfen gelten kann, so findet die Diskussion um den Stellenwert von Arbeit in der Zeit- und Subjektdimension sowie im Konzept der Tätigkeitsgesellschaft ihre Fortsetzung (Stichworte: Temporalisierung, Subjektivierung, dritter Sektor, Bürgerarbeit) In der Weiterführung der Theorie Esping Andersen’s ist der Begriff

Wohlfahrt von seiner akteurstheoretischen Fixierung auf den Staat abgekoppelt worden, in neomarxistisch-differenzierungstheoretischer Lesart wird der Wohlfahrtsstaat „entzaubert“ und sein Interesse an und die Abhängigkeit von Kapital herausgestellt (Offe 1984b, Vobruba 1992, Willke 1992) Der Wohlfahrtsstaat verliert sein Monopol auf Wohlfahrtsproduktion. Man spricht von „welfare mix“ und Wohlfahrtspluralismus (Evers 1990; Pankoke/Leisering 2003). Dem Wohlfahrtsstaat wird schließlich seine „wohltuende Wirkung“ abgesprochen (Stichwort: welfarization, Sozialkliententum). Die empirische und begriffstheoretische Trennschärfe „klassischer“ Beobachtungsformen, wie etwa Inklusion/Exklusion, verlieren an Eindeutigkeit, der normative Gehalt seine Unschuld (Kronauer 2002, Castel 2000a). Es wird begründungsbedürftig, Arbeitsmarktinklusio n per se als einzig glücklich machende Inklusionsform zu preisen (Stichwort: working poor). Man rettet sich mit einer moralischen Kodierung, indem man „gute“ von „schlechter“ Arbeitsmarktinklusio n abgrenzt (Esping Andersen 2002a; Gallie 2002a). Aber hier gibt es bereits kritische (!) Beobachtungen, die die Dominanz der Werte- und Moralkommunikation in den Sozialwissenschaften allgemein und damit auch und im Besonderen in der Wohlfahrtsstaatsforschung anprangern. So kritisiert Vobruba etwa den moralischen Impetus in der Sozialpolitikforschung und plädiert für eine differenzierungstheoretische Reformulierung des gesellschaftlichen Nutzens von Sozialpolitik (Vobruba 1992: 43). Hagen (1999: 9) konstatiert, dass ein Großteil der Literatur, die sich gerne als *Wohlfahrtsstaatsforschung* verstanden wissen will, sich auf *Sozialpolitikforschung* und damit auf die Analyse einzelner Tätigkeitsfelder (wie etwa Gesundheitswesen, Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe usw.) beschränkt. Dies gehe einher mit einer forschungspraktisch starken Betonung formeller, sozialer (Staatsbürger-)Rechte (ebd: 33). Kaufmann kritisiert, dass ein Großteil der sozialwissenschaftlichen Sozialpolitikliteratur selbst sozialpolitisch ist, normative Vorstellungen aus dem Objektbereich würden übernommen werden (Kaufmann 2003: 30). Nassehi kommt zu ähnlichem Ergebnis: Die Soziologie klebe an ihrem Gegenstand (Wohlfahrtsstaat, Politik). Sie komme in politisch-normativem Gestus daher (Nassehi 2000; 2003b). Für Münch ist es

„(...) nicht die Aufgabe der Sozialwissenschaften, in den Chor moralisch inspirierter Gesellschaftskritik einzustimmen; ihr genuiner Beitrag ist vielmehr Aufklärung durch Gesellschaftsanalyse“ (Münch 2001).

Wir scheinen es im Falle der sw-WSF also auf der einen Seite mit einem normativ-politischen Selbstverständnis, welches Anschluss und soweit auch Eindeutigkeit erzeugt, zu tun zu haben. Andererseits produziert dieses Forschungsgebiet aber auch Uneindeutigkeiten und Mehrdeutigkeiten, die, vor dem Hintergrund expansiver Tendenzen dieses Forschungsgebietes, mit der Entdeckung von *mehr Gesellschaftlichkeit* und (empirischer) Uneindeutigkeit, einhergeht. Im Gesamtbild erhält man den Eindruck, die zunehmende Öffnung der sw-WSF gegenüber moralisch-politischer Kommunikation gehe mit einer zunehmenden Unfähigkeit begriffstheoretischer Integration einher. Es findet sich keine Theorie, die *ohne* Rekurs auf Moral die Widersprüche und Paradoxien im Begriffssystem der sw-WSF zu integrieren versucht. Paradoxien, Widersprüche und Uneindeutigkeiten werden entweder durch Rekurs auf Moral temporär „gelöst“ oder in die Warteschleife empirischer Forschung gestellt. Die vielbeschworenen „Krisen“ des Wohlfahrtsstaates sind dann zunächst einmal als „Krisen“ der Begriffssysteme zu interpretieren. In diese Richtung weist auch die lakonisch-zynische Bemerkung von Lessenich:

„(...) die Krisen des Wohlfahrtsstaates sind nicht weniger auch die Quintessenz konkurrierender kritischer Diskurse, einer stetig anwachsenden, geradezu babylonischen Sprachverwirrung. Insofern ist eines zumindest sicher: Die nächste Krise kommt bestimmt; wenn sie nicht gerade schon wieder vorüber ist“ (Lessenich 2000: 68).

Um empirisch beobachtbare Begriffsprobleme macht man sich in der sw-WSF weniger Sorgen, man macht im Großen und Ganzen „business as usual“. Wir haben angedeutet, dass Resonanzfähigkeit und Unübersichtlichkeit die sw-WSF beherrschen und charakterisieren. Darin sehen wir ein gesellschaftstheoretisches Problem. Mit den kommunikations- und differenzierungstheoretische Analyse der rekursiven Möglichkeitsbedingungen der sw-WSF versuchen wir, dies zu explizieren. Dazu bedarf es einer besonderen Theorie und Analysemethode. Der Systemtheorie, konzipiert als Reflexionstheorie der Gesellschaft (Kieserling 2000; Luhmann 1984: 9; Hagen 2006: 38), ist es *untersagt*, den Selbstbeschreibungen der verschiedenen Funktionssystemen auf den Leim zu gehen und bestimmte Begriffe (wie etwa Arbeit, Politik, Wohlfahrtsstaat oder Inklusion) zu hypostasieren, ihnen also Höchstrelevanz zuzuschreiben. In unserem Fall kommt ihr dann vielmehr die Aufgabe zu, kritisch (sic!), d. h. im Beobachtungsmodus 2. Ordnung, Funktionsweise und Eigenart der sw-WSF zu beschreiben.

## 1.3 Argumentation und die einzelnen Kapitel

Neben dem Einleitungskapitel (1) hat dieses Buch sieben weitere Kapitel. In Kapitel (2) wollen wir zunächst einige für unsere Zwecke zentrale Aspekte des Analyse- und Beschreibungsinstruments, der Systemtheorie Niklas Luhmann's, genauer erläutern. Im Einzelnen werden wir dabei sowohl auf Elemente der Theorie sozialer Systeme (2.1) sowie auf die Theorie funktionaler Differenzierung (2.2) näher eingehen. Diese beiden Teiltheorien der Systemtheorie sind es, die für die Analyse und Reformulierung der sw-WSF von zentraler Bedeutung sind. Bevor wir den Forschungsprozess näher beschreiben, wollen wir in Kapitel (3) die epistemologischen und methodologischen Prämissen und Besonderheiten der Systemtheorie darlegen. Als »methodologischer Konstruktivismus« bezeichnet, soll hier das enge Verhältnis von Theorie, Methode und Empirie (Gegenstand) herausgestellt und erläutert werden. In diesem Zusammenhang müssen dann die Differenzen von Theorie/Empirie (Epistemologie) und Theorie/Methode (Methodologie) neu gedacht werden. Kapitel (4) entspricht dem, was man gemeinhin als „Methodenkapitel“ bezeichnet. Die einzelnen Phasen des Forschungsprozesses werden hier erläutert, wobei wir fünf Phasen unterscheiden: Konstruktion des Forschungsobjektes (4.1), (Aus-)Wahl des Datenmaterials und Wahl der Untersuchungseinheiten (4.2), Datenanalyse (4.3) und Datenauswertung/Interpretation (4.4). Ableitend aus den in Kapitel (2) dargelegten Ausführungen zur Systemtheorie und gemäß den Prämissen des methodologischen Konstruktivismus werden wir vier Analysestrategien näher beschreiben (4.3.1, 4.3.2, 4.3.3): Form-/Medienanalyse, Semantikanalyse und System-/Kopplungsanalyse. Nachdem wir unseren Forschungsprozess und unser Analyseinstrumentarium näher erläutert haben, erfolgt dann mit Kapitel (5) die eigentliche Analyse zentraler, rekursiver Möglichkeitsbedingungen der sw-WSF. Hierbei unterscheiden wir einen beobachtungs-/kommunikationstheoretischen Analyseteil (5.1) und einen differenzierungstheoretischen Analyseteil (5.2). Mit den Analysestrategien der Form-/Medien- sowie Semantikanalyse erfolgt zunächst die kommunikationstheoretische Analyse der sw-WSF. Ziel ist es, zentrale Formen, Medien, Beobachtungsoptiken und Semantiken zu analysieren und formentheoretisch zu beschreiben. Die formentheoretischen Analysen beinhalten dabei auch die Analyse formentheoretischer Reflexionen. Hier geht es um die Frage nach Eindeutigkeit bzw. Uneindeutigkeit von Formen. Jedem Analyseschritt folgt deshalb ein Abschnitt »Form und Reflexion«. Wir



wollen die kommunikationstheoretischen Analysen mit der Beschreibung von Gesellschaftskonzepten in der sw-WSF abschließen (5.1.3). Mit der System-/Kopplungsanalyse leiten wir über zur differenzierungstheoretischen Analyse der sw-WSF (5.2). Mit diesen Analysen wollen wir die Ergebnisse in Relation setzen zu zwei spezifischen Kommunikationszusammenhängen. Mit der Methode des Vergleichs wollen wir die Analyseergebnisse mit den Möglichkeitsbedingungen wissenschaftlicher und politischer Kommunikation abgleichen. Eine genauere Analyse des Verhältnisses der Systemreferenzen im Falle der sw-WSF schließt diesen Analyseteil ab (5.2.3). In Kapitel (6) erfolgt dann die Überprüfung unserer Forschungshypothese: Aus den Prämissen der Theorie funktionaler Differenzierung abgeleitete Merkmale gesellschaftstheoretischer Verkürzung bzw. operativer Hybridität werden hier mit den Analyseergebnissen verglichen. Mit der Überprüfung unserer Forschungshypothese bzw. der Interpretation unserer Daten endet der „empirische“ Teil unserer Arbeit. In Kapitel (7) erfolgt dann die gesellschaftstheoretische Reformulierung zentraler Analyseergebnisse. Dieses Kapitel versteht sich als heuristischer Beitrag zur Thematik »Wohlfahrtsstaat und Gesellschaft«. Zentrale Formen, Beobachtungsoptiken und Semantiken der sw-WSF wollen wir gesellschaftstheoretisch reformulieren/beleuchten. Mit mehr Gegenstandsdistanz werden dann andere Beschreibungen möglich. Begriffs- und Reflexionsprobleme, wie sie für die sw-WSF charakteristisch sind, können dann differenzierungs- und formentheoretisch „gelöst“ werden, im Sinne einer Integration der Paradoxien. Kapitel (8) greift zum Schluss noch einmal die Frage auf, was mit der systemtheoretischen Analyse der sw-WSF und der gesellschaftstheoretischen Reformulierung der Ergebnisse nun gewonnen ist.

## 2 Niklas Luhmann's Systemtheorie

Die Luhmann'sche Systemtheorie setzt sich aus verschiedenen Teiltheorien zusammen.<sup>7</sup> Im Folgenden wollen wir uns näher mit der Theorie sozialer Systeme (2.1) und der Theorie funktionaler Differenzierung (2.2) befassen. Diese beiden Teiltheorien sind es, die für unsere Analysen von zentraler Bedeutung sind. Was die Theorie sozialer Systeme betrifft, so werden wir die kommunikations- und beobachtungstheoretischen Prämissen erläutern. Die differenzierungstheoretischen Implikationen stehen dann im zweiten Teilabschnitt im Zentrum. Ausgehend von verschiedenen Differenzierungsformen (2.2.1) werden wir uns speziell mit der modernen, funktionalen Differenzierung näher beschäftigen (2.2.2). Dabei werden wir drei Systemreferenzen näher erläutern: Funktion (2.2.2.1), Reflexion (2.2.2.2) und Leistung (2.2.2.3).

### 2.1 Theorie sozialer Systeme: Kommunikation, Sinn, Beobachtung

Die Systemtheorie Luhmann's kann als operativ-konstruktivistische Gesellschaftstheorie bezeichnet werden. Was heißt das? Der Aspekt der Operativität soll zunächst besagen, dass alle sinnverarbeitenden Systeme<sup>8</sup> von Moment zu Moment, also prozesshaft, operieren und beobachten. Dabei erscheinen Kommunikationsereignisse (und deren Zurechnung auf Handlung) als die (analytischen) Letztelemente, d. h. als die kleinsten, nicht weiter de-komponierbaren Elemente (Luhmann 1984).<sup>9</sup> Kommunikation ist dabei als der „(...) basale Prozeß sozialer Systeme [definiert: CH], der die Elemente produziert, aus denen diese Systeme bestehen (...)“ (ebd: 192). Doch wie kommt Kommunikation zustande? Indem ein Beobachter (Ego) zwischen Information (Fremdreferenz) und Mitteilungsverhalten Alter's (attribuierte Selbstreferenz) unter-

---

<sup>7</sup> Üblicherweise wird die Luhmann'sche Theorie eingeteilt in: Theorie sozialer Systeme, Theorie funktionaler Differenzierung und Evolutionstheorie (Luhmann 1997: Kapitel 2, 3, 4).

<sup>8</sup> Dazu sind soziale Systeme und psychische Systeme zu zählen. Siehe dazu ausführlicher auf der nächsten Seite.

<sup>9</sup> Genau heißt es bei Luhmann: „Kommunikation ist die elementare Einheit der Selbstkonstitution, Handlung ist die elementare Einheit der Selbstbeobachtung und Selbstbeschreibung sozialer Systeme“ (Luhmann 1984: 241).

scheidet und auf Basis dieser Differenz „versteht“.<sup>10</sup> Die Komponenten Information (was wird mitgeteilt) und Mitteilung (wie und mit welcher Absicht wird etwas mitgeteilt) werden dann von Ego als Selektionen Alter`s vorausgesetzt (Attribution). Mit dem Verstehen unterscheidet Ego dann zwischen attribuerter Informationsselektion und Mitteilungselektion. Diese kurzen Ausführungen sollen an dieser Stelle genügen.<sup>11</sup>

Die für unsere Zwecke interessantere Anschlussfrage ist vielmehr, worauf denn diese Selektionsleistungen Alter`s und Ego`s beruhen. Die Antwort lautet: Sinnselektion und Sinnverarbeitung. Sinn ist insofern „der“ konstitutive Grundbegriff in der Systemtheorie Luhmann'scher Provenienz, da alles Prozessieren sozialer (Interaktions-, Organisations-, Funktions- und Protestbewegungssysteme) wie psychischer Systeme (Bewusstseinsysteme) Sinnprozessieren ist (ebd: 92ff). Dies ist nicht zuletzt für die empirisch konstitutive Differenz von System (Selbstreferenz) und Umwelt (Fremdreferenz) von zentraler Bedeutung. Denn Systemgrenzen sind letzten Endes Sinn Grenzen. Beobachtet man nun Kommunikationen, beispielsweise die sw-WSF, so ist man als systemtheoretischer Beobachter dazu angehalten, Sinndesiderate und Formen zu beobachten, um so „etwas“ als „etwas“ (im Unterschied zu wieder „etwas anderem“) beobachten zu können, und somit Aussagen über die Möglichkeitsbedingungen dieses Forschungsfeldes treffen zu können.

„Die Ausdifferenzierung eines Systems mit Hilfe besonderer Sinn Grenzen artikuliert einen welt-universalen Verweisungszusammenhang mit der Konsequenz, daß für das System feststellbar ist, womit es sich selbst und womit es seine Umwelt intendiert“ (ebd: 96).

Sinnprozessieren ist also die basale Operation von sinnverarbeitenden Systemen. Sinn ist dabei weder schon immer als Sinn quasi ontologisch gegeben, noch behält Sinn sei-

---

<sup>10</sup> Die handlungstheoretische Konstellation Ego-Alter wird also in der Systemtheorie umgedreht. Nicht derjenige, der spricht, ist Ego, sondern derjenige, der jemanden beobachtet, wie er mitteilt. Reine Wahrnehmung gilt dann noch nicht als Kommunikation; Um Luhmann's Beispiel aufzugreifen, kann etwa rasches Gehen als Zeichen von Eile wahrgenommen werden oder aber auch als Demonstration (Mitteilung!) von Eile, nur um nicht ansprechbar zu wirken (Luhmann 1984: 208). Interessant an der Luhmann'schen Kommunikationstheorie ist außerdem, dass auch Nicht-Verstehen Verstehen ist, solange zwischen Information und Mitteilung unterschieden wird. Man weiß zwar nicht, wie man etwas verstehen soll, aber man weiß sehr wohl, dass etwas verständlich gemacht werden soll. In diesem Fall werden sich Nachfragen in Bezug auf die Informationskomponente nicht vermeiden lassen: „Entschuldigung, da habe ich Sie wohl falsch verstanden“ Vertiefend hierzu Luhmann 1984, Luhmann 1997 und Kieserling 1999.

<sup>11</sup> Bei Luhmann heißt es: „(...) daß der Verstehende [Ego: CH] auf Seiten des Kommunizierenden [Alter: CH] Selbstreferenz voraussetzen muß, um an ihr Information und Mitteilung unterscheiden zu können“ (Luhmann 1984: 208). Die Aufmerksamkeit Ego`s ist dann freigestellt für das Verstehen dessen, was gesagt wird (ebd: 210).

nen Sinngehalt ein für allemal. Luhmann spricht in diesem Zusammenhang von dem Grundsachverhalt „basaler Instabilität“ (ebd: 99).

„Sinn ist laufendes Aktualisieren von Möglichkeiten. (...) Die Instabilität des Sinnes liegt in der Unhaltbarkeit seines Aktualitätskerns; (...) Und Sinn haben heißt eben: daß eine der anschließbaren Möglichkeiten als Nachfolgeaktualität gewählt werden kann und gewählt werden muß, sobald das jeweils Aktuelle verblaßt, ausdünnt, seine Aktualität aus eigener Instabilität selbst aufgibt“ (ebd: 100).

Als sinnverarbeitende Systeme sind soziale und psychische Systeme in ihrem Prozessieren auf (basale) Selbstreferenz angewiesen, die zu Grunde liegende Unterscheidung ist die von Element und Relation.<sup>12</sup> Sinnprozessieren ist mit anderen Worten immer *systemspezifisches* Sinnprozessieren, wodurch rekursive Geschlossenheit (Autopoiesis) hergestellt wird. „Ein System kann man als selbstreferentiell bezeichnen, wenn es die Elemente, aus denen es besteht, als Funktionseinheiten selbst konstituiert“ (ebd: 59).

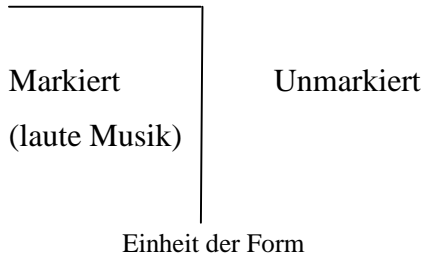
Doch wie kann die Tautologie, „ (...) daß alles, was im Sinn prozessiert wird, Sinn haben muß (...)“ (ebd: 102), enttautologisiert werden? Zu diesem Zweck müssen wir uns näher mit dem Zusammenhang von Sinnprozessieren/Sinnselektion, Beobachtung und Selbstreferenz beschäftigen. Sinn muss selektiert werden, er ist nicht schon als solcher vorhanden. Woher sollen Systeme aber wissen, was Sinn macht und was nicht? Und wie kommen sie überhaupt dazu, bestimmten Sinn als Sinn zu identifizieren, während andere Sinnmöglichkeiten ausgeschlossen und also diskriminiert werden? Sinnverarbeitung ist an die Verwendung von Differenzen für anschließende Informationsverarbeitung gebunden (ebd: 100). Jedes sinnverarbeitende System (soziales oder psychisches System) kann dabei Informationen nur dann als Informationen verarbeiten, wenn sie einem empirischen (also: beobachtbaren) Ereignis Relevanz abgewinnen können. Dazu bedarf es bestimmter (!) Relevanzgesichtspunkte, die durch unterscheidungsbasiertes Beobachten ermöglicht werden. Erst die Wahl und Entscheidung für bestimmte Beobachtungen erlaubt es überhaupt, etwas als relevante Information zu selektieren. Stellt man beispielsweise fest, dass etwas zu laut ist, so im Unterschied zu „(angenehm) leise“. Die diese Unterscheidung ermöglichende Beobachtungsoptik ist dann in diesem Falle »laut/leise«. Sinn ist also als ein endloser Verweisungszusammenhang zu denken, als Horizont (Nassehi 2003a). Sinn muss, mit anderen Worten, in Differenz-Form gebracht werden, dazu bedarf es

---

<sup>12</sup> Vgl. Luhmann (1984: 599ff)

Beobachtungsoperationen. Luhmann (1990: 68ff) definiert, in Anlehnung an Brown (1979), Beobachten als Unterscheiden. Jede Unterscheidung (Beobachtung) ermöglicht sich dabei als Zwei-Seiten-Form, bei der eine Seite betont (markiert) wird, während die andere Seite – temporär - nicht aktualisiert ist und unmarkiert bleibt (Luhmann 1990: 84). Spencer Brown's Zeichengebrauch folgend, lässt sich dies wie folgt darstellen:

**Schaubild (1) Allgemeine Form der Form am Beispiel lauter Musik:**

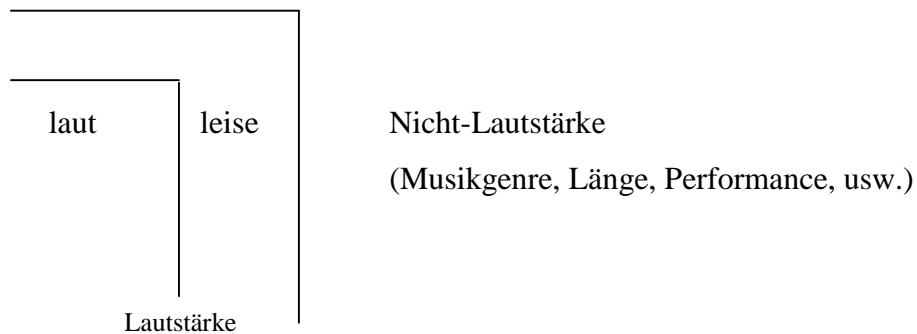


Der nach links geklappte, waagrechte Strich zeigt dabei an, dass „laute Musik“ beobachtet (markiert) wird, während der senkrechte Strich für die Einheit der Form steht. Rechts davon, also auf der unmarkierten Seite, steht eine andere Beobachtung, die im Moment der Beobachtung „lauter Musik“ nicht beobachtet werden kann. Es bedarf also immer eines Unterschiedes, um „etwas“ zu sehen. „Deshalb ist ein unterscheidungsloses Beobachten undenkbar“ (Luhmann 1990: 519) Wann immer also etwas beobachtet wird, wird unterschieden und damit „Welt“<sup>13</sup> diskriminiert: Auch Kognitionen, also die Operationen des psychischen Systems, beobachten „für sich“ (ebd: 523). Beobachtungen können nur „blind“ operieren. Sie können ihre Unterscheidung im Moment der Unterscheidung nicht unterscheiden, da „die Unterscheidung (...) eine Form [ist: CH], die ihrerseits eine Innenseite (das Unterschiedene) und eine Außenseite (das Sonstige) unterscheidet“ (ebd: 84). Jede Beobachtung benutzt also die eigene Unterscheidung als seinen „blinden Fleck“. Alle Unterscheidungen werden letzten Endes durch sich selbst ermöglicht, sind also selbstimplikativ (ebd: 84). Dies führt zu dem Paradox, dass man mit dem Unterscheiden nicht anfangen kann, ohne schon unterschieden zu haben (ebd: 84). Um also die benutzte Unterscheidung sehen zu können, bedarf es einer Beobachtung zweiter Ordnung. Eine solche Beobachtung kann entweder vom Beobachter erster Ordnung selbst (mit Zeitverzögerung) oder von einem anderen Beobachter durchgeführt werden.

<sup>13</sup> „Welt“ verstanden als nicht überblickbarer Möglichkeitsraum (Luhmann 1984)

Erst jetzt kann die Einheit der Form gesehen werden, die in unserem Beispiel der Beobachtung „lauter Musik“ zu Grunde liegt: Die Form »laut/leise«, die wir als Lautstärke bezeichnen können. Die Beobachtung dieser Form (Lautstärke) ist aber seinerseits auch nur *als Unterscheidung* möglich. Unser Schaubild würde sich wie folgt erweitern:

### Schaubild (2) Form der Beobachtung zweiter Ordnung am Beispiel „Lautstärke“



Um »Lautstärke« als Einheit der Form »laut/leise« zu beobachten, muss diese von etwas anderem (Musikgenre, Länge, Performance usw.) unterschieden werden. Die Unterscheidung »Lautstärke/Nicht-Lautstärke« ist dann ihrerseits eine Form. Im Zusammenhang mit der Unterscheidung von Beobachtung erster und zweiter Ordnung ist es hilfreich, die Begriffe Operation und Beobachtung zu unterscheiden (Luhmann 1990: 77, 115). Der Unterschied liegt in der *Verwendung* bzw. *Beobachtung* von Unterscheidungen. Während Operation als in Echtzeit ablaufendes Unterscheidungsprozessieren verstanden wird, so ist Beobachtung nicht auf den aktuellen, ereignishaften Vollzug von Unterscheidungsprozessen gerichtet<sup>14</sup>, sondern vielmehr auf die Beobachtung des Unterscheidungsprozesses selbst.<sup>15</sup> Anders ausgedrückt: Im Moment des Operierens kann kein sinnverarbeitendes System seine Einzeloperationen selbst beobachten.

<sup>14</sup> Natürlich ist auch Beobachten nur als Operation möglich.

<sup>15</sup> Vor diesem Hintergrund ist dann auch Kommunikation als eine beobachtende Operation zu begreifen. Hier wird nämlich die Unterscheidung zwischen Information und Mitteilung prozessiert, der Mitteilende bzw. das, was mitgeteilt wird, dient dann im weiteren Prozessieren als Adressat bzw. Anknüpfungspunkt für weitere Kommunikation (Luhmann 1990: 77).

„Wir können auch formulieren: das Beobachten [*als Operation!* CH] benutzt die eigene Unterscheidung als seinen blinden Fleck. Es kann nur sehen, was es mit dieser Unterscheidung sehen kann. Es kann nicht sehen, was es nicht sehen kann“ (Luhmann 1990: 85).

Ist damit der Beobachter zweiter Ordnung schon immer der „bessere“ Beobachter? Nein! Als Beobachter von Beobachtungsleistungen ist der Beobachter zweiter Ordnung immer auch Beobachter erster Ordnung. Um es noch einmal deutlich zu machen: Er ist immer auch *operierender* Beobachter. Als solcher kann dieser ebenfalls beim Beobachten beobachtet werden.

„Auf der Ebene der Beobachtung zweiter Ordnung, auf der man Beobachter beobachtet, bezieht man keine hierarchisch höhere Position. (...) kein Anspruch auf Beherrschung und Kontrolle, sondern nur ein spezifisches Interesse an einer spezifischen Unterscheidung“ (Luhmann 1990: 87).

Schließlich und endlich fragt der Beobachter dritter Ordnung nach den epistemologischen Möglichkeitsbedingungen der Beobachtung zweiter Ordnung (Luhmann 1990: 499; Luhmann 1997: 1117; Hagen 2006: 59). Der Beobachter dritter Ordnung (der identisch sein kann mit dem Beobachter zweiter Ordnung) muss dann entweder - im Falle der Identität von Beobachter 2. und 3. Ordnung - einsehen, dass die operative Blindheit und Naivität auch für ihn als Beobachter von Beobachtern gilt (Hagen 2006: 59). Oder aber - im Falle der Nichtidentität von Beobachter 2. und 3. Ordnung - ein Beobachter dritter Ordnung sieht, dass die Beschreibungen eines Beobachters von Beobachtern ebenfalls nur dessen Konstruktionen sind. Mit diesem dritten Niveau ist die höchste epistemologische Reflexionsstufe erreicht. Der autologische Zirkel ist geschlossen.

„Es handelt sich nicht nur um ein Kettenphänomen, nicht nur darum, daß A beobachtet, wie B C beobachtet, (...) sondern um eine Reflexion der Bedingungen der Möglichkeit der Beobachtung zweiter Ordnung und ihrer Folgen für das, was dann noch gemeinsame Welt oder Beschreibungen ermöglichende Gesellschaft sein kann“ (Luhmann 1997: 1112).

In welchem Zusammenhang steht dies nun zu Sinnprozessieren und Systemgrenzen? Wir haben bereits erwähnt, dass Systemgrenzen Sinn Grenzen sind. Sinn als Medium wird in den Operationen sinnverarbeitender Systeme (also: Sozialer und psychischer Systeme) in Form von Differenzkonstruktionen prozessiert. Sinn als Medium, als „lose gekoppelter Zusammenhang von Elementen“, wird dann in der Operation des Unterscheidens an bestimmten Stellen markiert und so in Form von 'Formen'

(Unterscheidungen) strikt gekoppelt.<sup>16</sup> Ohne Unterscheiden keine Sinnselektion. Je nach (systemspezifischen) Relevanzgesichtspunkten/Beobachtungsschemata wird dann dies oder jenes bezeichnet.

„Information ist nur im System, nur dank dessen Auffassungsschema möglich. Sie erscheint als Selektion aus einem Möglichkeitsbereich, den das System selbst entwirft und für relevant hält“ (ebd: 104).

Solche, Informationen extrahierenden Beobachtungsschemata können ihren Vergleichsgesichtspunkt dabei auf verschiedene Sinndimensionen gründen. Luhmann unterscheidet hier Sachdimension, Sozial- und Zeitdimension (Luhmann 1984: 112ff 1997: 44ff). Dies und nicht jenes (Sachdimension), zu jenem im Unterschied zu einem anderen Zeitpunkt (Zeitdimension), diese (Gruppe von) Person(en) und nicht andere (Sozialdimension). Rekursiv-geschlossene, sinnverarbeitende Kommunikationssysteme entstehen nun immer dann, wenn systemspezifische, ereignisbasierte Elemente (Kommunikationen bzw. Gedanken) durch Rück- und Vorgriff auf eigene Elemente reproduziert werden (= basale Selbstreferenz). Der Zwang zur Selektion, zur Aktualisierung *bestimmter* sinnhafter Ereignisse aus einem weltoffenen Möglichkeitshorizont, ergibt sich dabei aus einem Überschuss von Verweisungen auf anderen Sinn. Dieser Überschuss an Möglichkeiten muss eingeschränkt, Weltkomplexität reduziert werden, und dies in einer je systemspezifischen Art und Weise. Die Sinn konstituierende Differenz von Aktualität und Potentialität verweist dabei schon immer auf temporalisierte Komplexität (basale Instabilität). Die Nicht-Bezeichnung von Sinn und damit die temporäre Inaktualität unbestimmter Sinndesiderate bedeutet nicht, dass diese zu einem späteren Zeitpunkt nicht aktualisiert werden könnten (Luhmann 1984: 100f). Luhmann gewinnt der Theorie der Temporalisierung die Konsequenz ab, dass Systeme mit temporalisierter Komplexität auf ständigen Zerfall *angewiesen* sind (ebd: 78). Selbstreferentielle Reproduktion der stets ereignishaften Elemente eines Systems ist dann als sog. „reflexive Produktion“ für die Fortsetzung sinnverarbeitender Systeme konstitutiv. Diesen Gedankengang wollen wir kurz illustrieren: Preise in der Wirtschaft und kollektiv bindende Entscheidungen in der Politik müssen sich ändern können, da die Umwelt per se keine Stabilität, im Sinne von Redundanz bereitstellt. Rekursive, umweltabhängige Kommunikations-

---

<sup>16</sup> Zum Verhältnis von Medium und Form siehe: Luhmann (1990: 53ff) oder Luhmann (1997: 190-201).



zusammenhänge bedürfen dann selbst systemeigener Instabilität, im Sinne von Variabilität. Gleichzeitig erwächst aus der Ereignishaftigkeit (Temporalität allen Sinnprozessierens) ein Bedarf an bewahrenswerten Sinnvorgaben zur kommunikativen Wiederverwendung (Luhmann 1984: 224; Luhmann 1997: 888ff). Neben den fortlaufenden Prozessen sozialer Systeme kommt also den Strukturen (im Sinne von Erwartungssicherheiten) eine systemkonstitutive Bedeutung zu. Die *Irreversibilität* des momenthaften Operierens sinnverarbeitender Systeme sowie das Erfordernis von *Reversibilität* und Wiederholbarkeit stehen also Seite an Seite. Mit Luhmann wollen wir von solchen bewahrenswerten, kondensierten Sinnvorgaben, insofern sie für weitere Kommunikation bereitgehalten werden, als von Semantik sprechen (Luhmann 1997: 887). Solche Sinnkondensate haben für rekursive Verweisungszusammenhänge besonders im Hinblick auf deren Ausdifferenzierung und damit in Bezug auf die Etablierung einer *Leit-Differenz* konstitutive Bedeutung, definieren sie doch die Bedingungen, nach denen Systeme Sinnselektion betreiben und sich so selbst informieren. Ohne die im System jeweils gezogene, Sinn selektierende Differenz zur Umwelt, gebe es sowohl das System selbst wie auch die systemspezifische Umwelt nicht. Sinnverarbeitende Systeme müssen aber gleichzeitig, da die Umwelt dynamisch ist, so viel Variabilität aufweisen, dass sie auf Veränderungen in der Umwelt des eigenen Systems reagieren können. Dies impliziert ein reziprokes Steigerungsverhältnis von Offenheit *und* Geschlossenheit, von Abhängigkeit *und* Autonomie, Redundanz *und* Varietät.<sup>17</sup> Damit leiten wir auch schon über zum Gesellschaftsbezug der Systemtheorie Niklas Luhmann's.

---

<sup>17</sup> Die Gegenwart, so Luhmann, erscheint immer als Einheit der Differenz von Vergangenheit und Zukunft und eben auch der Einheit der Differenz von Redundanz und Varietät: „Genau das ist aber zugleich die Bedingung der Möglichkeit der Beobachtung von Neuem; denn Neues setzt immer Redundanzen voraus, an denen es als Variation erkennbar ist; selbst die Neuheit des Neuen ist redundant, da man aus der Erfahrung mit Neuheiten immer schon weiß, um was es sich handelt, und da man über immer denselben Gegenbegriff »alt« verfügt, um Neues wiederholt unterscheiden zu können“ (Luhmann 1997: 1007).

Man kann sich dies anhand eines Beispiels gut vor Augen führen. Was könnte das Argument einer Personalabteilung sein, „erfahrene“ Leute einstellen zu wollen? Diese Leute sollen in zukünftigen Entscheidungssituationen (Varietät) auf Erfahrungswerte aus früheren Entscheidungssituationen (Redundanz) zurückgreifen können.

## 2.2 Theorie funktionaler Differenzierung

Ist in der Theorie sozialer Systeme die »Form« (Unterscheidung) zentrale Begriffsfigur, so kommt der *spezifischen* Form »System/Umwelt« in der Theorie funktionaler Differenzierung zentrale empirisch-analytische Bedeutung zu (Luhmann 1984: 242). Will die Systemtheorie als Gesellschaftstheorie Aussagen über die Gesellschaft machen (Hagen 2006), so muss sie die Form »System/Umwelt« bemühen. Wir wollen in diesem Abschnitt zunächst näher auf die von Luhmann erwähnten, verschiedenen Differenzierungsformen eingehen, mit denen die Einheit der Gesellschaft beschrieben werden kann (2.2.1). Mit der Differenzierungsform der Funktionaldifferenzierung werden wir uns dann in Abschnitt (2.2.2) genauer beschäftigen, wenn es gilt, die drei Systemreferenzen, Funktion (2.2.2.1), Leistung (2.2.2.2) und Reflexion (2.2.2.3), näher zu bestimmen.

### 2.2.1 Differenzierungsformen und der Primat funktionaler Differenzierung

Die Differenzierungsformen interessieren Luhmann als Frage nach dem Verhältnis der Teilsysteme zu einem Gesamtsystem (Luhmann 1997: 609). Unter diesem Gesichtspunkt unterscheidet er vier Differenzierungsformen: Segmentäre Differenzierung, Zentrum/Peripherie-Differenzierung, stratifikatorische Differenzierung und funktionale Differenzierung. Die der Unterscheidung dieser vier Differenzierungsformen zu Grunde liegende Differenz ist »gleich/ungleich«.<sup>18</sup>

Mit dieser „Brille“ betrachtet, lässt sich dann segmentäre Differenzierung beschreiben als Differenzierungsform, in der Gleichheit das Verhältnis der gesellschaftlichen Teilsysteme - Clan- und Familieneinheiten – zueinander prägt. In diesen von Luhmann als tribal bzw. archaisch bezeichneten Stammesgesellschaften wird dabei die Familie bzw. der Clan als Einheitsfiktion vorausgesetzt. Über die Zuordnung zu einem dieser gleichen Segmente entscheidet Territorialität und/oder Abstammung. Gesellschaft findet hier also je innerhalb dieser Segmente statt, und dies ausschließlich über Interaktion, also Kommunikation unter Anwesenden (Luhmann 1984, Kap. 10; Kieserling 1999).

---

<sup>18</sup> Die folgenden Ausführungen beziehen sich, soweit nicht anders vermerkt, auf Luhmann (1997), 2. Band, Kapitel 4, entsprechende Unterkapitel.

Mit der Differenzierungsform Zentrum/Peripherie wird dagegen Ungleichheit im Verhältnis von Zentrum und Peripherie inkorporiert. Diese von Luhmann allgemein als „vormoderne Hochkulturen“ bezeichneten Gesellschaftsformationen weisen zwar meist in der Peripherie mehrere, in Familienhaushalte segmentär differenzierte Einheiten vor. Im Zentrum jedoch finden weitere, interne Differenzierungsprozesse statt, die in ihren Ordnungsstrukturen zunehmend auf stratifikatorische Differenzierung hin ausgerichtet sind. Mit der Bildung von Großreichen, Handelsstädten und dergleichen wächst schlagartig die soziale, auf Kommunikation bezogene Komplexität an. Mit den erweiterten Handels- und Handlungsräumen steigen die Kommunikationsmöglichkeiten. Während die Form »gleich/ungleich« hier noch territorial begrenzt zur Anwendung kommt (es macht einen Unterschied, ob man im Zentrum oder in der Peripherie lebt), so durchzieht und betrifft sie im Falle stratifikatorischer Differenzierung ein größeres Kollektiv, nämlich die gesamte Bevölkerung und nicht mehr nur das Zentrum. In den von Luhmann als „Adelsgesellschaften“ bezeichneten Gesellschaftsformationen wird *rangmäßige Ungleichheit* praktiziert. Nicht mehr Abstammung und Verwandtschaft ordnet die Einheit der segmentären Differenz der Gesellschaft, sondern die auf Geburt sich stützenden Rangdifferenzen. Die „Ordnungsachse“ ist nicht länger die Familienzugehörigkeit, sondern die Schichtzugehörigkeit. Diese Zugehörigkeit wird dabei so konzipiert, dass sie multifunktional – und das heißt: In allen Bereichen des Lebens – wirkt, also Statuskonsistenz hervorbringt. Mit anderen Worten: Einmal Unterschicht, immer Unterschicht. Zugang zu Macht und Geld ist in der Oberschicht gebündelt, die sich via Endogamie und praktizierter Distinguiertheit (Kleidungsstil, Verhalten) als Oberschicht „schließen“ kann. Die Gesellschaft kann sich dann als eine von der Oberschicht repräsentierte Gesellschaft beschreiben. Einheitsbezug sind hier aber immer noch die Familien bzw. Haushalte und nicht sachlich-funktionale Selbstbeschreibungen. *In*-Dividuen sind noch keine kommunikativen Bezugsgrößen. Dies ändert sich mit dem Übergang zur funktionalen Differenzierung. Für die „Teile“<sup>19</sup> der funktional differenzierten Gesellschaft und das Verhältnis dieser „Teile“ zueinander sind jetzt sowohl der Gesichtspunkt der Gleichheit wie auch der Gesichtspunkt der Ungleichheit konstitutiv. Die Einheit der Gesellschaft wird als Differenz prinzipiell *gleichrangiger*, in ihrer Funktion *ungleicher* Sozialsysteme vorgestellt. Die

---

<sup>19</sup> Wir werden im nächsten Abschnitt (2.2.2) noch genauer auf die Luhmann'sche Variante eines „Teil-Ganzes“-Paradigmas eingehen.

„Ordnungsachse“ ist jetzt keine Sozial-Rangmäßige mehr, sondern eine Sachlich-Funktionale. Mit dem Übergang von stratifikatorischer Differenzierung zum Primat funktionaler Differenzierung verliert Rangdifferenz als Ordnungsmedium ihre funktionale Bedeutung. Der Mensch kann nicht länger *Differenzierungsmedium* sein, da semantische Errungenschaften (Gleichheit, Freiheit) es jetzt nicht länger legitimieren, unterschiedliche, und vor allen Dingen ungleiche (Menschen-)Formen zu bilden. Menschen werden zu Adressaten und werden von der Systemtheorie in die Umwelt der Gesellschaft plaziert. Dazu später noch genauer. Die funktionale Differenzierung reagiert darauf mit der Verschiebung von Unterschieden und Ungleichheiten von der Sozialdimension in die Sachdimension. Funktionssysteme und andere kondensierte Kommunikationsräume verdichten und bilden sich aus. Deren Funktion besteht nun darin, je spezifische, gesamtgesellschaftliche Bezugsprobleme zu bearbeiten. Und diese Probleme sind immer *Probleme der sozialen Kommunikation* (Luhmann 2005c: 59). Nachdem der Mensch als legitimes, primäres Differenzierungsmedium nicht mehr zur Verfügung steht, müssen sich Strukturen und Bereiche *kommunikativ selbst* ordnen. Die verschiedenen, gesellschaftlichen Bereiche wie Politik, Wirtschaft und Handel, Intimbeziehungen und Heirat, Wissenschaft, Religion, Sozialisation und Erziehung, Recht usw. gab es natürlich, mehr oder weniger stark ausgeprägt, auch schon immer vor der Herausbildung der funktional differenzierten Gesellschaft. Unter stratifikatorischen Bedingungen erhalten diese Bereiche ihren Bestimmungs- und Geltungsort jedoch erst durch die *systemübergreifende, soziale* Diskriminierungsform »ranghöher/rangniedriger«. Nur „auserwählte“ Personen haben dann Rechtsanspruch, können politische Ämter einnehmen bzw. sich als Wissenschaftler bezeichnen. Unter dem Primat funktionaler Differenzierung kommt es zu einem Wechsel von einer primär sozialdimensionierten hin zu einer primär sachdimensionierten Differenzierung und Inklusionsordnung. Die verschiedenen Bereiche der Gesellschaft (Recht, Politik, Wissenschaft usw.) müssen nun ihre Identität *selbst* bestimmen, „(...) und dies (...) durchweg über eine elaborierte Semantik der Selbstsinnggebung, der Reflexion, der Autonomie“ (Luhmann 1997: 745). Diese „Teile“ sind dann zunächst einmal nichts anderes als autonome, eigendynamisch und selbstreferentiell operierende, kommunikative Horizonte.<sup>20</sup> Der Begriff »Gesellschaft« ist dann für das umfassende

---

<sup>20</sup> Zum Horizontbegriff, vgl. Nassehi (2003a). Er stellt dabei auf die strikte Operativität dieser Theorie ab. Die Funktionssysteme werden dann nicht „setzkastenmäßig“ gedacht, sondern strikt operativ; Nur

soziale System reserviert. Was heißt das? Gesellschaft als umfassendes soziales System meint die Gesamtheit aller Kommunikationen (Luhmann 1997: 90). Die Bedingungen der Transformation stratifizierter Gesellschaften zur (einen!) primär funktional differenzierten (Welt-) Gesellschaft werden in der strukturellen Unvereinbarkeit der Aufrechterhaltung der Differenz von Adel und Volk einerseits und der Autonomisierung einer Vielzahl ehemals in der Oberschicht verorteter und integrierter Ressourcen/Kommunikationsmedien wie Macht, Geld, Wahrheit, Glaube usw. andererseits gesehen.<sup>21</sup> Exemplarisch sei die zunehmende Differenzierung/Autonomisierung von Politik und Religion, Kaiser und Papst genannt sowie die Entkoppelung von politisch-ökonomischer Ressourcenverwaltung/-kontrolle und Oberschicht. Der Adel hat in der „freien Geldwirtschaft“ keine Funktion mehr, mit dem Geld steht dem Wirtschaftssystem ein *system(!)eigenes* (im Unterschied zu *schicht*-eigenes!) Reproduktionsmedium zur Verfügung; keine Abhängigkeit mehr von den Vermögensquellen einer Oberschicht (Luhmann 1997: 724f). Sozialintegration im Hinblick auf Personenmerkmale (Geburt, Stand, Klasse, Schicht) verliert zunehmend an Legitimation. Mit der *strukturellen* Funktionslosigkeit von Schichtzugehörigkeit verändern sich somit auch die Inklusions- und Exklusionsbedingungen. Die *Gesamtbevölkerung* muss jetzt *gleichen* Zugang zu den sich ausdifferenzierenden, *ungleichen* gesellschaftlichen Kommunikationszusammenhängen haben. Es gibt nicht nur keinen *systemübergreifenden* „Superkode“<sup>22</sup> mehr (»ranghöher/rangniedriger«), sondern auch nicht mehr nur *einen* Code. Mit der funktionalen Differenzierung bestimmt jedes Funktionssystem die eigene Differenz selbst (ebd: 745). In der Folge muss dann die Gesellschaft polykontextural gedacht werden (ebd: 1132), je nachdem, welche Einheit einer Unterscheidung zu Grunde liegt. Das „Ganze“, also die Gesellschaft, ist dann nicht das „Gleiche“. Eine Vielzahl unterschiedlicher (ungleicher!) Codes<sup>23</sup> konstruiert jetzt Welt und Gesellschaft. Darüber hinaus sind die systemspezifischen Codes auch nicht mehr (primär) *sozial* diskriminierend, sondern *funktional (sachlich)* diskriminierend. Nicht mehr der Mensch als Ordnungsmedium der Kommunikation, sondern die rekursiv-eigendynamischen, sinndiskriminierenden

---

so kann dann gesehen werden, dass „in der Politik“ auch nicht-politische (wirtschaftliche, wissenschaftliche, usw.) Semantik/Kommunikation vorkommt. Wir halten diese Feststellung für sehr aufschlussreich und wollen statt von „der Wirtschaft“ oder „der Politik“ von rekursiven Verweisungszusammenhängen sprechen.

<sup>21</sup> Dies kumuliert dann im Bezug von Struktur und Semantik (Luhmann 1980).

<sup>22</sup> Luhmann selbst schränkt dies ein, wenn er davon spricht, ob nicht „Inklusion/Exklusion“ der neue „Superkode“ der funktional differenzierten Gesellschaft ist (Luhmann 2005e).

<sup>23</sup> Zu Codes ausführlicher im nächsten Abschnitt (2.2.2).

Kommunikationsräume für Recht, Wirtschaft, Politik usw. selbst sind es, die „Grenzen“ aufzeigen.

„Sie [die funktionale Differenzierung: CH] kann dann die Menschen, die zur Kommunikation beitragen, nicht mehr auf ihre Teilsysteme aufteilen, wie es im Schema der Stratifikation oder bei Zentrum/Peripherie-Differenzierungen noch möglich gewesen war. (...) Das führt letztlich zu der Konsequenz, daß man nicht mehr behaupten kann, die Gesellschaft bestehe aus Menschen; denn die Menschen lassen sich offensichtlich in keinem Teilsystem der Gesellschaft, also nirgendwo in der Gesellschaft mehr unterbringen“ (Luhmann 1997: 744).

Der Mensch wird in der Theorie funktionaler Differenzierung „aufgeteilt“: Zum einen in die Form „Person“ als Adressat und Zurechnungsadresse in Systemenzusammenhängen. Zum anderen werden dem psychischen System (Bewusstseinssystem) sowie dem Organismus je ein eigener Systemstatus zugesprochen.<sup>24</sup> Dies bedeutet nun gerade nicht, dass die Gesellschaft ohne „Menschen“, Gedanken und Organismen auskommt. Es bedeutet auch nicht, dass die Luhmann'sche Gesellschaftstheorie ohne sie auskommt. Es bedeutet lediglich, dass in der Theorie Luhmann's die Menschen nicht als ein Teil der *Gesellschaft*, sondern als (notwendiger) Teil der *Umwelt* der Gesellschaft konzipiert werden.<sup>25</sup>

Nach der Skizzierung der vier Differenzierungsformen wollen wir abschließend noch kurz auf das Verhältnis dieser Differenzierungsformen eingehen. Alle vier Formen sind als Antwort auf das (genuin soziologische) Bezugsproblem zu verstehen, wie soziale Ordnung möglich ist. Diese soziologische Grundfrage fällt dabei, je nach evolutiv erreichtem Komplexitätsniveau, unterschiedlich aus.<sup>26</sup> Man muss dabei immer wieder darauf hinweisen, was es heißt, wenn Luhmann von dem *Primat* funktionaler Differenzierung spricht. Dies bedeutet, dass es neben dem *Primat* gleichzeitig immer auch andere, *sekundäre* Differenzierungsformen gibt. Die eindeutige Festlegung auf einen bestimmten Differenzierungsprimat ist sogar eher die Ausnahme als die Regel (Luhmann 1997: 761). Formen stratifikatorischer, segmentärer und Zentrum/Peripherie Differenzierung sind dann auch unter funktionaldifferenzierten Bedingungen zu beobachten. So lassen sich dann Schichtungsphänomene, wie etwa sozial ungleich

---

<sup>24</sup> Siehe dazu die einschlägigen Beiträge bei Luhmann (1984, Kapitel 6; 2005a [1995]; 2005b [1995]).

<sup>25</sup> Luhmann bemerkt an dieser Stelle lakonisch an, dass er keinen Grund sehe, warum der (theoretische) Platz des Menschen außerhalb der Gesellschaft ein so schlechter sein sollte. Er selbst jedenfalls fühle sich in der „Umwelt“ der Gesellschaft sehr wohl (Luhmann 2005f: 159).

<sup>26</sup> Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, würde man an dieser Stelle das Verhältnis von Gesellschaftsstruktur, Evolution und Semantik näher behandeln wollen. Ich verweise auf die entsprechenden Ausführungen bei Luhmann (1980; 1997, Kap 3, VII + VIII).

verteilte Inklusionskarrieren und Inklusionschancen, beobachten (ebd: 772ff)<sup>27</sup>. Das in verschiedene Nationalstaaten differenzierte Weltpolitikssystem zeugt eindrucksvoll von der Relevanz und Zentralität segmentärer Differenzierung (ebd: 760/761), während sich etwa im Falle des Wirtschaftssystems Zentrum/Peripherie Differenzen erkennen lassen (G8 und die „Dritte Welt“). Dass die gegenwärtige, moderne Gesellschaft dennoch gekennzeichnet ist durch den *Primat funktionaler Differenzierung* ist daran zu erkennen, dass weder Segmente Universalzuständigkeit für sich beanspruchen können,<sup>28</sup> noch Formen von Zentrum/Peripherie-Differenzierung und Stratifikation als „wünschenswerte Normalzustände“ betrachtet werden. Gerade die Entdeckung schichtrelativer Ungleichheiten durch die Politik, Massenmedien und (Wohlfahrtsstaats-)Forschung (!) geht mit der Aktualisierung von Norm- und Moralkommunikation einher. Dann wird zum Ausdruck gebracht, dass hier „etwas nicht stimmt“. Die Semantik (von Gleichheit und Freiheit) ist hier den „residualen“ Differenzierungsstrukturen (Zentrum/Peripherie, Stratifikation) also schon immer voraus.

## 2.2.2 Funktionale Differenzierung und Systemreferenz

Kritiker der Theorie funktionaler Differenzierung bringen nicht selten den Vorwurf an, diese Theorie würde „systemische“ Eigeninteressen/-dynamiken (Autonomie) absolut setzen, während Fragen der reziproken Abhängigkeit und der gesamtgesellschaftlichen Integration unterbelichtet blieben (Habermas in Habermas/Luhmann 1971; Heitmeyer 1997). Diese Kritik gründet dabei auf einer (struktur-)funktionalistischen Theorettradition, in der die Form »Teil/Ganzes« ontologisch und teleologisch konzipiert ist.<sup>29</sup> Als Konsenstheorien bzw. Konflikttheorien ausgeschmückt, wird dann die Notwendigkeit von Integration und/oder Solidarität herausgestellt. Vor allen Dingen interessieren in dieser Tradition dann im Prinzip nur die System-zu-System-

---

<sup>27</sup> In diesem Zusammenhang nennt Luhmann das Wirtschafts- und das Erziehungssystem (ebd: 774). Diese Systeme prozessierten im besonderen Maße Abweichungsverstärkungen aufgrund minimaler Anfangsunterschiede. Vertiefend zur Thematik Ungleichheit und System siehe Schwinn (2004), Nassehi (2004, 2006).

<sup>28</sup> Wenn sie dies dennoch versuchen, dann unter lauthaltem Protest mit der klaren Botschaft: So geht es aber nicht!

<sup>29</sup> Die strukturfunktionalistische Perspektive zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Soziologie. Von Durkheim und Marx über Parsons und Habermas weiter zu Etzioni, Sennett, Münch und vielen anderen Gegenwartssoziologen.

Beziehungen, da immer schon klar zu sein scheint, was das umfassende „Ganze“ ist. Das „Ganze“ ist dann in der Konstruktion der „Teile“ schon immer *dasselbe Ganze!* Luhmann differenziert an dieser Stelle deutlich stärker: Er unterscheidet generell eine Vielzahl von System-zu-System-Beziehungen und System-Umwelt-Beziehungen. Die Ausdifferenzierung eines Systems aktualisiert dann drei verschiedene Systemreferenzen. Zum einen die Beziehung zum umfassenden System, in dem es ausdifferenziert ist. Hier manifestieren sich Bezugsproblematik und Funktion im Verhältnis zum umfassenden Gesamtsystem (2.2.2.1). Als zweite Systemreferenz nennt Luhmann die Beziehung der Systeme zu sich selbst; hier geht es um die Aspekte Selbstbeobachtung und Reflexion (2.2.2.2). Schließlich und endlich stehen Systeme in Beziehung zu anderen Systemen. An dieser Stelle interessieren die Leistungs- und Abhängigkeitsverhältnisse der verschiedenen Systeme. Aber auch Fragen der Integration (in der Form struktureller Kopplungen) stellen sich an dieser Stelle (2.2.2.3).

#### 2.2.2.1 System/Umwelt-Differenz I: Autonomie, Gesellschaft und Funktion

Systemdifferenzierung bei Luhmann heißt nicht, dass „das Ganze“, konzipiert als das immer „Gleiche“, in funktional aufeinander verwiesene Teile zerlegt wird. Von einer solchen teleologisch-funktionalen bzw. strukturfunktionalistischen Theorie der Arbeitsteilung distanziert sich Luhmann.

„Vielmehr rekonstruiert *jedes* Teilsystem das umfassende System, dem es angehört und das es mitvollzieht, durch eine *eigene* (teilsystemspezifische) *Differenz von System und Umwelt*“ (Luhmann 1997: 598).

Gesellschaft als das „Ganze“ ist dann weder als Entität noch als Telos zu verstehen. Das umfassende Sozialsystem „Gesellschaft“ stellt sich operativ vielmehr als ein „Horizont“ aller möglicher Kommunikationen dar (Luhmann 1997, Nassehi 2003a), Kommunikationen in ihren vielfältigen (System-)Formen.<sup>30</sup> Wir wollen uns im

---

<sup>30</sup> Luhmann unterscheidet vier verschiedene Systemformen, die ihre Form durch die Installation systemspezifischer Leitdifferenzen annehmen (Luhmann 1997, 2. Band, Kapitel 4): Anwesend/Abwesend (Interaktionssystem), Mitglied/Nicht-Mitglied (Organisationen), betroffen/nicht betroffen (Protestbewegung) und die binären Codes (Funktionssysteme).



Folgenden auf die Systemform »Funktionssystem« beschränken.<sup>31</sup> Die Ausdifferenzierung von Funktionssystemen geschieht im Hinblick auf ein bestimmtes, gesamtgesellschaftliches, soziales (kommunikatives!) *Bezugsproblem*. So „entsteht“ die Wirtschaft in Bezug auf das Problem der gegenwärtigen Regelung des Zugriffs auf zukünftige knappe Güter. Rekursive Kommunikationszusammenhänge *verdichten* (schließen) sich um solche, gesamtgesellschaftlichen Bezugsprobleme. Bedingt durch diese *Schließung* müssen sich die verschiedenen Kommunikationszusammenhänge, solange sie eine bestimmte, gesamtgesellschaftliche Funktion erfüllen wollen, für neuen Input *öffnen*. Schließung ist dann Möglichkeitsbedingung der Öffnung.<sup>32</sup> Nur so können rekursiv geschlossene Kommunikationszusammenhänge („Funktionssysteme“) aus der selbst konstruierten, innergesellschaftlichen Umwelt<sup>33</sup> relevante Informationen selektieren und ihre konstitutive Differenz reproduzieren. Für den Zusammenhang von Gesellschaft, Funktion und Bezugsproblem bedeutet dies Folgendes:

„Die Funktion liegt im Bezug auf ein Problem der Gesellschaft. (...) Sie [die jeweilige Funktion: CH] wird (...) nur im [jeweiligen: CH] Funktionssystem und nicht in dessen Umwelt erfüllt. (...) Durch funktionale Differenzierung wird, mit anderen Worten, die *Differenz* der verschiedenen Bezugsprobleme betont“ (Luhmann 1997: 746).

Dies bedeutet natürlich nicht, dass die Gesellschaft nur aus Funktionssystemen und deren „kommunikativen Einzugsbereichen“ besteht. Gerade in der funktional differenzierten Gesellschaft gibt es viel Kommunikation, die sich keinem funktional ausdifferenzierten Kommunikationszusammenhang zuordnen lässt (ebd: 775). Aufgrund basaler Selbstreferenz und autopoietischer Reproduktion – durch die Differenz von Vergangenheit und gegenwärtiger Zukunft – bildet jedes soziale System Strukturen heraus, auf Grundlage derer es dann Informationen aus der Umwelt selektiert und verarbeitet. Diesen Informationen wird dann systemspezifische Relevanz zugesprochen. Relevanz stellt sich immer dann ein, wenn ein Unterschied ein Unterschied macht, also ein bestimmtes Beobachtungsschema etwas im Unterschied zu etwas anderem registriert/beobachtet. Zeitgleich kann in anderen Systemzusammenhängen mit *anderen*

---

<sup>31</sup> Und dies aus analytischen Gründen. Die Erläuterung der anderen Systemformen ist für die Analyse der sw-WSF von keiner Bedeutung.

<sup>32</sup> Diese Dialektik von Geschlossenheit und Offenheit stellt das Basistheorem der Theorie funktionaler Differenzierung dar, vgl. Luhmann (2000a: 105f).

<sup>33</sup> *Innergesellschaftliche Umwelt* ist dann die kommunikative Umwelt sozialer Systeme. Wir erinnern uns, dass Gesellschaft definiert ist als das allumfassende soziale System, als die Menge aller Kommunikationen. Dementsprechend referiert die Bezeichnung „*außergesellschaftliche Umwelt*“ auf die nicht-sinnverarbeitenden Systeme außerhalb sozialer Systeme, wie etwa psychische, organische oder ökologische Systeme (siehe hierzu auch Luhmann 2004; Luhmann 1988: 36)

Beobachtungsschemata dasselbe Ereignis beobachtet und ebenfalls für relevant gehalten werden. Dieser Umstand wird mit dem Begriff der polykontexturalen Gesellschaft zum Ausdruck gebracht.<sup>34</sup> Dann ist beispielsweise ein verringerter Bedarf an Arbeitskräften nicht nur ein wirtschaftlich relevantes Ereignis, sondern auch ein politisch, familiär, massenmedial, rechtlich und ausbildungsbezogen relevantes Ereignis. Ein und dasselbe Ereignis (Verringerung des Bedarfs an Arbeitskräften) aktualisiert dann unterschiedliche Rekursivitäten, *obwohl* es sich immer um *dasselbe* Ereignis handelt (Luhmann 1997: 599).<sup>35</sup> „Was immer passiert, passiert mehrfach – je nach Systemreferenz“ (Luhmann 1997: 599).

Was bedeutet dies für das Verhältnis von Offenheit und Geschlossenheit, System (Selbstreferenz) und Umwelt (Fremdreferenz)? Das Bedingungsverhältnis von Offenheit und Geschlossenheit bzw. von Umwelt und System ist nur als paradoxaler Steigerungszusammenhang zu denken: Offen, *weil* nicht-offen (geschlossen), geschlossen, *weil* nicht-geschlossen (offen). Dieses Paradoxon beschreibt Luhmann als eines der wichtigsten Errungenschaften der Systemtheorie (Luhmann 1988: 15/16). Es korreliert dabei mit einer anderen paradoxen Form: »Universalität/Spezifizität«.

„Der Universalismus betrifft den weltweiten, durch externe Umstände nicht eingeschränkten Anwendungsbereich, die Spezifizität betrifft die Unterscheidung (hier: den Code), die dem Beobachten zugrunde liegt“ (Luhmann 1997: 375/376).

Als System/Umwelt-Relation gesehen, operieren die Funktionssysteme also *universalistisch*. Dies bedeutet, dass kein Funktionssystem die Funktion eines anderen Funktionssystems übernehmen kann. Funktionssysteme tun nur das, was sie tun: Ihrer innergesellschaftlichen Umwelt durch je systemspezifische Beobachtungsschemata Relevanz, also Informationen abgewinnen und intern (!) verarbeiten. Dabei kann prinzipiell jedes x-beliebige Ereignis Element systemspezifischer, rekursiver Verweisungszusammenhänge werden. Das Modell einer funktionalistisch, arbeitsteilig konzipierten Gesellschaft, in der jedem sein Platz zugewiesen wird, ist dann nicht mehr gültig. Parsons' strukturfunktionalistisch ausgerichtetes AGIL-Schema macht in der Luhmann'schen Systemtheorie keinen Sinn mehr: Anpassung (adaption), Zielvereinbarung (goal attainment), Integration (integration) und die „latent pattern maintenance“

---

<sup>34</sup> Ein Begriff, der auf den Philosophen und Logiker Gotthard Günther zurückgeht (Günther 1978).

<sup>35</sup> Also gerade *weil* funktionale Differenzierung vorliegt, löst dasselbe Ereignis unterschiedliche Kausalschemata aus.

können als notwendige Bedingung der Bestandserhaltung dann weder *bestimmten* „Systemen“ *zugeschrieben* werden, noch als konstituierende Merkmale *jedigen* Systemzusammenhangs konzipiert werden. In der Theorie Luhmann's operieren die Systeme im Verhältnis zueinander *autonom* und *spezifisch*, auf Basis bestimmter, systemspezifischer Beobachtungsschemata. (siehe Luhmann 1997: 609/610).

„Deshalb kann man die Ausdifferenzierung eines Systems auch beschreiben als Steigerung der Sensibilität für Bestimmtes (intern Anschlußfähiges) und Steigerung der Insensibilität für alles übrige – also Steigerung von Abhängigkeit und von Unabhängigkeit zugleich“ (Luhmann 1984: 250).

Die Ausdifferenzierung eines sinnverarbeitenden Funktionssystems ist also auf ein und nur ein spezifisches Beobachtungsschema (Leitdifferenz) hin ausdifferenziert. Nur dadurch können sich ausdifferenzierte System in einer Umwelt anderer Systeme behaupten. Eine gesamtgesellschaftliche Koordination der Teile (Rekursivitäten) ist dann insofern ausgeschlossen, als dass dies gesamtgesellschaftliche Einigung und/oder gesamtgesellschaftliche Durchsetzungsmacht voraussetzte. Doch wo sollte der Ort sein, von dem aus die „Teile“ koordiniert werden sollten? Stattdessen müssen die Systeme selbst in der Reflexion und Selbstbeobachtung feststellen, „(...) welche Schemata der Informationsgewinnung und –verarbeitung sich in ihren Anschlußqualitäten (...) bewähren“ (Luhmann 1984: 104). Wie lässt sich aber erkennen, ob ein Ereignis nun Element eines bestimmten Funktionssystems ist oder nicht und welchen rekursiven Kommunikationszusammenhang es damit aktualisiert? „Es bleibt der Kommunikation überlassen, durch Verdichtung und Referenzen zu entscheiden, wohin sie sich bewegt“ (Luhmann 1997: 775). Über die „Zugehörigkeit“ entscheiden also die rekursiven Verweisungszusammenhänge der verschiedenen Systeme, die ein Ereignis vor dem Hintergrund systemspezifischer Vorgeschichte und Zukunft einordnen (Luhmann 1997: 754). Für einen Beobachter zweiter Ordnung ergibt sich daraus die Aufgabe, Verdichtungen und Referenzen zu beobachten und zu bestimmen.<sup>36</sup> An dieser Stelle müssen wir uns genauer mit den Möglichkeitsbedingungen funktionssystemischer Schließungsprozesse befassen. Bei der rekursiven Schließung bestimmter, funktionaler Kommunikationszusammenhänge kommt den sog. *symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien* (im Folgenden abgekürzt mit: sgKm) eine wichtige Funktion

---

<sup>36</sup> Die Frage danach, welche Methoden sich daraus ergeben, werden wir im 4. Kapitel, Abschnitt (4.2.2) näher erläutern.

zu.<sup>37</sup> Diese Medien sind als „Lösungen“ spezifischer, gesamtgesellschaftlicher Kommunikationsprobleme zu sehen. Probleme, die in der zunehmenden Unwahrscheinlichkeit erfolgreicher, im Sinne von anschlussfähiger, Kommunikation zu sehen sind. Die funktional differenzierte Gesellschaft muss mehr Komplexität handhaben (können) als die anderen Differenzierungsformen.<sup>38</sup> Besonders deutlich aber wirkt sich die „Freistellung“ der Individuen aus. Sprache als Medium ist nicht mehr sozial exklusiv bestimmt. Annahme und Ablehnung von Kommunikationsofferten werden jetzt vielmehr selbst zu *Entscheidungen*, ermöglicht durch die Ja/Nein-Codierung der Sprache. Die Annahme von Kommunikation muss unter diesen Vorzeichen motiviert werden: Hier kommt den sgKm die Funktion zu, die unwahrscheinliche Kombination von Informationsselektion und Motivation *symbolisch* wahrscheinlich zu machen (Luhmann 1997: 320) und so die Annahmebedingungen zu *generalisieren*, also Situations- und Ortsunabhängigkeit sicherzustellen. Die sgKm müssen dann als die Katalysatoren der Funktionaldifferenzierung gelten und nicht, wie bei Parsons, als die Folgeerscheinungen (Luhmann 1988: 68; Nassehi 2003a).

An dieser Stelle wollen wir einen Schritt weiter gehen und am Beispiel des Wissenschaftssystems den Zusammenhang erläutern, der zwischen den funktionalen Kommunikationszusammenhängen, den sgKm und den „binären Codes“ sowie den Programmen besteht. Binäre Codes können als die jeweiligen funktionssystemspezifischen Beobachtungsschemata beschrieben werden. Sie haben jeweils einen „positiven Wert“ (Präferenz-/Anschlusswert) und einen „negativen Wert“ (Reflexionswert). Diese Codes sind immer Zwei-Seiten-Formen und bezeichnen für den jeweiligen Funktionsbereich das zuständige Medium (Luhmann 1997: 362): Für den Fall des Wissenschaftssystems stellt Wahrheit mit den zwei Seiten »wahr« (Präferenz-/Anschlusswert) und »unwahr« (Reflexionswert) dieses Medium dar. Die Codes definieren schließlich die Einheit des Systems und machen so sichtbar, welche Operationen das jeweilige System reproduzieren und welche nicht. Wahrheit als Medium ist dann zunächst nichts weiter als die Möglichkeitsgemenge lose gekoppelter

---

<sup>37</sup> In dieser sehr knapp gehaltenen Darstellung kommt es lediglich auf den Zusammenhang zwischen der Ausdifferenzierung von Funktionssystemen und der Herausbildung von symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien an. Ausführlich zu den symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien siehe Luhmann (1997: Kapitel 2).

<sup>38</sup> Komplexität als Begriff meint dabei die Tatsache, dass nicht mehr jedes Systemelement mit jedem anderen Systemelement verknüpft werden kann, da dies sowohl die kognitiven wie die systemischen Aufnahmefähigkeiten übersteigt (Luhmann 1997: 134ff).

Elemente, die in der Wissenschaft in der Form (publizierter) Erkenntnisse erscheinen. Diese Elemente alleine bieten noch keine Entscheidung darüber, ob nun etwas wahr ist oder nicht. Programme formulieren die Bedingungen, unter denen die lose gekoppelten Elemente eines Mediums einem der beiden Codewerte eindeutig zugeordnet und somit strikt gekoppelt werden können (Luhmann 1990: 400f; Luhmann 1997: 190ff). So entscheiden Theorien und Methoden darüber, ob Erkenntnisse als wahr oder unwahr gelten.

#### 2.2.2.2 System/Umwelt-Differenz II: Re-entry und Reflexion

Die ausdifferenzierten, rekursiven Kommunikationszusammenhänge müssen ihre eigene Identität selbst bestimmen, „(...) und dies (...) durchweg über eine elaborierte Semantik der Selbstsinne, der Reflexion, der Autonomie“ (Luhmann 1997: 745). Sie erzeugen, durch die sequentielle Praxis des Unterscheidens, sich selbst in der Form System/Umwelt. Vor diesem Hintergrund sind Systeme dann zur Selbstbeobachtung gezwungen (ebd: 879). Die Systeme reflektieren dann ihre eigene Einheit, genauer gesagt die Einheit der sie selbst ermöglichenden Differenz von System und Umwelt. Es kommt zum Eintritt der Unterscheidung System/Umwelt in das durch sie Unterschiedene (System). Dieser als „re-entry“<sup>39</sup> bezeichneter Sachverhalt zwingt also zur ständigen Überprüfung der Kriterien, nach denen man irritierbar ist, also Informationen gewinnt und selektiert. Dies setzt die Operation der Selbstbeobachtung voraus, wodurch die Funktionssysteme eine Relation zu sich selbst aufbauen.

In diesem Zusammenhang kommt dem Verhältnis von Semantik, Selbstbeobachtung, Selbstbeschreibung und Reflexion/Reflexionstheorien eine wichtige Rolle zu. Man muss Reflexion der *Einheit* eines Systems und Reflexion der *Identität* eines Systems unterscheiden. Im ersten Falle wird die Einheit der Differenz von Präferenzwert und Reflexionswert, also das Medium als Einheit des binären Codes, reflektiert. Davon zu unterscheiden ist die Reflexion der Einheit der Differenz von System und Umwelt, die *Systemidentität*. Der Reflexionswert als „Negativwert“ binärer Codierungen hat nichts mit der Identitätsreflexion zu tun. Der Reflexionswert »unwahr« ermöglicht lediglich eine Beobachtung zweiter Ordnung, im Falle der Wissenschaft die Reflexion darüber,

---

<sup>39</sup> Ein Begriff von George Spencer Brown (Brown 1979), den Luhmann übernimmt.

unter welchen (Programm-)Bedingungen Erkenntnisse wahr oder unwahr sind. Dagegen geht es bei der Identitätsreflexion um eine Beobachtung dritter Ordnung (Luhmann 1990: 485). Dann wird nicht nur über die Zuordnung von Ereignissen zu einem der Codewerte reflektiert, sondern darüber, dass sich gerade in *dieser* Zwei-Seitigkeit (im Unterschied zu anderen Formen) die *Identität* des Systems zeigt. Dieser Sachverhalt ist besonders im Hinblick auf die Funktion von Sinnkondensaten von zentraler Bedeutung.

„Denn Identitäten kondensieren und bestätigen das soziale Gedächtnis des Systems. Sie regeln, was vergessen und was erinnert werden kann, legen also fest, was aus der Vergangenheit präsent bleibt; und sie regulieren damit zugleich den Oszillationsspielraum der Zukunft, das heißt die Formen, in denen Erwartungen (hier: Verhaltenserwartungen) der Erfüllung bzw. der Enttäuschung ausgesetzt werden“ (Luhmann 1997: 772).

Jetzt könnte man kritisch anmerken, dass über das bloße Operieren (basale Selbstreferenz) schon immer System und somit auch Umwelt vorausgesetzt werden. Worin würde sich dann davon die Identitätsreflexion unterscheiden? Der Unterschied liegt in der *Erzeugung* bzw. *Bezeichnung* der Identität. Jedes System erzeugt durch bloßes Operieren die eigene konstitutive Form, die Einheit der Differenz von System und Umwelt. Im Unterschied zu dieser operativ-rekursiven *Erzeugung* der Einheit der Differenz von System und Umwelt müssen wir die *Bezeichnung* selbiger Einheit (Identitätskonstruktion) unterscheiden. Diese erfolgt durch Selbstbeobachtung und Selbstbeschreibung (Luhmann 1990: 481ff). Aufbauend auf Selbstbeobachtungen, so Luhmann weiter, können Texte angefertigt werden, deren Funktion es dann ist, die Ereignishaftigkeit und Situationsgebundenheit der Selbstbeobachtungen zu überwinden. Dazu müssen diese kondensiert und koordiniert werden. Mit anderen Worten: Die eigenen Beobachtungen müssen (semantisch) gesteuert werden (Luhmann 1997: 880). So beschreibt sich dann beispielsweise das politische System als kompensierender (Wohlfahrts-)Staat und reflektiert dabei die eigene Identität (innerhalb der Einheit der Differenz von System und Umwelt) als Beobachtungsbezugspunkt und Ordnungsgesichtspunkt für laufendes Referieren (ebd: 880). In diesem Zusammenhang wird dann die Frage interessant, was (oder wer) das (oder der) relevante Andere ist, von dem sich diese Selbstbeschreibung kontrastierend unterscheidet und so sich selbst identifiziert. Da Systeme immer schon historische Systeme sind, also Vergangenheit, gegenwärtige und zukünftige Zukunft Bedingung der Rekursivität sind, gibt es nicht die *eine* Selbstbeschreibung der Funktionssysteme. Diese kann es schon alleine nicht wegen der Dynamik der (Umwelt-)Ereignisse geben. Was für die basalen Operationen gilt, gilt

auch für Selbstbeschreibungen: Selbstbeobachtungen, -beschreibungen und Reflexionstheorien sind ebenfalls Operationen. Als solche sind sie gebunden an die Wahl einer Differenz (Beobachtungsschema). Identitätsbezeichnungen sind dann folglich selektive und kontingente Operationen. Eine Letztbegründung gibt es (auch hier) nicht. Denn diese Identifikationsangebote setzen sich ebenfalls als empirische Ereignisse der Beobachtung anderer Beobachtungen und Beschreibungen aus (Kontingenzbeobachtung) und *ändern* damit schon immer das System, in dem sie vorkommen. „Die Einführung einer Beschreibung in das System ändert das System, und dies verlangt dann eine neue Beschreibung“ (Luhmann 1997: 981). Vor diesem Hintergrund nehmen Selbstbeschreibungen Theorieform an.<sup>40</sup> Der Vorteil dieser Reflexionstheorien ist dann darin zu sehen, „(...) daß sie problemorientiert und begrifflich gearbeitet sind und damit auf Vergleiche abzielen“ (ebd: 964). Die Identität der beschriebenen Systeme wird dann nicht bloß bezeichnet (Luhmann 1990: 483; Luhmann 1997: 964ff). In diesem Zusammenhang ist es wichtig, hervorzuheben, dass diese Theorien den Vergleichsradius dabei auf das jeweils beschriebene System einschränken (Luhmann 1997; Kieserling 2000). Hieraus ergibt sich ein besonderes affirmatives und loyales Verhältnis von Reflexionstheorien zu ihrem „Gegenstand“, also dem Funktionssystem, das sie reflektieren. Diese Loyalität gegenüber ihrem Gegenstand bringt eine Hypostasierung der Funktion des beschriebenen Systems mit sich: Darunter ist zu verstehen, dass bestimmten Teilsystemfunktionen höhere Relevanz als anderen zugesprochen wird (Kieserling 2000, 2003). Man reflektiert dann nicht nur *über* das reflektierte System, sondern immer auch *für* das reflektierte System. Aber von welchem Ort aus? In der Frage der operativen Zugehörigkeit dieser Reflexionsoperationen herrscht in der Systemtheorie Uneinigkeit. Während Luhmann die Meinung vertritt, dass „Reflexionstheorien (...) sich ihrerseits dem Code des Systems, das sie beschreiben [unterstellen: CH], und (...) insofern in dem System [operieren: CH]“ (Luhmann 1990: 485), so findet sich bei Kieserling eine differenziertere Lesart:

„Reflexionstheorien teilen mit dem System, das sie reflektieren, dessen *Code*. Das heißt selbstverständlich nicht, dass die Arbeit an diesen Theorien als codierte Operation [der beschriebenen Systeme: CH] zu begreifen wäre (...). Schon darum kann die Reflexion des Systems nicht normale Systemoperation sein. Wohl aber muss sie zu diesen Operationen passen. Sie darf der laufenden

---

<sup>40</sup> Kieserling spricht hier von der „zweiten Stufe der Differenzierung“ (Kieserling 2000: 64). Er meint damit die Einrichtung von Interdependenzunterbrechungen im System selbst; womit eben die Selbstbeschreibungen der Systeme als Systeme in einer Umwelt gemeint sind.

Selbstbeobachtung dieser Operationen nicht widersprechen und das tut sie auch nicht“ (Kieserling 2000: 56/57).

Dies braucht uns an dieser Stelle noch nicht weiter zu interessieren.<sup>41</sup> Zweck dieser Ausführungen sollte lediglich die Erläuterung der Funktion und besonderen Form der Reflexion/Reflexionstheorien gewesen sein.

### 2.2.2.3 System/System-Differenz: Abhängigkeit und Leistung

Wir hatten in Abschnitt (2.2.2.1) bereits die Differenz von Universalität und Spezifität erwähnt. Der Aspekt der Spezifität leitet direkt über zur Thematik der Leistungsbeziehungen zwischen den verschiedenen, autonom operierenden Funktionssystemen. Da Funktionssysteme selbstsubstitutive Ordnungen sind, muss jedes dieser Systeme voraussetzen, dass andere gesamtgesellschaftliche Bezugsproblematiken von anderen Funktionssystemen bearbeitet werden (Luhmann 1997: 753). Nur so kann jedes Funktionssystem sich auf die effektive, systemrationale Bearbeitung seiner Bezugsproblematik konzentrieren.<sup>42</sup> Dies ist die Luhmann'sche Version von Arbeitsteilung und Interdependenz! Die funktionale Differenzierung (und somit die gleichzeitige Steigerung von Autonomie und Abhängigkeit) ist denn auch nicht im Sinne von Arbeitsteilung durch Wohlfahrtsgewinne zu verstehen (ebd: 770). Kein harmonisches Bild also. Dennoch, so Luhmann, muss es eine Bindung der verschiedenen Funktionssysteme geben.

„Die Ausdifferenzierung operativ geschlossener Funktionssysteme erfordert eine entsprechende Einrichtung ihrer gesellschaftsinternen Umweltbeziehungen: Die alte Bindung gesellschaftlicher Funktionen an Familienhaushalte und an die soziale Schichtung dieser Familien muß gelöst und ersetzt werden durch neue Formen struktureller Kopplung, die die Funktionssysteme untereinander verbinden“ (Luhmann 1997: 779).

---

<sup>41</sup> Wir werden dies in unseren differenzierungstheoretischen Analysen noch einmal aufgreifen (5.2.3).

<sup>42</sup> Im Konzept der funktional differenzierten Gesellschaft kann es weder gesamtgesellschaftlichen Konsens noch gesamtgesellschaftliche Rationalität geben. Dies würde bedeuten, dass es eine Position gebe, von der aus das Ganze konkurrenzlos (!) beobachtbar wäre. Dagegen gibt es sehr wohl Systemrationalität, die im engen Zusammenhang zur Selbstbeobachtung (Reflexion) steht. Die Systeme können nur tun, was sie tun können. Rein operativ (indem sie prozessieren) sind sie zur Selbstbeobachtung gezwungen. Rational prozessieren sie dann, „wenn auf die Einheit der Differenz reflektiert wird“ (Luhmann 1984: 640). Mit anderen Worten: Wenn sie sich selbst (Identität) und ihrer selbst konstruierten Umwelt bewußt werden und es ihnen gelingt, die Einwirkungen auf die Umwelt an den Rückwirkungen auf sich selbst zu kontrollieren. Zwar würde die Umwelt ohnehin ein Teil der Systemeintraktionen absorbieren, aber besonders die Belastung anderer Funktionssysteme entzieht sich der Kontrolle durch das Verursachersystem selbst. (ebd: 642ff).



Die Abhängigkeitsverhältnisse der Systeme untereinander ergeben sich dann allein aus der Tatsache, dass sich Funktionssysteme um ein bestimmtes Bezugsproblem herum schließen und damit nur *bestimmte* Problemlösungskapazitäten (Leistungen) für *jeweils spezifische* Bezugsprobleme (Funktionen) anbieten können. So nimmt sich die Politik dem Problem an, Kapazitäten für kollektiv bindende Entscheidungen bereitzuhalten; ihre Leistung für andere Systeme ist dann in der Bereitstellung konkreter Entscheidungsprogramme (Gesetze) zu sehen. Die Wirtschaft nimmt sich dem Problem an, unter Bedingungen von Ressourcen-/Motivknappheit<sup>43</sup> künftige Versorgung sicherzustellen. Ihre Leistung ist dann allgemein in der Bedürfnisbefriedigung zu sehen. Im Falle der Wissenschaft stellt die Produktion neuer Erkenntnisse die Funktion dar, während ihre Leistungen für andere Systeme darin besteht, Wissen bereitzustellen, das benötigt wird („anwendungsbezogene Forschung“). Über die Leistungsabhängigkeiten ergibt sich dann eine breite „Varianz des wechselseitigen Aufeinanderangewiesenseins“<sup>44</sup>. Diese Leistungsabhängigkeiten sind dabei aber nicht als „natürliche“, wesensmäßige Abhängigkeiten zu verstehen, wie sie in strukturfunktionalistischer Theorietradition erscheinen würden. Nein,

„(...) die Funktionssysteme [müssen: CH] Leistungsabhängigkeiten und Leistungsbereitschaften intern an sich selbst beobachten und in der Form von Irritation zur Kenntnis nehmen“ (Luhmann 1997: 759).

Irritieren können die Funktionssysteme sich dabei nur selbst, also durch die Form ihrer systempezifischen Beobachtungsoptiken, auf Basis derer Ereignisse als relevant markiert werden. Die Form, die solche Leistungsbeziehungen/-abhängigkeiten bezeichnet, ist die sog. *strukturelle Kopplung*.<sup>45</sup> Darunter versteht Luhmann generell Zwei-Seiten-Formen, die bestimmte Kausalitäten bündeln/steigern und so die jeweils gekoppelten Systeme irritieren. Die jeweiligen Umweltsysteme gewinnen dabei

---

<sup>43</sup> Motive in Bezug auf Arbeitsmotive. Siehe auch Luhmann (1988).

<sup>44</sup> Luhmann (1997: 759). Rein rechnerisch ergeben sich bei einer Gesamtzahl von 8 Funktionssystemen (Politik, Wirtschaft, Recht, Wissenschaft, Erziehungssystem, Religionssystem, Intimkommunikationssystem, System der Krankenbehandlung) 28 mögliche Abhängigkeitsverhältnisse. Man sieht auf jeden Fall schnell, dass es multiple Abhängigkeitsverhältnisse gibt. Nichtsdestotrotz kommt den möglichen Kopplungen nicht gleiches Gewicht zu. Luhmann verweist etwa darauf, dass das Religionssystem nur sehr wenige strukturelle Kopplungen eingeht, zumindest trifft dies auf einen Großteil der westlichen Welt zu.

<sup>45</sup> Ein Begriff, den Luhmann von Maturana/Varela übernommen und auf soziale Systeme angewandt hat. Siehe Maturana/Varela (1987).

„(...) nur unter der Bedingung struktureller Kopplungen und nur im Rahmen von dadurch kanalierten und gehäuften Möglichkeiten der Selbstirritation Einfluß auf die Strukturentwicklung von Systemen“ (Luhmann 1997: 119).

Die Irritation bleibt dabei jedoch immer eine bestimmte Form der *Selbst-Irritation*, also *Reaktion* auf Umwelteinwirkungen. Andere Formen der kausalen Einflussnahme werden im Moment ausgeschlossen, verbleiben also auf der „Außenseite“ der Form. Als einflussnehmende Kopplungen beschränken strukturelle Kopplungen den Bereich möglicher Strukturen (Selbstreferenzzirkel), die die jeweils gekoppelten Systeme zur Reproduktion ihrer eigenen Elemente benutzen (ebd: 100ff). Im Ergebnis sind die jeweils gekoppelten Systeme dann „integriert“. Systemtheoretisch bedeutet dies, dass die Freiheitsgrade der gekoppelten Systeme eingeschränkt sind.<sup>46</sup> Diese Einschränkung kann sich sowohl in der Form von Kooperation wie auch in der Form von Konflikt zeigen.<sup>47</sup> Beispiele struktureller Kopplungen sind etwa die Relevanz von Steuern und Abgaben für die Wirtschaft (Kapitalentzug) und die Politik (Kapitalzufuhr). Zeugnisse und Zertifikate (Bildungsabschlüsse) sind sowohl für das Erziehungssystem wie auch das Wirtschaftssystem (als Beschäftigungssystem) von Relevanz. Im ersten Falle als Selektionsmedium, im zweiten Fall als Indikator für das Arbeitsvermögen potentieller Arbeitskräfte. Wissenschaftssystem und Politik werden über Expertenberatungen und Beraterkommissionen strukturell bzw. operativ gekoppelt (Luhmann 1997: 785). *Operative* Kopplungen sind als interaktionsbasierte, strukturelle Kopplungen zu verstehen. Wissenschaft und Politik integrieren und irritieren sich so ereignishaft in Form von Verhandlungssystemen oder Beratungszirkeln. Dabei setzen operative Kopplungen schon immer strukturelle Kopplungen voraus (ebd: 788). Wichtig ist in diesem Zusammenhang, zu betonen, dass strukturelle und operative Kopplungen nicht zeitüberdauernd prozessieren, sondern durch Ereignishaftigkeit charakterisiert sind (Temporalisierung). Anderenfalls wären diese Kopplungen auch nicht mit der Autonomie und der Eigendynamik der Funktionssysteme kompatibel.<sup>48</sup> Die für alle Systeme

---

<sup>46</sup> Vergleiche Luhmann (1997: 603ff).

<sup>47</sup> Diese Definition der Theoriefigur „Integration“ erlaubt es also, sehr unterschiedliche Phänomene als Integration zu behandeln. Integration ist dann nicht schon per se „gut“, Desintegration nicht per se „schlecht“. So sind etwa die Staaten Israel und Palästina hochgradig integriert, aber eben in der dominanten Form des Konfliktes. Die meisten Politiker, die dort schlichten wollen, plädieren dann – systemtheoretisch interpretiert – für eine Auflösung der strikten Kopplung von Staat und Religion auf beiden Seiten, also *Desintegration* im Sinne Luhmann’s. Keiner der westlichen Diplomaten würde eine solche Ent-Kopplung wohl für nicht wünschenswert halten.

<sup>48</sup> Ohne strukturelle Kopplungen wäre keine funktional differenzierte Gesellschaft denkbar, gerade weil kein Funktionssystem die Gesellschaft als Ganzes repräsentieren kann. Wären jedoch

geltende Formfigur »Universalität/Spezifizität« bedeutet, dass alles mehrfach geschieht; dasselbe Ereignis ist ein Politisches, ein Wirtschaftliches, ein Rechtliches usw. Aber eben nur als ein Ereignis unter anderen Ereignissen, die folgen werden. Systeme werden - abgesehen von Grenzfällen – immer nur momenthaft gekoppelt und für eigenbestimmte Anschlussoperationen wieder „freigestellt“.<sup>49</sup>

„Sobald man Vorgeschichten und Konsequenzen mitbeachtet, sobald man also die Zeitgrenzen des gleichzeitig Aktuellen überschreitet und Rekursionen in Betracht zieht, wirkt sich das Magnetfeld der Systeme auf die Identifikation aus“ (Luhmann 1997: 605).

Und weiter heißt es:

„Eine solche Temporalisierung des Integrationsproblems ist die Form, die hochkomplexe Gesellschaften entwickeln, um Abhängigkeiten und Unabhängigkeiten zwischen den Teilsystemen *zugleich* [Kursiv: CH] prozessieren zu können“ (ebd.: 606).

Dabei macht es einen Unterschied, „mit welchen Irritationen ein System sich immer und immer wieder beschäftigen muß – und welche Indifferenzen es sich leisten kann“ (ebd.: 780). Nur über solche wechselseitigen Intensivierungen von Bedingungen, unter denen man abhängig ist, entsteht dann das, was Luhmann in Anlehnung an Maturana als „structural drift“ bezeichnet (ebd.: 605), also die gegenseitige/einseitige Beeinflussung von Strukturentwicklungen. Dies hat für die Leistungsabhängigkeit der Systeme untereinander Konsequenzen. Im Unterschied zu stratifikatorischen Bedingungen gilt hier nämlich tendenziell, daß

„das System mit der höchsten Versagensquote dominiert, weil der Ausfall von spezifischen Funktionsbedingungen nirgendwo kompensiert werden kann und überall zu gravierenden Anpassungen zwingt“ (ebd.: 769).

---

Funktionssysteme dauernd, d. h. mit jeder Operation mit allen anderen Systemen gekoppelt, so wäre die Differenzierungsform der funktionalen Differenzierung gefährdet. Es gäbe keine Irritationen, da alle Systeme schon immer damit rechneten, was passiert. Freiheitsgrade würden drastisch minimiert sein. Ob man das jedoch wollen würde, ist eine persönliche Frage. Die Experimente mit dem Staatssozialismus in der ehemaligen Sowjetunion und der ehemaligen DDR oder die Diktaturen wie bspw. das NS-Regime sind wohl (moralisch abgewertete) Beispiele für das Scheitern starker struktureller Kopplungen.

<sup>49</sup> So koppelt bspw. das kommunikative Ereignis „Grundeinkommen und Mindestlohn“ die Systeme Politik, Wirtschaft und Massenmedien strukturell. Jedes System beobachtet dieses Ereignis mit seinem spezifischen Beobachtungsschema als relevant. Dieser Zustand der Kopplung ist jedoch immer nur momenthaft. Nach heftigen Diskussionen kehrt man wieder zur Tagesordnung zurück oder man kümmert sich um andere Themen.

Bereits geringfügige Schwankungen in der Leistungsbereitschaft/-fähigkeit bestimmter Systeme können in anderen Systemen überproportionale Irritationen auslösen.<sup>50</sup> Und warum? Weil die Funktionssysteme operativ geschlossen sind und gerade deshalb leicht irritierbar sind. Diese gleichzeitige und doch je systemspezifische Irritationssensibilität der Funktionssysteme führt im Ergebnis zu einer Dynamisierung der Ereignisbearbeitung, die von den einzelnen Systemen wiederum durch Selbstsimplifikation „handhabbar“ gehalten werden muss. Dies bedeutet nichts anderes, als dass die Systeme ihre eigene Einheit und Identität reflektieren und bezeichnen müssen. Der Kreis schließt sich.

---

<sup>50</sup> Luhmann bringt hier ein Beispiel an: „Wenn nur für 10 % des akademisch ausgebildeten Nachwuchses in der Wirtschaft keine niveaurensprechenden Berufschancen gegeben sind, deprimiert das eine ganze Generation, lenkt die Ausbildungsströme, verändert die Personalzuteilungen und die Finanzmittel, und dies in jeweils *anderen* Systemen, das heißt: *ohne gesicherte Proportionalität im Verhältnis zur Auslöseursache!*“ (Luhmann 1997: 762)

### 3 Methodologischer Konstruktivismus: Strikte Kopplung von Theorie, Methode und Empirie

Bevor wir im Detail auf den Forschungsprozess und die einzelnen Analysemethoden eingehen, wollen wir uns genauer mit dem Verhältnis von Theorie, Methode und Empirie (Gegenstand) in der Systemtheorie befassen. Zwei Schnittstellen (und deren Verhältnis zueinander) sollen uns hier interessieren: Theorie/Empirie (Epistemologie), Theorie/Methode (Methodologie). Beobachtungsleistungen setzen Sinnselektion und Sinnverarbeitung voraus. Was bedeutet dies für das Verhältnis von Subjekt und Objekt, von Erkennendem und Erkanntem, von Theorie und Empirie (Gegenstand)? Da der Erkenntnisprozess die Grenzen des eigenen Bewusstseinssystems nicht verlassen kann, sind „Objekte“ immer nur *intern* konstruierte Umweltkonstrukte. Die *Gegenstände* sind also nicht „dort draußen“, sie sind vielmehr das Produkt und Konstrukt des „Drinne“. „Subjekt“ ist dann jeder Beobachter, der mit Hilfe *bestimmter* Beobachtungsschemata *etwas* (und *nichts anderes*) bezeichnet und damit unterscheidet. Der „Ort“, von dem aus beobachtet wird, ist immer schon ein bestimmter Ort. Die Rede von „Subjekten“ verliert dann ebenso seinen ontologischen Charakter wie die Rede von „Objekten“. »Weder Subjekt noch Objekt« (Luhmann 1997: 868ff). Stattdessen: Beobachter und Beobachtetes. Objekte sind dann also immer beobachterabhängige Konstruktionen, die erst im Kontext einer Beobachtung zweiter Ordnung „Form“ annehmen (Luhmann 1997: 878). Forschungsgegenstände sind konstruierte Gegenstände, wobei eben auch die Wissenschaft selbst zum Gegenstand werden kann.

„Durch das bloße Operieren der Wissenschaft entsteht für einen Beobachter eine Differenz von System und Umwelt: Wird diese Differenz als Unterscheidung in das System wiedereingeführt, entsteht das, was man »Gegenstand« nennt: die Einzelheiten der Umwelt als (intern konzipierte) Gegenstände der Forschung und die Wissenschaft selbst als ein ebenfalls möglicher Forschungsgegenstand“ (Luhmann 1990: 382).

Ein solcher epistemologischer Konstruktivismus (Hagen 2006) distanziert sich dabei deutlich von einem Relativismus.<sup>51</sup> Kein „anything goes“ also (Hagen 2006, Luhmann 2005d); denn wie sollte dann noch eine Entscheidung zwischen wahr und unwahr

---

<sup>51</sup> Hagen (2006) unterscheidet epistemologischen und methodologischen Konstruktivismus. Nur im zweiten Fall besteht ein Bezug zur empirischen Analyse.

möglich sein? Ohne Unterscheidung des Codes »wahr/unwahr« ist jedoch keine *wissenschaftliche* Erkenntnis möglich (Luhmann 1990: 520). „Realität“ wird in der Systemtheorie nicht geleugnet, im Gegenteil, es gibt sogar eine Vielzahl von, an den Gebrauch von Unterscheidungen gebundenen Realitätskonstruktionen. „Je nachdem, mit welcher Unterscheidung man beobachtet, hat man mithin einen anderen Zugang zur Welt, die als solche, als Korrelat eines differenzlosen Begriffs, unbeobachtbar bleibt“ (ebd: 316). Erkenntnis wird dabei nicht teleologisch gedacht, es gibt kein „Endziel“. Als Prozess kann sie sich immer nur in der laufenden, rekursiven Vernetzung des Beobachtens von Beobachtungen (und somit: des Unterscheidens von Unterscheidungen!) stabilisieren und als „Wissen(schaft)“ kondensieren (ebd: 526). Theorien sind in diesem Zusammenhang als mehr oder weniger komplex gebaute Begriffssysteme spezifischer Beobachtungs-/Unterscheidungsschemata zu begreifen. „Theorien sind begrifflich formulierte Aussagen, eingeschlossen Aussagen über Begriffe, und dies auch dann, wenn sie keine empirische Referenz aufweisen“ (ebd: 406). Erst wenn durch Trennung von Satzsubjekt und Prädikat Limitation und Asymmetrie ermöglicht wird, kann von wissenschaftlichen Theorien die Rede sein.<sup>52</sup> Limitation meint dabei die Einschränkung von Kontingenz (also: Selektion) durch die Einführung von Asymmetrie, Asymmetrisierung ist dann der konkrete Gebrauch von Unterscheidungen: So kann etwa eine „Kapitalismustheorie“ „Kapitalismus“ von „Sozialismus/Kommunismus“ oder „sozialer Marktwirtschaft“ unterscheiden und ein Bedingungsverhältnis formulieren, wobei gilt, dass

„die Sätze ein Verhältnis der wechselseitigen Einschränkung von Satzsubjekt und Prädikat unter Ausschluß von Weltmöglichkeiten [simulieren: CH], die außerhalb der Beziehbarkeit dieses Prädikats auf dieses Subjekt liegen“ (ebd: 407).

Neben Theorien gehören Methoden zu den (kontingenzreduzierenden) Programmen des Wissenschaftssystems (Luhmann 1990: 404ff). Während Theorien dem Aspekt der Offenheit, also der Fremdreferenz, genügen (Erkennen neuer Problemlagen, neuer Anwendungsfälle usw.), kommt den Methoden die komplementäre Funktion zu, für Schließung zu sorgen und damit eine Zuordnung zu einem (und zwar nur einem!) der Codewerte – wahr/unwahr - zu ermöglichen (ebd: 405). Beide Programme, Theorien

---

<sup>52</sup> Hagen (1999, 2006) unterscheidet zwischen „genereller (soziologischer) Theorie“ und „Gesellschaftstheorie“. Während im ersten Fall allgemein von Begriffssystemen die Rede ist, deren Begriffe ausschließlich auf sich selbst verweisen, so meint „Gesellschaftstheorie“ empirisch überprüfte/zu überprüfende Aussagen über die Gesellschaft (Hagen 1999: 21; Hagen 2006: 63f).

und Methoden, müssen Limitationalität implementieren, also Kontingenz einschränken, um so zu Ergebnissen zu kommen.

„Methoden lösen auf der Ebene der Programme das ein, was dem System durch binäre Codierung aufgegeben ist. Sie erzwingen eine Verlagerung des Beobachtens auf die Ebene einer Selbstbeobachtung zweiter Ordnung, auf die Ebene des Beobachtens eigener Beobachtungen. Sie ermitteln Bedingungen, die angenommen werden müssen, um eine Entscheidung zwischen den beiden Werten [wahr/unwahr: CH] zu ermöglichen“ (ebd: 413).

Mit dieser Verlagerung der Beobachtung auf die Ebene einer Selbstbeobachtung zweiter Ordnung kommen wir zur (theoretischen) Reflexion der Methoden (= Methodologie) und damit zur Frage nach der (theoretisch) kontrollierten Sinnselektion. Der Methodologie, verstanden als „methodentheoretische Programme für das Beobachten zweiter Ordnung“ (Luhmann 1990) kommt dabei die Aufgabe zu, die Differenz zwischen der Beobachtung zweiter und erster Ordnung zu verwalten, und somit eine methodisch *kontrollierte* Beobachtung der Beobachtungen erster Ordnung (verstanden als *theoretische* Direktbeobachtung) zu ermöglichen (ebd: 414, 509). Theorien im Allgemeinen und Beobachtungen im Speziellen kommt dann nicht nur *epistemologische*, sondern auch *methodologische* Relevanz zu. Die Zuordnung zu den Werten »wahr« und »unwahr« wird also theoretisch reflektiert und somit an die Wahl der Theorie selbst rückgebunden.<sup>53</sup> Diese Verwiesenheit zu reflektieren und zu „managen“, fällt in den Aufgabenbereich der Methodologie. Die erhobenen Daten selbst sind nicht per se »wahr« oder »unwahr«, es sind vielmehr die *theoretisch* begründeten (!) *Wahrheitsbedingungen*, die Daten als »wahr« bzw. »unwahr« definieren: Seien dies Algorithmen und Korrelationskoeffizienten oder nicht-mathematische Beobachtungsschemata. Jede Datengenerierungs- und Datenauswertungsmethode muss (beobachtungs-)theoretisch programmiert werden. Man muss festlegen, wann die Werte „wahr“ bzw. „unwahr“ gelten sollen. Programmiert man die Methode nicht selbst, so wählt man zumindest eine bestimmte Methode danach aus, ob sie zu der Fragestellung „passt“ oder nicht. Es kommt in jedem Fall zu einem re-entry, zu einem Eintritt der Unterscheidung Theorie/Methode in das durch sie Unterschiedene (Theorie). Wenn man die Systemtheorie mit „klassischen“ Methodologien vergleicht, so ergibt sich folgendes

---

<sup>53</sup> Diese Theorie muss dabei nicht zwingend dieselbe Theorie sein, mit der Gegenstände beobachtet werden, wobei es jedoch zumindest so etwas wie eine Affinität bestimmter Kombinationen von Theorie und Methode gibt, so zum Beispiel Deduktion und Rational Choice oder Induktion und Ethnomethodologie.

Bild: Weder ausschließlich Induktion noch Deduktion, Abduktion oder Retroduktion.<sup>54</sup> Dies hängt mitunter damit zusammen, dass der Forschungsprozess in der Systemtheorie als kontingenter und infiniter Prozess gilt (Luhmann 1990). Luhmann spricht denn auch von Deduktion und Induktion als von „Grenzfällen“ konstruktivistischer Forschung (Luhmann 1990: 419). Wir wollen die Besonderheit des methodologischen Konstruktivismus gegenüber den anderen Methodologien im Hinblick auf das wissenschaftliche Postulat der Überprüfbarkeit (Reliabilität) herausstellen (Luhmann 1990: 429). In Weiterführung der Überlegungen Luhmann's, zeichnet sich dann folgendes Bild ab: Während im Falle der Deduktion das Überprüfbarkeitspostulat als ein rein *methodisches* Postulat (mathematisch-formalisierte Datengewinnung/-auswertung), im Lager der Induktivisten als *theoretisches* Postulat („objektiv-replizierbare“, „positive“ Wahrnehmung) aufgefasst wird, so erscheint es in der systemtheoretisch-konstruktivistischen Forschung konsequenterweise als *methodologisches* Postulat (ebd: 431) In deduktiven Forschungsdesigns sollen die Methoden selbst (Erhebungs-, Auswertungsmethoden, mit oder ohne Computerunterstützung) den Kriterien der Objektivität und Reliabilität genügen. Die Erfüllung derselben Gütekriterien wird in induktiven Forschungsdesigns mit Verweis auf das „richtige“ Beobachtungsvermögen oder die Kreativität des Forschers sichergestellt. Der Clou, Überprüfbarkeit als *methodologisches* Postulat zu beschreiben, unterstreicht und bestätigt das Merkmal der engen Kopplung von Theorie, Methode und Empirie (Gegenstand) in der Systemtheorie. Dann ist nämlich die Überprüfbarkeit im *Bedingungsverhältnis* von *Theorie, Empirie und Methode* zu verorten. Und dies, gerade weil die *konstruktivistische Methodologie* schon immer Theorie und Methode zueinander in Beziehung setzt und die *konstruktivistische Epistemologie* die Gegenstandskonstruktion schon immer als interne Operation des Beobachtungssystems beschreibt. Es ist dann nur konsequent, das Analyseprogramm der Systemtheorie als „*methodologischen Konstruktivismus*“ zu bezeichnen (Hagen 1999, 2006) und dabei genau auf diesen Zusammenhang von Theorie, Methode und Empirie in Bezug auf die beiden Schnittstellen (Theorie/Empirie, Theorie/Methode) zu

---

<sup>54</sup> Blaikie (2000) stellt Abduktion und Retroduktion als „Mischtypen“ vor. Vergleiche auch die Ausführungen von Reichertz (2004). Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, wollte man im Einzelnen die methodologische Einordnung der Systemtheorie innerhalb dieser Typologie vertiefend behandeln. Unser systemtheoretisches Untersuchungsdesign würde wohl am ehesten als abduktive Analysestrategie beschrieben werden können.



verweisen.<sup>55</sup> Da Beobachtungsleistungen (Theorie) in der autologisch gebauten Systemtheorie die Grundoperationen darstellen, wirkt sich dies auf den *gesamten* Forschungsprozesses aus. Die Konsequenz ist dann, dass die Unterscheidung von Theorie, Methode und Empirie *als Unterscheidung* keinen Unterschied mehr macht, da weder *Methode* als objektives Wahrheitsinstrument, noch *Gegenstand* als etwas „Außenstehendes“ gelten kann. Gegenstandskonstruktion und Wahrheitsfindung sind dann beide theorie- bzw. beobachtungsabhängige Elemente des Forschungsprozesses.

---

<sup>55</sup> Diesen immanenten Zusammenhang von Theorie und Methode hat Luhmann bereits am Anfang seiner Karriere gesehen und in seiner Antrittsvorlesung verteidigt (vgl. Luhmann 1964). Titel der Vorlesung: Systemtheorie *und* funktionale Methode (kursiv: CH).

## 4 Forschungsprozess

Unsere Analyse der sw-WSF mag bei einigen Sozialforschern die Frage aufwerfen, was daran eigentlich das „Empirische“ sein soll. Schließlich beobachtet doch jeder Forscher die Literatur auf bestimmten Fachgebieten, um einen Bezug und Anschluss herzustellen. Und dies, ohne das Ganze als empirische Forschung zu bezeichnen. Interessant ist hieran zunächst einmal, dass die Wissenschaft selbst als *Referenz* nichts Außergewöhnliches ist. Als expliziter *Forschungsgegenstand* wird die Wissenschaft von der Wissenschaft dagegen weniger selbstverständlich bemüht. Schließlich soll die Wissenschaft ja „die Welt“ (und das heißt in den meisten Fällen: die Um-Welt der Wissenschaft) beforschen und nicht sich selbst. Für die autologisch gebaute, sich selbst immer schon einschließende Systemtheorie ist die Wissenschaft jedoch kein außergewöhnlicher Gegenstand, sie ist ein Forschungsgegenstand wie jeder andere auch. Von einer „normalen“ Literaturstudie, wie sie wohl in fast jeder wissenschaftlichen Arbeit vorzufinden ist, unterscheidet sich unsere Analyse in einem wichtigen Punkt. Nicht der Erkenntnisvergleich/-abgleich steht im Fokus, sondern die systematische, „methodisch kontrollierte“ Analyse der *Möglichkeitenbedingungen* der Erkenntnisgewinnung selbst. Im Folgenden wollen wir die einzelnen Schritte unseres Forschungsprozesses darlegen. Dabei gilt es zunächst einmal, unseren Untersuchungsgegenstand näher zu definieren (4.1). Im nächsten Abschnitt beschäftigen wir uns dann mit dem Thema Datenauswahl (4.2). Es folgt die Darlegung der Analysestrategien, die in unseren Analysen der sw-WSF zum Einsatz kommen (4.3). Die Frage nach der Datenauswertung steht im Abschnitt (4.4) im Zentrum. Eine schematische Übersicht über den gesamten Forschungsprozess erfolgt dann am Ende dieses Kapitels (4.5).

### 4.1 Konstruktion des Untersuchungsgegenstandes

Unser Untersuchungsgegenstand ist die sw-WSF. Den meisten Forschern wird immer schon mehr oder weniger „klar“ sein, was sw-WSF ist. Als Forscher, der diese Forschung beforscht, kann/darf man sich damit jedoch – leider! – nicht zufrieden geben.

Wir müssen die einzelnen Schritte des Forschungsprozesses erörtern und begründen. Dies gilt dann eben auch für die Konstruktion des Untersuchungsgegenstandes.

Sw-WSF als Gegenstand existiert nicht einfach dort draußen, wir müssen ihn vielmehr erst konstruieren. Vor dem Hintergrund des methodologischen Konstruktivismus können wir dann zunächst einmal formulieren, dass die Objektivierung unseres Forschungsgegenstandes zum einen an die Beobachtungsleistungen des Forschers selbst, zum anderen an die Selbstreferenz eben dieses Gegenstandes rückgebunden ist. Was den Aspekt der Selbstreferenz betrifft, bedeutet dies, dass wir – in unausweichlicher Tautologie – das als sw-WSF betrachten müssen, was als sw-WSF betrachtet wird. Um diese Tautologie zu enttautologisieren, müssen wir asymmetrisieren, also Unterscheidungen – und damit Identitäten - einführen. Wir gehen dann davon aus, dass es sich bei der sw-WSF um soziologische und politikwissenschaftliche Beiträge handelt. Wir können uns dann unserem Forschungsgegenstand zunächst einmal annähern, indem wir nach Büchern/Artikeln Ausschau halten, die die Namen dieser beiden Disziplinen in irgendeiner Form in ihrem Titel tragen. Wo aber sind die Grenzen unseres Untersuchungsobjektes? Wir gehen, gestützt auf Aussagen von Sozialwissenschaftlern wie Baldwin (1990), Lessenich (2000), Radin (2000) und Pierson/Castles (2006) davon aus, dass die sw-WSF eine unübersichtliche Wachstumsindustrie ist. Es gibt keine objektiv angebbaren Grenzen der sw-WSF. Was die Möglichkeit einer thematischen Einschränkung unseres Forschungsobjektes betrifft, so kann eine solche aufgrund unserer offen formulierten Forschungsfrage nicht erfolgen. Sinn und Zweck unserer abstrakten Analyse der sw-WSF ist es ja gerade, zentrale Aspekte der rekursiven Möglichkeitsbedingungen der sw-WSF zu analysieren. Das Grundproblem aber, wie man Zugang zum Gegenstand bekommt, bleibt weiterhin bestehen. Hier bietet sich innerhalb des methodologischen Konstruktivismus nur ein Ausweg: Man muss beobachten, was und wie beobachtet wird, wenn der Wohlfahrtsstaat im Fokus der Forschung steht. Wir lassen uns also den Gegenstand vom Gegenstand selbst vorgeben. Dies kann nur indirekt geschehen, eben durch unsere *Beobachtungen* der Beobachtungen auf diesem Forschungsgebiet. Diese Beobachtungsbeobachtungen sind an die subjektiven Beobachtungsleistungen des beobachtenden Forschers gebunden. Der Untersuchungsgegenstand, die sw-WSF, ist und bleibt dann eine Konstruktion des Beobachters.

## 4.2 Datenauswahl I, II

In der Literatur wird meist zwischen Datenerhebungs- und Datenauswertungsmethoden unterschieden (Blaikie 2000; Flick/Kardoff/Steinke 2004: 332ff)<sup>56</sup>. In diesem Abschnitt wollen wir näher auf die Datenerhebung eingehen. In unserem Fall müssen die Daten als Daten nicht noch erst erhoben werden, sie sind bereits als Texte (in Form von Büchern und/oder Artikeln) vorhanden. Natürlich erhalten diese „Daten“ ihren Datencharakter erst dadurch, dass sie als relevante und valide Daten dafür gelten, unsere Forschungsfrage nach den rekursiven Möglichkeitsbedingungen der sw-WSF zu beantworten. Da unser Untersuchungsgegenstand nicht begrenzt ist, müssen wir Datenauswahl/-selektion betreiben. Soll dies wissenschaftlich geschehen, so ergeben sich zwei Anforderungen: Begründung der Datenselektion und Spezifikation der Untersuchungseinheiten. Was die Selektion der Daten (Bücher und Artikel) betrifft, so sollte diese kompatibel sein mit dem Forschungsinteresse bzw. der Forschungsfrage. In unserer Analyse geht es nicht darum, *ob* irgendeine *bestimmte* Semantik oder Form zentrale Möglichkeitsbedingung ist oder nicht. Die Frage lautet vielmehr, *welche* Formen und Semantiken hier prozessiert werden und wie der Operationsmodus zu beschreiben ist. Diese „offen“ formulierte Forschungsfrage lässt eine vorab definierte, quantitative Datenauswahl als wenig sinnvoll erscheinen. Man weiß ja noch gar nicht, *wo* man auf „Interessantes“ stößt. Nach welchem Prinzip sollte dies passieren, und welche „Fallobergrenze“ sollte eingehalten werden? 100 Bücher und 10 Artikel oder doch lieber 50 Bücher und 100 Artikel? Also eine Vollerhebung und keine Auswahl? Mitnichten! Ein solches Vorhaben würde wohl sehr schnell an kognitive und zeitliche Grenzen stoßen. Wir müssen selektieren. Aber wie? In Abschnitt (4.1) haben wir bereits auf die unausweichliche Tautologie bei der Konstruktion des Untersuchungsgegenstandes hingewiesen. Für die Datenauswahl bedeutet dies dann, dass wir in einem ersten Schritt Literatur sichten können, in der in den jeweiligen Titeln selbst von soziologischer bzw. politikwissenschaftlicher Wohlfahrtsstaatsforschung in irgendeiner Form die Rede ist. Folgende „Daten“ haben wir ausfindig gemacht:

---

<sup>56</sup> Interessant ist dabei besonders die Feststellung von Flick/Kardoff/Steinke, dass es neben Datenerhebungs- und Datenauswertungsmethoden auch sogenannte „integrierte Methoden“ gebe. Diese ließen sich nicht eindeutig der Erhebung oder Auswertung zuordnen. Wir wollen behaupten, dass das Programm des methodologischen Konstruktivismus gut als eine solche *integrierte Methode* beschrieben werden kann, da Theorie, Methode und Empirie eng miteinander gekoppelt sind.

Lessenich (2000), Berg-Schlosser/Müller-Rommel (2003b), Schmid (2003) und Pierson/Castles (2006). Auf der Rückseite letztgenannten Buches heißt es: „The book includes fifteen new and carefully edited selections, all reflecting the very latest thinking and research in welfare state studies.“ Der weitere Auswahlprozess ist dann „objektiv“ kaum mehr nachvollziehbar. Dieser basiert dann teilweise auf angegebenen Referenzen, teilweise folgt er aber auch dem Forschungsinteresse, mit den abstrakten Analysen zentrale Möglichkeitsbedingungen der sw-WSF, konzipiert als *ein* Forschungsgebiet, analysieren zu wollen. In dieser Hinsicht kann man dann etwa mit relativ hoher Wahrscheinlichkeit auf Beiträge von Esping Andersen, Offe oder Giddens stoßen. Beiträge von Dingeldey, Kronauer oder Kaufmann hätten dagegen wohl nur wenige Wohlfahrtsstaatsforscher in ihrem Datenpool. Aber darum geht es ja auch nicht. Unsere Selektion kann, bedingt durch Forschungsfrage und Methodologie, nicht der „Logik“ einer diskurstheoretischen Suche nach Monumenten in der sw-WSF folgen. Zumindest nicht in dem Sinne, als dass man nach zentralen Einzelbeiträgen sucht. Dies würde dem Zweck unserer Untersuchungen allenfalls nur teilweise genügen. Die Unübersichtlichkeit unseres Untersuchungsgegenstandes lässt darüber hinaus die diskurstheoretische Anweisung „Les alles!“ als ungeeignet erscheinen (Andersen 1999: 47).<sup>57</sup> Schlussendlich ist die unserer Analyse zu Grunde liegende Datenauswahl die Menge der Artikel und Bücher, die in Kapitel (5) in unseren Analysen herangezogen wird. Die „Grenze“ zwischen Datenauswahl und Datenanalyse wird dabei in unseren Analysen oft durchkreuzt.<sup>58</sup> Auch nicht alle Daten, die ausgewählt worden sind, sind analysiert worden. Die Auswahl der Daten ist in den Fällen, in denen es darum geht, formentheoretischen Reflexionen (re-entries, crossing Prozesse) nachzugehen, auch mitunter eine „gezielte“ Auswahl. Und dies vor dem Hintergrund des Ausnutzens des Analysepotentials der Formanalyse. Der Prozess der Datenauswahl ist bei einer offenen Forschungsfrage, wie in unserem Fall, also im Prinzip infinit, d. h. es gibt keine mathematisch-objektive Stoppregel. Die Entscheidung darüber, wann die Datenauswahl abgeschlossen ist sowie die Frage, ob es sich bei den Analyseergebnissen nun um zentrale Möglichkeitsbedingungen der sw-WSF handelt, sind Fragen der

---

<sup>57</sup> Zumal wir uns, ebenfalls bedingt durch die methodologische Anordnung unserer Forschungsfrage, nicht auf eine bestimmte Zeitperiode, wie dies Foucault (1998: 263) vorschlägt, beschränken können, mittels derer Datenreduktion betrieben werden könnte.

<sup>58</sup> Hagen sieht für qualitative Forschungen generell ein dialektisches Verhältnis zwischen den zwei Seiten im Forschungsprozess: Datenerhebung und Datenauswertung (Hagen 2006: 83). Grenzüberschreitungen werden als „normal“ und erwartbar betrachtet.

*theoriegestützten Beobachtung* von Rekursivität, die immer auch ein Stück weit die Entscheidung (Beobachtung) des Forschers selbst ist. Rekursivität und Zentralität können dann immer nur beobachterabhängig über Referenzen und Zitate untermauert werden. Mathematisch begründete Reliabilität kann es in einem offenen, konstruktivistischen Forschungsprozess nicht geben, dagegen spricht allein schon der zentrale Aspekt der Beobachterabhängigkeit.<sup>59</sup> (vgl. Andersen 1999, Rasmussen 2000, 2004).

Was die genauere Definition unserer schlussendlich analysierten Untersuchungseinheiten (Datenauswahl II) betrifft, so geben Theorie und Forschungsinteresse vor, nach was Ausschau gehalten werden soll. In unserem Fall schauen wir nach zentralen Formen und Semantiken, welche die Rekursivität der sw-WSF prägen. Da im Prinzip extrem verschiedene Formen und Sinnkondensate aktualisiert werden können, legen wir ein hohes Abstraktionsniveau an. Die beobachteten und analysierten Untersuchungseinheiten (Formen und Semantiken) sind dann das Ergebnis theoriegestützter Beobachtungsleistungen des Forschers selbst. Vor dem Hintergrund des methodologischen Konstruktivismus kann es keine „objektiven“ Anweisungen und Ergebnisse geben. Dies bedeutet dann aber auch, dass nicht etwas *übersehen*, sondern nur *nicht gesehen* werden kann.<sup>60</sup>

### 4.3 Datenanalyse – Analysestrategie

Welche Analysestrategien ergeben sich nun aus den Theorien sozialer Systeme und funktionaler Differenzierung? Gemäß der systemtheoretischen Maxime, dass die Praxis der Analyse nichts anderes ist als die Anwendung selektiver Beobachtungsleistungen, können Methoden auch nur Formen (Beobachtungsschemata) sein. Die folgenden Analysestrategien sind denn auch als „Formstrategien“ zu verstehen. Die Möglichkeitsbedingungen der sw-WSF „zeigen“ sich dann dem Forscher in den Formen: markiert/unmarkiert; Sinn/kondensierter Sinn; System/Umwelt, Medium/Form.

---

<sup>59</sup> Wir verzichten in unserer Analyse ausdrücklich auf Maßnahmen zur Erhöhung der Intercoder-Reliabilität in Form von Teamarbeit, Supervision u. a. Solche Versuche, den Gütekriterien der „quantitativen“ Forschung ein Stück weit näher zu kommen, können allenfalls als gut gemeinte Profilierung betrachtet werden. Ob nun 5 oder 10 Leute auf dieselben Ergebnisse kommen, gegen mathematische Verallgemeinerungen kann diese numerische Absicherung nur lächerlich wirken.

<sup>60</sup> Auch der „Kritiker“ von Beobachtungsleistungen sieht also nur das, was er sieht. Es steht 1:1, Verlängerung läuft, epistemologische Tore können allerdings keine mehr geschossen werden!

Die *theoretischen* Leitdifferenzen werden so zu *empirischen* Leitdifferenzen. Eine kommunikations- und differenzierungstheoretische Textanalyse wird dann Medien, Formen und Semantiken analysieren, die sich im (kondensierenden) Gebrauch von Begriffen (Beobachtung und Bezeichnung) einstellen.<sup>61</sup>

Seit den 1990er Jahren ist das Interesse an der Ausarbeitung einer systemtheoretisch informierten Analysemethode gestiegen.<sup>62</sup> Ungeachtet der verschiedenen Bezeichnungen einer solchen Methode<sup>63</sup> teilen alle Ausarbeitungen eine gemeinsame Grundprämisse: Das analytische Potential der Systemtheorie zeigt sich in der Beobachtung von Beobachtungen (Fremdbeschreibung).

„Alle Kommunikation ist Beobachtung, entweder in der Form von Selbst- oder Fremdbeschreibung (...). Die Systemtheorie versucht sich nun als Beobachtung zweiter Ordnung zu etablieren, also als eine Beobachtung davon, wie Kommunikationssysteme beobachten“ (Andersen 1999: 127).<sup>64</sup>

Die Leistung ist dann darin zu sehen, nicht nur die Möglichkeitsbedingungen von Beobachtungsleistungen darzulegen (De-Konstruktion), sondern auch Aussagen über kommunikative Selbstsinngungen treffen zu können (Re-Konstruktion). Im Folgenden wollen wir das Potential vier systemtheoretischer Analysestrategien erläutern. Dabei werden wir uns eng an die Ausführungen des dänischen Soziologen Andersen halten, der sich bei der Ausarbeitung systemtheoretischer Analysestrategien besonders verdient gemacht hat (Andersen 1999, 2003, 2007). Andersen unterscheidet 4 bzw. 5 Analysestrategien mit den entsprechenden Leitdifferenzen: Markiert/unmarkiert (Formanalyse), System/Umwelt (Systemanalyse), Sinn/kondensierter Sinn bzw. Konzept/Gegenkonzept (Semantikanalyse), Medium/Form (Medienanalyse) und

---

<sup>61</sup> Hagen (2006) spricht in diesem Zusammenhang zu Recht von der systemtheoretischen Methode als einer Theorie- bzw. Begriffsanalyse, Theorie verstanden als Gebrauch bestimmter Formen.

<sup>62</sup> Von den systemtheoretisch inspirierten Sozialforschern, die um das konstruktivistische Analysepotential der Luhmann'schen Systemtheorie bemüht sind, seien besonders hervorgehoben und genannt: Nassehi/Saake (2002), Schneider (2004), Hagen (1999, 2006), Rasmussen (2004), Titscher/Meyer/Wodak (1998) sowie Andersen (1999).

<sup>63</sup> Ob nun als operativer Konstruktivismus bei Luhmann und Rasmussen oder methodologischer Konstruktivismus bei Hagen, differenzierungstheoretische Textanalyse bei Titscher/Meyer oder systemtheoretisch informierte Hermeneutik bei Nassehi/Saake und Schneider. Die von Luhmann stammende Bezeichnung *funktionale Analyse/Methode* ist dabei als Oberbegriff für die Vorgehensweise der Systemtheorie auf der Suche nach Erkenntnis zu sehen. Insofern handelt es sich bei der funktionalen Methode/Analyse um eine Erkenntnistheorie und weniger um eine Analysemethode.

<sup>64</sup> Übersetzung aus dem Dänischen: C. H.

Differenzierung/Kopplung (System-/Kopplungsanalyse).<sup>65</sup> Während Form-/Medien- und Semantikanalysen den *operativen* Aspekt betonen, betont die System-/Kopplungsanalyse den differenzierungstheoretischen Aspekt.

### 4.3.1 Form-/Medienanalyse

In der Formanalyse steht die Beobachtung (der Einheit) von Beobachtungsoperationen (Unterscheidungen) im Zentrum. Mit anderen Worten: Es geht um die Analyse des Verhältnisses von Begriff und Unterscheidungsbegriff (Luhmann 1990: 84ff). Da Komplexitätsreduktion und Selbstsimplifikation Erfordernisse sozialer Kommunikationszusammenhänge sind, soll mittels Formanalysen herausgefunden werden, *welche* begrifflichen Formen die sw-WSF (re)produziert. Prinzipiell gibt es den Fall der bestimmten und den der unbestimmten Unterscheidung:<sup>66</sup> So kann man etwa dem Staat den Markt gegenüberstellen oder aktive von passiver Arbeitsmarktpolitik unterscheiden. Es mag aber auch Fälle geben, in denen ein klarer „Gegenwert“ fehlt, bzw. mehrere Gegenwerte möglich sind. In jedem Fall werden jedoch mit der Beobachtung von Beobachtungen die sog. „blinden Flecken“ sichtbar und damit die Unterscheidungsgebundenheit jeglicher Beobachtungsoperationen (Luhmann 1990: 85). Vor diesem Hintergrund wird eine Formanalyse dann nicht nur danach fragen, welche konkreten Unterscheidungen in Gebrauch sind und was damit in den Blick kommt. Sie wird auch danach fragen, welche Unterscheidungen eine Form zur Unterscheidung machen, woran etwa der Unterschied zwischen Staat und Markt festgemacht wird? Ein wichtiger Teil unserer Formanalysen besteht darin, das Verhältnis der analysierten Formen zu sich selbst und zu anderen (davon abgeleiteten) Formen genauer zu analysieren. Besonders beim Auftreten „neuer“ Unterscheidungen muss man sich fragen, in welchem Verhältnis diese zu „älteren“ Unterscheidungen stehen. Es kann auch zu einem Platzwechsel der Werte kommen (crossing) oder zu re-entries (Wiedereintritten von Formen in das durch sie Unterschiedene)?<sup>67</sup> Wir wollen solche, tiefergehenden Formanalysen in den jeweiligen Abschnitten »Form und Reflexion«

---

<sup>65</sup> Andersen merkt an, dass besonders die Strategien der System- und Kopplungsanalyse kaum zu unterscheiden sind (Andersen 2003). Im Weiteren gehen wir daher von 4 verschiedenen Analysestrategien aus.

<sup>66</sup> Vgl. hierzu Nassehi im Zusammenhang mit der Form Inklusion/Exklusion (Nassehi 2004).

<sup>67</sup> Vgl. hierzu Luhmann 1997, siehe auch Abschnitt (2.2.2).



durchführen. Diesen Analysen kommt nicht zuletzt im Hinblick auf begriffliche Uneindeutigkeiten und Mehrdeutigkeiten in der sw-WSF große Bedeutung zu.

Die Formanalyse steht in unmittelbarem Bezug zur Medienanalyse. Die „Form“ der Medienanalyse ist »Form/Medium«. Luhmann's Begriffsapparat kennt drei verschiedene Arten von Medien.<sup>68</sup> Für die Medienanalyse im engeren Sinne interessieren die Medien als mediale Substrate. Ein Medium ist dann

„(...) jeder lose gekoppelter Zusammenhang von Elementen, der für Formung verfügbar ist, und Form ist die rigide Kopplung eben dieser Elemente, die sich durchsetzt, weil das Medium keinen Widerstand leistet“ (Luhmann 1990: 53).

Formen können nur innerhalb eines bestimmten Mediums gebildet werden, umgekehrt können Medien nur als Medien erkannt werden, wenn darin Formen gebildet werden. Dabei ist das Grundmedium aller Formen die Sprache (Luhmann 1984). Erst die Sprache erlaubt es, unterschiedliche Wörter, Sätze usw. voneinander zu unterscheiden. So kann etwa »Staat/Markt« nur deshalb als Form analysiert werden, da auch andere Formen denkbar sind. »Arbeit« als Medium bringt die Form »Erwerbsarbeit« hervor, muss aber dann von anderen Formen desselben Mediums unterschieden werden können (Hausarbeit, Erziehungsarbeit usw.). Der analytische Mehrwert der Medienanalyse ist zuvorderst darin zu sehen, auf abstraktem Niveau möglichst viele Formen als Formen ein und desselben Mediums beschreiben, und so die Zentralität bestimmter medialer Substrate analysieren zu können.

### 4.3.2 Semantikanalyse

Formanalysen treffen Aussagen darüber, mit welchen Unterscheidungen was wie beobachtet wird. Semantikanalysen wollen Aussagen darüber treffen, welche Sinnkondensate situationsunabhängig und zeitüberdauernd ein Kommunikationssystem immer wieder informieren und irritieren und dadurch Identität und Selbstsinnggebung festschreiben. Luhmann selbst definiert Semantik als „höherstufig generalisierten, rela-

---

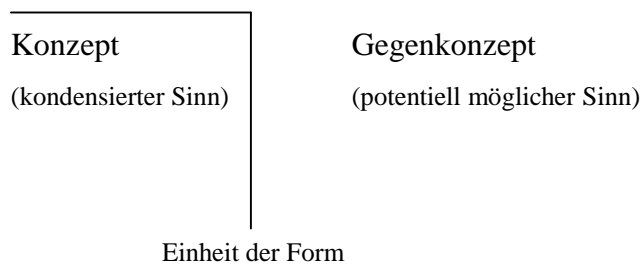
<sup>68</sup> Symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien (sgKm), Verbreitungsmedium und allgemein Medium im Verhältnis zu Form (Luhmann 1997). Bis auf die Verbreitungsmedien handelt es sich immer um sogenannte mediale Substrate, in denen Formen gebildet werden können. Die symbolische Generalisierung solcher Substrate interessiert dann besonders in Bezug auf die differenzierungs-/systemtheoretischen Analysen.

tiv situationsunabhängig verfügbaren Sinn“ (Luhmann 1980: 19). Kondensierter Sinn ist dann die Selektion und Bestätigung/Konfirmierung *bestimmter* Sinnreservate. Diese kondensierten Sinnreservoirs, so Andersen (2007), lassen sich auch als Konzepte beschreiben. Die konstitutive Form der Semantikanalyse ist dann »Konzept/Gegenkonzept« bzw. »Sinn/kondensierter Sinn« (Andersen 2003:31f, 2007).

„A concept *condenses* a multiplicity of expectations to form semantic reservoirs, which are then made available to communication and can be identified by semantic analysis (...). These expectations, condensed by concepts, are the *meaning* of the communication. The multiplicity of meaning always becomes fixed in the form of concepts by the difference between concept and counterconcept.“ (Andersen 2007: 124)

In der Analyse von Konzepten müssen dann immer auch die jeweiligen Gegenkonzepte beachtet werden. Die allgemeine Form der Semantik (Luhmann 1984; Andersen 1999, 2003), lässt sich dann darstellen als:

### Schaubild (3) Allgemeine Form der Semantikanalyse



Der senkrechte Strich markiert die Einheit der Form, während der waagrechte, nach links geklappte Strich die Markierung anzeigt. In Bezug auf Funktionssysteme spricht Luhmann von einer Semantik der Selbstsinnggebung, der Reflexion und Autonomie (Luhmann 1997: 745). Es geht hier letzten Endes um die semantische Selbststeuerung der jeweiligen Systeme (Luhmann 2005k).

„Denn Identitäten kondensieren und konfirmieren das soziale Gedächtnis des Systems. Sie regeln, was vergessen und was erinnert werden kann, legen also fest, was aus der Vergangenheit präsent bleibt; und sie regulieren damit zugleich den Oszillationsspielraum der Zukunft, das heißt die Formen, in denen Erwartungen (hier: Verhaltenserwartungen) der Erfüllung bzw. der Enttäuschung ausgesetzt werden“ (Luhmann 1997: 772).

Gerade im Hinblick auf die generelle Ereignishaftigkeit (also: Temporalität und Irreversibilität) von Operationen kommt der Semantik systemkonstitutive Bedeutung zu.<sup>69</sup> Semantikanalysen sind dann schon immer ein Stück weit als historische Analysen zu begreifen.<sup>70</sup> Wie in der Einleitung erwähnt, beabsichtigen wir jedoch nicht, eine historische Analyse der sw-WSF durchzuführen. Unsere Analysen können nur insofern als historisch betrachtet werden, als dass sie *formentheoretische* und *semantisch-konzeptionelle* Varianz herausarbeiten. Das „Historische“ ist dann darin zu sehen, dass diese *Varianz* immer schon auf eine „Grundredundanz“ verweist, ja, durch diese erst *als* Varianz sichtbar wird. Somit kann dann Redundanz auch nicht historisch – im Sinne von „veraltet“ oder „überholt“ – definiert werden.

Form- und Semantikanalyse sind die zwei zentralen Analysestrategien. Wir wollen daher an dieser Stelle kurz näher auf den Unterschied bzw. den Zusammenhang eingehen. Ziel der Semantikanalyse ist es, Sinnkondensate zu analysieren, um so Rückschlüsse auf die Reflexion und Identität eines bestimmten Kommunikationszusammenhangs ziehen zu können. Jede Semantikanalyse, verstanden als die Analyse von Konzepten und Gegenkonzepten, ist letzten Endes eine *besondere Formanalyse*. Und genau deshalb interessieren auch hier dann wieder die formentheoretischen Reflexionsprozesse (crossing, re-entries usw.).

„The semantic analysis asks, how are meaning and expectations formed and how are these condensed and generalized into concepts, which then establish a semantic reservoir for systems of communication. This includes the question of how concepts are displaced so that they might be given new counter-concepts or that counter-concepts become counter-concepts to new concepts or a counter-concept becomes unspecified, occasioning a struggle to fill it out“ (Andersen 2007: 124).

Im Unterschied zu reinen Formanalysen interessieren bei Semantikanalysen also nicht die einzelnen Formen und Medien für sich genommen, sondern die abstrakteren, selbstsimplifizierenden Sinnkondensate. Die entsprechende Untersuchungsleitfrage

---

<sup>69</sup> Luhmann selbst zeigt die enge Verbindung von Gesellschaftsstruktur und Semantik (Luhmann 1980) bzw. Semantik und (teil)systemischer Selbstbeschreibung auf (vgl. die jeweiligen Kapitel zu den „Selbstbeschreibungen“ in seinen Monographien zu den einzelnen Funktionssystemen). Man würde allerdings die Reichweite und das Potential besonders der Semantikanalysen unterschätzen, beschränkte man die Anwendung lediglich auf die Analyse von Funktionssystemzusammenhängen. Auch auf Organisationssystem- und Interaktionssystemebene sind Selbstbeschreibungen und Identitäten von zentraler Bedeutung. So zeichnen sich etwa „beste Freunde“ durch eine andere Kommunikationsstruktur aus als „Bekannte“ oder „Verwandte“. Organisationen geben sich selbst ein „Selbstbild“, eine „corporate identity“ und haben ein bestimmtes „Image“ in der Öffentlichkeit, das diese Unternehmen kondensieren oder verändern wollen.

<sup>70</sup> Dieser Eindruck entsteht auch, wenn man Luhmann's Monographien zu den Selbstbeschreibungen (Reflexionstheorien) der verschiedenen Funktionssysteme liest (vgl. als Überblick Luhmann 1997).

lautet dann: Welche Konzepte informieren in welcher Form die sw-WSF und prägen so Selbstverständnis, Identität und Reflexion dieses Forschungsgebietes? Form- und Semantikanalyse stehen dabei nicht unverbunden nebeneinander.

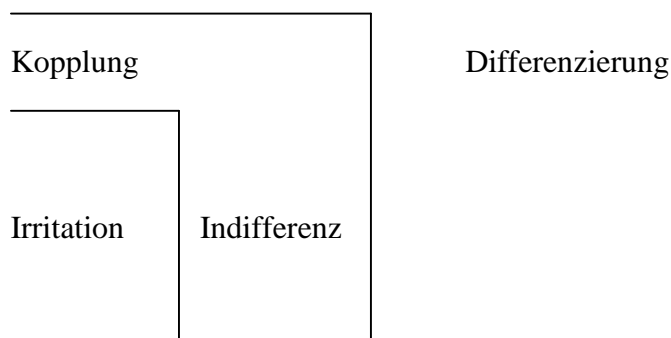
„(...) man muß jeweils auf die Formen, das heißt auf die Unterscheidungen achten und nicht nur auf den in Einzelworten oder Begriffen fixierten Sinn. Dann sieht man, daß und wie das Ideengut (...) in Bewegung gesetzt wird“ (Luhmann 1997: 982).

Als Beispiel nennt Luhmann selbst die Politik, welche „(...) nicht mehr im Unterschied zum Haushalt, sondern im Unterschied zur Wirtschaft (Gesellschaft) bestimmt [wird: CH]“ (ebd: 982). Eine Form kann dabei also semantische Qualitäten haben, eine Semantik (also Ideengut) ist grundsätzlich nur als Form denkbar, in der und durch die bewahrenswerte Sinnreservate von *nicht* bewahrenswerten Sinndesideraten unterschieden werden. Die Semantikanalyse markiert den Übergang zur Differenzierungs- und Systemanalyse. Da Semantiken immer *bewahrenswerte* Sinndesiderate darstellen, sind Semantikanalysen auch immer als Identitäts-, Struktur- und Stabilitätsanalysen zu verstehen.

### 4.3.3 System-/Kopplungsanalyse

Erst mit den System-/Kopplungsanalysen können die Ergebnisse aus den Form- und Semantikanalysen differenzierungstheoretisch analysiert werden. Hier zeigt sich der offene Vergleichsradius der systemtheoretischen Methodologie. Die allgemeine Form der System-/Kopplungsanalyse kann wie folgt dargestellt werden (Andersen 2003).

#### Schaubild (4) Allgemeine Form der System-/Kopplungsanalyse



Diese Analyse interessiert sich für die Frage, wie kommunikative Verweisungszusammenhänge strukturell gekoppelt werden können und dennoch ihre Differenziertheit aufrechterhalten (Andersen 2003: 34). Die „Methode“ ist der Vergleich. Verglichen werden die Analyseergebnisse (Formen, Medien, Semantiken) und die Möglichkeitsbedingungen bestimmter Kommunikationsformen. Entsprechend unseres Forschungsinteresses und unserer Forschungshypothese werden wir diesen Vergleich auf wissenschaftliche und politische Kommunikation beschränken. Wenn wir in diesem Zusammenhang von den Möglichkeitsbedingungen dieser beiden Kommunikationszusammenhänge sprechen, dann nehmen wir Bezug auf entsprechende Ausführungen Luhmann's und anderer Systemtheoretiker zu diesen beiden „Funktionssystemen“. In den jeweiligen Monographien beschreibt und erörtert Luhmann letzten Endes nichts anderes als die kommunikativen Möglichkeitsbedingungen bestimmter, rekursiver Kommunikationszusammenhänge. Wir nehmen, mit anderen Worten, Luhmann's Ausführungen für bare Münze und ontologisieren die Definitionen davon, was jeweils wissenschaftliche und politische Kommunikation *ist*. Erst dann wird ein Vergleich möglich, Abweichungen/Übereinstimmungen sichtbar.<sup>71</sup> Man muss an dieser Stelle aufpassen und sehr genau unterscheiden zwischen Elementen politischer und wissenschaftlicher Kommunikation und politischer und wissenschaftlicher Kommunikation. Formen, Medien und Semantiken *sind* nicht schon per se politische bzw. wissenschaftliche Elemente. In einem ersten Schritt unserer differenzierungs-/systemtheoretischen Analysen wollen wir daher die *Potentialität* der Analyseergebnisse beschreiben, Elemente eben politischer oder wissenschaftlicher Kommunikation zu *werden*. Man kann dann Aussagen treffen über die „Anlehnungssysteme“ rekursiver Kommunikationszusammenhänge (Luhmann 1997: 780). Der Analyse der Potentialität muss dann eine genauere, differenzierungstheoretische Analyse des Operationsmodus der sw-WSF folgen, denn:

„Man wird in diesen Fragen keinen durch den »Gegenstand« vorgezeichneten Konsens erwarten können. Es bleibt der Kommunikation überlassen, durch Verdichtung von Referenzen zu entscheiden, wohin sie sich bewegt“ (Luhmann 1997: 775).<sup>72</sup>

---

<sup>71</sup> Im Gegensatz dazu würde eine *positivistische* Ontologisierung bei den Gegenständen selbst ansetzen. Dann wäre all das Politik und Wissenschaft, was Politik und Wissenschaft ist und eben „dort“ (also: „in“ der Politik und „in“ der Wissenschaft) passiert. Eine Tautologie ohne Aussicht auf Lösung!

<sup>72</sup> Das „wohin sie sich bewegt“ wollen wir nicht räumlich-physisch verstehen, obwohl eine solche Lesart auch möglich und mit einer Kopplungsanalyse vereinbar wäre: Dies würde allerdings ein

Wir haben in Abschnitt (2.2.2) ausgeführt, dass drei Systemreferenzen unterschieden werden müssen. Wir wollen daher unsere Analyseergebnisse näher daraufhin untersuchen, in welchem Verhältnis diese zu den Systemreferenzen (Funktion, Leistung, Reflexion) stehen. Damit distanzieren wir uns mit Nassehi von jeglicher „Setzkastenlogik“, die systemische Zugehörigkeiten begriffs- bzw. raumontologisch definiert.

„Der *operative* Aspekt der Theorie funktionaler Differenzierung lässt sich daran verdeutlichen, dass Funktionssysteme als Kommunikationszusammenhänge konzipiert werden, deren Struktur sich *nicht* [kursiv: CH] einer vorgängigen Zugehörigkeit von Ereignissen zu bestimmten Funktionssystemen verdankt“ (Nassehi 2003b: 141).

Erst die Fokussierung auf den operativen Aspekt lässt es überhaupt sinnvoll erscheinen, von der Forschungshypothese einer kommunikativen/systemreferentiellen Hybridität auszugehen.

## 4.4 Datenauswertung

Von der Datenauswahl und Datenanalyse zu unterscheiden ist die *Datenauswertung*. Das, was in der Literatur oft als *Datenauswertungsmethode* vorgestellt wird (Inhaltsanalyse, Diskursanalyse, Dokumentenanalyse usw.), hat streng genommen mit *Aus-Wertung* wenig zu tun, sondern bezeichnet eigentlich nur die *Analyse*methode. Die Daten werden mittels Inhaltsanalyse oder Dokumentenanalyse nicht bewertet oder interpretiert, sie werden als Daten lediglich gewonnen. Mit der bloßen Erhebung und Analyse von Daten kommt der Forschungsprozess selbst aber noch nicht zu einem Ende (Ausnahme hier: Rein explorative Studien). Es geht ja zumeist nicht nur darum, Daten zu erheben. Man will zu irgendeiner Aussage kommen, zu einem Resümee. Dazu müssen die Daten bewertet/interpretiert werden. Dies erfordert die Wahl mindestens eines Vergleichsgesichtspunktes. Hierbei kann es sich um so Verschiedenes handeln

---

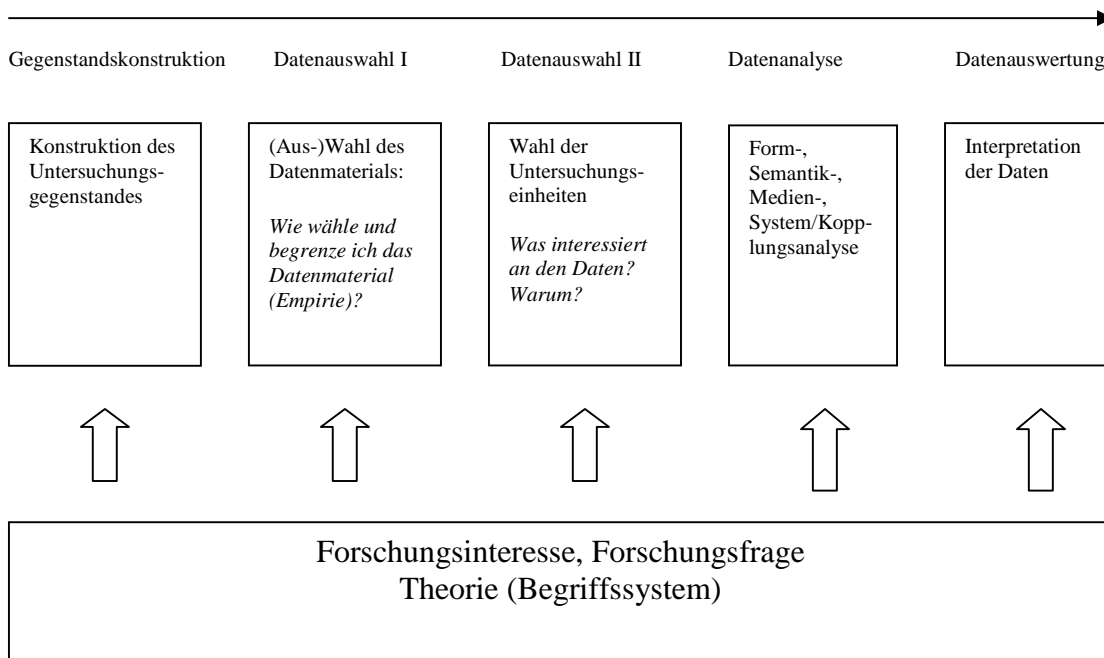
anderes Untersuchungsdesign erfordern; hierzu müsste man sich neben der sw-WSF auch politische Dokumente, Interviews, Fernsehaufzeichnungen oder ähnliches anschauen, um dann (die jeweiligen Räume absolut gesetzt), Diffusionen zu analysieren. Damit wäre aber auch eine andere Fragestellung angesprochen, nämlich die danach, wodurch sich Politik bzw. Wissenschaft, Massenmedien irritieren lassen. Eine solche Analyse wäre also wesentlich spezieller (aber dadurch eben auch nicht sehr allgemein), der Fokus läge auf den input/output Beziehungen und damit „nur“ auf den Leistungsbeziehungen. Unser Fokus richtet sich aber gerade auch auf Reflexion und Funktion der sw-WSF.

wie statistische Signifikanzwerte und Kenngrößen, moralische Maßstäbe oder theoretische Vergleichsgesichtspunkte. Nur im letzten Fall werden die Befunde *theoretisch* interpretiert. In Kapitel (6) werden wir unsere Analyseergebnisse vor dem Hintergrund der *theoretischen* Prämissen der Theorie funktionaler Differenzierung bewerten und interpretieren. Es handelt sich dann um einen *theoretischen* Maßstab und nicht um einen *moralischen* Maßstab. Mit der Datenauswertung erfolgt dann auch die Überprüfung unserer Forschungshypothese.

#### 4.5 Der Forschungsprozess im Schaubild

Im folgenden Schaubild ist der gesamte Forschungsprozess dargestellt. Forschungsinteresse, Forschungsfrage sowie die gewählte Theorie bedingen dabei jeden einzelnen der insgesamt vier Analyseschritte. Nichts anderes ist unter den Vorzeichen des methodologischen Konstruktivismus zu erwarten

**Schaubild (5) Der Forschungsprozess in unserer Analyse**



## 5 Wohlfahrtsstaat und Gesellschaft in der sozialwissenschaftlichen Wohlfahrtsstaatsforschung: Eine systemtheoretische Analyse der Möglichkeitsbedingungen

Die Analyse der sw-WSF erfolgt in zwei Schritten. Mit den Analysestrategien der Form-/Medien- und Semantikanalyse erfolgt zunächst die beobachtungs- und kommunikationstheoretische Analyse (5.1). Dabei werden wir in den jeweiligen Teilanalysen auch formentheoretische Reflexionen in den jeweiligen Abschnitten »Form und Reflexion« analysieren. Die beobachtungs- und kommunikationstheoretischen Analysen wollen wir abschließen mit einem kurzen Blick auf die Gesellschaftskonzeptionen, die durch den von uns analysierten Begriffsapparat der sw-WSF möglich gemacht werden. Im zweiten Schritt unserer Analyse erfolgt dann die differenzierungs- und systemtheoretische Analyse (5.2). Dazu wollen wir zunächst in einem Vergleich die analysierten Formen und Semantiken auf die Potentialität hin untersuchen, Elemente wissenschaftlicher bzw. politischer Kommunikationszusammenhänge zu sein. Eine genauere Analyse dieser Elemente im Hinblick auf das Verhältnis zu den Systemreferenzen (Funktion, Leistung, Reflexion) wird den Operationsmodus spezifizieren können.

### 5.1 Beobachtungs- und kommunikationstheoretische Analyse

#### 5.1.1 Form-/Medienanalyse

In den nun folgenden Analysen werden wir Formen und Medien, die die Rekursivität der sw-WSF bestimmen, näher analysieren. Zunächst einmal gilt unsere Analyse den „Akteuren“ der sw-WSF. Im Einzelnen geht es hier um die von uns als „Basisform“ bezeichnete Akteursformation »Wohlfahrtsstaat/(Arbeits-)Markt« (5.1.1.1) und deren Erweiterung um »Familie«, »dritter Sektor« und »Organisation« (5.1.1.2). Nach diesen eher akteurstheoretischen Formen wollen wir in Abschnitt (5.1.1.3) weitere Formen



analysieren, die den rekursiven Kommunikationszusammenhang der sw-WSF prägen. Hierbei handelt es sich nicht um Akteursformationen. Um diesen Unterschied hervorzuheben, wollen wir hier deshalb von Beobachtungsoptiken sprechen. Auch hierbei handelt es sich jedoch um Formen, im Sinne von zweiwertigen Unterscheidungen.

#### 5.1.1.1 Die Basisform »(Wohlfahrts-)Staat/(Arbeits-)Markt«

Die Form »Staat/Markt« nimmt in der sw-WSF einen zentralen Platz ein. Dies wollen wir verdeutlichen und dabei auch zeigen, in welcher Form diese Form in der sw-WSF erscheint (5.1.1.1.1). Im Anschluss daran werden wir näher die Unterscheidungen analysieren, die dieser Basisform zu Grunde liegen. Es geht dann um die genauere Analyse der Unterschiede, die in der Form »Staat/Markt« einen Unterschied machen (5.1.1.1.2). Dabei werden wir sehen, dass »Arbeit« als Medium von zentraler Bedeutung ist, und somit die Form »Staat/Markt« im Prinzip verengt wird auf die Form »(Wohlfahrts-) *Staat*/(Arbeits-)*Markt*«. Im Anschluss daran werden wir im Abschnitt „Form und Reflexion“ (5.1.1.1.3) die Form »Staat/Markt« tiefergehend analysieren.

##### 5.1.1.1.1 Die Zentralität der Basisform

Die sw-WSF wird in der Literatur als ein Nachkriegsphänomen vorgestellt (Briggs 1961; Hicks/Esping Andersen 2005, Lessenich 2000). Lessenich (2000) zieht daraus, mit Verweis auf Esping Andersen (1994: 713), den Schluss, dass die Theorien des Wohlfahrtsstaates und damit auch die sw-WSF ebenfalls ein Nachkriegsphänomen sind. Dies mag man einsehen. Für die in den verschiedenen Wohlfahrtsstaatstheorien benutzten Begriffe allerdings gilt dies nicht zwingend. Die in der sw-WSF zentrale Stellung der Beobachtungsform »Staat/Markt« kann vielmehr bis zu den Klassikern der Soziologie sowie benachbarter Disziplinen zurückverfolgt werden.<sup>73</sup> Auch wenn die Form »Staat/Markt« also historisch und theoriegeschichtlich gesehen nicht erst seit der Nachkriegszeit als Beobachtungsform prozessiert und gepflegt wird, so kann sie dennoch (immer noch) als Basisform der sw-WSF gelten. Mit den Arbeiten Marshall's, Titmuss' und Polanyi's wird nicht nur die Grundlage für die Beobachtungsform

---

<sup>73</sup> Es würde den Zweck dieser Analyse verfehlen und den Rahmen dieser Arbeit sprengen, wollte man darauf genauer eingehen. Als Lektüre hierzu sei empfohlen: O' Brien/Penna (1998).

»Staat/Markt« in der sw-WSF gelegt. Diese Form erhält auch ihre bis in die jüngste Gegenwart hinein aktuelle, funktionalistisch-konflikttheoretische Lesart.<sup>74</sup> Der Wohlfahrtsstaat wird in der sw-WSF gemeinhin konzipiert als Antwort auf sowie Kompensation von marktliberalistisch verursachten, organisations- und arbeitskraftbezogenen Kontingenzen (Konkurs, Inflation, Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, usw.). Der Markt (Industriekapitalismus) auf der einen, Demokratie und Sozialstaat auf der anderen Seite, bilden eine „Zwei-Seiten-Form“. Marshall's Ausführungen zu den widerstreitenden Logiken des Modernisierungsprozesses - Staatsbürgerschaftsrechte und Industriekapitalismus (Marshall 1950) -, Polanyi's Buch über »The great transformation. The political and economic origins of our time« (Polanyi 2001 [1944]) sowie Titmuss' Unterscheidung von „residual, institutional/universalistic und industrial-achievement-based welfare states“ (Titmuss 1958); alle diese Ausführungen reproduzieren und zementieren die Unterscheidungsrelevanz der Form »Staat/Markt«. Die Unterscheidung von Wohlfahrtsstaat auf der einen und Markt auf der anderen Seite ist dabei eine funktionale/funktionalistische Unterscheidung. Der Sozialstaat als notwendige Antwort auf die vom und auf dem Markt verursachten, sozialen Ungleichheiten hat dabei gegenwärtig nicht etwa an Aktualität verloren. Der überwiegende Großteil aktueller Definitionen davon, was der Wohlfahrtsstaat ist und wie er zu verstehen ist, stützt sich direkt oder indirekt auf eine funktionale/funktionalistische Lesart. Der Wohlfahrtsstaat in politikwissenschaftlicher Definition

„(...) bezeichnet einen bestimmten Staatstypus und steht in enger spannungsvoller Verbindung einerseits mit dem Kapitalismus als einer Form der Ökonomie, die auf Privatbesitz und Leistung aufbaut, sowie andererseits mit der repräsentativen Demokratie als Modus der politischen Willensbildung auf der Basis von gleichen Stimmen“ (Schmid 2003: 229).

Die von Lessenich herausgestellten, drei Funktionen des Wohlfahrtsstaats sind vor einem funktionalistisch-konflikttheoretischen Hintergrund formuliert:<sup>75</sup> *Marktregulierung* (also: funktionalistisch-interventionistische Abgrenzung des Wohlfahrtsstaates zum Markt), *Legitimation* (gegenüber den Bürgern) und *Wohlfahrtsproduktion* (soziale Teilhaberechte).<sup>76</sup> Der Markt (Kapitalismus) ist also auch hier zentraler

---

<sup>74</sup> Lessenich (2000). Wir kommen an etwas späterer Stelle noch genauer auf die verschiedenen Theorien des Wohlfahrtsstaats zu sprechen.

<sup>75</sup> Wenn auch in bereits neomarxistischer Erweiterung. Dazu später noch genauer (5.1.1.1.3).

<sup>76</sup> Siehe Lessenich (2000: 60ff).

Unterscheidungsfaktor. Auch wenn in der aktuellen Literatur von „conceptual crisis“ die Rede ist (Kaufmann 2001, 2003) und damit die theoretische Krise des Wohlfahrtsstaates selbst angesprochen ist, so reproduziert auch die *funktionale* Neuausrichtung des Wohlfahrtsstaates die *funktionalistische* Logik. Dann ist zwar von „enabling state“ (Gilbert/Gilbert 1989; Gilbert 1993), „social investment state“ (Giddens 1999a; Rose 1999; Room 2000) und allgemein von dem Wandel vom produzierenden zum regulierenden (Kaufmann 2001, 2003) und aktivierenden (Dingeldey 2005a) Wohlfahrtsstaat die Rede<sup>77</sup>, die Notwendigkeit eines Sozialstaates (Ganßmann 2000), kollektiver Rationalität (Hagen 2000, 2006) sowie die Staats-/Steuerungsbedürftigkeit der Gesellschaft (Vogel 2007) werden jedoch dabei immer mit kommuniziert.<sup>78</sup> Dieser Doppelcharakter (funktionale Neubestimmung des Wohlfahrtsstaates bei gleichbleibender, funktionalistischer Notwendigkeit des Wohlfahrtsstaates) kommt am besten im Titel des von Esping Andersen et. al. herausgegebenen Sammelbandes zum Ausdruck: *Why we need a new welfare state* (Esping Andersen/Gallie/Hemerjick/Myles 2002). Nachdem einige Sozialwissenschaftler in den 1980er und 1990er Jahren schon den „Siegesszug“ und die „Gier“ des Marktes bzw. den Niedergang des industriell-fordistischen Wohlfahrtsstaates einläuteten (Beck 1999, Offe 1984a; Burrow/Loader 1994, Koch 1995, Butterwegge/Hickel/Ptak 1998), ja sogar die Frage nach dem Ende des Wohlfahrtsstaates gestellt worden war (Svallfors/Taylor-Gooby 1999), so wird seit geraumer Zeit ein „revival“ der Sozialstaatlichkeit verkündet. Nach Jahren marktliberaler Plädoyers sei nun Vogel (2004, 2007) zufolge (wieder) die *Rückkehr des Staates* in der Literatur zu verzeichnen. Von Skocpol's Aufforderung, „bringing the state back in“ (Skocpol 1985), über Ausführungen zum ökonomischen Nutzen der Sozialpolitik (Vobruba 1992) und der Alternativlosigkeit der Sozialstaatlichkeit (Ganßmann 2000) bis hin zu den Neuauflagen der Diskussion um eine „Wiederentdeckung des Staates“ (Jessop 2001) und der „Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft“ (Vogel 2007), die *funktionalistische* (!) Notwendigkeit von Sozialstaatstätigkeit ist und bleibt aktuell. Das Funktionalistische

---

<sup>77</sup> Interessant an diesen aktuellen funktionalen Neubestimmungen des Wohlfahrtsstaates ist freilich die Tatsache, dass es hier zu einer Annäherung „linker“ und „rechter“ Definitionen kommt. Eine Überlegung, die bei Luhmann (1981a) prinzipiell angelegt ist (siehe Kuchler 2006), bei Offe (1984) angedacht und erörtert wurde, und schließlich bei Giddens (1999a) eingefordert wird. Dazu genauer in Abschnitt (5.1.1.1.3)

<sup>78</sup> Wir werden uns im Abschnitt (5.1.2.2.4) noch ausführlich mit dem eng auf den Arbeitsmarkt bezogenen Steuerungsselbstbild des Sozialstaates in der sw-WSF beschäftigen.

liegt dann eben genau in dem kompensatorisch-dualistisch konzipierten Verhältnis von Staat und Markt. Es ist diese Form, die im Kommunikationszusammenhang der sw-WSF den zentralen Platz einnimmt. *Marktregulierung* als politische Steuerung kapitalistischer Ökonomien, *Staatsvergesellschaftung* als Antwort auf die *Marktvergesellschaftung* (Therborn 1986). Obwohl man sich in der sw-WSF seit längerem auch mit dem Staat selbst als Institutionengefüge zu beschäftigen weiß, so zeigt ein Blick in die Inhaltsverzeichnisse von „The handbook of economic sociology“ bzw. „The handbook of political sociology“, dass weder *political sociology* ohne Abgrenzung zum Markt noch *economic sociology* ohne Bezug zur Staatstätigkeit auskommen (Smelser/Swedberg 2005; Janoski et. al. 2005).

An dieser Stelle wollen wir einen kurzen Blick auf zentrale theoretische Konzepte der sw-WSF werfen. Uns interessiert die Zentralität der Basisform »Staat/Markt« in diesen Theorien.<sup>79</sup> Die durch das „Drei-Welten-Modell“ Esping-Andersen’s angestoßene, komparative Wohlfahrtsstaatsforschung nimmt die Zentralität dieser Basisform auf. Besonders der Stellenwert von Titmuss’ Modell kommt hier stark zum Ausdruck: „Titmuss’s scheme is of particular interest in that it explicitly addresses the welfare state’s role vis-à-vis the economy“ (Esping Andersen 1994: 715). Die Zentralität der Gegenüberstellung von Staat und Markt ist in allen drei theoretischen Hauptströmungen der sw-WSF vorzufinden. Als zentrale Form findet sie sich sowohl in den funktionalistischen (logic of industrialism) Ansätzen, den interessen- und konflikttheoretischen Machtressourcenansätzen (political class struggle, power-resource approach) so wie den institutionalistischen Perspektiven (state centric approaches) wieder.<sup>80</sup> „Gemeinsam ist diesen drei Erklärungsansätzen, daß sie die staatlichen Interventionen in ökonomische und soziale Zusammenhänge (...) betrachten“ (Kaufmann 2003: 29). Während in funktionalistischer Tradition die gesellschaftsstrukturelle, auf den Industriekapitalismus hin verengte Bezugsproblematik des Wohlfahrtsstaates und dessen Selbstlegitimierung im Zentrum stehen (in der

---

<sup>79</sup> Wir wollen hier keine Theorieexegese betreiben. Uns geht es lediglich darum, die Zentralität der Basisform als theoretischen Baustein herauszuarbeiten.

<sup>80</sup> Eine in der gesamten Wohlfahrtsstaatsforschung sehr konsensfähige Einteilung: Lessenich (2000), O’ Brien/Penna (1998), Esping Andersen (1994), Hicks & Esping Andersen (2005), Huber/Stephens (2005), Schmid, J. (2003), Skocpol/Amenta (1986), Alber (1987) und Flora/Heidenheimer (1981). Die leicht unterschiedlichen Einteilungen ähneln sich im Großen und Ganzen, obwohl jede Kategorisierung für sich genommen einen Präferenzpunkt hat. Natürlich haben sich innerhalb dieser großen drei theoretischen Richtungen unterschiedliche Varianten ausdifferenziert. Dies soll an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden. In diesem Zusammenhang sei verwiesen auf Lessenich (2000) und Fischer/Miller/Sidney (2007).

Literatur ist in diesem Hinblick auch von „logic of *capitalism*“ bzw. „saving *capitalism* from itself“ und „Politik von oben“ die Rede), so gilt den interessen- und konflikttheoretischen Ansätzen das besondere Augenmerk den Kräften und Forderungen politischer Klassen („Arbeiterklasse“, Migranten, u. a.) und deren kollektiver Interessenvertretungen („Politik von unten“). Die institutionalistisch ausgerichteten Ansätze konzentrieren sich dahingegen mehr (aber nicht ausschließlich) auf die Infrastruktur des politischen Systems selbst: Das Motto lautet hier: Polity instead of politics (Skocpol 1985).<sup>81</sup> Während in den funktionalistischen sowie interessen-/konflikttheoretischen Ansätzen die Beobachtungsform »Staat/Markt« unmittelbare Relevanz erhält, so konzentriert man sich bei den politisch-institutionalistischen Ansätzen<sup>82</sup> auf den ersten Blick auf die Analyse des Staatssystems selbst. Diese Analysen sind dann aber zumeist durch das Beobachtungsschema »links/rechts« überlagert, ein Schema, das unmittelbar auf die Form »Staat/Markt« verweist, und aktuell in der Form »Sozialdemokratie/Neoliberalismus« (re)produziert wird. In der Forschung trifft man diese drei Stränge der Wohlfahrtsstaatsforschung jedoch kaum mehr als Reintypen an<sup>83</sup>. Theoretische Heterogenität ist vielmehr das bestimmende Merkmal (Schmidt 2003, Kaufmann 2002.) Wie Huber/Stephens schreiben, ist es auffällig „(...) that in terms of theoretical approaches, recent studies of welfare state formation tend to be synthetic“ (Huber/Stephens 2005:567). Lessenich und Schmidt zufolge ist es der Popularität der komparativen Wohlfahrtsstaatsforschung zuzuschreiben, dass die sw-WSF innerhalb der Sozialwissenschaften auf große Resonanz gestoßen ist (Lessenich 2000: 59; Schmidt 2003). Die komparative Wohlfahrtsstaatsforschung ist dabei besonders mit einem Namen verbunden: Esping Andersen. Sein „path-dependency“-Ansatz stützt sich, neben historisch-institutionellen Aspekten, auch auf die funktionalistisch-konflikttheoretische Perspektive. Dieser Perspektive

---

<sup>81</sup> In der Übersicht von Schmid (2003) werden die Theorien des Wohlfahrtsstaates weder als rein soziologische noch als rein politikwissenschaftliche Ansätze vorgestellt. Angesichts zunehmender Theorieheterogenität sind die Übergänge fließend.

<sup>82</sup> In Schmid (2003) werden einige dieser Ansätze beschrieben. Neben der Tatsache, dass auch hier auf den Theoriemix verwiesen wird, ließen sich auch (genuin) politikwissenschaftliche Ansätze ausmachen wie etwa die „Parteiendifferenztheorie“ oder die „Erblasttheorie“.

<sup>83</sup> Schmid (2003) führt neben diesen drei Typen noch drei weitere Ansätze der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung als eigene Ansätze an: Feministische Zugänge, das Modell Esping-Andersen's sowie Theorien des Ab- und Umbaus des Wohlfahrtsstaates. Es erklärt sich jedoch nicht von selbst, auch nur einen dieser zusätzlichen Ansätze als eigenständigen Typus zu führen. Besonders das Modell Esping Andersen's stellt, wie wir noch ausführen werden, innerhalb der sw-WSF ein Theoriehybrid dar, welches sogar die feministische Kritik (ohne größere „Schäden“) integrieren kann.

„(...) liegt die Überzeugung zugrunde, daß sich die moderne gesellschaftliche Entwicklung aus dem strukturellen Konflikt zwischen Kapital und Arbeit und deren jeweiligen Machtressourcen heraus vollziehe, oder, abstrakter formuliert: aus dem Dualismus zwischen ökonomischen und politischen Interessen, zwischen ‚Markt und Staat‘“ (Lessenich 2000: 47).

Die These einer „path dependency“, also die These von der Abhängigkeit sozialpolitischer Entscheidungen von früheren Entscheidungen<sup>84</sup>, so Lessenich weiter, sei innerhalb der sw-WSF schon lange „das“ sozialwissenschaftliche Standardargument bei der Erklärung und Beschreibung wohlfahrtsstaatlicher Politik (ebd: 51). Der Ansatz Esping Andersen's zeichnet sich nun gerade durch seine theoretische Hybridität aus. Hier werden theoretische Elemente der verschiedensten Ansätze kombiniert und integriert (Esping Andersen 1990, 1999). Die angesprochene, theoretische Heterogenität auf dem Forschungsgebiet der sw-WSF scheint also mit dem path-dependency Ansatz einen fruchtbaren und integrativen Nähr- und Resonanzboden gefunden zu haben. Nicht nur der historisch-institutionell gewachsene Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital steht hier als unabhängige Variable verbucht, sondern auch die strukturell-institutionellen „Pfade“ der Sozialpolitik selbst. Als abhängige Variablen erscheinen dann Modelle und Typologien, die sich anhand institutioneller und policy-bezogener Ergebnisse (outcomes) unterscheiden.<sup>85</sup> Neben polity und politics kommt also auch dem policy-Aspekt als „output“-Variable eigene theoretische Bedeutung zu. Da jedoch den zentralen theoretischen Ansätzen der sw-WSF die Form »Staat/Markt« als zentrale Beobachtungsoptik zu Grunde liegt, wird die von Schmidt (2003) herausgestellte theoretische „Heterogenität“ in dieser Hinsicht wieder „homogenisiert“, über den Anschluss, den die Form »Staat/Markt« erzeugt.

---

<sup>84</sup> In der Literatur haben sich in diesem Zusammenhang auch die Begriffe „Rückkopplungseffekte“ (Kaufmann 1997) „policy feedback“ (Pierson 1993) sowie die Rede von der *Schwerkraft früherer Sozialpolitik* (Conrad 1996: 160) etabliert.

<sup>85</sup> Als abhängige Variable stehen die drei Wohlfahrtskapitalismus-Typologien Esping Andersen's. Bei den unabhängigen Variablen öffnen Kolberg/Esping Andersen (1992) dafür, den Wohlfahrtstaat als Institution sowohl als abhängige wie auch als unabhängige Variable zu betrachten; schließlich sprechen sie von „covariation, interactions, and multifarious impacts“ (ebd: 4).

#### 5.1.1.1.2 Unterscheidungsformen

Nachdem wir die funktionalistisch-kompensatorisch konzipierte Form »Staat/Markt« als Basisform der sw-WSF analysiert haben, wollen wir nun der Frage nachgehen, woran denn nun eigentlich der Unterschied zwischen Staat und Markt festgemacht wird. Uns interessieren mit anderen Worten die Formen, die der Form »Staat/Markt« zu Grunde liegen und diese reproduzieren. Im Einzelnen wollen wir die Formen »öffentlich/privat« bzw. »kollektiv/individuell« (5.1.1.1.2.1) und die Form »Arbeit/Kapitel« (5.1.1.1.2.2) näher analysieren.

##### **5.1.1.1.2.1 Umverteilung als Form: Öffentlich/Privat, kollektiv/individuell**

Mit der Unterscheidung von Staat und Markt ist in der sw-WSF zumeist die Unterscheidung »öffentlich/privat« bzw. »kollektiv/individuell« angesprochen (Zapf 1984; Shalev 1996; Howard 1997). Der Universalisierung der Marktlogik und der industriellen Produktion, und damit auch der Universalisierung der individuellen Abhängigkeit vom Marktgeschehen, wird die *politische* Universalisierung, d. h. die kollektive, nationalstaatliche Absicherung der Risiken, die mit dem Zwang zum Verkauf der eigenen Arbeitskraft verbunden sind, entgegengestellt. Diese Gegenüberstellung der zwei Allokationsformen (öffentlich, privat) zieht sich wie ein roter Faden durch die sw-WSF.<sup>86</sup>

„The private-public mix was the principal analytical axis that underpinned the 'three worlds typology'“ (Esping Andersen 1999: 74).

„On the one side, market liberals insist that state provision of welfare interferes with the effective functioning of markets (...). On the other, proponents of welfare state development generally focus on the negative social and political outcomes when societies depend on market process alone to allocate income“ (Block/Evans 2005: 512).

„a central focus is the redistribution functions and the way in which the welfare state promotes, accounts for, and modifies pure capitalism“ (Woods 2006: 24).

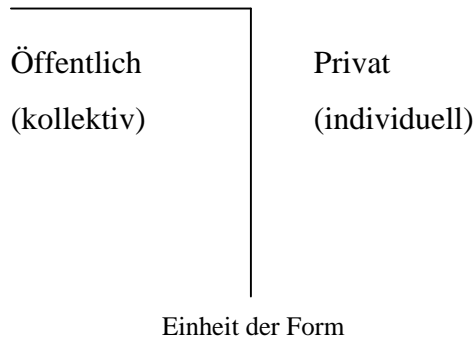
Im Kern geht es dabei stets um das Verhältnis von Marktökonomie auf der einen und Wohlfahrtsstaat auf der anderen Seite (Hagen 2006; Giddens 1999a). Von dieser siamesischen Konstellation zeugt denn auch Esping Andersen's Begriff des »Wohlfahrtskapitalismus«. Die zwei Seiten »privat« und »individuell« bzw.

---

<sup>86</sup> Aktualität kommt der Form (öffentlich/privat) in den gegenwärtigen Diskussionen um „corporate social responsibility“ (CSR) und „public-private partnership“ (PPP) zu. Wir kommen darauf noch in Abschnitt (5.1.1.2.3) zu sprechen.

»öffentlich« und »kollektiv« können dabei als die jeweiligen Seiten der Form »Umverteilung/Re-Distribution« angesehen werden.

### Schaubild (6) Die Form Umverteilung (Re-Distribution)



Der Wohlfahrtsstaat wird in dieser Form dann in der sw-WSF als das zentrale (wenn auch nicht länger als das einzige), öffentliche Verteilungssystem beschrieben (Hagen 2006; Lengfeld 2007; Esping Andersen 1999). Die wichtigste Eigenschaft des Wohlfahrtsstates

„(...) besteht dann darin, die Verteilung von Sach-, Dienst- oder Geldleistungen unter den Bürgerinnen und Bürgern eines Landes nach bestimmten, politisch festgelegten Kriterien vorzunehmen. Historisch betrachtet, leitet sich die Existenz wohlfahrtsstaatlicher Institutionen aus der Notwendigkeit ab, durch den Markt erfolgte Verteilungsergebnisse zu korrigieren bzw. umzuverteilen“ (Lengfeld 2007: 90).

Umverteilung scheint in der sw-WSF so etwas wie das thematische Bezugsproblem Nummer 1 zu sein. In der Form des funktionalistischen (dualistischen) Gegensatzes von Staat und Markt geht es dann um die „soziale Frage“<sup>87</sup> Sehr deutlich kommt dies bei Hicks/Esping Andersen zum Ausdruck:

„The welfare state and sociology grew up in tandem. (...) Both evolved out of prevailing controversies on how to address the ‚social question‘; how to ensure order and consensus in an increasingly individualized, atomized, and seemingly polarizing society;“ (Hicks/Esping Andersen 2005: 509).

Ob in der „klassischen“, industriekapitalistischen Variante oder als postindustrielle „neue soziale Frage“ (Castel 2000b) diskutiert, in allen Fällen steht der kompensatorische Ausgleich von, auf die Logik des freien Marktes zurückzuführender, sozialer Ungleichheiten durch sozialpolitische Interventionen im Zentrum. Auf nichts anderes

---

<sup>87</sup> Kaufmann spricht von der sozialen Frage als von einem „Leitproblem“ der jeweiligen Sozialpolitik (Kaufmann 2003: 33) Dies scheint auch für die sw-WSF zu gelten.



scheint die Bezugsproblematik der „(neuen) sozialen Frage“ zu verweisen (Sen 1992). Ursprünglich als Armenfürsorge verstanden, entwickelt sich die soziale Frage weiter zur Arbeiterfrage (Briggs 1961, Alber 1987; Flora/Heidenheimer 1981). Kaufmann (2002), Lessenich (2000), Luhmann (1981a) und andere zeichnen dann die weitere Entwicklung hin zu umfassenderen, sozialen Rechten und die damit einhergehende quantitative Expansion sozialstaatlich Anspruchsberechtigter nach, wodurch auch teilweise die enge Kopplung an den Lohnarbeiterstatus aufgehoben wird. Im Zuge der expansiven, sozialstaatlichen Institutionalisierung des Lebenslaufes („from cradle to grave“: Hicks/Esping Andersen 2005: 512) können Anspruchsberechtigungen gegenüber dem Sozialstaat dann prinzipiell in fast allen Lebenslagen und Lebensphasen in mehr oder weniger großem Umfang geltend gemacht werden. Aktuell scheint es in der sw-WSF zu einer (postindustriellen) Neuauflage der klassischen sozialen Frage, der „Arbeiterfrage“ zu kommen. Es geht um das neue (postindustrielle) Verhältnis (der Funktionen) von Wohlfahrtsstaatlichkeit und Arbeitsmarkt. Die postindustriellen Vorzeichen, unter denen die sw-WSF aktuell (immer noch) operiert, sind die der *Ent*-Normalisierung und *Ent*-Standardisierung von sowohl Wohlfahrtsstaatlichkeit als auch Erwerbsarbeit/Erwerbsarbeitsverhältnissen<sup>88</sup>. In jüngster Zeit werden deshalb, vor dem Hintergrund von Abbau bzw. Umbau des Sozialstaates, Fragen der Zukunft von Erwerbsarbeit und Alternativen zur lohnarbeitszentrierten Arbeitsgesellschaft diskutiert (Bonß 2000, Scharpf/Schmidt 2000; Pierson 2001; Esping Andersen et. al. 2002, Vobruba 2007, Gorz 1994, Beck 2000a). In diesem Zusammenhang scheint die *neue soziale Frage* (Castel 2000b) in der Form »Arbeitsplatzbesitzer/Arbeitsloser« und ihrer Pervertierung durch „working poor“ vor dem Hintergrund zunehmender Marginalisierung/Prekarisierung bestimmter Gruppen von Lohnarbeitern an Aktualität und Resonanz zu gewinnen. Nicht mehr also nur die Bedingungen und Probleme der *Inklusion in Arbeit* (Ausbeutung, Entfremdung), sondern die Gefahren der *Exklusion aus gut bezahlter Arbeit* bzw. die Schwierigkeiten des *Zugangs zu Arbeit* werden als Probleme diskutiert.

„The chief new social risks emerging in the sphere of paid work are three: problems in entering the labour market, problems in maintaining stable, secure, and reasonably well-paid employment and associated social security entitlements and problems in gaining adequate training in a more flexible labour market“ (Taylor-Gooby 2004: 19).

---

<sup>88</sup> Ein gutes Beispiel hierfür ist Taylor Gooby (2004).

Selbst eine Neuauflage des Klassenbegriffs bzw. der Einteilung der Erwerbsbevölkerung in Rationalitätsgewinner, -dulder und -verlierer ist festzustellen (Bonß(Ludwig-Mayerhofer 2000). Vor einem solchen, sozialdimensioniert-stratifikatorischen Hintergrund erörtert Kronauer die Frage, ob und inwieweit Arbeitslosigkeit die neue Spaltungslinie der modernen Gesellschaft, und damit so etwas wie der „Superkode“ ist (Kronauer/Vogel 1998). Wie bei der „alten sozialen Frage“, so wirft auch die Diskussion der „neuen“ sozialen Frage automatisch die Frage nach Marktregulierung auf. Mit der auf die Bezugsproblematik der sozialen Frage bezogenen Form »Umverteilung« zeigt sich ein zentraler Unterschied zwischen Staat und Markt; er besteht in der Gegenüberstellung öffentlicher und privater Vorsorge bzw. kollektiver und individueller Leistungen.

#### **5.1.1.1.2.2 Kapital/(Erwerbs-)Arbeit als Form: Kommodität und Dekommodifizierung**

Eine weitere Form, die die Form »Staat/Markt« mit prozessiert ist »Kapital/Arbeit«. Einmal mehr ist es dem Konzept Esping-Andersen`s zuzuschreiben, die Form »Kapital/Arbeit« ins Zentrum gerückt zu haben. Zunächst können wir beobachten, dass in der sw-WSF ein enger Zusammenhang gesehen wird zwischen Wohlfahrtsstaat und Arbeitsmarkt. „We intend to transcend the boundary between labor market sociology and the sociology of welfare state“ (Kolberg/Esping Andersen 1992: 3). Die enge Verbindung von Wohlfahrtsstaat und Arbeitsmarkt in der sw-WSF kommt besonders in den beiden Komposita „Wohlfahrtskapitalismus“ und „Produktionsregime“ zum Ausdruck.

„In recent years, two parallel developments in social science research have advanced our understanding of the institutional configurations of advanced industrial societies, the growing interest in different typologies of welfare states, on the one hand, and the deepening study of varieties of capitalism, on the other. Since the publication of Esping-Andersen's *Three Worlds of Welfare Capitalism* (1990), the dominant approach to the study of welfare states in advanced capitalist democracies has been to study variations in welfare state provisions through the lens of a typology of three or four types of 'welfare state regimes'. In the study of varieties of capitalism, Soskice's (1999) distinction between flexibly coordinated and deregulated market economies focused investigators' attention on the nature of relations among enterprises and financial institutions and between them and the government (...)" (Huber/Stephens 2001: 107).

Hall und Soskice's (2001) Untersuchungen gehen in funktionaler Tradition davon aus, dass auf dem Gebiet der industriellen Beziehungen<sup>89</sup> Regulierungsmaßnahmen getroffen werden müssen: Diese Regulierungen können dabei entweder in Form von *Staatsregulierung* oder *Marktregulierung* geschehen.

„Our premise is that many of the most important institutional structures – notably systems of labour market regulation, of education and training, and of corporate governance – depend on the presence of regulatory regimes that are the preserve of the nation-state” (Hall/Soskice 2001: 4).

Im Weiteren unterscheiden die Autoren zwei Idealtypen: Die liberalen Marktökonomien auf der einen und die koordinierten Marktökonomien auf der anderen Seite. Die untersuchten Länder können dann diesen beiden Idealtypen zugeordnet werden. So sind etwa Deutschland und die skandinavischen Länder in der Gruppe der *staatlich* koordinierten Marktökonomien, während Großbritannien und die USA in der Gruppe der vom *Markt* koordinierten Marktökonomien zu finden sind.<sup>90</sup> Eine ähnliche Typologie findet sich bei Lash/Bagguley (1988): Organisierter versus desorganisierter Kapitalismus.<sup>91</sup> Ähnlich der Typologie von Esping-Andersen, wird hier zwischen marktliberalistischen und eher politischen Regimes unterschieden. Esping-Andersen konzipiert das Zusammenspiel von Wohlfahrtsstaat und Arbeitsmarkt als ein Konditionalverhältnis, wobei das Wohlfahrtsstaatsregime die unabhängige Variable ist, und der Arbeitsmarkt die Abhängige.

„If it can be argued that labor market is systematically and directly shaped by the (welfare) state, it follows that we would expect cross national differences in labor-market behavior to be attributable to the nature of welfare-state regimes” (Esping Andersen 1990: 144).

Im Zusammenhang mit diesem engen Verhältnis von Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat und dem Zusammenspiel von Wohlfahrtsstaatsregimen und Produktionsregimen muss die Zentralität einer bestimmten Form von Arbeit gesehen werden: Lohn-/Erwerbsarbeit. Im Folgenden wollen wir uns nicht nur diese Form der Arbeit, sondern auch die unterscheidungstheoretische Ermöglichung dieser Form in der sw-WSF

---

<sup>89</sup> Dieses Teilgebiet beschäftigt sich im Kern mit Fragen der Wechselwirkungen und Verhältnisse zwischen Unternehmen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen, Finanzdienstleistern, Regierung und Verwaltungsapparat. Vgl. Ebbinghaus (2001), Müller-Jentsch (1997).

<sup>90</sup> Im Vergleich zu Esping-Andersen's Dreier-Typologie – sozialdemokratisch, konservativ und liberales Regime – repräsentiert hier die Gruppe „koordinierte Marktökonomien“ also die konservativen und die sozialdemokratischen Länder. Im Unterschied zu Esping-Andersen's Drei-Welten-Modell ist bei Hall/Soskice nicht unbedingt ersichtlich, welcher der beiden Regulationsmodi der Überlegene und Wünschenswertere ist.

<sup>91</sup> Ein paar Jahre zuvor auch schon Offe (1985).

genauer anschauen. Wir wollen dazu kurz die Zentralität der Arbeitsform Lohnarbeit nachzeichnen.<sup>92</sup> Der Wandel von der vorindustriellen Subsistenzwirtschaft zur industriellen Marktwirtschaft, von der häuslichen Produktion zur organisationsvermittelten Erwerbsarbeit, bringt die Form der lohnabhängigen Arbeit nicht nur hervor, sondern setzt diese auch voraus (Luhmann 1997; Grint 2005). Der Begriff der Arbeit wird in den „Arbeitssoziologien“ dementsprechend schon früh auf den Begriff der formalen, abhängigen Lohnarbeit verengt (Deutschmann 2002; Bonß/Ludwig-Mayerhofer 2000).

„In general, most sociological accounts of 'work' actually concern themselves with paid employment; hence most sociology of work has actually been industrial sociology or sociology of employment or the sociology of occupations“ (Grint 2000: 9).

In dieser dominanten Form wird dann Arbeit in der sw-WSF zur „Schlüsselkategorie“, sowohl für den Besitzer der Arbeitskraft selbst, den Käufer der Arbeitskraft (die Arbeitsorganisationen) sowie für den Staat. Für Vogel stellt der unbefristet und vollzeitig erwerbstätige, tariflich entlohnte und sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer die soziale Leitfigur des Wohlfahrtsstaates dar (Vogel 2004: 47) Dem fügen wir hinzu: Auch (und gerade) in der sw-WSF ist dies die Leitfigur! Dieser Leitfigurstatus wird dabei über die Funktion von Arbeit innerhalb der wohlfahrtsstaatlich konzipierten Gesellschaft definiert: Die Funktion der Erwerbsarbeit für Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Staat (Gesellschaft). Für den Staat sind die an das Innehaben einer Arbeitsstelle gekoppelten Staatseinnahmen und das dadurch erst ermöglichte „public spending“ Voraussetzung für Wohlstandsproduktion. Gerade das „public spending“ bzw. die Staatsquoten sind in der sw-WSF längst zu zentralen Parametern der Bewertung und des Vergleichs von Wohlfahrtsstaaten geworden (Esping Andersen 1990).<sup>93</sup> In marxistisch-funktionalistischer, humanistischer Tradition wird in der sw-WSF die Bedeutung der Erwerbsarbeit für den Träger der Arbeitskraft hervorgehoben. Und zwar in doppelter Hinsicht. Erwerbsarbeit als Einkommensquelle (Lohn gegen Arbeit) und Arbeit als Quelle sinnstiftender Identifikation und Integration des Individuums in die Gesellschaft (Beck 1999, Bonß/Ludwig-Mayerhofer 2000, Giddens 1999a) . Im betrieblichen

---

<sup>92</sup> Wir beabsichtigen hier keine historisch-anthropologische Beschreibung der Lohnarbeit. Solche Beschreibungen finden sich u. a. bei: Conze (1972), Arendt (1981) und, bezogen auf die soziologischen Gründungsväter einer Arbeitssoziologie, Grint (2005).

<sup>93</sup> Es geht dann meist um das Verhältnis der Summe staatlichen Konsums, staatlicher Investitionen und Transferzahlungen zum Bruttoinlands- bzw. Bruttosozialprodukt (GDP, GNP).

Kontext schließlich kommt der Erwerbsarbeit Bedeutung als Voraussetzung von (Mehrwert-)Produktion zu (Marx/Engels 2000 [1863], Deutschmann 2002). Schließlich wird die Bedeutung von Lohnarbeit für die „gesamte“ Gesellschaft hervorgehoben; Gesamtgesellschaft verstanden als integrierungsbedürftige Sozialeinheit (Beck 1986; Giddens 1999a; Heitmeyer 1997; Gallie 2002) Das Bild einer integrationsbedürftigen, arbeitsteilig organisierten Gesellschaft zieht sich Bonß (2001) zufolge durch die gesamte Geschichte der Soziologie. Lohnarbeit und damit der Arbeitsmarkt erscheinen dann „(...) als Basis und Bezugspunkt sowohl der Marktvergesellschaftung als auch sozialstaatlicher Aktivitäten“ (Bonß/Ludwig-Mayerhofer 2000: 110). Als Staatsvergesellschaftung konzipiert, soll die Lohnarbeit Identität, Ansehen und sozialstaatsrechtlichen Status sichern, als Marktvergesellschaftung ist sie als Sicherung des Lebensunterhaltes und als Verteilungsinstrument (Vobruba 2003: 149) zu begreifen. In der sw-WSF wird immer wieder auf die Machtasymmetrie zwischen den beiden Kommoditäten 'Arbeit' und 'Kapital' verwiesen. Arbeitsleistungen, die von Arbeitgebern in Form eines Arbeitsvertrages „gekauft“ werden können, haben, im Gegensatz zu anderen „Waren“ (Güter, Dienstleistungen) auf dem Markt kaum exit-Optionen, da diese besondere „Ware“ nicht abgekoppelt werden kann von der Person, die sie trägt.

„For the alleged commodity “labor power“ cannot be shoved about, used indiscriminately, or even left unused, without affecting also the human individual who happens to be the bearer of this peculiar commodity. In disposing of a man’s labor power the system would, incidentally, dispose of the physical, psychological, and moral entity ”man” attached to that tag” (Polanyi 2001 [1944]: 76).

Ein anderer wichtiger Aspekt, auf den Deutschmann (2002: 71) verweist, ist die organisations- und motivationsabhängige „Konvertierbarkeit“ von Ware (Arbeitskraft) in Geld (Arbeitslohn). Die Arbeitsleistung erfolgt weder unmittelbar noch einmalig, der Arbeitgeber erkaufte sich vielmehr die „Verfügungsgewalt“ über die Leistungen des Arbeitnehmers. Dieses eingekaufte Arbeitsvermögen kann dann – je nach organisationalen Anforderungen und nachgefragten Qualifikationen – „geformt“ werden (vgl. auch Michailakis 2001; Luhmann 1997). Gerade die Tatsache, dass der Arbeitsmarkt zwar ein Markt (mit Angebot und Nachfrage), aber eben ein besonderer Markt ist, findet in der sw-WSF in den Diskussionen um (De-)Kommodifizierung ihren Hauptbezugspunkt. Auf dem Aspekt des Zwangs zum Verkauf der eigenen Arbeitskraft gegenüber dem „freieren“ Kapital gründet auch Esping-Andersen’s Konzept der (De-)

Kommodifizierung. Nur dort, wo der Anbieter von Arbeitskraft gegen marktbezogene und gesundheitlich-physische Kontingenzen geschützt ist, ist er auch von dem Zwang befreit, seine Arbeitskraft zu jedem Preis verkaufen zu müssen (Esping-Andersen 1990: 21ff). Nur so wäre es dem Besitzer von Arbeitskraft möglich, marktgerecht zu handeln (Deutschmann 2002: 73; auch Vobruba 2003: 150).<sup>94</sup> Die Form »Arbeit/Kapital« ist dann schon immer formuliert und installiert in Bezug auf die Form »Staat/Markt«. Und dies gerade vor dem Hintergrund der interventionsbedürftigen, ungleichen Ausgangsbedingungen (Optionen) beider Kommoditäten. Dann nämlich muss staatlich de-kommodifiziert werden. Die Analogie Staat und Arbeit bzw. Staat und Sicherung/Schaffung von Arbeitsplätzen ist mit angelegt.

#### 5.1.1.1.3 Form und Reflexion: Dualismus, Dialektik

Bei dieser dualistischen Anordnung der Basisform »Staat/Markt« (und seiner Unterscheidungsformen) hätte es die sw-WSF belassen können, hat sie aber nicht. Wir können formenanalytisch beobachten, dass neben den Staat-Markt *Dualismus* die Erkenntnis der „mutually constituency“ von Staat und Markt tritt. Parallel zum programmatischen Dualismus von Staat und Markt – in der Form: „politics against markets“ (Esping Andersen 1985) - wird in der sw-WSF (mehr und mehr) die *Dialektik* zwischen Staat und Markt, die „mutually interdependence of the welfare pillars“ (Esping Andersen 2002a: 12) gesehen und betont. Man muss hier zwei unterschiedliche Diskussionen unterscheiden: Zum einen die Diskussionen um die Interdependenz von Staat und Markt. Hier wird auf die Annahme abgestellt, dass weder Staat noch Markt analytisch und funktional autonom seien, sondern vielmehr als gegenseitig ermöglichende Sphären gesehen werden müssen.

„State and economy are not analytically separable spheres that can function autonomously from each other. Consequently, centering debate around the question, ”Which is better, more state or more market?“ is a theoretically sterile approach“ (Block/Evans 2005: 519/520).

Während Block/Evans zufolge die Abhängigkeit des Staates von der Ökonomie breit und einvernehmlich diskutiert worden ist (als Repräsentanten dieser „rechten“ Sichtweise werden Hayek, Friedman und Tilly genannt), so sei im umgekehrten Falle, also

---

<sup>94</sup> Dabei, so Lessenich (1995), befreie Dekommodifizierung nicht von Kommodifizierung, also dem Verkauf der eigenen Arbeitskraft. Besonders im Lichte der steuerungstheoretischen Neuausrichtung der Politik kommt einer politisch beabsichtigten Kommodifizierung neue Bedeutung zu. Dazu mehr in Abschnitt (5.1.2.2.4).

der Abhängigkeit der Ökonomie vom Staat, die Lage nicht so eindeutig und resonanzfreudig. Block/Evans nennen, neben Max Weber, Polanyi mit seiner These der gegenseitigen Ermöglichung von Staat und Markt („embeddedness“) als „Vorreiter“ und Promotor dieses Gedankengangs. Die „linke“ Sichtweise, und damit die Diskussionen um den ökonomischen Nutzen von Sozialpolitik, werden dabei besonders durch funktionalistisch-differenzierungstheoretische bzw. funktionalistisch-neomarxistische Analysen vorangetrieben (Huf 1998, Vobruba 1992, Ganßmann 2000, Kuchler 2006). Nicht mehr so sehr die dualistische Konstellation „politics against markets“ (Esping Andersen 1985), sondern die „relative position“ des Staates innerhalb eines weiter gefassten „welfare mix“ (Hicks/Esping Andersen 2005: 518) wird betont. Neben den Diskussionen um die „mutual interdependence“ begünstigt eine zweite Diskussion den Wechsel von der dualistisch konzipierten hin zur dialektisch konzipierten Form »Staat/Markt«. Die Diskussionen um die staatsinhärente Dialektik, die „Widersprüchlichkeit“ von Sozialstaatstätigkeit. Diese, als neomarxistisch-funktionalistisches Paradigma in die Literatur eingegangene Sichtweise wird dabei hauptsächlich von O'Connor, Gough und Offe kultiviert<sup>95</sup>. Diesen Vertretern zufolge ist die „Krise“ des Wohlfahrtsstaates nicht einfach nur eine durch die kapitalistische Produktionsweise verursachte Krise:

„In O'Goffe's view this was not just a crisis. It was something much more serious: a contradiction. In other words, the difficulties of the welfare state did not just reflect contemporary or evanescent problems of capitalist societies but were inherent in their nature. They were inherent because of the in-built, inescapable conflict between the needs of legitimation, consumption and the demands of capital accumulation“ (Klein 1993: 7).

Auch Habermas greift in seiner auf Reziprozität und gegenseitiger Abhängigkeit von Staat und Marktwirtschaft gegründeten, theoretischen Gegenüberstellung von System und Lebenswelt diesen Gedanken auf:

„Das Dilemma besteht darin, daß der Sozialstaat sowohl die unmittelbaren negativen Auswirkungen des kapitalistisch organisierten Beschäftigungssystems wie auch die dysfunktionalen Nebenwirkungen eines über Kapitalakkumulation gesteuerten ökonomischen Wachstums auf die Lebenswelt auffangen soll, ohne Organisationsform, Struktur, und Antriebsmechanismus der wirtschaftlichen Produktion antasten zu dürfen“ (Habermas 1981: 511).

Differenzierungstheoretisch zugespitzt, fasst Vobruba das sich daraus ergebende Dilemma des Sozialstaates wie folgt zusammen:

---

<sup>95</sup> Von Klein (1993) auch kollektiv als „O` Goffe“ bezeichnet.

„Gerade indem der Staat also sozialpolitisch interveniert, stört er ökonomische Funktionszusammenhänge und, da diese Grundlage seiner eigenen Handlungsfähigkeit sind, damit auch seine eigene Funktionsbereitschaft. Damit wird der Sozialstaat zum Problem für sich selbst“ (Vobruba 1978: 148).

Im Weiteren spricht Vobruba von der doppelten Dysfunktionalität; damit meint er zum einen die Dysfunktionalität von Sozialstaatlichkeit für das ökonomische System, zum anderen Dysfunktionalität bezogen auf den eigenen Handlungsraum und die eigene Funktionsweise des Sozialstaates. Mit Letzterem ist der in der Literatur der sw-WSF zumeist als „Paradoxie“ bezeichnete Sachverhalt angesprochen, der Sozialstaat müsse Kapital voraussetzen, welches er dann selbst wieder – kraft Gesetz – in Form von Anspruchsberechtigungen umverteilt. Diese „Widersprüchlichkeit“ wird dann mit der Bezeichnung „kapitalistischer Sozialstaat“ zum Ausdruck gebracht. Der Staat wirkt stabilisierend und destabilisierend zugleich, und dies gerade im Hinblick auf das durch sozialpolitischen Erfolg gestiegene Anspruchsniveau. Vobruba (1992), Offe (1984b) und Kaufmann (2002) sprechen in diesem Zusammenhang auch - zu Recht - von einer „argumentativen Konvergenz“ „linker“ und „rechter“ Interpretationen von Sozialstaatstätigkeit.<sup>96</sup> Diese „Widersprüchlichkeit“ des Sozialstaates und der Sozialstaatstätigkeit hat auf dem Forschungsgebiet der sw-WSF wichtige Erkenntnisgewinne geleistet. Offe spricht schon früh von der Konvergenz „linker“ und „rechter“ Argumentationen. Er resümiert weiter, dass weder von „rechter“ noch von „linker“ Seite eine (theoretische) Alternative des Sozialstaates formuliert worden ist. Begründet wird dies bei Offe unter Rückgriff auf die Doppelfunktion des Sozialstaates, Akkumulationsfunktion und Legitimationsfunktion.

„Kurz, es scheint, daß der Sozialstaat, obwohl er sowohl von der Rechten als auch von der Linken angegriffen wird, nicht leicht durch eine konservative oder progressive Alternative ersetzt werden kann“ (Offe 1984c: 335).

Ein Gedanke, den Ganßmann (2000) – differenzierungstheoretisch - ebenfalls aufgreift. In der Offe'schen und Ganßmann'schen Lesart der „Alternativenlosigkeit“ des Sozialstaatskonzepts scheinen sich jedenfalls das „Widerspruch-Lager“ und das

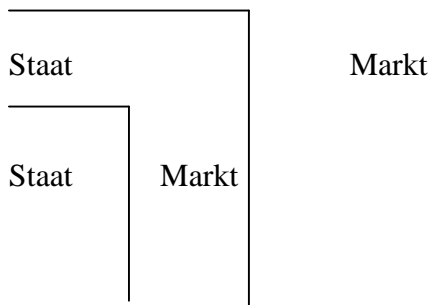
---

<sup>96</sup> Trotz Konvergenz gibt es kleine Unterschiede in der Kausalitätsformel: Während die „rechte“ Lesart die Kausalitätsform „Wenn Staat/Staatsintervention dann Marktschwächung und Senkung individuellen Wohlstands“ bemüht, so lautet diese in der „linken“ Variante: „Wenn Staatstätigkeit, dann negative Konsequenzen für Marktökonomie und Staat“.



„Interdependenz-Lager“ zu treffen.<sup>97</sup> Formenanalytisch lässt sich die Reflexion der dualistischen Form »Staat/Markt« wie folgt darstellen:

### Schaubild (7) Reflexion der Form Staat/Markt (re-entry)



Wir sehen einen re-entry. Die Form »Staat/Markt« tritt auf der Seite des Staates wieder ein. So wird aus der dualistischen eine dialektische Form. Die gegenwärtigen Diskussionen um die Reflexivität des Sozialstaates begegnen sich dabei in der Auffassung,

„daß der Staat als zentraler Akteur entzaubert ist, daß das moderne Schema getrennter Rationalitäten [Markt und Politik] nur zur Vermehrung der Ausnahmen führt und daß langfristige Festlegungen aus lauter kurzfristigen Täuschungen bestehen“ (Bude 2000: 133/134).

Die Formenreflexion wirkt sich auch auf die Form »Arbeit/Kapital« und damit auch auf das Medium »Arbeit« aus. Die Form »Arbeit/Kapital« als Unterscheidungsform differenziert sich aus. Sie wird von der Basisform »Staat/Markt« in ihrer ursprünglichen, linearen Eindeutigkeit nicht länger getragen. Für den „kapitalistischen Wohlfahrtsstaat“ bedeutet bezahlte Arbeit indirekt Kapital, in Form von Steuereinnahmen. Für den Wohlfahrtsstaat ist die Definition davon, was Arbeit ist, auf den Aspekt der Besteuerung bezogen:

„(...) if people are paying tax and insurance etc. they are working; if they are not they are not working. (...) This 'triumph of economic ideology' (...) also embodies the state's desire to classify citizens first and foremost as economic rather than political agents“ (Grint 2005: 9).

---

<sup>97</sup> Klein merkt jedoch kritisch an, dass die Diagnose von „Widersprüchen“ und Konflikten epistemologisch unerheblich sei (Klein 1993: 16). Diese Meinung teilen wir nicht. Als empirisch beobachtbare und damit „positive“ Erkenntnisse stoßen diese Beschreibungen begriffstheoretische Reflexionen an. Gerade in den aktuellen Diskussionen um Arbeitsmarktexklusion und neuen Steuerungsformen scheint der epistemologische Mehrwert dieser Diskussionen wieder mehr zu interessieren und die funktionalen und funktionalistischen Neubestimmungen des Wohlfahrtsstaates maßgeblich zu beeinflussen (vgl. Abschnitt 5.1.2.2.4).

Einnahmen, die dann wiederum in *Sozialkapital* investiert werden sollen. Dabei wird ein Ausgleich von Sozialstaatsausgaben (expenditure) und Sozialstaatseinnahmen (revenues) angestrebt. Im Ergebnis kann die Form »Arbeit/Kapital« also nicht mehr die Basisform »Staat/Markt« parallelisieren. Der re-entry im Falle von »Staat/Markt« ermöglicht die Form »Arbeit/Staatskapital«. Gerade für den Sozialstaat bedeutet Arbeit immer auch Einkommen. „Die hohe Arbeitslosigkeit ist dabei vor allem wegen der Einnahmeausfälle der Sozialversicherungen<sup>98</sup> ein zentrales Problem für die soziale Sicherung insgesamt“ (Abraham/Hinz 2005: 12). Damit wird wieder auf die politische Legitimität und die neomarxistisch begründete Perspektive der Abhängigkeit des Sozialstaates von Steuereinnahmen abgestellt ist. Wie Esping Andersen schreibt:

„...the welfare state’s own economic logic demands that as many work as possible. For the welfare state it may be more cost effective to employ excess labor than to subsidize it not to work“ (Esping Andersen 1990: 149).

Zwar ist die sozialstaatliche „Kapitalaneignung“ nicht (und wenn doch: dann verbote-nerweise) an Profitmaximierung und Mehrwertproduktion ausgerichtet, allerdings ist sie sehr wohl auf kontinuierliche Einnahmen angewiesen und damit auch an einer hohen Beschäftigungsquote.

„On the one side, the right to work has equal status to the right of income protection. On the other side, the enormous costs of maintaining a solidaristic, universalistic, and de-commodifying welfare system means that it must minimize social problems and maximize revenue income“ (ebd.: 28).

Manche Sozialforscher propagieren – vor dem Hintergrund dieses Sozialstaatsdilemmas – einen „dritten Weg“, auch wenn es, so Ganßmann, einen solchen dritten Weg nicht geben kann (Ganßmann 2000: 160).<sup>99</sup> Mit dem re-entry tritt die „Sozialstaatsproblematik“ offen zu Tage, der fordistisch-keynesianische Staat wird „entzaubert“ (Willke 1983), und zwar dergestalt, dass aufgrund von *Interessenkonvergenz* von Staat und Markt im Hinblick auf an Erwerbsarbeit gekoppeltes, verwertbares Kapital selbige Unterscheidung (Staat/Markt) keinen Unterschied mehr macht. In der sw-WSF ist schon lange nicht mehr nur von „market failures“ die Rede. Auch state failures, Nachteile des Staates gegenüber den Marktprinzipien, werden diskutiert, der Staat als aktiver Produzent von Ungleichheiten

---

<sup>98</sup> Natürlich ist hier auch allgemeiner an Steuerausfälle oder noch allgemeiner an reduzierte Staatseinnahmen zu denken, um die Gültigkeit der Aussage für versicherungsfinanzierte und steuerfinanzierte Sozialsysteme zu gewährleisten.

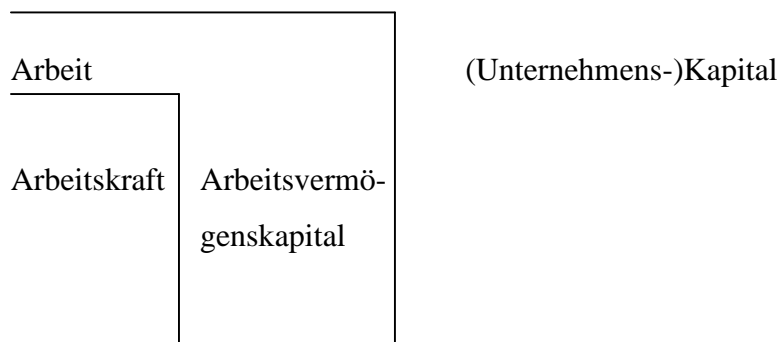
<sup>99</sup> Wir werden im Abschnitt zu Steuerung und Arbeitsmarktpolitik darauf zurück kommen (5.1.2.2).

beschrieben (Kronauer 2002, 2006; Castel 2000a). „The welfare state (...) is, in its own right, a system of stratification. It is an active force in ordering of social relations” (Esping Andersen 1990: 23). Der Staat trägt, darin der Marktlogik gleich, zur Verdinglichung bei:

„Im Gegensatz zum Monismus der Werttheorie müssen wir mit *zwei* Steuerungsmedien [Geld und Macht] und *vier* Kanälen [entspricht den vier sozialen Rollen: Beschäftigter, Konsument, Sozialstaatsklient, Staatsbürger] rechnen, *über* die *zwei einander ergänzende* Subsysteme die Lebenswelt ihren Imperativen unterwerfen. Verdinglichungseffekte können sich gleichermaßen aus der Bürokratisierung und der Monetarisierung von öffentlichen wie von privaten Lebensbereichen ergeben“ (Habermas 1981: 504).

Aber nicht nur der *Sozialstaat* wird durch den re-entry „entzaubert“. Schon länger beobachten arbeits- und betriebssoziologische Sozialforscher Tendenzen zur Selbstvermarktung der Arbeitskräfte (Pongratz/Voß 2000, 2003; Voß/Pongratz 1998, Voß 1994) Die einst Arbeitgeberinteressen und Arbeitnehmerinteressen scheidende, machtasymmetrische Form »Arbeit/Kapital« - verstanden als Differenz von Arbeit(skraft) und (Unternehmens-)Kapital – verliert ihre rationalistisch-räumliche Separativität. Als Form tritt sie auf der Seite des Arbeitskraftbesitzers selbst wieder ein. Formentheoretisch findet also auch hier ein re-entry statt. Aus dem Unternehmenskapital wird dann das persönliche Arbeitsvermögenskapital. Diese „Selbstkapitalisierung“ (Selbstaussbeutung des eigenen Arbeitsvermögens) wird von Voß/Pongratz (1998) mit dem Begriff des Arbeitskraftunternehmers veranschaulicht, der „(...) vermittels Markt- und Ergebnisorientierung zu einem unternehmerischen Umgang mit der eigenen Arbeitskraft veranlasst [wird: CH]“ (Pongratz 2003: 819). Die entsprechenden Schlagwörter in der sw-WSF sind: employability und workfare.

### Schaubild (8) Die Selbstkapitalisierung des Arbeitskraftunternehmers: Re-entry



Die Form »Arbeit/Kapital« differenziert sich aus: Neben der klassischen Form »Arbeit/Unternehmerkapital« tritt sie jetzt auch in der Form »Arbeitskraft/Arbeitsvermögenskapital« auf. Was bei Marx selber schon angelegt ist, dass nämlich die Übergänge von Kapital(ist) und Arbeit(er) fließend sind, ja sich in ein und derselben Person manifestieren können,<sup>100</sup> bringt Bude in folgendem Zitat zum Ausdruck:

„So läßt sich das Wirtschaftshandeln heute nicht mehr auf die Sozialfigur des Unternehmers reduzieren. Hybridformen wie der Arbeitskraftunternehmer, der die Verwertung seines Arbeitsvermögens selbst in die Hand nimmt, oder der Managerunternehmer, der die Initiativ- und Organisationsfunktion zugleich verkörpert, belegen eine Abstraktion unternehmerischer Qualifikationen, die nicht mehr so einfach der Seite der Arbeit oder des Kapitals zugeschlagen werden können“ (Bude 2000: 131).

Die klassische, dualistische Form »Arbeit/Unternehmerkapital« verliert zunehmend ihre Konflikthaftigkeit. Zum einen durch das Selbst-Unternehmertum, zum anderen durch (erfolgreiche) sozialpolitische Moderation. Die prinzipielle Konflikthaftigkeit zwischen Arbeit und Kapital wird so zwar nicht beseitigt, jedoch entschärft. „Hinter der scheinbaren Verschärfung der kollektiven Konflikte zwischen Kapital und Arbeit bahnte sich so eine latente Interessenkonvergenz an“ (Deutschmann 2002: 73). Dazu auch Ganßmann:

„Die ursprünglich nur Kapitalisten (und davor Schatzbildnern und Geizhalsen) eigene Sucht nach abstraktem Reichtum setzt sich auch bei der großen Mehrheit der abhängig Beschäftigten fest: Mehr Geld reicht als Anreiz, mehr zu arbeiten. Man muss nicht mehr durch Hunger und Not zur Arbeit gestoßen werden, man kann auch durch Aussicht auf mehr Einkommen gezogen werden“ (Ganßmann 1996: 279).

Gerade das Überleben beim Nichtverkauf der Ware Arbeitskraft setzt ja gerade staatliches „Kapital“ voraus, Kapital, das ebenso wie Unternehmenskapital an den Faktor Arbeit gekoppelt ist, im einen Falle in Bezug auf die Produktivität, im anderen Fall in Bezug auf die Besteuerung von Arbeit (Ganßmann 2000).

Mit der Differenzierung der Form »Arbeit/Kapital« (Arbeit/Sozialstaatskapital; Arbeit/Unternehmenskapital; Arbeit/Arbeitsvermögenskapital) ist in der sw-WSF die

---

<sup>100</sup> In einem lesenswerten Artikel beschreibt Liessmann (2000) die immanente Paradoxie, dass eine Person Arbeiter und Kapitalist in einer Person sein kann. Er verweist dabei auf die Ausführungen Marx` bezüglich der Positionierung von Bauern und Handwerkern: „(...) Als Besitzer der Produktionsmittel ist er Kapitalist, als Arbeiter ist er sein eigener Lohnarbeiter. Er zahlt sich so sein Salair als Kapitalist und zieht seinen Profit aus seinem Kapital, d. h. er exploitiert sich selbst als Lohnarbeiter und zahlt sich in dem surplus value den Tribut, den die Arbeit dem Kapital schuldet“ (Marx Engels Werke: 26.1: 383).

Attraktivität und Zentralität der allgemeinen Form »Arbeit/Kapital« nicht geschwunden. Der Verlust der formentheoretischen Eindeutigkeit im Sinne einer Parallelisierung mit der Basisform Staat/Markt ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, re-entry Prozesse haben sich in den Reflexionen auf diesem Forschungsgebiet positiv (im Sinne von empirisch nachweisbar) niedergeschlagen und den Aspekten Dialektik und Differenzierung mehr Platz eingeräumt.

#### 5.1.1.2 Erweiterungen der Basisform (Wohlfahrts-)Staat / (Arbeits-)Markt

Ist mit der Basisform »Staat/Markt«, der sie konstituierenden Formen inklusive den Reflexionen die Wohlfahrtsstaatlichkeit in der sw-WSF hinreichend bestimmt? In unseren Analysen stoßen wir auf drei Erweiterungen dieser Basisform, die wir im Folgenden näher analysieren wollen: Familie und dritter Sektor (5.1.1.2.1) sowie Organisationsnetzwerke (5.1.1.2.3). Zunächst interessieren uns die Formkonstellationen Familie/Staat, Familie/Markt und Familie/dritter Sektor. In Abschnitt (5.1.1.2.2) werden wir zunächst die Unterschiedlichkeit als auch das Verhältnis von Familie und drittem Sektor zur Basisform »Staat/Markt« analysieren, bevor wir im Fall der Organisationsnetzwerke formentheoretisch erörtern wollen, inwieweit hier von einem eigenständigen, fünften Akteur in der sw-WSF gesprochen werden kann.

##### 5.1.1.2.1 Familie und der „dritte Sektor“

Der Staat trägt immer auch zur Stratifizierung bei (Esping Andersen 1990), seine Entstratifizierungs- und Dekommodifizierungsversuche sind unmittelbar an den Erfolg des Marktes gekoppelt. „Market failure“ bedeutet immer auch „state failure“ (Zapf 1984: 267). In diesem Zusammenhang gelte es, die „innovativen Potentiale“ der Familien und der bürgerschaftlichen Assoziationen zu stimulieren (ebd: 268). Im Folgenden werden wir zunächst die Familie als dritten Akteur neben Staat und Markt formentheoretisch näher analysieren. Die Trias Staat, Markt, Familie hat in der sw-WSF eine lange Tradition (vgl. Briggs 1961; Flora/Heidenheimer 1981). Spätestens mit dem „Drei-Welten-Modell“ Esping Andersen's kommt den Familien neben Staat und Markt eine zentrale Funktion zu.

„The concepts of welfare regimes seeks (...) to specify the welfare state’s relative position within the broader welfare mix – in particular in relation to market and family provision of welfare“ (Hicks/Esping Andersen 2005).

„One basic issue for any aspiring welfare architect is how to allocate welfare production. This means deciding on the division of responsibilities between markets, families, and government“ (Esping Andersen 2002a: 11).

Interessant an diesen Zitaten ist zunächst einmal die funktionale Gleichstellung von Staat, Markt und Familie, was die Bereitstellung und die Produktion von Wohlfahrt betrifft. Der Staat selbst hat nur eine „relative position“ innerhalb des nun erweiterten Wohlfahrtsproduktionszusammenhangs inne. Aufbauend auf der im vorhergehenden Abschnitt beschriebenen „Entzauberung“ der Staatstätigkeit ist hier, was die Wohlfahrtsproduktion betrifft, nicht mehr von einem *funktional-dualistischen Gegeneinander* von Staat und Markt, sondern von einem *funktional-dialektischen* und als *notwendig* konzipierten *Miteinander* von Staat, Markt und Familie(n) die Rede. Die Familie (als kollektivsingulärer Akteur) wird in der sw-WSF als ein ihre – von der Ökonomie zugeschriebene - Konsumptionsfunktion transzendierender Produzent beschrieben.<sup>101</sup> Emotionsfunktion, Reproduktionsfunktion, Sozialisationsfunktion, ja schließlich gesamtgesellschaftliche Integrationsfunktion werden als die genuin familiären Funktionen beschrieben. Die Familien werden, indem sie funktional und funktionalistisch bestimmt werden, für die sw-WSF entdeckt.

„The family household (...) was seen as being increasingly dominated and absorbed by secondary institutions. The theory of welfare production is challenging that view. The basic idea is, (...) that market commodities and public services don’t yield welfare per se. They are only inputs that must be converted within the household, by adding time, energy and human capital, into final output, “basic commodities”, psychological satisfaction“ (Zapf 1984: 271).

In dieser funktionalistischen Lesart ist die Familie längst „(...) zu einem Kernthema der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung geworden“ (Kohli 2007: 396). So weit so gut. Formenanalytisch müssen wir allerdings danach fragen, in welcher Unterscheidungsformation die Familie als Akteur konstruiert wird. In der sw-WSF taucht die Familie hauptsächlich in zwei Unterscheidungsformationen auf. Der Promotor der komparativen Wohlfahrtsstaatsforschung, Esping-Andersen, hat schon in seinem vielzitierten Hauptwerk die Formen »Staat/Familie« und »Markt/Familie« in

---

<sup>101</sup> In der Familiensoziologie ist diese Diskussion um die funktionale Neubestimmung der Familie so etwas wie die „Geburtsstunde“ und das Bezugsproblem dieser Bindestrichsoziologie (vgl. Hill/Kopp 2002; Peuckert 2002).

seiner „Drei-Welten-Typologie“ berücksichtigt (Esping Andersen 1990). Besonders in den „konservativen“ Regimen (bspw. Deutschland, Österreich oder auch die südeuropäischen Länder) gelte die Familie als der Hauptadressat, was die Verantwortung für Wohlfahrtsproduktion betrifft. Keine Staatsintervention/-leistungen, bevor nicht die (subsidiären) Kräfte/Potentiale der Familien ausgeschöpft sind (ebd.: 27). Analog zur Kategorie der De-Kommodifizierung spricht Esping-Andersen in seinen späteren Werken von (De)-Familialisierung, die er wie folgt definiert:

„De-familialization does not imply 'anti-family'; on the contrary it refers to the degree to which households' welfare and caring responsibilities are relaxed – either via welfare state provision, or via market provision“ (Esping Andersen 1999: 51).

De-Kommodifizierung und De-Familialisierung stehen dabei in einem engen Verhältnis zueinander. Dieser Zusammenhang ergibt sich einmal mehr aus der weiterhin zentralen Stellung der Basisform »(Wohlfahrts-)Staat/(Arbeits-)Markt«.

„The concept of de-familialization parallels the concept of de-commodification; in fact, for women de-familialization is generally a precondition for their capacity to 'commodify themselves' (Orloff, 1993)“ (ebd.: 51).

Esping Andersen verweist in diesem Zitat bereits auf Orloff, die als eine der feministischen Hauptkritiker eines „male bread winner“ bzw. „female housewife“ Konzeptes innerhalb des Regime-Ansatzes Esping Andersen's gelten kann.<sup>102</sup> Orloff (1993) zeigt auf, dass die staatliche bzw. marktbezogene Defamilialisierung bei Esping Andersen schon immer am männlichen Familienversorger-Modell ausgerichtet ist, ja dieses voraussetzt. Wie Esping Andersen selber (kritisch) feststellt:

„The post-war woman was assumed to be a housewife, and the male a 'standard production worker', meaning a semi-skilled, manufacturing worker who is sole provider of family income and social entitlements. It was further built on a life course prototype: women would cease to work with marriage and childbirth, and thus be available to care for, first, children and, later, aged parents. (...) And men would follow a rigid sequence of schooling until age 16, uninterrupted employment until age 65, followed by some years of retirement“ (Esping Andersen 1999: 29).

In diesem Zusammenhang fordert Orloff, Frauen Arbeitsmarktteilnahme zu ermöglichen und somit (De)Familialisierung an dem Ausmaß zu messen, „(...) to which states promote or discourage women's paid employment – the right to be commodified, if you will“ (Orloff 1993: 318). Esping Andersen nimmt diese Kritik auf.

---

<sup>102</sup> Neben Orloff hat sich Lewis (1998) als feministische Kritikerin Gehör verschafft.

„The issue to many feminists is that most welfare states, at worst, reproduce women’s imprisonment in their precommodified status or, at best, do too little to alleviate the dual burden of employment and family responsibilities. The concept of de-commodification is inoperable for women unless welfare states, to begin with, help them become commodified” (ebd: 44).

Mit diesem Zitat wird eine wichtige Unterscheidung sichtbar: Bezahlte Arbeit/Familienarbeit (unbezahlte Arbeit). Die Erwerbsarbeit als die bislang dominante Form der Arbeit bekommt „gleichwertige“ (!) Konkurrenten.<sup>103</sup> Wie sehr eine solche Gleichwertigkeit von Arbeitsformen eingefordert bzw. die tatsächliche Ungleichwertigkeit kritisiert wird, zeigen folgende Zitate auf:

„Provision of welfare “counts“ only when it occurs through the state or the market, while women’s unpaid work in the home is ignored“ (Orloff 1993: 312).

„Furthermore, the sexual division of labor within states, markets, and families also goes unnoticed. (...) Women perform most domestic work whether or not they work for pay, while men do very little domestic work“ (ebd.: 312/313).

Für eine familienmitglieds*individuelle* und damit „gendered analysis“, in der zwischen Erwerbsarbeit und Familienarbeit (Betreuungsarbeit) innerhalb der Haushalte differenziert wird, macht sich Woods stark. Als Erweiterung der feministischen Kritik an Esping Andersen’s Modell führt Woods aus, warum die Kategorie der De-Familialisierung nur unzureichend Auskunft gibt über die tatsächliche Aufteilung und das Zusammenspiel von Erzieher und Nicht-Erzieher im gemeinsamen Haushalt (Woods 2006) Sie führt zwei neue Kategorien ein; Carer-commodification und carer-stratification.

„Carer-commodification describes welfare state policies which also work with labor market policies that tie carers to the labor market, but which also provide policies that then acknowledge employees with care duties at home.(...) Carer-commodification is different from defamilialization, in that it attempts to describe the inner household differences of how care is then performed in the first instance, between the carers and non-carers earners in the household” (Woods 2006: 20).

“Carer-stratification describes how a state organizes care through allowances and protections in money and time, which is also dependent on the way in which the carer has been commodified” (ebd: 25).

Woods’ Kategorien liegen quer zu denen Esping Andersen’s. (De)Familialisierung und (De)Kommodifizierung werden nicht nur in ihrer Dialektik gesehen. Das Besondere Woods’ Ansatz ist vielmehr darin zu sehen, dass dieser von einer Staatsperspektive

---

<sup>103</sup> Welche Konsequenzen das für den „Formenhaushalt“ des Mediums »Arbeit« hat, wollen wir im nächsten Abschnitt (5.1.1.2.2.2) behandeln.



übergeht zu einer Binnenperspektive der zu „households“ reduzierten Familien selbst. Mit dieser Fokussierung auf die eigentliche Performanz des Familiären kommt dann auch, stärker als bei Esping Andersen, die Autonomie und damit die funktionale (Neu)Bestimmung von Familienarbeit ins Zentrum. Der Unterschied zu den Akteuren Staat und Markt ist und bleibt in der sw-WSF zunächst ein funktionaler. Es geht um die Eigenleistungen der Familien, „gendered“ oder nicht. Inwieweit hier tatsächlich von Eigenleistungen gesprochen werden kann, wollen wir in Abschnitt (5.1.1.2.2) vertiefen.

An dieser Stelle wollen wir übergehen zu den Beschreibungen des sog. „dritten Sektor“, der neben Staat, Markt und Familie die vierte „Säule“ der Wohlfahrts-gesellschaft darstellt.<sup>104</sup> Diesem Akteur kommt in der sw-WSF zunächst, wie im Falle der Familie, eine *funktionale* Bedeutung als Wohlfahrtsproduktion zu. Diese funktionale Bestimmung wird zunächst in klarer Unterscheidung zur „Marktlogik“ definiert.

„The third sector is where many people first learn how to practice the art of democratic participation. (...) The third-sector vision offers a much-needed antidote to the materialism that has so dominated twentieth-century industrial thinking. While work in the private sector is motivated by the material gain, and security is viewed in terms of increased consumption, third-sector participation is motivated by service to others and security is viewed in terms of strengthened personal relationships and a sense of grounding in the larger earth community” (Rifkin 1995: 245/246).

„A dense civil society that encompasses both associational ties and normative understandings plays a central role in the effective functioning of both economy and state“ (Block/Evans 2005: 506).

Fernab von Abgrenzungslamenti gelangt Beck schließlich zur universalistischen Definition der genuinen Eigenleistungen des dritten Sektors.

„(...) Belebung der sozialen Netzwerke, welche die Bürgergesellschaft auszeichnen und diese für alle anderen gesellschaftlichen Teilbereiche – Wirtschaft, Politik, Kultur, alltägliche Lebensqualität – so unverzichtbar machen“ (Beck 2000b: 432).

„Die Wertschöpfung, die durch Bürgerarbeit erbracht wird, liegt in der Bereicherung der demokratischen Kultur und der Erschließung von Kreativität und Spontaneität zur Lösung der anstehenden Zukunftsaufgaben“ (ebd: 434).

---

<sup>104</sup> Diese „Säule“ der Wohlfahrtsstaatsgesellschaft hat ein beeindruckendes Arsenal an Synonymen hervorgebracht. Die gebräuchlichsten sind wohl, „bürgerschaftliches Engagement“, „informeller Sektor“ und „Netzwerke“. Im Folgenden werden wir vom „dritten Sektor“ sprechen.

Kronauer spricht von dem dritten Sektor als einer der zentralen Integrationsinstanzen der Gesellschaft. Die zentralen Integrationsinstanzen sind:

„der Markt (insbesondere der Arbeitsmarkt), die Reziprozität und Soziabilität primärer sozialer Beziehungen und der Staat (insbesondere der Wohlfahrtsstaat mit im weitesten Sinn sozialen Rechten)“ (Kronauer 2002: 153).

Obwohl (oder gerade weil?) dieser Akteur wissenschaftlich (und politisch) eine beeindruckend hohe Resonanzfähigkeit aufweist, so herrscht wenig Einigkeit darüber, was bzw. wer eigentlich darunter zu fassen ist. So schreiben Block/Evans:

„Civil society, in our view, encompasses both the variety of nongovernmental associational activities from trade associations and fraternal organizations to trade unions, protest movements, political parties, and the “public sphere“ in which citizens form their political preferences” (Block/Evans 2005: 506).

Evers unterscheidet zwei Bedeutungsdimensionen von Bürger-/Zivilgesellschaft. Zum einen Bürgergesellschaft als Sphäre kritischer Öffentlichkeit, zum anderen als Form sozialer Leistungsbeteiligung von Bürgern (Evers 2003). Zu Letzterem zählt Evers dann etwa soziales Engagement, Ehrenamt oder auch selbstorganisierte Dienste. Während „Staat“ und „Markt“ als Integrationsinstanzen relativ unproblematisch bestimmt und voneinander unterschieden werden können, so sind die Vorstellungen über die klare Abgrenzung eines „dritten Sektors“ vielgestaltig und uneindeutig (vgl. auch: Leisering et. al. 2002: 30). Dieser Akteur wird dennoch als eigenständiger Akteur vorgestellt, „jenseits von“ und „zwischen“ Staat und Markt“ (Beck 2000b; Rifkin 1995; Evers 1990; Pankoke 2000; Habermas 1981).<sup>105</sup> Das Eigenständige wird dabei in der Literatur entweder durch raummetaphorische Präfixe wie „sub“, „zwischen“ oder „jenseits“ zum Ausdruck gebracht, oder, man verweist auf die soziale Bedeutung dieses Akteurs, im Unterschied zu den „sachlich-systemischen“ Akteuren Staat und Markt. Der dritte Sektor ist dann ein (sub)politischer, ziviler Akteur (in paradigmatischer Vertretung durch Beck, Giddens), welcher in dieser Konstellation weder den Staatsimperativen („passiver“ Kollektivismus) noch den Marktimperativen („aktiver“ Individualismus) folgt. Staat und Markt als die „großen Zwei“ werden zwar anerkannt, Solidarität und

---

<sup>105</sup> Eigenständig, jedoch nicht neu. Pankoke (2000) weist darauf hin, dass das Konzept der „Zivilgesellschaft“ keineswegs ein genuin „postindustrielles“ Phänomen ist. Leute entwickeln nicht erst heute Ideen, sie setzen sich nicht erst heute „politisch“ „für die Gesellschaft“ ein. „Bürgerschaftliches Engagement“ und „Bürgerarbeit“ sind also so gesehen nichts Neues. Genauso wie es schon immer familiäre Fürsorge und Unterstützung gab, solange es Familien gibt, genauso haben Leute ehrenamtliche Tätigkeiten oder Nachbarschaftshilfe geleistet.

bürgerschaftliche Kräfte von „unten“ bzw. „aus der Mitte“ – je nach raummetaphorischer Vorliebe – jedoch als der „gesellschaftliche Kitt“ und „Seele der Demokratie“ (Keupp/Kraus/Straus 2000, Beck 2000b, Etzioni 2004) vorgestellt.

Wir wollen abschließend die Akteure Familie und dritter Sektor den Akteuren Staat und Markt gegenüberstellen. Der Staat gilt, wie wir gesehen haben, als entzaubert, der Markt ohnehin. Sowohl Familie als auch der dritte Sektor unterscheiden sich von der Basisform dadurch, dass ihnen keine „Systemlogik“ zugesprochen wird. Die Unterscheidung von System und Soziales/Lebenswelt (Habermas 1981: 471ff)<sup>106</sup> scheint hier wichtige Unterscheidungsarbeit zu leisten, indem sie Unterschiedslosigkeit (Politik und Sub-Politik) – auf abstrakterer Ebene – wieder unterscheidbar macht: Auf der einen Seite findet sich dann der Staat und der Markt, auf der anderen Seite der dritte Sektor und die Familie. Man könnte dann etwa von der Gegenüberstellung von „System“-Gesellschaft und „Zivil“-Gesellschaft sprechen. Geld und Macht (Hierarchie) – ursprünglich selbst als Form konzipiert - werden somit „gleichgestellt“, auf derselben Seite verbucht. Auf der Lebenswelt-Seite, der „sozialen“ Seite, fänden sich dann Familie und der dritte Sektor wieder.

#### 5.1.1.2.2 Form und Reflexion

In diesem Abschnitt wollen wir die Formenkonstellationen der Akteure Familie und dritter Sektor näher analysieren. Es geht um die genauere Analyse der formentheoretischen Reflexionen. Damit ist sowohl das Verhältnis von Familie und dritter Sektor als auch deren Verhältnis zur Basisform (Staat/Markt) angesprochen (5.1.1.2.2.1). Welche Konsequenzen hat die Erweiterung der Basisform »Staat/Markt« auf Form und Zentralität des Mediums »Arbeit« (5.1.1.2.2.2)?

##### 5.1.1.2.2.1 Form und Unterschied

Kein geringerer als Esping Andersen selbst stellt die Eigenständigkeit des dritten Sektors in Frage stellt. Entscheidend sei nämlich, so Esping Andersen, die Quelle der Finanzierung (Esping Andersen 1999: 35f; Esping Andersen 2002a).

---

<sup>106</sup> Welche an die Hegel'sche Staatsphilosophie und Gesellschaftstheorie anschließt. Die Hegel'sche Unterscheidung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft ebnet den Weg für die Habermas'sche Unterscheidung von System und Lebenswelt. Die Sphäre der Politik kann dann ebenfalls auf beiden Seiten der Unterscheidung vorkommen, als Politik „von oben“ bzw. „offizielle Politik“ und als Politik „von unten“ bzw. eben „Subpolitik“ (Beck 1993) Zur Adaption der Hegel'schen Staatsphilosophie siehe Nassehi (2003b).

„The ‘third sector’ is arguably a fourth pillar, but where its role is of decisive importance its functioning tends to resemble markets or governments, all depending on its chief financial underpinnings“ (Esping-Andersen 2002a: 12).

So könne der „dritte“ Sektor sowohl marktwirtschaftlich als auch öffentlich finanziert sein. Die Erweiterung des Wohlfahrtskonzeptes um den „dritten Sektor“ als vierter Akteur wäre dann nichts anderes als ein Anwendungsfall der Frage, ob die *Leistungsfähigkeit* der Zivilgesellschaft über privatwirtschaftliche oder öffentliche Finanzierung sichergestellt werden soll. Die Frage nach der Finanzierung würde diesen Akteur dann entweder der marktliberalen oder der staatlichen Allokationslogik zuordnen. Dies klingt zunächst plausibel, und findet sich in dieser Argumentationsform auch bei Beck wieder: Das „Gemeinwohl-Unternehmertum“ (Beck 2000b: 428f) ist und bleibt auf materielle Existenzsicherung angewiesen. Sachkosten, Personalkosten, Lebenshaltungskosten und andere Auslagen müssen so entweder in der Form eigener Erwerbsarbeit erwirtschaftet werden, oder in Form staatlicher Transferzahlungen sichergestellt werden (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe u. a.) bzw. – und das sind Möglichkeiten drei und vier – durch die staatliche Bereitstellung/Ausschüttung zweckgebundener Mittel oder durch „social sponsoring“ (Sozialpartnerschaften<sup>107</sup>). Dies bedeutet aber auch, dass – medientheoretisch gesehen – die Eigenständigkeit eines dritten Sektors negiert wird. Die Finanzierungsformen und –quellen seien ausschlaggebend, sie entschieden über die Zuordnung innerhalb der Unterscheidung »öffentlich/privat« und also der Form »Staat/Markt«. Wenn man die medientheoretischen Argumentationen von Beck und Esping Andersen nun ebenfalls auf die Familien als eigenständigen Akteur anwendet und also die Abhängigkeit des Funktionierens dieses Akteurs von den finanziellen Leistungen aus entweder Wirtschaft oder Politik betont, so kann die Eigenständigkeit in Bezug auf das Funktionieren der Familien aus demselben Grund (medientheoretisch) in Frage gestellt werden wie Esping Andersen dies im Falle des „dritten“ Sektors erläutert hat. Mit der Dimension der (De)Familiarisierung erfährt die Basisunterscheidung »Staat-Markt« zwar zwei neue Formkonstellationen (»Staat/Familie«; »Markt/Familie«), diese stehen jedoch in einem konditionalen Verhältnis zu den beiden „Hauptakteuren“ Staat und Markt: Entweder ermöglicht und erleichtert der Staat durch finanzielle Transferleistungen (auf der Basis sozialrechtlich verankerter

---

<sup>107</sup> Auch unter dem Schlagwort „public-private-partnership“ (abgekürzt: PPP) in die Literatur eingegangen. Hier geht es um die privatwirtschaftliche Mit-Finanzierung öffentlich-gemeinnütziger Zwecke. Wir kommen darauf in den Abschnitten (5.1.1.2.3) und (5.1.2.2.2) zurück.

Anspruchsberechtigungen) familiäre Erziehungs- und Rekreationsarbeit ohne größere Einkommensverluste, oder aber, Familienarbeit muss durch Erwerbsarbeit ermöglicht werden. *Beide* Varianten würden jedoch im Modell Esping Andersen's als Defamilialisierung gelten.

„De-familialization does not imply 'anti-family'; on the contrary it refers to the degree to which households' welfare and caring responsibilities are relaxed – *either via welfare state provision, or via market provision* (Kursiv: CH)“ (Esping Andersen 1999: 51).

Wann liegt dann aber eigentlich Familialisierung vor? Wohl dann, wenn die Familien vollkommen auf sich selbst gestellt sind, ein Zustand, der dem Modell der vorindustriellen Subsistenzwirtschaft nahe käme. Wie Esping Andersen zurecht feststellt, ist aber vielmehr von folgendem Zustand auszugehen: „It is as markets become universal and hegemonic that the welfare of individuals comes to depend entirely on the cash nexus (...)“ (Esping Andersen 1990: 21). Esping Andersen spricht vor diesem Hintergrund von den Familien auch als „*household economies*“ (Esping Andersen 1999: 47ff). Familialisierung liegt demgemäß dann vor, wenn *weder* staatlich finanzierte Unterstützungsleistungen in Anspruch genommen werden können (staatliche De-Familialisierung) *noch* durch Beschäftigung (Selbst-Kommodifizierung) (genug) Geld verdient wird (marktliberale De-Familialisierung), so dass Leistungen (Pflege von Älteren, Kindererziehung usw.) ohne finanzielle Kompensation – also aus der puren Notwendigkeit heraus - erbracht werden müssen. An der Zentralität der Form »Staat/Markt« ändert dies nichts. Akteurstheoretisch gesehen, wird mit der Familie als neuer kollektivsingulärer Wohlfahrtsproduzent („*third pillar*“ of welfare production) neben Staat und Markt ganz offensichtlich die binäre Form »Staat/Markt« erweitert. Wohlfahrt ist jetzt mehr als nur staatliche oder marktliberale Wohlfahrt. Auch die in den Familien geleistete Erziehungsarbeit, Hausarbeit und Emotionsarbeit werden in ihrer Funktion für das individuelle Wohlbefinden hervorgehoben (Esping Andersen 1999, Lewis 1998). Esping Andersen konstruiert die Familien nicht nur als leistungsabhängige, sondern als sozialstaatsleistungsabhängige Akteure.

„(...) the household is still a key source of welfare production. But, how key it is depends very much on welfare *states'* absorption of caring responsibilities: the more welfare state, the less familialism.“ (Esping Andersen 1999: 67).

Sowohl die feministische Kritik am male-breadwinner Modell als auch die Kritik an der (De)Familialisierung ändern daran nichts. Mit De-Kommodifizierung und De-Familiali-

sierung liegt in der sw-WSF selbst der Fokus ganz klar auf den *Leistungsbeziehungen* der verschiedenen Akteure zum Staat bzw. zum Markt. Familienarbeit ist dann genauso wie Staatstätigkeit und Markttätigkeit an den Geldnexus gebunden. Diese Analyse deckt sich zum Teil mit der Feststellung von van Berkel/Möller (2002), dass nämlich die Typologien Esping Andersen's *passive* Arbeitsmarktpolitik kategorisierten und also aus diesem Grunde auf die Leistungs- bzw. Transferbeziehungen abstellten. So gesehen, stellt dann aber die Beachtung der Familie in der sw-WSF nichts anderes als die Beachtung *eines* sozialstaatlichen *Adressaten* dar. Ein großer Teil der sw-WSF widmet sich denn auch in Form von „policy studies“ und/oder länderspezifischen „case-studies“ Familien- und Arbeitsmarktpolitik in ihrer „interconnectedness“ und vor allen Dingen in ihren unterschiedlichen Niveaus und Qualitäten (Esping Andersen 2002b; Kaufmann 2007). Medientheoretisch gesehen behält also die Unterscheidung »öffentlich/privat« und damit die Form »Staat/Markt« ihre Zentralität. Die Formkonstellationen »Staat/Familie« bzw. »Markt/Familie« sind dann jeweils nur als Anwendungsfälle zu verstehen, die Eigenständigkeit ist eine Konditionale.

Wie ist es um die formentheoretische Abgrenzung von Familie und drittem Sektor bestellt? Pankoke/Leisering (2003) unterscheiden Staat, Markt, Solidarität und den „informellen Sektor der primären Netzwerke“ als die vier Wohlfahrtsproduzenten. Unter dem informellen Sektor der primären Netzwerke verstehen die Autoren dabei Familie, Verwandtschaft, Nachbarschaft sowie Freundschaft. Da der Begriff der Zivilgesellschaft in der Literatur, wie wir gesehen haben, sehr breit und teils heterogen definiert ist, auf jeden Fall aber Solidarität, Initiative und lokale Hilfe (Nachbarschaftshilfe) beinhaltet (Giddens 1999a, Beck 2000b; Keupp/Kraus/Straus 2000), ergeben sich unterscheidungstheoretische Überschneidungen in der Abgrenzung zum Akteur Familie. Die „soziale Komponente“ scheint Familie und dritten Sektor zu vereinen. Formentheoretisch stehen wir dann allerdings vor dem Problem, zwei Akteursbegriffe mit gleicher Funktionsbestimmung zu haben, der Unterschied wäre nicht hinreichend definiert. In der sw-WSF lässt sich jedoch aus den Ausführungen zu den jeweiligen Sektoren ein möglicher Unterschied ableiten. In der sw-WSF kristallisiert sich heraus, dass eine „large-scale“-Definition des dritten Sektors überwiegt. Es geht dann um quantitativ größere Vereinigungen und Zusammenschlüsse von Menschen bis hin zu Modellen einer globalen Zivilgesellschaft (Giddens 1999a; Etzioni 2004; Pankoke 2000, Zapf 1984, Habermas 1981). Household production wird dagegen „(...) outside large-scale organizations, i. e., outside the corporate world“ (Zapf 1984: 268) verortet.

Zivilgesellschaftliche und familiäre Solidarität unterschieden sich dann also hinsichtlich der Tatsache, dass nur im Falle des dritten Sektors Organisationen gebildet werden könnten. Diese Lesart findet zusätzliche Bestätigung darin, dass die Vorstellungen darüber, was oder wer die Zivilgesellschaft eigentlich ist, nicht nur darauf abstellen, dass diese *nichts* mit Politik (*non government*) und *nichts* mit dem Markt (*non profit*) zu tun hat, sondern sich darüber hinaus auch bewusst als *Organisationen* verstehen (NGO, NPO).<sup>108</sup> Die genuine Funktion des dritten Sektors wird irgendwo zwischen *organisierter* Hilfe und *politischer* Veränderungsfunktion angesiedelt. Was die Funktionszuschreibung betrifft, so scheint sich eine klar Politische durchgesetzt zu haben, in der die Funktion des dritten Sektors *für* die Zukunft von Politik und Demokratie betont wird.

„Reform of the state and government should be a basic orienting principle of the third way politics – a process of the deepening and widening of democracy. Government can act in partnership with agencies in civil society to foster community renewal and development” (Giddens 1999a: 69).

Der Umstand, dass die so verstandenen “political entrepreneurs“ Anliegen in Forderungen übersetzen, sowie die Hervorhebung der Funktion des „broadening of the goal-set of established organizations“ spiegeln dies wider (Zapf 1984: 268). Diese funktionale Nähe zur Politik kommt auch bei Beck zum Ausdruck, wenn er von der „Subpolitisierung der Gesellschaft“ (Beck 1993: 216) bzw. von der Zivilgesellschaft als nötigem (institutionellen) Gegengewicht zum global agierenden Kapital spricht (Beck 1999). Im Prozess dieser sub-/mikropolitischen Neubestimmung des Politischen kommt dem dritten Sektor eine konstitutive Bedeutung zu, besonders im Hinblick auf die Zementierung und Förderung von (neuen) Solidaritätsbeziehungen (Esping Andersen 2002a; Münch 2001). Im Unterschied dazu wird der Familie ein größeres Repertoire an Funktionen zugeschrieben, so dass ihnen leichter funktionale Eigenständigkeit attestiert werden kann. Besonders die Sozialisations- und Reproduktionsfunktion scheinen dabei eine funktionale Eigenständigkeit zu rechtfertigen (vgl. 5.1.1.2.1). Ein weiterer Unterschied betrifft die „failure-Semantik“. In den 1990er Jahren wird „family failure“ in zunehmendem Maße zum Thema in der sw-WSF (Beck/Beck-Gernsheim 1990, Esping Andersen 2002a, 2002b).

---

<sup>108</sup> Dies kann im Übrigen auch systemtheoretisch so gesehen werden. Familien und andere informelle, ad hoc Netzwerke (wie Nachbarschaftshilfe oder bürgerschaftliches Engagement und andere Gruppenbildungen) werden nicht dem Systemtyp der Organisation zugeordnet (vgl. Luhmann 2005g).

„The contemporary welfare state is, in fact, confronting a double tide of inequality because the share of vulnerable households is growing for both demographic and labour market reasons” (Esping Andersen 2002b: 30).

Mit „demographic reason“ meint Esping Andersen unstabile und heterogene Partnerschaften, die eben nicht nur mit den neuen flexibleren Anforderungen des Arbeitsmarktes zu tun haben, sondern auch auf die Anforderungen und Erwartungen an Liebe und Partnerschaft selbst zurückzuführen sind (siehe hierzu auch Beck/Beck-Gernsheim 1990; Luhmann 1998 [1982]) Für den Fall des „dritten Sektors“ lässt sich jene failure-Semantik gar nicht bzw. in nur sehr bescheidenem Maße erkennen. Wenn dennoch, dann in erster Linie in Bezug auf die mangelnde, *politische* Aktivierungsfähigkeit, also in Bezug auf Steuerungs- und Implementationsprobleme (Ullrich 2003; Henninger 2006) Wenn auf das Problem der mangelnden Aktivierungsbereitschaft unter den Bürgern verwiesen wird, dann als Problem eines mismatch von Motivlagen der Bürger einerseits und den politischen Zielvorstellungen andererseits (Ullrich 2003). Die Verbindung zum Politischen (im Sinne von Staatspolitik) ist also immer schon gegeben. Würde auch der dritte Sektor in die „failure-Semantik“ aufgenommen werden, wäre damit schon immer implizit der Mensch als psychisches System „angegriffen“. Es könnte nicht analog abstrahiert werden auf so etwas wie die „Marktlogik“, die „Staatslogik“ oder darauf, dass „die Liebe“ nach eigenen Regeln verfährt. Der Mensch selbst wäre zu verachten! So gesehen kommt dem dritten Sektor der große „Vorteil“ zu, dass seine „failures“ auf politische failures externalisiert werden können.

#### **5.1.1.2.2 Arbeit als Medium und mediales Substrat**

Die Lohnarbeit als Arbeitsform ist, so haben wir in (5.1.1.1) gezeigt, ein zentrales Medium im Begriffssystem der sw-WSF. Die akteurstheoretische Erweiterung der Grundform »Wohlfahrtsstaat/(Arbeits-)Markt« um die Akteure »Familie« und »dritter Sektor« bleiben nicht ohne formentheoretische Folgen für dieses Medium. Mit der Erweiterung der Basisform wird die Zentralität der Lohnarbeit relativiert: Bürgerarbeit und Hausarbeit kommen als Arbeitsformen dazu. Auf die Diversität im Medium »Arbeit« reagiert die sw-WSF mit dem Konzept der pluralen Tätigkeiten (Arendt 1981; Beck 2000a; Gorz 1994; Mutz/Kühnlein 2001). Erst jetzt können unterschiedliche Arbeitsformen wie Familien-, Bürger- und Erwerbsarbeit theoretisch in einem Konzept



integriert und ihre prinzipielle Gleichwertigkeit betont werden. Für die Stellung und Zentralität der Erwerbsarbeit bedeutet dies nun folgendes:

„Für die Erwerbsorientierung und Erwerbsbeteiligung ist die Verfügbarkeit von *Alternativen zur Erwerbsarbeit* ausschlaggebend. Man kann sagen: Je zahlreicher und attraktiver die Alternativen, desto *geringer* die Erwerbsorientierung und Erwerbsbeteiligung. Unter »Alternativen« sind dabei nicht nur Haus- und Familienarbeit, sondern auch Ehrenämter, Bürgerinitiativen und vor allem »Bürgerarbeit« zu verstehen. Die Attraktivität von Alternativen zur Erwerbsarbeit wird zweifellos zu der Schlüsselfrage einer Strategie gegen die Arbeitslosigkeit, die den Denkkäfig der Vollbeschäftigungspolitik aufbricht und verläßt“ (Beck 2000a: 30).

Dieser Formenvielfalt des Mediums Arbeit zum Trotz, hat man sich in der sw-WSF lange Zeit mit der Unterscheidung von bezahlter, abhängiger (formaler) Arbeit auf der einen, und unbezahlter, unabhängiger (informeller) Arbeit auf der anderen Seite, begnügt (Orloff 1993; Esping Andersen 1999, Giddens 1999b, Grint 2005; Bonß/Ludwig-Mayerhofer 2000). Zu letzterer Arbeitsform zählt dann auch die in den Familien geleistete, unentgeltliche Arbeit (Esping Andersen 1990, 1999; Orloff 1993; Lewis 1998; Leira 2002). Mit der Unterscheidung »bezahlte/unbezahlte Arbeit« konnten jedoch nicht alle Formen von Arbeit beschrieben werden. Schwarzarbeit sowie Selbst-Unternehmertum vielen aus diesem Raster heraus (Grint 2005). Für zusätzliche Unklarheiten sorgt die Diskussion darüber, was dann eigentlich Nicht-Arbeit ist, also von was sich denn Arbeit seinerseits als Medium unterscheidet.<sup>109</sup> Von „life“ etwa? Aber was, wenn „life“ „work“ ist? Dann bricht die Unterscheidung als Unterscheidung weg. Mit den Diskussionen um Bürgerarbeit ist die „life“-Komponente nicht mehr nur auf die Familie beschränkt. Als Reaktion auf diese Misere haben sich im Medium »Arbeit« die vielfältigsten Formen gebildet. Das Suffix 'Arbeit' wird mit einer schier unendlichen Anzahl Präfixen kombiniert: Im Kontext Familie ist nun die Rede von Erziehungs-, Emotions-, Sozialisations- sowie Pflegearbeit. Im Kontext »dritter Sektor« ist von Bürgerarbeit, ehrenamtlicher Arbeit, gemeinnütziger Arbeit, uvm. die Rede. Diese Formendifferenzierungen im Medium »Arbeit« können dann so interpretiert werden, dass „(...) it could be asserted that every human activity is work, in which case the sociology of work ought to become the sociology of everything“ (Grint 2005: 8). Liessman (2000) spricht in diesem Zusammenhang von der Inflationierung des Arbeitsbegriffes sowie der „Verarbeitlichung“ der Tätigkeiten, und stellt damit auf die

---

<sup>109</sup> Es ist nicht das Ziel, auf diese Fragen näher einzugehen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf Conze (1979) und Voß (1991). Diese Beiträge beschäftigen sich mit anthropologischen und handlungstheoretischen Definition von Arbeit bzw. Arbeitshandeln.

Leistungsansprüche und Effektivitätskriterien einer Arbeitsgesellschaft ab (ebd: 88f).<sup>110</sup> Voß fasst seine Ausführungen zu Arbeit als „Modus der Tätigkeitsregulation“ folgendermaßen zusammen:

„Der hier skizzierte Begriff von Arbeit ist sehr spezifisch angelegt, da er nicht fest definiert, welche Tätigkeiten Arbeit sind und welche nicht, sondern Arbeit als Regulationsform von Tätigkeiten beschreibt. Damit kann potentiell *jede* Tätigkeit zur Arbeit werden. Der Begriff Arbeit ist dadurch einerseits durchaus eng gefaßt, aber zugleich (weil letztlich auf alle Tätigkeiten anwendbar) potentiell sehr weit“ (Voß 1991: 241).

Zweierlei formentheoretische Erkenntnisse lassen sich an diesem Zitat analysieren: Zum einen die Hinwendung zu konstruktivistischen Auffassungen von Arbeit, wie sie auch bei Grint wiederzufinden sind: „(...) the meanings of work do not inhere within the practice of participants but are created, challenged, altered and sustained through the contending discourses“ (Grint 2005: 8). Damit einhergehend wird andererseits die Möglichkeit, Arbeitstätigkeiten räumlich-zeitlich festzulegen, aufgegeben. Die Unterscheidung »work/life« kann dann nicht mehr (länger) im Unterschied zwischen Arbeit und Nicht-Arbeit ihre Unterscheidungsgrundlage finden. Der wohl populärste Gegenbegriff zu Arbeit, Freizeit (Muße) (vgl. Conze 1979), muss vor diesem Hintergrund fallen gelassen werden. Zwar schwingt dieser Gegensatz in der Unterscheidung »work/life« immer noch mit, Familien-, Haushalts-, Erziehungs- und sonstige in den Familien erbrachte und geleistete Arbeiten werden jedoch schon lange nicht mehr einvernehmlich (nur) als bare Erholung gesehen. Zwar erweitert die work/life- Unterscheidung den erwerbsarbeitszentrierten Blick, gleichzeitig führt jedoch die „Verarbeitlichung“ der Nicht-(Erwerbs)Arbeitsphären dazu, dass diese ursprünglich als Erholung und Rekreation geltenden Sphären jetzt auch als Arbeit gelten, und ihnen damit ein freiheitseinschränkender Tätigkeitsstatus zugeschrieben wird.<sup>111</sup> Den formentheoretischen Ausdifferenzierungen im Medium »Arbeit« zum

---

<sup>110</sup> Diese „Verarbeitlichung“ kann dabei auch als Reaktion auf die in der Literatur oft beschriebene „Krise“ der Industriesoziologie und seinem auf die abhängige Erwerbsarbeit beschränkten Arbeitsbegriff interpretiert werden (Deutschmann 2002, Tacke 2000). Um den Arbeitsbegriff als Schlüsselkategorie nicht zu verlieren, wird jetzt (fast) jede Tätigkeit als Arbeit definiert. Man unterscheidet dann eben Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Freizeitarbeit, Beziehungsarbeit, ehrenamtliche Arbeit usw. Vor dem Hintergrund dieses beachtlichen Formenrepertoires kann dann „Arbeit“ tatsächlich Schlüsselkategorie bleiben, nur nicht mehr unbedingt Erwerbsarbeit.

<sup>111</sup> Wie Hochschild (1998) am Beispiel eines Work/Life-Balance Programms beschreibt, so hat die traditionelle Zuordnung Entfremdung/Stress und Arbeit bzw. Selbstverwirklichung/Erholung und Familie an empirischer Überzeugungskraft verloren. So weit an dieser Stelle. Auf die moralischen Implikationen und Hintergründe der „sich umkehrenden Lebenswelten“ (Hochschild 1998: 33) werden wir in Abschnitt (5.1.1.3) noch zu sprechen kommen.

Trotz, hat sich die These vom Ende der Arbeit sowie der Arbeits-Losigkeit in der Arbeitsgesellschaft (Arendt 1981, Dahrendorf 1983, Offe 1984a, Rifkin 1995) nicht durchgesetzt. 'Kein Ende der Arbeitsgesellschaft' (Schmidt, G. 1999), es wird nach wie vor gearbeitet, vielleicht sogar mehr denn je (Fuchs 2001, Liessmann 2000). Anstatt eine „Ende-Rhetorik“ zu bemühen, bemüht man das Konzept der Pluralität und Interdependenz der verschiedenen Arbeits- bzw. Tätigkeitsformen und knüpft damit an die formentheoretischen Differenzierungen im Medium »Arbeit« an. So treffen sich dann die meisten Sozialwissenschaftler in der Perspektive einer differenzierten Variante der These vom Ende der Arbeit(sgesellschaft). In leichter Variation findet man dann bei Liessmann (2000), Fuchs (2001), Beck (1999, 2000a), Gorz (1995), Glucksmann (2005) und Dettling (2000) die Auffassung wieder, dass der Arbeitsgesellschaft nicht die Arbeit als solche ausgeht, sondern nur eine bestimmte Art von Arbeit schwindet, nämlich die Erwerbsarbeit.<sup>112</sup>

„Work and the work-based society are not in crisis because there is not enough *to do*, but because *work in a very precise sense* has become scarce, and the work that is to be done now falls less and less into that particular category“ (Gorz 1995: 153).

Die Relativierung der Zentralität des *Erwerbs*-Arbeitsbegriffes wird durch die Betonung und Zentralität des *Arbeits*begriffs in gewisser Weise kompensiert.<sup>113</sup> Im Konzept der pluralen Tätigkeiten wird die „Kombination aus erwerbsarbeitsbasierter, wohlfahrtsstaatlicher Sicherung und Förderung von Eigenarbeit und öffentlich-gemeinnütziger Arbeit“ (Bonß 2000: 372) promoviert. Hierzu auch Beck:

“Mit der Bürgerarbeit wird nicht das Ende der Erwerbsarbeitsgesellschaft eingeläutet, sondern der Übergang von einer Nur-Erwerbsarbeitsgesellschaft zu einer gemischten Tätigkeitsgesellschaft: Jenseits von Staat und Wirtschaft entstehen unternehmerische Rollen und Organisationsformen einer öffentlichen Selbstfürsorge“ (Beck 2000b: 444).

Die Erwerbsarbeit kann zwar auf Grund der formentheoretischen Differenzierungen im Medium Arbeit nicht mehr die Schlüsselkategorie sein, andererseits bleibt sie aber weiterhin *eine* Form des Mediums Arbeit unter anderen Formen desselben Mediums. Im Hinblick auf den weiterhin in Rechnung zu stellenden, formentheoretischen

---

<sup>112</sup> Einen schönen Überblick über die Diskussion in den Sozialwissenschaften zum Thema »Ende oder Fortsetzung der Arbeit/Arbeitsgesellschaft« bietet Grebing (2002).

<sup>113</sup> Dass dies für die sw-WSF, besonders aber für die Arbeitssoziologien, ein Stück weit auch disziplinäre Überlebensstrategie bedeutet, dürfte auf der Hand liegen. Der Arbeitsbegriff kann dann – entgegen den Ausführungen Offe's (1984a) – doch „Schlüsselkategorie“ bleiben.

„Unterbau“ (Staat/Markt Form inklusive der Unterscheidungsformen) ist allerdings die These einer Abnahme der Zentralität der Arbeitsform Erwerbsarbeit kaum haltbar.

#### 5.1.1.2.3 Organisationsnetzwerke als fünfter Akteur?

Staat, Markt und Familie sind die „klassischen“ Akteure und Wohlfahrtsproduzenten in der sw-WSF (Esping Andersen 1990). Aber schon mit den Diskussionen um Funktion und Form des „dritten Sektors“ geht eine Perspektivenverschiebung einher. Mehr und mehr kommen Organisationen und Organisationsnetzwerke in den Fokus der Aufmerksamkeit. Wohlfahrt wird als organisationsvermittelte Wohlfahrt konzipiert. Schimank unterscheidet vier Diskussionsstränge: Verbesserung (1) bzw. Verschlechterung (2) individueller Lebenschancen durch Organisationsmitgliedschaft sowie gesellschaftliche Integration (3) bzw. Desintegration (4) durch interorganisationale Netzwerke (Schimank 2001). In der sw-WSF werden hauptsächlich die Fälle (1, 2 und 3) aktualisiert. Lengfeld (2008) zufolge gebe es den Wohlfahrtsstaat nicht ohne die massenhafte Ausbreitung von Organisationen, besonders von Unternehmen (Arbeitsorganisationen) und Gewerkschaften (Interessenorganisationen). So gesehen

„(...) sind Arbeitsorganisationen und wirtschaftsbezogene Verhandlungsorganisationen unter der Vielzahl von Organisationen jene Typen, deren Strukturen und deren außengerichtetes Handeln weitreichende Folgen für die ungleiche Verteilung von Lebenschancen in modernen Gesellschaften nach sich ziehen“ (Lengfeld 2008: 105).

Es ist dann nicht verwunderlich, dass sich die Ungleichheitsforschung auf arbeitsorganisationsvermittelte Benachteiligungen/Ungleichheiten (Abraham/Hinz 2005), Asymmetrien (Coleman 1982) und Pathologien (Prethus 1962) stützt. Sozialpsychologisch-machttheoretische Beschreibungen des Verhältnisses von Individuum und (Arbeits-)Organisationsgesellschaft haben in der sw-WSF ihren festen Platz (Riesman 1953; Ritzer 1997, Sennett 1998, Voß 1994; Pongratz/Voß 2000). Dass Organisationen individuelle/kollektive Lebenschancen verbessern (Typ 1), ist dann Schimank zufolge die andere Seite der „ambivalenten“ Organisationsgesellschaft. Die von Interessenorganisationen (Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Vereinigungen vielfältigster Art) und Erwerbsarbeitsorganisationen ausgehenden Leistungen (kollektive Güter bzw. Lohn gegen geleistete Arbeit) werden dabei als „positiv“ verbucht.

„(...)Interessenbefriedigung durch korporative Akteure sowie Anspruchsbefriedigung durch die von Arbeitsorganisationen erbrachte teilsystemische Leistungsproduktion [sind: CH] die beiden zentralen förderlichen Momente für die „Lebenschancen“ der Individuen in der modernen Organisationsgesellschaft (...)“ (Schimank 2001: 287).

Dies ist soweit wohl allgemein akzeptiertes Wissen, mal wird das Positive, mal eher das Negative betont. Für die sw-WSF ist seit längerem Typ (3) der Schimank'schen Einteilung der interessanteste Fall. Der Fokus auf Organisationsnetzwerke scheint so etwas wie der neue gemeinsame Nenner in der sw-WSF zu sein, liegt dieser „Akteur“ doch „quer“ zu den „klassischen“ Akteuren der sw-WSF, die gerade die Unterschiedlichkeit der teilsystemischen Handlungslogiken (Staat, Markt und Familie) betonen. Die Funktion dieses neuen Akteurs kann dann genau darin gesehen werden, als „Wunderwaffe“ gegen gesamtgesellschaftliche Differenzierung eingesetzt werden zu können. Dabei wird die Semantik der Steuerungsfähigkeit und –bedürftigkeit reproduziert. Wir kommen darauf in Abschnitt (5.1.2.2) zurück.

„Dieses intersystemische Desintegrationspotential wird aber wiederum auf der Organisations-ebene, in *interorganisatorischen Steuerungs- und Verhandlungsnetzwerken*, durch reintegrative Maßnahmen abgefangen“ (Schimank 2001: 297).

Von klassischen organisationstheoretischen Studien, wie sie besonders auf dem Gebiet der Korporatismusforschung und „industrial relations“ Forschung betrieben werden (Deutschmann 2002; Ebbinghaus 2001), unterscheidet sich der neue Fokus auf Organisationen dadurch, dass hier eher Hybridität statt Dualität (in der „klassischen“ Konstellation: Arbeitgeber- versus Arbeitnehmerorganisationen) betont wird. Im Zentrum stehen dann corporate social responsibility (CSR) bzw. public-private partnership (PPP) Konzepte. Diese Partnerschaften sind organisationsvermittelte Partnerschaften. Es geht um interorganisationale Wohlfahrtsproduktion. Auch hier ist erst einmal definitorisches Durcheinander in der Literatur zu verzeichnen.

„Corporate Social Responsibility (CSR) is one of those modern buzzwords that everyone seems to be in favour of, precisely because no one is able to define it with any precision“ (Bredgaard 2004: 285).

Im Folgenden wollen wir Mailand/Andersen (2004) folgen. Hier gilt „social partnership“ als Oberbegriff mit den drei Konstellationen: bipartistisch (Arbeitgeber, Arbeitnehmerorganisationen); tripartistisch (Arbeitgeber, Arbeitnehmer plus Staat) und „corporate social responsibility“ (tripartistisch mit Staat/öffentliche Verwaltung, private Unternehmen und Zivilgesellschaft). Statt eines unberührten „Nebeneinanders“ der

verschiedenen Allokationslogiken, wird hier das integrierende Miteinander betont. Midtsundstad (2005) unterscheidet allgemeine public-private-partnership Maßnahmen und spezifisch auf Arbeitsmarktinklusion hin ausgerichtete Ansätze. Ähnlich definieren dann Mailand/Andersen eine spezielle Version des social partnership Ansatzes auch als „social partnerships for inclusion“ (Mailand/Andersen 2004: 381). Es geht dann im eigentlichen Sinne bei den „social partnerships“ um „inter-organisational policy networks“ (Marsh/Rhodes 1992).

Vor diesem Hintergrund können Organisationsnetzwerke formen- und medientheoretisch nicht als eigener Akteur gelten. Organisationsnetzwerke setzen die Existenz der anderen Akteure vielmehr voraus. Als Begriff in der sw-WSF ist der auf Organisationen gegründete Netzwerkbegriff vielmehr von steuerungstheoretischer Relevanz. In Kapitel (5.1.2.2) werden wir darauf noch ausführlich zu sprechen kommen.

### 5.1.1.3 Weitere Formen: Beobachtungsoptiken

Mit den bisherigen Analysen zur Basisform der sw-WSF (5.1.1.1) und seiner Erweiterungen (5.1.1.2) haben wir die „Akteure“ dieses Forschungsgebietes und deren Verhältnis zueinander formentheoretisch näher bestimmt. In den folgenden Abschnitten werden weitere Formen analysiert, die ebenfalls zentrale Elemente der Rekursivität der sw-WSF darstellen. Wir wollen diese Formen Beobachtungsoptiken nennen und damit hervorheben, dass es sich hier nicht um Formen mit Akteursqualitäten handelt. Im Einzelnen werden wir folgende Beobachtungsoptiken näher analysieren: Inklusion/Exklusion (5.1.1.3.1), Moral und Kausalität (5.1.1.3.2) sowie der (empirische) Vergleich (5.1.1.3.3).

#### 5.1.1.3.1 (Arbeitsmarkt-)Inklusion/(Arbeitsmarkt-)Exklusion und Sozialität als Medium

##### 5.1.1.3.1.1 Form und Medium

Die Form »Inklusion/Exklusion« ist in der sw-WSF als Beobachtungsoptik fest etabliert. In der Soziologie ist diese Beobachtungsoptik traditioneller Bestandteil des theoretischen Grundinstrumentariums.<sup>114</sup> Dieses Begriffspaar hat seit den 1990er Jahren

---

<sup>114</sup> Die Popularität dieses Begriffspaares zieht sich in der Soziologie wie ein roter Faden durch die Theorielandschaft. Exklusion auf verschiedenen Ebenen ist schon bei den „Klassikern“ zentrales

bis heute einen regelrechten Boom erlebt (Kronauer 2006, Nassehi 2000, 2004, Berkel van/Møller 2002, Bude/Willisch 2006; Esping Andersen 2002a). Kronauer spricht von „Exklusion“ als von dem neuen Namen für die „soziale Frage“ (Kronauer 2002). In den Politikwissenschaften ist diese Beobachtungsoptik ebenfalls von zentraler Bedeutung. Anknüpfend an die staatsbürgerschaftsrechtlichen Arbeiten von Titmuss (1958) und Marshall (1950) interessiert man sich für den Grad und die Ausbreitung kollektiver Rechte<sup>115</sup> (und Pflichten<sup>116</sup>) der Staatsbürger (Schmid/Niketta 1998; Scharpf/Schmidt 2000). Aus der funktional-kompensatorischen Definition des Wohlfahrtsstaates (vgl. Abschnitt 5.1.1.1) werden die Ziele der sozialen Sicherung und der wohlfahrtsstaatlichen Inklusion abgeleitet (Kaufmann 1997, 2002; Schmidt 2001b, 2003; Scharpf/Schmidt 2000; Esping Andersen 1990). Die Form »Inklusion/Exklusion« wirft dann immer schon die Frage auf, in was man inkludiert bzw. aus was man exkludiert ist. In der sw-WSF sind die Debatten um Inklusion und Exklusion stark auf den Arbeitsmarkt und dessen gesamtgesellschaftlicher Integrationsfunktion bezogen. Die Basisform »Wohlfahrtsstaat/(Arbeits-)Markt« wird also weiterhin in Rechnung gestellt. Der Arbeitsmarkt ist in der sw-WSF als zentrale Inklusionsarena und Interdependenzmedium (Kronauer 2002: 24; Bonß/Ludwig-Mayerhofer 2000) bzw. als „Maschine der Ungleichheitsproduktion“ und Exklusionsarena konzipiert (Hinz/Abraham 2005). Kronauer unterscheidet drei zentrale, gesellschaftliche Inklusionsinstanzen: Den (Arbeits-)Markt und die Erwerbsarbeit, die sozialen Beziehungen im persönlichen Nahbereich sowie den Wohlfahrtsstaat (Kronauer 2002: 25). Hicks/Esping Andersen betonen ebenfalls die enge Verbindung von Arbeit und Exklusion:

„The debate on social exclusion derives from two concomitant structural trends in advanced societies. On the one hand, labor markets are giving rise to new ”atypical” employment forms that, coupled to rising wage disparities, seem to create a ”two-speed” society in which a growing

---

Thema: Marx, Weber, und allen voran Georg Simmel, der vielleicht als der begriffstheoretisch versierteste Klassiker in dieser Beziehung gelten darf. Einen guten Überblick bietet Kronauer (2002). Hier werden die angloamerikanische und die französische Tradition erläutert und unterschieden. Einen guten Überblick zu Inklusion/Exklusion als Begriffsinstrumentarium in den Sozialwissenschaften findet sich auch im Internet, auf den Seiten der Universität Zürich, Prof. Nollert (<http://www.suz.unizh.ch/nollert/exklusion.pdf>).

<sup>115</sup> Marshall unterscheidet, in chronologischer Reihenfolge, bürgerliche, politische und soziale Rechte (vgl. Marshall 1950). In der politikwissenschaftlichen Wohlfahrtsstaatsforschung interessiert man sich dabei hauptsächlich für die sozialen Rechte, also Umfang und Ausmaß von Anspruchsberechtigungen.

<sup>116</sup> Die politisch geäußerten Pflichten werden uns noch im Abschnitt über Steuerung interessieren. Arbeitspflicht wird dann als Citizenship interpretiert (workfare) (Moon 2004).

proportion of workers are relegated to precarious and low-paid jobs that, additionally, do not permit adequate accumulation of social entitlements. (...) On the other side, technological change is driving up skill requirements and this is especially to the detriment of less skilled workers" (Hicks/Esping Andersen 2005: 522).

Der starke Bezug der Form »Inklusion/Exklusion« zum Arbeitsmarkt stützt sich auch hier auf die funktionalistisch-kompensatorisch konzipierte Basisform »Staat/Markt«. Man rechnet dann immer schon mit arbeitsmarktpolitischer Antwort auf die Marktvergesellschaftung. Staatsvergesellschaftung findet dann ihre Referenzproblematik in der Struktur und Dynamik der Erwerbsarbeit (Therborn 1986: 152ff; Abromiet/Blanke 1987, Bonß/Ludwig-Mayerhofer 2000: 109; Schmid, J. 1998).

„Aus der Sicht der vergleichenden Politikwissenschaft ist das Thema Arbeitsmarktpolitik aus theoretischen Gründen besonders interessant, da der Arbeitsmarkt die zentrale Schnittstelle zwischen der kapitalistischen Ökonomie einerseits und dem demokratischen Staatswesen andererseits darstellt“ (Schmid, J. 1998: 141).

„Im einzelnen geht es um die Aufrechterhaltung bzw. Erreichung eines hohen Beschäftigungsgrades, die Verbesserung der Beschäftigungsstruktur und damit die Förderung des Wachstums der Wirtschaft“ (ebd: 143).

„Im folgenden verstehen wir unter dem modernen Wohlfahrtsstaat eine institutionalisierte Verpflichtung zur sozialen Sicherung und Förderung der Staatsbürger durch den Staat, weshalb er dementsprechend umfangreich Ressourcen auf sich zieht und in Form von monetären Transfers und sozialen Diensten zur Verfügung stellt bzw. in die wirtschaftlichen Abläufe und besonders in den Arbeitsmarkt interveniert“ (Schmid/Niketta 1998: 14).

Der enge Zusammenhang von Wohlfahrtsstaatstätigkeit und Arbeitsmarkt (vgl. Abschnitt 5.1.1.1) erscheint dann in der Beobachtungsform »Inklusion/Exklusion« als Plädoyer für die Erhöhung der Beschäftigtenquote. In der sw-WSF findet sich eine lange Tradition der engen Kopplung von Arbeitsteilung bzw. Arbeitsmarktpartizipation und gesellschaftlicher Inklusion/Integration. Wie Bonß (2001: 331) beizupflichten ist, so herrscht bei den soziologischen Klassikern Einigkeit darüber, dass gesellschaftliche (im Sinne von: soziale) Ordnung Arbeitsteilung und damit auch die *Teilnahme* an der Arbeitsteilung (= Inklusion) voraussetzt, die ihrerseits das Fundament für soziale Integration ist.<sup>117</sup> Diese Gleichsetzung von Arbeitsmarktpartizipation und gesellschaftlicher Inklusion wird auch heute noch in der sw-WSF fortgeschrieben (vgl. bspw. Kronauer 2002; Gallie 2002; Esping Andersen 2002a; Taylor Gooby 2004, Castells 2000). Die wohlfahrtsstaatlich moderierte Teilhabe der Individuen an der gesellschaftlichen Arbeitsteilung – lies: Die Inklusion in den Arbeitsmarkt - Sorge

---

<sup>117</sup> So Durkheim, Weber und Marx (siehe Grint 2005; Ostner 2001)



dafür, dass (politische) Ordnung und „Friede“ in der Bevölkerung herrscht. Vor diesem Hintergrund kann man dann auch behaupten, dass „(...) more jobs are seen as a sine qua non in the pursuit of an inclusive society“ (Esping Andersen 2002a: 21) bzw. darlegen, Arbeit sei „(...) the principal mode of inclusion and absence from labour market the most potent source of exclusion“ (Rose 1999: 163). Der Arbeitsmarkt (und damit der Erwerbsarbeitsbegriff) wird dann zu einem ordnungspolitisch relevanten Begriff (vgl. auch Grint 2005). Neben dieser gesellschaftlich-sozialen Funktion von Arbeitsmarktpartizipation wird in der sw-WSF aber auch die individuell-soziale Funktion genannt; es geht dann darum, individuelle Deprivation durch Arbeitsmarktinklusioin entgegenzuwirken.

„The central policy orientation for enhancing social inclusion is currently that of increasing the employment rate. (...) The view that increasing the employment rate is the key to social inclusion is not just premised on the fact that a job provides a regular source of income, but also on the belief that it is a source of skill development and motivation. It provides opportunities for personal self-development, through enabling people to use their initiative and to develop decision-making skills“ (Gallie 2002: 96).

Scharpf/Schmidt (2000) sprechen vom Primat der Inklusion in (Arbeitsmarkt-)Arbeit und Wohlfahrt, und zwar in Bezug auf die *Lebenschancen* der Bürger sowie in Bezug auf politische Legitimität (ebd: 3). Als ein 'Politikum' erscheint der Arbeitsmarkt also in der sw-WSF als zentrale Inklusions- und Integrationsinstanz (Kronauer 2002, Esping Andersen 2002a, Pierson 2001, Taylor Gooby 2004). Dann wird dieser Markt als ein Markt beschrieben, auf dem ca. 40 bis knapp 50 % der jeweiligen Nationalbevölkerungen ihr Einkommen beziehen, also als Erwerbsspersonen auf dem Arbeitsmarkt „inkludiert“ sind (Abraham/Hinz 2005; Bonß 2000).

„Eine zentrale Folge dieser Entwicklung ist die zunehmende Bedeutung von *Arbeitsmärkten* in modernen Gesellschaften. Der „Zustand“ des Arbeitsmarktes bestimmt maßgeblich, wer und zu welchem Anteil am wirtschaftlichen Wohlstand einer Gesellschaft teilhaben kann. Arbeitslosigkeit beeinträchtigt das individuelle Einkommen, das Versorgungsniveau der Haushalte und schmälert soziale Anerkennung der vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Personen“ (Abraham/Hinz 2005: 11).

Dem Arbeitsmarkt *als Partizipations-/Inklusionsinstanz* kommt in der sw-WSF also große Bedeutung zu. Inklusion, genauer gesagt, gelungene und wünschenswerte Inklusion in den Arbeitsmarkt, ist dann das Gegenteil von Sozialstaatsinklusion. Der Umstand also, (großzügige) staatliche Transferleistungen zu empfangen, kommt dann also gerade *Arbeitsmarktexklusion* gleich. Wie Giddens schreibt: „Leaving people mired in benefits tends to exclude them from the larger society“ (Giddens 1999a: 110). Das

Ziel wird vielmehr in einem möglichst hohen Beschäftigungsgrad (Arbeitsmarktinklusio)n) gesehen, also in der *Kommodifizierung* der Staatsbürger. Staatlich ermöglichte Dekommodifizierung soll nur dann walten, wenn man sich nicht kommodifizieren kann. Ganßmann bringt den Kern dieses Dilemmas in folgender Frage bestens zum Ausdruck:

„Welche Formen und welche Niveaus der sozialen Sicherheit erhalten den Warencharakter der Arbeitskraft und erlauben dennoch das Überleben bei deren Nichtverkauf“ (Ganßmann 2000: 66)?

Die Förderung von Inklusion in den Arbeitsmarkt, also das Ziel einer möglichst hohen Beschäftigungsquote bzw. Erwerbsquote, gilt in der sw-WSF allgemein als „hohes Gut“ (Esping Andersen 2002a, Gallie 2002; Castells 2000) und eine feste „Zielgröße“ (Schmid 2003: 252). Ein Großteil dieses Forschungsgebietes widmet sich daher Fragen geeigneter Maßnahmen bzw. Analysen der Ungeeignetheit bestehender Maßnahmen, dieses Ziel zu erreichen. Es geht dann um Arbeitsmarktpolitik. Wie alle anderen Staatstätigkeitsfelder auch, interessiert diese Politikform in der sw-WSF hauptsächlich unter dem Aspekt der Steuerung (Schmidt 2001a: 23).

An dieser Stelle wollen wir einen Schritt weiter gehen in unserer Analyse und nach dem Medium fragen, mit welchem die Form »Inklusion/Exklusion« prozessiert wird. Wenn in der sw-WSF von (Arbeitsmarkt-)Inklusion/(Arbeitsmarkt-)Exklusion die Rede ist, dann geht es immer um die Inklusion/Exklusion von Menschen. Es geht dann um „soziale Risiken“ und um die *soziale* Frage. So schreibt etwa Taylor-Gooby: „The *social* [Kursiv: CH] changes associated with the post-industrial transition increase the exposure of some *groups* [Kursiv: CH] to new needs“ (Taylor-Gooby 2004: 209). Es geht dann um

„(...) problems in entering the labour market, problems in maintaining stable, secure, and reasonably well-paid employment and associated social security entitlements and problems in gaining adequate training in a more flexible labour market“ (Taylor Gooby 2004: 19).

Medientheoretisch fragen wir dann danach, durch welches Medium diese medialen Substrate - Menschen(-gruppierungen) – ermöglicht werden. Wir behaupten, dass dies das Medium »Sozialität« ist. Dies mag banal klingen, aber es ist ein empirisch beobachtbares Phänomen. Das Medium »Sozialität« ist ein zentrales Element der Rekursivität der sw-WSF. Die soziale Frage ist dann eben eine *soziale* Frage. Es geht um die Folgen von strukturellen/gesellschaftlichen Veränderungen für die *Menschen*, es geht um die Gefährdung des *Sozialen* im hoch entwickelten Kapitalismus (Kronauer

2002). Erst das Medium »Sozialität« macht die Form »Inklusion/Exklusion« *sichtbar*. Erst jetzt kann man in der sw-WSF Inkludierte bzw. Exkludierte bezeichnen und voneinander unterscheiden: Gefährdete Gruppen/nicht gefährdete Gruppen, Prekarisierte und Marginalisierte im Unterschied zu Inkludierten und Integrierten. Im Hinblick auf die unterschiedlichen Inklusionschancen auf dem Arbeitsmarkt unterscheidet man dann etwa ältere und jüngere Arbeitnehmer, Frauen und Männer, Jugendliche und Erwachsene, Immigranten und Nicht-Immigranten usw. (Hinz/Abraham 2005). Die Form »Inklusion/Exklusion« erscheint also im Medium »Sozialität« als *soziale* Form. Es geht dann um die Frage, *wer* inkludiert und exkludiert ist und *wer* nicht. Den Versuch, nur mit der Form »Inklusion/Exklusion« alleine zu beobachten und danach zu fragen, ob und inwieweit die Differenz »Arbeitsmarktinklusion/Arbeitsmarktexklusion« als die (neue) *soziale* Spaltungslinie der modernen Gesellschaft gelten kann, haben Kronauer/Vogel (1998) selbst aufgegeben. Sie haben diese Form vielmehr „*sozialisiert*“. Es geht dann um eine neue *Sozial*kategorie von Arbeitslosen, für die, „diskriminiert nach Alter, Qualifikation und Geschlecht“ alte kollektive Sozialpartnerschaftsregelungen nicht mehr greifen (Kronauer/Vogel 1998: 347). In den aktuellen Debatten wird das „*Problem der Exklusion*“ (Bude/Willisch 2007) meist mit den Sozialkategorien „Prekariat“ bzw. „Marginalisierte“ behandelt (Brinkamm/Dörre/Röbenack 2005; Castel 2000b, Bourdieu 1998). Ein ähnliches „Raster“ legen Bonß/Ludwig-Mayerhofer (2000) an, wenn sie – sozialdimensioniert - Dulder, Verlierer und Gewinner am Arbeitsmarkt unterscheiden. Castel (2000b) operiert mit der Dreier-Einteilung „Zonen der Integration“, „Verwundbarkeit“ und „Abkopplung“.

#### **5.1.1.3.1.2 Form und Reflexion**

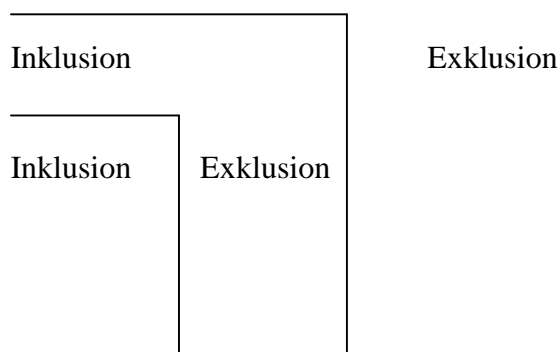
Die Beobachtungsoptik »Inklusion/Exklusion« steht, wie wir gesehen haben, in unmittelbarem Bezug zur Basisform »Staat/Markt«. Es ist daher zu erwarten, dass sich formentheoretische Reflexionsprozesse in Bezug auf die Basisform auch auf die Beobachtungsoptik »Inklusion/Exklusion« auswirken. Während Arbeitsmarktinklusion für den Staat Kapitalakkumulation bedeutet (Steuereinnahmen), so ist Arbeitsmarktexklusion ebenfalls ein politisch relevantes Ereignis, insofern Sozialstaatlichkeit durch Sozialleistungen legitimiert wird. Arbeitsmarktexklusion ist dann eine wichtige Legitimationsgrundlage für den Sozialstaat. Die Exklusion aus bzw. die Randlage im Arbeitsmarkt ist dann geradezu die Bedingung dafür, sozialstaatlich

inkludiert zu werden. Unter den Schlagworten „welfarization“, „Sozialstaatsklientisierung“ (Dettling 1983; Moon 2004), „new paternalism“ (Mead 1998), „Problemverursacher“ (Schmidt, M 2001b) und „Klientelisierung“ (Leibfried/Leisering 1995) wird der exkludierende Effekt von Sozialstaatstätigkeit diskutiert. Als institutionalisierte Lebenslaufregime (Kohli 1992; Lessenich 1995) bzw. „fordistic life cycle“ (Myles 1990) gestalte und konstruiere der Sozialstaat Lebensläufe und Lebenschancen aktiv mit: „(...) und zwar Sozialpolitik in ihren beiden Facetten der Konstitution wie der Kompensation sozialer Bedarfslagen“ (Lessenich 1995: 63). Für den Fall der Form »Inklusion/Exklusion« lässt sich dann ein re-entry ausmachen.

„Betrachtet man den Wohlfahrtsstaat daher als institutionalisierten Mechanismus gesellschaftlicher Inklusion (s. O.), so sollte darüber nicht vergessen werden, daß dieser Mechanismus untrennbar mit Prozessen der sozialen Ausgrenzung (im Innern der Gesellschaft) einhergeht“ (Lessenich 2000: 63).

Formentheoretisch lässt sich dies wie folgt darstellen.

#### Schaubild (9) Die Form Inklusion/Exklusion und re-entry



Wir haben in unseren Analysen der Erweiterung der Basisform »Staat/Markt« gesehen, dass sich das Medium »Arbeit« ausdifferenziert. Neben die Lohnarbeit kommen andere „legitime“ Arbeitsformen dazu. Bedingt durch die enge Kopplung der Formen »Staat/Markt« und »Inklusion/Exklusion« (und ihrer Reflexionen) kann dann aber auch weder ausschließlich nur auf Arbeitsmarktinklusion bzw. Arbeitsmarktexklusion abgestellt werden.<sup>118</sup> Die Form »Inklusion/Exklusion« differenziert sich aus.

<sup>118</sup> Wohlgermerkt: Als formentheoretische Konsequenz. Daneben gibt es Literatur, die unterschiedliche Dimensionen der gesellschaftlich-anthropologischen Verfasstheit von Arbeit kritisieren: Kildal (1998) kritisiert die Argumente »soziale Zugehörigkeit«, »Selbstrealisierung« und »Selbstrespekt« als latente – und vor allen Dingen – konstruierte Funktionszuschreibungen (ebd: 25ff). Halvorsen

Erwerbsarbeit kann dann nicht länger als die zentrale Arbeits- und Inklusionsform gelten. Hausarbeit, Familienarbeit und bürgerliche Arbeit haben sich mit den Erweiterungen der Basisform als Arbeitsformen legitimiert. Damit hat die sw-WSF auch mehr Gesellschaft entdeckt und in ihren Begriffsapparat aufgenommen. Für die Beobachtungsoptik »Inklusion/Exklusion« bzw. die spezifische Form »Arbeitsmarktinklusion/Arbeitsmarktexklusion« bedeutet dies folgendes:

Die Prägung durch die Erwerbsarbeit wird offensichtlich *breiter*, aber auch *schwächer und uneinheitlicher*. Zwar haben immer mehr Leute Erfahrungen mit Erwerbsarbeit, aber die Erwerbsbiographien werden flüchtiger und unsicherer. So sind die Arbeitserfahrungen außerhalb der Erwerbsarbeit oft größer und wichtiger als innerhalb, und eine dauerhafte Vollzeitbeschäftigung scheint nicht nur bei Frauen, sondern auch bei Männern eher selten zu werden“ (Bonß 2001: 343).

Inklusion in und durch Erwerbsarbeit wird bei Giddens in Folge des Verlusts des politischen Monopols auf Inklusionsvorgaben von ihrem arbeitsethischen Impetus befreit und gesamtgesellschaftlich (!) ergänzt.

“Work has multiple benefits: it generates income for the individual, gives a sense of stability and direction in life, and creates wealth for the overall society. Yet inclusion must stretch well beyond work, not only because there are many people at any one time not able to be in the labour force, but because a society too dominated by the work ethic would be a thoroughly unattractive place in which to live” (Giddens 1999a: 110).

Für ein Konzept sozialer Exklusion stellt Esping Andersen dann fest:

„Its meaning [social exclusion: CH] is now far broader and may encompass many variant forms, ranging from social isolation through labour market marginality to income poverty. Probably all would concur that social exclusion occurs when citizens are trapped in inferior life chances” (Esping Andersen 2002b: 30).

Man scheint sich, mit Blick auf die anderen zwei Wohlfahrtsakteure (Familie, dritter Sektor) vielmehr schon einmal umzuschauen, wie man denn diese Akteure sozialpolitisch zu zentralen Inklusinsinstanzen ernennen könnte. „A social investment strategy directed at children must be a centerpiece of any policy for social inclusion” (ebd). Die Familien als „ (...) the key to social inclusion and a competitive knowledge economy” (ebd: 29/30) werden ins Zentrum der Aufmerksamkeit geschoben. Dasselbe kann für den dritten Sektor festgestellt werden. Im Ergebnis läuft dies auf eine Abstra-

---

(2004) verweist auf uneindeutige Resultate bezüglich der These einer höheren sozialen Marginalisierung bei Langzeitarbeitslosen im Vergleich zu Arbeitsmarktinkludierten. Negative Bewertungen von Arbeitslosigkeit seien zumeist an das „manifeste“ Argument eines finanziellen Abstieges gekoppelt, mehr als die Tatsache, dass man seine Arbeit als pure Tätigkeit verloren habe. Weitere kritische Anmerkungen finden sich bei Ostner (2001).

hierung und Vergesellschaftlichung der Inklusions-/Exklusionsform hinaus. Man spricht von Tätigkeit statt von Arbeit, man promoviert Multiinklusion statt einseitige Inklusionen usw. Dies läuft darauf hinaus, dass »Arbeit« als Integrationsmedium abgelöst wird von »Tätigkeit« als das neue, generellere Integrationsmedium. Die Frage danach, was eigentlich mit „guter“, erfolgreicher Inklusion gemeint sein soll, wird diskutabel.

„A clear aspect of the new, fractured world of social policy is precisely that vulnerable or marginal groups want 'social inclusion' while simultaneously demanding social and political changes which challenge the nature of what it means to be included" (Ellison 2006: 419).

In diesem Zitat schwingt die formentheoretisch begründete Offenheit des Inklusionskonzeptes mit. Dettling propagiert ein „ganzheitliches Verständnis von Arbeit *und* Zeit „(...) das die Tätigkeiten und die Lebenszeit der Menschen auffächert in (Erwerbs-) Arbeitszeit, Sozialzeit, Familienzeit, Bildungszeit, Eigenzeit, Freizeit (...)“ (Dettling 2000: 210). Arbeitsmarktinklusion (Erwerbsarbeit) bzw. Arbeitsmarktexklusion (Sozialkliententum) büßen so formentheoretisch an Zentralität ein. Kronauer (2002) zufolge zieht der Ausschluss aus Erwerbsarbeit nicht unbedingt soziale Ausgrenzung nach sich. Begründet wird dies mit einem erweiterten Arbeitsbegriff, dem Tätigkeitsbegriff.

„Denn es gibt andere Tätigkeiten, die nicht auf Erwerbsarbeit beruhen, gleichwohl in die gesellschaftliche Arbeitsteilung eingebunden sind und daraus sowohl soziale Anerkennung als auch staatliche finanzielle Förderung beziehen“ (Kronauer 2002; 156).

Der re-entry der Form »Inklusion/Exklusion« wirkt sich auch auf die Konzeption des Mediums »Sozialität« aus. Es wird nicht mehr kategorial unterschieden zwischen Insidern und Outsidern, zwischen Exkludierten und Inkludierten. Parallel zur „Vergesellschaftlichung“ des Inklusions-/Exklusionskonzeptes stellt sich eine Subjektivierung ein. Es geht dann um „Abstiegsdrohungen oder Deklassierungssorgen (...), aber eben nicht um Exklusionsgewissheiten“ (Vogel 2006: 344).

„Prekärer Wohlstand ist ein relationaler Begriff, der sich durch materielle und soziale Abstände definiert und der auf ambivalente Erfahrungen und Selbstdefinitionen verweist – eben auf die latent oder offen lebens- und arbeitsweltlich erfahrbare Spannung zwischen Prekariat einerseits und Wohlstand andererseits“ (Vogel 2006: 345).

Wir werden diesen Gedankengang im Abschnitt über die Beobachtungsform »Vergleich« (5.1.1.3.3) noch einmal aufnehmen. Trotz Relativierung der Zentralität von »Arbeitsmarktinklusion/-exklusion« als einer spezifischen Form der Beobachtungsoptik »Inklusion/Exklusion« gewinnen andere Formen von Inklusion und Exklusion nicht (bzw.

kaum) an Popularität. Die formentheoretische Relativierung erfährt eine moralische Kompensation. Man spricht dann von „guter“ versus „schlechter“ Arbeitsmarktinklusion bzw. Arbeitsmarktexklusion (Gallie 2002; Esping Andersen 2002a, Taylor Gooby 2004).

“In combating social exclusion, a policy of employment expansion needs to be accompanied by a major program of improvement in the quality of working life” (Gallie 2002: 98).

Im nächsten Abschnitt wollen wir daher näher auf Bedeutung und Zentralität von »Moral« und »Kausalität« als Beobachtungsoptiken der sw-WSF eingehen.

#### 5.1.1.3.2 Moral, Kausalität

##### 5.1.1.3.2.1 Form und Medium

Luhmann spricht von »Kausalität« als Medium und Form mit den zwei Seiten 'Ursache' und 'Wirkung' (Luhmann 2000a: 22ff; 403f). »Moral« wird als Medium beschrieben, das durch die codierte Unterscheidung von »Achtung/Mißachtung« bzw. »gut/schlecht« aktualisiert wird (Luhmann 1997: 400).<sup>119</sup> Wir wollen zunächst »Kausalität« formentheoretisch näher bestimmen. Diese Form stellt in der sw-WSF ein zentrales Rekursivitätselement dar: Dies bewirkt jenes, jenem ist es zu verdanken, dass dies jetzt so ist, wie es ist usw. Man sucht nach Variablen, die Zustände und Entwicklungen erklären können. Im Folgenden wollen wir näher analysieren, welche Formen, also Ursache-Wirkungs-Relationen, auf dem Feld der sw-WSF prozessiert werden und Rekursivität erzeugen. Kaufmann (2001) unterscheidet 5 UrsachenvARIABLEN, die in der sw-WSF diskutiert werden: Finanzielle Krise des Wohlfahrtsstaates, demografische Veränderungen, Probleme der Steuerung, Vertrauensprobleme sowie „Globalisierung“ (Kaufmann 2001: 29 ff). Letztere Variable wird noch einmal unterteilt in Internationalisierung, Transnationalisierung und Globalisierung, wobei mit Globalisierung hier die

---

<sup>119</sup> Ursprünglich definiert Luhmann Moral als Medium mit unbedingtem Personenbezug: „Von Moral wollen wir sprechen, wo immer Individuen einander als Individuen, also als unterscheidbare Personen behandeln und ihre Reaktionen aufeinander von einem Urteil über die Person statt über die Situation abhängig machen“ (Luhmann 1997: 244). An späterer Stelle weitet Luhmann dann allerdings den Bezugsraum moralischer Kommunikation aus. Er schreibt: „Moralische Kommunikation wird freigegeben und dorthin geleitet, wo beunruhigende Realitäten sichtbar werden: die soziale Frage des 19. Jahrhunderts, die weltweit krassen Wohlstandsunterschiede und die ökologischen Probleme dieses Jahrhunderts, denen offenbar weder wirtschaftlich noch politisch beizukommen ist. Das führt zu einer (freilich hoch selektiven) Inflationierung moralischer Kommunikation“ (ebd: 404).

(kommunikations-)technische Vernetzung gemeint sein soll.<sup>120</sup> Als Ursache Nummer eins dominiert in der sw-WSF die ökonomische „Globalisierung“.

„Our project focuses on the adjustment of advanced welfare states to challenges to their employment and social-policy performance that have arisen from the international economic environment” (Scharpf/Schmidt 2000: 3).

„New social risks are the risks that people now face in the course of their lives as a result of the economic and social changes associated with the transition to a post-industrial society” (Taylor-Gooby 2004: 2/3).

„By and large, all European nations face similar risks, needs and trade-offs. There is everywhere a rise in inequalities coming from the market, and the manifestations of demographic change are similar” (Esping Andersen 2002a: 13).

Neben der ökonomischen Globalisierung werden aber auch „soziale“ Ursachen in der sw-WSF diskutiert. Als solche werden dann so unterschiedliche Faktoren wie Demografie, Familienstruktur oder auch Werte verstanden (Scharpf/Schmidt 2000: 3). Die Form „Weil Globalökonomie, deswegen Wohlfahrtsstaatskrise und soziale Krisen“ ist die zentrale und anschlussfähigste Kausalitätsform in der sw-WSF. Auch »Kausalität« steht also in der sw-WSF in unmittelbarem Bezug zur Basisform »Staat/Markt«. Darüber hinaus wird sie parallelisiert durch »Moral« als eine weitere, rekursivitätsbestimmende Form. Moralkommunikation durchzieht die Beschreibungen der sw-WSF. Die Besonderheit von »Moral« scheint es zu sein, die anderen Formen zu überlagern (dazu in Kapitel 6 genauer). Als Medium parallelisiert und zementiert Moral sowohl die Basisform wie auch die auf diese Form bezogene Kausalitätsform „Weil Ökonomisierung, deswegen (Sozialstaats-)Krise“. Dann ist der Wohlfahrtsstaat zu schützen, während die „Gier“ des Marktes und allgemein die Effekte der ökonomischen Rationalisierung als „schlecht“ betrachtet werden. Mit „(Turbo-)Kapitalismus“ steht dann ein bereits moralisierter Begriff bereit, das Begriffsarsenal reicht aber noch viel weiter und beinhaltet moralisch aufgeladene Begriffe wie hedge funds, Ausbeutung (Stichwort: Mindestlohn), Privatisierung und Fusionen. In allen Fällen wird die Form »gut/schlecht« in Bezug auf »Ursache/Wirkung« und »Markt/Staat« reproduziert. Ein zentraler Anwendungsfall von Moralkommunikation ist und bleibt das Thema Arbeit. Arbeit und Arbeitsmarktpartizipation sind dann grundsätzlich „gut“, aber nur solange,

---

<sup>120</sup> Damit ist die Bandbreite der in der sw-WSF angeführten Ursachenvariablen (unabhängige Variablen) freilich noch nicht komplett abgedeckt. Andererseits dürfte mit diesen Variablen jedoch der größte Teil der diskutierten Ursachen abgedeckt sein.



wie die „quality of working life“ (Gallie 2002) sichergestellt ist. Diese Qualitätsstandards halten sich dabei (immer noch) an das normative Modell des (fordistischen) Normalarbeitsverhältnisses (Mückenberger 1985). Abweichungen davon werden dann beklagt und moralisiert. So sind Flexibilisierung und Teilzeitbeschäftigungen tendenziell „negativ“ verbucht (Beck 1999; Gallie 2002; Esping Andersen 1999; Giddens 1999a). Als Erklärung dafür wird dann wieder einmal mehr die „böse“ Ökonomie (die ökonomische „Logik“) herangezogen. Baetghe weist etwa - mit Verweis auf Habermas - auf die *Gefahren der Kolonialisierung der Lebenswelt* hin:

„Auf der anderen Seite, derjenigen der privaten Lebenszusammenhänge, stellt sich die Frage, ob die Zuordnung der Autonomie zu diesem Bereich eigentlich aufrechterhalten werden kann. *Habermas* hat mit seiner These von der zunehmenden Kolonialisierung der Lebenswelt hierzu schon das Gegenargument geliefert. Es könnte sein, daß die Fremdbestimmung des Individuums als Konsument über den Markt mindestens ebenso groß ist wie die in der Arbeit“ (Baetghe 1991: 18).

Hier ist die Durchökonomisierung bzw. die Rationalisierung (verstanden als *ökonomische* Rationalisierung) der „alltäglichen Lebenswelt/-führung“ angesprochen (Sennett 1998, Habermas 1981; Pongratz/Voß 2000; Moldaschl/Sauer 2000). In der sw-WSF spricht man in diesem Zusammenhang auch von spätkapitalistischen Machtkonstellationen (Sennett 1998; Habermas 1981), ein neuer Arbeitstypus wird herausgestellt (Voß 1994; Voß/Pongratz 1998; Pongratz/Voß 2000; Cappelli 1999; Bacon/Storey 2000). Hintergrund sind einmal mehr Flexibilisierung, Rationalisierung, Entstandardisierung von Beschäftigungsverhältnissen auf den Arbeitsmärkten als Folge ökonomischer Globalisierung. So werden etwa ausufernde Verantwortungsdelegation und individuumsbezogene Leistungsorientierung sowie arbeitsvermögensorientierte Ganzheitlichkeit als betriebsökonomische (Ausbeutungs-)Strategien „entlarvt“ und als Kolonialisierungsstrategie und „innere Landnahme“ beschrieben. (Lutz 1984, Sennett 1998, Habermas 1981, Pongratz/Voß 2000, Moldaschl/Sauer 2000). An die Stelle der traditionellen Rede von der betrieblichen<sup>121</sup> Entfremdung/Ausbeutung des Beschäftigten in der und durch die Erwerbsarbeit tritt jetzt mehr und mehr die - inhaltlich, räumlich und zeitlich unabhängige – betrieblich (fremd)gesteuerte Selbst-Entfremdung des Individuums in den mannigfaltigen Lebenslagen.

---

<sup>121</sup> Bewusst verwenden wir hier das Adjektiv „betrieblich“, um damit die arbeits- und industriesoziologische, enge Kopplung von Arbeit und Betrieb mit ihren Herrschafts- und Ausbeutungskonnotationen zu reproduzieren., freilich im Beobachtungsmodus zweiter Ordnung.

„Zunehmend deutet sich eine inhaltliche, zeitliche, räumliche und soziale Entgrenzung von Arbeit an; als Versuch einer alle Potentiale ausschöpfende Nutzung des Arbeitsvermögens, einer Ausweitung der zeitlichen Verfügbarkeit der Arbeitskraft sowie des Abbaus aller Leistungsbeschränkungen im Beschäftigungsverhältnis“ (Döhl/Kratzer/Moldaschl/Sauer 2001: 225).

Der postindustrielle Beschäftigte *wird* nicht so sehr (fremd)entfremdet, er entfremdet sich vielmehr *selbst*, indem er sich als *Arbeitskraftunternehmer* zum Ausbeuter seiner eigenen Arbeitskraft macht. Wer ist Schuld? Die Markt- und Betriebslogik! Moldaschl/Sauer sprechen von der *Internalisierung des Marktes* bzw. der Umkehrung der Rationalitätslogik (Moldaschl/Sauer 2000) Wurde bisher die Arbeitsweise durch die Ausschaltung und Vermeidung von Subjektivität standardisiert, so würde jetzt vielmehr die „ganze“ Person des Arbeiters in den betrieblichen Verwertungsprozess miteinbezogen. Mit Coser (1974) gesprochen wäre dies als Merkmal einer „gierigen Institution“ zu begreifen, die einzig auf die „compliance“ der in dieser Institution „Gefangenen“ setzt. Dies führte schließlich auch dazu, dass die gesamte alltägliche Lebensführung durchrationalisiert würde. Als Ergebnis können wir festhalten, dass »Moral« als Medium bzw. Form in der sw-WSF einen zentralen Stellenwert einnimmt. Die Besonderheit dieses Mediums scheint zu sein, dass es universal aktualisierbar und anwendbar auf alle bisher analysierten Formen ist. Wir werden uns daher in den Semantikanalysen noch einmal mit diesem Medium beschäftigen (5.1.2).

#### **5.1.1.3.2.2 Form und Reflexion**

»Kausalität« und »Moral« stehen in der sw-WSF in enger Verbindung zur Basisform »Staat/Markt«. Die Formenreflexionen dieser Bezugsform können dann auch nicht ohne Wirkungen auf die Formen »Kausalität« bzw. »Moral« bleiben.

Wir wollen uns zunächst näher mit einigen Formreflexionen im Falle des Mediums »Kausalität« beschäftigen: Die Form »Kausalität« ist eine Form, deren zwei Seiten – Ursache und Wirkung – in höchstem Grad Offenheit implizieren. Es kann mehrere Ursachen geben, genauso wie es mehrere Wirkungen geben kann. In der Form »Kausalität« können dann auch Widersprüche produziert werden. Dies ist dann der Fall, wenn Werte die Seite wechseln (crossing). So bricht Swank (2002), mit Verweis auf eigene Studien, mit einer, den dualistischen Charakter der Staat/Markt-Unterscheidung stützenden Kausallogik: Der Rückbau des Wohlfahrtsstaates sei die Folge der Ökonomisierung des Wohlfahrtsstaates.

„With regard to the direct effects of internationalization, the preceding analysis offers little evidence for the conventional view that rises in capital mobility are systematically related to retrenchments, rollbacks and neoliberal structuring of the contemporary welfare state“ (Swank 2002: 117).

Die unabhängige Variable „ökonomische Globalisierung“ ist in der sw-WFS alles andere als eine „sichere“ und „eindeutige“ Ursachenvariable. Globalisierung als „the major threat to central features of national welfare states“ (Pierson 2001) hat, formen-theoretisch gesprochen, sein „mediales Substrat“ in Bewegung gebracht.

„Despite the broad consensus that welfare states everywhere are in trouble, there has been limited progress in untangling the factors that might be generating the difficulty, specifying the processes through which these factors exert pressure on the national welfare states, or determining their relative significance“ (Pierson 2001: 2/3).

Selbst die Kausalitäts*richtung*, mit dem Wohlfahrtsstaat als abhängiger Variable, ist keine unverrückbare Konstellation mehr. Dann ist zwar immer noch im weitesten Sinne ökonomische Globalisierung die „Hintergrundmusik“, aber „nur“ als „Realität“ (Esping Andersen 1994: 717). Der Wohlfahrtsstaat erscheint in der path-dependency Logik Esping Andersen's dann als unabhängige *und* abhängige Variable. Wohlfahrtsstaatliche Tätigkeit als „Bewirkendes“ und „Bewirktes“. Statt nur auf die ökonomisch bedingte, finanzielle Krise des Wohlfahrtsstaates abzustellen, erscheint in dieser Perspektive die Krise des Wohlfahrtsstaates eher

„(...) as the manifestation of a mounting incompatibility between a fossilized Fordist welfare state, on the one hand, and a rapidly changing organization of production and reproduction, on the other hand. Hence, service production is coming to dominate overall economic activity; industrial production is moving to the newly industrialized countries or, domestically, is shifting to smaller, more specialized niche markets; and standardization is giving way to flexibility“ (Hicks/Esping Andersen 2005: 517).

Diese „crossing“ Prozesse, d. h. die Diffusion der Formwerte (Ursache, Wirkung), begünstigen Differenzierungen der jeweiligen Formwerte. Als Ursachenform erfreut sich besonders die Form »exogen/endogen« großer Beliebtheit (Taylor Gooby 2004; Esping Andersen 1999, 2002a; Schmid 2003, Kaufmann 2002). Während „exogen“ dabei mit ökonomischer Globalisierung gleichgesetzt wird, erscheint alles andere als „endogen“.

„My central argument is that while welfare states indeed face unprecedented budgetary stress, it seems likely that this stress is primarily related to a series of 'post-industrial' changes occurring *within* [Kursiv: CH] advanced industrial democracies themselves, as the employment profiles of affluent societies have become increasingly service-based, as their welfare states have matured, as populations have aged, and as radical changes in household structures have taken place“ (Pierson 2001: 82).

Ein zentrales endogenes Element ist dabei der viel diskutierte Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft (Offe 1984c; Rifkin 1995; Castells 2000), der Wandel von der Industriearbeit hin zur Dienstleistungsarbeit und Informationsgesellschaft. Diese Entwicklungen werden aber auch kontrovers diskutiert (Bosch 2000; Pierson 2001). Aber nicht nur auf der Seite der unabhängigen Variable (Ursache) ist formentheoretische Uneindeutigkeit festzustellen. Auch im Falle des Wohlfahrtsstaats selbst, als abhängiger Variable, stellen sich formentheoretische Uneindeutigkeiten ein. Im Beschreibungsmedium „Krise“ werden dann eine Vielzahl Formen gebildet: (Voll-)Beschäftigung/Arbeitslosigkeit, sichere „Normalarbeitsverhältnisse“/flexible, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Ungleichheit/Gleichheit oder auch Steuerungsunfähigkeit/Steuerungsfähigkeit.<sup>122</sup> Auf diese formentheoretische Unübersichtlichkeit und Uneindeutigkeit im Medium »Kausalität« reagiert man in der sw-WSF mit Differenzierungen. Wie Schmidt, M. (2001a; 2003) und Schmidt, J. (2003) herausstellen, so dominieren Theoriepluralismus und Multivariablenmodelle das Forschungsgebiet der sw-WSF. Monokausale und lineare Ursache-/Wirkungszusammenhänge werden ersetzt durch komplexere Modelle. Gerade die Kausalität „hohe Sozialleistungsquote/besserer Wohlfahrtsstaat“ könne angesichts der neuen (Selbst-)Aktivierungsstrategie kaum mehr Gültigkeit für sich beanspruchen. Der Wechsel hin zu „aktiver“ Sozialpolitik erfordere vielmehr

“(…) neue theoretische Perspektiven und eine Abkehr von simplen monetären Indikatoren wie der Sozialleistungsquote. Denn die Umorientierung auf hohe Beschäftigung bzw. niedrige Arbeitslosigkeit kann eine Senkung der Sozialausgaben zur Folge haben“ (Schmid 2003: 258).

Dann wird deutlich, dass Kausalitätsformen „(...) sowohl nach der Seite der Ursachen als auch nach der Seite der Wirkungen hin, prinzipiell unabschließbar [sind: CH]“ (Luhmann 2000a: 402).

Kommen wir nun zu formentheoretischen Reflexion in Bezug auf »Moral«. Es gibt „traditionell“ „gute“ und „schlechte“ Kandidaten in der sw-WSF, die *Eindeutigkeit der Zuordnung* muss allerdings einer gewachsenen Dialektik Platz machen. Vielfältige crossing Prozesse stellen sich ein. Schließlich ist auch Kritik an dem Moralismus selbst laut geworden. Der Nutzen der Form als solcher wird in Frage gestellt. Es ist, mit anderen Worten, nicht mehr „gut“, zwischen „gut“ und „schlecht“ zu unterscheiden; Hier können wir dann wieder von einem re-entry, von einem Wiedereintritt der Form in

---

<sup>122</sup> Dazu in Abschnitt (5.1.2.1) genauer.

das durch sie Unterschiedene, sprechen. Die Gleichsetzung von Arbeitsmarktinklusion und „gut“ bzw. Arbeitsmarktexklusion und „schlecht“ kann in dieser Konstellation nicht mehr aufrechterhalten werden. Eine solche Konstellation scheint nicht zuletzt empirisch als nicht mehr haltbar (vgl. Hochschild 1998). Die normative Erhöhung von Erwerbsarbeit wird, bezugnehmend auf den Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft, kritisiert (Kildal 1998, Beck 2000a; Gorz 1994; Offe 1984a). In der sw-WSF oszillieren die Moralwerte im Falle der (Erwerbs)Arbeit zwischen ökonomisch-rationalistischem Entfremdungslamento („schlecht“) auf der einen und politischem Inklusionspostulat („gut“) auf der anderen Seite, wobei der moralische Positivwert zu überwiegen scheint. Entfremdungslamento (Ökonomisierung, Rationalisierung, Kolonialisierung, Ausbeutung usw.) und Inklusionspostulat sind in der sw-WSF moralisch gegensätzlich kodiert. Was ist nun schlimmer oder besser? Arbeitsmarktexklusion ist zwar in der sw-WSF moralisch nicht eindeutig fixiert, für den Wohlfahrtsstaat selbst ist sie allerdings mit teilweise enormen Einnahmeausfällen bzw. Kompensationsausgaben verbunden (Finanzkrise des Wohlfahrtsstaats). Dazu kommt, dass die Zuordnung der Ökonomisierungsphänomene zum moralischen Reflexionswert »schlecht« ebenfalls keine sichere Konstellation mehr ist. Genauso wie die normative und positive Besetzung des Arbeitsbegriffs relativiert worden ist, so ist auch die negative Fassung eines neuen, rationalisierten Arbeitskrafttypus relativiert worden (Springer/Schönberger 2003) kritisieren, „die Beschäftigten als rein passive Opfer der ihnen vorgegeben Strukturen zu konstruieren“ (ebd: 17). Neben den neomarxistischen „Aufklärungen“ über die Marktabhängigkeit des Sozialstaates stellt Schmid (2003) auf die vernachlässigte „positive“ Rolle von Unternehmen ab. Für ihn „(...) stellt sich in diesem Zusammenhang die lange vernachlässigte Frage nach der positiven Rolle von Unternehmen, Banken und Arbeitgeberverbänden bei der Gestaltung des Wohlfahrtsstaats“ (Schmid 2003: 259). Nullmeier spricht von der Anerkennung des Marktes als „Normierungs- und Werthorizont“. Dies sei jedoch schwierig für eine Soziologie, „die sich als Gegengründung zur Ökonomie, als Theorie jener den kapitalistischen Marktprozess überformenden gesellschaftlichen Phänomene verstanden hat“ (Nullmeier 2003: 973). Dies gilt dann ebenso für die sw-WSF. Ein crossing der Moralwerte ist auch beim Thema „aktive Arbeitsmarktpolitik“ zu beobachten. Die berühmtesten Promotoren einer aktiven, investiven Arbeitsmarktpolitik befinden diese politischen Maßnahmen für „gut“, allen voran Esping Andersen, Giddens und Beck.

Rather than draconian roll-backs, the idea is to redirect social policy from its current bias in favour of passive income maintenance towards active labour market programs that 'put people back to work', help households harmonize work and family obligations, and train the population in the kinds of skills that postindustrial society demands. The stress on human capital investment has, in the guise of 'productivist social policy', been official dogma in the Swedish model for decades. It is now also a leading theme in the Clinton administration, in the European Community, and also in East Asian countries (...)" (Esping Andersen 1996: 3).

Für diese Wohlfahrtsstaatsforscher ist Arbeitsmarktexklusion gleichbedeutend mit der „Gefährdung des Sozialen im hochentwickelten Kapitalismus“ (Kronauer 2002), eine Erhöhung des Inklusionsgrades wird als „gut“ und als unterstützungswerte Strategie angesehen (Moon 2005, Gallie 2002). Auf der anderen Seite gibt es aber „kritische“ Stimmen, die eine „ökonomische Logik“ hinter der aktiven Arbeitsmarktpolitik sehen. Statt Aktivierung sehen diese Forscher nur „workfare“, die global-ökonomisch verursachte Ausübung von politischem Zwang zur Arbeitsaufnahme und zur Beschäftigungsfähigkeit (employability) (Vogel 2006, Jessop 1994). Dies komme einer Ökonomisierung der Politik (Vogel 2004, 2006) bzw. einer Ökonomisierung des Sozialen (Heitmeyer 1997) gleich, wobei es die Kräfte des Marktes sind, die moralvernichtend wirkten (ebd). Heitmeyer stellt somit Moral mit „gut“ gleich, und das „Gute“ mit dem „Sozialen“, wobei mit dem Sozialen allgemein auf gemeinschaftliche Solidarität abgestellt wird. Die Politik selbst ist jedoch manchen Sozialwissenschaftlern zufolge schon so weit von der ökonomischen Logik „infiziert“, dass sie neoliberale Elemente in ihren Programmen aufnimmt (Vogel 2006, Hagen 2006). Die moralische Uneindeutigkeit im Falle der Basisform »Staat/Markt« ist dabei dem Umstand geschuldet, dass einerseits der Wohlfahrtsstaat begriffstheoretisch „entzaubert“ ist, andererseits aber weiterhin Kommodifizierung als „schlecht“ gilt, während De-Kommodifizierung als ein „Gut“ und großes Ziel wohlfahrtsstaatlicher Politik gepriesen wird (Esping Andersen 1990, Vogel 2006, Kronauer 2002).

„The welfare state will probably always be contested terrain to the extent that it de-commodifies social needs, redistributes the costs of risks, and attempts to construct collective rather than individualized or familial solidarities“ (Esping Andersen 1999: 147).

„Therefore, if 'pro-family' policy or, for that matter, 'decentralizing' welfare responsibilities, means that families should assume a greater share of welfare responsibilities and caring burdens, this is a dramatically suboptimal strategy“ (ebd: 174).

(De-)Kommodifizierungssensitive Daten werden dann miteinander verglichen, und entsprechend *bewertet*. Vor diesem Hintergrund können dann die aktuellen wohlfahrtsstaatlichen Strategien einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik als „Rück-

schlag“ bzw. eben „Re-Kommodifizierung“ beschrieben werden (Pierson 2001; Lessenich 1999; Breen 1997; Müller/Scherer 2003). Die Familie als dritter Akteur wird in diesem Zusammenhang dann als „Opfer“ des Siegeszuges der ökonomischen Logik behandelt, auf keinen Fall gilt sie jedoch moralisch als „schlecht“<sup>123</sup>. Neben mannigfaltigen crossing Prozessen kommt es, wie wir bereits erwähnt, auch zu einem re-entry, also einem Wiedereintritt der Unterscheidung (gut/schlecht) in das durch sie Unterschiedene. Dann wird der normativ-moralische Operationsmodus der sw-WSF selbst kritisiert. Vobruba (1992) etwa konstatiert, dass Wohlfahrtsstaatsforschung eine politische Forschung ist, man könne nicht mehr unterscheiden zwischen politisch Gewolltem und wissenschaftlich Erwünschtem. Münch vertritt folgende Auffassung:

„Es ist nicht die Aufgabe der Sozialwissenschaften, in den Chor moralisch inspirierter Gesellschaftskritik einzustimmen; ihr genuiner Beitrag ist vielmehr Aufklärung durch Gesellschaftsanalyse“ (Münch 2001).

Nassehi (2000, 2003a) und Kaufmann (2003: 30) kritisieren, sozialwissenschaftliche Literatur über Sozialpolitik würde selbst in sozialpolitisch-normativem Gestus vorgetragen werden, die Soziologie somit operativ an ihrem Gegenstand kleben. Ähnlich wie im Falle von Kausalität, können wir dann mit Luhmann für den Fall der Moralkommunikation resümieren:

„Die Differenz von medialem Substrat (loser Kopplung) und medialen Formen (strikter Kopplung) wird also voll ausgenutzt, und das führt zu einer Gleichzeitigkeit von Konsens und Dissens, Stabilität und Instabilität, Notwendigkeit und Kontingenz in der moralischen Kommunikation“ (Luhmann 1997: 401).

---

<sup>123</sup> Die berechnete Frage ist, wie lange noch. Vor dem Hintergrund kinderfeindlicher familiärer sozialer Beziehungen überschreitet vielleicht die Familie die Grenze und wandert hin zum moralischen Reflexionswert „schlecht“. Dann wäre es aber immer noch attributionstheoretisch nicht auszuschließen, dass moralische Verwerfungen wie „gewalttätige Eltern“ und ähnliches den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt zugerechnet werden und somit das „Gute“ der Familie Bestand hat.

### 5.1.1.3.3 Der (empirische) Vergleich

#### 5.1.1.3.3.1 Form und Medium

In diesem Abschnitt wollen wir eine Form beschreiben und analysieren, die in der sw-WSF als Methode gefeiert und praktiziert wird: Der (empirische) Vergleich. „Die Vergleichende Politikwissenschaft ist die einzige sozialwissenschaftliche Disziplin, die im Namen bereits ihr methodisches Programm verrät“ (Aarebrot/Bakka 2003). Der Vergleich erhält in den Politikwissenschaften den Status einer eigenen Methode<sup>124</sup>. Der Vergleich gilt nicht nur als „die“ Methode in den Politikwissenschaften<sup>125</sup> (Schmid 2003; Aarebrot/Bakke 2003; von Beyme 1988), sie gilt vielmehr auch als *teildisziplinäres* Abgrenzungs-/Schließungskriterium.

„Für die Abgrenzung des Teilgebiets halten wir es aber für zweckmäßig, nur Untersuchungen zu berücksichtigen, die sich explizit jeweils mit mehr als einem Fall befassen“ (Berg-Schlosser/Müller-Rommel 2003a: 15).

Mit dem Vergleich als Erkenntnismedium reagiert die sw-WSF auf die Dominanz der sog. „Konvergenzthese“, die von international gleichen Reaktionen und Entwicklungen wohlfahrtsstaatlicher Arrangements ausgeht (Lessenich 2000; Esping Andersen 1990; Hill 2006). Erst mit der Loslösung von einem „Ethnozentrismus“ sowie der Konfrontation des „sozialdemokratischen Modells“ mit anderen Modellen/Typologien, hat sich die sw-WSF als *vergleichende* Wohlfahrtsstaatsforschung etabliert.

„Betonten die (älteren) funktionalistischen Ansätze die *Gemeinsamkeiten* aller entwickelten, modernen bzw. fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften im Hinblick auf die Ausbildung *des* Wohlfahrtsstaates (im Singular) als relativ uniformes politisch-institutionelles Strukturmerkmal dieses Gesellschaftstypus, so heben die (jüngeren) interessen- bzw. konflikttheoretischen und institutionalistischen Ansätze gerade umgekehrt die bedeutenden *Unterschiede* in der politischen Realisierung und konkreten institutionellen Ausgestaltung von Wohlfahrtsstaatlichkeit, sprich: die Vielfalt wohlfahrtsstaatlicher Arrangements (im Plural), hervor“ (Lessenich 2000: 55).

Neben der übergeordneten Frage nach Konvergenz und Divergenz erwähnt Schmid (2003) noch drei weitere Vergleichsdimensionen, auf die hin die sw-WSF ausgerichtet ist (ebd: 252): Endogenität/Exogenität, Stabilität/Wandel und schließlich die Ebene der

---

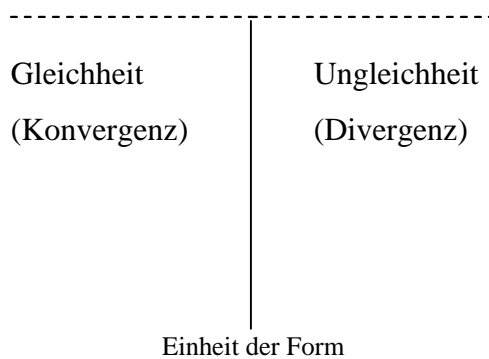
<sup>124</sup> Vor diesem Hintergrund muss dann die Feststellung Lessenich's, die komparative/vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung sei die dominierende Form der Wohlfahrtsstaatsforschung (Lessenich 2000), als erfolgreiche Resonanz der von den Politikwissenschaften für sich beanspruchten Methode des Vergleichs gewertet werden.

<sup>125</sup> Pionierarbeit hat in diesem Sinne Lijphart mit seinen Erläuterungen zur komparativen Methode geleistet (vgl. Lijphart 1971). Zu den verschiedenen Typen vergleichender Analyse siehe Aarebrot/Bakka (2003).



Analyse (Makro, Mikro, Netzwerk, Hybrid usw.). In der sw-WSF werden eine unzählige Anzahl Vergleichsoperationen prozessiert. Bevor wir im Einzelnen näher darauf eingehen, wollen wir zunächst das Medium »Vergleich« formentheoretisch definieren. Der »Vergleich« kann als Form dargestellt werden mit den zwei Seiten »Gleichheit« und »Ungleichheit«. Als Zweitkodierung wollen wir Konvergenz/Divergenz vorschlagen.

### Schaubild (10) Die Form Vergleich



Die senkrechte Linie bezeichnet die Einheit der Form, die gestrichelten Linien zeigen die möglichen Markierungen an. So kann entweder Gleichheit (bspw. von Zahlenwerten) bzw. Konvergenz (Annäherung von Ausprägungen) markiert sein oder das Gegenteil (also: Ungleichheit und Divergenz) der Fall sein. In Anlehnung an Bonoli (1995) wollen wir die folgenden Vergleichsgesichtspunkte als zentrale Vergleichsgesichtspunkte in der sw-WSF beschreiben.<sup>126</sup>

- Welfare provision interaction bzw. public/private mix: Analyse von Form und Umfang der (Verantwortungs-)Verflechtung von Sozialstaat, (Arbeits-)Markt, Familie und drittem Sektor (how-Dimension).
- Institutions- und Sozialstudien: Analyse der Besonderheiten und Merkmale von Institutionen und/oder sozialen Gruppierungen (how-Dimension).

<sup>126</sup> Wir behaupten nicht, dass mit dieser Aufzählung alle Vergleichsformen auf dem Gebiet der sw-WSF abgedeckt sind. Diese Aufzählung ist jedoch abstrakt genug, um verschiedene Unterformen des Mediums »Vergleich« integrieren zu können.

- (Sozial-)Politische Programme: Analyse bestimmter Programme im Hinblick auf Umfang und Form. Dies beinhaltet die Kategorie „coverage“, also die Frage danach, für wen welche Ordnungen gelten<sup>127</sup> (how much-Dimension)

Es geht dann nicht nur um unterschiedliche Formen und Umfänge von public/private partnerships (Evers 1990, 2003), Kapitalismusvarianten (Hall/Soskice 2001), Wohlfahrtsstaatsregimen (Esping Andersen 1990) usw. Es geht auch um die Situation der Menschen „in“ diesen Regimen, den Umfang von Staatsbürgerschaftsrechten, Ausmaße sozialer Stratifikation und sozialer Ungleichheit. Ungleichheit und Divergenz interessiert dann auch in erster Linie als *soziale* Ungleichheit. An dieser Stelle wollen wir in unserer Analyse einen Schritt weiter gehen. Wir fragen uns, ob auf dem Gebiet der sw-WSF ein bestimmtes Vergleichsmedium dominiert. Damit meinen wir ein mediales Substrat, mit welchem im Medium des Vergleichs Gleichheiten bzw. Ungleichheiten zum Ausdruck gebracht werden. Wir behaupten, dass es dieses zentrale Vergleichsmedium gibt, es heißt »Zahlen«. Exemplarisch seien die Studien von Esping Andersen (1990, 1996, 2002a, 2002b), Hall/Soskice (2001), Kaufmann (1997, 2003) und Pierson (2001) genannt.<sup>128</sup> »Zahlen« wollen wir also als Vergleichsmedium beschreiben, in welchem unendliche Formen – also Zahlenvergleiche – gebildet werden können. Besonders die Staatstätigkeitsquote, definiert als Anteil der Staatsausgaben am gesamten Bruttosozial-/inlandsprodukt einer Nation, informiert auf diesem Forschungsgebiet. Aber auch die (Brutto-)Sozialleistungsquote, definiert als prozentualer Anteil der Summe aller Ausgaben mit sozialpolitischem Charakter am Bruttoinlandsprodukt eines Landes, kommt hohe Relevanz zu. So stützt Esping Andersen seine „Drei-Welten-Typologie“ in erster Linie auf die Höhe arbeitsmarkt- und familienbezogener „income maintenance“ Leistungen. Aber auch „coverage“-Werte, also Zahlen über Umfang und Ausprägung universeller Sozialrechte (entitlements) sind relevante Indikatoren, um das Ausmaß von Dekommodifizierung (als *das* politische Ziel) zu messen. So ist etwa bei Taylor-Gooby nachzulesen: „The chief input in this area is the level of state spending on services which relieve the care burden on the

---

<sup>127</sup> Diese können dann im Medium »Sozialität« noch personenspezifisch differenziert sein in Männer/Frauen, Staatsbürger/Einwanderer, Alte/Junge usw.

<sup>128</sup> Ein kurzer Blick in die Wohlfahrtsstaatsliteratur genügt, um festzustellen, dass hier mit und durch Zahlen(formationen) beobachtet wird. Es findet sich kaum ein Buch auf diesem Forschungsgebiet, in dem weder Tabellen noch Zahlenangaben vorzufinden sind.

family and particularly on house-wives” (Taylor-Gooby 2004: 15). Der Berechnung solcher Zahlenreihen können dabei hochkomplexe, statistisch aufbereitete Rechenoperationen zu Grunde liegen.<sup>129</sup> Dabei kann es sich sowohl um deskriptive wie auch erklärende Zahlenreihen handeln. Der überwiegende Großteil der sw-WSF erscheint dann nicht nur als komparative, also vergleichende Forschung, sondern als *empirisch-komparative* Forschung.<sup>130</sup> Es sind *Zahlenunterschiede*, die auf diesem Forschungsgebiet Informationswert haben und also einen Unterschied machen. Wenn man sich weiter anschaut, auf was die Zahlenvergleiche hin formuliert sind, so kann man die Vergleichsbezugsgröße »Nation« beobachten. Nation erscheint dann ebenfalls als ein Medium, mit den beiden Hauptformen Inter- und Intranational.<sup>131</sup> Zahlenvergleiche richten sich dann auf internationale/intranationale Unterschiede/Gemeinsamkeiten. Das Drei-Welten-Modell Esping Andersen`s bietet ein Vergleichskonzept an, mit Hilfe dessen unterschiedlichste Länder im Hinblick auf politics, policies und politics miteinander verglichen werden können. Sw-WSF ist eine komparative Forschung. „Die heutige ländervergleichende Forschung wird dominiert von empirischen Analyse, die sich in erster Linie auf Länder bzw. Themenbereiche konzentrieren“ (Berg-Schlosser/Müller-Rommel 2003b: 333).

#### **5.1.1.3.3.2 Form und Reflexion**

Die sw-WSF fördert eine Menge Unterschiedlichkeiten und Ungleichheiten zu Tage. Der Vergleich ist als heuristisches Instrument – besonders wenn er in Zahlen ausgedrückt wird – ein äußerst flexibles Medium. Als mediales Substrat definiert, werden eine Vielzahl Formen möglich. Das Kombinations- und Differenzierungsvermögen geht ins Unendliche. Ein-Deutigkeit geht dann notwendigerweise verloren, man muss entscheiden, welcher Unterschied nun einen Unterschied machen soll und welcher nicht. Aber genau deshalb eignet sich der

---

<sup>129</sup> Zur Steigerung des Komplexitätsgrades empirisch-komparativer Untersuchungsdesigns in der sw-WSF siehe Berg-Schlosser/Müller-Rommel (2003b).

<sup>130</sup> Natürlich läuft dem empirischen Vergleich eine mehr oder weniger umfangreich ausgearbeitete „Theorie“ voraus. Es werden Zusammenhänge angenommen, die dann empirisch illustriert oder bewiesen werden. Berg-Schlosser/Müller-Rommel (2003b) machen sich etwa für eine Kombination quantitativer (empirisch ausgerichtet) und qualitativer Untersuchungsdesigns stark, sie treten für die Arbeit an Theorien in der vergleichenden Politikforschung ein (ebd: 341) Dies kann man nur unterstützen. Beobachtet man jedoch die sw-WSF, so fällt einem die Dominanz empirisch-vergleichender Studien im Vergleich zu theoretisch-konzeptionellen Beiträgen sofort auf.

<sup>131</sup> Die Form „Intranational“ kann dann wiederum eine Reihe von Unterformen bilden, etwa bestimmte Bevölkerungsgruppen. Die Nähe zum Medium »Sozialität« wird deutlich.

Vergleich nicht nur als Methode, sondern auch als Rekursivitätselement. Es kann an Vergleiche auf vielfältige Art und Weise angeschlossen werden. Die Formbarkeit dieses Mediums ist so eine zentrale Möglichkeitsbedingung der sw-WSF. Im Folgenden wollen wir einige, formentheoretische Uneindeutigkeiten im Medium »Vergleich« erläutern. So wird etwa die empirische (!) Grundlage für die These der Ausbreitung eines neuen Typus Arbeitskraft, der selbstrationalisierende Arbeitskraftunternehmer, angezweifelt. Die sozialwissenschaftliche Forschung liefert keine eindeutigen Ergebnisse. Es kann nicht die Rede sein von einem Wechsel des Typs Arbeitskraft, vielmehr heterogenisiert sich das Feld, es gebe mehrere Typen (Bosch 2000). Die Entgrenzungen von Arbeit und Leben (Voß 1994) könne nicht durch die Verallgemeinerung von Ergebnissen aus qualitativ ausgerichteten Untersuchungsdesigns abgeleitet werden (Bosch 2000), zumal die Ergebnisse nicht eindeutig seien (Pongratz/Voß 2003). Reflexion macht sich auch in Bezug auf das Drei-Welten-Modell Esping Andersen's bemerkbar. Die drei Typen müssten ergänzt und erweitert werden um einen vierten Typ (das südeuropäische Modell: Ferrera 1996), einen fünften Typ (das japanische Regime: Rose 1986) und einen sechsten Typ (das Antipoden-Regime mit Australien und Neuseeland: Castles 1996). Auf Probleme mit dem Vergleichs-/Typologisierungmodell Esping Andersen's verweist besonders Bonoli (1995). Dabei kritisiert er die enge Kopplung von zahlenmäßigem „Mehr“ und politischem „Besser“. Bonoli's Kritik an Esping Andersen richtet sich denn auch auf die Ausrichtung der Analysen auf das normative Ziel der Dekommodifizierung.

„In other words, both the 'how much' and the 'how' of welfare provision are taken into account only in so far as they affect the decommodifying impact of social policy. By projecting elements of both the 'how much' and the 'how' dimension on the decommodification dimension, Esping-Andersen still ends up with a classification based on the quantity of welfare provided by individual welfare states“ (Bonoli 1995: 354).

Da Esping Andersen also seine ganze Typologie an dem Ziel der Dekommodifizierung ausrichtet, also ein eindimensionales Unterscheidungskriterium anlegt, könne nicht zwischen der *Qualität verschiedener* „social provision models“ unterschieden werden. Bonoli schlägt deshalb ein zwei-dimensionales Modell vor, in dem insgesamt vier Typologien möglich sind, mit den südeuropäischen Wohlfahrtsstaaten als eigenem Typus. Eine Dimension ist dann die Staatsquote als Prozent des GDP (how much-Dimension), eine andere Dimension die Unterscheidung Bismarck-/Beveridge-Prinzip mit vielen Unterdimensionen (how-Dimension). Schmid (2003) merkt an, dass mit dem

Empirismus, dem Zahlenfetischismus auf dem Gebiet der sw-WSF, ein Theoriedefizit einhergehe. Ganz zu schweigen von Datenproblemen, die sich mit der Entwicklung hin zu Multidimensions- und Mehrebenenanalysemodellen einstellten (ebd: 255, 258). Auch die Geschlossenheit/Homogenität der Vergleichsbezugsgrößen (die einzelnen, *nationalen* Wohlfahrtsstaaten) wird in Frage gestellt. Was hier aktualisiert wird, ist die Kritik an einem methodologischen Nationalismus (Smith 1979). Die Globalisierung und Transnationalisierung würde die jeweilige nationale Sozialpolitik in hohem Grade mitbestimmen (Schulte 2004).<sup>132</sup> M. Schmidt (2003) sieht genau in dieser Entwicklung das Fundament einer vierten, aktuellen Phase der sw-WSF: Diffusions- und Lernphase. Wir können also festhalten, dass das Erkenntnismedium 'Vergleich' konstitutiv für die sw-WSF ist, ein Forschungsgebiet, das sich schon immer als eine *komparative*, und vor allen Dingen *empirisch* komparative Disziplin versteht. Ähnlich wie im Falle von »Moral« öffnet auch das Medium »Vergleich« für Varianz. Während diese Varianz im Falle von »Moral« mit der Unmöglichkeit einhergeht, Akteure und Variablen ausschließlich einem und nur einem Codewert (also *entweder* „gut“ *oder* „schlecht“) zuzuordnen, so ergibt sich die Varianz im Falle des »Vergleich« aus dem medialen Substrat dieses Mediums. Vieles (und noch viel mehr) kann miteinander verglichen werden. Der »Vergleich« ist also angelegt als ein unendlich formbares Medium.

---

<sup>132</sup> Kritischer, im Sinne von differenzierter, dagegen Hill (2006).

## 5.1.2 Semantikanalyse

Mit den Semantikanalysen erfolgt die Analyse bewahrenswerter, identitätsstiftender, das Selbstverständnis der sw-WSF prägender Sinnkondensate und deren konzeptioneller Formung. Im Einzelnen wollen wir die Krisen-/Problemsemantik (5.1.2.1) sowie die Steuerungsemantik (5.1.2.2) näher analysieren. Diese beiden Semantiken wollen wir dabei zunächst in ihrer allgemeinen Form beschreiben. Im Anschluss daran werden wir wieder in den jeweiligen Abschnitten zu »Form und Reflexion« unsere Analysen vertiefen.

### 5.1.2.1 Krisen-/Problemsemantik

»Krise« und »Problem« stellen zwei äußerst anschlussfähige und kondensierte Medien in der sw-WSF dar. Ohne die Darlegung und Diskussion von »Krisen« und »Problemen« wäre die sw-WSF nicht denkbar. Diese Krisen- und Problemsemantik scheint dabei unmittelbar auf eine andere Semantik bezogen zu sein, die Steuerungsemantik. Im Folgenden wollen wir zunächst die Zentralität der Krisen-/Problemsemantik auf dem Gebiet der sw-WSF vor Augen führen und die allgemeine Form dieses Konzeptes veranschaulichen (5.1.2.1.1). Im Anschluss daran interessieren uns konzeptionelle Formungen, die dieses Konzept erfahren hat (5.1.2.1.2).

#### 5.1.2.1.1 Krisen-/Problemsemantik und ihre allgemeine Form

In der sw-WSF nehmen Krisen- und Problembeschreibungen einen zentralen Platz ein. Es lassen sich grob zwei Hauptformen unterscheiden, die zumeist aufeinander verweisen: Gesellschaftsstrukturelle Krisen-/Problemszenarios (Sachdimension), und soziale Krisen-/Problemszenarios (Sozialdimension). Als gesellschaftsstrukturelle Krisen und Probleme werden dann die „üblichen Verdächtigen“ wie Globalisierung, Kapitalismus, Internationalisierung, Supra- und Transnationalisierung, Demographie usw. genannt.<sup>133</sup> Diese werden dann in der Sozialdimension als Quellen von Ungleichheit, Verringerung sozialer Staatsbürgerrechte usw. verbucht. Die bisherigen Analysen der

---

<sup>133</sup> Die Sachdimension schließt nach meinem Dafürhalten auch solche Beschreibungen ein, die auf die institutionellen Veränderungen (des politischen Systems) abzielen. Dieser institutionentheoretische Fokus ist besonders in den Politikwissenschaften ausgeprägt.

Möglichkeitenbedingungen der sw-WSF müssen auch hier weiterhin in Rechnung gestellt werden. Krisen und Probleme erscheinen dann als Krise der Arbeit und Arbeitsgesellschaft, des Wohlfahrtsstaats und der politischen Steuerungsfähigkeit und deren Auswirkungen auf „die Menschen“. Die sw-WSF definiert und identifiziert sich über die Beschreibung (und Kommentierung) gesellschaftlicher/politischer Krisen und Probleme. Als Beispiele seien genannt: Esping Andersen (1996, 2002a) und seine Ausführungen zu den Dilemmata und neuen Problemen des Wohlfahrtsstaats, Dahrendorf's, Offe's, Rifkin's sowie Bell's Ausführungen und Spekulationen über das Ende der Arbeit und der industriellen Arbeitsgesellschaft (Dahrendorf 1983, Offe 1984a, Rifkin 1995, Bell 1974). Castels Buch (2000b) über die Metamorphosen des Staates oder Sennett's Abrechnung mit dem „Turbokapitalismus“ (Sennett 1998). Mit dem von Kühnle et. al. herausgegebenen Sammelband »Survival of the European welfare state« (2000) wird der Leser in Alarmbereitschaft gesetzt. Das „gesellschaftliche Koordinatensystem“ scheint sich zu verschieben (Kaufmann 1997), eine Zäsur ausgemacht, die Post-Ära angebrochen: Post-Moderne, Post-Keynesianismus, Post-Fordismus, Post-Industrialismus. Lösungskonzepte und Rettungsvorschläge stehen schon Schlange: New Politics (Pierson 2001), new welfare (Taylor-Gooby 2004), postindustrielle Ökonomie (Esping Andersen 1999), third way, bürgerschaftliches Engagement und „new labour“ (Giddens 1999a, Beck 2000a, Etzioni 2004) sowie neue Modelle politischer Steuerung (Abschnitt 5.1.2.2) werden verhandelt. All diese Beschreibungen sind vor dem Hintergrund einer Krisensemantik erst ermöglicht worden. Bei Lessenich (2000) schließlich kann man nachlesen, dass die Rede von Problemen und Krisen in der sw-WSF konstitutiv ist. deLeon/Vogenbeck (2007) schreiben, dass sich, ungeachtet der geforderten Neuausrichtung der „policy sciences/analysis“, nichts an der *Problemorientierung* geändert hat. Scharpf/Schmidt (2000) bekennen sich zu einem *problemorientierten* Ansatz, und nehmen die Normativität ihrer Untersuchungen bewusst in Kauf. Vor dem Hintergrund der Zentralität der Basisform »Staat/Markt« darf es nicht verwundern, dass die meisten Krisen-/Problemszenarios - direkt oder indirekt – auf die Interdependenz von Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat bezogen sind: Die Arbeitsmarktpolitik als Staatstätigkeitsfeld genießt spätestens seit den frühen 1990er Jahren nicht nur politisch, sondern auch sozialwissenschaftlich (wieder) vermehrte Aufmerksamkeit. Spätestens mit der engen konzeptionellen Verbindung von Wohlfahrtsstaat auf der einen und Arbeitsmarkt auf der anderen Seite im Modell Esping Andersen's (1990) schiebt sich

die als (*Problem*-)Form konzipierte Form »Wohlfahrtsstaat/Arbeitsmarkt« endgültig ins Zentrum der (Krisen-)Diagnosen der sw-WSF. Diese Form verliert also nicht ihren informierenden Charakter, diese Form läuft vielmehr zur „*Höchstform*“ auf. Vogel spricht von der „finanziellen, politischen und auch normativen Steuerungskrise“ des Wohlfahrtsstaats (Vogel 2006: 359) und veranschaulicht dies am Anwachsen eines Prekariats, das der (Gefahr der) *Arbeitsmarkt*exklusion ausgesetzt ist. Neben der Erwerbsquote als politischem und sozialwissenschaftlichem Krisenindikator für *Arbeitsmarkt-Inklusion/Exklusion* (Schmid 2003: 252) und dem Grad der sozialintegrativen Kraft der Arbeitsmarktpartizipation (Konietzka/Sopp 2006; Kronauer 2006; Castel 2000b) kommt dabei einer reduzierten Handlungs-/Steuerungsfähigkeit der nationalen Wohlfahrtsstaaten wichtige diagnostische Bedeutung zu: (Wirtschaftliche) Globalisierung einerseits und Transnationalisierung der (Arbeitsmarkt-)Politik andererseits bezeichnen dann die Hauptdilemmata (Roth/Schmid 2001; Lahusen 2003). Hier zeigt sich dann erneut die Persistenz der stark auf die *Arbeitsmarktproblematik* hin ausgerichteten Beobachtungsoptiken der sw-WSF. Die von uns als Bezugsproblematik der sw-WSF vorgestellte „soziale Frage“, im Spannungsverhältnis zwischen Staat und Markt, ist eine *Problemformel*: „the societal or political question (...) has always been pivotal in the policy sciences’ approach.“ (deLeon/Vogenbeck 2007: 4).

Im Folgenden wollen wir die Krisen-/Problemsemantik formentheoretisch näher beschreiben. Dazu werfen wir einen genaueren Blick auf die Formen und Medien, die in den Krisen- und Problembeobachtungen aktualisiert werden. Eine Fusion des Mediums »Moral« mit der an den Medien »Sozialität« und »Vergleich« ausgerichteten Form »Gleichheit/Ungleichheit« scheint hier einen überaus fruchtbaren Resonanzboden zu erzeugen. Es ist zunächst naheliegend, dass die Krisen-/Problemsemantik das Medium »Moral« aktualisiert. Wir wollen an dieser Stelle nicht die Ausführungen zu »Moral« aus Abschnitt (5.1.1.3.2) wiederholen, sondern vielmehr die Funktion von Moral für die Ermöglichung von Krisensemantik hervorheben. Nachdem auch das Medium »Moral« in Bezug auf die moralisierten Gegenstände crossing Prozesse erfahren hat, ist das Medium nicht nur auf struktureller Ebene (der „gute“/„bessere“ Staat versus der „schlechte“/„weniger gute“ Markt) anzutreffen, es ist auch in der Sozialdimension aktiv. Arbeitsmarktexklusion, prekäre Lebenslagen, marginalisierte Bevölkerungsgruppen können dann moralisiert werden. Schließlich ist es auch möglich, Fragen nach



Gerechtigkeit zu moralisieren.<sup>134</sup> Dann können klassische Umverteilungsfragen neu diskutiert werden, sowie Statuskonsistenz-/inkonsistenzdiskussionen geführt werden (vgl. Hradil 1987; Kreckel 1992). Moral eignet sich also als Universalmedium. Neben bzw. in Ergänzung zum Moralmedium, wird die Krisen-/Problemsemantik auch durch die Aktualisierung der Form Gleichheit/Ungleichheit reproduziert. Diese Form bedient sich dabei dem Substrat zweier Medien: »Sozialität« und »Vergleich«. Ungleichheit erscheint dann hauptsächlich als „soziale“ Ungleichheit auf dem Monitor der sw-WSF. Bei Esping Andersen stellt Ungleichheit bzw. Stratifikation, also *soziale* Schichtung, eine der drei Hauptdimensionen seines „path-dependency“-Ansatzes dar (Esping Andersen 1990). Durch die enge Verbindung der beiden Dimensionen Stratifikation und (De)Kommodifizierung kommt der Arbeitsmarkt als „Maschine der Ungleichheitsproduktion“ (Abraham/Hinz 2005: 12) bzw. als Hauptelement innerhalb der Krisensemantik ins Blickfeld. Die Form Gleichheit/Ungleichheit ist ebenfalls ohne Aktualisierung des Mediums »Moral« nicht denkbar. Ungleichheit wird dann – von und durch wen auch immer produziert – als Problem und Krise moralisiert und für „schlecht“ befunden, während Gleichheit als das Ziel und die Lösung gilt. Wobei die Lösung (zunächst) nicht so sehr über „mehr Markt“, sondern über „mehr guten Staat“, bzw. – nachdem sich die Konsequenzen einer Entzauberung des Staates operativ immer deutlicher zeigen – in der „Neu“-Erfindung des Politischen (Stichworte: Subpolitik und Bürgergesellschaft) gesucht und schließlich auch gefunden wird.<sup>135</sup>

Jede Semantik, so haben wir in Kapitel 4, Abschnitt (4.3.2) dargelegt, ist nur als Form denkbar. Wir müssen daher nach dem Gegenkonzept der Krisen-/Problemsemantik fragen. Es scheint dann naheliegend, die „Lösungssemantik“ als Gegenkonzept einer „Krisen-/Problemsemantik“ zu behandeln. Die in der sw-WSF zum Ausdruck gebrachten Forderungen nach mehr Gleichheit (in der neuesten Form: Input- bzw. Chancengleichheit) bzw. weniger Ungleichheit, höherem Inklusionsgrad (besonders auch auf dem Arbeitsmarkt) und handlungsfähigerer Politik (bzw. Ausdehnung des politischen Handlungsbereichs auf „Subpolitik“ und verschiedene „Governance“-Formen) lassen sich dann als die jeweiligen („besseren“) „Lösungen“ der Probleme/Krisen bezeichnen. Wir müssen präziser formulieren. Nicht so sehr Lösung als „Heilmittel“ ist hier gemeint, sondern eher das „Lösen“, verstanden als Handeln. Die

---

<sup>134</sup> Vgl. dazu den Buchbeitrag von Kersting (2003)

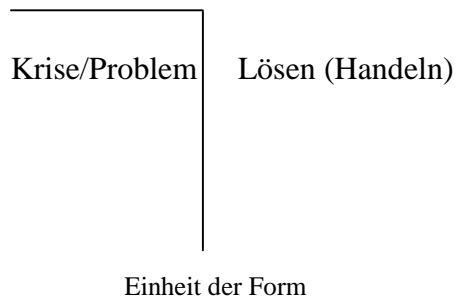
<sup>135</sup> Vgl. dazu auch den Abschnitt über Steuerung (5.1.2.2).

Beschreibung von Krisen und Problemen ist dann unmittelbar gekoppelt an das Bereitstellen bzw. Skizzieren von „Lösungsvorschlägen“ im Sinne von Handlungsvorschlägen.

„Ein Problem (...) erscheint nur, wenn es zugleich Beiträge zu einem Plan für die Lösung des Problems mitführt. (...) In der Formulierung des Problems werden Bedingungen der Erkennbarkeit von Lösungen vorgegeben (...)“ (Luhmann 1990: 424).

Vor diesem Hintergrund ergibt sich dann eine allgemeine Form der Krisen-/Problemsemantik:

### Schaubild (11) Allgemeine Form der Krisen-/Problemsemantik



Der senkrechte Strich bezeichnet wieder die Einheit der Form, während der nach links geklappte, waagrechte Strich die Markierung andeutet. In diesem Fall also Krise/Problem.

#### 5.1.2.1.2 Form und Reflexion: Von der Krisen-/Problemsemantik zur Risikosemantik

Formentheoretische Reflexionsprozesse im Konzept Krisen-/Problemsemantik betreffen grundsätzlich Konzept wie Gegenkonzept. Was das Gegenkonzept, also die Lösungsemantik betrifft, so kann man feststellen, dass schon länger in der sw-WSF Zweifel angemeldet werden an „Patentlösungen“, besonders auch im Hinblick auf Arbeitsmarktpolitik (Beck 2000a, Dahrendorf 1983) „Wer verspricht, ein Rezept gegen die Arbeitslosigkeit zu haben, sagt die Unwahrheit“ (Beck 2000a: 7). Die Rede von Nebeneffekten und Folgeproblemen wohlfahrtsstaatlicher Politik (Kaufmann 1997, 2002; Schmidt, M 2001b) verstärken dieses Bild. Angestoßen durch die crossing Prozesse im Medium »Kausalität« hält man sich mit der Präsentation von Lösungen zurück:

„To reiterate, this book will not deliver policy *panacea*, solutions for all our problems, once and for all. A first, more modest, aim is to outline some of the ingredients that are necessary for a more comprehensive redesign” (Esping Andersen 2002a: 24).

Prominentes Beispiel ist etwa die Form »Inklusion/Exklusion«, welche semantisch als *Problem-Form* aktualisiert wird. Exklusionslagen werden dann als Krisen und Probleme kommuniziert, und mit »Inklusion« die Lösung scheinbar gleich mitgeliefert. Die Linearkausalität dieser Form mahnen Kronauer (2006), Castel (2000a) sowie Nassehi (2000, 2006) an. Der re-entry im Falle von »Inklusion/Exklusion« schlägt auf die konzeptionelle *Aus-Formung* der Krisen-/Problemsemantik durch. Ähnliches gilt für andere Formen, die moralisch zweitkodiert werden. Crossing-Effekte im Falle von »Moral« wirken sich auf der Sachebene der Krisensemantik aus. Der Kapitalismus und damit die „freien“ Marktkräfte sind zwar immer noch heiße „Problem“-Kandidaten, das Monopol darauf haben sie aber schon länger nicht mehr. Auch der Wohlfahrtsstaat hat seine Unschuld verloren und zeigt sein „problematisches“ Gesicht. Ist damit dem Konzept Krisen-/Problemsemantik jegliche (unterscheidungstheoretische) Grundlage entzogen? Verliert diese Semantik durch die Auswirkungen verschiedenster formentheoretischer Reflexionen ihre kommunikative Relevanz und Sinnhaftigkeit? Mitnichten! Krisen- und Problembeschreibungen sind weiterhin konstitutive Elemente der Möglichkeitsbedingungen der sw-WSF. Die Liste der diskutierten Probleme nimmt nicht ab, im Gegenteil, es scheinen immer „neue“ Probleme und Krisen entdeckt zu werden. Die spannende Frage ist vielmehr, wie die Krisen-/Problemsemantik konzeptionell auf die formentheoretischen Bewegungen derjenigen Formen und Medien reagiert, die für dieses Konzept konstitutiv sind, um sich so *als Konzept* weiterhin die „Existenzberechtigung“ zu sichern und die sw-WSF zu irritieren und informieren. Wir behaupten, dass dies durch eine *Subjektivierung bzw. Normalisierung von Krisen/Problemlagen und eine damit korrelierende Veränderung im Gegenkonzept* geschieht. Was das Gegenkonzept, also die Lösungssemantik betrifft, so ist diese konzeptionell mehr und mehr auf sich selbst bezogen und kreist um die Frage, wie und unter welchen regelungsstrukturellen Bedingungen gehandelt/gesteuert werden kann (siehe Abschnitt 5.1.2.2). Was die Veränderungen des Konzeptes »Krisen-/Problemsemantik« betreffen, so werden auf gesellschaftsstrukturellem Niveau Krisen und Probleme lange nicht mehr als unerwartet, unnormal oder per se problematisch betrachtet.

„Our society will probably *not* be able to avert that some people, for some periods of their lives, will encounter social ills. This may not be as bad as it seems because social ills are not, by definition, socially problematic. Low-wage jobs, for example, may play a positive role as entry ports into the labour market for youth or newly arrived immigrants. *The foremost challenge we face is to avert that social ills become permanent (...)*“ (Esping Andersen 2002a: 6).

Was an diesem Zitat deutlich wird und für einen Großteil der sw-WSF gilt, ist die Subjektivierung der Problem-/Krisenszenarios. Die sw-WSF entdeckt für sich das Individuum, auch und gerade in Bezug auf die Krisen-/Problemsemantik. Aber nicht in ihrer „objektiven“ Individualität, einer Individualität also, die eine vom Forscher *bestimmte* Individualität ist. Es geht um die *zugemutete*, „subjektive“ Individualität.<sup>136</sup> Was Vobruba in Bezug auf Freiheit feststellt, kann dann auch auf Krisen und Probleme übertragen werden.

„Sozialwissenschaftlich begründete Urteile über Freiheiten der Leute im Wohlfahrtsstaat können nur auf der Grundlage von Beobachtungen zweiter Ordnung gemacht werden. Das heißt, es ist zu beobachten, wie die Leute ihre Situation sehen“ (Vobruba 2003: 154).

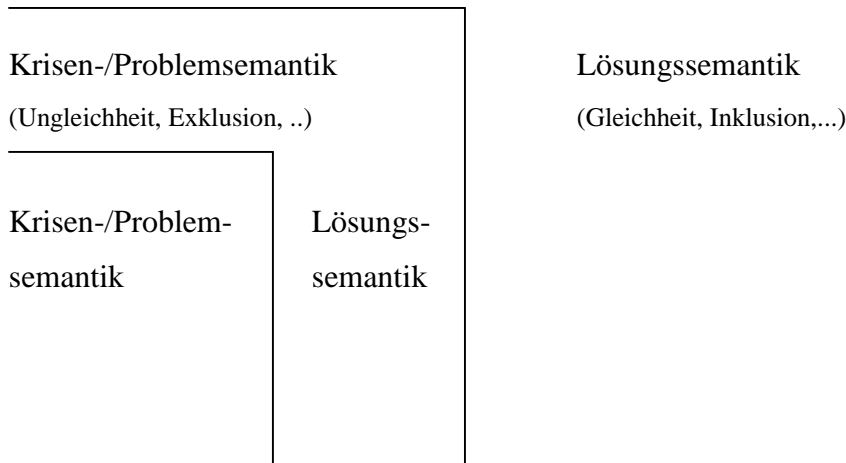
Was den Aspekt der Normalisierung betrifft, so hat die Lebenslauf- und Biografieforschung wichtige Erkenntnisse geliefert. Individuelle/soziale Krisen und Problemlagen werden dann nicht mehr als „exotisch“ und „unnormale“ beschrieben. Sie werden vielmehr als integrale, ja „normale“, zumindest aber „erwartbare“ Ereignisse individueller und doch *gleichrisikanter* Lebenslagen beschrieben (Kohli 1992, 2000, Lessenich 1995, Kronauer 2006). Die Problemsemantik wird dann zu einer (temporalisierten) Risikosemantik. Die Risikosemantik wird dabei durch zwei theoretische Konstrukte erst ermöglicht: Individualisierung und Temporalisierung. Beck (1986), Hradil (1987), Kreckel (1992) sowie Lessenich (1995), Kohli (1992, 2000) und Leibfried/Leisering (1995) haben hier formentheoretische Reflexionen angestoßen. Es interessiert dann nicht mehr so sehr die dichotome Unterscheidung »Arbeitsplatzbesitzer/Arbeitslose« als vielmehr die Unterscheidung »Arbeitsloser/Langzeitarbeitsloser«. Kumulationen und „kritische Ereignisse“ interessieren dann mehr als Status. Einfache ökonomisch-deterministische Klassen- und Schichtenmodelle weichen mehrdimensionalen und individuellen Milieu- und Lebenslagekonzepten. Konzeptionell arrangiert man sich damit, dass Ungleichheitslagen vielfältig in ihrer Ausformung und

---

<sup>136</sup> Vor diesem Hintergrund ließe sich auch der Wandel von standardisierten quantitativen Studien hin zu mehr qualitativen Untersuchungen, in denen es um die Analyse von Selbstbild und Selbstbeschreibung von „Betroffenen“ geht, erklären.

eher Normalfall als Ausnahme sind.<sup>137</sup> Formentheoretisch lassen sich die eben skizzierten Veränderungen wie folgt darstellen und beschreiben.

**Schaubild (12) Re-entry in der Krisen-/Problemsemantik. Die Risikosemantik**



Wir sehen einmal mehr einen klassischen re-entry. Die Bedingungen der Form der Krisen-/Problemsemantik werden reflektiert. Das bedeutet wiederum, dass die jeweiligen Reflexionen derjenigen Formen und Medien beobachtet werden, die als Elemente der Krisen-/Problemsemantik aktualisiert werden (als da wären: Inklusion/Exklusion, Gleichheit/Ungleichheit, Staat/Markt, Moral usw.). Das Gegenkonzept bleibt davon nicht unberührt. Es ist zwar dann weiterhin davon die Rede, dass etwas getan werden muss, von Patentlösungen wird allerdings Abstand genommen. Die Lösungen selbst werden verhandelbar, die Lösungsinstanzen neu verortet.

---

<sup>137</sup> Begünstigt wurde diese Erkenntnisentwicklung sicherlich auch dadurch, dass immer mehr „neue Ungleichheiten“ entdeckt wurden (Berger/Konietzka 2001; Hradil 1987).

### 5.1.2.2 Steuerungssemantik

Wir haben gesehen, dass die Diagnose von Krisen und Problemen die Semantik der Steuerung (als Gegenkonzept) schon immer mitführt. Die Steuerungssemantik ist fester Bestandteil eines Forschungsgebietes, das sich selbst als problemorientiertes Forschungsgebiet beschreibt und versteht. Das Selbstverständnis sowie die Selbstsinngebung der sw-WSF sind in ihrem Kern auf politische Steuerung und Intervention hin ausgerichtet: So schreibt Renate Mayntz:

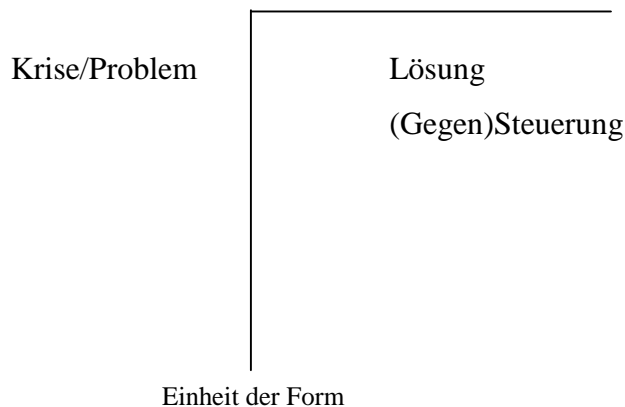
„Die [politische: CH] Steuerungstheorie hat nie die Nabelschnur zu “Politik“ in einem relativ engen Sinn des Begriffs gekappt; sie lässt sich nicht von dem lösen, was von Anfang an mitgedacht wurde – Gesellschaftsgestaltung durch dazu legitimierte politische Instanzen“ (Mayntz 2004: 7).

Steuerungskommunikation ist ein zentrales Element der Rekursivität der sw-WSF. Krisen-/Problemsemantik und Lösungs-/Steuerungssemantik sind füreinander Konzept und Gegenkonzept. In den folgenden Analysen wollen wir zunächst Steuerungssemantik als festen Bestandteil der sw-WSF in ihrer allgemeinen Form näher beschreiben (5.1.2.2.1). Governance als das neue Steuerungskonzept interessiert uns vor dem Hintergrund formentheoretischer Reflexionen (5.1.2.2.2). Das „neue“ Steuerungskonzept wollen wir dann in einem eigenen Abschnitt zusammenfassen und grafisch verdeutlichen (5.1.2.2.3), bevor wir das Steuerungsleitbild des aktivierenden Sozialstaats in Bezug auf die aktivierende Arbeitsmarktpolitik etwas genauer analysieren wollen (5.1.2.2.4).

#### 5.1.2.2.1 Steuerungssemantik und ihre allgemeine Form

Vor dem Hintergrund der allgemeinen Form der Krisen-/Problemsemantik lässt sich die allgemeine Form der Steuerungs-/Lösungssemantik wie folgt darstellen.

### Schaubild (13) Die allgemeine Form der Steuerungs-/Lösungssemantik



Im Unterschied zur Krisen-/Problemsemantik markiert die Steuerungssemantik die andere Seite der Form. Die Thematik Steuerung ist in der sw-WSF ein zentrales Sinnkondensat. Auch hier liegt die Ursache zunächst einmal in der Anordnung der Basisform und der kompensatorisch-funktionalistischen Definition von Wohlfahrtsstaatlichkeit. Zunächst wollen wir festhalten, dass die Basisform »Staat/Markt« als Form Informationswert für die darauf aufbauende Steuerungssemantik hat.

„Viele, vordem übliche Unterscheidungen geraten außer Gebrauch. Bei anderen wird nur die eine Seite kontinuiert und der Gegenbegriff ausgetauscht. So wird Politik nicht mehr im Unterschied zum Haushalt, sondern im Unterschied zur Wirtschaft/Gesellschaft) bestimmt (...)“ (Luhmann 1997: 982).

Was Luhmann hier für die Politik feststellt, gilt ebenso für die sw-WSF. Auch hier wird Politik im Unterschied zur Wirtschaft bzw. der Gesellschaft (also inklusive drittem Sektor und Familie) definiert. Die Basisform »Staat/Markt« wird aber erst als *steuerungsrelevante* Unterscheidung semantisch zementiert und dadurch eine wichtige Quelle der Selbstlegitimation der sw-WSF. Folgendes Zitat spiegelt den Zusammenhang von Steuerungssemantik und Staatssemantik wider.

„In der policy-Forschung passte der Begriff [governance: CH] gut auf die Besonderheit des „kooperativen Staats“, das heißt der politischen Steuerung unter Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Akteure“ (Mayntz 2004: 5).

Natürlich ist Staatlichkeit ein zentraler Begriff in der sw-WSF. Man kann dann auch von einer Staatssemantik sprechen. Die Staatsformel wird jedoch erst sichtbar und beobachtbar durch ihre steuerungstheoretische Ausformung. Diese Ausformung ist von Anfang an in der Basisform »Staat/Markt« angelegt (vgl. 5.1.1.1). In Bezug auf das

Gegenkonzept (Krise, Problem) kann dann die Dringlichkeit politischen Handelns kommuniziert werden. Dann sollte lieber gestern als heute gehandelt, sprich (gegen-) gesteuert werden. Oder aber die Steuerungssemantik wird reproduziert, indem mögliche Erfolgsfaktoren, Formen und Bedingungen von Steuerung konzipiert und/oder analysiert werden. In diesem Zusammenhang kommt den stetig anwachsenden Evaluationsstudien auf dem Gebiet der sw-WSF große Bedeutung zu. Die Steuerungssemantik scheint dabei besonders in Bezug auf das Themengebiet Arbeitsmarktpolitik reproduziert zu werden. Dies wäre nach unseren bisherigen Analysen, besonders aber in Bezug auf die Basisform, nicht verwunderlich. Folgendes Zitat von Schmid/Niketka bestätigt die Kopplung von Steuerung und Arbeitsmarktpolitik eindrucksvoll:

„Im folgenden verstehen wir unter dem modernen Wohlfahrtsstaat eine institutionalisierte Verpflichtung zur sozialen Sicherung und Förderung der Staatsbürger durch den Staat, weshalb er dementsprechend umfangreich Ressourcen auf sich zieht und in Form von monetären Transfers und sozialen Diensten zur Verfügung stellt bzw. in die wirtschaftlichen Abläufe und besonders in den Arbeitsmarkt interveniert“ (Schmid/Niketka 1998: 14).

Diese Anlehnung wohlfahrtsstaatlicher Steuerungssemantik an Arbeitsmarktpolitik tritt auch in den aktuellen Beschreibungen der *funktionalen* Neuausrichtung des Wohlfahrtsstaats hervor, wie sie in den Leitbildern „new labor“ und „third way“ (Giddens 1999a), „new politics“ (Pierson 2001; Taylor Gooby 2004) und „active welfare state“ (van Berkel/Møller 2002; Dingeldey 2005a, c) zum Ausdruck kommen.<sup>138</sup> Die Ausführungen zur „Zukunft von Demokratie und Arbeit“ (Beck 2000a) können dann als steuerungs-/lösungssemantisches Pendant gesehen werden zu dem von Müller/Scherer (2003) herausgegebenen Sammelband mit dem Titel „Mehr Risiken – Mehr Ungleichheit? Abbau von Wohlfahrtsstaat, Flexibilisierung von Arbeit und die Folgen“.

Im Folgenden wollen wir das Steuerungskonzept formentheoretisch näher beschreiben.

„Die Kritik (im geläufigen Verständnis) setzt eine Diagnose der Gesellschaft voraus, die diese beschreibt als in einer Krise befindlich. (...) Die krisenhaften Erscheinungen der Gegenwart werden auf Fehlentwicklungen, vor allem Industriekapitalismus, zurückgeführt, die man korrigieren kann. Es muß gleichsam eine gute Gesellschaft hinter der Gesellschaft geben, auf die man Strukturen und Effekte zurückdirigieren kann, um in eine bessere Zukunft zu gelangen“ (Luhmann 1997: 1112).

---

<sup>138</sup> Wir werden uns in Abschnitt (5.1.2.2.4) noch ausführlicher mit dem Leitbild des aktivierenden Sozialstaats und der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik beschäftigen.



Dieses Zitat beleuchtet eine Reihe grundlegender Möglichkeitsbedingungen der Steuerungssemantik, die sich als „kernparadigmatisch“ (Mayntz 2004: 3) beschreiben lassen. Die Aktualisierung einer Steuerungssemantik ist, wie wir bereits erwähnt haben, an die Aktualisierung eines Gegenkonzeptes (in diesem Fall also: Krisen-/Problemsemantik) gekoppelt. Dadurch erst erscheinen Zustände in der Gesellschaft als fehlerhaft/schlecht, korrekturbedürftig und korrigierbar. Während der Aspekt der Korrekturbedürftigkeit die Überzeugung widerspiegelt, *dass* (gegen)gesteuert werden muss (Steuerungsbedarf), so verweist die Einschätzung, dass Gesellschaftszustände korrigierbar sind, sowohl auf den Sachverhalt der Steuerbarkeit von Objekten sowie der Steuerungsfähigkeit von Subjekten. Mayntz (1987) hebt die Zentralität der klaren Unterscheidung von Steuerungssubjekt und Steuerungsobjekt in diesem steuerungstheoretischen „Kernparadigma“ hervor. Ein weiteres Konstituens der Steuerungssemantik wird in obigem Zitat von Luhmann sichtbar. Die Zugrundelegung eines Problem/Lösungs-Schemas. Mayntz (2001) spricht hier selbst von dem „Problemlösungsbias“, wobei dieser sich auf ein Kollektiv bezieht. Die im Zitat von Luhmann mit der Phrase „eine gute Gesellschaft hinter der Gesellschaft“ angedeutete Fokussierung auf ein Kollektiv, hier, die gesamte Gesellschaft<sup>139</sup>, wird bei Mayntz (2004) zur Gemeinwohlorientierung. Diese Gemeinwohlorientierung kommt in einer Reihe synonyme Bezeichnungen zum Ausdruck wie „öffentliches Gut“ oder „Handeln im öffentlichen Interesse“ (Dose 2003: 20/21; Heritiér 2002:3). Schließlich kommt in obigem Luhmann-Zitat ein relevanter, konzeptioneller Gegensatz zum Ausdruck, nämlich der von *staatlicher* (Fremd)Steuerung und *marktlicher* Selbstregulierung (Mayntz 1996; Schmid, J. 1998).<sup>140</sup> Der Bezug zur Basisform »Staat/Markt« ist hier zentral, ja konstitutiv. Verstärkt und *ausgeformt* wird dieser Unterschied durch die Gegenüberstellung von „öffentlichem Interesse“ und „privatem Interesse“ bzw., in sozialdimensionierter Präzisierung, mit der Form »Kollektivität/Individualität«. Die Form »Staat/Markt« ist dann nicht nur Basisform, in ihr bricht sich auch die

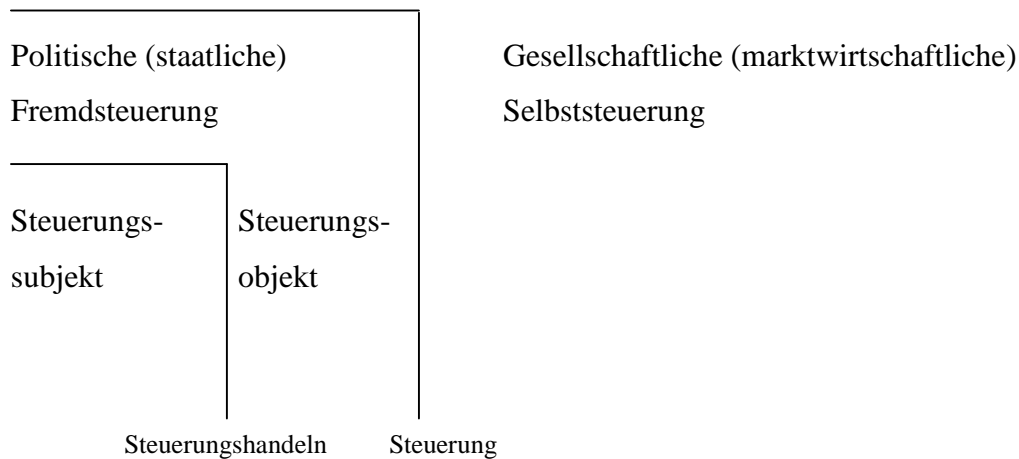
---

<sup>139</sup> Natürlich denkt Luhmann Gesellschaft nicht als *soziales* Kollektiv. Ich unterstelle Luhmann an dieser Stelle, dass er im Zusammenhang mit obigem Zitate auf die Dominanz des Sozialcharakters der Gesellschaft anspielt.

<sup>140</sup> Mit den disziplinenhistorischen sowie ideologischen Fundamenten dieser Konstellation beschäftigen sich O'Brien/Penna (1998) sowie Naschold (1989). Naschold's Anliegen ist es dann, eine Brücke zu schlagen zwischen diesen beiden Disziplinen, und somit die „Trennungslogik“ aufzuheben. Seine weiteren Argumentationen laufen dann darauf hinaus, die aktive Rolle der Politik in den Produktionszusammenhängen wie die aktive Rolle der Ökonomie in politischen Zusammenhängen zu sehen. Bindeglied soll hier die Firma bzw. der Betrieb sein.

konzeptionelle Anordnung des Steuerungskonzeptes und damit das Selbstverständnis der sw-WSF. Die allgemeine Form des Steuerungskonzeptes der sw-WSF lässt sich dann wie folgt darstellen.

#### Schaubild (14) Die klassische Form politischer Steuerung



Die senkrechten Linien kennzeichnen die jeweiligen Unterscheidungen, die waagrechten Linien zeigen die Markierungen an. In unserem Fall wird also in der Form »Steuerung« die Seite 'Politische/Staatliche Fremdsteuerung' markiert, innerhalb derer wiederum das Steuerungsobjekt markiert ist. Es steht dann immer schon fest, dass es die Politik ist, die steuert.

#### 5.1.2.2.2 Form und Reflexion – Das Governance-Konzept

Mit den Veränderungen und Erweiterungen der Basisform der sw-WSF hat sich auch das Steuerungskonzept geändert. Es ist unklarer, wer und was mit politischer Steuerung gemeint ist, das klassische Gegenkonzept politischer Steuerung (markoliberaler/gesellschaftlicher Selbstregulierung) verliert die Qualität des „Gegensätzlichen“.<sup>141</sup> Mayntz (1996, 2004) und Pülzl/Treib (2007) zufolge, geht die Thematisierung der Steuerung und Implementation mit ihrer Problematisierung einher. Damit ist schließlich nichts anderes gemeint, als dass die formentheoretischen

<sup>141</sup> Wir beabsichtigen an dieser Stelle nicht, eine „tour d’horizon“ durch die Steuerungs- und Implementationsdebatte in der sw-WSF. Dazu ist die Literatur zu unübersichtlich und breit (so auch die Einschätzung Dingeldey’s 2005b: 5). Unser Ziel beschränkt sich darauf, das veränderte Selbstverständnis der sw-WSF im Hinblick auf Steuerungsfähigkeit formentheoretisch nachzuzeichnen.

Konstellationen des ursprünglichen Steuerungskonzeptes (vgl. Schaubild 14) an (empirischer) Unterscheidungskraft verlieren. Konzept und Gegenkonzept werden in ihrer Kontingenz reflektiert und auf ihre Prämissen hin überprüft.

„Politische Steuerung wurde in dem Augenblick zum Gegenstand der Forschung, als sie in den 60er Jahren dieses Jahrhunderts zu einem verbreitet wahrgenommenen praktischen Problem wurde“ (Mayntz 1996: 148).

Zwei Probleme werden sichtbar: Das Eine kann als politikinternes Problem bezeichnet werden, das Andere dagegen als politikübergreifendes Problem. Im ersten Fall ist die Prämisse hierarchischer Implementation problematisiert. Im zweiten Fall wird die klare Unterscheidung von Steuerungssubjekt (= staatliche Akteure, administratives System) auf der einen und Steuerungsobjekt (= nicht staatliche soziale (Teil-)Systeme) auf der anderen Seite problematisiert. Mayntz (2004) beschreibt die Reflexion der Form politischer Steuerung als die erste „Akzentverschiebung“ im Konzept der klassischen Steuerung. Zwar wird das politische System noch immer als *das* gesamtgesellschaftliche Steuerungszentrum konstruiert, es werden jedoch in empirischen Studien<sup>142</sup> Implementationsprobleme, mit anderen Worten „top-down Probleme“ entdeckt. Diese Probleme betreffen dabei sowohl die staatliche Administration (und damit einen Teil des Steuerungssubjektes selbst) wie auch die Steuerungsobjekte und Adressaten (Mayntz 2004: 3). Im klassischen Modell politischer Steuerung gründet die Unterscheidung Steuerungssubjekt/Steuerungsobjekt im Prinzip auf der Gegenüberstellung von Hierarchie (Staat) auf der einen und Markt (Marktwirtschaft) auf der anderen Seite. Es gilt die Gleichung: Politik = Staat = Hierarchie. Im Zuge der durch die zahlreichen Implementationsstudien angestoßenen Reflexion des Verhältnisses von Steuerungssubjekt und Steuerungsobjekt etabliert sich in der sw-WSF die sog. „bottom-up“ Perspektive. Systemtheoretisch inspirierte, „pessimistische“ Steuerungstheorien (à la Luhmann) irritieren zusätzlich die konzeptionelle Weiterentwicklung (Mayntz 1996). Von diesen Entwicklungen (noch) völlig unberührt bleibt allerdings die konzeptionelle Anordnung des Gesamtkonzeptes. Selbstregulative Marktsteuerung ist noch immer der „Gegner“, ebenso wie Implementation von Politik hier noch ein rein politisch-administratives Problem ist. Die Reflexionen berühren auf dieser Reflexionsstufe vielmehr die Grundprämisse der Steuerungsfähigkeit der Politik selbst. Aber auch die Steuerbarkeit der Steuerungsobjekte wird reflektiert. Im

---

<sup>142</sup> Die wohl populärsten Studien sind bei Pülz/Trieb (2007) kompakt zusammengefasst.

klassischen Steuerungsmodell gilt: „Neither the actual execution of policies by administrations nor the reactions by target groups were seen as a major problem” (Pülzl/Treib 2007: 101). Diese Prämissen fallen nun. Aber erst in Folge einer weiteren „Akzentverschiebung“ innerhalb des Steuerungsparadigmas wird politische Steuerung/Implementation von einem rein politisch-administrativen zu einem potentiell gesamtgesellschaftlichen (Steuerungs-)Problem (Mayntz 2004). Auf dieser Reflexionsstufe wird dann nicht nur an den Prämissen Steuerungsfähigkeit des Steuerungssubjekts und Steuerbarkeit des Steuerungsobjekts Kritik geübt. Diese zwei Seiten der Form »Steuerungshandeln« werden vielmehr *als Unterscheidung* auf ihre Adäquatheit hin kritisch überprüft. Zur Diskussion steht hier die Form »Steuerungssubjekt/Steuerungsobjekt« *als Unterscheidung*. Für die formtheoretisch ausgerichtete Semantikanalyse stellt sich nun die Aufgabe, zu beschreiben, welche Reflexionen Druck auf die formentheoretische Konzeptionalisierung der klassischen Steuerungssemantik ausüben und so eine Veränderung im Grundkonzept herbeiführen. Mit der bottom-up Perspektive wird bereits eine Alternative formuliert zur hierarchischen top-down Perspektive. Die bottom-up Perspektive wird dann von der Netzwerkforschung aufgenommen und weiterentwickelt, angeleitet durch Erkenntnisse aus den empirischen Implementationsstudien (Mayntz 1996, 2004; Pülzl/Treib 2007). Die wichtigsten Erkenntnisse, die man aus diesen Studien zieht, sind: Es gibt eine schier unendliche Anzahl möglicher Erfolgsfaktoren für „gute“ und „erfolgreiche“ Implementierung/Steuerung. Zweitens: Der Staat hat kein Monopol auf Steuerung, es gibt vielmehr auch andere Formen der Wohlfahrtsproduktion und der Steigerung des Gemeinwohls.

„(...) the theoretical models presented by implementation scholars, no matter whether they emerged in the context of the first, second, or third generations of research, typically comprise a multitude of potential explanatory variables. Yet we know little about which of these factors are more or less important under what kind of background conditions” (Pülzl/Treib 2007: 103).

„Am Ende der Beschäftigung mit den verschiedenen Voraussetzungen staatlicher Steuerungs-fähigkeit stand die Einsicht, dass es keine einfachen Rezepturen für ihre Erhöhung gibt, ja es stellte sich sogar die skeptische Frage, ob nicht eine Theorie politischer Steuerung – ähnlich wie die Theorie rationalen Handelns, mit der sie manches gemeinsam hat – auf unrealistischen Prämissen beruht. Tatsächlich basiert, genau besehen, eine auf die Voraussetzungen staatlicher Steuerungs-fähigkeit konzentrierte Steuerungstheorie stillschweigend auf der Vorstellung vom Staat als zentraler gesellschaftlicher Steuerungsinstanz und Garant öffentlicher Wohlfahrt” (Mayntz 1996: 149).

Mit der gewachsenen Variablenkomplexität entwickeln sich in der sw-WSF steuerungstheoretische Hybride (Pülzl/Treib 2007). Während den „bottom-uppers“ quasi aus

normativen Gründen mehr oder weniger „verboten“ ist, hierarchische Entscheidungsspitzen in ihre Modelle zu integrieren, ist dieses „Verbot“ in den Hybrid-Ansätzen wieder aufgehoben. Diese Möglichkeit geht dabei mit einer Kontexterweiterung im Gegenstand einher, welche ihrerseits als die „Geburtsstunde“ der Netzwerkstudien, des Netzwerkkonzeptes (und damit auch eines „neuen“ Steuerungsparadigmas) in der sw-WSF gelten kann. Die Rede ist von neuen supra- und transnationalen Entscheidungs- und Machtkonstellationen im Spannungsfeld politischer und ökonomischer Globalisierung. In der sw-WSF hat sich hierfür schon längst ein eigenes Forschungsgebiet aufgetan, die sog. EU-Studien. Hier wird in „Mehrebenenmodellen“ (Schmid, J. 2003; Schmidt, M. 2003) über große politische Netzwerke und den Einfluss supranationaler Institutionen auf nationale Politik geforscht, besonders im Hinblick auf Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Damit verbunden ist ein Phänomen, das Jachtenfuchs/Kohler-Koch als Entgrenzung beschreiben.

„Entgrenzung geht mit der Verringerung politischer Steuerungsfähigkeit des Staates einher, weil die Reichweite seines Handelns territorial begrenzt, die Adressaten seiner Politik aber transnational beweglich oder gar exterritorial verankert sind. Die gemeinsame Ausübung von Souveränität in der EU erweitert den Handlungsrahmen, bindet die Mitgliedstaaten der EU jedoch in komplexe Entscheidungsprozesse ein, die mit den Problemen der horizontalen Koordination in Verhandlungssystemen belastet sind“ (Jachtenfuchs/Kohler-Koch 1996: 22).

Gerade jedoch der gewachsenen Einsicht in die zunehmende Komplexität der politischen Entscheidungsstrukturen im Zuge der mit Internationalisierung und Transnationalisierung einhergehenden, politischen Kompetenzverschiebungen, wird forschungsprogrammatisch mit dem Netzwerkansatz und der damit eng verwandten Neokorporatismus-Forschung (wie sie hauptsächlich auf dem Gebiet der Industrial Relations praktiziert wird: Streek/Schmitter 1985) begegnet.<sup>143</sup> Es geht dabei um „policy Netzwerke“ (Mayntz 1993), genauer gesagt um horizontale und vertikale policy Netzwerke (Roth/Schmid 2001) bzw. um die „multiplicity of domestic actor networks including the variegated preferences and institutional properties of these networks“ (Pülzl/Treib 2007: 98). Neben die quasi re-legitimisierte, „neue Vertikale“ tritt also vermehrt auch die Horizontale, und zwar die politikübergreifende Horizontale. Wirtschaft, Politik, Bürgergesellschaft, alle Akteure sind *politisch relevante* Akteure,

---

<sup>143</sup> Pülzl/Treib (2007) sprechen hier zu Recht die Nähe des Netzwerkansatzes zu organisationssoziologischen Studien an. Als Vorreiter werden hier in der sw-WSF gerne Powell und Williamson verwiesen, die sich besonders aus transaktionskostentheoretischer Sichtweise für Netzwerke interessieren.

und können in Netzwerkzusammenschlüssen eine Regelungsstruktur bilden. Im Zentrum stehen dann Regulierungsbeziehungen und Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Akteuren: Sozialstaat und andere staatliche Akteure (Ämter, Behörden, usw.), supranationale Akteure (UNO, EU, usw.), nicht-staatliche Akteure (Verbände, Interessenvertretungen, Politiknetzwerke, Unternehmenspartnerschaften, u. a.) sowie die Sozialstaatsklientenschaft.

„Fast unbemerkt löste sich damit der Politikbegriff von seiner Bindung an Akteure des politisch-administrativen Systems; Politikentwicklung konnte nun jede Form kollektiven Bemühens um die Lösung eines gemeinsamen Problems heißen“ (Mayntz 1996: 152).

Letzten Endes löst sich damit auch der Politikbegriff vom Staatsbegriff. Der Staat als Hauptorganisation ist dann nur noch eine Schnittmenge von Politik. Politik ist jetzt immer dann involviert, sobald die Lösung gemeinsamer Aufgaben ansteht.

„All of these developments gave rise to a new non-hierarchical model of political steering. The new keyword of this model is "governance" within policy networks or negotiation systems where public actors from different levels cooperate with private actors in the production and execution of policies“ (Püzl/Treib 2007: 102).

Mit den einsetzenden Netzwerkstudien und dem daran nahtlos anschließenden governance-Konzept weicht auch eine klassische Frontenstellung auf, die zwischen Staat und Markt.<sup>144</sup> Netzwerk tritt als dritte, hybride Steuerungsform neben Markt und Hierarchie (Politik) (Mayntz 1996: 158), wobei Markt mit ungeplanter Selbststeuerung, Hierarchie dagegen mit geplanter, zentraler Fremdsteuerung assoziiert wird. Das „neue“ Motto »Jenseits von Markt und Hierarchie« (Mayntz 1993; Streeck/Schmitter 1985) könnte dies nicht besser zum Ausdruck bringen. Während das Wort „jenseits“ zum Ausdruck bringt, dass es sich hier um etwas „drittes“ handeln soll, wird der Gegensatz »Staat/Markt« erst einmal noch reproduziert.

„Am Ende des Pendelschwungs vom Modell des steuernden Interventionsstaates zum Modell marktlicher Selbstregelung, das offenbar auch nicht als universelles Lösungsprinzip für sämtliche Entwicklungsprobleme moderner Gesellschaften gelten kann, stand somit die Frage nach einem Weg nicht nur jenseits der Hierarchie, sondern auch des Marktes. Hier hatte inzwischen die Policy-Forschung einiges anzubieten“ (Mayntz 1996: 151).

Der Staat als zentrale, gesellschaftliche Steuerungsinstanz ist somit in der sw-WSF „entzaubert“ worden, er hat kein Monopol mehr auf Steuerung: „(...) die Gesellschaft

---

<sup>144</sup> Die Begriffe Netzwerk und governance werden meist synonym verwendet. So spricht etwa Kohler-Koch (1999) von der governance Struktur der EU als von einem network system.

der Moderne hat kein Zentrum mehr, der Staat ist "entzaubert" (Willke 1983) und zentrale Gesellschaftsteuerung eine Utopie" (Mayntz 1996: 153). Steuerung wird denn auch nicht mehr akteurstheoretisch, sondern institutionalistisch bzw. strukturalistisch gedacht und *konzipiert*.<sup>145</sup> Mit der Aufweichung der Unterscheidung »staatliches Steuerungsobjekt/nicht-staatliches Steuerungsobjekt« verliert die staatlich-hierarchische Gesellschaftsteuerung ihre Monopolstellung als zentrale Steuerungsinstanz. „Das bedeutet, daß es zwar Steuerung *in* der funktionell differenzierten Gesellschaft gibt, aber keine politische Steuerung *der* Gesellschaft“ (ebd: 165). Das Governance-Konzept, als steuerungstheoretische Konsequenz der neuen, entgrenzten Entscheidungsstrukturen, ist dann als Reaktion auf die Reflexion zu verstehen, dass es keine souveräne, übergeordnete Instanz mehr gibt (Mayntz 2004: 5), sondern nur noch eine Vielzahl potentiell gleichberechtigter Institutionen/Akteure, so dass Governance „(...) implies that private actors are involved in decision-making in order to provide common goods (...)“ (Héritier 2002: 3). Die Fragen nach Steuerbarkeit und Steuerungsfähigkeit werden somit hinfällig, da die Differenz zwischen Subjekt und Objekt verschwindet (Mayntz 2004: 7). An diesem Punkt angekommen, spricht Mayntz dann auch von dem Übergang von der Steuerungstheorie hin zu »Governance«. Genau diese Ununterscheidbarkeit von Subjekt und Objekt zeichnet dann »Governance« aus. Nicht mehr die staatspolitischen Akteure und die passiven, gesellschaftlichen Adressaten stehen im Fokus der Forschung, sondern die eigenlogischen, teilautonomen und vor allen Dingen auch gesamtgesellschaftlichen Regelungsstrukturen (Mayntz 2004; Pülz/Trieb 2007).

„Am Ende umfasste der Begriff Governance alle wesentlichen Formen der Handlungskoordination. Das eigentlich "Politische", das interventionistische Handeln tritt dabei in den Hintergrund: nicht die Intervention, das Steuerungshandeln von Akteuren, sondern die wie auch immer zustande gekommene Regelungsstruktur und ihre Wirkung auf das Handeln der ihr unterworfenen Akteure steht nun im Vordergrund. Die Governance-Perspektive geht damit nahtlos in eine institutionalistische Denkweise über“ (Mayntz 2004: 5).

Im Unterschied zum klassischen Steuerungskonzept geht es dann beim Governance-Konzept nicht mehr um das konkrete Steuerungshandeln, sondern um die strukturellen (institutionellen) *Möglichkeitsbedingungen* des Steuerungshandelns selbst.<sup>146</sup> Der

---

<sup>145</sup> Mayntz/Scharpf (1995) versuchen sich in einer fruchtbaren Symbiose aus Akteurstheorie und Institutionalismus und entwerfen das Modell des akteurzentrierten Institutionalismus.

<sup>146</sup> Theoretische Bezüge zu älteren embeddedness-Dabatten können dabei nicht von der Hand gewiesen werden. Die Eingebettetheit wird dann spätestens mit der Einführung des „dritten Sektors“ wieder

Gedanke eines „Wohlfahrtsmix“ überträgt sich auch auf das neue Steuerungskonzept. Dann kann man auch von einem strukturellen Steuerungsmix sprechen, und zwar in zweifacher Hinsicht: Zum einen ist auf der horizontalen Ebene nicht mehr nur der Staat vorgesehen, zum anderen ist bei zunehmender „multilevel governance“ (Benz 1998) im Zuge der Kompetenzverschiebungen in der (global-)politischen Entscheidungsstruktur eine klare Subjekt/Objekt-Unterscheidung nicht mehr möglich. Das, was wir in unseren Analysen als Erweiterungen der Basisform behandelt haben, überträgt sich dann auch auf das neue Steuerungskonzept.

„Steuerungs- und Legitimationsdefizite auf lokaler und nationaler Ebene wurden unter anderem durch die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Gruppen in Beratungszirkel, durch public/private partnerships sowie die Übertragung vormals staatlicher Aufgaben an halbstaatliche oder private Institutionen beantwortet. (...) Programmatisch setzt diese Politik der partiellen Inklusion nichtstaatlicher Akteure auf die Idee von (*Global*) *Governance*. (...) Neben Staat (primäres Medium: Macht) und Wirtschaft (primäres Medium: Geld) treten nun zivilgesellschaftliche Kräfte, die nicht nur (...) ihre Kapazitäten der Selbstregulierung jenseits von Staat und Wirtschaft geltend machen, sondern auch einen Anspruch auf die Mitgestaltung von Weltpolitik erheben“ (Rucht 2003: 1013).

Was den Aspekt der durch Inter- und Transnationalisierung hervorgerufenen Kompetenzverschiebungen betrifft, spricht Zürn von der „Wahlverwandtschaft zwischen hierarchischer Steuerung und Nationalstaat sowie von neuen Steuerungsmodi und Regieren jenseits des Nationalstaates“ (Zürn 2003: 1068). Ein neuer Oszillationsrahmen tut sich auf, nämlich der zwischen der Horizontalen und der Vertikalen. Steuerung als Konzept wird gesamtgesellschaftlicher (man möchte fast sagen: demokratischer!) und (dadurch?!) komplexer. Das „Versagen“ traditioneller Steuerungsformen im Rahmen eines kausallinearen input-output Modells (Pülz/Treib 2007; Roth/Schmid 2001), der mit einer „Anspruchsinflation“ (Luhmann 1981a) bei knappen Kassen einhergehende „political overload“ und die „Unregierbarkeit“ (Offe 1979) sowie die zunehmende Kompetenzdiffusion und Komplexität (global-)politischer Entscheidungsprozesse ebnet in der sw-WSF schließlich den Weg zur Propagierung „weicherer“, dezentraler Steuerungsformen wie etwa dem Modell dezentraler Kontextsteuerung (Willke 1983, 1997). Bei der Frage danach, wer nun die Steuerungsakteure sind, plädiert man dann, ganz im Sinne des theoretischen Synthesekonzeptes in der sw-WSF, dem

---

verschärft betont. Man kann in der Tat gewisse Überschneidungen und Gemeinsamkeiten zwischen dem Netzwerkgedanken einerseits und den embeddedness-Theoretikern (allen voran Granovetter) andererseits feststellen. Beiden Ansätzen ist der Vorrang der Struktur vor dem Akteur gemein.

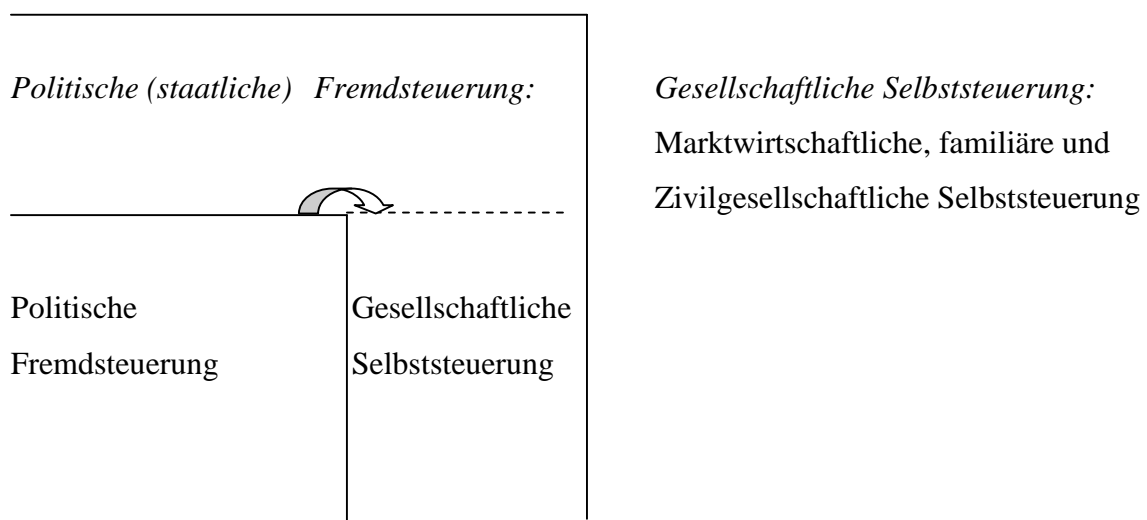


Institutionalismus, für eine Synthese ökonomischer, akteurstheoretischer und institutioneller Theorien (Schmid, G. 2006).

#### 5.1.2.2.3 Zusammenfassung: Das neue Steuerungskonzept.

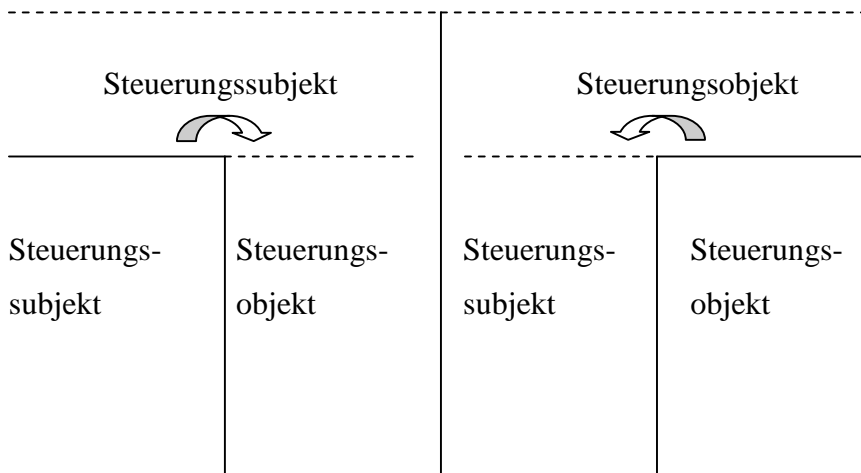
Das neue Steuerungskonzept bricht mit zwei zentralen Prämissen des „klassischen“ Paradigmas: Zum einen mit dem Aspekt der Hierarchie, zum anderen mit der klaren Subjekt/Objekt-Unterscheidung und damit mit den Grundannahmen über Steuerungs-fähigkeit und Steuerbarkeit (Mayntz 1996, 2004; Héritier 2002; Rhodes 1997). In folgendem Schaubild wollen wir die formentheoretischen Veränderungen im neuen Steuerungskonzept illustrieren.

#### Schaubild (15) Das neue Steuerungskonzept: Governance



Die Unterscheidung »Politische (staatliche) Fremdsteuering/Gesellschaftliche Selbststeuerung« tritt auf der Seite der politischen (staatlichen) Fremdsteuering wieder ein (re-entry), wobei auf dieser Seite dann eben die Notwendigkeit/Funktion gesellschaftlicher Selbststeuerung zunehmend gesehen wird. Dies soll der Pfeil andeuten, mit dem die Markierung von links nach rechts kippt (gestrichelte Linie). Nicht mehr nur der Markt, sondern auch die Selbststeuerungspotentiale von Familie und Zivilgesellschaft werden gesehen (sprich: unterschieden!). Parallel dazu verändert sich auch die Ausgangsform des Steuerungshandelns:

## Schaubild (16) Die neue Form des Steuerungshandelns



In der neuen Form des Steuerungshandelns finden gleich zwei re-entries statt, je nachdem, welche Seite der Grundform »Steuerungssubjekt/Steuerungsobjekt« gerade von der Politik markiert wird. Dies sollen die gestrichelten Linien zum Ausdruck bringen. Im Falle der Markierung des Steuerungsobjektes (soziale Systeme, Akteure, Adressaten usw.) tritt die Grundform (Subjekt/Objekt) in das durch sie Unterschiedene (hier also: das Steuerungsobjekt) wieder ein. Den Objekten werden dann auch subjektive (sprich: steuernde) Qualitäten zugesprochen. Im anderen Falle, also des Eintritts der Unterscheidung auf der Seite 'Steuerungssubjekt', wird dann gesehen (und markiert), dass das Subjekt (in diesem Falle also: die Politik) wiederum von anderen Subjekten („Objekten“) gesteuert wird. Im neuen Konzept »Governance« geht es dann eigentlich nur noch um Form und Qualität unterschiedlicher Regulationsstrukturen, in denen das eigene Steuerungshandeln (sofern man davon überhaupt noch sprechen kann) schon immer eingebettet und damit prädisponiert ist. Die (institutionell vermittelte) Inklusion in Entscheidungsstrukturen ist dann bereits mehr als „die halbe (Steuerungs-)Miete“: „Dabeisein und Mitmachen ist Alles!“, so vielleicht ließe sich das „neue“ Steuerungskonzept paraphrasieren. Streng genommen ist dann das neue Konzept gar nicht mehr formentheoretisch darstellbar; es fehlt jegliche Anfangsunterscheidung, auf der dieses Konzept aufbaut. Bei absoluter *Gleichwertigkeit* der beteiligten Steuerungskandidaten, und bei *gleicher* struktureller Ausgangsposition (Eingebettetheit jeglicher Institutionen/Akteure in steuernde Strukturformationen) ist eine *Ungleichheit* formentheoretisch nicht mehr auszumachen. Die obigen Schaubilder (15, 16) bilden

denn auch korrekterweise nicht das neue Konzept ab, sondern die formentheoretischen Reflexionsprozesse *innerhalb des „klassischen“ Modells*.

Von diesen Formenbewegungen völlig unberührt bleibt allerdings die weiterhin in der sw-WSF (re)produzierte Prämisse der *Interventionsbedürftigkeit* der modernen (kapitalistischen) Gesellschaft. Mayntz (2004) ist daher vollends zuzustimmen, wenn sie behauptet, dass es sich bei dem Governance-Konzept nicht um ein völlig neues Paradigma, im Sinne einer neuen Semantik handelt. Sie selbst spricht von „Akzentverschiebungen“ *innerhalb der Steuerungssemantik*. Aber auch mit dem veränderten Steuerungsparadigma ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Wenn auch das Konzept an sich keine Neuerungen mehr erfährt, so scheint sich auf anderer Ebene eine Irritation des Governance-Konzeptes anzudeuten. Die positivistische Methodologie wird kritisiert und ihr ein konstruktivistischer Zugang entgegengestellt. Der Determinismus-Vorwurf am klassischen Steuerungskonzept (hierarchische Implementationsfähigkeit) wird in dieser interpretativen/konstruktivistischen Perspektive auch gegen das Governance-Konzept vorgetragen. Der „neue“ Determinismus ist dann ein Strukturalismus. Im Governance-Konzept gibt die Netzwerkstruktur den Rahmen vor, innerhalb dessen gesteuert wird. Also quasi eine Steuerung vor der Steuerung! Eben diese Vorfahrt der *Steuerungsstruktur* vor dem *Steuerungshandeln* (Mayntz 2004) wird nun konstruktivistisch kritisiert. Vor dem Hintergrund dieses neuen methodologischen Paradigmas wird dann die Konstruktion von Bedeutungen und damit die Analyse von Diskursen, Symbolen und kulturellen Variablen betont (Yanow 1996; Pülz/Treib 2007). deLeon (1999) spricht von „contingency concepts“, und stellt damit auf die akteurstheoretische Vielfalt und Varianz der verschiedenen Rahmenbedingungen ab. Pülz/Treib fassen diesen epistemologischen Paradigmenwechsel wie folgt zusammen:

“There is much to be learned from interpretative and constructivist approaches, which argue that policy contents and objectives as well as implementation problems often cannot be discerned on an objective bases. Instead, the nature of what is at stake in processes of policy execution may be subject to fundamentally different perspectives that are shaped by language, culture, and symbolic politics” (Pülz/Treib 2007: 103).

#### 5.1.2.2.4 Aktivierender Sozialstaat, aktivierende Arbeitsmarktpolitik: Beobachtungen eines neues Leitbildes

Das neue Steuerungskonzept wird in der sw-WSF hauptsächlich in Bezug auf die Arbeitsmarktpolitik (im Folgenden abgekürzt mit: AMP) aktualisiert und reflektiert. In diesem Abschnitt wollen wir nachzeichnen, dass und wie die neue Steuerungssemantik gerade in der Arbeits(market)fixiertheit zum Ausdruck kommt, und sich somit auch auf das in der sw-WSF kondensierte Selbstverständnis auswirkt.

Der Wohlfahrtsstaat wird in der sw-WSF hauptsächlich als „residualer Staat“ (Cerny 1996), „Wettbewerbsstaat“ (Hirsch 1995) „kooperativer Staat“ (Schmid, G. 1996; Braun 2000), „social investment state“ (Giddens 1999a; Rose, N. 1999), „enabling state“ (Gilbert/Gilbert 1989; Gilbert 1993), „Supervisionsstaat“ (Willke 1997) und als „aktivierender Sozialstaat“ (Giddens 1999a; Beck 2000a, 2000b; van Berkel/Møller 2003; Dingeldey 2005a) bezeichnet. Auch von „neuer Staatlichkeit“ (Dose 2003) ist die Rede. Diese Leitbilder sind allesamt Steuerungsleitbilder, Referenzpunkt ist die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Die Basisform »Wohlfahrtsstaat/(Arbeits-)Markt« und mit ihr die Bezugsproblematik der sozialen Frage werden sichtbar. Wir können dann aber auch weiter davon ausgehen, dass sich die formentheoretischen Reflexionen des Mediums »Arbeit« sowie der Basisform »Staat/Markt« (und seiner Erweiterungen) auch auf die Konzeptionalisierung eines neuen, auf Arbeit bezogenen Steuerungsleitbildes und Selbstverständnisses auswirken. Das neue, auf Arbeit bezogene Steuerungskonzept kommt in den Leitbildern „social investment state“, „aktivierender Sozialstaat“, „enabling state“ und „workfare state“ am besten zum Ausdruck. Van Berkel/Møller (2002) und Dingeldey (2005a, 2005b) heben explizit hervor, dass das neue Steuerungsleitbild des Staates in besonderem Maße an die sog. aktivierende Arbeitsmarktpolitik gekoppelt ist.

„In Deutschland wie auch in anderen europäischen Ländern wird mit Schlagworten wie „Aktivierender Staat“ bzw. „Aktivierende Sozialpolitik“ in den jüngsten Reformdebatten ein sozialpolitischer Paradigmenwechsel angekündigt. Dieser schlägt sich realpolitisch bislang vor allem in den Reformen der Arbeitsmarkt- und Sozialhilfepolitik nieder“ (Dingeldey 2005b: 1).

Die Rede von dem „aktivierenden Sozialstaat“ ist nicht nur ein politisch resonanzfähiges Schlagwort, auch in der sw-WSF wird es eifrig reproduziert und kommentiert.

„The concept of activation is extremely fashionable in political discourse, but also in scientific literature dealing with the changes affecting our Western societies“ (Pascual 2004: 214).

Kaum ein Wohlfahrtsstaatsbuch, das sich nicht mit Formen und Auswirkungen der Globalisierung (wirtschaftlicher wie politischer) in Bezug auf die (noch hauptsächlich) nationalstaatlich konzipierten „Arbeitskollektive“ (sprich: die „Erwerbsfähigen“) und Arbeitsmärkte beschäftigt. Der Themenkomplex Wohlfahrtsstaat und Arbeitsmarkt kondensiert, so könnte man sagen, die komplette Palette der zentralen, konstitutiven Formen und Semantiken der sw-WSF. Erst jedoch als kondensierte Formen *im* Steuerungskonzept bzw. Krisenkonzept bekommen diese Formen ihren eigentlichen Sinn. Was Briggs Anfang der 1960er Jahre formuliert, hat heute noch seine Gültigkeit:

„Unemployment, however, at least in the form in which it is thought of as a social contingency, is a product of industrial societies, and it is unemployment more than any other social contingency which has determined the shape and timing of modern „welfare“ legislation“ (Briggs 1961: 229).

Anders als Dingeldey fragen wir jedoch nicht danach, „(...) wie sich Governance bzw. Steuerungsformen im Zuge des Wandels zum aktivierenden Sozialstaat verändern“ (2005b: 1). Unsere „Kausallogik“ ist spiegelverkehrt. Die formentheoretischen Reflexionen in den Formen und Semantiken der sw-WSF wirken sich auf die „Architektur“ des Steuerungskonzepts aus, welches seinerseits schon immer zentrales Element kompensatorisch-funktionalistisch konzipierter Staatlichkeit ist. So sind denn auch die arbeitsmarktpolitikzentrierten Leitbilder *Steuerungsleitbilder*, die in der sw-WSF vielbeschriebenen Krisen und Probleme letztlich *Steuerungskrisen/-probleme*.

Die Arbeitsmarktpolitik ist ein politikfeldübergreifendes Staatstätigkeitsfeld mit Berührungen zu Wirtschafts- und Fiskalpolitik (Schmid, G. 1983; van Berkel/Møller 2003; Roth/Schmid 2001). Damit ist sie ein überaus ausgabenintensives bzw. einnehmenssensibles Politikfeld. Es verwundert denn auch nicht groß, wenn die „Krise des Wohlfahrtsstaats“ eng in Zusammenhang gebracht wird mit dem Ende der Ideologie „immerwährender Prosperität“ (Flora 1986). Damit geht in der Literatur der sw-WSF der Wandel vom fordistisch-keynesianischen Staats- und Politikverständnis hin zum Leitbild eines postfordistisch-(neo-)liberalen Staates einher (Jessop 1994; Schmid, G. 2000, Dingeldey 2005b, 2005c). Das fordistische Nachkriegsmodell praktiziert nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik. Das auf dem Vollbeschäftigungsprinzip basierende Staatsbild kann sich dann erst einmal auf die sog. passive Arbeitsmarktpolitik, d. h. auf Transferzahlungen im Falle von Arbeitslosigkeit, konzentrieren. Nach und nach richtet man sich international auch auf Maßnahmen der

sog. aktiven Arbeitsmarktpolitik ein.<sup>147</sup> Damit sind zunächst staatssubventionierte Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen gemeint oder auch betriebliche Eingliederungs- und Unterstützungsleistungen. Das übergeordnete Ziel ist es dann, das bestehende Arbeitskräftepotential an die Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt anzupassen, „demand-side“ politics zu betreiben. Mit der ökonomischen Globalisierung und der durch andauernde Arbeitslosigkeit geförderten Fiskalkrise verliert der Sozialstaat an finanziellem Spielraum und nationalstaatlicher Handlungsfähigkeit. Durch Deregulierung, Enthierarchisierung und Lohnsenkungen und Senkungen der Staatsausgaben (Reduzierung von Arbeitslosengeld und anderer Sozialleistungen) angestoßen, gewinnt zunehmend angebotsorientierte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik an Bedeutung. Oberstes Ziel hier ist dann die Reduzierung bzw. Differenzierung des Arbeitskräfteangebotes, es wird „supply-side Politik betrieben. Passive wie aktive AMP werden deutlich zurückgefahren, bzw. ergänzend (und international in verschiedenem Ausmaß) „deaktivierende Arbeitsmarktpolitik“ betrieben (Ludwig-Mayerhofer 2005: 228) Darunter ist etwa die Frühverrentungsstrategie zu zählen, ebenfalls eine Form der angebotsorientierten, in diesem Falle Arbeitskräfteangebot reduzierenden Strategie. Mit dem Modell des „aktivierenden“ Sozialstaates und damit mit dem Konzept „aktivierender Arbeitsmarktpolitik“ wird in der Literatur nun ein drittes Modell diskutiert, das für die gegenwärtigen Veränderungen im Leitbild des (steuernden) Sozialstaats steht:

„Soziale Leistungen der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe fallen unter das Adjektiv „passiv“; „aktiv“ sind die bisherigen Maßnahmen der Arbeitsförderung. „Aktivierung“ hingegen durchkreuzt beide Felder als neues Leitbild in Richtung von Prävention und Anreizen zur Arbeitsaufnahme“ (Brütt 2003: 656).

Interessant für unsere Zwecke ist hier freilich, wie in der sw-WSF über dieses neue Steuerungsleitbild diskutiert wird. Die Beschreibungen (der Konsequenzen) des „aktivierenden“ Sozialstaats und seiner Implikationen für eine „neue“ Arbeitsmarktpolitik wollen wir in drei Kommunikationsformen einteilen:<sup>148</sup> Zwei Formen aktualisieren, mehr oder weniger ausgeprägt, das Medium »Moral« in ihren bewertenden Beschrei-

---

<sup>147</sup> Dass die Unterscheidung aktiv/passive AMP nicht unproblematisch ist, zeigen Pascual (2004) und Ludwig-Mayerhofer (2005) auf.

<sup>148</sup> Dabei handelt es sich um eine kommunikative Typologie. Im Zentrum der Analysen steht das „Wie“ und nicht das „Wer“. Unsere Unterscheidung dieser Kommunikationstypen steht also quer zu der Zuordnung konkreter Namen/Autoren. Dennoch werden wir im Folgenden die verschiedenen Kommunikationsformen beispielhaft mit Autorenschaften belegen. Dies bedeutet jedoch noch lange nicht, dass diese Autoren ausschließlich diesen Typus aktualisieren, es gibt allenfalls Tendenzen.

bungen, während ein dritter Typus in eher beschreibendem Modus die (formentheoretischen) Veränderungen im Konzept selbst zum Thema macht. Eine erste moralsensitive Kommunikationsform setzt den aktivierenden Sozialstaat mit den Strategien eines „Schumpeterian workfare-state“ gleich (Jessop 1994; u. a.; Schmid, G. 2000). Der im Schumpeter-Modell zum Ausdruck kommende Zwang zur Arbeitsfindung/-aufnahme durch extrem residuale/restriktive staatliche Unterstützungsleistungen wird dann in anti-neoliberaler Haltung „kritisiert“ und für „schlecht“ befunden.<sup>149</sup> Fast schon reflexartig ist dann von „Rückschlag“ bzw. „Re-Kommodifizierung“ die Rede (Pierson 2001; Ludwig-Mayerhofer 2005; Breen 1997; Müller/Scherer 2003). Gerade also die politisch geforderte Kommodifizierung wird kritisiert. Die Diagnosen einer Re-Kommodifizierung durch workfare schreiben aber auch die (formenanalytisch überholte!) Zentralität der Erwerbsarbeit fort. So werden denn auch Krisen und Metamorphosen des Sozialstaats nicht nur auf dem „Negativkonto“ des Mediums »Moral« verbucht. Sie erscheinen auch und zuvorderst als Einschnitte auf dem Arbeitsmarkt sowie als arbeitsmarktpolitische Rückschritte (Scharpf/Schmidt 2000). In diesem Zusammenhang sind dann auch die Debatten um New Public Management (abgekürzt: NPM) und Neoliberalismus moralisch negativ kodiert (Butterwegge/Hickel/Ptak 1998, Koch 1995). Das was Rhodes als NPM definiert, wird dann moralisch als negativ verbucht.

„Initially the 'new public management' (NPM) had two meanings: managerialism and the new institutional economics. Managerialism refers to introducing private sector management methods to the public sector. It stresses: hands-on professional management, explicit standards and measures of performance; managing by results; value for money; and, more recently, closeness to the customer. The new institutional economics refers to introducing incentive structures (such as market competition) into public service provision. It stresses: disaggregating bureaucracies; greater competition through contracting out and quasi-markets; and consumer choice” (Rhodes 1997: 48/49).

Bedingt durch die formentheoretischen Reflexionen in den Medien »Moral« und »Arbeit«, sowie bedingt durch die akteurstheoretischen Erweiterungen der Basisform »Wohlfahrtsstaat/Arbeitsmarkt« wird in der sw-WSF aber auch ein moralisch positiv codierter Kommunikationstypus aktualisiert. Statt den Niedergang sozialstaatlicher

---

<sup>149</sup> Kronauer (2002) und White (2000) weisen in diesem Zusammenhang (selbstkritisch?) darauf hin, dass gerade T. H. Marshall, der in der sw-WSF gefeierte Begründer und Verfechter der Staatsbürgerschaftsrechte, auch schon immer die Pflicht zur Arbeit betont, also gerade auch Kommodifizierung als notwendiges Element innerhalb eines „welfare contractualism“ hervorhebt (White 2000: 512).

Errungenschaften zu beklagen und kritisieren, arbeitet sich der zweite moralsensitive Kommunikationstyp an der Kopplung der moralisch „positiv“ kodierten Unterscheidungen ab. Nicht-Erwerbsarbeit (Bürgerarbeit) wird moralisch erhöht, der Begriff der Aktivierung weiter definiert. Diese hauptsächlich von Beck, Gorz, Etzioni und Giddens (zum Teil auch Habermas) gepflegte Lesart schreibt sich die Begriffe „Bürgergesellschaft“ und „Tätigkeitsgesellschaft“ auf die Brust und sieht in den Re-Kommodifizierungsprozessen eher den Beweis dafür, dass die Arbeitsgesellschaft eben von der Tätigkeitsgesellschaft abgelöst werden muss.<sup>150</sup> Dettling (1995) sieht Bürgerarbeit gar als den einzigen Ausweg aus der Krise der Arbeitsgesellschaft. Eine besondere Variante, die die Rekommodifizierungskritiker und die Bürgerarbeitsprotagonisten vereint und verbindet, stellt die Diskussion um Sinn und Zweck der Einführung eines (staatlichen) Grundeinkommens dar (Parijs, van 1995; Vobruba 2007). Auch dieser Vorschlag zielt letzten Endes auf eine angebotsorientierte Entlastung der Arbeitsgesellschaft ab. Und dies, gerade weil ein Grundeinkommen von dem Zwang zum Verkauf der eigenen Arbeitskraft befreien soll. Das Ziel ist dann, eine Abkopplung von Arbeit und Einkommen zu erreichen (Vobruba 2007). Statt Bedauerung zu praktizieren, markiert dieser Kommunikationstyp Umdenkungsprozesse. Dieser starke Glaube an das (Lösungs-)Potential eines Re-/Subpolitisierungprozesses findet sich besonders stark ausgeprägt bei Beck, wenn dieser von der „Subpolitisierung der Gesellschaft“ bzw. von den „Metamorphosen des Staates“ und damit vom Wandel des Handlungs- zum Verhandlungsstaat spricht (Beck 1993: 216f). Hierbei kommt der Zivilgesellschaft (und damit dem dritten Sektor) als „Retter“ große Bedeutung zu. Dieser Gedanke durchzieht Beck's Autorenschaft seit seinem Buch zur »Risikogesellschaft« (Beck 1986). Bereits in diesem Buch verweist Beck auf die „begrenzte Steuerungs- und Interventionskapazitäten des Staates gegenüber den Akteuren der Modernisierung in Industrie und Forschung (Beck 1986: 306/307).

„Das politisch administrative System kann dann nicht länger einziger oder zentraler Ort des politischen Geschehens sein. Gerade *mit* der Demokratisierung entstehen *quer* zur formalen vertikalen und horizontalen Gliederung von Befugnissen und Kompetenzen Netzwerke der Ab- und Mitsprache, des Aushandelns, Uminterpretierens und möglichen Widerstands“ (ebd: 313).

In diesem Zitat aktualisiert Beck bereits den Netzwerkgedanken des neuen Governance-Konzepts, beschränkt sich allerdings akteurstheoretisch auf die Bürgergesellschaft. In

---

<sup>150</sup> Fast schon als neomarxistische Determinationsthese in Bezug auf eine „neue Staatlichkeit“ zu lesen.



dieser sub-/mikropolitischen Neubestimmung des Politischen kommt also besonders dem dritten Sektor eine wichtige und zentrale Bedeutung zu.

„Während sich im Zeitalter der Globalisierung die Einflußmöglichkeiten nationalstaatlicher Politik auf die Schaffung von Arbeitsplätzen immer weiter einschränken (...), erschließt sich die Politik mit der Einrichtung von Bürgerarbeit eine neue Quelle ihrer Legitimation: Sie kann das Wohl ihrer Bürger mehr mit relativ geringen Mitteln und in der paradoxen Form aktiver Selbstzurücknahme des Staates“ (Beck 2000b: 445).

Ein dritter Kommunikationstyp schließlich scheint der einzig amoralische Typus zu sein. In den von diesem Typus hervorgebrachten Beschreibungen kommt weniger „Kritik“ (an Neoliberalismus, New Public Management) oder (kommunitaristische) Moralisierung/Glorifizierung zum Ausdruck. In teilweise sehr detaillierter Vorgehensweise werden hier Konsequenzen der Veränderungen im Steuerungskonzept in Bezug auf die Sozial-/Arbeitsmarktpolitik erörtert. Auf relativ moralfreiem Boden können dann die semantischen/konzeptionellen Besonderheiten der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik beschrieben werden.

„Mit dem Paradigmenwechsel zur aktivierenden Arbeitsmarktpolitik wurde die staatliche Verantwortung zum Erreichen des Vollbeschäftigungsziels, respektive die Steigerung der Nachfrage nach Arbeit, auch formell zurückgenommen und *employability* (Beschäftigungsfähigkeit) als neues Meta-Ziel der Arbeitsmarktpolitik benannt. Dies wird als eine Art „supply-side egalitarianism“ bezeichnet, da nun Chancengleichheit anstelle materieller bzw. formeller Gleichheit (equity) steht“ (Dingeldey 2005b: 4).

Das neue „Paradigma“ der aktivierenden Arbeitsmarkt-/Sozialpolitik wird konzeptionell mit den „klassischen“ Paradigmen der angebots- bzw. nachfrageorientierten AMP verglichen. Die Hybridität der aktivierenden AMP kommt dann in der Mischung klassischer Instrumente der nachfrageorientierten, „aktiven“ Arbeitsmarktpolitik (Qualifizierungsmaßnahmen, Weiterbildungsmaßnahmen) mit neuen angebotsorientierten Instrumenten der Kürzung von Umfang und Dauer von Sozialleistungen zur Konsolidierung des Staatshaushaltes zum Ausdruck. Die aktivierende Arbeitsmarktpolitik wird dann in der Literatur auch als modernisierte Form der aktiven Arbeitsmarktpolitik beschrieben (Dingeldey 2005c; Dahme/Wohlfahrt 2003). Aktive AMP und aktivierende AMP sind klar zu unterscheiden. So ist Ullrich (2003) zu Folge mit dem Leitbild der aktivierenden AMP schon immer die Neukonzipierung des Verhältnisses von Staat, Markt, Gesellschaft (Familie, dritter Sektor, u.a.) mitkommuniziert. Nicht so sehr die Politik und die Ausrichtung ihrer arbeitsmarktpolitischen Instrumente stehen hier im Zentrum, sondern Art und Form der Zusammenarbeit mit anderen Akteuren. Dazu Schmid, G. (2002):

„Die aktive Arbeitsmarktpolitik muss zur »aktivierenden Arbeitsmarktpolitik« weiterentwickelt werden, um die Anpassungsfähigkeit der individuellen und betrieblichen Akteure an den Strukturwandel zu erhöhen. Das bedeutet, das hierarchische Steuerungsprinzip »Intervention« zunehmend durch Kooperation und Wettbewerb zwischen sich selbst steuernden Gruppen, Verbänden und Organisationen zu ersetzen“ (Schmid, G. 2002: 18).

Natürlich schwingt auch in diesem Zitat moralische Kommunikation mit. Schließlich geht es um den Schutz der Individuen vor den Konsequenzen des Strukturwandels der Arbeitsgesellschaft. Es zeichnet aber auch gleichzeitig die Konturen des neuen Steuerungskonzeptes nach. Den Unterschied zwischen aktiver und aktivierender AMP bringt Schmid, G. an späterer Stelle dann noch einmal auf den Punkt, wenn er von aktivierender AMP als von „interaktiver Arbeitsmarktpolitik“ spricht (ebd: 427). Auch die Feststellung, dass erst mit der aktivierenden AMP eine individuumsbezogene Beschäftigungspolitik (Stichwort: employability) an Bedeutung gewinnt (Dingeldey 2005b, c), ist Teil einer formentheoretischen Analyse des neuen Steuerungskonzeptes und Leitbildes. Zum ersten Mal ist der Bürger (Sozialstaatsklient) nicht mehr *nur* Empfänger von Leistungen (passive AMP) oder Förderungsmaßnahmen (aktive AMP), er wird als „Mitakteur“ *aktiviert* und in den Prozess der Beschäftigungsförderung als Selbst-Steuerungselement integriert.

„Thus, no more the structure of the labour markets, but the individuals are the targets of policy interventions. Employability policies aim at improving the individual’s capacity to work, respectively its competitive position on the labour market, for example by training measures. Furthermore, work incentives as well as the enforcement of labour market participation are becoming more important“ (Dingeldey 2005c: 6).

Mit diesem Konzept werden vormals klare Grenzen zwischen „linken“ und „rechten“ Perspektiven überschritten, die Konturen eines „third way“ treten hervor (Giddens 1999a). Man kann dann gegen Ganßmann (2000) behaupten, dass es sich hierbei - aus *steuerungstheoretischer* Sicht! - sehr wohl um einen eigenständigen „dritten Typus“ handelt. Dann macht nämlich genau jenes in der sw-WSF vielfach beschriebene Bedingungsverhältnis, welches in der Kombination aktiver und passiver Elemente zum Ausdruck kommt, sowie die damit implizierten, steuerungstheoretischen Konsequenzen das – *formentheoretisch* - „Neue“ aus! Dieses neue Bedingungsverhältnis kommt am besten in dem Giddens-Slogan: „No rights without responsibilities“ (Giddens 1999a) zum Ausdruck.<sup>151</sup> Die Ausgangsproblematik schildert Ganßmann, die

---

<sup>151</sup> Wobei dies kein rein angelsächsisch/US-amerikanisches Phänomen ist. In der internationalen WSF wird diese Entwicklung auch für die „konservativen Wohlfahrtsstaatsregime“ wie für die

steuerungstheoretischen Herausforderungen des neuen Bedingungsverhältnisses bringt Giddens auf den Punkt.

„Welche Formen und welche Niveaus der sozialen Sicherheit erhalten den Warencharakter der Arbeitskraft und erlauben dennoch das Überleben bei deren Nichtverkauf“ (Ganßmann 2000: 66)?

„Unemployment benefits, (...) should carry the obligation to look actively for work, and it is up to governments to ensure that welfare systems do not discourage active search“ (Giddens 1999a: 65).

Dieser dritte Kommunikationstypus bringt eine wichtige formanalytische Erkenntnis hervor. Von einer „passiven“ *Status*-Verankerung von Sozialrechten hin zu einer (inter)aktiven *Vertrags*-Verankerung (Streeck 1990; White 2000; Vincent-Jones 2006). Lahusen (2003) spricht gar von der „Politik als kontraktuelle Vergesellschaftung“. Während der „fürsorgende“, „reaktive“ Staat universelle Anspruchsberechtigungen - in Form finanzieller Zuwendungen oder anderer Rechte – den Bürgern bereitstellt (Dingeldey 2005b; Schmid, G. 1996), so wird im Leitbild eines „gewährleistenden“ Sozialstaats das Verhältnis zum Bürger umgestellt auf ein *Vertrags*verhältnis, in welchem dem Bürger neben Rechten auch Pflichten zukommen. Aus der deterministisch-hierarchischen Form »Verwaltung/Bürger« wird eine reziproke Form. Anders ausgedrückt: Die Gleichsetzung von »Staat« und »aktiv« bzw. »Bürger« und »passiv« wird aufgehoben. Vincent-Jones (2006) spricht von der Vertraglichung als einem „Regulationsmechanismus“ und unterscheidet drei Formen von „New Public Contracting“: Administrative contracts, economic contracts und social control contracts. Nur im letzten Fall geht es um die Regulierung des Verhältnisses von politischer Verwaltung und Sozialklient.

„(...) the public agency’s use of contract as a mechanism of behavioural regulation being governed by the powers and duties established by the wider regulatory framework (...). As we shall see, the values at play here include justice, effectiveness, fairness, protection of the public and the public interest, individual responsibility, and rehabilitation“ (Vincent-Jones 2006: 29).

Diese Vertraglichung der Beziehung Verwaltung/Bürger(Klient) wird in der sw-WSF in Bezug auf die „neue“ Arbeitsmarktpolitik diskutiert. Das „Formenerbe“ (Basisform und ihre Erweiterungen inklusive Reflexionen) der sw-WSF zeigt sich dann auch in der

---

„sozialdemokratischen Regime“ festgestellt (siehe Sammelband Gilbert/Voorhis van 2001; Koch/Stephan/Walwei 2005). In der sw-WSF gibt es mittlerweile eine Diskussion darüber, ob es verschiedene Typologien der aktivierenden Sozialpolitik gibt (Møller/Berkel van 2001) und ob Divergenz oder Konvergenz diese international anschlussfähige, neue Strategie kennzeichnen (Pascual 2004).

neuen, vertragsbasierten Steuerungs politik. White (2000) und Vincent-Jones (2006) sowie Andersen (2007) behandeln die Sozial-/Arbeitsmarktpolitik als das von „New Public Contracting“ im größten Ausmaße berührte Staatstätigkeitsfeld.

“Nowhere is this shift [to 'New Contractualism': CH] more manifest than in New Labour's agenda for reform of welfare and of public services more generally. The 'New Deal' between the state and the individual is intended to counter perceived problems of the welfare-dependency culture, spiraling expenditure, and the undermining of individual responsibility. (...) In the 'something for something' society, the duty of the state to ensure that citizens have a stake in society's future is balanced by the acceptance of responsibility of individuals for their own improvement” (Vincent-Jones 2006: 10).

Für das neue Steuerungskonzept haben wir zwei re-entries analysiert: Zum einen in Bezug auf die Form »Selbst-/Fremdsteuerung«, zum anderen in Bezug auf die Form »Steuerungssubjekt/Steuerungsobjekt« (vgl. 5.1.2.2.3). Vor diesem Hintergrund ist auch der neue Regulationsmechanismus »Bürgervertrag« zu verstehen. Enthierarchisierung und Demokratisierung des Steuerungskonzeptes führen die Politik (Verwaltung) vor das Problem der Wahl adäquater Steuerungsmedien. Gegeben den steuerungstheoretisch neu abgesteckten Restriktions- und Möglichkeitsrahmen der Sozialpolitik, steht jetzt im Zentrum:

„(...) die Befähigung zur Marktteilhabe bzw. zur Selbsthilfe. Die Unabhängigkeit vom Sozialstaat – und nicht die Unabhängigkeit vom Arbeitsmarkt – wird somit als Freiheit verstanden. Gleichheit bezieht sich eher auf gesellschaftliche Inklusion bzw. die Gewährleistung gleicher Teilhabemöglichkeiten im Sinne von Chancengleichheit und ist somit input-orientiert. (...) Aktivierende Sozialpolitik lässt sich damit als eine eher präventive Politik bezeichnen, bei der die Befähigung zur (individuellen) Risikobewältigung im Vordergrund steht“ (Dingeldey 2005b: 3).

Diese Befähigung muss auf irgendeine Weise erreicht/forciert werden können. Als Steuerungsmedium hat sich der »Vertrag« herauskristallisiert. Die neuen steuerungstheoretischen Rahmenbedingungen erfordern jedoch eine neue *Form* des Vertrages: Eine vertraglich abgesicherte Selbstverpflichtung, ein freiwilliges self-commitment oder formentheoretisch ausgedrückt:

„The client's freedom as the ability to take on obligation is precisely what the administration seeks to create by means of the contracts. What it hopes to achieve is a situation in which the client, once the one-sided statement is replaced by the mutual form of the contract and the subject is invoked to voluntary commitment, realizes and recognizes himself as free. The obligation, which the social service administration seeks to concretize through citizens' contracts, is the clients' obligation to act as if they were free, wanting freedom and to be responsible for their freedom” (Andersen 2007: 137).

Auch an dieser Stelle dürfen wir nicht die bisherigen Analyseergebnisse aus dem Auge verlieren. Gerade die Beobachtungsoptik »Inklusion/Exklusion« behält auch im

Konzept des aktivierenden Sozialstaats und im Hinblick auf die Arbeitsmarktpolitik ihre Bedeutung. Arbeitsmarktpolitik ist dann zunächst nichts anderes als Partizipations-/Inklusionspolitik; es geht um die Erreichung eines höheren Beschäftigungsgrades. In diesem Zusammenhang ist aktivierende Arbeitsmarktpolitik letzten Endes nichts anderes als Inklusionspolitik. Diese semantische Kopplung kommt besonders gut in dem 2003 in Norwegen verabschiedeten Programm „Ein mehr inkludierendes Arbeitsleben“ (Et mer inkluderende arbeidsliv) zum Ausdruck. Zusammen mit dem auf Selbstverpflichtung basierenden, neuen Steuerungskonzept bedeutet dann Partizipation und Inklusion immer auch „Selbstinklusion“ und „Selbstpartizipation“ Die „(neue) soziale Frage“ kreist weiterhin um die Form »Inklusion/Exklusion«. Pascual kommentiert die Umkodierung vor dem Hintergrund des neuen Steuerungskonzeptes.

„The meaning of the social question is thus coming to be understood in a new way. It is no longer taken to mean a guarantee of resources and security of livelihood but is coming to be understood as the question of how to foster economic *participation*. From a reference to solidarity (collective responsibility) as legitimating public intervention, it has moved on to emphasize the responsibility of the individual” (Pascual 2004: 225).

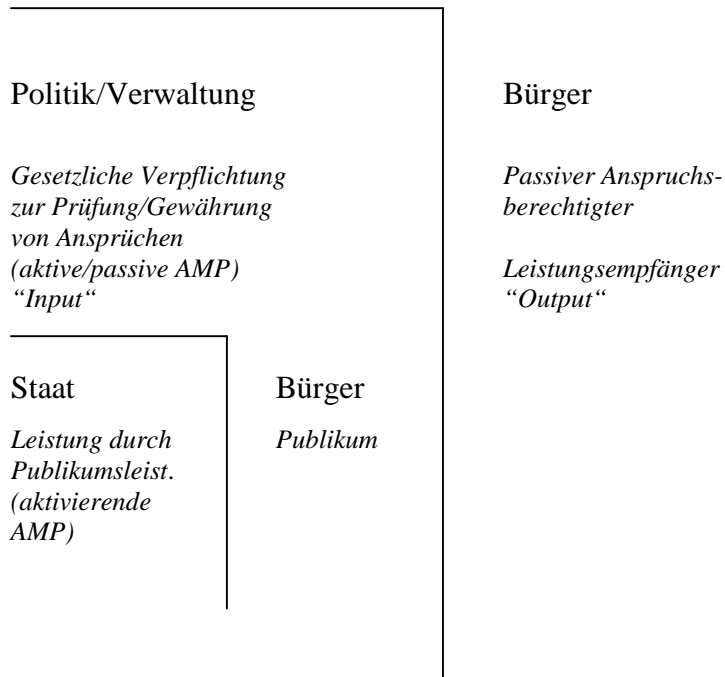
Ohne dies als „Gier des Marktes“ oder „Neoliberalisierung des politischen Systems“ zu beschreiben, wird hier eine *formentheoretische* Analyse angeboten. Man kann dann auch feststellen, dass die Aktivierungspolitik stark auf Arbeitsmarktinklusionspolitik eingeeengt ist, und dies, obwohl die Reflexionsprozesse im „Formenerbe“ diese eingeschränkte Lesart nicht mehr stützen.

„Most activation policies are employment rather than inclusion policies. They are (...) labourist. That is, labour market participation (...) is the most important goal of these policies, and not inclusion in its broader sense” (Møller/Berkel van 2002: 207).

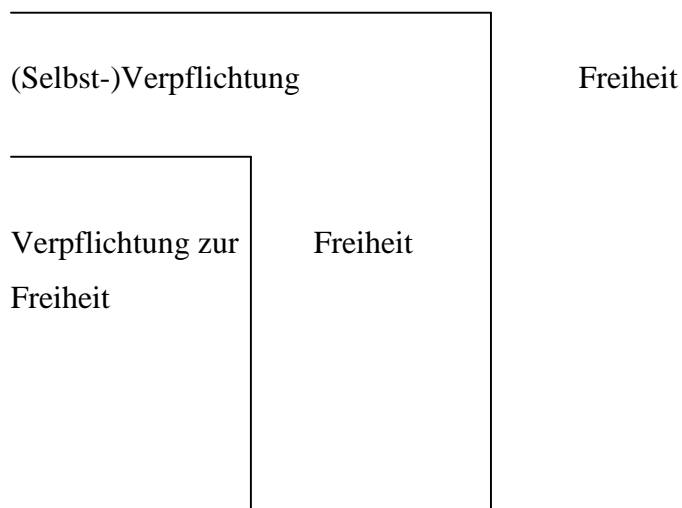
In folgendem Schaubild wollen wir das neue Klientenverhältnis im Steuerungsmodell der aktivierenden AMP sowie die Form des darin enthaltenen Sozialklientenvertrages näher veranschaulichen. In beiden Fällen ist ein re-entry zu beobachten.

**Schaubild (17 a, b) Aktivierende Arbeitsmarktpolitik: Das neue Klientenverhältnis und der neue Sozialkundenvertrag**

**a) Das neue Klientenverhältnis in der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik**



**b) Der neue Sozialkundenvertrag**



Die Inklusion des Bürgers in (steuerungs-)politische Prozesse ist also auch und gerade im Hinblick auf das neue, a-hierarchische Steuerungskonzept konstitutiv. Die Einbindung der Bürger ist dabei

„(...) vor allem mit der Erwartung verbunden, sie seien besser als traditionelle hierarchische Politikverfahren in der Lage, Motivation bei den Beteiligten zu erzeugen, die Wissens- und Wertebasis zu verbreitern, Lernprozesse zu initiieren, Möglichkeiten zur Konfliktvermeidung und –bewältigung aufzuzeigen, das Gemeinwohl durchzusetzen sowie schließlich die Akzeptanz und Legitimität politischer Entscheidungen zu steigern“ (Abels/Bora 2004: 10).

Womit wir wieder bei der Legitimitätsfunktion von Sozialstaatlichkeit sind, hier aber eben in der Form der eingeforderten Fremdlegitimierung. Der Sozialvertrag wird dann quasi verdoppelt. Zum einen gibt es den Vertrag zwischen Verwaltung und Klient, zum anderen denjenigen zwischen „I“ und „Me“ des Klienten selbst.

„Der Vertrag wird zum Selbstvertrag, ein Vertrag, den der Klient *über* und *mit* sich selbst eingeht, und wo die Auflösung des Selbstvertrages gleichzeitig einhergeht mit der Auflösung des Sozialvertrages mit der Verwaltung“ (Andersen 2003: 122).<sup>152</sup>

Diese Selbstverpflichtungssemantik ist konstitutives Element eines Steuerungsmodells, in dem das politische System nur mehr einer unter vielen Akteuren ist (Sutter 2005) und Responsibilisierung, die „Mobilisierung von Individuen unter dem Signum von Eigenverantwortung, Eigenständigkeit, Eigeninitiative“ (Krasmann 2000: 198), einen Ausweg aus dem Steuerungs dilemma verspricht. Ein Problem, das sich an dieser Stelle einstellt, ist die Tatsache, dass der Staat (die Verwaltung), trotz der „Abgabe“ der Fremdkontrolle, irgendwelche Anhaltspunkte für die erfolgreiche Betreuung von Sozialstaatsklienten braucht. Andersen (2003) formuliert diese Problematik mit folgender Frage: „Wie kann die Verwaltung die eigenen Gespräche der Sozialklienten mit sich selbst und über das eigene Verpflichtungs-/Freiheitsverhältnis beobachten?“<sup>153</sup> (Andersen 2003: 181). Formenanalytisch können wir uns fragen, ob dieses Dilemma entparadoxiert, also identifiziert wird oder nicht. Es müsste sich eine Form der (indirekten) Steuerung finden lassen, die es dennoch ermöglicht, quasi innere Leistungsarbeit der Sozialklienten nach Außen hin, also objektiv, zu bewerten. Der Wechsel von Input orientierter Steuerung zu Output orientierter Steuerung scheint hier die Lösung zu sein. Da zum einen eine legitime Grundlage dafür fehlt, dass *nur der Staat* (oder staatliche Verwaltungsorgane) steuern *sollte*, und zweitens der Staat auch

---

<sup>152</sup> Übersetzung vom Dänischen ins Deutsche: C.H.

<sup>153</sup> Übersetzung vom Dänischen ins Deutsche: C.H.

gar nicht mehr direkt steuern *kann* (vgl. 5.1.2.2.2), muss man das, was schlussendlich hinten rauskommt, zumindest messen/bewerten können. Als „governing by numbers“ bezeichnet, betont Miller (2001) die Wichtigkeit und Zentralität, welche der Bedeutung und Interpretation von Zahlen zukommt. Zielvereinbarungen und controlling durch Evaluation sind die neuen Selbststeuerungsstrategien (Héritier 2002: 190f). Dieser Zahlenfetischismus scheint den Vertrag als neues Steuerungsmedium gut zu ergänzen. Der Unterschied zu den beiden vorherigen Kommunikationstypen ist nun darin zu sehen, dass die Form »Problem/Lösung« nicht *praktiziert*, sondern *beobachtet* wird. Erst dann kann man sehen, dass die Subjektivierung wie die Responsibilisierung in funktionalem Verhältnis zur Krisensemantik (Postfordismus, Diskontinuität, Ohnmacht usw.) und damit auch zur Lösungssemantik (Steuerung) stehen.

### 5.1.3 Die „Gesellschaften“ der sozialwissenschaftlichen Wohlfahrtsstaatsforschung

Bevor wir zu den differenzierungstheoretischen Analysen übergehen, wollen wir in diesem Abschnitt der Frage nachgehen, welche Gesellschaftskonzepte auf dem Forschungsgebiet der sw-WSF auf Basis der von uns analysierten Formen und Semantiken ermöglicht werden. Wir wollen von „Problemgesellschaften“ (5.1.3.1) und „Lösungsgesellschaften“ (5.1.3.2) sprechen.<sup>154</sup>

#### 5.1.3.1 Problemgesellschaften: Die postindustrielle Wissens-/Risikogesellschaft

Wenn hier von „Problemgesellschaften“ die Rede ist, dann bedeutet das nicht, dass diese Gesellschaften per se problematisch sind. Es bedeutet vielmehr, dass die sw-WSF in diesen Gesellschaftskonzeptionen ein Problem sieht. Zu den Problemgesellschaften gehören dann all diejenigen Gesellschaftsbilder, die eine *negative Abweichung* von einem Modell von Gesellschaft darstellen, das lange Zeit als der „Normalfall“ angesehen worden ist: Die Arbeits- und Industriegesellschaft, besser gesagt, die

---

<sup>154</sup> Wir erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit der Gesellschaftskonzeptionen. Unser Ziel ist vielmehr, für den Zusammenhang von Begriffsapparat (kommunikative Möglichkeitsbedingungen) und Gesellschaftskonzept zu sensibilisieren.



nationalstaatlich verankerte Arbeits-/Industriegesellschaft (Nassehi 2003a; 2003b). Dahrendorf zufolge ist die Soziologie nicht nur das Kind der modernen Industriegesellschaft, die Industriegesellschaft sei überdies auch noch das „Lieblingskind der Soziologie“ (Dahrendorf 1962: 14). Wenn wir weiterhin davon ausgehen können, dass die Soziologie und der Wohlfahrtsstaat dasselbe Bezugsproblem teilen (vgl. Hicks/Esping Andersen 2005), dann wird verständlich, dass eine sw-WSF an der Normativität des Gesellschaftsbildes einer arbeitsteiligen Industrie-/Arbeitsgesellschaft festhält. Verschiebungen und Bewegungen innerhalb des demokratisch-industriekapitalistischen Koordinatensystems (mit Normalarbeitsverhältnis, Vollbeschäftigung, nationalstaatlicher Absicherung der Rahmenbedingungen als die „Nodalpunkte“) nach dem Ende des „goldenen Zeitalters“ der Nachkriegswohlfahrtsstaatlichkeit werden dann als Probleme diskutiert. Die postindustrielle Gesellschaft – mit all ihren „negativen Auswüchsen“ (Entgrenzung, Diskontinuität, Flexibilisierung, Entstandardisierung, Subjektivierung, Digitalisierung) stellt ein Problem dar. Die postindustrielle/postfordistische (Wissens-)Gesellschaft ist wohl das berühmteste Gesellschaftskonzept, in Bezug auf welches in der sw-WSF die Veränderungen und Probleme diskutiert werden (Deutschmann 2002, Esping Andersen 1999; Pierson 2001, Bell 1974; Castells 2000 [1996]). Eine Variation dieses Gesellschaftsbildes stellt Becks' zweite bzw. reflexive Moderne dar, die sich auch über die Unterschiede zu einer industriellen, „ersten Moderne“ definiert und informiert. Die Form »Industriell/Postindustriell« wird so auch in den Konzepten der „Risikogesellschaft“ (Beck 1986; Giddens 1999a) und der „prekären Gesellschaft“ (Castel 2000b; Vogel 2006) aktualisiert, wenn es gilt, die „neue Unübersichtlichkeit“ (Habermas 1985) empirisch zu illustrieren. Dass in diesen Modellen wiederum das Medium »Arbeit« zentral ist, zeigt sich an den auf dieses Medium hin zugespitzten Gesellschaftsbildern: Die Ausführungen zur Dienstleistungsgesellschaft (Fourastié 1954; Rifkin 1995), Bell's postindustrielle Wissensgesellschaft (Bell 1974), Ritzer's Rede von der Mc-Donaldisierung (Ritzer 1997) sowie Castells' Begriff der Netzwerk-/Informationsgesellschaft (Castells 2000) bedienen den Grundtenor. Mit dem Konzept der postindustriellen Wissensgesellschaft scheint in der sw-WSF eine Art Hybridmodell bereitzustehen. Es können sowohl Gefahren als auch Chancen erörtert werden. Was zeichnet diese Gesellschaft nun aus?

„The post-industrial society, it is clear, is a knowledge society in a double sense: first, the sources of innovation are increasingly derivative from research and development (and more directly, there is a new relation between science and technology because of the centrality of *theoretical* knowledge); second, the weight of the society – measured by a larger proportion of Gross National Product and a larger share of employment – is increasingly in the knowledge field” (Bell 1974: 212).

Eine differenziertere Sichtweise bietet Castells an: Er kritisiert ein „schwarz-weiß Denken“, wenn von dem Übergang von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft die Rede ist: Es geht um eine neue Qualität des industriellen sowie des Dienstleistungssektors.

„The appropriate distinction is not between an industrial and a post-industrial economy, but between two forms of knowledge-based industrial, agricultural, and service production. (...) what is most distinctive, in historical terms, between the economic structures of the first half and of the second half of the twentieth century is the revolution in information technology, and its diffusion in all spheres of social and economic activity, including its contribution to providing the infrastructure for the formation of a global economy” (Castells 2000: 219).

Entscheidendes Element der neuen Wissens-/Informationsgesellschaft sei also die den *gesamten* Produktionsprozess betreffende, gestiegene Bedeutung von Informationen und Informationsnetzwerken. Eine ähnliche, universale Definition von Wissens- und Informationsdiffusion findet sich bei Willke:

„Mit der Höherstufung von Produkten und Dienstleistungen zu wissensbasierten, professionellen Gütern verlieren die herkömmlichen Produktionsfaktoren (Land, Kapital, Arbeit) gegenüber der implizierten oder eingebauten Expertise dramatisch an Bedeutung, und damit mutiert die moderne *kapitalistische Ökonomie* schrittweise zu einer post-kapitalistischen, wissensbasierten Produktionsform. (...) Die für entwickelte Gesellschaften relevante Form der Arbeit wird *Wissensarbeit*, während herkömmliche Formen der 'einfachen' Arbeit von Maschinen übernommen werden oder in die noch verbliebenen Billiglohnländer abwandern“ (Willke 2001: 379).

Wenn man wie Castells weiterhin davon ausgeht, dass Informatisierung per se zwar nicht Arbeitslosigkeit verursacht, sich aber unter der Führung des Informatisierungsparadigmas Quantität und Qualität sowie die Zugangsbedingungen zu Jobs verändern, ist es nur mehr ein kurzer Weg zu den Diagnosen, dass Rationalisierung, Subjektivierung, Digitalisierung, Flexibilisierung, Entgrenzung usw. unmittelbare Konsequenzen einer sich mehr und mehr durchsetzenden – wissensbasierten Ökonomie sind.

„(...) the forces of unfettered competition in the informational paradigm will push employment and social structure toward dualization. Finally, the flexibility of labor processes and labor markets induced by the network enterprise, and allowed by information technologies, profoundly affects the social relationships of production inherited from industrialism, introducing a new model of flexible work, and a new type of worker: the flex-timer“ (Castells 2000: 280/281).

Hier gehen die Diagnosen dann direkt über zum Gesellschaftskonzept eines flexiblen Kapitalismus, in dem der Charakter der Menschen in Mitleidenschaft gezogen wird (Sennett 1998). In einer so konzipierten Wissensökonomie gibt es dann Rationalitätsgewinner, -dulder und -verlierer (Ludwig Mayerhofer 2000). In dieser Lesart erscheint dann die Wissensgesellschaft als wissensbasierte Ökonomie und also als „Problemgesellschaft“.<sup>155</sup> Aber nicht nur der Bedeutungsverlust herkömmlicher Produktionsfaktoren (Land, Kapital, Arbeit) schlägt hier zu Buche, sondern auch die Schwächung nationalstaatlicher Steuerungsfähigkeit. Zu den wissenschaftlichen Einsichten gehört nämlich auch, dass Wissen als neues Steuerungsmedium im Prinzip quer zu den Funktionssystemen steht und jedes System irritiert. Die Politik kann dann nicht mehr als das alleinige Steuerungszentrum der Gesellschaft begriffen werden (sie ist „entzaubert“: Willke 1983), hybride Politikformen an der Schnittstelle zwischen öffentlich und privat (in den Worten Willkes: „kollaterale Güter“ oder „Kollektivgüter zweiter Ordnung“) sind gefragt. Damit ist dann auch die Verbindung hergestellt zum Konzept einer „Risikogesellschaft“ (Beck 1986) bzw. der „zweiten/reflexiven Moderne“ (Beck/Bonß/Lau 2001). Der Kern dieser Gesellschaftskonzepte ist die Annahme der (Reflexion der) Risikobehaftetheit allen Handelns/Entscheidens. Es werden dann Folgeprobleme und Nebenfolgen praktischen Entscheidens genauso thematisiert wie die Entstandardisierung und Entnormativisierung traditioneller Ordnungskonzepte der industriegesellschaftlichen Moderne. In diesem Modell ist nichts von Dauer. Subjektivierung, schichtbezogene Entlokalisierung (bzw. Relokalisierung) und Globalisierung führten zu Universalisierung, Relativierung und Expandierung von Problemlagen. In Anlehnung an Luhmann (2005h) kann man hier treffend von der Umdefinition von Gefahren in Risiken sprechen. Die „neuen sozialen Probleme“ sind dann als „Risiken“ nicht mehr „aus der Welt“, sondern „in der Welt“. Freilich ist es gleichzeitig schwieriger, sie „aus der Welt zu schaffen“, da sich im neuen Governance-Konzept hierfür kein Erfolg versprechender Akteur mehr findet.

„Die Umdefinierung einer Gefahr zu einem sozialen Risiko bezeichnet demgemäß nichts anderes als die Aufforderung zur Teilung der Verantwortung nach Maßgabe der individuellen, institutionellen (Familie, Betrieb) oder staatlichen Zurechenbarkeit der „Verschuldung“ (Schmid, G. 2004: 380).

---

<sup>155</sup> Wir werden im nächsten Abschnitt zu den „Lösungsgesellschaften“ noch sehen, dass es hierzu auch eine entsprechende „positive“ Lesart gibt.

Mit dem Modell der reflexiven Modernisierung erhebt Beck neben der Anklage freilich auch den Anspruch, in Abgrenzung zu postmodernen De-Konstruktivisten und De-Konzeptionalisten, gesellschaftliche Verhältnisse zu *re*-strukturieren und *re*-konzeptionalisieren (Beck/Bonß/Lau 2001: 14) Damit kommen wir auch schon zu den Modellen der „Lösungsgesellschaften“.

### 5.1.3.2 Lösungsgesellschaften: Wohlfahrtsgesellschaft, Bürgerliche Gesellschaft, Tätigkeitsgesellschaft

Werden die postfordistischen/postindustriellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und dem Feld der industriellen Beziehungen, sowie die inter- und transnationalen Herausforderungen nationalstaatlicher Entscheidungs- und Steuerungsfähigkeit auf dem Problemkonto verbucht, so kristallisieren sich in der sw-WSF zwei akteurstheoretische Hoffnungsträger heraus: Der „dritte Sektor“ und der „interorganisationale Hybrid“. Die (neuen) sozialen Risiken der „Problemgesellschaften“ werden entweder auf politische oder ökonomische Veränderungen bzw. beides zurückgeführt. Man spricht von market failures, state failures und family failures (Esping Andersen 2002a).

„The social changes associated with the post-industrial transition increase the exposure of some groups to new needs. These give rise to the new social risks (...), associated primarily with family and labour market changes and welfare state reform” (Taylor Gooby 2004: 209).

Der „dritte Sektor“ scheint jedoch von all diesen Problemdiagnosen verschont zu bleiben. Die Erwartungen an diesen Kollektiv- und Ad-hoc-Akteur sind hoch. Solidarität (Münch 1996, Hagen 2000), subpolitische Wirkungskraft (Beck 1993, 2000b) usw. werden hier als Heilmittel ins Feld geführt. Seine eigentliche Bedeutung bekommt der dritte Sektor aber erst in den Gesellschaftskonzepten der pluralen Tätigkeitsgesellschaft (Arendt 1981, Gorz 1994; Bonß 2000) bzw. der bürgerlichen Gesellschaft (Giddens 1999a, Beck 2000a, 2000b). Diese Konzepte rütteln zwar nicht an dem Grundmodell einer arbeitsteilig konzipierten Gesellschaft. Aber gerade die in diesen Konzepten zum Ausdruck kommende Dezentralisierung und Relativierung des *Erwerbsarbeitsbegriffs* qualifiziert zum Konzept der „Lösungsgesellschaft“. Im Zentrum steht dann nämlich die „Kombination aus erwerbsarbeitsbasierter, wohlfahrtsstaatlicher Sicherung und Förderung von Eigenarbeit und öffentlich-gemeinnütziger Arbeit“ (Bonß 2000: 372). Die klassische Erwerbsarbeitsgesellschaft

wird also nicht ad acta gelegt, sie wird lediglich – vor dem Hintergrund der formentheoretischen Erweiterungen im Medium »Arbeit« - ergänzt.

„Mit der Bürgerarbeit wird nicht das Ende der Erwerbsarbeitsgesellschaft eingeläutet, sondern der Übergang von einer Nur-Erwerbsarbeitsgesellschaft zu einer gemischten Tätigkeitsgesellschaft: Jenseits von Staat und Wirtschaft entstehen unternehmerische Rollen und Organisationsformen einer öffentlichen Selbstfürsorge“ (Beck 2000b: 444).

Das Gesellschaftsmodell der „pluralen Tätigkeitsgesellschaft“ steht dabei in unmittelbarem Verhältnis zum Modell der „Wohlfahrtsgesellschaft“ (Evers 2003). Mit den akteurstheoretischen Erweiterungen der Basisform »Staat/Markt« kommen die Wohlfahrtsgesellschaft sowie der „welfare mix“ ins Zentrum der Aufmerksamkeit (Dettling 1995; Rose 1986; Evers/Olk 1996; Rein/Rainwater 1987). Dieses Gesellschaftsmodell ermöglicht es, alle vier Akteure als in ihrer *Funktion gleichwertige Wohlfahrtsproduzenten* zu beschreiben. Alle vier „Säulen“ sind dann Promotoren einer und derselben *Wohlfahrtsgesellschaft*. Das Modell der Wohlfahrtsgesellschaft verdankt sich nicht nur den Erweiterungen der Basisform der sw-WSF. Nein, im Konzept des „welfare mix“ zeigen sich vielmehr auch die Konturen des neuen Steuerungskonzepts. „Interconnectedness“ und Dialektik der „großen Zwei“ (Staat und Markt) reichen nicht mehr aus, um die Gesellschaft als Ganzes zu integrieren und zu steuern. Block/Evans interessieren sich jetzt vielmehr genauer dafür,

„(...) in what the economy is actually embedded. Our argument is that market economies are embedded within a civil society that is both structured by, and in turn helps to structure, the state“ (Block/Evans 2005: 506).

Im Hinblick auf die Aufrechterhaltung von Steuerungsfähigkeit kommt also der „Zivilgesellschaft“ funktionale und funktionalistische Relevanz zu. Zwar reichen die Aktivitäten der Zivilgesellschaft nicht aus, politische und wirtschaftliche Probleme zu lösen. Eine *fehlende* Synergie aus Staat, Markt und Zivilgesellschaft komme jedoch einem Misserfolg gesellschaftlicher Steuerung gleich (ebd). Dass das Konzept der Wohlfahrtsgesellschaft auch und gerade auf die Erwerbsarbeitsproblematik hin formuliert ist, braucht nicht zu verwundern, steht doch die Erwerbsarbeitsproblematik ihrerseits in engem Zusammenhang zu den Debatten um Bürgerarbeit und alternative Beschäftigungskonzepte im Konzept der Tätigkeitsgesellschaft (Mutz/Kühnlein 2001).

„Auch in den Beschäftigungskrisen der gegenwärtigen postindustriellen Moderne richtet sich arbeits- und gesellschaftspolitisches Interesse auf die besonderen Möglichkeiten des Dritten Sektors, die Organisation von Arbeit mit neuen Assoziationsmodellen sozialer Selbstorganisation zu verbinden“ (Pankoke 2000: 71).

Im Konzept der Wissensgesellschaft wird systemübergreifende Zusammenarbeit in Form von hybriden Kooperationsmodellen promoviert. Denn: Mit dem Wandel von der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft geht nicht nur eine Expandierung von Wissen und eine Erhöhung der Wissensbedürftigkeit einher. Das Konzept ist als universelles Konzept angelegt (Willke 2001), Wissensbedürftigkeit liegt quer zur Differenzierung der Gesellschaft. Dies bedeutet aber auch, dass es nicht nur „wahres“ Wissen – im Sinne von wissenschaftlich überprüftes Wissen – gibt. Es gibt höchst unterschiedliches Wissen. Damit geht die Entprofessionalisierung von (Experten-) Wissen einher, Wissensmonopol und Steuerungsmonopol sind als Begriffe nicht länger haltbar. Gerade dadurch kommt Hybridformen grenzüberschreitender Zusammenarbeit, wie im Falle der public/private partnerships, große Bedeutung zu. Die formentheoretischen Reflexionen im klassischen Steuerungskonzept machen sich hier deutlich bemerkbar. Als „Lösungsmodell“ konzipiert, läuft dies dann auf das Modell einer „positiven Wohlfahrtsgesellschaft“ hinaus, mit – steuerungsbedingt – besonderem Fokus auf die „Selbsteilungskräfte“ des dritten Sektors.

„The guideline is investment in *human capital* wherever possible, rather than the direct provision of economic maintenance. In place of the welfare state we should put the *social investment state*, operating in the context of a positive welfare society” (Giddens 1999a: 117).

„Conventional poverty programs need to be replaced with community-focused approaches, which permit more democratic participation as well as being more effective. Community building emphasizes support networks, self-help and the cultivation of social capital as means to generate economic renewal in low-income neighbourhoods. Fighting poverty requires an injection of economic resources, but applied to support local initiative” (ebd: 110).

## 5.2 Differenzierungs-/systemtheoretische Analyse

Aufbauend auf den kommunikations-/beobachtungstheoretischen Analysen wollen wir in diesem Abschnitt den Operationsmodus (die Kommunikationsform) der sw-WSF genauer bestimmen. Dazu wollen wir in einem ersten Schritt unsere Analyseergebnisse auf die Potentialität hin überprüfen, Elemente wissenschaftlicher bzw. politischer Kommunikation zu sein (5.2.1 und 5.2.2). In einem zweiten Schritt wollen wir die Ergebnisse der Potentialanalysen differenzierungstheoretisch präzisieren. Dazu sollen sie in Beziehung gesetzt werden zu den drei Systemreferenzen (Funktion, Leistung, Reflexion). Erst dann können differenzierte Aussagen über Form und Gestalt des Operationsmodus der sw-WSF getroffen werden (5.2.3).

### 5.2.1 Sw-WSF und wissenschaftliche Kommunikation

Inwieweit kann man von der sw-WSF als von wissenschaftlicher Kommunikation sprechen? Um diese Frage zu beantworten, muss man angeben können, was Kommunikation zu wissenschaftlicher Kommunikation macht. Dazu werden wir zentrale Möglichkeitsbedingungen der Ausdifferenzierung eines rekursiven Verweisungs-/Anschlusszusammenhangs »wissenschaftliche Kommunikation« erläutern, wie sie in der Systemtheorie Luhmann's ausgeführt werden (5.2.1.1). Danach können wir in einem Vergleich die sw-WSF auf die Potentialität hin überprüfen, wissenschaftliche Rekursivität zu erzeugen (5.2.1.2).

#### 5.2.1.1 Wissenschaftliche Kommunikation

Die Ausdifferenzierung wissenschaftlicher Kommunikation reagiert auf das Bezugsproblem der Durchsetzung neuen und der Kritik alten Wissens (Luhmann 1990). Um einen solchen Anschlusszusammenhang zu organisieren, bedarf es eines symbolisch generalisierten Kommunikationsmediums, welches die Annahmewahrscheinlichkeit aller Kommunikation, die beansprucht, „Wahres“ zu kommunizieren, erhöht. Dies erfüllt das symbolisch generalisierte Kommunikationsmedium »Wahrheit«

„Mit Wahrheit wird rekursiv (unter Rückgriff auf vorherige Operationen) ein Geprüftsein des Wissens symbolisiert, das anerkannten Anforderungen genügt und die Einstellung der »Wahrhaftigkeit« ersetzt“ (ebd: 167).

Die Ausdifferenzierung dieses Mediums ist die Bedingung der Emergenz und Aufrechterhaltung unwahrscheinlicher, wissenschaftlicher Kommunikation. An dieses Bezugsproblem und dem dafür zur Verfügung stehenden, symbolisch generalisierten Kommunikationsmedium ist denn auch die Funktion der Wissenschaft gebunden: Der Erwerb und die Produktion neuer Erkenntnisse; dies schließt die Möglichkeiten der Revision von bzw. des Anschlusses an ältere Erkenntnisse ein. Der Code jeglichen symbolisch generalisierten Kommunikationsmediums stellt die Einheit des Mediums dar. Im Falle des Wissenschaftssystems ist dieser Code »wahr/unwahr«.

„Das heißt nicht, daß in jedem Satz das Wort »wahr« oder das Wort »unwahr« vorkommen muß; die wissenschaftliche Kommunikation besteht ja keineswegs nur aus vorläufig endgültigen Feststellungen dieser Art. Gemeint ist, daß der Wahrheits/Unwahrheitsbezug die rekursiven Beziehungen der Kommunikationen aufeinander ermöglicht und dadurch von Operation zu Operation festgeschrieben wird“ (ebd: 309).

Woher soll man aber wissen, dass Wissen „wahres“ Wissen ist? Luhmann zufolge muss wissenschaftliche Kommunikation „anerkannten Anforderungen“ genügen. Damit sind die Programme des Wissenschaftssystems angesprochen: Theorien und Methoden. Die Aktualisierung dieser Programme unterscheidet dann wissenschaftliches Wissen von (Alltags-)Wissen. Während Theorien für die Offenheit stehen (Informationsgewinnung, Fremdreferenz), so schließen Methoden das System, indem sie die Erkenntnisse einem Codewert – und nur einem – zuordnen: „wahr“ oder „unwahr“. Die Hauptfunktion von Theorien sieht Luhmann in der Ermöglichung von Vergleichen unter bestimmten Vergleichsgesichtspunkten. „Keine Wissenschaft ohne Theorie; theoretische Orientierung ist mithin ein universelles Merkmal der Zugehörigkeit zum Wissenschaftssystem“ (ebd: 412). Nicht zuletzt daran sei wissenschaftliche Wahrheit von Alltagswahrheit zu unterscheiden:

„Auch normale, alltagssprachliche Sätze implizieren einen Vergleich und damit eine verdeckte Suchanweisung. Theoretisch inspirierte Vergleiche sind nur gewagter, unwahrscheinlicher, verblüffender. (...) Theoriearbeit im Sinne einer Verwissenschaftlichung von Aussagen bemüht sich mithin auf einem Kontinuum des Vergleichsinteresses um zunehmend unwahrscheinliche Vergleiche, also um Feststellungen von Gleichheiten an etwas, was zunächst als ungleich erscheint“ (ebd: 409).

Wie aber wird nun die eigentliche Selbstreferenz wissenschaftlicher Kommunikation aufrechterhalten? Die Einzeloperationen des Wissenschaftssystems sind das Forschen.



Diese Operationen erzeugen das Wissenschaftssystem, müssen als solche erkannt werden, und von anderen (nicht-wissenschaftlichen) Elementen unterscheidbar sein. Eine konstitutive Funktion kommt hier dem Schema »Problem/Problemlösung« zu.

„In der Praxis der Forschung, in der Sequenz ihrer Operationen ist dieser Zirkel von Problem und Problemlösung gerade die Garantie dafür, daß es immer weitergeht. Hierin liegt, anders gesagt, die Absicherung einer Restliquidität gegenüber allen theoretischen Festlegungen. Sie erscheinen als Problemlösungen, die jederzeit reproblematisiert werden können“ (ebd: 423).

„Entsprechend dient wissenschaftliche Analyse nicht der Lösung von Problemen, sondern ihrer Multiplikation; sie geht von gelösten Problemen oder von Problemen mit Lösungsaussichten aus und fragt weiter“ (Luhmann 2004 [1986]: 156).

»Kausalität« als Medium und Form kommt in diesem Zusammenhang ebenfalls eine zentrale Funktion zu, und zwar als unerlässliches Schema der Problematisierung. Ohne Kausalschema ist keine empirische Forschung möglich (Luhmann 1990: 426). Natürlich wird das Kausalschema nicht nur im Kontext empirischer, wissenschaftlicher Forschung bemüht/aktualisiert. In nahezu allen Funktionssystemen finden Zurechnungen der Form „dies bewirkt das“ statt. Unterschiedlich scheinen nur der Grad der theoretischen Deckung zu sein sowie die durch Kausalschemata aktualisierten Rekursionszusammenhänge. Die Frage ist dann, ob Kausalitäten (kritisch!) geprüft oder ungeprüft bleiben. Nur im ersten Fall kann dann von wissenschaftlicher Kommunikation gesprochen werden, da Theorien und Methoden zur Überprüfung herangezogen werden. Dies bedeutet dann aber auch, dass die Prominenz des Kausalschemas in, wenn nicht allen, so doch in den meisten funktionalen Kommunikationszusammenhängen eine zumindest rudimentäre Verwissenschaftlichung bedeutet.<sup>156</sup> Schließlich ist noch ein zentraler Punkt im Zusammenhang mit der rekursiven Schließung wissenschaftlicher Kommunikation zu nennen. Wie jedes System, ist auch das Wissenschaftssystem auf Selbstbeobachtung angewiesen. Dies ermöglichen – seit der Erfindung des Buchdruckes - Publikationen. Ohne dieses Verbreitungsmedium würde es schwer fallen, an wissenschaftliches Wissen anzuschließen, man hätte keine Anhaltspunkte.

„Erst in der Form von Publikationen erreicht die moderne Wissenschaft autopoietische Anschlußfähigkeit. Publikationen sind gleichsam das Zahlungsmittel der Wissenschaft, das operative Medium ihrer Autopoiesis“ (Luhmann 1990: 432).

---

<sup>156</sup> Kieserling (2000, 2004) beschreibt denn auch die Wissenschaftstheorie - im Hinblick auf die Verwissenschaftlichung der Reflexionstheorien der Funktionssysteme - als eine zentrale Reflexionstheorie. Technokratisierung und Technologisierung werden dabei von fast allen Funktionssystemen geschätzt.

### 5.2.1.2 Sw-WSF als wissenschaftliche Kommunikation

Nachdem wir zentrale operative Besonderheiten wissenschaftlicher Kommunikation herausgestellt haben, können wir vergleichen, inwieweit unsere Analyseergebnisse sich der wissenschaftlichen Kommunikationsform zuordnen lassen. Wissenschaftliche Anschlussfähigkeit und Rekursivität wird dadurch gesichert,

„daß von einer Feststellung aus sehr viele andere zugänglich sind und daß Reformulierungen des Wissens (»Erklärungen«) bevorzugt werden, die den Bereich des möglichen Anschlußwissens vergrößern und daraufhin einschränken“ (Luhmann 1990: 200/201).

Diese expansive Logik findet sich auch in der sw-WSF. Dieses Forschungsgebiet weiß das Anschluss- und Rekombinationsvermögen zu erhöhen bzw. auf hohem Niveau zu halten. Die Basisform »Staat/Markt« kann dann als die Basis-Heuristik gelten, an die dann Folgekommunikation anschließt. Wir haben in unseren Analysen gesehen, dass diese Basisform Dreh- und Angelpunkt der sw-WSF ist. In Form von Publikationen, dem operativen Medium wissenschaftlicher Autopoiesis, erreicht die sw-WSF enorme Anschlussfähigkeit. Diese Tatsache allein macht Kommunikation natürlich noch nicht zu wissenschaftlicher Kommunikation. Eine differenzierungstheoretische Analyse kommunikativer Potentialität muss am symbolisch generalisierten Kommunikationsmedium ansetzen. In Bezug auf wissenschaftliche Kommunikation interessieren dann die Bedingungen der Symbolisierung des Geprüft-Seins von Wissen. Wir müssen uns also genauer das Verhältnis der sw-WSF zu den wissenschaftlichen Programmen anschauen, den Theorien und Methoden. Unsere Analysen haben gezeigt, dass in der sw-WSF eine Menge kausaltheoretischer Erklärungen vorzufinden sind. So gesehen, wird eine große Menge „gesicherter“ Wahrheiten produziert, auf die in Publikationen rekursiv Bezug genommen werden kann, in bekräftigender oder revidierender Haltung. Die Rekursivität der wissenschaftlichen Wahrheits- und Erkenntnisproduktion wird sichergestellt, die Anlehnung an das symbolisch generalisierte Kommunikationsmedium »Wahrheit« gesucht und gefunden. Wir wollen uns an dieser Stelle mit dem Aspekt »Theorie« etwas genauer befassen. Was die Theorien auf dem Gebiet der sw-WSF betreffen, so haben wir festgestellt, dass die drei großen theoretischen Strömungen (Funktionalismus, Konflikt-/Interesstheorie, institutionalistische Theorien) zu einem dominierenden Theoriehybrid verschmolzen sind. Dieser Theoriehybrid trägt den Namen „(historischer) Institutionalismus“ bzw. „path dependency“. Wir fragen uns, wie viel Verschiedenes dadurch in den Blick gerät. Wir

können zunächst festhalten, dass die Basisform »Staat/Markt« als theoretischer Ausgangspunkt dient. Es ist dann entweder von Wohlfahrtskapitalismen oder Produktionsregimen, von neuen Steuerungsleitbildern oder Arbeits(markt)strukturen die Rede. Als symbiotischer, beide Seiten in Relation setzender Begriff, setzt sich dann die Bezeichnung „soziale Marktwirtschaft“ durch. Mit diesem Begriff soll zum Ausdruck gebracht werden, „daß die Wirtschaft nicht geplant, aber in bezug auf den Preis von Arbeit auch nicht am Markt orientiert werden darf (...)“ (Luhmann 2005l: 93). Die anderen Akteure (Familie, dritter Sektor) haben dann, medientheoretisch gesehen, nichts Neues beizutragen, sie werden allesamt als *Wohlfahrts*produzenten definiert. Das heißt, die Basisform »Staat/Markt« behält ihre Zentralität. Es geht dann im Kern um kollektive versus individuelle, öffentliche versus private Versorgung/Vorsorge. Ergänzend dazu finden sich in der sw-WSF dann auch noch „Theorien“, die Luhmann wohl als „Betriebstheorien“ bzw. „Antriebstheorien“ beschreiben würde (Luhmann 2005k). Darunter versteht Luhmann allgemein Bezugspunkte, die als Handlungsorientierung fungieren. Als Beispiel so verstandener „Theorien“ nennt Luhmann das Kompensationsprinzip, mittels dessen nicht nur eine Vielzahl von Ungleichheiten durch Vergleichsoperationen sichtbar gemacht, sondern auch moralisiert werden können (ebd: 332).

„Vergleiche werden, auch wenn sie als wissenschaftlich qualifiziert vorgetragen werden, häufig an normative Prämissen oder Wertungen angehängt, etwa: mehr oder weniger gleicher Zugang aller Schichten zur Rechtssprechung, Vermehrung oder Verringerung der Arbeitslosenquoten. (...) Dies ist möglich, wenn und soweit Gleichheit als solche einen Wert darstellt“ (Luhmann 1990: 409).

Wir haben dann den Fall, dass wissenschaftliche Kommunikation und Wertekommunikation gekoppelt werden und trotzdem (oder vielmehr: gerade deshalb) wissenschaftliche Kommunikation fortgesetzt wird. Werten und moralischen „Standards“ kommt dann eine wichtige (theoretische) Funktion zu, wenn es darum geht, (moralische) „Wahrheiten“ zu produzieren. Das moralisch codierte Kompensationsprinzip ist, so haben unsere Analysen gezeigt, in der sw-WSF sehr verbreitet (5.1.1.3.2). Neben dem Kompensationsprinzip könnte man auch das Handlungsprinzip in Bezug auf die Sicherstellung/Erweiterung politischer Handlungsfähigkeit als „Betriebstheorie“ der sw-WSF nennen. Die Zentralität des Stellenwertes der Moral ist auch besonders im Hinblick auf den Wert „De-Kommodifizierung“ oder auch „Normalarbeitsverhältnis“ sichtbar. Abweichungen von dieser Norm werden moralisiert. Damit ist aber auch die wichtige Funktion von

Theorien, den Vergleichsradius zu öffnen, durch die Moralisierung auf eine minimale Vergleichsoperation reduziert. Theorien haben einen festen Platz, ihr Vergleichsradius ist allerdings auf eine Hauptunterscheidung beschränkt, Staat/Markt. Hinzu kommt, dass Vergleichsoperationen starker Moralisierung ausgesetzt sind. So kann dann auch die Feststellung von empirischen Unterschieden mit Hilfe von „Betriebstheorien“ leicht und vor allen Dingen *moralisch* eindeutig interpretiert werden. Damit leiten wir zu den Methoden als wissenschaftliche Programme über. Methoden sollen eine Entscheidung zwischen „wahr“ und „unwahr“ herbeiführen. Gerade für ein stark empirisch ausgerichtetes Forschungsgebiet wie der sw-WSF wird dann Methode als Programm zu einem zentralen Aspekt. Der Vergleich ist die konstitutive Methode in der sw-WSF (5.1.1.3.3). Wir haben außerdem analysiert, dass das zentrale Vergleichsmedium »Zahlen« heißt. Es sind Zahlenoperationen, die einen Unterschied machen. Diese Unterschiede werden dann moralisiert, erhalten also eine „moralische Wahrheit“. Wenn man sich das Verhältnis von Methode und Theorie in der sw-WSF genauer anschaut, dann kann man feststellen, dass die Arbeit an komplexer angelegten, theoretischen Vergleichsoperationen im Vergleich zu empirischen Analysen (und: moralischen Bewertung) konkreter sozialpolitischer Programme (auf der Basis von „Betriebstheorien“) weitaus geringer ausfällt. In kurzen Abständen werden dann, begünstigt durch die Varietät im Medium »Kausalität«, die unterschiedlichsten Erklärungsvariablen ad hoc theoretisiert. »Wahrheit« (also die Symbolisierung geprüften Wissens) wird dann hauptsächlich an Zahlen und Wertekodizes festgemacht. Rekursivität erfährt die sw-WSF dann hauptsächlich durch die Revidierung/Korrektur empirisch und moralisch fundierter Wahrheiten. Unser Vergleich wissenschaftlicher Kommunikation mit den Möglichkeitsbedingungen der sw-WSF ergibt also ein eindeutiges Bild: Wir finden die typisch wissenschaftlichen Programme (Theorien, Methoden) vor, mit denen geprüftes Wissen symbolisiert wird. Form und Qualität dieser Theorien haben wir ansatzweise näher bestimmen können, werden darauf in (5.2.3) aber nochmals spezifischer eingehen. Der Anschluss an »Wahrheit« als symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium der Wissenschaft findet statt, die jeweiligen Werte dieses Mediums (wahr, unwahr) werden negiert bzw. akzeptiert, wissenschaftliche Rekursivität sichergestellt. Letzteres wird nicht zuletzt durch die beispielhafte (Aus-)Nutzung des wissenschaftlichen „Zahlungsmittels“, Publikationen, gewährleistet

## 5.2.2 Sw-WSF und politische Kommunikation

Inwieweit kann man von der sw-WSF als von politischer Kommunikation sprechen? Um diese Frage zu beantworten, muss man zunächst angeben, was Kommunikation zu politischer Kommunikation macht. Dazu werden wir zentrale Möglichkeitsbedingungen der Ausdifferenzierung eines rekursiven Verweisungs-/Anschlusszusammenhangs »politische Kommunikation« erläutern, wie sie in der Systemtheorie Luhmann's ausgeführt werden (5.2.2.1). Danach können wir in einem Vergleich die sw-WSF auf die Potentialität hin überprüfen, politische Rekursivität zu erzeugen (5.2.2.2).

### 5.2.2.1 Politische Kommunikation

Politik als rekursiver Verweisungs-zusammenhang emergiert und kondensiert im Hinblick auf das Bezugsproblem, „als Teil des Ganzen zurechnungsfähig fürs Ganze sein zu sollen.“ (Nassehi 2003b). Oder in den Worten Luhmann's: „Kollektive Verbindlichkeiten festzusetzen auch angesichts von Meinungsdivergenzen oder Meinungsschwankungen unter den Betroffenen“ (Luhmann 2000a: 87). Daraus ergibt sich die Funktion politischer Kommunikation, Kapazitäten für kollektiv bindende Entscheidungen bereitzuhalten (ebd: 84). Um dies zu gewährleisten, bedarf es eines besonderen, symbolisch generalisierten Kommunikationsmediums, Macht. Dieses Medium hat den (positiven) Präferenz-/Designationswert »machtausübend«, und den (negativen) Reflexionswert »machtunterlegen«.<sup>157</sup> Als Zweitcodierung setzt sich der Code »Regierung/Opposition« durch. Dieser Code erfüllt dann alle Merkmale einer Präferenzkodierung:

„Man ist lieber an der Regierung beteiligt als an der Opposition. Nur die Regierung besetzt die Ämter, in denen kollektiv verbindlich entschieden werden kann. Die Opposition kann nur lamentieren, Kritik üben, Forderungen artikulieren und generell: die Kontingenz aller politischen Entscheidungen reflektieren“ (Luhmann 2000a: 99).

---

<sup>157</sup> Eine interessante Variante bietet Andersen (2003) an: Er definiert die Einheit des Mediums Macht als die Form Steuerer/Gesteuerter. Dies ist insofern interessant, als dass hier unmittelbar das steuerungstheoretische Selbstverständnis (das dann auch nur der Politik zugestanden wird, denn sonst käme ja der Code noch woanders vor) der Politik (oder: Der politisierten Wissenschaft?) reproduziert wird.

Die Leistung der Politik ist dann in der Bereitstellung ausgearbeiteter, kollektiver Entscheidungsprogramme zu sehen, während sich die Politik als (Steuerungs-)Staat beschreibt und reflektiert. Wir wollen uns an dieser Stelle näher mit der Operativität des politischen, rekursiven Anschluss- und Verweisungszusammenhangs beschäftigen. Es geht um die Angabe der genaueren Schließungsbedingungen politischer Kommunikation. Es ist das besondere Anliegen Nassehi's, ein „empiriefähiges Kriterium anzugeben, nach dem sich politische von anders codierter Kommunikation unterscheiden lässt.“ (Nassehi 2003b) Politische Kommunikation zeichne sich dadurch aus,

„dass *erstens* bindende Entscheidungen gefällt werden, die *zweitens* für ein kontingentes Kollektiv bindend sind, das *drittens* durch Entscheidungs-, Zurechnungs- und Erwartungspraxis erst erzeugt wird, die *viertens* durch Einsatz von Machtmitteln durchgesetzt werden kann (...)“ (Nassehi 2003b: 165).

Dies wollen wir vertiefen. Bindende Entscheidungen müssen nicht schon gefällt worden sein. Entscheidend ist vielmehr, dass die *Möglichkeit* (der Macht bzw. kollektiv bindender Entscheidungen) als erwartbar mitkommuniziert wird.

„Geschlossen wird das politische System ausschließlich durch den Rekurs auf ein symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium, das mit der *Möglichkeit* bindender Entscheidungen und ihrer machtgestützten Durchsetzungsfähigkeit rechnet“ (Nassehi 2003b: 148).

Damit Themen aufgegriffen und politisiert werden können, müssen diese auf Konsenschancen hin abgetastet werden, dies gilt besonders für die jeweiligen Machthaber (die Regierungen). Gerade die Vorbereitung kollektiv bindender Entscheidungen „durch Testen und Verdichten ihrer Konsenschancen“ (Luhmann 2000a: 254) ist zentrales Element der Performanz des Politischen. Die Thematisierung bestimmter Sachverhalte als politisch ist an eine weitere Bedingung geknüpft, die Luhmann mit dem Begriff der „Kontingenzformel“ beschreibt (ebd: 120). Als diese setzt sich, so Luhmann, die Form »Gemeinwohl« durch, mit den beiden Seiten »öffentliches Interesse« und »Privatinteresse«. Es muss dann an die Seite »öffentliches Interesse« angeschlossen werden. Mit der Entzauberung und der Legitimitätskrise/Steuerungskrise des Wohlfahrtsstaates verliert diese Kontingenzformel aber mehr und mehr ihre Legitimität, da die Festsetzung öffentlichen Interesses eine *politische* Entscheidung wäre, bei der die Politik schon immer *besser* wüsste, was Gemeinwohl und was Privatinteresse ist. Hinzu kommt die – formentheoretisch basierte! - Einsicht, dass die Förderung der Individualinteressen auch dem öffentlichen Wohl dienen kann (ebd: 122). Wir erinnern uns

an die Ausführungen zum neuen Steuerungskonzept (5.1.2.2.2 und 5.1.2.2.3). Der Fokus auf die interorganisationalen Kooperationsnetzwerke macht die Trennung der Unterscheidung öffentlicher und privater Interessen wieder eintrittsfähig. Nichtsdestotrotz, die Gemeinwohlformel wird auch heute noch in der sw-WSF aktualisiert. Gleichzeitig wird aber mehr und mehr »Legitimität« zur neuen, allgemeineren Kontingenzformel politischer Kommunikation. Die Aktualisierung dieser Formel bedarf einer besonderen Mitteilungsförmigkeit, Wertekommunikation.

„In der Politik geht es jetzt nur noch um unterschiedliche Priorisierung von Werten und Interessen, soweit diese im Horizont von Entscheidungsmöglichkeiten auftauschen. Und Legitimität wird (...) in der praktischen Politik gleichbedeutend mit Popularität“ (ebd: 100).

Als Werte fungieren dann etwa Gleichheit, Gerechtigkeit oder auch Nachhaltigkeit. Wertekommunikation hat gegenüber Interessenkommunikation den großen Vorteil, dass es leichter ist, Wertekonsens zu erreichen als Interessenskonsens. »Legitimität« ist dann Legitimität „im Sinne einer öffentlichen Darstellbarkeit von Präferenzen, für die man sich politisch einsetzt“ (ebd:122).<sup>158</sup> Wertekonsens funktioniert im Stillschweigen, man setzt die Verbreitung bestimmter Werte schlichtweg voraus.<sup>159</sup> Es gibt allerdings keinen Präferenzwert innerhalb eines Wertekanons, Werte alleine liefern noch keine Entscheidungsprogramme. Was die Möglichkeitsbedingungen von Wertekommunikation betrifft, so kann diese Form der Kommunikation relativ unkompliziert aktualisiert werden. Luhmann spricht von dieser Kommunikationsform denn auch von einer „derart triviale(n) Kommunikationsweise“ (ebd: 360). Die Funktion, die dieser Kommunikationsform im Rahmen politischer Kommunikation zukommt, ist in der Installation einer System/Umwelt-Differenz zu sehen.

„Vor allem mit den sogenannten »Grundwerten« ist die Gesellschaft selbst bezeichnet (aus der Sicht des politischen Systems und seiner Kommunikation, versteht sich). Das heißt: Grundwerte zielen auf das politische System als Teil des Gesellschaftssystems, zielen auf die Einheit von System und Umwelt“ (ebd: 360).

Und genau aus diesem Grunde kann politische Kommunikation darauf verzichten,

„(...) die Gesellschaft als Realsystem in ihren Strukturen und in ihren dadurch gegebenen Beschränkungen zu beschreiben (Fußnote: Wissenschaftliche Analysen, die *darauf* abstellen, sind

---

<sup>158</sup> Weiter liest man bei Luhmann: „Daß die Politik sich zu ihrer Legitimation auf Werte bezieht, bedarf kaum eines weiteren Nachweises (Fußnote: Literatur: jedes Parteiprogramm).“ (ebd: 360).

<sup>159</sup> Luhmann gibt ein gutes Beispiel: „Wenn Frauen Gleichbehandlung verlangen, ist damit zugleich angedeutet, daß andere dies anzuerkennen haben, ohne daß die Prämisse, Gleichheit sei ein Wert, zur Diskussion gestellt würde“ (Luhmann 1997: 799).

daher eo ipso politisch uninteressant; und dies unabhängig von der Frage, ob sie sich im Prozeß der wissenschaftlichen Überprüfung als wahr oder als unwahr erweisen werden.“ (ebd: 361).

Nassehi spricht von der kontingenten Kollektivität als Konstituens politischer Kommunikation. Diesen Aspekt wollen wir etwas genauer erörtern. Nassehi erweitert die Luhmann'sche Definition der Funktion des Politischen um den Aspekt der Herstellung/Bereitstellung gesellschaftlicher *Sichtbarkeit* und *Zurechenbarkeit* im Medium unterstellter Kollektivität. „Politik braucht (...) ansprechbare Kollektive, um Handlungsfähigkeit und Zurechenbarkeit *sichtbar* zu machen“ (Nassehi 2002: 48). Dabei ist zu ergänzen, dass es sich sowohl um Leistungskollektive wie auch Publikumskollektive handeln kann. Politische Akteure und politische Adressaten müssen dann gleichermaßen sichtbare und zurechenbare Größen sein. Bei den adressierten Kollektiven kann es sich dabei um das Nationalkollektiv (alle Bürger eines Landes), das (nationale) Erwerbsarbeitskollektiv (sprich: alle Erwerbsfähigen inklusive der arbeitslos gemeldeten Personen) oder auch um „kleinere“ Kollektive wie Kinder, Migranten, „Marginalisierte“ und „Prekarierte“ handeln.<sup>160</sup> Überall dort, wo sich Innen/Außen-Grenzen an der *Sozialdimension* festmachen lassen, werden also Kollektive sichtbar. Mit der Aktualisierung von Kapazitäten kollektiv bindenden Entscheidens wird dann immer schon gerechnet (Nassehi 2003b: 165). Diese strikt operative Bestimmung der Performanz des Politischen öffnet dann für eine raumunabhängige „Verortung“ politischer Kommunikation. Die Aktualisierung des Bedarfs kollektiv bindender Entscheidungen setzt ein näher zu bestimmendes Problem voraus, für das dann Lösungen (in Form politischer Entscheidungen) gefunden werden müssen. Über diese Lösungen muss ein Mindestmaß an Einigkeit herrschen (Konsens). Nassehi zieht aus dem bisher Gesagten folgenden Schluss:

„Wer also das Problem des Politischen mit »echten«, unbedingten Kollektiven, mit der Erhöhung von Partizipationschancen und dem Appell an Solidarität lösen will, geht gerade dem Politischen auf den Leim“ (Nassehi 2002: 51).

In diesem Zitat wird bereits ein weiteres, wichtiges Phänomen politischer Kommunikation angesprochen: Die Politik vor der Politik: Appellatives Politisieren als Vorbedingung der Vorbereitung kollektiv bindender Entscheidungen, das schon immer mit der Durchsetzbarkeit von Forderungen rechnet. Es ist denn nur konsequent, wenn

---

<sup>160</sup> Die Gruppe der Marginalisierten wird seit geraumer Zeit in den einzelnen Nationalstaaten wie auch von der EU Kommission als feststehende, statistische Größe (Kollektiv!) geführt.



Luhmann die sog. „neuen sozialen Bewegungen“ aus dem Grund operativ dem politischen Kommunikationszusammenhang zuordnet.

„Mit all diesen Merkmalen, (...) passen die neuen sozialen Bewegungen genau auf die Verortung im politischen System, die wir als »neue Peripherie« beschreiben wollen. Die Differenz Zentrum/Peripherie muss erhalten bleiben. Deshalb Appell und Protest als Ausdrucksform, aber nicht Eintritt in die Verantwortung“ (Luhmann 2000a: 316).

Appellatives Politisieren setzt moralische Kommunikation frei. Der Code »gut/schlecht« wird aktualisiert, welcher seinerseits das Kausalschema aktualisiert. Und dies nicht nur als Strategie der Politik (Regierung), sich eigene erfolgreiche Operationen (Entscheidungen) als Handlungen zuzuschreiben nach dem Muster: Wenn wir dies und jenes nicht getan hätten, dann wäre dies und jenes (nicht) passiert. Dies gilt auch „(...), ja mehr noch, für das dazugehörige Klagen über Politik, für Wünsche und Appelle, die ja alle so formuliert werden müssen, als ob das, was gefordert wird, wirksam geschehen könne“ (ebd: 404). Mit »Appell«, »Moral« und »Kausalität« ist automatisch das Schema »Problem/Problemlösung« aktualisiert. Als demokratisch gewählte Vertreter des Volkes (eine Paradoxie) muss die Politik die Anliegen/Interessen der Bevölkerung aufnehmen und Lösungen in Aussicht stellen. Sie kann gar nicht anders, jedenfalls nicht unter demokratischen Bedingungen. Mit »Sozialität« bzw. »Kollektivität« stehen ihr dazu kontingenzfreudige Medien zur Verfügung, welche diejenigen Personen sichtbar machen können, für die bestimmte Entscheidungen bindend sein sollen.

#### 5.2.2.2 Sw-WSF als politische Kommunikation

Wir wollen den Vergleich mit einem Blick auf die Bezugsproblematiken beginnen. Politik und sw-WSF scheinen diesbezüglich Parallelen aufzuweisen.

„The welfare state and sociology grew up in tandem. Both evolved out of the prevailing controversies on how to address the social question; how to ensure order and consensus in an increasingly individualized, atomized, and seemingly polarizing society; (...)“ (Hicks/Esping Andersen 2005: 509).

Wir hatten in unseren Analysen die „(neu) soziale Frage“, konzipiert als Frage der Gewährleistung von Ordnung und Konsens in einer individualisierten und differenzierten Gesellschaft, als Bezugsproblematik der sw-WSF beschrieben. Die Funktion und das Bezugsproblem des Politischen hatten wir als die Herstellung bzw.

das Rechnen mit Kapazitäten kollektiv bindenden Entscheidens definiert. Beide Bezugsproblematiken wirken verblüffend ähnlich. Das Rechnen mit Kapazitäten kollektiv bindenden Entscheidens ist dann in beiden Fällen als Horizont angelegt. Man könnte dann geneigt sein, zu formulieren, dass sowohl die Soziologie (sw-WSF) wie auch die Politik in Bezug auf das *politische*, symbolisch generalisierte Kommunikationsmedium »Macht« hin definiert werden. In diesem Zusammenhang wollen wir an die Zentralität von »Moral« in Bezug auf politische Kommunikation erinnern. Welche Rolle Moral und Wertekommunikation in der Politik spielen, haben wir im vorangegangenen Abschnitt erörtert. Auch in der sw-WSF nimmt, so haben unsere Analysen ergeben, Werte- und Moralkommunikation einen zentralen Stellenwert ein (5.1.1.3.2). Schiebt sich die Relevanz des moralischen Codes »gut/schlecht« vor die Relevanz des wissenschaftlichen Codes »wahr/unwahr«, dann handelt es sich nicht mehr um wissenschaftliche Kommunikation.

„Das System [das Wissenschaftssystem: CH] operiert mit Kommunikationen, die zwar den Wert wahr oder und den Wert unwahr negieren können, aber nicht die Relevanz dieser Differenz. Geht es statt dessen um die Differenz von gut und böse oder von nützlich und schädlich, läuft die Kommunikation nicht im Wissenschaftssystem ab – und dies gilt selbstverständlich auch dann, wenn Wissenschaftler sich an ihr beteiligen“ (Luhmann 1990: 309).

Die Funktion des Politischen ist es, sichtbare Kollektive zu erzeugen. Wir haben »Sozialität« als zentrales Medium der sw-WSF analysiert (5.1.1.3.1). Verschiedenste Kollektivitäten werden in diesem Medium sichtbar gemacht. Dazu gehören etwa die „Erwerbsarbeiter“, die „Langzeitarbeitslosen“ und viele andere mehr. Neue, quer zu Klasse und Schicht liegende *Sozialkategorien* werden gebildet, wie etwa »Prekariat« oder »Marginalisierte«. Diese Sozialkategorien werden dabei nicht nur der Sichtbarkeit wegen konstruiert. Man will an ihnen etwas Bestimmtes zeigen. Es geht um Lebensbedingungen, Inklusion und Exklusion dieser Gruppen im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Gruppierungen. Nassehi (2000) erörtert die operative „Doppelmitgliedschaft“ sozial-moralischer Begriffe wie »Exklusion« und »Marginalisierte« Solche Begriffe qualifizierten sich dabei sowohl als soziologische wie sozialpolitische Begriffe. Als sozialpolitische Begriffe sind sie an die politische Funktion der Herstellung und Simulation von Kollektiven gebunden, für die

„(...) der Gedanke der *Exklusion* letztlich das Grenzdatum schlechthin [ist: CH] – und zwar (...) als Schreckensbild eines demokratischen Sozial- und Wohlfahrtsstaates, dessen Redistributions- und Interventionspolitik sich ja gerade dort zu bewähren hat, wo der *Container* undicht zu werden droht, das heißt, wo einzelne oder Gruppen aus der Versorgungsordnung herausfallen (...)“ (Nassehi 2000: 24).

So gesehen, ist das an »Sozialität« und »Kollektivität« ausgerichtete Vokabular der sw-WSF (Inklusion/Exklusion; gut/schlecht; gleich/ungleich) als potentiell sozialpolitisch einzustufen. Hieran schließt sich eine weitere Beobachtung an. Die Herstellung und Simulation der Kollektive aktualisiert sich in der Mitteilungsform des moralischen Appellierens. Die nötige Grundlage dafür liefern die erhobenen Daten, welche Ungleichheitslagen aufzeigen. Politische Werte wie Gleichheit und Gerechtigkeit werden dann zu forschungsleitenden, normativen Bezugsgrößen der sw-WSF. Dann werden Ungleichheiten, die man mittels erhobener Daten feststellt, angemahnt und kritisiert, also für „schlecht“ befunden, wobei (die Erwartung) mitkommuniziert wird, dass diese Umstände geändert werden müssten, bzw. die Situation nicht noch schlimmer werden dürfe. Ein Großteil der Kommunikation in der sw-WSF rechnet also schon immer mit der Möglichkeit bindender Entscheidungen. In manchen Fällen werden dann auch Entscheidungsvorschläge unterbreitet, wie man die Sache wieder „in den Griff“ bekommen könnte (Esping Andersen 2002a; Giddens 1999a; Etzioni 2004; Münch 2001) Merkmale eines methodologischen Nationalismus (Smith 1979), definiert als Einengung sozialwissenschaftlicher Begrifflichkeiten auf die politisch-kollektivistische Integration als Möglichkeitsbedingung von Gesellschaftlichkeit (sozialer Ordnung), lassen sich auch in der Methodik der sw-WSF wiederfinden. Wir haben den Ländervergleich in der sw-WSF als den zentralen Vergleichsgesichtspunkt dieses Forschungsgebietes beschrieben. Eine überwiegende Mehrzahl wohlfahrtsstaatlicher Literatur bedient sich des Ländervergleichs als Methode.

„Die heutige ländervergleichende Forschung wird dominiert von empirischen Analysen, die sich in erster Linie auf Länder bzw. Themenbereiche konzentrieren“ (Berg-Schlosser/Müller-Rommel: 333).

Länder bzw. Nationen sind aber nichts anderes als *politische* Größen, der Gesellschaftsbegriff wird dann immer schon im Plural verwendet. So ist dann die norwegische Gesellschaft eine andere als die Deutsche oder die US-Amerikanische. Was dadurch reproduziert wird, ist die segmentäre Differenzierung des Weltpolitiksystems in Nationalstaaten. Wir können nach alledem feststellen, dass die Möglichkeitsbedingungen der sw-WSF Potentialität aufweisen, Elemente des politischen Kommunikationszusammenhangs zu sein.

### 5.2.3 Funktion, Leistung, Reflexion: Das Verhältnis von wissenschaftlicher und politischer Kommunikation in der sw-WSF

Nachdem wir unsere Analyseergebnisse auf die Potentialität hin überprüft haben, Elemente wissenschaftlicher bzw. politischer Kommunikation zu sein, wollen wir in diesem Abschnitt eine systemtheoretisch differenziertere Bestimmung vornehmen. Dies beinhaltet eine genauere Analyse des Verhältnisses der drei Systemreferenzen (Funktion, Leistung, Reflexion), die wir in Kapitel 2, Abschnitt 2.2.2 erörtert haben. Wenn wir im Folgenden das Verhältnis der Systemreferenzen im Falle der sw-WSF genauer analysieren, mag dies implizieren, dass es sich bei der sw-WSF um ein eigenständiges, ausdifferenziertes (Sub-)System handelt. Dies wollen wir für den Fall der sw-WSF nicht behaupten. Warum wir trotzdem von Systemreferenzen sprechen wollen, hängt damit zusammen, dass wir von zwei Anlehnungskontexten (Wissenschaft und Politik) ausgehen. Die spannende Frage ist dann, in welchem Verhältnis diese Anlehnungskontexte zu den verschiedenen Systemreferenzen (Funktion, Leistung, Reflexion) stehen. Der Fall multipler (mitunter konfligierender) Systemreferenz wird ja in der Theorie funktionaler Differenzierung nicht ausgeschlossen (vgl. Kapitel 2, Abschnitt 2.2.2). Wir wollen daher auch von der sw-WSF im Folgenden nicht als von einem System, sondern als von einem rekursiven Kommunikationszusammenhang sprechen. Mit der genaueren Analyse des Verhältnisses der drei Systemreferenzen werden wir die besondere Form des Operationsmodus der sw-WSF näher bestimmen können. Den Problemhintergrund skizzieren Erikson/Uusitalo:

„This relationship [of welfare research: C. H.] to the political process is naturally related to the applied nature of welfare research. Whom should welfare research serve in the first place, if we accept the idea that motivations other than human curiosity are needed? Should welfare research be the advisor of politicians, i. e., should it answer their information needs? Or should it serves the needs of social and economic planners? Or should it serve the information needs of citizens as members of a political community?“ (Erikson/Uusitalo 1987: 192).

Um Aussagen über Funktion und Reflexion (Selbstsinngebung, Identität) der sw-WSF treffen zu können, müssen wir uns detaillierter mit dem Stellenwert von Theorie und Methode auf diesem Forschungsgebiet beschäftigen. Bei der Beantwortung der Frage, wie sich die sw-WSF selbst positioniert und sieht, ist es von entscheidender Bedeutung, welche Rolle und welches Gewicht den Theorien zukommen. Im Besonderen geht es dabei um die Frage, ob die Theorien als Theorien Forschung *über* Politik anleiten oder

Reflexionstheorien im und *für* das politische System sein wollen. Überprüfen lässt sich dies daran, ob diese Theorien den Vergleichsradius auf das beschriebene System beschränken oder ob sie – mit mehr Distanz zum Gegenstand – den Vergleichsradius ausdehnen, im Falle der sw-WSF also auf Bereiche außerhalb der Politik (Luhmann 1997). Wir haben in unseren Analysen gezeigt, dass relativ einfach gebaute „Betriebstheorien“ die sw-WSF prägen. Die Funktion von Theorien, größere Vergleichsradien zu ermöglichen, fällt somit deutlich hinter der Funktion der Methoden, Erkenntnisse als wahr oder unwahr zu markieren, zurück. Mit und durch den Vergleich als zentrale Methode der komparativen Wohlfahrtsstaatsforschung wird der überwiegende Großteil der auf diesem Forschungsgebiet gewonnenen Kenntnisse erzielt. Wenn es so etwas wie Grundlagenforschung auf dem Gebiet der sw-WSF gibt, dann führt sie als solche innerhalb der (Anschlussfähigkeit der) Wohlfahrtsstaatsforschung ein marginales Dasein<sup>161</sup>. Die „theoretischen“ Vergleichsoperationen sind in der sw-WSF zumeist an normative Prämissen und/oder Wertungen gebunden. Mit relativ unkomplizierten, vergleichsweise einfachen Methoden (Vergleichen) können dann Ungleichheiten festgestellt werden. Ausgebaute, komplexe Theorien sind dann für den „Betrieb“ kaum von Bedeutung. Gerade also der Fokus der sw-WSF auf *empirische* Vergleiche hat zu einem hohen Auflöse- und Rekombinationsvermögen geführt.

„Auflösung in Daten und Rekombination mit Hilfe neu entwickelter Methoden der Datenanalyse haben hier das in der soziologischen Klassik erreichte Theorieniveau zerstört, ohne adäquaten Ersatz zu schaffen. (...) Die Sorge der Theorie mag in solchen Fällen darin bestehen, auf einem derart ausgeweiteten Niveau der Auflösung und Rekombination überhaupt noch existieren zu können; und die üblichen Theorieziele des Generalisierens und Systematisierens von Vergleichen gelten dann als »spekulativ«, weil sie, so scheint es, nur unter Verzicht auf Analyse und Empirie erreichbar sind“ (Luhmann 1990: 410).

Diese Feststellung ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass die sw-WSF als Wissenschaft wissenschaftliche Programme zur Symbolisierung des Geprüft-Seins des Wissens benutzt und sich somit auch in der Wissenschaft – durch Anlehnung an »Wahrheit« - Anschlussfähigkeit sichert. Um die Frage nach der Reflexion in der sw-WSF hinreichend präzise beantworten zu können, müssen wir unsere Analysen vertiefen. Die Systemreferenz der Reflexion, also die Relation zu sich selbst, bezieht sich, was

---

<sup>161</sup> Grundlagenforschung verstanden als Reflexion auf die Theorien und Methoden, mit denen man forscht. Grundlagenforschung in diesem Sinne leisten dann etwa: Kaufmann (1997; 2001), Lessenich (2000), Ganßmann (2000), Hagen (1999, 2006), Offe (1984b) oder auch Vobruba (1992).

wissenschaftliche Kommunikation betrifft, auf die Problem- und Theorietraditionen, mit denen sich die jeweiligen Subsysteme der Wissenschaft (Disziplinen) beschreiben/identifizieren (Luhmann 2005i [1981]). Wir haben gesehen, dass der funktionalistische Institutionalismus zwar so etwas wie eine Theorietradition darstellt, in der „Praxis“, also im Vollzug der Erkenntnisproduktion, erweisen sich jedoch moralisch basierte Betriebstheorien als Motoren. Man kann dann eher von einer Problemtradition in dem Sinne sprechen, dass die soziale Frage eben als Bezugsproblem feststeht. Dieses Bezugsproblem ist allerdings dann sehr leicht zu bedienen, es bedarf keiner hochkomplexen, theoretischen Reflexion. Vielmehr geben methodisch „abgesicherte“ und moralisch eindeutige Zahlenwerte vor, was wahr und unwahr ist. Die Theorien selbst sind dann, abgesehen von wenigen Ausnahmen, gerade nicht Referenzpunkt der Reflexionen. Wenn nicht die Theorien der Wissenschaft selbst, was sonst kann dann Referenzpunkt von Reflexionen werden? Reflexion muss sich nicht unbedingt auf das eigene System beziehen. Dies ist besonders in den Fällen zu erwarten, wo sich ein rekursiver Verweisungszusammenhang zu mehreren Systemreferenzen verhalten muss. Als Reflexionstheorien konzipiert, können Reflexionsleistungen auf andere Funktionssysteme ausgerichtet sein. Wir wollen diese Möglichkeit für den Fall der sw-WSF näher erörtern.<sup>162</sup> Reflexionstheorien problematisieren die Identität des beschriebenen Systems, müssen sich aber loyal gegenüber dem Code des Systems, das sie beschreiben, verhalten (Luhmann 1990: 485).<sup>163</sup> Damit geht die Nähe zu dem jeweiligen Medium als Einheit des Codes einher, und damit die Nähe zu dem Bezugsproblem, auf das dieses Medium bezogen ist. Die sw-WSF kann sich, vom Aufwand *wissenschaftlicher* Reflexion entlastet, als Reflexionsinstanz des politischen Systems versuchen. Dazu müsste sie die Identität des politischen Systems bezeichnen/beschreiben und problematisieren. Ist dies der Fall? Unsere Analysen haben gezeigt, dass politische Selbstbeschreibungen (allen voran diejenigen des steuernden Wohlfahrtsstaates) entweder problematisiert (Beispiel: Re-Kommodifizierungsdiskurse, NPM-Diskurse) und/oder mit anderen *politischen* Leitbildern (Fürsorgestaat; Beveridge- und Bismarckstaat, Residualstaat, social investment

---

<sup>162</sup> Vgl. zu Reflexionstheorien auch Kapitel 2, Abschnitt 2.2.2.2.

<sup>163</sup> Damit, so Luhmann, würden sich die Reflexionstheorien ihrerseits dem Code des Systems, das sie beschreiben, unterstellen (Luhmann 1990: 485). Abweichend davon Kieserling (2000). Er schreibt, dass die Reflexionstheorien nicht im Code des beschriebenen Systems operieren. Sie würden diesen reflektieren, sich aber operativ dem wissenschaftlichen Code unterstellen. Wir wollen uns letzterer Lesart anschließen.

state usw.) verglichen werden. Loyalität zum beschriebenen System sowie die Einschränkung des Vergleichsradius auf das beschriebene System sind zwei zentrale Charakteristika von Reflexionstheorien: „Diese Loyalität ergibt sich wie von selbst schon aus der Einschränkung des Vergleichsradius auf die im System selbst brauchbaren Abstraktionen“ (Luhmann 1997: 965). Diese Loyalität impliziert die Wahl bestimmter Themen, die im beschriebenen System zentral sind. Dies gilt im Falle der sw-WSF im Besonderen für den Staats- und Steuerungs begriff (aber auch für Begriffe wie Kollektivität, Sozialität, und Inklusion/Exklusion).

„Die Bindung der Theorie an das System impliziert Regeln und damit auch Restriktionen der Themenwahl. Eine Reflexionstheorie des politischen Systems kann nicht umhin, den Begriff des Staates (oder heute: der Steuerung) zu kommentieren“ (Kieserling 2000: 52).

Genau dies geschieht in der sw-WSF. Der Staatsbegriff wird aufgenommen und kommentiert, und dies im Hinblick auf steuerungspolitische Implikationen. Die Loyalität der sw-WSF gegenüber dem politischen System zeigt sich aber auch darin, dass bei der Lösung des Steuerungsproblems/Handlungsproblems des Wohlfahrtsstaates (mit der entsprechenden Grundhaltung: Die Politik darf nicht an Steuerungsvermögen einbüßen) der *politische* Wirkungsbereich auf zivile Akteure ausgedehnt wird (mit der Grundhaltung: Mehr Zivilbürgerschaft/Subpolitik trägt zur Lösung des staatspolitischen Steuerungsproblems bei). Wie ist aber der Umstand einzuschätzen, dass in der sw-WSF nicht nur der Staat, sondern auch der Markt, die Familie(n), der dritte Sektor und Organisationsnetzwerke behandelt werden? Kann man hier noch von der Einschränkung des Vergleichsradius auf das politische System sprechen? Wir erinnern uns:

„Sie [die Reflexionstheorien der Teilsysteme: CH] beschränken den Vergleichshorizont auf das eigene System. Das ermöglicht dann zwar historische Vergleiche oder solche von Idealitäten mit Realitäten, aber gerade keine Vergleiche des eigenen Teilsystems mit anderen Teilsystemen der modernen Gesellschaft. Das eigene System wird ins Unvergleichliche stilisiert, ohne dass man den Vergleich, der einen solchen Anspruch tragen und spezifizieren könnte, zulassen kann. Für die Reflexionstheorien ist die Singularität des je eigenen Systems eine Prämisse, an der nicht zu rütteln ist“ (Kieserling 2000: 85)

Unsere Analysen der Basisform der sw-WSF und ihrer Erweiterungen haben gezeigt, dass trotz akteurstheoretischer Erweiterungen die Grundform öffentlich/privat bzw. Staat/Markt erhalten bleibt. Die „Säulen“ Familie und dritter Sektor sind dann Anwendungsfall und steuerungstheoretische Erweiterung des Politischen. Immer geht es um die Politik (im Unterschied zum Markt). Dann werden etwa die *politischen* Konsequenzen des Wechsels vom fürsorgenden zum gewährleistenden Wohlfahrtsstaat

- mit all den steuerungstheoretischen Implikationen und Konsequenzen - kommentiert. Es geht nicht in gleichem Maße (und lange nicht in gleicher Ausführlichkeit) um die Kommentierung der Veränderungen im Wirtschaftssystem, aus der Perspektive des *Wirtschaftssystems*. Die Erweiterung der Basisform »Staat/Markt« um die Akteure Familie, dritter Sektor und Organisation ist als Erweiterung des Wohlfahrtsstaatskonzeptes konzipiert, auf dem Weg in eine – *politisch* moderierte! – Wohlfahrtsgesellschaft, eine „neue Staatlichkeit“ (Grande/Prätorius 2003). Die Staatsformel selbst als Beschreibungsformel weitet sich aus. Nicht mehr nur der Staat ist politisch relevant, auch nicht-staatliche Akteure gewinnen *politische* Relevanz. Wir können dann feststellen, dass die „Betriebstheorien“ (Kompensationsprinzip) und andere Konzepte (Steuerung) der sw-WSF alle Voraussetzungen erfüllen, *politische* Reflexionstheorie zu sein.<sup>164</sup> Dies beinhaltet dann auch, dass sie stets vor dem Horizont der Vorbereitung und Durchsetzung kollektiv bindenden Entscheidens formuliert sind. Handlungsaufforderung und Lösungsansätze sollen dann mindestens skizziert werden. Reflexion in der sw-WSF geschieht also weniger als eigentheoretische Reflexion denn als „reflexionstheoretische“ Reflexion.

Kommen wir zum Leistungsaspekt. Als Wissenschaft verstanden läge die Leistung darin, anwendungsbezogene Forschung zu betreiben und so wissenschaftliches Wissen in anderen Kontexten anschlussfähig zu machen. Als Politik verstanden, läge der Leistungsbezug darin, den Umweltsystemen politische Entscheidungsprogramme anzubieten, und somit Erwartungssicherheit zu gewährleisten. Die sw-WSF verhandelt keine Entscheidungen, sie fasst keine kollektiv bindenden Entscheidungen. Das dafür erforderliche, symbolisch generalisierte Kommunikationsmedium »Macht« wird nicht aktualisiert. Es bleibt dann nur die Möglichkeit des *wissenschaftlichen* Leistungsbezugs in Form anwendungsorientierter Forschung. Dazu muss die sw-WSF Wissen produzieren, das politische Relevanz besitzt. Dazu gehören etwa Daten in Bezug auf die Höhe der Arbeitslosigkeit, Inflation, ebenso wie soziodemografische Daten zur Lage bestimmter Bevölkerungsgruppen. Kurz: Daten, die über den Zustand bestimmter

---

<sup>164</sup> Kieserling hält – neben der operativen Analyse - ein sehr einfaches Testverfahren bereit, festzustellen, in welchem Funktionskontext sich welche Reflexion befindet. Dies Untersuchungsdesign wäre an einen Interviewleitfaden mit nur einer Frage an sozialwissenschaftliche Wohlfahrtsstaatsforscher gebunden:  
„Sage mir, welches System nach deiner Meinung mehr als nur ein Funktionssystem neben anderen ist, und ich sage dir, für welches unter diesen Systemen du schreibst! Es gibt kein besseres Kennzeichen für die Reflexionstheorien von Teilsystemen.“ (Kieserling 2000: 89)



Kollektive informieren sowie (volks-)wirtschaftliche Daten. Die Politik ist gerade nicht an Entscheidungsvorschlägen interessiert (Luhmann 1990: 637). Dies ist und bleibt einzig und allein die Aufgabe (Funktion) der Politik. Die Politik hat ein system-spezifisches, vor allen Dingen jedoch technisches Interesse an wissenschaftlichem Wissen; „technisches Wissen“ verstanden als ein leicht konvertierbares – das heißt: theoriearmes! – Wissen. „Hohe Technizität erreicht Wissensanwendung demnach immer dann, wenn sie *ohne Verständnis des theoretischen Erzeugungskontextes* praktiziert werden kann“ (Luhmann 2005i: 378). Bedient die sw-WSF diese politischen Interessen? Ja, in hohem Maße. Unsere Analysen haben gezeigt, dass dieses Forschungsgebiet theoriearme, „betriebstheoretische“ Erkenntnisse (Unterschiede) produziert. »Zahlen« haben wir als das dominante Vergleichsmedium analysiert. Damit liegt ein äußerst technisiertes Medium vor, welches keiner weiteren theoretischen Erklärungen bedarf. Da Leistungsannahmen (input) operativ an die Rekursivität/Anschlussfähigkeit im aufnehmenden System gebunden sind (Luhmann 1990: 638), muss die sw-WSF, wenn sie politisch relevantes Wissen zur Verfügung stellen will, politische Interessen bedienen. Sie muss dann auch ein Stück weit das politische Vokabular bedienen. Mit dem Leistungsbezug der sw-WSF ist die innerwissenschaftliche Unterscheidung zwischen Grundlagenforschung (Reflexion) und anwendungsbezogener Forschung (Leistung) angesprochen (Luhmann 1997; 2005i). Wir haben ausgeführt, dass die Reflexionen, verstanden als Reflexionen über die Theorien und Problemtraditionen, in der sw-WSF von untergeordneter Bedeutung sind. Reflektiert wird dann in der sw-WSF vielmehr auf ihre spezifische Leistung für das politische System. Ist nach alledem davon auszugehen, dass sw-WSF politische Kommunikation ist?

„Beide Orientierungsrichtungen [Reflexion und Leistung: CH] bleiben an den binären Schematismus des Wahrheitsmediums und damit an die Zuordnung zur gesellschaftlichen Funktion gebunden“ (Luhmann 2005i: 374).

Dieses Zitat ist für unsere system-/differenzierungstheoretische Analyse der sw-WSF von zentraler Bedeutung. Demnach entscheidet also in letzter Instanz das symbolisch generalisierte Kommunikationsmedium über die funktionale Verortung eines Ereignisses. Sw-WSF ist dann zuvorderst Wahrheitskommunikation und gerade nicht politisches Entscheiden. Ihre Letztelemente *sind* nicht politische Entscheidungen. Was die Reflexion, und damit die Selbstsinnggebung der sw-WSF betrifft, so ist jedoch

festzustellen, dass sie Entscheidungsfindung zumindest steuern bzw. erleichtern will. Und dies mit *wissenschaftlichen* Mitteln (Methoden, Betriebstheorien usw.). Dazu muss sie sich aber der Performanz des Politischen hin öffnen. Dies kann die sw-WSF, da sie an das Wahrheitsmedium gebunden ist, nur über das Leistungs- bzw. das Reflexionsverhältnis erreichen. Von diesen beiden Möglichkeiten macht die sw-WSF, wie wir ausgeführt haben, in hohem Maße Gebrauch. Sie reflektiert auf – und vor allen Dingen: für – das politische System. Im Leistungsbezug richtet sich die sw-WSF auf politische Relevanzen ein. Wir haben die Bedingungen der Konvertierbarkeit von medienbestimmten Kommunikationen in andere Medien bereits angesprochen. Technisierung von Wissen ist eine Bedingung; eine weitere Bedingung ist Szientifizierung der Leistungsaufnahmesysteme.

„Die Möglichkeiten anwendungsbezogener Forschung nehmen zu in dem Maße, als die Anwendungssysteme selbst schon durchrationalisiert, wenn nicht gar szientifiziert sind“ (Luhmann 2005i: 381).

So gesehen dürfte es der sw-WSF entgegenkommen, dass die Politik – besonders im Hinblick auf Steuerung – existentiell von Daten (Zahlenmaterial) abhängig ist, die ihr die sw-WSF bereitstellen kann.<sup>165</sup> An diesem Leistungsverhältnis zeigt sich dann aber auch die jeweilige rekursive Geschlossenheit an dem Punkt, an dem zwischen Daten und (Vorschlägen für) Entscheidungen unterschieden wird, und die mediale Offenheit und Geschlossenheit der aktualisierten Horizonte sichtbar wird.

„Sie [die politischen Entscheidungsinstanzen: CH] sind zum Beispiel mehr an Daten interessiert als an Entscheidungsvorschlägen. Offenbar ist die Schwelle vom Daten-und-Statistiken-Kennen zum Entscheiden das, was Wissenschaft von Politik trennt (...)“ (Luhmann 1990: 647).

Wir fassen zusammen: Sinn und Zweck der differenzierungs- und systemtheoretischen Analysen ist die nähere Bestimmung des Operationsmodus der sw-WSF. Dazu genügt es gerade nicht, Kommunikationselemente auf ihre Potentialität hin zu überprüfen,

---

<sup>165</sup> Wohl gemerkt: Wir sprechen von der sozialwissenschaftlichen Wohlfahrtsstaatsforschung, die wir als soziologische und politikwissenschaftliche Forschung definiert haben. Natürlich gibt es daneben auch und gerade ökonomische Wohlfahrtsstaatsforschung. Dass diese ökonomische Forschung gerade auch *Theorien* bzw. theoretische Modelle zur Verfügung stellt, die die Politik eifrig übernimmt, muss als großer Erfolg wirtschaftswissenschaftlicher Anschlussfähigkeit gewertet werden. Wirtschaftspolitische Konzepte (wie etwa der Keynesianismus) beruhen auf wirtschaftstheoretischen Annahmen. Sozialwissenschaftliche Theoriekonzepte fristen dahingegen ein rudimentäreres Dasein; am erfolgreichsten sind die Sozialwissenschaften vielleicht im Hinblick auf neues „Sozial-Vokabular“. Die „Marginalisierten“ sowie das „Prekariat“ sind wohl etablierte Begriffe im Wohlfahrtsstaatsdiskurs und werden von führenden Politikern reproduziert.

Elemente bestimmter, rekursiver Verweisungszusammenhänge zu sein. Zu leicht würde man damit einer „Setzkastenlogik“ auf den Leim gehen. Aus diesem Grunde haben wir die differenzierungstheoretischen Analysen ergänzt um systemtheoretische Analysen, in denen das Verhältnis von Funktion, Leistung und Reflexion genauer beleuchtet wird. Der Begriff Operationsmodus stellt dann genau auf Beziehung und Form dieser drei Systemreferenzen ab. Dann ist nicht nur die Funktion definierende, mediale Beschreibung von Interesse, sondern auch Leistungs- sowie Reflexionsbezug des rekursiven Verweisungszusammenhangs »sw-WSF«. In diesem Zusammenhang kommt dem Verhältnis von Leistungsausrichtung/-reflexion auf der einen und funktionsbezogener Reflexion auf der anderen Seite zentrale Bedeutung zu. Die Reflexivität ist dann entweder Eigenreflexion oder Fremdrelexion. Als Fremdrelexion ist sie auf die Leistungsbeziehung zu einem anderen System bezogen. Die Funktion der Reflexion ist nicht nur darin zu sehen, die eigene Identität zu bestimmen/problematisieren. Sie ist auch darin zu sehen, das Verhältnis von Funktion und Leistung zu regulieren (Luhmann 1980: 30). Die Tatsache, dass zwar *in* der sw-WSF reflektiert wird (indem die Rekursivität dieses Kommunikationszusammenhangs über das symbolisch generalisierte Kommunikationsmedium »Wahrheit« sichergestellt wird), aber eben *auf* das *politische System* und weniger auf das *Wissenschaftssystem* (und damit auf wissenschaftliche Theorien und Methoden), bringt die sw-WSF in die Nähe einer wissenschaftsnahen Reflexionstheorie des politischen Systems. Die Tatsache, dass sich die sw-WSF, wie ausgeführt, als Reflexionstheorie des politischen Systems qualifiziert, impliziert dann immer auch schon, dass wissenschaftliche Operationen stattfinden. Der Reflexionstheoriestatus der sw-WSF genügt nämlich zwei Anforderungen gleichzeitig. Einerseits *ist* sw-WSF dann wissenschaftliche Kommunikation. Als solche kann sie das beschriebene System problematisieren und kritisieren. Der Anspruch, Wissenschaft zu sein, ist dann konstitutiv für den Reflexionstheoriestatus (Kieserling 2000: 64f). Gleichzeitig kann sie ihre Leistungen als Leistungen *für* das politische System behandeln, indem sie eben dieses System reflektiert und so Relevanz beansprucht in Bezug auf die Vorbereitung kollektiv bindender Entscheidungen.

„Auf diese Weise wird vor allem die eigentümliche Verstrickung der Theorie in das von ihr beschriebene System unkenntlich gemacht und genau das scheint die Funktion solcher Szientismen zu sein. Sie unterbrechen den Zirkel im Verhältnis von reflektierender Theorie und reflektiertem Teilsystem, und zwar durch *Externalisierung*“ (Kieserling 2000: 65).

Gerade diese Doppelorientierung macht es dann auch möglich, disziplinäre Grenzen (zwischen Soziologie und Politikwissenschaft) zu überschreiten, und dennoch politisch relevante Anschlussbedingungen zu formulieren.

## 6 Gesellschaftstheoretische Verkürzung und Hybridität – Eine systemtheoretische Interpretation

In diesem Kapitel wollen wir unsere Analyseergebnisse interpretieren und unsere Forschungshypothese überprüfen. Wir haben behauptet, dass die Möglichkeitsbedingungen der sw-WSF (Formen, Semantiken, Beobachtungsoptiken sowie der Operationsmodus) auf gesellschaftstheoretischen Verkürzungen und operativer Hybridität beruhen. Im Folgenden werden wir unsere Analyseergebnisse hinsichtlich Merkmale gesellschaftstheoretischer Verkürzung (6.1, 6.2) sowie operativer Hybridität (6.3) untersuchen. Dabei stützen wir uns auf Prämissen der Theorie funktionaler Differenzierung, wie wir sie in Kapitel 2 dargelegt haben. Dann erscheinen gesellschaftstheoretische Verkürzungen als Begriffsasymmetrien und operative Hybridität als Problem der Koordination multipler Systemreferenzen. In (6.4) wollen wir unsere Interpretationen zusammenfassen.

### 6.1 Starre Begriffskopplungen mit Moral als „Meta-kode“

Unsere Analyseergebnisse haben gezeigt, dass die in der sw-WSF benutzten Formen, Medien, Semantiken und Beobachtungsoptiken in einem engen Verhältnis zueinander stehen und aufeinander bezogen sind. Die Hauptintegratoren sind dabei die Basisform »Staat/Markt« sowie eine auf die funktionalistisch-kompensatorische Definition des Wohlfahrtsstaats gründende Moralkommunikation. Ähnlich wie Tacke (2000) dies für den Fall der Industriosozilogie herausstellt, so behaupten wir für den Fall der sw-WSF, dass dieses Forschungsgebiet gekennzeichnet ist durch strikte Formkopplungen. Dies ist dann insoweit als gesellschaftstheoretische Verkürzung zu interpretieren, als dass dadurch keine Begriffssymmetrie ermöglicht wird. Eine solche Symmetrie ist allerdings für eine Gesellschaftstheorie, die auf der Prämisse funktionaler Differenzierung aufbaut, unabdingbar. Asymmetrie wird im Falle der sw-WSF dann durch den Forscher selbst eingeführt. Dies geschieht durch moralische Kommunikation und nicht, wie in der

Theorie Luhmann's, über die theoretischen Prämissen selbst! Im Unterschied zu den Analyseergebnissen Tacke's handelt es sich in unserem Falle jedoch nicht so sehr um Begriffskopplungen (wie dies Tacke in Bezug auf die Begriffe Arbeit, Betrieb und Gesellschaft feststellt), sondern um Formkopplungen: »Staat/Markt«, »gut/schlecht« sowie »Problem/Lösung« sind hier die Hauptformen. Folgende zwei lineare, strikte Kopplungen sind in der sw-WSF zu erkennen: »Gut/Staat/Lösung« auf der einen, »schlecht/Markt/Problem« auf der anderen Seite. Strikte Kopplung bedeutet dann, dass die einzelnen Werte der verschiedenen Formen untereinander wenige Freiheitsgrade genießen, da sie in einem engen (Bedingungs-)Verhältnis zueinander stehen. Natürlich erfahren diese linearen Kopplungen Perpetuierung in der sw-WSF. Während die Kopplung »Inklusion/gut« weniger perpetuiert wird, so haben unsere Analysen gezeigt, dass speziell die Kopplungen »Staat/gut« bzw. »Markt/schlecht« Eindeutigkeitsprobleme aufweisen. Nichtsdestotrotz genießen beide Linearitäten (»gut/Staat/Lösung« bzw. »schlecht/Markt/Problem«) weiterhin hohe Anschlussfähigkeit. Trotz formentheoretischer Reflexionen werden dann zumindest „betriebstheoriegestützte“, *moralische* Eindeutigkeiten produziert. Dann ist eben der Markt nur dann gut, wenn er mit anderen Akteuren kooperiert, aber nicht, wenn er seine Effizienzsteigerungspotentiale „schamlos“ ausnutzt. Die konstitutive Funktion des Mediums »Moral« als „Metakode“ der beiden linearen Kopplungen ist nicht zu übersehen. Natürlich wird in der sw-WSF (vermehrt) auch das „Gute“ nichtstaatlicher oder gemischter Steuerungsformen (PPP, corporate social responsibility, usw.) und das „Gute“ bürgerschaftlichen Engagements betont. Als Horizont wird jedoch offen gehalten, dass es auch „schlechte“ Formen der Zusammenarbeit und „schlechtes“ wirtschaftliches Verhalten geben kann. Und „schlecht“ sind diese Formen dann, wenn die Wirtschaft politisch „ungezügelt“ operiert. Das „Gute“ ist dann die gesamtgesellschaftliche *Wohlfahrts*produktion; alle ziehen an einem Strang. Die Erkenntnisse in Bezug auf die von uns analysierten, formentheoretischen Reflexionen werden dann auf diese Weise moralisch wieder „eingestampft“, die Uneindeutigkeiten „ent-oszilliert“. Moral kann dann jederzeit aktualisiert werden, wenn es darum geht, die begriffliche Unübersichtlichkeit/Uneindeutigkeit in der sw-WSF ad-hoc zu dämpfen. Die meisten der anderen von uns analysierten Formen und Medien können dann im Prinzip den beiden strikt gekoppelten Linearitäten, unter der Führung von »Moral« als Metakode, zugeordnet werden. Sie werden integriert! Folgendes Schaubild soll dies illustrieren:

**Schaubild (18) Strikte Begriffskopplungen mit Moral als Metakode**

<p>„Gut“  <i>soziale</i> Marktwirtschaft                      Lösung (Steuerung)</p>	<p>„Schlecht“  <i>kapitalistische</i> Marktwirtschaft                      Problem</p>
Familie, dritter Sektor	(ungezügelter) Markt
Inklusion	Exklusion
Sozialität/Kollektivität	„System“
Arbeit	Kapital(ismus)
Arbeitsmarktpartizipation	Arbeitslosigkeit/Sozialstaatsklient
De-Kommodifizierung	(Re-)Kommodifizierung

6.2 Hypostasierung, Paradoxie- und Polykontexturalitätsverzicht

Die akteurstheoretisch-*funktionale* Erweiterung der Basisform »Staat/Markt« um die Akteure »Familie« und »dritter Sektor« als weitere *Wohlfahrts*produzenten ist eine funktionalistische Erweiterung. Dies kann gesellschaftstheoretisch als Hypostasierung, und zwar als Hypostasierung des Politischen, interpretiert werden. Hypostasierung meint, dass bestimmten Teilsystemfunktionen (in diesem Fall: Der politischen Funktion) Höchstrelevanz zugesprochen wird (vgl. Kieserling 2000, 2003). Operativ geschieht diese Überhöhung zumeist in der Form von Reflexionstheorien. Zur Erinnerung: Die jeweiligen Reflexionstheorien sind durch ein Verhältnis der Loyalität und Affirmation an den beschriebenen Gegenstand (System) gebunden. Hypostasierung ist dabei der Normalfall in einer auf Autonomie und rekursiver Geschlossenheit basierten, funktional differenzierten Gesellschaft. Gesellschaftstheoretische Beschreibungen können allerdings keinem System Höchstrelevanz zusprechen. In Fällen, in denen dies doch geschieht, reflektiert man dann nicht nur *über* das reflektierte System, sondern immer auch *für* das reflektierte System, welchem dadurch besondere Relevanz zukommt. Im Falle der sw-WSF geht es dann um das Wohl der gesamten Gesellschaft. Anzeichen eines Versagens politischer Steuerung gilt es dann entgegenzusteuern, die

Politik „darf nicht“ Verlierer sein. Der Verlust politischer Handlungsfähigkeit gilt dann als „Übel“, die Erarbeitung neuer Erfolg versprechender Steuerungskonzepte für die Politik als Aufgabe der sw-WSF. Diese funktionssystemspezifische Hypostasierung kann dann bis auf die Ebene gesamtgesellschaftlicher Selbstbeschreibung hochgerechnet werden. Dann werden die wohlfahrtsgesellschaftlichen *Mit*-Akteure (Markt, Familie, dritter Sektor, Organisationsnetzwerke) zu *Mit*-Produzenten, und zwar *Wohlfahrts*produzenten. Wohlfahrt als Begriff wird inflationär bzw. expansiv. In Anlehnung an Smith (1979) und Nassehi (2003b) kann man dann von einem „methodologischen *Politivismus*“ sprechen, definiert als Einengung sozialwissenschaftlicher Begrifflichkeiten auf die Zielgröße politischer Inklusion/Integration als Möglichkeitsbedingung von Gesellschaftlichkeit und sozialer Ordnung schlechthin. Die Hypostasierung des Politischen geht in der sw-WSF einher mit der Hypostasierung des Mediums »Arbeit«. Die Formenerweiterungen in diesem Medium erhalten dann *politische* Relevanz, und dies eben in Bezug auf gesellschaftliche Integration. »Arbeit« kann als Suffix hinter alles gesetzt werden, was im weitesten Sinne mit Beschäftigt-sein oder Tätigkeit zu tun hat. So kann dann auch das Gesellschaftsmodell der Arbeits- und Industriegesellschaft in Harmonie mit dem Konzept der Wissensgesellschaft (und Dienstleistungsgesellschaft) koexistieren, und zwar in der Form des umfassenderen Gesellschaftsbegriffs der Tätigkeitsgesellschaft. Die Politik genießt in der sw-WSF Höchstrelevanz. Sie genießt „Lufthoheit“ über dem Gebiet der gesellschaftlichen Selbstbeschreibungen (Nassehi 2003a: 175, 185). Auch wenn mitunter den „guten alten Zeiten“ des „golden age“ des Wohlfahrtsstaates nachgetrauert wird, so wird die Lösung anstehender Probleme doch nur wieder in einer Politisierung (ob nun mit den Präfixen „Re“, „Sub“, „Trans“, „Inter“ oder „Supra“ geformt) der Gesellschaft gesehen. Genau dies ist das Merkmal von Hypostasierung. Die Politisierung erstreckt sich auf die *gesamte* Gesellschaft. Dies kann bei Willke gut beobachtet werden. Als „Supervisionsstaat“ (super, lat. = ober) soll staatliche Politik (=Steuerung) dadurch zur gemeinwohlverträglichen Selbststeuerung der Gesamtgesellschaft beitragen, dass die Reflexionsfähigkeit aller gesellschaftlicher Teilsysteme gesteigert wird, und zwar in *ein und dieselbe* Richtung (auf Gemeinwohl hin) (Willke 1997; Lange 2002).<sup>166</sup> Die Expan-

---

<sup>166</sup> Willke stellt gar die Überlebensfrage der Gesellschaft (Willke 1999). Diese Frage könnte man – aus gesellschaftstheoretischer Perspektive! - aber auch für jedes andere System stellen. Auch ohne Leistungen des Krankenbehandlungssystems, des Erziehungssystems, des Rechtssystems, des Wirtschaftssystems, des Wissenschaftssystems usw. wäre die Weiterexistenz der modernen



dierung und Hypostasierung des Politischen zeigt sich auch in den Konzepten »public-private partnership« (PPP) oder »corporate social responsibility« (CSR) sowie in den Konzepten »embeddedness« und »interconnectedness«. In allen Fällen geht es darum, durch (politisch moderierte) Integration Unsicherheiten und Eigendynamiken in den Umweltsystemen der Politik ein Stück weit abzubauen und unter (politische) Kontrolle zu bringen. Die Steuerungssemantik ist hier äußerst präsent. Die Eigendynamik der miteinander „vernetzten“, gekoppelten Systeme wird dann (absichtlich?) übersehen, Integration vor Differenzierung gestellt.

Mit der Hypostasierung geht auch eine Verkürzung des Begriffssystems in Bezug auf die Thematisierung von Abhängigkeits- und Autonomieverhältnisse einher. Die moralische Zweitkodierung der Basisform »Staat/Markt« macht sich hier bemerkbar. Je nachdem, ob nun gerade der Wohlfahrtsstaat oder der globale Kapitalismus ins Bild rückt, wird Autonomie gefeiert oder verdammt. Dem embeddedness-Gedanken folgend, sollen dann die unterschiedlichen (!) Systemlogiken so weit wie möglich integriert werden, damit sie (vom *politischen* System aus) besser moderiert/kontrolliert werden können. Im Falle der Politik soll dann Autonomie zugesichert sein, und wenn dies über die Ausdehnung des Geltungs-/Wirkungsraumes geschieht (*Sub-Politisierung*). Handlungseinschränkungen durch das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte werden als problematisch betrachtet. Umgekehrtes gilt für die Wirtschaft. Diese soll gerade von der Politik „in Schach gehalten“ werden, die Eigendynamik soll sich also in (politisch kontrollierbaren) Grenzen halten. Wenn die Wirtschaft thematisiert wird, dann entweder in der „gezähmten Form“ »(organisierter) Wohlfahrtskapitalismus« (Esping Andersen 1996; Offe 1985; Hall/Soskice 2001), oder, in der „gierigen Form“ »neoliberaler (unorganisierter) Kapitalismus« (Butterwegge/Hickel/Ptak 1998; Coser 1974). Die erste Form ist die „Norm“ in der sw-WSF, also das „Gute“, während der enthemmte Kapitalismus „schlecht“ ist. Verschärft wird diese Problematik dadurch, dass durch die akteurstheoretische Ausrichtung der sw-WSF Autonomie bzw. Abhängigkeit immer schon mit Akteuren in Verbindung gebracht wird. Dann können aber bspw. wirtschaftliche Operationen nur in Bezug auf Wirtschaft gesehen werden. Es wird dann nicht unbedingt gesehen, dass wirtschaftliche Operationen auch „in der Politik“ stattfinden (Ausnahme hier: Der Neomarxismus). Keine medientheoretisch aufgeklärte, quer zu

---

Gesellschaft gefährdet. Und warum? Weil die Evolution *jeglicher* Kommunikationszusammenhänge als Reaktion auf *lösungsbedürftige* Bezugsprobleme zu sehen ist.

den akteurstheoretischen Differenzierungen liegende Interpretation informiert die sw-WSF. Man scheint sich weder für das *universalistische* Bedingungsverhältnis von Autonomie und Abhängigkeit noch für die voraussetzungsvollen und je *spezifischen* Autonomien zu interessieren. Das auf der Basisform »Staat/Markt« basierende links/rechts-Schema sowie die gut/schlecht-Codierung machen Paradoxireflexion nahezu unmöglich. Von den wenigen Paradoxireflexionen, die sich auf dem Gebiet der sw-WSF zu etablieren beginnen, wollen wir diejenige hervorheben, die sich aus der Parallelisierung der Formen Staat/Markt und Inklusion/Exklusion ergibt. Diese versucht man dann aber moralisch zu „lösen“. Aber auch der Moralkode liefert nicht länger Eindeutigkeit, wie unsere Analysen gezeigt haben. Als *universale* Form wird Inklusion/Exklusion in der sw-WSF hauptsächlich als *politische* Form aktualisiert. Es geht dann um Arbeitsmarktinklusion/-exklusion und gesamtgesellschaftliche Integration/Desintegration. Gleichzeitig wird aber Sozialstaatsinklusion (Leistungsempfang) als stigmatisierend und negativ gesehen, im gleichen Atemzug Kommodifizierung verdammt, Dekommodifizierung begrüßt. Der Moralkode selbst scheint hier die Begriffsprobleme zu verursachen. Der Grund dafür liegt in der Nichtanerkennung der Paradoxie, die jeglichen Formen innewohnt. Die Flucht in Moralkommunikation kommt dann dem Versuch der Entparadoxierung gleich.

### 6.3 Doppelter Anlehnungskontext und Systemreferenz

Unsere differenzierungs- und systemtheoretischen Analysen der sw-WSF haben gezeigt, dass dieses Forschungsgebiet sowohl wissenschaftliche als auch politische Anschlussfähigkeit besitzt. Während ihre Funktion in der Produktion/Revision wissenschaftlicher Erkenntnis zu sehen ist, so zeigt sich in den anderen beiden Systemreferenzen (Leistung und Reflexion) eindeutig die Nähe zu Möglichkeitsbedingungen politischer Kommunikation. Die sw-WSF muss dann zwei Anlehnungskontexte gleichzeitig im Auge behalten. Sie beobachtet sich im Hinblick auf die Leistungen, die sie der Politik bieten kann; gleichzeitig beobachtet sie die Wissenschaft, in der sie operiert und die Wissenschaft beobachtet sie. Diese operative Hybridität wirkt sich auf die Koordination der drei Systemreferenzen (Funktion, Leistung, Reflexion) aus. Die sw-WSF macht Aussagen über die Gesamtgesellschaft, versteht sich aber gleichzeitig

als politische Forschung und muss sich so ein Stück weit politischen Kommunikationsbedingungen fügen. Es verwundert daher auch nicht, dass auf diesem Forschungsgebiet politische Gesellschaftsbilder firmieren, wie Wohlfahrtsgesellschaft, postindustrielle Wissensgesellschaft oder Bürgergesellschaft. Als Reflexionstheorie verstanden muss die sw-WSF dann das Verhältnis zu sich selbst als wissenschaftliche Kommunikation koordinieren.

„Sie [die Reflexionstheorien: CH] müssen also angeben können, welches die Systemeinheit ist, die im Reflexionsprozess thematisiert werden soll. Das ist nur möglich, wenn andere Systemreferenzen ausgeschaltet, nämlich als Thema und Resonanzraum der Reflexion neutralisiert werden können“ (Kieserling 2004: 189).

Liegt multiple Systemreferenz vor, stellen sich Inklusionsdruck und Symptome begrifflicher Überlastung ein. (ebd: 190). Die jeweiligen Anlehnungskontexte reagieren dann mit Unterscheidungen, um so den Erwartungen gerecht zu werden, doppelte Anschlussfähigkeit sicherzustellen. Im Falle der sw-WSF können wir dann die Unterscheidung verschiedener Wohlfahrtsproduzenten als ein solches Symptom interpretieren. Die *gesamtgesellschaftlichen* Akteure werden somit zu *politischen* Akteuren, Politik ergänzt/erweitert um Subpolitik, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Die Einheit des Unterschiedenen wird zur Einheit des Gleichen. Alle sitzen im gleichen (politischen) Boot, in dem jedem Einzelnen eine bestimmte Aufgabe zufällt! In der gesellschaftlichen Selbstbeobachtung dagegen stellt sich, da das politische System hypostasiert wird, notwendigerweise Frustration ein über die Steuerungs-/Handlungs- und Leistungsschwächen des politischen Systems. Diese Frustration kommuniziert und reproduziert dann aber auch schon immer die Notwendigkeit politischer Intervention.

„Die Führung sollte bei der Politik liegen, und wenn sie statt dessen bei der Wirtschaft liegt, dann stimmt etwas nicht. Sicher wird gerade auch heute viel über den angeblichen Verlust des politischen Primats gesprochen – aber doch nur im Tonfall der Klage oder Anklage und mit der deutlichen Implikation: Anders wäre es besser“ (Kieserling 2004: 181).

Die doppelte Systemreferenz (Wissenschaft und Politik) im Falle des rekursiven Verweisungszusammenhangs der sw-WSF produziert also begrifflichen Anpassungsdruck, zuvorderst im Wissenschaftssystem, aber auch im politischen System. Unsere differenzierungs- und systemtheoretischen Analysen haben deutlich gezeigt, dass der Operationsmodus der sw-WSF als Hybrid beschrieben werden kann. Diese Hybridität zeigt sich in der Koordination und dem Verhältnis der drei Systemreferenzen.

## 6.4 Zusammenfassung

In diesem Kapitel haben wir die Analyseergebnisse aus Kapitel (5) daraufhin beobachtet, Merkmale gesellschaftstheoretischer Verkürzung und operativer Hybridität aufzuweisen. Die Interpretation unserer Analyseergebnisse hat zeigt, dass unsere Forschungshypothese bestätigt werden kann. Der Begriffsapparat der sw-WSF ist ein asymmetrisch gebauter Begriffsapparat, in dem der politischen Semantik ein zentraler Platz eingeräumt wird. Die Formen zeichnen sich durch eine strikte Kopplung im Verhältnis zueinander aus, sie werden entweder von der Politik aus oder auf die Politik hin aktualisiert. Moralkommunikation kommt eine zentrale Bedeutung zu. Vor dem Hintergrund von Widersprüchen und Paradoxien fällt ihr die „Aufgabe“ zu, Integration und Eindeutigkeiten zu produzieren. Die sw-WSF steht in einem reflexionstheoretischen Verhältnis zum politischen System, sie muss daher nicht nur wissenschaftliche, sondern auch politische Möglichkeitsbedingungen bedienen. Dieser Zustand doppelter/mehrfacher Systemreferenz macht sich bemerkbar, und zwar dergestalt, dass die Kluft zwischen wissenschaftlicher und politiknaher Forschung immer größer wird. Die Folge sind Begriffsprobleme, die sich gerade wegen dieser doppelten Systemreferenz nicht mehr aus dem Weg räumen lassen und allenfalls noch ad hoc und temporär durch Moralkommunikation „geleimt“ werden können.

## 7 Wohlfahrtsstaat und Gesellschaft: Eine gesellschaftstheoretische Reformulierung

Der Begriffsasymmetrie und der operativen Hybridität der sw-WSF werden wir in diesem Kapitel einen gesellschaftstheoretischen Begriffsapparat und Beobachtungsmodus entgegenstellen. Dazu wollen wir zunächst einmal knapp die »Logik« dieses Begriffsapparates herausstellen (7.1). Aufbauend auf der *systemtheoretischen* Basisform »System/Umwelt« werden wir sodann den Wohlfahrtsstaat in der Gesellschaft näher beschreiben (7.2). Dabei werfen wir zunächst einen genaueren Blick auf die Selbstbezüglichkeit des politischen Systems (7.2.1), bevor wir auf die Themen Autonomie und Abhängigkeit näher eingehen (7.2.2). Abschnitt (7.3) beschäftigt sich mit der Differenz und dem Verhältnis von Funktionssystem und Organisationssystem. Zunächst wollen wir die Differenz dieser beiden Systemtypen allgemein darlegen (7.3.1). Diese Differenz gilt es dann in Bezug auf die Form »Inklusion/Exklusion« näher zu erläutern (7.3.2), wobei neben der Unterscheidung von Vollinklusionspostulat und Exklusionsrealität (7.3.2.1) auch die Aspekte Operativität und Temporalität in Bezug auf diese Differenz (7.3.2.2) näher erörtert werden. In Abschnitt (7.3.3) gehen wir dann speziell auf Inklusion/Exklusion in Arbeitsorganisationen ein. Wir wollen erörtern, wie Arbeit, Arbeitsleistungen und Arbeitsorganisationen (7.3.3.1) bzw. Arbeitsmarktinklusion/-exklusion (7.3.3.2) gesellschaftstheoretisch zu beschreiben sind. Im vierten und letzten Abschnitt schließlich steht das Thema Steuerung im Zentrum (7.4). Dazu wollen wir zunächst Funktion und Form von Steuerung genauer analysieren (7.4.1). Das besondere Interesse gilt dabei den Aspekten Steuerungsbedarf (7.4.1.1) und Steuerungsmodus (7.4.1.2). Um die Besonderheiten politischer Steuerung herauszustellen, wollen wir schließlich die spezifischen Möglichkeitsbedingungen dieser Steuerungsform erörtern (7.4.2.1), bevor wir in Abschnitt (7.4.2.2) eine systemtheoretische Beschreibung des Leitbildes der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik skizzieren.

## 7.1 Exkurs: Reflexionstheorie der Gesellschaft - Vom theoretischen Nutzen der Systemtheorie

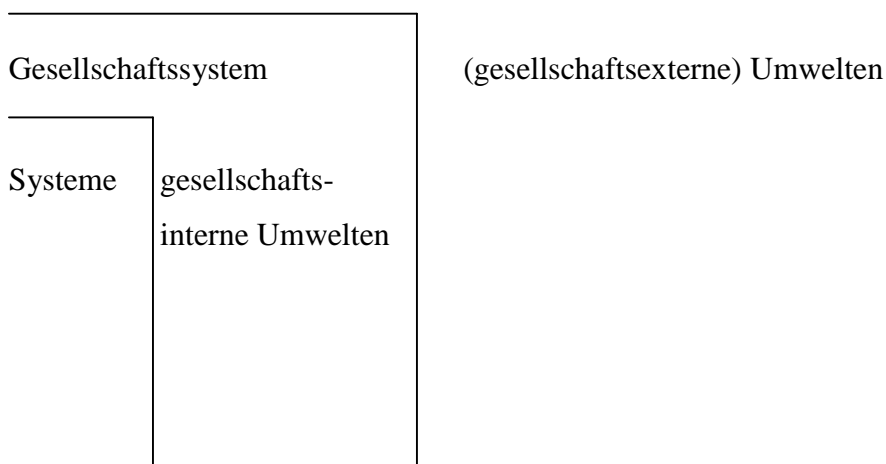
Die Systemtheorie kann als Reflexionstheorie der Gesellschaft bezeichnet werden (Kieserling 2000, Luhmann 1997). Die Systemreferenz ist dann das umfassende System, die Gesellschaft. Eine solche Reflexionstheorie müsste sich dann loyal und affirmativ gegenüber dem beschriebenen System, der Gesellschaft, verhalten. Wo ist aber der Ort der Gesellschaft? Es müsste sich *in* der Gesellschaft (wo sonst?) ein Ort finden, von dem aus *die* Gesellschaft beschrieben werden kann. Eine nicht ganz einfache Anforderung. Die soziologische Systemtheorie beansprucht nun, genau dies leisten zu können (Luhmann 1984). Die (Selbst-)Zuordnung zum Wissenschaftssystem scheint hierbei von großer Hilfe zu sein. Von dort aus versucht die Theorie dann, anzugeben, wie sich die Gesellschaft zusammensetzt, von der die Soziologie (als Subsystem eines Subsystems des Wissenschaftssystems) selbst immer schon ein Teil ist. Dies erfordert zum einen die genauere Definition dessen, was »Gesellschaft« ist. Hier geht Luhmann vom Modell der funktional differenzierten Gesellschaft aus (vgl. Kapitel 2, Absatz 2.2). Als Reflexionstheorie der Gesamtgesellschaft rechnet eine solche Theorie immer schon mit der Existenz anderer Selbstbeschreibungen der Gesellschaft, die die Systemtheorie dann wiederum *als* Selbstbeschreibungen nochmals (fremd-)beschreibt. Man erkennt sofort, dass dieser Anspruch, Reflexionstheorie der Gesamtgesellschaft zu sein, ein hohes Abstraktionsniveau sowie Distanz zu den Gegenständen erfordert, die die Systemtheorie als sich selbst beschreibende Systeme beschreibt. Welcher Nutzen verbindet sich damit? Die systemtheoretische Beschreibung unterschiedlichster gesellschaftlicher Phänomene lehnt sich, außer an den wissenschaftsinternen Kontext, an keinerlei andere „Anschlusskontexte“ an. Sie muss dadurch auch keine Rücksicht nehmen auf Werte oder bestimmte Ansichten. Sie kann „respektlos“ und ohne Verpflichtung gegenüber moralischen Maßstäben anderes (mitunter auch mehr) in den Blick bekommen als die jeweiligen Systeme selbst: So kann dann etwa der Wohlfahrtsstaat in der Gesellschaft in einer „absichtsvoll »inkongruenten Perspektive«“ (Kieserling 2000: 80) analysiert werden. Statt sozialwissenschaftlicher Wohlfahrtsstaatsforschung *für* den Wohlfahrtsstaat kann dann gesellschaftstheoretische Forschung *über* den Wohlfahrtsstaat betrieben werden. Der Wohlfahrtsstaat ist dann nur wissenschaftlicher Gegenstand (Thema), er ist nicht auch

„Adressat“ der Untersuchungen.<sup>167</sup> Für eine solche gesellschaftstheoretische Beschreibung

„ (...) spricht jedenfalls, daß sie einen größeren Vergleichsradius hat, daß sie auch auf andere Funktionssysteme und deren Umweltbeziehungen angewandt werden kann und insofern auf gesellschaftstheoretischen Grundlagen aufbaut, während die Idee der rahmenbedürftigen, sozial anspruchsvollen Marktwirtschaft allzu leicht auf die Vorstellung hinauslaufen könnte, Wirtschaftspolitik sei schon Gesellschaftspolitik“ (Luhmann 2000a: 388).

Dieser gesellschaftstheoretische Operationsmodus ermöglicht dann sowohl die Beschreibung der Wohlfahrtsstaatlichkeit der Gesellschaftlichkeit wie auch die Beschreibung der Gesellschaftlichkeit des Wohlfahrtsstaats. Die gesellschaftstheoretische Reformulierung zentraler Beobachtungsoptiken und Semantiken der sw-WSF geht dann mit Relationierungen und Relativierungen einher. Da die Systemtheorie als autologische (sich selbst einschließende) Theorie immer schon auf Paradoxien aufbaut, können Widersprüchlichkeiten und Paradoxien, wie sie in der sw-WSF auftauchen, als Normalität beschrieben und somit begriffstheoretisch integriert werden. Es bedarf dann nicht der Entoszillation durch Moral, die dann selbst zum Einfallstor von Oszillationen wird. Die epistemologische Basisform, die dies ermöglicht, ist die Unterscheidung von System und Umwelt, und deren re-entry.

### Schaubild (19) Die Basisform der Theorie funktionaler Differenzierung



<sup>167</sup> Diese Unterscheidung von Thema und Adressat ist den Ausführungen Kieserling's entnommen (Kieserling 2000: 78ff).

Für die systemtheoretische Gesellschaftstheorie besteht die Gesellschaft aus Kommunikationen, das heißt aus sozialen Systemen. Alles andere (sprich: Psychische, organische, ökologische Systeme) sind Umwelten des Gesellschaftssystems. Jedes einzelne System ist dabei immer ein System in der Umwelt anderer Systeme.

## 7.2 Der Wohlfahrtsstaat in der funktional differenzierten Gesellschaft

Wer oder was ist „der“ Wohlfahrtsstaat und wie ist dieser gesellschaftstheoretisch zu beschreiben? Dieser Frage wollen wir in diesem Abschnitt nachgehen. Dazu werden wir zunächst „Wohlfahrtsstaat“ als Selbstbeschreibungsformel des politischen Systems näher erörtern (7.2.1). Im Anschluss daran wollen wir näher auf die Aspekte Autonomie und Abhängigkeit sowie Spezifität und Universalität eingehen (7.2.2).

### 7.2.1 Selbstbeschreibung und Reflexion im politischen System

Luhmann behandelt den Wohlfahrtsstaat als eine politische Selbstbeschreibungsformel neben anderen (Luhmann 1981a, 1983, 2000a, 2005k, 2005l). Der Bedarf für Selbstbeschreibungen entsteht mit der Ausdifferenzierung, sprich der Autonomisierung und Differenzierung verschiedener, rekursiv-geschlossener Funktionssystemzusammenhängen. Anderenfalls gebe es die Einheit gar nicht, auf die hin reflektiert und Identität konstruiert wird. Diese Identitätsreflexion ist im jeweiligen System ein Veränderungsmoment, eine Quelle strukturellen Wandels. Ist ein solches Moment erst installiert, ist Ideenevolution (strukturelle Varianz) vorprogrammiert (Luhmann 1990: 483).<sup>168</sup>

„Im Zusammenhang mit der Umstellung auf Wertformeln und der inhaltlichen Ausweitung des Demokratiebegriffs auf Versorgungsleistungen hat sich seit dem zweiten Weltkrieg die Beschreibung des Staates als Wohlfahrtsstaat eingebürgert“ (Luhmann 2000a: 364).<sup>169</sup>

---

<sup>168</sup> Wir werden an dieser Stelle nicht weiter auf die Evolutionstheorie Luhmann's eingehen. Wir belassen es bei dem Hinweis auf die entsprechenden Ausführungen bei Luhmann (1997: 498ff).

<sup>169</sup> Luhmann unterscheidet Wohlfahrtsstaat und Sozialstaat (Luhmann 2000a: 423). Der Sozialstaat, so Luhmann, diene dem Abbau und dem Vorbeugen von Exklusionen, während der Wohlfahrtsstaat auf Inklusion in der Form positiver Abweichungsverstärkung (Anspruchsindividualismus) abziele.



„Der“ Wohlfahrtsstaat wird dabei nicht, wie in der sw-WSF, als ein Akteur begriffen, sondern kommunikations- und differenzierungstheoretisch als Selbstbeschreibungsformel des Staates beschrieben. Als solche ist sie semantisch-evolutiv aus dem liberalen Verfassungs-/Rechtsstaat hervorgegangen.<sup>170</sup> Die Entwicklung hin zum Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit beschreibt Luhmann als Anpassung des politischen Systems an die komplexer (und vor allen Dingen: demokratischer) werdenden, politischen Verhältnisse. Staatssemantik und Demokratiesemantik müssen integriert werden.

„Auf dem Weg von »Repräsentation« über »Souveränität« zu »Demokratie« und Wohlfahrtsstaat hat sich die Selbstbeschreibung des politischen Systems ihrer eigenen Geschichte angepaßt. Keine der Formeln ist aufgegeben worden, jede hat die bereits vorliegende nur überarbeitet (...)“ (ebd: 365).

Der Wohlfahrtsstaat als politische Selbstbeschreibung ist dann also zunächst eine *Staatsformel*, die den Aspekt der Demokratie (Bürgernähe, demokratische Wahlen, Partizipation, Inklusion) schon immer mitberücksichtigen muss. Und dies gerade vor dem Hintergrund der Ausdifferenzierung und damit der Schließung des politischen Systems. Staatsgewalt muss organisiert, demokratisch legitimiert werden (in der Form des Verfassungsstaats), Staatsangehörigkeit/Staatsbürgerschaft („Demos“) durch nationalstaatliche Schließung hergestellt werden. Der Staat selbst ist dann in der Form der Staatsorganisation ein Teilsystem des politischen Systems, neben Parteien und Interessenorganisationen.

„Im allgemeinen Kommunikationsraum des Politischen wird damit [mit dem Begriff des „Staates“: CH] die Handlungsfähigkeit betont, die kollektive Entscheidungs- und Wirkungseinheit und die Finalisierung des Politischen in Richtung auf öffentliches Wohl“ (Luhmann 1983: 29/30).

Er ist Hauptadressat, wenn es darum geht, Durchsetzungsfähigkeit zu demonstrieren. Hier zeigt sich dann auch die Zentralität der Steuerungssemantik in Bezug auf (Wohlfahrts-)Staatlichkeit (siehe dazu auch Abschnitt 7.4.2). Wenn man nun die Besonderheiten der Selbstbeschreibungsformel »Wohlfahrtsstaat« hervorheben will, muss man sich die semantisch-strukturellen Bedingungen genauer anschauen. Luhmann stellt gerade im Übergang von der Souveränitätssemantik zur Demokratiesemantik ein unüberwindbares Paradoxon fest. Wie kann das Volk über das Volk herrschen, wenn dafür demokratisch gewählte Repräsentanten des Volkes über das Volk herrschen sollen

---

<sup>170</sup> Im nächsten Abschnitt (7.2.2) werden wir noch einmal auf den Unterschied von Rechts- und Wohlfahrtsstaat zu sprechen kommen, und zwar in Bezug auf die Thematik Autonomie und Abhängigkeit.

(Luhmann 2000a: 319ff)? Als Invisibilisierungsstrategie dieses Paradoxons wird, so Luhmann, Wertesemantik bemüht. Die Wertesemantik als „politischer Draht“ zum Volk. Die Formulierung allgemein anerkannter Werte (Versorgungssicherheit, Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit, usw.) aktualisiert dabei die Fremdreferenz des politischen Systems. Die Handhabung von Wertekonflikten (Inflationsbekämpfung oder Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Bekämpfung des Kapitals oder Hinderung der „Landflucht“ des Kapitals) formuliert demgegenüber die Selbstreferenz des politischen Systems. Hier kommt den verschiedenen Parteien als organisierte, demokratisch gewählte Interessenvertretungen *entscheidende* Bedeutung zu (ebd: 359f). „Wohlfahrt“ ist für Luhmann – im Unterschied zu Verfassung und Souveränität - sowohl eine Wunsch- wie eine Konsensformel: „Niemand kann gegen Wohlfahrt sein“ (ebd: 365). Eine Wunschformel ist sie deshalb, da sie auf eine unbekannte Zukunft verweist. Es geht dann immer um die Erhöhung der Wohlfahrt, also die Verbesserung der Zustände der Staatsbürger im Vergleich zur Gegenwart. Diese Grundhaltung wird auch in den neuesten Strategien einer aktivierenden Sozialpolitik nicht aufgegeben. Dass hier zunehmend auch auf die Möglichkeitsbedingungen des eigenen Systems und nicht nur auf das Wohlergehen der Bürger reflektiert wird, ist eine andere Sache. Wir kommen darauf an anderer Stelle zu sprechen (7.4.2.2).

Mit der zunehmenden Demokratisierung (Delegitimierung staatlicher Souveränität) geht die interne Differenzierung des politischen Systems einher; es bilden sich Parteien und Interessenorganisationen, die Probleme ansaugen und organisieren und so Parlament, Regierung und Öffentlichkeit irritieren. Die Politik (der Staat) kann sich den an sie adressierten Problemen nicht verschließen. Selbst wenn die Regierung sich „stur“ stellt, ist das Problem nicht beseitigt. Die Opposition steht schon bereit, um eben dieses Nichts-Tun als Schwäche auszulegen: „Mit der Redefinition von unlösbaren Problemen in politisch lösbare Probleme sichert der Wohlfahrtsstaat seine eigene Autopoiesis. Es gibt garantiert immer etwas zu tun“ (ebd: 216). Das Dilemma ist dann, dass die Politik sich um *nicht-politische* Probleme (bspw. ökologische, wirtschaftliche oder religiöse Probleme) kümmern soll, die dann *politisch* gelöst werden sollen, also durch kollektiv bindendes Entscheiden. Die problembasierte Autopoiesis scheint dabei durch die demokratische Legitimierung perpetuiert zu werden. Es kommt erschwerend hinzu, dass der Wohlfahrtsstaat, im Vergleich zu den Selbstbeschreibungsformeln »Rechts-/Verfassungsstaat« und »Demokratie«, evolutiv, das heißt ohne Stützung auf Theorie, hervorgebracht worden ist. „Evolutiv“ verstanden als: Weder theoretisch planbar noch

prognostizierbar (Luhmann 1983). Statt umfassenden (Reflexions-)Theorien des Wohlfahrtsstaates gebe es nur ad-hoc Theorien/Betriebstheorien des Wohlfahrtsstaates (Luhmann 2005k). Soziale Ungleichheiten gelten dann als *politisch* kompensierungsbedürftig. Dieses Kompensationsprinzip erfährt seinerseits moralische Legitimation. Die Kompensations*bedürftigkeit* würde sich sonst als solche gar nicht einstellen. Der funktionale Universalismus des Kompensierens (ebd: 333) kann dann jederzeit spontan (ad hoc) aktualisiert werden und kompensiert so seinerseits ein Stück weit die Tatsache, dass der Wohlfahrtsstaat ohne theoretische Orientierung evoluiert ist. Der Wohlfahrtsstaat sichert (und gefährdet) seine eigene Autopoiesis (Fortbestand) dadurch, dass das Kompensationsprinzip zwar Aufgaben definiert, in sich selbst aber keine Grenzen erfährt. Die Hauptproblematik des funktionalen, politischen Universalismus (Kompensationsprinzip) sieht Luhmann dann darin, dass die Autopoiesis über positives und nicht über negatives (restriktives) feedback geregelt wird. Es geht dann um die Steigerung der Abweichung von bestehenden (ungleichen, ungerechten, usw.) Zuständen, um Verbesserung und nicht um Abweichungseliminierung. Negation wird dann allenfalls als *äußere* Negation (bspw. knappe öffentliche Kassen) politisch relevant.

„Sie [die Sprache der Politik: CH] pendelt zwischen Zielen und Mitteln, zwischen an sich Wünschenswertem auf der einen und dem Fehlen der Mittel auf der anderen Seite. Es fehlt ihr ein theoretisches Konzept und vor allem ein Kriterium für die Frage, welche Erwartungen eigentlich an Politik gerichtet werden können und welche nicht“ (Luhmann 1983: 27).

Die viel diskutierten Krisen des Wohlfahrtsstaates sind Luhmann zufolge vor diesem Hintergrund dann zuvorderst konzeptionelle Krisen, die dem Faktum geschuldet sind, dass keine theoretisch orientierte und planbare *Selbststeuerung* des Wohlfahrtsstaates möglich ist. Die Krise des Wohlfahrtsstaates ist dann keine Finanzkrise, sondern zuvorderst eine Selbststeuerungskrise. Diese Selbststeuerungskrise zeigt sich in der Oszillation von Offenheit und Geschlossenheit, Autonomie und Abhängigkeit, wobei eben gerade keine Geschlossenheit über reflexionstheoretische Eigenleistungen erreicht wird.

Durch die Evolution zum Wohlfahrtsstaat wird Öffnung und Restriktion zum Dauerproblem der Politik. Im Grenzfalle versteht das politische System sich selbst zuständig für den Ausgleich von Schicksalsschlägen jeder Art; und natürlich erst recht für Folgen, die in anderen Funktionssystemen erzeugt und »externalisiert« werden. (...) Hier könnte nur Selbstbegrenzung helfen, also nur politische Entscheidung“ (Luhmann 2000a: 424).

Politische Entscheidungen müssten sich auf theoretisch orientierte Selbstreflexion stützen können und so eine unhinterfragbare „Generallinie“ (ebd: 424) darstellen. Erst wenn Anspruchsindividualismus/Anspruchsberechtigung (Luhmann 1981b; Nassehi 2003c) an *politischer* Relevanz verlieren würden, hätte dies Auswirkungen auf die Selbstbeschreibung und damit auch auf die Selbstbegrenzung des politischen Systems. „Dafür lassen sich zwar aufgabenspezifische Argumente finden, die dann politisch kontrovers bleiben“ (Luhmann 2000a: 424). Aber gerade der Umstand, dass im Schema »Regierung/Opposition« bzw. durch politische Parteien und Interessenorganisationen Ansprüche weiterhin politische Relevanz haben und in Wahlen von zentraler Bedeutung sind, lässt kaum erkennen, dass der Wohlfahrtsstaat als Selbstbeschreibungsformel ausgedient hat und evolutiv überholt worden ist.

Mit den Diskussionen um den aktivierenden, gewährleistenden Sozialstaat, der in Humankapital investiert und so die Selbstorganisationskräfte der als „aktivierbare passive Bürger“ konstruierten Staatsbürger fördert, lassen sich Konturen eines politischen Reflexionsprozesses erkennen, welcher politische Entscheidungen produziert, die das Selbstverständnis des Wohlfahrtsstaates irritieren. Während Luhmann (1981a, 1983, 2005k, 2005l), Kieserling (2003) und Kaube (2003) argumentieren, dass es keine Reflexionstheorie des Wohlfahrtsstaates gibt, meint Hagen (2006), eine solche angeben zu können: New Public Management (abgekürzt: NPM): Dezentralisierung, Privatisierung, Abbau von Verwaltungsstrukturen und Bürokratie, allesamt Ziele der neuen Theorie öffentlicher Steuerung. Diese Behauptung wollen wir einer kritischen Analyse unterziehen. Inwieweit lassen sich Veränderungen in der Semantik des Wohlfahrtsstaates erkennen? Reflexionstheorien müssten ja die Identität des reflektierten Systems bezeichnen und problematisieren können. Es trifft sicherlich zu, dass NPM-Gedanken gut sich in politischen Entscheidungen und Reformprozessen niedergeschlagen hat. Weshalb erscheinen aber die NPM-Strategien für den Wohlfahrtsstaat als attraktiv, welche Probleme sollen durch diese Strategien gelöst werden? Der Hintergrund der Popularität von NPM ist das Steuerungsproblem des politischen Systems. Das, was in den steuerungstheoretischen Diskussionen in der sw-WSF als „Lösungen“ konzeptionell angedacht worden ist, - Selbstzurücknahme, Kooperation und Responsibilisierung als Strategien der Kompensation geschwächten Steuerungspotentials – wird hier bedient. Die Steuerungskrise beschränkt sich dabei in erster Linie und zuvorderst auf das Verhältnis Verwaltungsapparat/Bürger(Klient). Die Hoffnung ist, Anliegen besser und effektiver befriedigen und Versorgung effizienter

bereitstellen zu können. Auch ein politisches System muss sich verbessern wollen dürfen.<sup>171</sup> Natürlich ist in diesem neuen Modell öffentlicher Steuerung (praktischerweise) auch immer schon an finanzielle Einsparungsmöglichkeiten gedacht. Finanzhaushalt und Steuerung sind jedoch nur zwei Aspekte von Wohlfahrtsstaatlichkeit, beide verweisen außerdem auf die Umweltabhängigkeit des Wohlfahrtsstaates. Mit NPM ist also kein genuin *politisches* Selbststeuerungsinstrument eingeführt. Die politische Bezugsproblematik, also die Frage danach, was Wohlfahrtsstaatlichkeit eigentlich lösen soll, wird auch mit NPM nicht gelöst. Ist das Bezugsproblem Handlungsfähigkeit, Kompensation sozialer Ungleichheiten (mit welchen Anhaltspunkten?) oder Inklusion?

„Tatsächlich ist aber bereits das Grundproblem, dem sich wohlfahrtsstaatliches Handeln zuwendet, ausreichend diffus, um eine ideologiefähige Reflexion auf seine Einheit zu erschweren“ (Kaube 2003: 51).

NPM nimmt sich dann dem Problem der finanziellen Handlungsfähigkeit und der politischen Steuerungsfähigkeit an. Mittels Strategien zur Verkürzung und Effektivisierung des wohlfahrtsstaatlichen Handlungsbereichs soll gerade die *Handlungskapazität* des Sozialstaates erhalten werden. So besehen, zielt NPM also gerade *nicht* auf die Abschaffung des Wohlfahrtsstaates, sondern eben gerade auf die Sicherung der Zukunft des Sozialstaates.<sup>172</sup>

„Als ganzer ist der Sozialstaat schwer aufzugeben. Das geht noch nicht einmal in den USA und am wenigsten bei den große Teile der Wählerschaft berührenden Programmen der Alters- und Krankenversicherung“ (Ganßmann 2000: 160).

Und dies solange, wie der Wohlfahrtsstaat demokratisch legitimiert und programmiert ist. Als aktivierender Sozialstaat macht er dann nicht mehr nur *für* den Bürger, sondern zunehmend auch *mit* dem Bürger Politik (Bürgervertrag). Auch der Bürger soll dann aktiv zur Aufrechterhaltung der politischen Handlungsfähigkeit beitragen, indem er zur Selbsthilfe verpflichtet wird. Und wie ist dies möglich? Durch politische, hoheitliche

---

<sup>171</sup> Dass hier dann sofort Ökonomisierung, Neoliberalisierung und Re-Kommodifizierung befürchtet werden, lässt dann zunächst vermuten, dass es sich bei diesen Kommunikationen um Kommunikationen der sw-WSF handelt, wie wir sie analysiert haben. Feste Verankerung des Staat/Markt Dualismus sowie Kopplung an Moral. Effektivität und Rationalität werden dann eben als per se ökonomische Begriffe bewertet, die die Politik invadieren. Als solche werden sie mit Argwohn betrachtet.

<sup>172</sup> Wir erinnern uns: Schon Offe (1984c) hat festgestellt, dass es weder von rechter noch von linker Seite die Promotion einer Alternative zum Sozialstaat gibt. Mit Ganßmann (2000) können wir hinzufügen: Die kann es auch nicht geben, und wird auch nicht gewollt!

Entscheidung! Aber auch hier zeigt sich wieder dasselbe Hauptmuster im Versuch, Restriktionen durch Reflexionen einzuführen: Externalisierung (via Responsibilisierung). Der Staat denkt an sich selbst, indem er an die Bürger (gesellschaftsexterne Umwelt) und die Finanzen (gesellschaftsinterne Umwelt) denkt. Genau dies bedient NPM. Was die *politische* Steuerung des Kompensationsprinzips und die Frage nach einem *politischen* Kriterium für die Bereitstellung von Leistungen in der Form kollektiv bindender Entscheidungen betrifft, liefert NPM aber keine Lösungen. Dies müsste aber behandelt/reflektiert werden, sollte NPM sich als vollwertige Reflexionstheorie des politischen Systems bewähren, die *alle Aspekte politischen Operierens* berücksichtigt. Es fehlt eine *politische* Theorie, die die Form des Wohlfahrtsstaates als Einheit *öffentlich-rechtlicher, sozialpolitischer und ökonomischer* Aspekte in ein und demselben Begriffssystem beschreibt (Kaube 2003). Was bleibt ist die Feststellung, dass der Wohlfahrtsstaat nur durch Umweltbeschränkungen Restriktionen einführen und seine Handlungen/Nicht-Handlungen dadurch ein Stück weit legitimieren kann. „Die Entwicklung seiner System/Umwelt-Beziehungen kann dann nur noch interaktiv (im Sinne Pizzornos), das heißt, nur durch Entzug der Energiezufuhr korrigiert werden“ (Luhmann 2000I: 100). Wir können dann zusammenfassen, dass NPM keine vollwertige *politische Reflexionstheorie* des Wohlfahrtsstaates ist. Die Popularität des aktivierenden Sozialstaats als Selbstbeschreibung des Wohlfahrtsstaates (Behrens 1999) kann jedoch nicht von der Hand gewiesen werden. Als Teil-Selbstbeschreibung wird dann mit dieser Formel zumindest auf das ökonomische Dilemma reflektiert, aber eben nicht auf die *Einheit* politischer, ökonomischer, organisatorischer, öffentlich-rechtlicher u. a. Dimensionen, wie dies Kaube (2003) fordert.

## 7.2.2 Autonomie und Abhängigkeit, Spezifität und Universalität

„Autonomie, operative Schließung und Selbstorganisation der Funktionssysteme bedeuten nicht Unabhängigkeit im Sinne gegenseitiger Isolation. Nach wie vor beschränken die Teilsysteme einander wechselseitig und mehr als zuvor werden Problemlasten hin und her verschoben ja nachdem, welches Funktionssystem zuständig ist. Wechselseitige Unabhängigkeit (Indifferenz) und wechselseitige Abhängigkeit nehmen zugleich zu, wachsen aneinander, und entsprechend steigen die Ansprüche an Selbstorganisation, Responsivität und Reaktionstempo in den einzelnen Funktionssystemen“ (Luhmann 2000a: 355).

Wir wollen diesen Sachverhalt in Bezug auf den Wohlfahrtsstaat näher erläutern. Es geht dann um die systemrelationale Positionierung des Wohlfahrtsstaates in der funktional differenzierten Gesellschaft. Auch in der sw-WSF finden sich Relationierungen: Der Staat/Markt-*Dualismus* nimmt neomarxistisch die Form einer *Dialektik* an, Reziprozität wird zu einem Schlüsselbegriff. Mit der Einführung von Organisationen und Netzwerken, Familien und dem „dritten“ Sektor als weitere (Wohlfahrts-)Akteure ist man in der sw-WSF versucht, mehr Gesellschaft in den Blick zu bekommen. Die sw-WSF kommt jedoch, trotz dieser erweiterten Aufstellung, nicht groß über einen politisierten Strukturfunktionalismus und der Reproduktion der Basisform »Staat/Markt« hinaus. Kaufmann macht sich auf die Suche „nach einer konsistenten *Theorie des Sozialstaates*, welche gleichzeitig die Begründung seiner Notwendigkeit und die Kritik seiner Wirklichkeit erlaubt“ (Kaufmann 2002: 19). Hier kommt der Wunsch nach höheren Freiheitsgraden gegenüber dem Untersuchungsgegenstand zum Ausdruck. Gegen die Reproduktion einer Krisensemantik wendet er ein, dass diese eine Totalität suggeriere, „die weder analytisch zu denken noch handelnd zu verändern ist“ (ebd: 168). Statt von den Krisen *des* Wohlfahrtsstaates (wie sie in der sw-WSF als Fiskal-, Legitimations- und Regierbarkeitskrise reproduziert werden), so müsste man von Steuerungsproblemen *im* Wohlfahrtsstaat sprechen, Wir wollen präzisieren: Steuerungsprobleme, die sich aus der Gesellschaftlichkeit des Wohlfahrtsstaates ergeben. „Der dichotome Gegensatz Markt versus Staat bleibt jedoch zu einfach, um die Problemlagen zu verstehen“ (ebd 181). Und zwar weder in der einen noch in der anderen extremen Richtung. Die Frage nach mehr oder weniger Staat bzw. Markt greift dann zu kurz. Weder die neoliberale Glorifizierung marktwirtschaftlicher Ordnungsmechanismen, noch die Hypostasierung des (Sub-)Politischen und Zivilgesellschaftlichen führen hier weiter. Notwendigkeit und Kritik des Wohlfahrtstaates lassen sich theoretisch integrieren, wenn man folgendes

„Dilemma“ sieht. In der Form des Rechtsstaats kommt dem ausdifferenzierten, politischen System die gesamtgesellschaftliche Funktion zu, die Autonomie der anderen Systeme zu sichern über die Bereitstellung und Wahrung von Grundrechten (Luhmann 1965). Als Sozialstaat soll die Politik aber auch die Eigendynamiken dieser Systeme wenn nicht „kontrollieren“, so doch moderieren (Kuchler 2006, Kaufmann 2002, Willke 1983, 1997). Vor dem Hintergrund dieser Dialektik von Autonomie und Abhängigkeit kann dann auch Lessenich's Aussage, keine Dekommodifizierung ohne Kommodifizierung (Lessenich 1995), platziert werden. Da jedoch in der sw-WSF die Leitdifferenz »Kommodifizierung/Dekommodifizierung« semantisch kondensiert und moralisch aufgeladen ist, erscheint jeder Schritt der Politik in Richtung Re-Kommodifizierung als „Verrat“, als „Rückschritt“, als „Ausverkauf“ der sozialstaatlichen Grundprämissen. Und warum? Weil der Grundtenor „politics against markets“, und damit die moralisch aufgeladene Basisform »Staat/Markt« noch weiter lebt und jederzeit ad hoc aktualisiert werden kann. Der sw-WSF ist dann jegliche Form politischer Abhängigkeit von der Ökonomie (politische Handlungseinschränkung) ein „Dorn im Auge“, während Abhängigkeit (im Zaum halten) der Ökonomie durch die Politik begrüßt und als „positiv“ verbucht wird.

Aus systemtheoretischer Sicht ist zunächst einmal nicht einzusehen, warum die Form »Autonomie/Abhängigkeit« nicht universal anwendbar sein soll. Die System/Umwelt-Differenz als Basisform der Systemtheorie ist eine Form, die jeglichen *einseitigen* Dualismus versagt. Neben dem sozialpolitischen Nutzen der Marktwirtschaft (sei es nun als neomarxistische oder neoliberale Position ausgeflaggt) muss dann ebenso der ökonomische Nutzen von Sozialpolitik (Vobruba 1992) als „vollwertige“ Relation ins Blickfeld rücken. Dieses gegenseitige Nutzenverhältnis setzt dabei reziproke Autonomie und Abhängigkeit voraus. Die Systemtheorie verortet aber den Nutzen der rechtsstaatlich verankerten Sozialpolitik nicht nur in Bezug auf den Markt, sondern prinzipiell in Bezug auf jedes andere Funktionssystem (nichts anderes bringt das Merkmal „*spezifische Universalität*“ zum Ausdruck). Der gesamtgesellschaftliche Aspekt von Sozialpolitik wird betont (Achinger 1971; Huf 1998, Kuchler 2006, Stichweh 2000, Ganßmann 2000). Aber eben auch die Abhängigkeit des Sozialstaates von mehr als nur dem Markt wird zum Thema, ohne diese Leistungen bezugsproblemsingulär als Förderung von (gesamtgesellschaftlicher) Wohlfahrt zu beschreiben. An dieser Stelle zeigt sich dann der Kern der differenzierungstheoretischen Systemtheorie: Die ausdifferenzierten, systemspezifischen Funktionszusammenhänge stellen Lösungen auf



bestimmte, gesamtgesellschaftliche Bezugsprobleme dar. Der besondere Fall des Wohlfahrtsstaates scheint nun gerade darin zu liegen, dass die Autonomie des Wohlfahrtsstaates in Abhängigkeit zur Autonomie und Abhängigkeit der meisten anderen Funktionssysteme definiert ist. In dieser Lesart beschäftigt sich der Wohlfahrtsstaat nur dann mit *sich selbst*, wenn er sich *mit den anderen* (Systemen) beschäftigt. Dies ist einmalig für den Fall des Wohlfahrtsstaates, es macht seine *Spezifität* aus. So besehen kommt dann dem Wohlfahrtsstaat tatsächlich eine Sonderstellung in der funktional differenzierten Gesellschaft zu. Diese Sonderstellung ist aber keine Wesensmäßige, sondern eine, die sich aus den Struktur- und Folgeproblemen funktionaler Differenzierung ergibt (Kuchler 2006). Damit ist meines Erachtens aber dann noch keine Aussage über die *Zentralität* dieser Sonderposition getroffen, so aber die Andeutungen von Kuchler (2006). Weil eine *Zentralstellung* (nicht! *Sonderstellung*) des Wohlfahrtsstaates, so Kuchler, mit dem Symmetriepostulat Luhmann's Systemtheorie bricht, sei die „rechte“ Lesart Luhmann's (also: Überforderung der Politik; Autonomieproblem) epistemologische Folge des Begriffsapparates. Meiner Meinung unterscheidet Kuchler an dieser Stelle nicht konsequent zwischen theorieadäquater *Sonderstellung* (Spezifität) und theorieinadäquater *Zentralstellung* (woran sollte eine solche festgemacht werden?). Kuchler lenkt schließlich auch ein und spricht am Schluss von der aus den „Strukturproblemen der funktionalen Differenzierung abgeleiteten Sonderstellung“ (Kuchler 2006: 21). Dies klingt plausibel. Wie tief auch bei systemtheoretisch forschenden Sozialwissenschaftlern die Vorstellung von der Zentralität von Politik und Markt sitzt, zeigt sich unter anderem bei Hagen (2006). Der Wohlfahrtsstaat erscheint hier neben der Marktökonomie als zentrale Integrationsinstanz der Gesellschaft. Beide teilten dieselbe Bezugsproblematik, und damit *dieselbe* (!) Funktion.

„Ich will behaupten, dass die moderne Gesellschaft zwei Systeme hervorgebracht hat, deren beider Funktion darin zu sehen ist, die anderen Systeme zu integrieren. Die Rede ist vom ökonomischen und politischen System.“ (...) Was die Integration der Gesellschaft betrifft, so gibt es also funktionale Alternativen: Die Gesellschaft kann wählen zwischen Staat und Markt. In allen anderen Gesellschaftsbereichen hat je ein System Monopol auf seine Funktion“ (Hagen 2006: 143ff).<sup>173</sup>

Abgesehen von dieser systemtheoretisch nicht haltbaren Annahme einer funktionalen Doppelbesetzung, so scheint mir hier der operative und universale Aspekt der System-

---

<sup>173</sup> Übersetzung vom Norwegischen ins Deutsche: C. H.

theorie unterbelichtet zu sein. Dauerintegration oder temporäre Integration? Warum sollte Integration nur von der Politik und der Wirtschaft ausgehen?

„Im Pulsieren der Ereignisse integrieren und desintegrieren die Systeme sich von Augenblick zu Augenblick. Das mag, wenn wiederholt und dann antezipiert, die Strukturentwicklungen der beteiligten Systeme beeinflussen. (...) Aber dieser Integrationseffekt bleibt auf die Einzelereignisse begrenzt“ (Luhmann 1997: 605).

Nassehi (2003c: 336) merkt folgerichtig an, dass gesamtgesellschaftliche Integration in der Sachdimension ein gesellschaftsweites Bezugsproblem voraussetzen würde. Dies wäre dann nicht mehr kompatibel mit dem Primat funktionaler Differenzierung. In der Sozialdimension würde dies das Konzept einer gesellschaftlichen Gemeinschaft/community als integrative Zentralkategorie voraussetzen. Damit würden aber auch zentrale Formen der sw-WSF, wie wir sie analysiert haben, reproduziert werden. Wir wollen uns stattdessen weiterhin an das Theorem funktionaler *Differenzierung* halten.

„Denn es ist nicht notwendigerweise unsinnig anzunehmen, dass der Wohlfahrtsstaat die Autonomie verschiedener Teilsysteme *im Verhältnis zur Wirtschaft* sichert, aber an der Autonomie dieser Systeme *im Verhältnis zu sich (der Politik) selbst* scheitert oder jedenfalls an Grenzen stößt“ (Kuchler 2006: 19).

In diesem Zusammenhang muss man, wie Kuchler (2006) dies tut, Rechtsstaat und Wohlfahrtsstaat analytisch trennen. Während der Rechtsstaat mit seinen Grundrechten die anderen Systeme vor zu massiven Eingriffen der Politik selbst schützt, also gerade Eigendynamik und Autonomie der anderen Funktionssysteme sicherstellt (siehe auch Luhmann 1965, 2000k: 331), so schützt der Staat in Form des Wohlfahrtsstaates die anderen Teilsysteme vor zu enger Punkt-für-Punkt Kopplungen an die Wirtschaft. Diese Entkoppelung zeige sich, so Kuchler, besonders in den Fällen, in denen relativ große finanzielle Ressourcen involviert sind, wie zum Beispiel im Falle des Erziehungssystems (Bildung, Ausbildung) oder Krankenbehandlungssystems (Krankenversicherung, Unterstützungsleistungen). Der Wohlfahrtsstaat sichere darüber hinaus „auch die Autonomie mindestens eines Subsystems der Wirtschaft selbst, des Arbeitsmarktes, gegenüber sonstigen Systemen“ (Kuchler 2006: 17). In der vertraglichen Verhandlung über sowie der organisationalen Formung des Arbeitsvermögens von Arbeitskräften kann so über personenbezogene Bedarfe (pflegebedürftige Eltern, schulpflichtige Kinder, usw.) bei Lohnverhandlungen hinweggesehen werden. Nicht die ganze Person, sondern nur ihr Arbeitsvermögen wird diskutiert und verhandelt, ihr „Marktwert“

errechnet.<sup>174</sup> An dieser Stelle sind wir wieder beim Dekommodifizierungsdiskurs und dem Gegensatz von Kapital und Arbeit als Gegensatz zweier Kommoditäten mit unterschiedlichen Voraussetzungen.

„Der Begriff der (zu) punktuellen Kopplung an Wirtschaft ist für viele Zwecke das systemtheoretische Äquivalent zum marxistischen Begriff der Ware bzw. der Kommodifizierung. Der Unterschied besteht nur darin, dass die systemtheoretische Version breitere Vergleichshorizonte eröffnet, (...) während der Marxismus durch die Wahl seiner Grundbegriffe auf den Fall Wirtschaft bzw. Kapitalismus festgelegt ist“ (Kuchler 2006: 18).

Ein Plädoyer für die Abschaffung des Wohlfahrtsstaates kann aus der Systemtheorie Luhmann's also nicht abgeleitet werden. Dies verbietet schon allein der bezugsproblematische Ansatz der Systemtheorie. Luhmann selbst betont denn auch, dass die „Logik“ der Wohlfahrtstaatlichkeit „kein Irrweg der Politik“ ist (Luhmann 1983), sondern konsequenter Ausdruck des Prinzips funktionaler Differenzierung. Das „Wohllwollen“ sei „gesellschaftsstrukturell gedeckt“. Hypostasierung und Steigerungsideale (Steigerung von Freiheit, Gleichheit, Partizipation und Betreuung) seien, wie auch im Falle anderer Funktionssysteme, ebenso im Falle des Wohlfahrtsstaates zu beobachten (Symmetriepostulat!). Öffnung und Restriktion als Dauerproblematik des Wohlfahrtsstaats lässt dann allenfalls die Prognose zu, dass der Wohlfahrtsstaat in absehbarer Zeit aus strukturellen Gründen (Abhängigkeit von umweltbedingter Energiezufuhr) zurückgefahren werden muss. Dies allerdings, „*sollte* [kursiv: CH] nicht dazu führen, eine Lawine der Exklusion auszulösen“ (Luhmann 2000a: 428). Also nicht dazu führen, den rechtsstaatlich agierenden *Sozialstaat* zurückzufahren. Diesem kommt ja gerade die Funktion zu, die Autonomie der anderen Teilsysteme zu sichern und gleichzeitig die Eigendynamiken dieser Systeme zu kontrollieren. Das Bezugsproblem liegt dann in der Differenzierungsform (und deren Folgen) selbst, und nicht, wie in der sw-WSF ausgeführt, in der sich aus dem Staat/Markt-Dualismus ergebenden „(neuen) sozialen Frage“. Dass weder von „rechter“ noch von „linker“ Seite eine Alternative zum Wohlfahrtsstaat formuliert worden ist, hat Offe schon früh herausgestellt (Offe 1984b, c) und zeugt eigentlich nur davon, dass der

---

<sup>174</sup> Natürlich gilt dies in diesem speziellen Fall nur für abhängig beschäftigte Arbeitnehmer. Bei Selbständigen, also bei Personen, die sich selbst die Arbeit geben (Selbst-Arbeitsgeber), verhält es sich etwas anders. Auch muss man an dieser Stelle verschiedene Formen und Reichweiten von Dekommodifizierungen unterscheiden. Nicht nur der Staat als Sozialstaat kann Entpunktuialisierer/Interdependenzunterbrecher sein, sondern auch Arbeitsorganisationen (Betriebe) selbst. Diese besonders in den USA weit verbreitete Form der Dekommodifizierung sichert dann eben betriebliche Wohlfahrt. Dies können betriebliche Renten, medizinische Leistungen oder das Angebot an Kindertagesstätten sein.

Wohlfahrtsstaat die Lösung auf eine *gesamtgesellschaftlich* verankerte Bezugsproblematik darstellt. Pro- oder Anti-Wirtschaftspolitik können dann im Hinblick auf die rechts- und sozialstaatlichen Verankerungen des Konzeptes Wohlfahrtsstaat keine Alternativen sein. Dies lehrt die Systemtheorie. Das links/rechts-Schema verliert denn auch deswegen realpolitisch zunehmend an Unterscheidungskraft, weil Politik per definitionem mit heterogenen (und nicht zuletzt: *strukturell*-widersprüchlichen) Sachverhalten zu tun hat. Die Beobachtung der Alternativlosigkeit des Sozialstaates (Ganßmann 2000) erfordert allerdings einen größeren Vergleichsradius. Die Thesen vom Sozialstaat als Voraussetzung für Marktwirtschaft und Demokratie (Polanyi, Marshall, Offe, Vobruba) sind dann zwar insofern gesellschaftstheoretisch aufgeklärt, als sie die Dialektik und Reziprozität von Politik und Ökonomie betonen, aber eben *nur* von Politik und Ökonomie. Auch Willke (1989) spricht von der „Vermittler- und Pufferrolle zwischen Ökonomie und Politik“. Gesellschaftstheoretisch informativer ist dagegen die Rede vom Sozialstaat als Interdependenzunterbrecher (Luhmann 2000a, Kuchler 2006, Vobruba 1992). *Sozialpolitik ermöglicht* nicht etwa die funktionale Ausdifferenzierung der Marktökonomie, wie Huf (1998) behauptet. Vielmehr gilt: *Rechtsstaatlichkeit sichert* die Autonomie der Marktökonomie und anderer Systeme. Die Ausdifferenzierung eines Wirtschaftssystems kommt auch gut ohne Sozialpolitik in Gang und aus (Geldbesitz und Geldumlauf reichen völlig aus). Wenn Huf allerdings politisch moderierte, „*soziale*“ Marktwirtschaft mit Marktökonomie meint, dann läge normativer Politivismus zu Grunde.

Wir haben gesehen, dass die funktionale Bestimmung des Wohlfahrtsstaates in der Systemtheorie den Leistungsbezug zu den Umweltsystemen schon immer berücksichtigen muss (sei es als Rechtsstaat oder Sozialstaat/Wohlfahrtsstaat). Die sw-WSF baut jedoch in erster Linie auf der Basisform »Staat/Markt« auf, die Identität des Wohlfahrtsstaates wird im weitesten Sinne über diese Form definiert. Eine gesellschaftstheoretische Beschreibung dagegen ermöglicht die Beschreibung einer Vielzahl von (Formen von) Umweltbeziehungen. Sozialstaat und Wohlfahrtsstaat sind von den Leistungen anderer Systeme abhängig. Allen voran ist hier das Wirtschaftssystem zu nennen. Luhmann behandelt Leistungsbeziehungen unter dem Aspekt der strukturellen Koppelung (Luhmann 1997, 2000a, 2000b; vgl. auch Kapitel 2, Abschnitt 2.2.2.3). Im Falle der Koppelung von Politik und Wirtschaft nennt Luhmann, neben Subventionen und anderen wirtschaftspolitischen Eingriffen, die Finanzierung

öffentlicher Haushalte sowie Staatsverschuldung als die zentralen Formen der strukturellen Kopplung. Der Staat braucht Geld (Steuereinnahmen), um seine Funktion (!) erfüllen zu können. Geldbedarf ist dabei unmittelbar an das Bezugsproblem des Wohlfahrtsstaates gebunden. Es geht dann darum, individuelle Lebensführung vor dem Hintergrund der Diskontinuität wechselseitiger Dynamiken der Funktionssysteme (Autonomie und Abhängigkeit der Umweltsysteme) zu stabilisieren und zu kontinuieren (Nassehi 2003c: 338/339). Es sei deshalb nicht verwunderlich, dass zur Erfüllung dieser Funktion zumeist Geld als Wirkungsmittel eingesetzt wird, besteht doch die Funktion von Geld gerade im Knappheitsausgleich in der Zeit (Nassehi 2003c; Luhmann 1988). Es kommt dann zu der paradoxen Konstellation, dass der Wohlfahrtsstaat Wirtschaftspotential (Zahlungsfähigkeit) in Anspruch nimmt, um so Auswirkungen der Wirtschaft zu korrigieren. So gerät das Handlungspotential des Wohlfahrtsstaates „um so stärker unter konjunkturelle Abhängigkeiten, weil die Steuern von der Wirtschaft erst einmal verdient werden müssen“ (Luhmann 2000a: 217).<sup>175</sup> Gerade aber diese kompensierenden/umverteilenden Effekte sowie die - im weitesten Sinne - „Zukunftssicherheit“ gewährende Funktion des Sozialstaats erfüllen ihre *politische* Funktion.

„Die Marktwirtschaft überschüttet auch die Politik mit Entscheidungsproblemen – zunächst im kompensierenden Sinne des Sozialstaates, heute aber auch im Sinne einer politischen Sicherung von Rahmenbedingungen, die eine Sozial- und Umweltverträglichkeit der Wirtschaft und damit eine der Bedingungen der Möglichkeit ihrer eigenen Autopoiesis zu gewährleisten suchen“ (Luhmann 2000a: 356).

Diese eher *rechtsstaatlich* verankerte (also die Autonomie der anderen Systeme sichernde) *Dialektik* spielt jedoch als Erkenntnis in der sw-WSF eine nur untergeordnete Rolle. In der *dualistischen, wohlfahrtsstaatlich* verankerten Basisform »Staat/Markt« informiert die sw-WSF weitaus resonanzfreudiger. Im Begriffsgebäude der Systemtheorie kann dagegen Zentralität und Dialektik, bezogen auf die Umweltrelation »Staat/Markt«, parallel, also gleichzeitig existieren; dies freilich „auf Kosten“ moralischer Eindeutigkeit. Die Zentralität der Form »Staat/Markt« bleibt auch in der systemtheoretischen Beschreibung des Wohlfahrtsstaates bestehen; sie gründet allerdings nicht auf einer politisch-normativen Haltungen, sondern auf

---

<sup>175</sup> Auf ähnliche Erkenntnisse kommt man, wenn man einen neomarxistischen Begriffsapparat zu Grunde legt. Vgl. dazu die Ausführungen „O’Goffe’s“ (5.1.1.1.3).

systemtheoretischen Basisannahmen über die Reziprozität von Autonomie und Abhängigkeit, Universalität und Spezifität, sowie der Beschreibung der *spezifischen Möglichkeitsbedingungen* des Wohlfahrtsstaates. In unseren Analysen der sw-WSF haben wir die Betonung der Familien medientheoretisch als ein Anwendungsfall der Unterscheidung »Staat/Markt« beschrieben. In Bezug auf die funktionale, gesellschaftsstrukturell bedingte Bezugsproblematik des Wohlfahrtsstaates, können wir dann formulieren, dass die Funktion des Wohlfahrtsstaates nur dann erfüllt werden kann, wenn alle anderen Funktionen ebenfalls erfüllt werden. Wenn nichts funktionieren würde und es nur Schicksale und Probleme gebe, dann würden diese Schicksale als Schicksale und Insuffizienzen gar nicht auffallen. Erst der Aspekt der Leistungsinsuffizienz der anderen Funktionssysteme erzeugt dann politischen Handlungsbedarf. Wie Luhmann (2000a) formuliert, lebt die wohlfahrtsstaatliche Autopoiesis von den Problemen und Problemlagen, die von den *anderen* Systemen verursacht worden sind. Der Wohlfahrtsstaat ist dann, so zynisch das klingen mag, auf die Insuffizienz der anderen Systeme geradezu angewiesen. Man könnte dann den Wohlfahrtsstaat auch als Parasit bezeichnen (im Sinne von Serres 1987), da dieser nur deshalb bestehen kann, da für die Funktionaldifferenzierung die Dynamik von Autonomie und Abhängigkeit konstitutiv ist. Damit der Wohlfahrtsstaat *seine* Bezugsproblematik findet müssen die anderen, nicht-wohlfahrtsstaatlichen Funktionen ebenfalls (aber: In einer aus ihrer Sicht leicht insuffizienter Weise) erfüllt werden. Es ist dann auch geradezu selbstverständlich, dass der Wohlfahrtsstaat familiäre Leistungen wie Sozialisation, Emotionsarbeit aber auch nichtfamiliäre Leistungen wie Erziehung (im Sinne von Bildung, Ausbildung) oder Krankenbehandlung, Rechtsprechung usw. voraussetzen muss. Die Berücksichtigung multipler System-zu-System-Beziehungen ist also im Begriffsgebäude der Systemtheorie angelegt. Eine Vielzahl autonomiewahrender Leistungsbeziehungen und Intersystembeziehungen können so auf ihre spezifische Konstellation hin untersucht werden. Die Eigenleistungen und die Eigendynamiken der anderen Systeme sind in der sw-WSF bisher nur zögerlich als solche anerkannt worden. Sofort werden diese in Bezug zur Politik/Wohlfahrtsstaatlichkeit gesetzt. Im Falle der Betroffenheit von kollektiv bindenden Entscheidungen spricht Luhmann (als „rechter“ Wohlfahrtsstaatskritiker) auch von Entmündigung, Bevormundung (welfarization) und der Steigerung/Kultivierung von Anspruchshaltungen (Luhmann 2000a: 426). Die Zumutungen an Selbstversorgung würden abgeschwächt werden. Diese „Befürchtungen“ müssen dabei angesichts gegenwärtiger, umweltbedingter

Selbsteinschränkung der meisten Wohlfahrtsstaaten (in der Form des aktivierenden Wohlfahrtsstaats) wohl relativiert werden. *Dass* Wohlfahrtsstaatlichkeit auch „negativ“ konstituierend wirkt, kann jedoch nicht von der Hand gewiesen werden (Kohli 1992; Lessenich 1995).

Als große Leistung der Systemtheorie wertet Kuchler (2006) die Möglichkeit, multiple System-zu-System-Beschreibungen (und damit auch: die Beschreibung polykontexturaler Autonomie/Abhängigkeits-Verhältnisse) möglich zu machen. Von einer gesellschaftstheoretischen Theorie des Wohlfahrtsstates erwartet sie sich genau dies. Diesem Wunsch können und wollen wir an dieser Stelle nicht nachkommen. Uns ist es lediglich darum gelegen, die „Logik“ der gesellschaftstheoretisch-systemtheoretischen Beschreibung des Wohlfahrtsstaates zu erläutern. Diese Logik besteht in ihrem Kern in der gleichzeitigen Berücksichtigung von struktureller Universalität und funktionaler Spezifität. Weder kann dann Wirtschaft noch Politik noch ein anderes System beanspruchen, „das“ gesellschaftliche Zentrum zu sein. Am Beispiel der Wirtschaft beschreibt Luhmann dies folgendermaßen:

„(...) das Argument zugunsten einer Präponderanz der Wirtschaft kann auf alle Funktionssysteme ausgedehnt werden, von denen dann ihrerseits die Wirtschaft abhängt. Zeigen läßt sich also nur, daß, und genau wie, funktionale Differenzierung die multifunktionalen Redundanzen in der modernen Gesellschaft abbaut und entsprechend die Interdependenzen steigen läßt“ (Luhmann 1988: 323).

Die spezifische Bedingung der Aufrechterhaltung der wohlfahrtsstaatlichen Bezugsproblematik liegt dann genau in der Paradoxie, dass die anderen Systeme funktionieren und gleichzeitig nicht funktionieren müssen. Wohlfahrtsstaatlichkeit setzt dann also *Funktionieren* und *Nicht-Funktionieren* der anderen Systeme voraus. Die akteurstheoretischen Erweiterungen in der sw-WSF um die Akteure Familie und Zivilgesellschaft sind dann hinsichtlich der Steigerung der Gesamtgesellschaftlichkeit nichts anderes als systemtheoretische Binsenweisheiten. Natürlich ist der Wohlfahrtsstaat nicht allein in der Gesellschaft. Das, was eh schon immer getan worden ist und getan werden wird, als *Wohlfahrtsproduktion* (Wohlfahrtsarbeit) zu bezeichnen, verdankt sich in der sw-WSF dann der Einschränkung auf den politischen Vergleichsradius, der ein Politischer bleibt, auch und gerade wenn er um das Sub-, Trans-, Inter-, und Suprapolitische erweitert wird. Die gesellschaftstheoretische Perspektive erlaubt dagegen nicht nur die Kultivierung und Weiterexistenz des dialektischen Verhältnisses von Staat und Markt *als Dialektik*. Sie macht es auch möglich, die wohlfahrtsstaatliche

Zentralität der Form »Staat/Markt« zu sehen als eine *umweltbedingte* Zentralität (nicht: *gesamtgesellschaftliche* Zentralität!). Schließlich sieht sie die reziproken Beziehungen zu allen anderen Funktionssystemkontexten in ihrer jeweiligen Spezifität. Die Spezifität im Falle des Wohlfahrtsstaates liegt dann genau in der funktionalen (!) Ausrichtung auf die Autonomie und Abhängigkeit der *anderen* Systeme. Diesbezüglich stellt Kuchler fest, „(...) dass es in keinem Fall gelingt, den Wohlfahrtsstaat gleichmäßig und symmetrisch mit Blick auf die Autonomie aller gesellschaftlicher Felder bzw. Funktionssystemen zu beschreiben“ (Kuchler 2006: 21). Damit hat sie mit Sicherheit Recht. Besonders unterbelichtet dürfte dabei das Verhältnis zu Religion und Kunst sein. Allerdings teile ich nicht Kuchler's Standpunkt, dass eine „nur wissenschaftliche“ Beschreibung des Wohlfahrtsstaates, jenseits des rechts/links Schismas, nicht in Sicht ist (ebd: 21). Nach meinem Dafürhalten ist es nicht nachvollziehbar, warum die Systemtheorie danach *keine* wissenschaftliche, sondern eine dem Schisma links/rechts auf den Leim gehende Beschreibung sein soll. Zum zweiten ist nicht nachvollziehbar, was an einer wiedereintrittsfähigen, Paradoxiebeschreibungen ermöglichenden Sichtweise erkenntnistheoretisch unbefriedigend sein soll.

### 7.3 Organisation und Funktionssystem

Die Analysen der sw-WSF haben gezeigt, dass neben den Funktionssystemlogiken (Staat, Markt, Familie) zunehmend auch nicht-funktionssystembezogene bzw. organisationsbezogene Faktoren (bürgerschaftliches Engagement, Organisationsnetzwerke) feste Bestandteile des Begriffsapparates geworden sind. Die Basisform »Staat/Markt« wird in der sw-WSF auf diese Weise „mesotheoretisch“ ergänzt und differenziert. Trotz dieser Differenzierung werden jedoch die moralischen Zweit- und Metakodierungen weiterhin reproduziert, das Differenzierungspotential wird nicht genutzt. In der sw-WSF hat diese Differenzierung nur steuerungstheoretische Implikationen, in Bezug auf die Thematik Erwerbsarbeitsinklusion/-exklusion, verstanden als organisationale Inklusions-/Exklusionsform spielt sie keine bedeutende Rolle. Aus gesellschaftstheoretischer Sicht ist mit der Thematik Erwerbsarbeitsinklusion/-exklusion das Verhältnis von Funktionssystem und Organisationssystem angesprochen. Im Folgenden wollen wir zunächst das Verhältnis und den Unterschied von Funktionssystem und Organisationssystem allgemein darstellen (7.3.1). Darauf aufbauend werden wir



genauer auf die jeweiligen Inklusions-/Exklusionsbedingungen eingehen (7.3.2). Erst dann können wir uns näher mit dem spezifischen Fall der organisationsvermittelten Erwerbsarbeit beschäftigen (7.3.3). Hier werden wir auch die Begriffe »Arbeit« und »Arbeitsmarkt« systemtheoretisch näher bestimmen.

### 7.3.1 Rekursivität und Reflexivität

Mehrere Funktionssysteme können sich in ein und demselben Organisationssystem „einnisten“ (Luhmann 2000a: 398). Organisationssysteme sind nicht einfach Teilsysteme „ihrer“ Funktionssysteme. Von einer 1:1 Zuordnung kann also nicht die Rede sein, obwohl in den meisten Fällen ein funktionaler Schwerpunkt auszumachen ist (Luhmann 1997: 840f, 2000b; Nassehi 2003b). Die Organisation Schule ist dann beispielsweise bezugsproblematisch primär auf die pädagogisch angeleitete, intentionale Veränderung von psychischen Systemen hin ausgerichtet („Lernen“), es finden jedoch parallel dazu auch immer eine Menge nicht-erzieherischer Kommunikationen und Handlungen statt, wie etwa rechtliche, wirtschaftliche, politische usw. Die rekursiven Kommunikationszusammenhänge (Funktionssysteme) bilden dann ein Gemenge lose gekoppelter medialer Substrate („Horizonte“); erst in Organisationszusammenhängen werden dann solche Rekursivitäten überhaupt sichtbar und formbar.

„Organisationen versorgen rekursiv operierende Funktionssysteme, in denen sich ökonomische, rechtliche, wissenschaftliche, künstlerische, religiöse oder erzieherische Kommunikation gewissermaßen frei flottierend „fortpflanzen“, mit *Reflexivität*, die sich vor allem in den Entscheidungsgeschichten und Erwartungen von Organisationen oder aber im Arrangement von Organisationskonstellationen niederschlägt“ (Nassehi 2003b: 158).

Der Aspekt der Rekursivität bezieht sich dann auf die Funktionssysteme, der Aspekt der Reflexivität auf Organisationssysteme. Organisation ist neben Gesellschaft, Funktions- und Interaktionssystem sowie Protestbewegung ein eigener Systemtypus (Luhmann 1997; 2000b). Der Bedarf an Organisationssystemen entsteht mit dem Übergang hin zu komplexeren Strukturen funktionaler Differenzierung. Dann kann man feststellen,

„daß es erst unter dem Regime funktionaler Differenzierung zu jenem Typus autopoietischer Systeme kommt, den wir als organisiertes Sozialsystem bezeichnen. (...) Erst jetzt lohnt es sich, die Umwelt als so komplex anzusetzen, daß dem intern nicht mehr durch Fakten, Zeichen, Repräsentationen entsprochen werden kann, sondern nur noch durch Entscheidungen“ (Luhmann 1997: 840).

In diesem Zitat ist bereits eine zentrale, konstitutive Funktion von Organisationen in Bezug auf die Herausbildung von Strukturen funktionaler Differenzierung angesprochen: Komplexitätsreduktion durch Entscheidung. Organisationen zeichnen sich, wie andere Systemtypen auch, durch einen spezifischen Umgang mit doppelter Kontingenz aus: Was die binären Codes im Falle der Funktionssysteme, die Differenzen Anwesenheit/Abwesenheit im Falle von Interaktionssystemen, Betroffenheit/Nicht-Betroffenheit im Falle von Protestbewegungen und Kommunikation/Nicht-Kommunikation im Falle des umfassenden Gesellschaftssystems sind, zeigt sich bei den Organisationssystemen als Differenz von Mitgliedschaft/Nicht-Mitgliedschaft. Organisationale Mitgliedschaft ist dann immer konditionierte Mitgliedschaft. Dieses hohe Ausmaß an Spezifität und Handlungsfähigkeit setzt eine bestimmte Operationsform voraus, Entscheidung (Luhmann 2000b: 62ff, 1997: 830ff). Erst in Form der Letztelemente der Organisationssysteme, Entscheidungen, wird so etwas wie geordnete/nachvollziehbare Selbstbezüglichkeit möglich. Rekursivität wird erst in Form von Reflexivität sichtbar und zurechnungsfähig. Erst die Entscheidung „X“ wird dann *als Entscheidung* „X“ sichtbar. Als solche bezieht sie sich immer schon auf frühere Entscheidungen und/oder rechnet mit zukünftigen Entscheidungslagen. Mit einer Entscheidung wird selektiert und asymmetrisiert. Man hat sich dann so entschieden und nicht anders. Damit wird weltbedingte Unsicherheit zu systembedingter Unsicherheit. Als solche ist und wird sie über Entscheidung hinreichend absorbiert. Gleichzeitig wird aber auch weiterer Entscheidungsbedarf reproduziert. Es entsteht ein rekursiver Verweisungszusammenhang, der immer schon ein *eigenbestimmter* (und also: reflexiver) Entscheidungszusammenhang ist. Es entsteht ein System, das sich durch die Reproduktion von Entscheidungen aus Entscheidungen auszeichnet. Organisationen sind deshalb auch der einzige Systemtyp, der mit der Möglichkeit ausgestattet ist, mit Systemen in seiner Umwelt zu kommunizieren und sich dies zurechnen zu lassen (Luhmann 1997: 834).

„Denn die Kommunikation kann intern nur im rekursiven Netzwerk der eigenen Entscheidungstätigkeit, also nur als Entscheidung angefertigt werden; sie wäre andernfalls nicht als eigene Kommunikation erkennbar“ (Luhmann 1997: 834).

„Die“ Wirtschaft tut, was sie tut. Sie hält die technischen/medialen Möglichkeiten bereit, Zahlungen an Zahlungen anzuschließen. „Die“ Politik macht das, was ihr durch ihr Bezugsproblem auferlegt ist. Sie schließt kollektiv bindende Entscheidungen an

frühere und/oder zukünftige kollektiv bindende Entscheidungen an, technisch ermöglicht durch das symbolisch generalisierte Kommunikationsmedium »Macht«. „Die“ Wirtschaft kann aber nicht handeln, ebenso wenig wie „die“ Politik. Gehandelt wird in all diesen Fällen nur *in Organisationen*. Die Zentralbank senkt/erhöht den Leitzins, das Parlament verabschiedet ein neues Gesetz. Nicht „die“ Wirtschaft reagiert auf Krisen, sondern bestimmte Banken, Versicherungen und andere Organisationen (Luhmann 1997; 2000b). Auch „die“ Börse und „der“ Finanzmarkt handeln nicht. Beobachter des Finanzgeschehens (Privatanleger, Banken, Versicherungen usw.) reagieren auf bestimmte Entwicklungen, die in organisationalen (oder natürlich auch: personalen) Kontexten als relevant (im negativen wie im positiven Sinne) erachtet werden, mit Kauf oder Verkauf bestimmter Geldwertmengen. Diese Handlungen werden dann wiederum von anderen Beobachtern beobachtet, die ihrerseits darauf reagieren. So kumulieren und dynamisieren sich verschiedene Entscheidungsgeschichten. Dies und nichts anderes zeichnet die Eigendynamik der Börse aus. Neben Verhaltenskonditionierung und Kommunikationsfähigkeit kommen Organisationen noch weitere Funktionen zu, die sich unmittelbar aus dem Verhältnis zu den Funktionssystemen ergeben.

„Die eher „gesellschaftliche“ Funktion von Organisationen besteht darin, die Operationsketten der unterschiedlichen Funktionssysteme aufeinander zu beziehen und per Entscheidungen miteinander zu koppeln. (...) über Kooperationsbeziehungen, über Verträge und Absprachen (...) die Logik unterschiedlicher Funktionssysteme aufeinander zu beziehen“ (Nassehi 2003b: 161).

Organisationen sind dann nicht in erster Linie Teile ihrer Funktionssysteme, sondern zentraler Mechanismus ihrer strukturellen Kopplung (Kuchler 2006: 19; Luhmann 2000a; 2000b). Diese Kopplungen/Kooperationen sind dann per Entscheidung zustande gekommene, temporäre Kooperationen. Was dies im Einzelnen für das Steuerungsverständnis der modernen, funktional differenzierten Gesellschaft bedeutet, werden wir in Abschnitt (7.4) genauer behandeln. Aber nicht nur das Aufeinander-Beziehen der verschiedenen, funktionssystemischen Operationsketten fällt in den Funktionsbereich von Organisationen, auch das Gegenteil, die Unterbrechung von Interdependenz und Desintegration, ist eine zentrale Funktion von Organisationen. Da in der funktional differenzierten Gesellschaft gleichzeitig Interdependenz (Eigendynamik) und Dependenz (wechselseitige Betroffenheit) steigen, muss auf anderem Systemniveau (Organisation) ein Irritationsabsorbptionspotential vorhanden sein, um so die Abhängigkeit von allem mit allem unterbrechen zu können. Man spricht hier auch von

Interdependenzunterbrechung (Luhmann 2000b: 395f). So formen Organisationen Weltunsicherheiten in lokal-spezifische, aber handhabbare – weil entscheidbare! - Unsicherheiten um. Dann kann gerade die Eigendynamik (die „Individualität“ der verschiedenen Organisationssysteme) „Dominoeffekte“ wenn nicht verhindern, so zumindest abfedern. Eine solche organisationale „Pufferfunktion“ ist wiederum konstitutiv für die Aufrechterhaltung der Autopoiesis der Funktionssysteme der Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund verwundert es dann nicht, dass in der sw-WSF mit den Debatten um Kooperation (welfare mix, public private partnership, corporate social responsibility, Kontraktualisierung/Bürgervertrag) Organisationen und vor allen Dingen Organisationsnetzwerke zu zentralen „Akteuren“ werden. Die verschiedenen Logiken (Politik, Markt, usw.) können dann, so die (systemtheoretisch teilweise gedeckte) Hoffnung, aufeinander bezogen werden. Organisationale Zusammenarbeit gibt es natürlich nicht erst seit heute. Der Unterschied scheint vielmehr darin zu liegen, dass jetzt gerade auch die ursprünglichen „Feinde“ (Markt, Banken, Versicherungen usw.) konzeptionell integriert, und auf diese Weise verschiedene reflexive Entscheidungszirkel miteinander gekoppelt werden können. In der sw-WSF ist von Institutionen, Betrieben und Unternehmen die Rede, je nach Schwerpunktsetzung und Kontext. Ob nun Institution, Betrieb oder Unternehmen, die Konnotationen (Institutionen sind politische Organisationen; Betriebe/Unternehmen sind wirtschaftliche aber auch zunehmend „soziale“ Organisationen) können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich in all diesen Fällen um *Organisationssysteme* handelt, in denen über Verhaltenskonditionierungen und Entscheidungen disponiert wird.

### 7.3.2 Inklusion/Exklusion

Luhmann behandelt das Thema Sozialintegration mit der Form »Inklusion/Exklusion« (Luhmann 1997: 618; Luhmann 2005e). In der funktional differenzierten Gesellschaft sind die Inklusionsbedingungen nicht länger primär an Herkunft oder Schicht gekoppelt. Sie hängen vielmehr von multiplen, hochdifferenzierten Kommunikationschancen ab (Luhmann 1997: 625), da es in der modernen Gesellschaft keinen Ort (System) mehr gibt, an dem man als *ganze Person* zeitstabil inkludiert wäre. Als Person wird man jetzt kommunikativ als potentielle(r) Adresse/Adressat im Hinblick auf verschiedene, je systemspezifische Relevanzgesichtspunkte temporär inkludiert (Fuchs 1997). Die Form

»Inklusion/Exklusion« hat in der Systemtheorie zwei zentrale Aspekte: Einen gesellschaftsstrukturellen und einen operativen Aspekt.

„Inklusion heißt also nicht: Mitgliedschaft in der Gesellschaft, sondern heißt als Modus vollwertiger Mitgliedschaft: Zugang eines jeden zu jedem Funktionssystem“ (Luhmann/Schorr 1988: 31).

„In der modernen Gesellschaft ist also Inklusion bzw. Exklusion bezogen auf die Art und Weise, in der Menschen in Kommunikationszusammenhängen bezeichnet oder nicht bezeichnet werden und damit für relevant/nicht relevant gehalten werden“ (Luhmann 2005e [1995]: 229).

Im Folgenden wollen wir diese beiden Aspekte genauer erläutern. Zunächst gilt es, den Unterschied zwischen Vollinklusionspostulat (Geltung) auf der einen und Exklusionsrealität (Faktizität) auf der anderen Seite zu erläutern (7.3.2.1). Im Anschluss daran wollen wir die Form »Inklusion/Exklusion« unter operativen und temporalen Gesichtspunkten detaillierter untersuchen (7.3.2.2).

### 7.3.2.1 Vollinklusionspostulat - Exklusionsrealität

Gleichheit gilt in der Moderne als universaler Wert. Jeder sollte rechtsfähig sein, genügend Einkommen haben, um konsumieren zu können, politisch-gesetzliche Leistungen in Anspruch nehmen können usw. (Luhmann 1997: 625, 844; Luhmann 1980: 31). So lauten zumindest die funktionssystemspezifischen Vollinklusionspostulate. Die moderne, funktional differenzierte Gesellschaft setzt voraus, dass jedem zu jeder Zeit, nach persönlichem Bedarf funktionssystemspezifische Relevanz zugeschrieben wird (Luhmann 1980: 31; Luhmann 1997; Luhmann 2000b: 391). Dieses normative Vollinklusionspostulat fußt dabei auf den strukturellen Voraussetzungen der modernen Gesellschaft selbst, es muss daher als *funktionale* Folge der Differenzierungsform selbst gesehen werden. Und dies, gerade weil herkunftsbasierte und schichtspezifische Inklusion/Exklusion nicht mehr legitimierbar ist.

„Es gibt keine ersichtlichen Gründe, jemanden von der Verwendung von Geld, von der Rechtsfähigkeit oder einer Staatsangehörigkeit, von Bildung oder vom Heiraten auszuschließen oder all dies von systemexternen Genehmigungen oder Sonderkonditionen abhängig zu machen“ (Luhmann 1999: 142).

Gleichwohl, so Luhmann, werden die funktionssystemuniversalen Vollinklusionspostulate nicht realisiert (Luhmann 1999: 148; Luhmann 2000b; Luhmann 1997), da die Eigendynamik der Funktionssysteme auf Asymmetrie und

Abweichungsverstärkung (positives feedback) aufbaut und man als Person faktisch nicht in *Funktionssysteme*, sondern (zum Großteil) in konditionierte/konditionierende, *organisationale Kontexte* inkludiert bzw. aus ihnen exkludiert ist. Die moderne Gesellschaft ist in hohem Maße auf die Systemform Organisation angewiesen. Dies bedeutet aber auch, dass die individuellen Lebenslagen zu einem Großteil *organisationsvermittelte* Lebenslagen sind, mit all den Beschränkungen, die dieser Systemtypus mit sich führt. Die Phänomene, die heute unter dem Label »Exklusion« firmieren, sind dann solche, die als *organisationsbezogene* Exklusionen sichtbar werden. Nachdem individualisierte Selbstbeschreibungen in der modernen Gesellschaft in hohem Maße organisationsabhängig sind, schließt Nassehi daraus, dass Exklusionserfahrungen strukturell wahrscheinlicher und damit selbstverständliches Element individueller Lebensverläufe geworden sind (Nassehi 2006: 65). Die an anderer Stelle bereits herausgestellte *Reflexivität* von Organisationssystemen zeigt sich dann „praktisch“ in den bewussten, expliziten, diskriminierenden *Exklusionsoperationen* (Nassehi 2006: 61; Nassehi 2003b: 157f), die zur Folge haben, dass die prinzipiell unendlichen Anschlussmöglichkeiten der Funktionssysteme eingeschränkt werden. Die funktionssystemspezifischen Vollinklusionspostulate werden dann „praktisch“ (auf Organisationssystemebene) zu einer Frage der individuellen Passung knapper, ereignisbasierter Inklusionsangebote/-chancen der Funktionssysteme und der Kontinuierung von Lebensverläufen (individuelle Selbstbeschreibungen) (Nassehi 2006: 53, 55). Was auf Funktionssystemebene die „Norm“ ist, gilt auf Organisationssystemniveau mit umgekehrtem Vorzeichen: Hier ist Exklusion der Normalfall.

„Das heißt, dass die gesamte Bevölkerung aus der Mitgliedschaft in jeder bestimmten Organisation ausgeschlossen ist, es seien denn die eingeschlossenen Mitglieder (...). Exklusion ist mithin der Normalfall, Inklusion der Ausnahmefall“ (Luhmann 2000b: 390).

Mit der Durchsetzung funktionaler Differenzierung werden die Individuen freigesetzt (exkludiert!) aus schichtbezogenen Ordnungsstrukturen, um dann in verschiedenen Leistungs- und Publikumsrollen wieder inkludiert werden zu können. Hier ist zunächst und zuvorderst an Inklusion über Einnahme/Zuschreibung eines *Publikumsrollenstatus* zu denken (Stichweh 2000, 2006; Luhmann/Schorr 1988: 30). So wird man als Konsument, Schüler/Student, Wähler, Leistungsempfänger, Gläubiger, Patient, Geliebter, Kunstinteressierter, Angeklagter usw. temporär in die verschiedenen funktionssystemspezifischen Kommunikationszusammenhänge inkludiert.

„Inklusion kann sich nicht auf die Leistungsrollen erstrecken, sondern nur auf ihre Komplementärrollen: Nicht jeder kann Arzt werden, aber jeder Patient; nicht jeder Lehrer, aber jeder Schüler. Eben deshalb ist nicht schon die Ausdifferenzierung von Leistungsrollen, sondern erst die Differenzierung der Gesamtbevölkerung nach Maßgabe funktionspezifischer Komplementärrollen derjenige Vorgang, der die Schichtungsordnung zerbricht und es ausschließt, daß jeder einem und nur einem Teilsystem der Gesellschaft zugeordnet wird“ (Luhmann/Schorr 1988: 31).

Stichweh weist in diesem Zusammenhang mit Nachdruck darauf hin, dass das Konzept einer arbeitsteilig integrierten Gesellschaft schon immer das Modell einer leistungsrollenbezogenen, integrierten Gesellschaft ist. All diejenigen, die nicht arbeiteten, wären demnach nicht inkludiert in diese Gesellschaft. Für Stichweh fällt aber Arbeitsteilung nicht mit Inklusion zusammenfällt (Stichweh 2006: 70). Die klassische Rede von einer arbeitsteiligen Gesellschaft wäre dann eine Nur-Leistungsgesellschaft, in der jeder leistet, und dadurch zu einem „Ganzen“ beiträgt. Die Funktion von Publikumsrollen, die erst Inklusions*universalität* bereitstellt, bliebe unterbelichtet. Leistungsrollen und Publikumsrollen (Komplementärrollen) müssen daher unterschieden werden.<sup>176</sup> Mit dem Wechsel vom Begriff der Sozialintegration hin zum Begriffspaar »Inklusion/Exklusion« verliert der Begriff der Solidarität, der darauf beruhte, dass man nur *einer* Gruppe (Gleichgestellter) angehörte, seine konstitutive Funktion (Luhmann 1980: 31).<sup>177</sup> Inklusion/Exklusion als „Ordnungsmechanismus“ setzt voraus, dass „(...) nicht nur die Leistungsrollen, sondern auch ihre Komplementärrollen differenziert [werden: CH]“ (Luhmann/Schorr 1988: 30). Inklusion und Exklusion, Relevanz- und Irrelevanzbekundungen, treten dann ebenfalls auf beiden Seiten auf. Man kann sowohl als Publikumsrollenträger wie als Leistungsrollenträger inkludiert und exkludiert sein (Stichweh 2000: 85). Das Vollinklusionspostulat hat dann lediglich in Bezug auf die Publikumsrollen seine Gültigkeit.

„Wäre Inklusion nur auf der Ebene von Leistungsrollen möglich, wären für jedes Individuum nur sehr wenige Inklusionen zugänglich: das Individuum wäre dann doch mit monoinklusiven Identitäten ausgestattet (...). Insofern ist die Idee der Publikumsrolle wichtig. Publikumsrollen sichern Möglichkeiten der Inklusion oder Partizipation in jenen Funktionssystemen, in denen man nicht in einer Leistungsrolle engagiert ist“ (Stichweh 2000: 89).

---

<sup>176</sup> Die Unterscheidung Publikumsrolle/Komplementärrolle geht auf den britischen Sozialanthropologen Siegfried Nadel zurück. Ausgeführt hat er dies in seinem Buch über »The theory of social structure«, aus dem Jahre 1957. Stichweh (2006) behandelt noch einen Spezialfall von Leistungsrolle, die sog. sekundäre Leistungsrolle. Auf diese Form kommen wir in Abschnitt (7.3.3.2) in Zusammenhang mit der Thematik Arbeitsmarktinklusion/-exklusion noch etwas genauer zu sprechen.

<sup>177</sup> Als Beschreibungsformel genießt Solidarität freilich auch weiterhin große Resonanz (Münch 2001, Hagen 1999, 2006, Pankoke 2000). Wobei man hier unterscheiden muss zwischen Beiträgen, in denen moralisch-normativ Solidarität eingefordert wird und solchen, in denen mehr gesellschaftstheoretisch argumentiert wird und Solidarität in die Nähe des Bezugsproblems kollektiven Handelns gebracht wird (Hagen 1999, 2006).

Als Publikumsrollenträger wird man nur unter je *spezifischen* Relevanz Gesichtspunkten *in Organisationskontexten* für relevant gehalten, und somit (operativ) inkludiert.<sup>178</sup> Man ist dann als Person temporär-relevante, organisationale *Umwelt*. Zum Beispiel als Sozialstaatsklient oder als sonstiger Anspruchsberechtigter, Gläubiger, Kläger, Patient usw. Adressiert werden kann man dabei nur von adressierfähigen Sozialsystemen (Organisationen: vgl. vorhergehender Abschnitt). Diese Sozialsysteme sind aber konstitutiv auf Entscheidung und damit Selektion angewiesen. In diesem Zusammenhang spricht Luhmann auch von der Diskriminierungsfähigkeit von Organisationen.

„Alle sind rechtsfähig, aber nicht jeder bekommt vor Gericht Recht. Alle sind Bürger, aber nicht jeder Abgeordneter und Beamter. Jeder hat, wenn er nur irgend lernfähig ist, die Schule zu besuchen; aber mit welchem Erfolg, entscheidet die Schule nach internen Kriterien“ (Luhmann 2000b: 393/394).

Dies kann sich dann sowohl als Inklusion wie auch als Exklusion zeigen: Man bekommt vor Gericht nicht Recht (und wird somit über den Reflexionswert des Rechtssystems für relevant gehalten, also inkludiert), man bekommt in der Schule schlechtere Noten als der Mitschüler (auch das ist Inklusion), oder aber man bekommt vom Sozialamt einen Ablehnungsbescheid (exkludierende Inklusionsoperation).<sup>179</sup> Wenn Exklusion der „positive“ Normalfall von Organisation ist (Anschlusswert), stellt Inklusion den *negativen* Wert (Reflexionswert) dar. Es muss dann von den Organisationen im Einzelnen geprüft und entschieden werden, ob und warum jemand als Publikums- bzw. Leistungsrollenträger *inkludiert*, also für relevant gehalten wird. Während man als inkludierter Publikumsrollenträger in der großen Mehrheit der Fälle nicht Mitglied einer Organisation wird, sondern temporär-relevante *Umwelt* von Organisationen, so ist die Inklusion als Leistungsrollenträger in hohem Maße an (zumeist finanziell entlohnte) Mitgliedschaft geknüpft (Luhmann 1997, 2000b).<sup>180</sup> Beim Brötchen-Einkauf wird man nicht Mitglied des Bäckerladens um die Ecke, als Patient nicht Mitglied eines

---

<sup>178</sup> Einzige Ausnahme hier: Das Funktionssystem Intimbeziehung/Familie: Hier werden *keine* Organisationen gebildet.

<sup>179</sup> Im nächsten Abschnitt werden wir uns noch näher mit der paradoxalen Anordnung der Form Inklusion/Exklusion beschäftigen.

<sup>180</sup> Es gibt natürlich auch den Fall der Inklusion als Leistungsrollenträger in Organisationen, und das auf freiwilliger (sprich: unentgeltlicher) Basis. Man macht etwa Gemeindepolitik, ohne dafür bezahlt zu werden, man engagiert sich im Sportverein unentgeltlich. Zudem gibt es auch Mitgliedschaften, die nicht an eine eigene Leistungsrolle geknüpft sind, hierbei handelt es sich meist um Versicherungsmitgliedschaften oder andere "zahlende Mitgliedschaften" wie Hobby- und Freizeitvereine. Im letzten Fall leistet man dann höchstens etwas für sich selbst.



Krankenhauses, als Antragsteller nicht Mitglied der Verwaltung, als Student nicht Mitglied einer Universität. Man ist lediglich in Bezug auf die jeweiligen *Leistungszusammenhänge* als Person eine *relevante* Publikumsadresse, und somit inkludiert.<sup>181</sup> Leistungsrollenträger ist man indessen etwa als Produzent, Arbeiter, Dienstleister, Lehrer, Dozent, Richter, Wissenschaftler, Arzt, Krankenpfleger usw. Aber nicht nur über Spezialisierung/Konditionierung qua Organisation wird man zum Leistungsrollenträger; Auch über Ausbildung oder Profession (Luhmann 1997: 725). Freischaffende Künstler und Selbständige sind dann ebenfalls Leistungsrollenträger, und dies ohne notwendigerweise Organisationsmitglied zu sein.<sup>182</sup> Während die Publikumsrollen prinzipiell jedem offen stehen, ist gerade der Zugang zu Leistungsrollen höheren Restriktionen unterworfen. Die Konditionierung und Zuteilung von Mitgliedschaft ist für Organisationen ein aufwendiger und entscheidender (!) Prozess, besonders wenn Geld gezahlt wird für die konditionierte Mitgliedschaft als Arbeiter (dazu genauer in Abschnitt 7.3.3). Der überwiegende Teil der Gesamtbevölkerung eines wohlfahrtsstaatlichen Nationalstaates sind Publikumsrollenträger. „(...) alle Individuen [sind: CH] im Verhältnis zu fast allen Organisationen Nichtmitglieder (...)“ (Luhmann 2000b: 390). Wir haben betont, dass die funktional differenzierte Gesellschaft wie keine andere Gesellschaft von (Entscheidungs-)Leistungen und damit von (Arbeits-)Organisationen abhängig ist (vgl. Abschnitt 7.3.1). Diese (Entscheidungs-)Leistungen müssen als solche erbracht werden. Hier konkurrieren und interagieren Personen und Technik. Leistungserbringungen produzieren (in unterschiedlich hohem Grad) einen Bedarf an Leistungsrollenträgern.<sup>183</sup> Dies äußert sich für die jeweiligen Organisationen als Personalbedarf. Hier ist dann die Frage aufgeworfen nach den Entscheidungsregeln, nach denen jemand als Leistungsrollenträger inkludiert oder eben exkludiert werden soll. Die verantwortlichen

---

<sup>181</sup> Als Grenzfälle müssen publikumsrollenbezogene Vollinklusionszustände gelten, wie sie etwa in psychiatrischen Anstalten oder Gefängnissen, zum Teil auch in Krankenhäusern (Langzeitkomazustände) vorzufinden sind. Trotzdem dauern diese Extremfälle ja nicht ein Leben lang an. Man wird nicht in das Gefängnis oder die Psychiatrie bzw. in den Komaraum hineingeboren.

<sup>182</sup> Ein Spezialfall scheint die Rolle des Liebenden zu sein. Weder liegt hier Organisationsmitgliedschaft vor, noch handelt es sich um eine besondere Ausbildung oder Profession (wenn man einmal von Selbstbeschreibungen wie Macho, Kasanova oder Herzensbracher absieht). Die Rolle des Liebenden scheint also eine relativ einfache zu erwerbende Leistungsrolle zu sein. Dies könnte auch ein Stück weit die Wichtigkeit und Zentralität von Liebe in der modernen Gesellschaft erklären.

<sup>183</sup> Wie der Name schon sagt, muss etwas geleistet werden, will man als Leistungsrollenträger inkludiert werden. Dem Inklusionsmedium „Leistung“ kommt dann eine zentrale Rolle zu. In der modernen, funktional differenzierten Gesellschaft hat sich hier ein eigener Organisationstypus entwickelt, Arbeitsorganisationen (dazu in Abschnitt 7.3.3 genauer).

Personalabteilungen stützen sich bei dieser wichtigen Aufgabe dann auf festgelegte Entscheidungsprämissen (Entscheidungsprogramme, Kommunikationswege, Hierarchie) (Luhmann 2000b: 222ff).

Wir wollen an dieser Stelle unsere Ausführungen zusammenfassen. Die Gesellschaft „(...) behandelt alle gleich und jeden verschieden“ (Luhmann 2000b: 393). Inklusionspostulat und Exklusionsnormalität können dann in ein und derselben Theorie in amoralischem Gestus als gesellschaftsstrukturelle Phänomene beschrieben werden. Kronauer (2002, 2006) sieht einen *Widerspruch* zwischen dem Vollinklusionspostulat („Logik“ der Funktionssysteme) und der Exklusionsrealität (Eigendynamik der Organisationssysteme). Diese Kritik spiegelt die spezifische Art und Weise des Gebrauchs der Form »Inklusion/Exklusion« in der sw-WSF wider. Diese ist dadurch gekennzeichnet, gesellschaftliche Normativität und organisationale Faktizität nur als Paradoxie behandeln zu können. In der Systemtheorie können dagegen Inklusionspostulat und Exklusionsfaktizität nebeneinander existieren. Erforderlich ist hier die Unterscheidung und Differenzierung von Funktions- und Organisationssystem. Funktionssystembezogenes Vollinklusionspostulat und organisationssystembezogene Exklusionsfaktizität stehen dann Seite an Seite. Wenn man sich dagegen auf den Präferenzwert »Inklusion« beschränkt und den Sozialstaat normativ konzipiert, dann kommen freilich organisationsvermittelte und –gestützte „Normal“lebenslagen, „Normal“lebensläufe, „Normal“biografien und schließlich das „Normal“arbeitsverhältnis (und ihre Abweichungen *als Abweichungen!*) zum Vorschein.

#### 7.3.2.2 Operativität und Temporalität

Die Paradoxie der Form »Inklusion/Exklusion« zeigt sich in der Systemtheorie nicht nur im Hinblick auf das Verhältnis von Funktionssystem und Organisationssystem. Sie zeigt sich auch in der operativen Anordnung dieser Form. Inklusion haben wir eingangs mit Luhmann als Relevanz-Bezeichnung definiert. Ein logisches Problem ist dann, dass eine *Nicht-Relevanz-Bezeichnung* eine Operation sein müsste, die als solche empirisch vorkommt (also als solche beobachtbar ist), aber zugleich nicht vorkommen dürfte, da

ein Vorkommen immer schon Bezeichnen und somit Unterscheiden voraussetzt.<sup>184</sup> Nassehi und Stichweh bieten eine Lösung dieses Paradoxieproblems an. Exklusion, also die Nicht-Bezeichnung, kommt dann als operatives Ereignis entweder erst gar nicht vor (unbestimmte Exklusion), oder aber sie findet als explizit vollzogener Ausschluss statt (bestimmte Exklusion) (Stichweh 2000: 85f; Nassehi 2004, 2006). Nur im letzten Fall ist es dann möglich, etwas/jemanden zu bezeichnen, und damit gleichzeitig Irrelevanz zum Ausdruck zu bringen. Wir müssen jedoch weiterhin das Vollinklusionspostulat in Rechnung stellen. Ein explizit vollzogener Ausschluss ist dann in der Gesellschaft auch nur als inkludierende Operation möglich. Anders ausgedrückt: Exklusionen werden zum überwiegenden Großteil inklusiv behandelt, irgendjemand wird sich darum kümmern (müssen), im Zweifelsfall die Politik in der Form des Wohlfahrtsstaats. Unter Verweis auf Foucault spricht Luhmann davon, dass soziale Kontrolle von Exklusion auf Inklusion umgestellt worden ist (Luhmann 2000b: 391). An anderer Stelle heißt es:

„Abweichendes Verhalten ist jetzt nicht mehr Grund für Exklusion, sondern für Sonderbehandlung zum Zwecke der Inklusion. (...) Arbeitslosigkeit, Bettelei usw. wird nicht als Schicksal oder als Plage definiert, sondern mit Erziehungsprogrammen, Arbeitshäusern, Industripädagogik usw. beantwortet“ (Luhmann 1999: 144).

Was soll mit dem Täter, mit dem Kriegsverbrecher, mit dem Arbeitslosen, dem Analphabeten geschehen? Für die meisten Fälle stehen sozialstaatliche *Inklusionsprogramme* bereit (Stichwort: Resozialisation).<sup>185</sup> Inklusionen und Exklusionen werden immer operativ, in Echtzeit, vollzogen. Als Operationen sind sie von temporärem Charakter. Ein Beispiel: Die verwaltungsmäßige Relevantsetzung einer Person als anspruchsberechtigter Sozialleistungsempfänger besiegelt zunächst einmal die Arbeitsmarktexklusionslage bzw. eine Arbeitsmarktinklusionslage, die bestimmten festgesetzten Einkommensmindestanforderungen nicht genügt. Der Weg für eine Sozialkundenkarriere wird eröffnet. Als Adressat sozialpolitischer Höchstrelevanz ist man jedoch mit dem Verwaltungsakt nicht Zeit seines Lebens *nur* Sozialstaatsklient. Es

---

<sup>184</sup> Diese Paradoxie ist in der Soziologie freilich altbekannt. Bereits bei Simmel kann man nachlesen, dass Exklusion nur über Inklusion vermittelt geschieht, Exklusion könnte sonst als Exklusion gar nicht wahrgenommen werden. Folgendes fiktives Beispiel soll diese Problematik illustrieren: In einer Unterhaltung fällt folgender Satz: Die Bettler und Drogenabhängigen sollen doch hingehen, wo der Pfeffer wächst! Hier werden also die Bettler und Drogenabhängigen bezeichnet. Damit sind sie aber auch in dem Moment höchstrelevante Adressaten. In derselben Bezeichnung werden sie aber „exkludiert“, indem sie eben als *nicht* relevant behandelt werden.

<sup>185</sup> Kronauer's Kritik (Kronauer 2002), Luhmann operiere mit einem strikt dichotomen Inklusions-/Exklusionsbegriff, im Sinne der Raummetapher vom „drinnen“ und „draußen“, muss also zurückgewiesen werden. Die Kritik, Luhmann kultiviere ein entweder/oder-Denken, zielt ins Leere.

ist sehr wahrscheinlich, dass laufend eine Menge anderer, unterschiedlicher Inklusions-/Exklusionsoperationen stattfinden. Der Sozialstaatsklient konsumiert, muss – wir wollen es nicht hoffen – wegen eines grippalen Infektes medizinisch behandelt werden. Am Sonntag findet man ihn womöglich als bekennenden Gläubigen in kirchlichen Einrichtungen, Samstagabend partizipiert er womöglich im operativen Raum der Intimkommunikation.<sup>186</sup> Es finden also eine Menge verschiedener Operationen im Laufe einer bestimmten Zeitperiode statt. Der temporäre und operative Charakter der Form »Inklusion/Exklusion« tritt zu Tage.

Im Unterschied zu Inklusionslagen integrieren Exklusionslagen sehr viel stärker, Integration dabei verstanden als die Einschränkung von Freiheitsgraden (Luhmann 1999: 148; Luhmann 1997: 604, 631; Luhmann 2000b: 391/392). Daran schließt sich bei Luhmann eine weitere Definition von Exklusion an. Nicht (mehr) nur die operative Irrelevanz als Leistungs- und Publikumsrollenträger, sondern die starre Kopplung einer weitgehenden Ausschließung aus einem Funktionssystem und der Ausschließung aus anderen Funktionssystemen (Luhmann 2000a: 427; 2000b: 391/392) wird wahrscheinlich.

„(...) ohne Arbeit und ohne Geld, ohne Bildung, ohne Ausweis, ohne legale Ehemöglichkeiten, ohne festen Wohnsitz, ohne Schutz durch die Polizei, (...) ein Ausschluss zieht den anderen nach sich im Sinne einer negativen Integration, die dem Individuum wenig mehr lässt als den eigenen Körper und die Sorge des Überlebens von Tag zu Tag“ (Luhmann 2000b: 391/392).

Es geht hier um die „*kumulativen* Folgen dieses Nichteinbezogenseins“ (Stichweh 2000: 86). Also den Tatbestand, dass die Exklusion aus einem Funktionssystem Exklusionen aus anderen Funktionssystemen nach sich zieht.

„Die moderne Gesellschaft ist in der Tat hochintegriert, aber nur in ihrem Exklusionsbereich, nur als Negativ-Integration und vor allem: ohne Konsens. Im Inklusionsbereich herrscht dagegen die normale Stabilitätsbedingung sozialer Systeme: lockere Kopplung, relative Fehlerfreundlichkeit, Karriere als Modus der Integration von Individuen und Gesellschaft, Polykontextualität der Beobachtungsperspektiven, bessere oder schlechtere Lebensbedingungen bei hohem Grad akzeptierter Individualisierung der Kommunikation“ (Luhmann 1999: 148/149).

---

<sup>186</sup> Nur im letzten Falle kann man sich sowohl in der Publikums- wie auch in der Leistungsrolle wiederfinden. So gesehen kommt der Intimkommunikation – aus theoretischer Sicht - eine besondere Rolle zu, wenn es darum geht, das eingeschränkte Leistungsrollenset eines „passiven“ Sozialstaatsklienten ein wenig zu kompensieren; Aber auch aus „praktischer“ Sicht erweist sich in solchen Fällen dann meist der Privatbereich als „Aufladestation“. Vergleiche zu dieser spezifischen Rollenkonstellation auch Stichweh (2006).

Es geht hier um Exklusionslagen, die von Marginalisierung bis hin zum gänzlichen Ausschluss reichen (Luhmann 1999: 148). Wohlgermerkt: Exklusionslagen unter vollinklusive Verhältnissen der modernen Gesellschaft, „(...) in der individuelle Selbstbeschreibungen sich an der eigenen Karriere behaupten müssen“ (Nassehi 2006: 64).<sup>187</sup> Sozialintegration, also die Kopplung von Individuum und Gesellschaft, wird von Herkunft auf Karriere umgestellt, auf prozessierte Kontingenz (Luhmann 1999: 149). Luhmann spricht in diesem Zusammenhang auch von Inklusions-/Exklusionskarrieren (Luhmann 2000b: 391). Diese organisationsgebundenen Inklusions-/Exklusionskarrieren werden dann zur je eigenen „Selektionsgeschichte, in der Individuen und soziale Systeme zusammenwirken“ (ebd). Im Falle von Exklusionskarrieren werden problematische Exklusionen und/oder „problematische Ersatzinklusionen in Organisationen der Fürsorge und der Wohlfahrt, der Therapie, der Strafe oder der Kontrolle“ zu neuralgischen Referenzpunkten der Reflexion/Selbstbeschreibung (ebd). Mit dem operativen Charakter der Form »Inklusion/Exklusion« und dem damit einhergehenden Perspektivenwechsel auf Inklusions-/Exklusionskarrieren wird die Rede von „den“ Exkludierten, Marginalisierten und Prekarisierten von einem Objektmodus in eine Lebenslagen-/Lebenslaufperspektive übersetzt.<sup>188</sup> Dann erscheinen nicht Menschen, sondern solche Lebenslagen als „exklusiv“, prekär oder marginal,

„(...) denen das Andocken an das Organisationsarrangement der auf Arbeit gestützten Kumulation von Organisationsmitgliedschaft nicht mehr gelingt, (...) aber dennoch in vollinklusive Verhältnissen einer modernen Gesellschaft leben, in der individuelle Selbstbeschreibungen sich an der eigenen Karriere behaupten müssten“ (Nassehi 2006: 64).

Die Abkehr von einem raummetaphorischen Gebrauch der Form »Inklusion/Exklusion« hin zu einer auf Operativität und Temporalität basierten Perspektive erlaubt keine eindeutige Grenzziehung mehr. In der polykontexturalen Gesellschaft muss nicht nur von multiplen Inklusions-/Exklusionslagen ausgegangen werden, Übergänge erweisen sich auch als fließend (Luhmann 2000a; 2005e). Was als Inklusion bzw. Exklusion gilt, hängt darüber hinaus auch von kulturell geprägten Anspruchsniveaus ab (Luhmann 2000a: 427). Jedwede generelle, klare Grenzziehung ist deshalb unvermeidlich kontin-

---

<sup>187</sup> In einem kurzen Exkurs zu Bourdieu's „Elend der Welt“ weist Nassehi im Hinblick auf die Durchführung biographischer Interviews darauf hin, dass die je individuellen Selbstbeschreibungen konsistent gekoppelt werden müssen an die entsprechenden Inklusions-/Exklusionskarrieren.

<sup>188</sup> In diese Richtung gehen auch die Ausführungen Castel's. „Im strengen Sinne läßt sich in einer Gesellschaft nie von Situationen außerhalb des Sozialen sprechen“ (Castel 2000: 14).

gent. Außerdem gebe es empirisch uneindeutige Grenzfälle wie Gelegenheitsarbeit mit nicht ausreichendem Verdienst bzw. Saisonarbeiter (Luhmann 2005e: 246). Also sporadische, unregelmäßige Inklusion in das Wirtschaftssystem via Arbeitsorganisationsmitgliedschaft. Vor diesem Hintergrund kann man dann mit Rekurs auf Luhmann einen gesellschaftstheoretisch informierten Prekarisierungs- und Marginalisierungsdiskurs führen, und dies, ohne „Moral“ zu bemühen.

### 7.3.3 Arbeitsorganisationen: "Arbeitsmarktinklusion/-exklusion" und sekundäre Leistungsrollen

Arbeitsorganisationen kommt in der Systemtheorie zentrale Bedeutung zu. Die Gesellschaft könne auf das Verteilungsinstrument »Arbeit« nicht verzichten. „Unter dem Namen „Arbeit“ wird Organisation eines der Schlüsselprobleme der modernen Gesellschaft“ (Luhmann 2000b: 468). Sogar die enge Kopplung von Arbeit und Einkommen wird angemahnt (ebd). Was für Organisationen generell gilt, gilt auch für Arbeitsorganisationen. Sie sind „Exklusionsmaschinerien“ (Nassehi 2004). Diese eher ernüchternde systemtheoretische Perspektive wird aber gesellschaftstheoretisch relativiert, besonders im Hinblick auf die Form »Inklusion/Exklusion« (Bommes 2001; Bommes/Tacke 2001; Stichweh 2006). Damit positioniert sich die Systemtheorie zunächst zwischen den beiden, in der sw-WSF kultivierten Extrempositionen: Arbeit werde unwichtiger/bedeutungsloser und Arbeit sei *die* Schlüsselkategorie. Im Folgenden wollen wir zunächst (Erwerbs-)Arbeit und die Herausbildung von Arbeitsorganisationen gesellschaftstheoretisch erläutern (7.3.3.1). Danach werden wir den Themenkomplex Arbeitsmarktinklusion/-exklusion gesellschaftstheoretisch reformulieren (7.3.3.2). Wir werden uns fragen, in was bzw. aus was Arbeitsmarktinkludierte/-exkludierte eigentlich inkludiert/exkludiert werden. Schließlich wollen wir einen bestimmten Inklusionsmodus näher beschreiben, die sog. sekundäre Leistungsrolle.

### 7.3.3.1 Arbeit/Arbeitsleistung, Arbeitsorganisation

In der Systemtheorie wird der Begriff »Arbeit« (im Sinne von bezahlter Erwerbsarbeit) in zwei Zusammenhängen diskutiert. »Arbeit« als Parasit der Form »zahlen/nicht zahlen« und »Arbeit« als Konstituens der Regelung des Verhältnisses von Gesellschaft und Organisation. Luhmann beschreibt »Arbeit« als Parasit in Bezug auf die ökonomische Kontingenzformel »Knappheit« und die darauf bezogenen binären Codes »haben/nicht haben« bzw. »zahlen/nicht zahlen« (Luhmann 1988). Handlungen des *Knappheitsausgleichs* (Kaufen, Konsumieren) *produzieren* mithin die Knappheit für andere. Dieses Paradoxon – Knappheitsausgleich durch Knappheitsproduktion – wird invisibilisiert, indem ökonomische Operationen dem Code »haben/nicht haben« zugeordnet werden können. Erst jetzt werden Verteilungsprobleme und Ungleichheiten sichtbar. Die *Güterknappheit* wird nun ihrerseits mit einer zweiten Knappheit invisibilisiert, nämlich der *Geldknappheit* (ebd: 197). Knappheit ist also für die Wirtschaft das, was für die Politik die »Gemeinwohlformel« ist: Notwendige und kontingente Bedingung der Operationsfähigkeit; in diesem Sinne spricht Luhmann auch von der Kontingenzformel. »Arbeit« als Parasit kommt nun die wichtige Funktion zu, Knappheiten (Güter- und vor allen Dingen Geldknappheiten, also Konsumeinschränkungen) zu beseitigen und Eigentumsbestände zu schaffen (ebd: 210ff). „Arbeit wird zur Möglichkeit, Eigentum zu gewinnen – (...) sei es für den Arbeitenden selbst, sei es für andere“ (ebd: 212/213). Da aber die strikt binären Codes nur »haben« oder »nicht haben« bzw. »zahlen« oder »nicht zahlen« kennen, muss »Arbeit« der ausgeschlossene, eingeschlossene „Dritte“ bleiben. Serres spricht in solchen Fällen auch von Parasit (Serres 1987). In unserem Fall also setzt der Parasit »Arbeit« den Code, den er parasitiert (zahlen/nicht zahlen), voraus. Die Codes stimulieren und ermöglichen mit anderen Worten den Parasiten, also die konkrete Arbeitstätigkeit gegen Bezahlung. „Jeder kann arbeiten, ohne die Unterscheidung von Eigentum und Nichteigentum zu stören“ (Luhmann 1988: 215). Nachdem aber, so Serres weiter, Parasiten real vorkommen, müssen sie wieder eingeschlossen werden in die Logik desjenigen Systems, an dem sie parasitieren, in diesem Falle also dem ökonomischen System. »Arbeit« muss dann als ökonomisch behandelt werden, also ihrerseits als knappes Gut konzipiert werden, für die bezahlt werden muss (Luhmann 1988: 217). Fuchs (2001) zieht daraus folgerichtig den Schluss, dass die öffentlichkeits-

wirksame Rede von der *Arbeitslosigkeit* im Prinzip *Zahlungslosigkeit* bedeutet; es mangelt also nicht an Arbeit, sondern an freien, *bezahlten* Arbeitsplätzen.

An dieser Stelle wollen wir überleiten zum Verhältnis von gesellschaftlicher Differenzierungsform und der Herausbildung von Arbeitsorganisationen. (Arbeits-)Organisationsbildung ist kein gesellschaftliches Universalphänomen, sondern Resultat einer evolutionären Entwicklung (Luhmann 1997: 826ff; 2000b: 380ff). Organisationsbildung ist dann funktional als die Antwort auf gesellschaftsstrukturelle Probleme zu sehen.

„Die Evolution der Systemform Organisation bleibt eine soziale und damit gesellschaftliche Determination von Arbeitsverhältnissen. Dabei stützt sich die Einrichtung von Organisationen auf Entwicklungen im Wirtschaftssystem und Erziehungssystem. Die Ausdifferenzierung dieser Funktionssysteme schafft die Voraussetzung für die Ausdifferenzierung von Organisationen“ (Luhmann 2000b: 381).

Organisation ist also primär *Arbeitsorganisation*. Mit den verschiedenen Differenzierungsformen der Gesellschaft ändert sich die Art und Weise des Zugriffs auf und der Regelung von Arbeitsverhältnissen (Luhmann 1997: 826ff; Luhmann 2000b: 380ff). Während in primitiven, segmentär differenzierten Gesellschaften die Arbeitstätigkeit nicht sozialen, sondern gesellschafts*externen*<sup>189</sup> Vorgaben folgt (das tägliche Überleben), so wird der Zugang zu Arbeitsleistungen in der stratifizierten Gesellschaftsordnung geregelt über verschiedene Formen *sozialer* Determinierung (Geschlechterbasierte, häusliche Arbeitsteilung, Zwangsarbeit, Sklaverei). Da die auszuführenden Arbeiten für die Arbeiter selbst nicht mehr überlebenswichtig sind, müssen Arbeitsleistungen *erzungen* werden. Erst mit dem Übergang zur modernen, funktional differenzierten Gesellschaft, verliert »Arbeit« ihren sozialdeterministischen Charakter. Erst jetzt ist es möglich (und nötig!), individuelle Arbeitsleistungen via organisationaler Verhaltenskonditionierung zu rekrutieren. Dabei müssen (dürfen!) keine Schichtmerkmale und andere soziale Prädispositionen (Herkunft, Familie, Geschlecht usw.) berücksichtigt werden. Dies würde lediglich die „Prägsamkeit des Arbeitsverhaltens“ einschränken (Luhmann 2000b: 382). Erst die Absehung von sozialen Prädispositionen bringt (Arbeits-)Organisationsbildung im großen Stil in

---

<sup>189</sup> In der Theorie Luhmann's bedeutet gesellschaftsextern immer nicht-kommunikativ: also psychisch, organisch, ökologisch (physisch).



Gang.<sup>190</sup> Erst jetzt sind die Voraussetzungen für die Autonomie des ökonomischen Teilsystems »Arbeitsmarkt« geschaffen (vgl. Kuchler 2006). »Arbeit« ist dann

„(...) nicht länger Sündenfallfolge, also Lebenslage, in der man sich befindet, sondern Bedingung und Produkt innerökonomischer Prozesse; und deshalb muß man vom Schema Mühe/Muße auf das Schema Arbeit/Arbeitslosigkeit umdenken“ (Luhmann 1997: 727).

Zugriff auf Arbeitsleistungen sowie der Zugang zu Arbeitsorganisationen sind dann mehr und mehr eine Frage organisationsspezifischer, individueller Rekrutierung sowie der Formbarkeit individueller Arbeitsleistung. Was im Kontext der sw-WSF teilweise immer noch als Entfremdungs- bzw. Selbstverwirklichungslamento erscheint, muss dann mit Verweis auf die *systemkonstitutive* Formung des individuellen Arbeitsvermögens reformuliert werden.<sup>191</sup> Und dies eben gerade nicht nur in Bezug auf Wirtschaftsorganisationen, sondern in jedem anderen Falle von Organisationsinklusion auch: Als Schüler muss man sich ebenso „systemkonform“ verhalten wie als Kirchengänger oder Student. Bei „Verstoß“ gegen den Verhaltenskodex als Schüler droht ein Verweis, in der Kirche kann man keine laute Musik aus einem Ghettoblaster hören, es hat Konsequenzen, wenn man als Student eine Arbeit nicht fristgemäß einreicht usw. Die Beispiele könnten endlos fortgeführt werden. Als Ergebnis und Erkenntnis wollen wir festhalten, dass in jedem Organisationskontext (sei es als Publikums- oder Leistungsrolleninhaber) Verhalten, in mehr oder weniger großem Umfang, konditioniert wird. Luhmann selbst kommt dann zu dem Schluss, dass es Individualität nur *außerhalb* von Inklusionskontexten, als *Exklusionsindividualität* geben kann (Luhmann 1997; vgl. auch Stichweh 2000).<sup>192</sup>

Die Evolution und Ausbreitung von Arbeitsorganisationen setzt die Ausdifferenzierung dreier Funktionssysteme voraus: Wirtschaftssystem,

---

<sup>190</sup> Dies hält allerdings keine Organisationen davon ab, dennoch Selektion nach Herkunft, Schicht, Nationalität, Geschlecht, Alter und anderen diskriminierenden Sozial- und Körpermerkmale zu betreiben, auch wenn ein Anti-Diskriminierungsgesetz solche Praktiken offiziell verbietet. Als offizielle Gründe gegen die Einstellung bestimmter Personen können dann weiterhin „sachliche“ und „objektive“ Faktoren genannt werden (Luhmann 1997: Kapitel 4, XIV).

<sup>191</sup> Populärstes Beispiel der „Entfremdungstheoretiker“ ist und bleibt das Thema Geld und Arbeit. Geld würde den Charakter verderben, Geld würde den Träger der Arbeitskraft instrumentalisieren, ja entfremden. Selbstverwirklichung sei nicht mehr möglich. Luhmann selbst greift in diesem Zusammenhang ein Beispiel auf, das die offensichtliche Kontingenz und Ideologie dieser Haltung aufzeigt. Diese Kritik am Geld ist offenbar nicht so ernst gemeint, „(...) denn niemand warnt die Frauen, wenn sie versuchen, Hausarbeit als Geldarbeit anerkannt zu erhalten“ (Luhmann 1988: 40).

<sup>192</sup> Aber selbst hier sind „Bewusstseinsprofessionen“ am Werk, die einem glauben machen wollen, dass man bei und mit sich selbst auf dem Holzweg ist, und sein „wahres Selbst“ erst noch finden müsse. Dann ist also gerade dieser Exklusionsstatus von fulminanter Relevanz für diese „Professionen“.

Erziehungssystem und Rechtssystem (Luhmann 1997: 828; 2000b: 381). Die mediengestützte Ausdifferenzierung des Wirtschaftssystems macht Geld attraktiv, das Angebot von Arbeitsleistung wird motiviert, da Gelderwerb als Anreiz gilt (Luhmann 2000b: 381/382). Diese organisationsspezifischen Verhaltenskonditionierungen sind nun ihrerseits davon abhängig, dass Arbeitgeber tatsächlich auf nachgefragte Arbeitsleistungen und Qualifikationen zugreifen können. Dazu muss sich ein Erziehungssystem ausdifferenzieren und Leistungen (Ausbildungen und Kompetenzen) zur Verfügung stellen. Schließlich und endlich müssen in Arbeitsverträgen Form und Inhalt der auszuführenden Arbeitsleistungen hinreichend präzise formuliert werden können, um so den Arbeitsorganisationen überhaupt die Möglichkeit zu geben, das Verhalten der Mitglieder für ihre Zwecke konditionieren zu können. Mit der Evolution des Geldes als symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium ist die Aufrechterhaltung von Zahlungstätigkeit, und somit die Autopoiesis des Wirtschaftssystems, sichergestellt. Mit Blick auf das Vollinklusionspostulat bedeutet dies dann aber auch, dass *Zahlungsfähigkeit* sichergestellt sein muss. Jeder *sollte* dann Zugang zu Geld haben, vor allen Dingen muss die Geldzufuhr irgendwie auf Dauer sichergestellt sein, um Knappheitsausgleich in der Zeit zu ermöglichen.

„Aber ausgegebenes Geld muß man wiederbeschaffen können, um zahlungsfähig zu bleiben. Und wenn die Einnahmen aus dem eigenen Grundbesitz bei traditionaler Bewirtschaftungsweise nicht ausreichen und politische Geldquellen nicht beliebig vermehrbar sind, muß man Zahlungen so kalkulieren, daß sie das Geld zurückbringen, das heißt: man muß profitabel investieren. Nur eine Alternative zur profitablen Produktion und zum Handel läßt die Wirtschaft noch zu, nämlich gegen Entgelt zu arbeiten“ (Luhmann 1997: 727).

Vobruba nennt darüber hinaus noch Schwarzarbeit und private Unterstützungsleistungen (Familie, Freunde usw.) als Quellen der Aufrechterhaltung von Zahlungsfähigkeit (Vobruba 2003: 154). Somit ergeben sich fünf Möglichkeiten der Aufrechterhaltung von Zahlungsfähigkeit, die jedoch hinsichtlich des Potentials, Knappheitsausgleich *in der Zeit* sicherzustellen, differieren:<sup>193</sup> Arbeitgebertätigkeit/Selbständiger (Profitinvestition), Arbeitnehmertätigkeit (Arbeit gegen Lohn/Gehalt), Schwarzarbeitstätigkeit (Arbeit gegen Lohn), sozialstaatlicher Leistungsempfang (statusbezogene Einkünfte) sowie private Unterstützungsleistungen (Zuwendungen von Familie, Freunden,

---

<sup>193</sup> Die unterschiedlich hohen Potentiale dieser fünf Möglichkeiten, Knappheitsausgleich relativ zeitstabil sicherzustellen, würde eine systemtheoretisch informierte Prekariatsdiskussion legitimieren. Dann wäre nicht so sehr ein Ist-Zustand ausschlaggebend, sondern die ganze Inklusions-/Exklusionsgeschichte, der Inklusions-/Exklusionsverlauf und die Aussichten auf zeitstabile Einnahmen.

Bekanntem). Es handelt sich hierbei also um funktionale Äquivalente der Aufrechterhaltung von Zahlungsfähigkeit. Neben die staatliche und marktliche Konditionierung (auch Schwarzarbeit ist nachgefragte Marktarbeit) tritt der „Privatbereich“. Aber auch diese Zuwendungen sind Zuwendungen, die ursprünglich marktlicher oder staatlicher Natur sind. Nur mit dem Unterschied eben, dass diese von anderen Personen als den Empfängern selbst erzielt/empfangen werden. Umverteilung beruht dann etwa auf familialer oder freundschaftlicher Zuneigung, Sympathie etc. Die Verdienste aus Arbeitnehmertätigkeiten („abhängige Beschäftigungsverhältnisse“) sind dabei numerisch der größte Anteil. Aus dem Adjektiv „abhängig“ wird dann in der Systemtheorie das Adjektiv „organisationsvermittelt“. Hier zeigt sich dann erneut die Diskrepanz zwischen Vollinklusionspostulat und Exklusionsrealität. Die Tatsache, dass es sich bei der organisationsvermittelten Arbeit meist um bezahlte Arbeit handelt, darf jedoch nicht dazu verleiten, Arbeit nur dem Wirtschaftssektor zuzuordnen. Medial gesehen ist dies der Fall, aber nicht „lokal“. Ein breites Spektrum unterschiedlicher Tätigkeiten wird gegen Bezahlung ausgeführt. Die Lehrer bekommen Geld, ebenso wie der Arzt, der Künstler, der Priester oder der Musiker. Arbeit, sobald sie bezahlt wird, ist zwar automatisch wirtschaftlich relevante Arbeit, als Tätigkeit fällt sie jedoch überall an. Es wird überall gearbeitet, nicht nur in Wirtschaftsorganisationen (Bommers/Tacke 2001, Bommers 2001, Fuchs 2001).

„Arbeit als Medium ist die Voraussetzung dafür, dass Organisationen nicht nur der Wirtschaft, sondern auch des Gesundheitssystems, der Politik, der Religion, der Wissenschaft etc. Individuen für hochgradig spezifizierte Leistungserwartungen – eben durch die Formung des Mediums – in Anspruch nehmen können (...)“ (Bommers/Tacke 2001: 80).

### 7.3.3.2 Arbeitsmarkt(-inklusion/-exklusion), sekundäre Leistungsrollen

Wer oder was ist eigentlich „der“ »Arbeitsmarkt«? Was ist unter Arbeitsmarktinklusion/-exklusion zu verstehen? Wie zentral ist diese Inklusions-/Exklusionsform? Und: Zeichnet sich in Bezug auf Arbeitsmarktinklusion mit dem Modell der sogenannten sekundären Leistungsrolle ein neuer Rollentypus ab? Unsere Analysen haben gezeigt, dass der Arbeitsmarkt als zentrale Inklusionsinstanz und als ein besonderer Markt vorgestellt, gleichzeitig aber die Annahme ihrer Zentralität relativiert wird. Wir wollen hier präzisieren, differenzieren und (begriffstheoretisch) integrieren.

Wirtschaftliche Märkte sind systemtheoretisch als wirtschaftsinterne Umwelten der beteiligten Systeme zu verstehen. Wirtschaftsorganisationen sowie Haushalte konstruieren demgemäß ihre „Märkte“. Der Marktbezug bezeichnet dann kein System, er bezeichnet vielmehr systeminterne Umwelten (Luhmann 1988: 95). So gibt es Produktionsmärkte, Geldmärkte, Finanzmärkte und eben Arbeitsmärkte. Diese Märkte sind dabei kommunikative Artefakte. Bommers/Tacke (2001: 71) argumentieren dann folgerichtig, dass man nicht Mitglied des *Arbeitsmarktes* werden kann, sondern nur Mitglied einer *Arbeitsorganisation*. Folglich kann man auch nicht in den Arbeitsmarkt inkludiert bzw. aus ihm exkludiert werden, es gibt ihn nicht als physischen Ort. Aber um was für ein Ort handelt es sich dann? Wir können „den“ Arbeitsmarkt zunächst als einen Ort (Artefakt) beschreiben, auf dem verschiedene teilnehmende/beobachtende Systeme beobachten. Unternehmer, Politiker und Arbeitssuchende scannen hier (unter je spezifischen Relevanzgesichtspunkten) Angebot und Nachfrage auf diesem Markt ab. Der Arbeitsmarkt (wie auch immer intern weiter differenziert) ist ein innerökonomisches Beobachtungs-konstrukt. Arbeitsorganisationen beobachten dann bspw. individuelle, rekrutierungsfähige Arbeitsleistungen/-motive oder berufsgruppenspezifische Arbeitslosenzahlen zur Einschätzung der Frage, welche Berufsgruppen und Qualifikationen in welcher Zahl zur Verfügung stehen. Es kann dann ein ungefährender Marktwert ermittelt werden, der gezahlt werden muss, um bestimmte Arbeitskräfte zum Einsatz ihrer Arbeitskraft zu motivieren. Unternehmen können sich aber auch gegenseitig bei ihren Einstellungs-/Entlassungshandlungen beobachten im Kampf um die „besten Köpfe“ (Luhmann 1988: 108ff). Arbeitssuchende beobachten die nachgefragten Leistungen (Qualifikationen) und das eigene Arbeitsvermögen und können dann für sich selbst die „Arbeitsmarktchancen“ bestimmen.

Als ein eigenes, autopoietisches *System* betrachtet Michailakis den Arbeitsmarkt. Deren Letztelemente und Medium seien die Arbeitsverträge, der konstitutive binäre Code »Arbeitsfähigkeit/Arbeitsunfähigkeit« (Michailakis 2001: 98ff). Mit dem Fokus auf Arbeitsvertrag und Arbeitsvermögen steht Michailakis in der marxistischen Tradition. Michailakis konzipiert also den Arbeitsmarkt als ein – medial gesehen – *rechtliches* System. Abgesehen davon, dass es fraglich ist, ob hier Medium und Code aufeinander abgestimmt sind, so ist der Artikel zuvorderst als ein Beitrag zum Thema Arbeitsmarktinklusion/-exklusion von Behinderten konzipiert worden. Dadurch erklärt sich wiederum der Medizin- und Wirtschaftssystem koppelnde Code

»Arbeitsfähigkeit/Arbeitsunfähigkeit«. Wenn man statt dessen mit Luhmann und Bommers/Tacke davon ausgeht, dass man nicht Mitglied des Arbeitsmarktes werden kann, der Arbeitsvertrag also keine sonstige Mitgliedschaft neben der Arbeitsorganisationsmitgliedschaft anzeigt, kann man „den“ Arbeitsmarkt als ein systeminternes, operatives Artefakt beschreiben. Ein „Ort“, auf dem (in Echtzeit) Abgleiche/Vergleiche von Arbeitsvermögensangebot und Arbeitsvermögensnachfrage stattfinden. Man erkundigt sich im Internet auf Jobportalen nach freien Stellen, die zum persönlichen Qualifikationsprofil passen, und schickt eine (Initiativ-)Bewerbung ab. Diese wird (oder wird nicht) von einem Mitarbeiter der Personalabteilung gelesen und für (relevant oder irrelevant) befunden. Erscheint das Arbeitsvermögen/Qualifikationsprofil eines Bewerbers als relevant, wird dieser womöglich zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen. Hier soll dann der Kandidat/die Kandidaten genauer „unter die Lupe“ genommen werden, bevor man sich für oder gegen eine Einstellung entscheidet. Es geht schließlich um das „exklusive“ Gut der Organisationsmitgliedschaft. Mit der Unterschrift auf dem Arbeitsvertrag beginnt dann bereits die Inklusion als (konditioniertes) Mitglied in einer Arbeitsorganisation. Mit der Unterschrift „exkludiert“ man sich dann - bis auf Weiteres – operativ aus dem Artefakt Arbeitsmarkt. Erst, wenn ein Headhunter versucht, Arbeitskräfte abzuwerben oder wenn man selbst („aktiv“) einen Abgleich von Arbeitsvermögen (Qualifikationen) und Arbeitsvermögensnachfrage initiiert, aktualisiert sich wieder der Code Arbeitsvermögensangebot/Arbeitsvermögensnachfrage. Bommers/Tacke (2001: 74ff) sowie Luhmann (1997: 828, 2000b: 382) heben in ihren jeweiligen Ausführungen das Arbeitsvermögen (und deren Formbarkeit) hervor. Es ist gerade die *organisational* legitimierte Konditionierung von Arbeitsleistung sowie das spezifische Interesse an bestimmten Formen von Arbeitsleistungen, die das Arbeitsvermögen für alle Organisationen zu einem zentralen Medium macht. Auch in systemtheoretischer Perspektive ist der Arbeitsmarkt kein „normaler“ Markt wie etwa der Gütermarkt. Arbeit entsteht vielmehr aus einer strukturellen Notwendigkeit, Arbeitsplätze sind „(...) heute das wichtigste Verteilungsinstrument für Einkommen und manche anderen Chancen (zum Beispiel Ansehen, Anschlußkarrieren) geworden“ (Luhmann 1999: 116). Die konkrete Arbeitsleistung ist nicht abgekoppelt vom Träger dieser Leistung. Organische wie psychische Systeme sind bei der Ausübung von Arbeitshandlungen zwangsläufig beteiligt, Kommunikation setzt allgemein Bewusstsein voraus. Da psychische und organische Systeme unmittelbar an die Person, also auch an den

Besitzer von Arbeitskraft, gekoppelt sind, wirkt sich ein Eingriff in die Motivlagen und Psychen der Arbeitsleistungsträger durch die Arbeitsorganisationen auf die Umwelt des *Gesellschaftssystems* aus, nicht nur auf die des Wirtschaftssystems (Luhmann 1988: 38). Auswirkungen von Arbeitsbelastungen wären dann besonders in Bezug auf körper- und bewusstseinsystembezogene Kommunikationszusammenhänge wie Erziehungs-, Krankenbehandlungs- und Intimkommunikationssysteme zu erwarten.<sup>194</sup> Gerade der Körperbezug bei der Ausführung von Arbeitstätigkeiten lässt auch die Lesart verständlich erscheinen, dass das Angebot von Arbeitsleistungen nicht marktlogisch im Sinne von Verknappung agieren kann.<sup>195</sup> Niedrigere Preise für Arbeitskraft führen nicht – wie marktlogisch argumentiert – zu einer Verringerung/Rücknahme des Arbeitsangebotes. Im Gegenteil, man muss mehr arbeiten, um die niedrige Entlohnung zu kompensieren (exit option ist eingeschränkt). Arbeitskraft verfügt also auch in der Systemtheorie über weniger Optionen als Kapital.<sup>196</sup> Der Arbeitsmarkt erscheint, da von der Wirtschaft tatsächlich und unweigerlich als *wirtschaftlicher* Markt wahrgenommen, zunächst *als Markt*: Angebot und Nachfrage werden preislich geregelt, so auch das Angebot an Arbeitsleistungen (Luhmann 1988: 54/55). „Das Verhältnis von Arbeit und Lohn bzw. Gehalt wird durch Arbeitsmärkte rationalisiert – allerdings unter starken politischen und rechtlichen Beschränkungen“ (Luhmann 2000b: 405). Aus der Sicht der Systemtheorie (im Modus der Fremdbeschreibung) erscheint dann „der“ Arbeitsmarkt als ein innerökonomisches Konstrukt unter nichtökonomischen Tauschbedingungen.

»(Abhängige) Arbeit« kann systemtheoretisch nicht als Inklusionsmedium des *Arbeitsmarktes* angesehen werden. Man wird nicht Mitglied des Arbeitsmarktes, auch nicht Mitglied einer Arbeiterschaft.<sup>197</sup> Man ist einzig und allein inkludiert als Leistungsträger in einer bestimmten Arbeitsorganisation. »(Abhängige) Arbeit« wird in Organisationen geregelt/geformt: „Die Evolution der Systemform Organisation bleibt

---

<sup>194</sup> Und in der Tat: Die Diskussionen um die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, so wie die mannigfaltigen Untersuchungen bezüglich Stress im Beruf sowie krankmachenden Belastungen am Arbeitsplatz sprechen eine deutliche Sprache.

<sup>195</sup> Dies gilt dann im Übrigen nicht nur für den Fall des Arbeitsmarktes. Der Heiratsmarkt oder auch der Spielermarkt im Fußball und Profisport wären weitere Beispiele. Mit dem Ratschlag „Willst du gelten, mach dich selten“ ist schon so mancher Liebessuchender unbefriedigt „auf der Strecke“ geblieben. Für Fußballprofis ist das permanente Risiko, verletzt zu sein, zu groß, als dass man sich „vom Markt“ nehmen könnte/wollte.

<sup>196</sup> Auch an dieser Stelle ist also, neben der von Kuchler gut herausgestellten, systemtheoretischen Variante der Dekommodifizierungsthese, ein „Brückenschlag“ zwischen (neo)marxistischer Denkweise und Systemtheorie möglich.

<sup>197</sup> Man kann sich natürlich einer „Arbeiterschaft“, einer „Arbeiterklasse“ zugehörig „fühlen“. Daraus entstehen aber keine *verpflichteten* Verhaltenskonditionierungen.

eine soziale und damit gesellschaftliche Determinierung von Arbeitsverhältnissen“ (Luhmann 2000b: 381). Gerade diese enge Kopplung von Arbeit und Organisation ist es, die den Zugang zu Arbeit im großen Umfang der *Exklusionsrealität* des Systemtyps Organisation aussetzt (vgl. 7.3.2.1). Dann ist eben nicht so sehr die Ausbeutung und Entfremdung *in* Arbeit, sondern vielmehr der Zugang *zu* Arbeit ausschlaggebend, der zentrale Code ist dann »Arbeit/Keine Arbeit« (Luhmann 1997: 727). Zugang zu entlohnter »Arbeit« ist kaum ohne Organisationsmitgliedschaft zu haben.<sup>198</sup> Für Bommers/Tacke (2001) ist »Arbeit« deshalb das Inklusionsmedium für Organisationen.<sup>199</sup> Die Tatsache, dass Arbeit und Organisation strikt gekoppelt sind, lässt dann auch folgende Lesart zu:

„All jene Lebenslagen, die wir im ersten Moment mit den Exkludierten in Verbindung bringen, [sind: CH] solche, denen das Andocken an das Organisationsarrangement der auf Arbeit gestützten Kumulation von Organisationsmitgliedschaft nicht mehr gelingt“ (Nassehi 2006: 64).

Was bei Nassehi als Passung bzw. Kopplung von individueller, karrierebasierter Lebensverlaufsbeschreibungen und Organisationsarrangement beschrieben wird, bei Luhmann als Problem der Kopplung von Personen und Arbeitsplätzen erscheint (Luhmann 1999: 116), greifen Land/Willisch (2006) verallgemeinernd auf als die Frage nach den verschiedenen und vielfältigen Schnittstellen zwischen Gesellschaft und Lebenswelten bzw. der Konstruktion von Lebensperspektiven. Unsere bisherigen Ausführungen in Rechnung stellend, ergibt sich dann für den Zustand der temporär variablen Exklusion aus entlohnter Organisationsmitgliedschaft Folgendes: Diese Exklusion stößt in anderen Organisationskontexten (Fürsorge, Hilfe, Wohlfahrt) auf Gehör (Relevanz). Man wird quasi „ersatzinkludiert“. Die Unterbrechung der auf Arbeit gestützten Kumulation von Organisationsmitgliedschaft bleibt nicht ohne Auswirkung

---

<sup>198</sup> Vor diesem Hintergrund ist denn auch Luhmann's Aufforderung zu sehen: „(...)aus Arbeit mit spezifisch organisatorischen Mitteln mehr zu machen als bisher“ (Luhmann 2000b: 468).

<sup>199</sup> Dies trifft natürlich dann auch nur auf Arbeitsorganisationen zu, also in den Fällen, in denen für Arbeitsleistung gezahlt wird. Es gibt genügend Organisationsmitgliedschaften, in denen keine Arbeitsausführungen kontrolliert werden. In Freizeitorganisationen kann man denn auch zum Beispiel „nur“ „zahlendes Mitglied“, sein, ohne „Aktiver“ zu sein. Noch deutlicher wird dies bei Versicherungen (Auto-, Reise-, Unfallversicherungen usw.) Hier erfolgt keine *Arbeitsleistung* seitens des Mitglieds. Die Leistung erfolgt vielmehr gerade nicht durch die zahlenden Mitglieder, sondern durch die Leistungsträger (Versicherungsträger). D. h. das zahlende Mitglied ist im Prinzip zahlender Publikumsrollenträger. Allerdings muss regelmäßig eine „Entschädigung“ in Form von *Geldleistungen* gezahlt werden. Dies zeigt aber auch, dass der Vorschlag von Bommers/Tacke, Arbeit als Inklusionsmedium von Organisationen zu betrachten, nicht auf alle Organisationskontexte übertragen werden kann, sondern eigentlich nur den Fall des Leistungsrollenträgers im Kontext von *Arbeitsorganisationen* behandelt, also die Fälle, in denen gegen Geld gearbeitet wird.

auf die (Beobachtung der) Formbarkeit des individuellen Arbeitsvermögens. Ein bestimmtes Arbeitsvermögen ist dann im besten Falle nicht nachgefragt, im schlimmsten Fall wird die Formbarkeit als solche in Frage gestellt. Diese Gefahr ergibt sich besonders für die Gruppe der Langzeitarbeitslosen, für die dann Zementierung von Erwartungen zum Problem wird (Bommes/Tacke 2001). Sozialpolitische Interventionen versuchen dann gerade zu verhindern, dass das individuelle Arbeitsvermögen *kein* lose gekoppeltes Medium mehr ist. Hinzu kommt die psychische Herausforderung der Passung von individueller Selbstbeschreibung und der persönlichen Inklusions- bzw. Exklusionskarriere. Potentielle Arbeitgeber beobachten dann bei Einstellungen zunächst/zuvorderst das Arbeitsvermögen und deren zeitlichen Verlauf inklusive den entsprechenden Motivlagen.

In diesem Zusammenhang ist, neben präventiven, Arbeitsplatzlosigkeit vermeidenden, politischen Maßnahmen in letzter Zeit eine Mischform aktiver und passiver Arbeitsmarktpolitik, die sog. „aktivierende Arbeitsmarktpolitik“, populärer geworden (vgl. 5.1.2.2.4). In der Grauzone zwischen Eigenleistung und Unterstützungsleistung wird über einen neuen Typus „Rolle“ verhandelt. Die dichotome Unterscheidung Leistungsrolle-Publikumsrolle wird ausgeweitet, man spricht ergänzend von sog. „sekundären Leistungsrollen“ und einem entsprechenden Integrationsmodus (Stichweh 2006; Land/Willisch 2006).

„Wir definieren den sekundären Integrationsmodus als eine Funktionsweise der Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsinstitutionen, bei der die Integration in das Erwerbssystem nur mit regelmäßigen, systematischen und längerfristigen Interventionen durch Leistungsbezug und/oder Arbeitsmarktmaßnahmen gewährleistet werden kann“ (Land/Willisch 2006: 86).

Diese Oszillation von Eigenleistung (Eigenarbeit) einerseits und sozialstaatlichem Leistungsbezug andererseits scheint charakteristisch zu sein für diesen sekundären Integrations- und Rollenmodus. „Autonome“, „freie“, arbeitsorganisationale Verhaltenskonditionierung einerseits, sozialpolitische Konditionierung/Moderierung andererseits. Man unterscheidet dann meist einen 1. und 2. Arbeitsmarkt. Der 1. Arbeitsmarkt wäre dann der wirtschaftliche, „vollwertige“ Arbeitsmarkt, der 2. Arbeitsmarkt der sozialstaatlich moderierte Arbeitsmarkt. Da aber auch sozialstaatliche Maßnahmen zeitlich befristet sind, ergibt sich eine zeitinstabile, politisch moderierte Inklusionskarriere. Die Wechsel zwischen Inklusion und Exklusion, Eigenleistung und



Leistungsempfang werden häufiger (ebd: 86/87).<sup>200</sup> Stichweh bestimmt die sogenannten sekundären Leistungsrollen etwas genauer.

„Sekundäre Leistungsrollen sind eine Art aktivistischer Alternative zu einem reinen Publikumsstatus. Sie sind sehr selten obligatorisch (Sonderfall: allgemeine Wehrpflicht), stehen im Prinzip allen Gesellschaftsmitgliedern offen, werden aber im Unterschied zu Publikumsrollen bei weitem nicht von allen Gesellschaftsmitgliedern in ihrem Leben irgendwann einmal gewählt“ (Stichweh 2006: 35).

„Die sekundären Leistungsrollen simulieren in kleinerem Maßstab, aber größerer Zahl, das Verhalten der primären Leistungsrollenträger“ (ebd: 37).

In den weiteren Ausführungen Stichweh's wird klar, dass »Arbeit« bzw. Berufsarbeit immer den Charakter einer sekundären Leistungsrolle hat, und zwar insofern, als jeder arbeitende Leistungsrollenträger neben der Arbeitsausführung immer auch als Anbieter der eigenen Arbeitskraft auftritt (ebd). Dies erinnert sehr stark an das Modell des Arbeitskraftunternehmers (vgl. 5.1.1.1.3). Arbeit impliziert „immer eine sekundäre Leistungsrolle im Wirtschaftssystem“ (Stichweh 2005: 38). So gesehen, wäre jede Art von Arbeit immer schon nicht nur Leistungsrolle, sondern auch sekundäre Leistungsrolle. Dieser (fast schon triviale) Aspekt sekundärer Leistungsrollen interessiert hier jedoch nicht. Hoebel (2006) hebt den Aspekt der Überbrückung/Ausweitung eines reinen Publikumsrollenstatus, und damit den zweiten Aspekt Stichweh's, die Simulation von Leistungsrollen, hervor. Hoebel (2006) argumentiert, dass der Aspekt der Simulation von Leistungsrollen auf den Fall der sog. „Ein-Euro-Jobber“ in der deutschen Arbeitsmarktpolitik anwendbar ist. Hier sollen sozialstaatlich moderierte und konditionierte Arbeitsgelegenheiten besonders schwer vermittelbare (Langzeit-)Arbeitslose wieder in den regulären „ersten“ Arbeitsmarkt integrieren. Für den Fall deutscher Arbeitsmarktpolitik gilt, dass, neben einer staatlich festgesetzten und gewährleisteten Grundversorgung (Miete, Lebenshaltungskosten usw.), Personen zumutbare Jobs annehmen müssen, die dann – „symbolisch“ - mit 1 Euro pro Stunde entlohnt werden. Es findet eine politisch konditionierte Simulation von Arbeitsorganisationsmitgliedschaft statt. Die Frage ist, welcher Aspekt sekundärer Leistungsrollen hier zu Grunde gelegt wird, um in diesem Falle von sekundärer Leistungsrolle zu sprechen. Hoebel betont den Aspekt der vom Wohlfahrtsstaat

---

<sup>200</sup> Wobei hier nicht gemeint sein kann: Inklusion und Exklusion in/aus der Gesellschaft. Diese Form ist dann bezogen auf „ordentliche“ Erwerbsarbeit bzw. eben „sekundäre“ Partizipation. Die Exklusion in der einen ist dann die Inklusion in der anderen Dimension.

ermöglichten, aktivistischen Alternative, mittels derer der Klient einen reinen Publikumsstatus überwinden soll. Der *politische* Publikumsstatus soll einem *wirtschaftlichen* (sekundären) Leistungsstatus weichen. Es geht dann gerade nicht um einen *politischen*, sekundären Leistungsstatus, wie ihn Stichweh etwa im Ehrenamt sieht. Hier wird auf die inklusionsvermittelnde Funktion des Wohlfahrtsstates abgestellt. Die Arbeitsgelegenheiten sollen dann wohl auch nicht sekundäre Leistungsrollen im *politischen* System, sondern sekundäre Leistungsrollen im *Wirtschaftssystem* darstellen. Es stellt sich außerdem die Frage, ob in diesen Fällen Leistungskontexte tatsächlich nur *simuliert* werden, oder ob hier bereits Märkte konstituiert werden, also preisbildende, rekursive Beobachtungsleistungen stattfinden. Statt der Einführung eines dritten, eigenen Typus Rolle bzw. Integrationsmodus halten wir es für heuristisch absolut ausreichend, mit der Unterscheidung von Leistungs- und Publikumsrolle weiter zu arbeiten: Operativität, Oszillation und Konditionalität stellen überaus ergiebige Erkenntnisaspekte dar. Man kann dann die Oszillation von Leistungs- und Publikumsrolle herausstellen und von einem sozialpolitisch moderierten/konditionierten Inklusionsmodus sprechen. Das Konditionale kann man dann mit Ganßmann wie folgt interpretieren: „Beschäftigungspolitik gibt es nicht mehr (oder allenfalls in Form von beschäftigungstherapeutisch angelegten Programmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik) (...)“ (Ganßmann 2000: 161).

Vor dem Hintergrund unserer systemtheoretischen Reformulierungen können wir zusammenfassend formulieren, dass es Arbeitsmarktinklusion/-exklusion nicht gibt; zumindest nicht dann, wenn man „den“ Arbeitsmarkt als etwas Physisches konzipiert. Arbeitsmarktinklusion/-exklusion ist dann zunächst einmal Organisationsinklusion/-exklusion. Als solche liegt sie quer zur Funktionaldifferenzierung. Gegen Bezahlung gearbeitet wird nicht nur in der Wirtschaft, sondern in allen anderen Funktionsbereichen auch. „Die konkret vollzogene Arbeit von Personen kann eine Leistungsrolle in vielen verschiedenen Funktionssystemen sein“ (Stichweh 2006: 38). Um Arbeitsaufnahme gegen Bezahlung zu motivieren, bedarf es Arbeitsorganisationsbildung. Arbeit ist deshalb auch nicht in seiner gesellschaftstheoretischen Form erfasst, wenn man sie nur Kapital gegenüberstellt, auch wenn diese Gegenüberstellung sicherlich ein zentraler Punkt ist, der sich allein aus dem Konditionalverhältnis „Bezahlung gegen Arbeitsvermögen“ ergibt. Man würde den gesellschaftstheoretischen Rahmen verkennen, wollte man die Formen Arbeitsmarktinklusion/Arbeitsmarktexklusion bzw. Arbeit/Arbeitslosigkeit als Metakodes, als Differenzierungsform selbst beschreiben, wie

dies etwa bei Kronauer (2002) und Kronauer/Vogel (1998) angedeutet ist. Diese Formen sind vielmehr *Folgen* der Funktionaldifferenzierung. Als Folgen können sie aber auch nicht strukturell behandelt werden, das heißt „abgeschafft“ werden. Es bleibt nur die sekundäre Bearbeitung, also Intervention und Steuerung. Inklusion in bzw. Exklusion aus Arbeitsorganisationskontexten folgt keiner totalitären Logik. Leistungsrollenbezogene Organisationsinklusion bedeutet, dass man einer bezahlten, arbeitsorganisationspezifischen Beschäftigung nachgeht, Organisationsexklusion das Gegenteil. Die Inklusion als Leistungsrollenmitglied beruht dann auf der nachgefragten Rekrutierung individueller, nachweisbarer (oder zumindest: attribuerter) Qualifikationen. So gesehen ist „Arbeitsmarktinklusion“ nicht gleichbedeutend mit Inklusion der ganzen Person, „der“ Arbeitsmarkt kann nicht als ein „Teil“ für ein „Ganzes“ stehen.

„Insofern wird dann auch jede These unplausibel, die der Suggestion erliegt zu sagen, in letzter Instanz gehe es doch immer um die Frage des Zugangs zum Arbeitsmarkt und alle anderen Exklusionen seien dem nachgeordnet und davon abgeleitet“ (Stichweh 2006: 52).

Die Annahme einer engen Kopplung von Arbeitsmarktexklusion und gesellschaftlicher Exklusion ist gesellschaftstheoretisch nicht haltbar, zumal die meisten Exklusionen *inklusiv* behandelt werden. Die Inklusion als Sozialstaatsklient ist dafür ein Paradebeispiel; dieser Inklusionsstatus setzt als Bedingung die Exklusion aus arbeitsorganisationalen Leistungskontexten (bzw. eine zu niedrige Entlohnung) voraus. „Der“ Arbeitsmarkt bzw. organisationsvermittelte Arbeitsplatzarbeit kann aber auch noch aus einem anderen Grund nicht als die zentrale Inklusionsinstanz/-form der modernen Gesellschaft betrachtet werden. Eine solche Instanz müsste den ganzen Menschen inkludieren, also: Geld bereitstellen, Liebe anbieten, Rechtsfragen klären, Erziehung/Weiterbildung ermöglichen, Kultur und Kunsterfahrungen möglich machen, politische Inklusion ermöglichen und nicht zuletzt psychisches und physisches Wohlbefinden sicherstellen und zwar für die *gesamte* Bevölkerung in gleicher Weise. Mit Fuchs (2001) kann man konstatieren, dass der Arbeitsmarkt und damit Arbeitsplatzarbeit als zentrales Inklusionsmedium empirisch gescheitert ist. Das Argument ist einfach wie einleuchtend: Ein solches zentrales Inklusionsmedium müsste jedem (der ganzen Bevölkerung) zur Verfügung stehen. Dagegen sprechen nicht nur rechtliche Regelungen wie etwa Schutz vor Kinderarbeit oder die Palette sozialpolitisch legitimierter Nicht-Arbeits-Status (Pensionist, Kind, chronisch Kranke, mit Einschränkung auch Student),

sondern schon allein die Tatsache, dass nicht jeder Erwerbsfähige einer Arbeit nachgeht. Davon abgesehen kann die Systemtheorie die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die gesellschaftsexterne Umwelt („Geist“ und „Körper“) nicht übersehen. Auch wenn es hierzu, wie unsere Analysen der sw-WSF gezeigt haben, ebenfalls keine klaren (moralischen) Standpunkte gibt (Hochschild 1998, Halvorsen 2004), so bleibt auch in der Systemtheorie die enge Kopplung der mit der Arbeitskraft unmittelbar verbundenen, nicht-sozialen Systeme bestehen (vgl. Luhmann 1965, 1988). Dieser schon in der klassischen sw-WSF betonte Sachverhalt ist auch in der Systemtheorie nicht von der Hand zu weisen. Nur ist diese Beobachtung keine Moralische.

## 7.4 Steuerung

Bisher haben wir uns in unseren gesellschaftstheoretischen Reformulierungen auf den „akteurstheoretischen“ Teil der sw-WSF beschränkt. Der Basisform der sw-WSF (und seinen Erweiterungen) haben wir die systemtheoretische Basisform entgegengestellt. Mit den Ausführungen zum Verhältnis von Funktionssystem und Organisationssystem haben wir die Beobachtungsoptik »Inklusion/Exklusion« reformuliert. Das Ziel des folgenden Abschnitts ist es nun, die auf dem Gebiet der sw-WSF zentrale Steuerungssemantik und ihre Reflexionen system- und gesellschaftstheoretisch zu reformulieren. Zunächst einmal wollen wir uns allgemein dem Thema Steuerung in der funktional differenzierten Gesellschaft widmen (7.4.1). Es gilt, Steuerungsbedarf (7.4.1.1) und den spezifischen Steuerungsmodus (7.4.1.2) näher zu bestimmen. Darauf aufbauend können wir dann detaillierter auf die spezifischen Möglichkeitsbedingungen politischer Steuerung eingehen (7.4.2). Während wir in Abschnitt (7.4.2.1) politische Steuerung allgemein behandeln, wollen wir in Abschnitt (7.4.2.2) die Strategien aktivierender Arbeitsmarktpolitik systemtheoretisch betrachten.

## 7.4.1 Steuerung und die funktional differenzierte Gesellschaft

Wenn es so etwas wie ein disziplinenübergreifend-anschlussfähiges Thema gibt, das sowohl die Systemtheorie wie die sw-WSF beschäftigt, dann ist es das Thema »Steuerung«. Die Diskussionen kreisen dann in schier unermüdlichem Modus um die Frage: Ist Steuerung möglich oder nicht? Da diese Frage den Ja/Nein Code geradezu provoziert, stehen sich dann Optimisten und Skeptiker gegenüber, wobei sich immer noch die Pauschalattribution zu halten scheint, dass die akteurstheoretischen Wissenschaftler Steuerung für möglich, die Systemtheoretiker dagegen für unmöglich halten. Unsere Analysen der sw-WSF haben indes gezeigt, dass auf diesem Forschungsgebiet, gerade auch durch den Einfluß und die Resonanz der Systemtheorie bedingt, „weiche“, „indirekte“ bzw. „neutrale“ Steuerungskonzepte diskutiert werden, die sich auf Ergebnisse aus der Implementationsforschung berufen. Mit den nun folgenden, systemtheoretischen Reformulierungen erfolgt keine Neuauflage der alten Streitfrage, ob Steuerung nun möglich ist oder nicht. Wir gehen indes von der Annahme aus, dass Steuerung stattfindet und dauernd passiert. Wir interessieren uns dann für die Frage, wie eigentlich der Bedarf an Steuerung gesellschaftstheoretisch zu erklären (7.4.1.1) und wie Steuerung vor diesem Hintergrund zu verstehen ist (7.4.1.2).

### 7.4.1.1 Steuerungsbedarf: Dependenz/Interdependenz und die Folgen funktionaler Differenzierung

Mit der funktional differenzierten Gesellschaft steigen Autonomie und Abhängigkeit der reziproken Kommunikationszusammenhänge gleichermaßen. Paradoxie ist dabei der konstitutive Normalfall: Also: Geschlossenheit der einzelnen ausdifferenzierten Kommunikationszusammenhänge weil Offenheit (Nicht-Geschlossenheit), Autonomie weil Abhängigkeit (Nicht-Autonomie).

Geschlossene Systeme sind nur als offene Systeme möglich, Selbstreferenz kommt nur in Kombination mit Fremdreferenz vor. Diese Umformung eines früher als Gegensatz formulierten Begriffsverhältnisses in einen Steigerungszusammenhang ist eine der wichtigsten Errungenschaften der neueren Systemtheorie“ (Luhmann 1988: 15/16).

Die funktionale *Differenzierung* ist als Antwort auf Komplexitätssteigerung zu sehen. Den jeweiligen ausdifferenzierten Kommunikationszusammenhängen kommt dann die

zentrale Aufgabe zu, Stabilität in sich selbst zu erreichen (eigendynamische Schließung). Die Schließung und das Funktionieren anderer Kommunikationszusammenhänge muss dann vorausgesetzt werden. Autonomie gewinnen die verschiedenen Kommunikationszusammenhänge nur durch eigenes Operieren. Dazu müssen sie für höhere Instabilitäten und deren Kontrolle sorgen. Alle rekursiven Kommunikationszusammenhänge bestehen aus irreversiblen, temporären Elementen (vgl. Kapitel 2, 2.1). Das Wirtschaftssystem beispielsweise beschäftigt sich mit der Frage, ob, und wenn ja, zu welchen Preisen Zahlungen erfolgen. Im Falle der Politik geht es um die Frage, welche kollektiv bindenden Entscheidungen für welchen Geltungsbereich und Gültigkeitsraum getroffen werden sollen. Die eigene Autopoiesis, das Prozessieren von Operationen (Anschließen von Zahlungen an Zahlungen, von Entscheidungen an Entscheidungen) kann dann durch sog. reflexive Mechanismen (Preise für Geld; Entscheidungen über Entscheidungsprämissen) erleichtert werden (Luhmann 1988: 26). Die Existenz eines rekursiven Verweisungszusammenhangs setzt gleichsam einen „instabilen Selbstreproduktionsmodus“ voraus, durch den Eigenkomplexität aufgebaut, und somit die eigenen Elemente temporalisiert werden können (ebd: 35). Das System baut „Geschichte“ auf, wird also zu einem historischen System und ist allein deswegen schon zur Selbstbeobachtung gezwungen. Stabilität ist dann nicht im Erreichen und Bewahren eines bestimmten Zustandes zu sehen (so aber Parsons strukturfunktionalistisch konzipiertes Homöostase-Konzept). Stabilität ist vielmehr in der notwendigen (!) *Instabilität* zu sehen. Preise müssen sich ändern können, Entscheidungen müssen ex-post revidierbar/änderbar sein. Wir haben es also erneut mit einer systemkonstitutiven Paradoxie zu tun: Stabilität weil Instabilität (Nicht-Stabilität). Warum aber ist Instabilität so wichtig für die Systeme? Weil es – unter dem Primat der funktionalen Differenzierung - für *alle* Systeme wichtig ist, um *als Systeme* fortbestehen zu können. Solange es Instabilitäten gibt (Gründe für Zahlungen oder Nicht-Zahlungen; kontingente Entscheidungslagen) gibt es auch eigendynamische, rekursive Verweisungszusammenhänge.<sup>201</sup> Diese spezifischen und historischen Verweisungszusammenhänge steigern also zunächst die *Eigenkomplexität*, auf die dann

---

<sup>201</sup> Wenn Wirtschaft eine Trivialmaschine wäre (nur ein vorhersehbarer Zustand möglich), dann könnte Wirtschaft ihre Stabilität (nämlich die Instabilität) nicht selbst erreichen, sondern wäre auf externe Eingriffe angewiesen. Wie weit solche Eingriffe gehen können, sieht man an kommunistischen/sozialistischen Regimen/Diktaturen. Die Folgen für das Wirtschaftssystem liegen auf der Hand. Sie führen nicht selten, wie die Geschichte uns lehrt, zum Zusammenbruch der Ökonomien (ehemalige DDR, UDSSR).

wiederum mit *eigenen* Operationen reagiert werden muss. Es geht dann jeweils *nur* um Zahlungen, Entscheidungen, Erziehung, Liebe, Recht, Glaube usw., aber dies immer gleichzeitig und universalistisch. Dieses „Vertrauen“ in die eigene Komplexität macht die Kommunikationszusammenhänge extrem empfindlich gegenüber Irritationen aus der gesellschaftsinternen/-externen Umwelt (soziale, psychische, ökologische, organische Systeme), die Abhängigkeit ihnen gegenüber wächst. Independenz und Dependenz werden gesteigert, und zwar für alle Systeme. Luhmann ersetzt vor diesem Hintergrund das klassische Schema »Differenzierung/Integration« durch das Schema »Autopoiesis/strukturelle Kopplung« (Luhmann 1997: 778ff). Integration kann in der funktional differenzierten Gesellschaft nur noch punktuell/temporär geschehen. Grund dafür ist die Eigentemporalität der verschiedenen Funktionssysteme. Wir haben den Begriff der strukturellen Kopplung bereits an anderer Stelle erklärt (Kapitel 2, Abschnitt 2.2.2.3). An dieser Stelle wollen wir lediglich darauf hinweisen, dass strukturelle Kopplungen (definiert als wechselseitige Irritationen) die konstitutive Funktion erfüllen, die unterschiedlichen Kommunikationszusammenhänge miteinander zu verbinden bzw. aufeinander zu beziehen:

„Würde man die moderne Gesellschaft lediglich als eine Menge von autonomen Funktionssystemen beschreiben, die einander keine Rücksicht schulden, sondern den Reproduktionszwängen ihrer eigenen Autopoiesis folgen, ergäbe das ein höchst einseitiges Bild. Es wäre dann schwer zu verstehen, wieso diese Gesellschaft nicht binnen kurzem explodiert oder in sich zerfällt“ (Luhmann 1997: 776).

Strukturelle Kopplungen geschehen faktisch zumeist im Kontext von Organisationen. Sie sind die einzigen Sozialsysteme, die als Kollektivadressen handeln/kommunizieren können bzw. Kollektivadressaten werden können (Luhmann 2000b: 401; vgl. Abschnitt 7.3.1). Die unterschiedlichsten, rekursiven Kommunikationszusammenhänge können sich in Organisationssysteme „einnisten“ und aktiviert werden.

„Strukturelle Kopplungen sind Konsequenzen der funktionalen Gesellschaftsdifferenzierung. Sie stellen sich ein, weil mit dieser Differenzierungsform sowohl die Abhängigkeiten als auch die Unabhängigkeiten der Funktionssysteme im Verhältnis zueinander steigen. (...) Aber sie wären in der notwendigen Komplexität und Differenziertheit kaum möglich, wenn es nicht Organisationen gäbe, die Informationen rafften und Kommunikationen bündeln können und so dafür sorgen können, dass die durch strukturelle Kopplungen erzeugte Dauerirritation der Funktionssysteme in anschlussfähige Kommunikation umgesetzt wird“ (Luhmann 2000b: 400).

Integration (Singular!) wird durch strukturelle Kopplungen (Plural!) ersetzt. Während Integration als Singularbegriff immer schon ein Gesellschaftsganzes voraussetzen muss, so kann mit dem Aspekt »strukturelle Kopplungen« auf eine Vielzahl möglicher Inter-

systembeziehungen hingewiesen werden. Einerseits operieren also die einzelnen Kommunikationszusammenhänge autonom und nach eigenen „Logiken“, andererseits stellen sich gerade deswegen strukturelle Kopplungen und damit auch Abhängigkeitsverhältnisse ein. Jedes System steht dann vor dem permanenten Problem, sich selbst und ihre Umwelt berücksichtigen/beobachten zu müssen. Die unterschiedlichsten „Logiken“ überlagern sich und potenzieren sich in der Zeitdimension zu einer nicht mehr überschaubaren, polykontexturalen Gemengelage. Ausdifferenzierung, Operativität und Temporalität (in ihrer Polykontexturalität) machen dann Steuerung nicht nur möglich, sondern auch nötig. „Nötig“ dabei nicht normativ verstanden, sondern formuliert im Hinblick auf die sich mit der Differenzierungsform (Funktionaldifferenzierung) selbst einstellenden Folgeprobleme. Keine Aktualisierung der Krisensemantik also, wie wir sie in der sw-WSF analysiert haben. Die Luhmann'sche Version einer Krisen-/Problemsemantik ist eine Amoralische. In dieser Form kann auf Probleme aufmerksam gemacht werden, ohne die gesellschaftsstrukturelle Bedingtheit dieser Situationen zu übersehen. Luhmann selbst nennt drei Aspekte von Folgen funktionaler Differenzierung: Die Ausdifferenzierung/Spezialisierung der Funktionssysteme selbst, ökologische Probleme und Individualitätsprobleme (Luhmann 1997: 801ff)<sup>202</sup>. Der erste Fall bezeichnet die Eigendynamiken (Eigenzeiten) und Eigenlogiken (Codes) der Funktionssysteme. Funktionale Spezialisierung und Hypostasierung ermöglichen stets nur eine ausschnittshafte Bearbeitung von Gesellschaft und Umwelt, während man gegenüber anderen Relevanzen indifferent bleiben muss. Die ökologischen Probleme (Emissionen, nicht regenerierbare Ressourcen, usw.) gefährden die gesellschaftsexternen Existenzbedingungen (biologische, organische Systeme), ohne dass es *eine Zentralinstanz* gebe, die diese Probleme in den Griff bekommen könnte. Schließlich sind auch Individualitätsprobleme Folgeprobleme funktionaler Differenzierung. Individuen suchen in der offenen Gesellschaft verzweifelt nach Sinnangeboten. Selbstfindung wird zu einem Projekt, Lebenssinn, Authentizität, letzte Wahrheit usw. zu finden. Dieses Set an Folgeproblemen funktionaler Differenzierung kann aber an keinem Ort der Gesellschaft (also: in der Gesellschaft) behandelt werden.

„Es gibt in der Gesellschaft keine »gute Gesellschaft«, keinen Adel, keine ausgezeichnete Form städtischer (ziviler) Lebensführung, an die man sich wenden könnte. (...) Erst recht kann man an der Form funktionaler Differenzierung ablesen, daß es kein Steuerungszentrum und daher auch

---

<sup>202</sup> Luhmann spricht auch noch von den Folgeproblemen technischen Fortschritts (Luhmann 2005c).



keine Zentralagentur (...) geben kann. Eine solche Einrichtung würde die Ausdifferenzierung aller umweltwirksamen Funktionssysteme blockieren“ (Luhmann 1997: 802/803).

Gerade weil eine solche Zentralbehandlung der Folgeprobleme nicht möglich ist, bleibt den einzelnen Kommunikationszusammenhängen nur die Möglichkeit der Einflussnahme über Steuerung und Intervention. Dann ist es die Logik der Funktionaldifferenzierung selbst, die Steuerung nötig macht. Luhmann spricht von der Plausibilität der Notwendigkeit von Planung und Steuerung (Luhmann 1997: 777). In der sw-WSF ist der politische Steuerungsbedarf krisensemantisch-hypostativ konzipiert. Im Unterscheid dazu stellt sich der Steuerungsbedarf systemtheoretisch nicht nur als Bedarf *politischer* Steuerung ein. Steuerung wird vielmehr zu einer *allgemeinen*, strukturellen Notwendigkeit, und dies gerade deshalb, da zentrale Steuerung nicht möglich ist.

„Denn wäre eine solche zentrale Planung und Steuerung möglich, würde das sehr rasch die Irritabilität der Gesellschaft auf das Format der Informationsverarbeitungskapazität der entsprechenden Stelle (und man kann eigentlich nur an Organisation denken) einschränken und den Vorteil wiederaufgeben, der mit der Steigerung von Irritabilität gewonnen war“ (Luhmann 1997: 789).

#### 7.4.1.2 Steuerungsmodus: Polykontexturale Selbststeuerung und Differenzminimierung/-maximierung

Dass und warum die funktional differenzierte Gesellschaft Steuerung bedarf, haben wir gesellschaftstheoretisch begründet. In diesem Abschnitt interessieren wir uns näher für den konkreten Steuerungsmodus. Darunter wollen wir die Art und Weise verstehen, in der Steuerung unter den strukturellen Bedingungen der funktional differenzierten Gesellschaft von statten geht. Unser Ziel ist es dann, die in der sw-WSF diskutierten Aspekte der Steuerungsfähigkeit und Steuerbarkeit gesellschaftstheoretisch zu reformulieren. Dazu wollen wir uns zunächst anschauen, wie Steuerung im Hinblick auf die Prämissen der Funktionaldifferenzierung konzipiert ist, und was die allgemeinen Möglichkeitsbedingungen von Steuerungsvorhaben sind. Dadurch erhoffen wir uns eine differenziertere Antwort auf die Frage, wie Steuerung möglich ist.

„Mit Steuerung kann nicht gemeint sein, dass das System seine eigenen Zustände determiniert; denn dann würde der Begriff mit dem Begriff der Autopoiesis verschmelzen und externe Steuerung ausschließen. Wir halten deshalb am Merkmal einer intentionalen Kommunikation fest“ (Luhmann 2000b: 403).

Nicht (nur) mitlaufende, gleichsam „basale“ Selbststeuerung durch Prozessieren und Operieren, sondern besonders der Fall intentionaler, *externer* Steuerung/Intervention interessiert Luhmann. Wie ist obige Aussage Luhmann's allerdings vereinbar mit einer anderen Aussage Luhmann's, Steuerung sei immer Selbststeuerung, also Zustandsdeterminierung durch die Systeme selbst (Luhmann 1988: 338)?

Luhmann hält bei der Definition von Steuerung an dem verbreiteten Definiens intentionaler Kommunikation fest, merkt jedoch an, dass bei einem rein handlungstheoretisch gefassten Steuerungsbegriff geklärt werden müsste, ob der Handelnde bzw. die Wirkungen des Handelnden Teil der Steuerungshandlung sind oder nicht (ebd: 403, Fußnote 36).<sup>203</sup> Die Frage danach, ob und wie Steuerung möglich ist, scheint dann im Kern eine attributionstheoretische Frage zu sein. Während Luhmann zwischen Auslösekausalität und Durchgriffskausalität unterscheidet (ebd: 401) und damit klare Systemgrenzen zieht zwischen Steuerndem und Gesteuertem, so scheinen Steuerungsoptimisten (allen voran Handlungstheoretiker wie Scharpf oder Mayntz) genau diese Unterscheidung lange Zeit nicht (bzw. ohne Konsequenzen) gezogen zu haben. Andererseits: Wenn ein System (welcher Art auch immer) ein anderes System dazu bringt, dass es genau das macht, was die Intention des steuernden Systems war – und es gibt wohl einige Fälle, in denen das der Fall ist – warum sollte man sich dies dann nicht selbst und seinen Handlungen zurechnen? Man könnte dies dann als Durchgriffskausalität sehen. Die Beobachtungstheorie Luhmann's und mit ihr der Beobachtungsmodus zweiter Ordnung verbietet es jedoch, solche Schlüsse zu ziehen. Zwar kann zugestanden werden, dass „es (...) hinreichend Beweise erfolgreicher Aktivität [gibt: CH]“ (Luhmann 2000a: 405). Aber schon im nächsten Satz kommt die attributionstheoretische Relativierung: „(...) und wie bei einer Medizin, die nicht hilft, kann man immer noch sagen: es wäre ohne sie viel schlimmer geworden“ (ebd). Erfolgreiche, zweckbasierte Steuerungsaktivität wird also nicht ausgeschlossen (vgl. auch Luhmann 1989), allerdings zeichnet sich Steuerung auch nicht durch Durchgriffskausalität aus.

---

<sup>203</sup> Luhmann sieht seine Definition von Steuerung nicht als handlungstheoretisches Konstrukt an. Eine rein handlungstheoretische Definition von Steuerung würde dann auf das verzichten, was als das epistemologische Kernelement der Theorie Luhmann's gesehen werden kann, die Beobachtungstheorie.

„Dass dies [Zwecksetzung: CH] (mehr oder weniger) möglich ist, wird niemand bestreiten wollen. Anderenfalls gäbe es schon längst keine Zwecke mehr, die Evolution hätte sie längst eliminiert“ (Luhmann 2000b: 403).

Die Frage danach, *ob* Steuerung möglich ist oder nicht, wird also zur Frage danach, *wie* Steuerung möglich ist. Ins Zentrum rücken dann attributionstheoretische Erklärungen. Im Ergebnis bekommen dann sowohl Steuerungsoptimisten als auch Steuerungspessimisten Recht. Ermöglicht wird dies durch temporale Irreversibilität. Es lässt sich weder die Zeit zurückspulen noch *ceteris paribus* Bedingungen herstellen, um das Gegenteil (Steuerungsmisserfolg) zu beweisen. Gerade die operative, ereignisbasierte Anordnung der Systemtheorie macht *ceteris paribus* Annahmen unmöglich. Dieser Aspekt scheint dann auch Systemtheoretiker und institutionalistische Handlungstheoretiker zu unterscheiden. Für letztere Gruppe ist nicht mehr das Steuerungshandeln (und deren Wirkungen), sondern – einen Schritt zurück – die Wirkungen der Regulationsstruktur auf die Handlungen selbst das neue Mantra. Eine Art Struktur determinismus, ohne Steuerung hinreichend operativ, als Ereignis, welches durch ihr bloßes Vorkommen bereits als Steuerungsereignis wirkt, zu betrachten (Luhmann 1989: 16). Luhmann definiert Steuerung als intentionale Kommunikation. Steuerung wird dann nicht als *Herstellung* beabsichtigter *Zustände* konzipiert, sondern allgemein als *Anstreben* von *Differenzen* im Verhältnis zu dem, was anderenfalls der Fall wäre (Luhmann 1988: 338f; Luhmann 2000a: 394; Luhmann 2000b: 403). Es muss also eine intentionale Zwecksetzung zu Grunde liegen. Es geht dann etwa um einen größeren Gewinn-/Marktanteil oder um eine niedrigere Arbeitslosenquote, bessere Bildungsabschlüsse usw. Nach dieser Definition sind dann Ziel- und Ergebnisorientierung ebenfalls Beispiele für Differenzminimierung/-maximierung. Sie sind nichts anderes als bewertete Differenzformeln (Luhmann 2000a: 395). Immer geht es darum, Differenzen intentional in eine bestimmte Richtung hin steuern zu wollen. Steuerungsversuche beobachten also die zu steuernden Systeme mit Hilfe spezifischer Unterscheidungen (Luhmann 2000b: 403). Steuerung ist dann kein Hokus-Pokus-Begriff, sondern ein ubiquitäres, gesamtgesellschaftliches Phänomen. Gegenstand von Steuerungsvorhaben sind dann nicht Objekte (Akteure, Institutionen, Systeme), sondern spezifische Differenzen (Luhmann 1989: 16).

„Differenzminimierungsversuche finden überall statt, sind überall Vollzug von Gesellschaft, und zugleich erzeugt die Gesellschaft Differenzen dadurch, daß sie es erlaubt, Differenzminimierungsprogramme unter funktionsspezifischen Aspekten anzusetzen und auszuführen“ (Luhmann 1988: 337).

Steuerung ist dann auch nichts Spezifisches, Einzigartiges, Seltenes oder Elitäres. Steuerungshandlungen als Differenzminimierungs-/Differenzmaximierungsintentionen versuchen dann immer, die Differenzen in eine bestimmte Richtung hin zu minimieren/maximieren bzw. die Differenzen zu beseitigen (Luhmann 1988: 338). System/Umwelt-Differenzen sowie Code-Unterscheidungen («Regierung/Opposition«, »zahlen/nicht zahlen«, »Recht/Unrecht«, »wahr/unwahr« usw.) können dann *nicht* Steuerungsunterscheidungen sein. Diese Differenzen sind invariante, konstitutive Leitdifferenzen. Steuerungsunterscheidungen können dann nur variable Elemente (lose gekoppelte Substrate: Medien) sein, die in Form gebracht werden können (auf Funktionssystemebene ist hier an die Programme zu denken: etwa Preise, Entscheidungen, Gesetze usw.). Aus diesem Grund spricht Luhmann auch von den Differenzminimierungsprogrammen bzw. eben Steuerungsprogrammen (ebd). *Intentionale* (externe) Steuerung ist dann auf die Beeinflussung von Differenzminimierungsprogrammen in den Zielsystemen ausgerichtet. Die Politik kann dann etwa das Ziel verfolgen, über Gesetze, Verordnungen, Verbote usw. Preise für Arbeit oder Produkte zu beeinflussen. An diesem Punkt hört dann aber bei Luhmann Steuerung, definiert als intentionale Kommunikation, auf. Es werden

„(...) Differenzen erzeugt, an denen sich andere Funktionssysteme dann ihrerseits orientieren müssen. *Aber dieser Effekt ist schon nicht mehr Steuerung und auch nicht steuerbar*, weil er davon abhängt, was im Kontext anderer Systeme als Differenz konstruiert wird und unter die dort praktizierten Steuerungsprogramme fällt“ (Luhmann 1988: 337).

An diesem Punkt leistet außerdem die Attributionstheorie wichtige Dienste. Es stellt sich nämlich die Frage, wem (welchem System) die beobachteten, erhofften Reaktionen zugerechnet werden. Für Luhmann sind Reaktionen nichts anderes als neue Ereignisse, die ihrerseits Differenzen erzeugen, die ihrerseits wieder beobachtbar sind und als Anlass für Reaktionen (weitere Ereignisse) gelten usw. Mit Luhmann kann man dann soweit gehen, zu behaupten, dass ohne eine bestimmte Differenzeinführung Reaktionen erst gar nicht passieren würden (Auslösekausalität). Davon zu unterscheiden ist jedoch die offene Frage danach, welche Form die Reaktionen annehmen. Steuerung ist ein Stück weit immer auch ihr eigenes Produkt. Steuerungshandlungen passen also nicht nur zur Differenzierungsform der modernen Gesellschaft, sie perpetuieren sich immer auch selbst. Da man sich immer nur auf bestimmte Unterscheidungen und Kausalattributionen festlegen kann, sind immer andere mögliche Differenzprogramme vorübergehend irrelevant, im „stand by-Modus“.

„Da sich dies (...) sehr rasch der Voraussehbarkeit entzieht, lösen sich Steuerungsintentionen sehr rasch in Zeitprobleme auf. (...) Die Notwendigkeit von Steuerung ist somit ihr eigenes Produkt. Wenn man einmal anfängt, zwingt das zu Korrekturen, und man kann nicht wieder aufhören, wie immer man die Zwecke dreht und wendet. In diesem Sinne beschleunigt Steuerung sich selber – und bleibt umso mehr auf die strukturelle Trägheit von Organisationen und auf ihre Festlegung auf bekannte Probleme, bekannte Gegner, bekannte Risiken, geläufige Formen der Unsicherheitsabsorption angewiesen“ (Luhmann 2000b: 404).

Den „Nährboden“ dieser Steuerungsloops bietet also einmal mehr die funktionale Differenzierungsform. Es gibt keine „Endzwecke“ (Plural!) mehr, und schon gar nicht „den“ einen Endzweck. Die Umwelt ist nicht stabil, sondern instabil, für die Systeme gilt – vice versa – dasselbe, ja, Instabilität ist die Voraussetzung für Fortbestand. Was Luhmann mit der „Trägheit von Organisationen“ andeutet, lässt sich als Redundanzbedarf präzisieren. Da Organisationen ständig „relevante Umwelt“ abarbeiten/bearbeiten, also Informationsselektion (was immer auch heißt: Realitätskonstruktion) betreiben, sind sie elementar auf handlungs-/entscheidungsleitende Simplifikationen angewiesen. Ansonsten befänden sich Organisationen in einem Dauerirritationszustand, nichts könnte identifiziert werden, es gebe nur Variablen, keine Fixpunkte. Dann würde aber jeder Organisation Entscheidungskompetenz und Kommunikationsfähigkeit fehlen, also das, was eine Organisation überhaupt erst zu einer Organisation macht. (Reflexive) Attributionen und (reflexive) Erwartungen sind hier von entscheidender Bedeutung. Man attribuiert nicht nur, man attribuiert auch Attributionen. Man erwartet nicht nur, man erwartet auch Erwartungshaltungen. Dies gilt dabei nicht nur für *ein* System, sondern generell für jegliche Form rekursiven Beobachtens (System). Das Ausgangsproblem der doppelten Kontingenz muss gelöst werden. Ohne solche reziproken und reflexiven Erwartungen wäre Steuerung kaum denkbar. Sie hätte nichts, mit dem sie „rechnen“ könnte. Es verwundert dann nicht, dass den symbolisch *generalisierten* Kommunikationsmedien (allen voran: Macht, Geld), deren Funktion es ja gerade ist, Annahmewahrscheinlichkeiten zu sichern/erhöhen, im Hinblick auf Steuerung zentrale Bedeutung zukommt.

„Eben wegen dieser Präferenzorientierung eignen sich symbolisch generalisierte Medien auch als *Steuerungsmedien*. Sie erfüllen ihre Steuerungsfunktion, indem sie Präferenzen *fixieren* und zugleich *variablen* Konditionierungen aussetzen“ (Luhmann 1997: 363).

Wir wollen an dieser Stelle etwas näher auf den Themenkomplex Attribution, Kausalität und Steuerung eingehen. Operationen sind, bedingt durch ihr empirisches Vorkommen, von *erwartungsbildender* Bedeutung. In Echtzeit (ereignisbasiert) wirkt das bloße „Tun“, das Ausführen von Tätigkeiten und Handlungen, strukturierend. Es

werden Erwartungshorizonte konstruiert. Die Ereignisse finden sich der Beobachtung ausgesetzt, sie werden in unterschiedlichen Kontexten beobachtet und informativ bearbeitet (Polykontextualität). Das Beobachten von Beobachtungen (Beobachtung zweiter Ordnung) ist die universale, einzig mögliche Realitätsvergewisserung sinnverarbeitender Systeme. Für Wirtschaftsorganisationen ist es dann bspw. wichtig, zu beobachten, wie Anleger und Investoren Märkte beobachten. Für die Regierung ist es unter anderem informativ, wie die Bürger bzw. die Massenmedien den Staat beobachten usw. Irritationen stellen sich dann ein, wenn vorausgesetzte Erwartungshorizonte, in denen mit Wiederholungen (Redundanzen) gerechnet wird, enttäuscht, also nicht erfüllt werden.

„Irritation ist danach ein Systemzustand, der zur Fortsetzung der autopoietischen Operationen des Systems anregt, dabei aber, als bloße Irritation, zunächst offen lässt, ob dazu Strukturen geändert werden müssen oder nicht (...). Im Offenhalten *beider* Möglichkeiten liegt eine Garantie für die Autopoiesis des Systems und zugleich eine Garantie seiner Evolutionsfähigkeit“ (Luhmann 1997: 790).

Irritationen müssen dann auf der Basis eigener Differenzkonstruktionen informativ bearbeitet werden. Dies wird unterstützt durch die Konstruktion von (Selbst-) Zurechnungen und Kausalitäten; Kausalität verstanden als „unerschöpfliches Medium, das in der Form von Zurechnungen von Situation zu Situation reproduziert wird“ (Luhmann 2000a: 405; vgl. auch Abschnitt 5.1.1.3.2). Wohlgermerkt: Dies geschieht immer *gleichzeitig* in *unterschiedlich* vorstrukturierten, reflexiven Organisationskontexten. Die Attributionen müssen also mit den Entscheidungsstrukturen und -geschichten der jeweiligen Organisationen kompatibel sein. Die Herausforderung, der sich jegliche Steuerungsvorhaben stellen muss, ist dann diejenige, Attributionen, Zurechnungen und Erwartungshaltungen zu analysieren, zu bedienen und ein Stück weit auch vorauszusagen.<sup>204</sup> Es geht dann um das „Spiel“ mit intersystemischen Erwartungslagen, aus denen ein temporär invariantes, „fein reguliertes Leistungsniveau“ (Luhmann 1997: 762) resultiert. Erwartungslagen sind und bleiben also immer *temporäre* Erwartungslagen. Es kommt dann tatsächlich – jedoch ohne moralischen Unterton! – zu einer Art asymmetrischer Gesellschaft (Coleman 1982), und zwar im *reaktionsasymmetrischen* Sinne. Die Eigendynamiken der verschiedenen

---

<sup>204</sup> Man kommt hier unweigerlich mit dem Thema „Kontextsteuerung“ (Willke 1989, 1998, 1999) in Berührung. Auch die „systemische“ Beratung, die zum Teil auch Gedanken von Luhmann inkorporiert, baut auf dem Gedanken des „Andockens“ an den jeweiligen relevanten Umwelten der Organisationen auf. Keine Durchgriffskausalität also.

Funktionssysteme schlagen dann „ohne gesicherte Proportionalität im Verhältnis zur Auslöseursache“ (Luhmann 1997: 762) zu Buche. Der dadurch ansteigende „Irritationskoeffizient“ spiegelt dann die gleichzeitige Zunahme von multiplen, reziproken Abhängigkeiten und Interdependenzen wider. Jedes System für sich erzeugt dann Eigenzeiten und Ungleichheiten, die gesamtgesellschaftlich nicht mehr koordiniert werden können.<sup>205</sup>

„Erreicht wird (...) ein hohes Maß an Sensibilität für Turbulenzen, die teils auf Auswirkungen der Steuerung selbst und teils auf Veränderungen ihres Kontextes zurückgerechnet werden müssen, die ihrerseits Folgen anderer Steuerungen sein mögen“ (Luhmann 2000b: 404).

Steuerung ist ein voraussetzungsvoller Selbstläufer. Zum einen hängt sie von einer bestimmten Differenzierungsform ab, zum anderen von der Existenz variabler Erwartungsstrukturen. Was das „Spiel“ mit den Erwartungsstrukturen betrifft, so scheint dies zum Teil dadurch erleichtert zu werden, dass die Gesellschaft wie auch die psychischen Systeme hinreichend viel Erfahrung mit der Differenzierungsform »funktionale Differenzierung« gemacht und gesammelt haben. Die meisten Problemlagen und Besonderheiten dieser Differenzierungsform sind, wenn nicht bekannt, dann zumindest erwartbar. Gewisse Kausalitäten und Attributionen, so möchte man sagen, haben sich „eingespielt“.<sup>206</sup> Die ganze Ratgeber- und Beratungsliteratur könnte nicht existieren, wüsste sie nicht schon ein Stück weit immer, wie „der Hase läuft“. In diesem Zusammenhang ist denn auch die Aussage von Scharpf zu sehen, der die Nützlichkeit des „Geschäfts“ politikwissenschaftlicher, steuerungstheoretischer Forschung darin sieht, wahrscheinliche Reaktionsweisen der zu steuernden Systeme antezipieren zu können (Scharpf 1989: 25f). Das Fehlen der letzten Gewissheit ist dann gleichsam der Motor dafür, immer neues/recyceltes Wissen auf den Markt zu

---

<sup>205</sup> Wenn dies möglich wäre, gebe es keine Ungleichheiten, aber auch keine funktional differenzierte Gesellschaft mehr. Selbst in den skandinavischen Muster-Wohlfahrtsstaaten sind die Massenmedien voll von Ungleichheitsberichterstattungen und entsprechenden Appellen, dies zu ändern. Ungleichheitssoziologen werden so gesehen, immer etwas zu tun haben. Eine nicht zuletzt ökonomisch kluge Spezialisierung.

<sup>206</sup> Die Reaktionen auf die Muhammed Zeichnungen waren dann erwartbar, erst recht jedoch die Reaktionen auf den islamkritischen Film des holländischen Filmemachers van Gogh. Der beste Beweis dafür ist die Tatsache, dass solche Dinge als Affront, Provokation wahrgenommen/beobachtet werden. Dies wäre nicht möglich, würden Erwartungen nicht enttäuscht werden können. Genauso erwartbar ist die Hinwendung konkursgefährdeter Banken zum Staat in der aktuellen Krise der Investment- und Immobilienbranche. Als „Lückenbüßer“ und „Retter in der Not“ hat sich der Staat semantisch in das Gedächtnis der Menschen wie der Organisationen geschrieben.

bringen.<sup>207</sup> Der „Hunger“ nach „Kausalwissen“ ist nie gestillt. Steuerung parasitiert an den Möglichkeits- und *Unmöglichkeit*sbedingungen der funktionalen Differenzierung. Steuerung rechnet insofern immer ein Stück weit mit Erwartungen und bestimmten Reaktionen. Dazu müssen Beobachtungen beobachtet werden und davon ausgegangen werden (können), dass die Einführung einer bestimmten Differenz im Zielsystem (zu steuernden System) auf Relevanz stößt. An diesem Punkt angekommen, können wir die Eingangsproblematik, ob Steuerung nun intentionale Steuerung oder Selbststeuerung ist, auflösen. Selbstdeterminierung (Autopoiesis) ist immer auch ein Stück weit Selbststeuerung, Selbststeuerung auf der Grundlage von Programmen. Dies geschieht durch die Anwendung von Programmen. Will man dagegen fremde Programme beeinflussen, liegt also die Intention vor, mit eigenen Steuerungsprogrammen fremde Steuerungsprogramme zu beeinflussen, so kann man zwar Differenzen *erzeugen*, die Reaktionen darauf basieren dann aber ihrerseits wiederum auf *selbst*gezogenen Differenzen der Zielsysteme. Steuerung bleibt dann in letzter Instanz auf Selbststeuerung angewiesen und dies aus operativen und beobachtungstheoretischen Gründen „Das heißt: Wie immer motiviert, die Operationen müssen bereits im anderen (zu steuernden) System stattfinden“ (Luhmann 2000b: 403) Luhmann spricht weiter von „funktionssystemrelevanten Ereignissen“, die mehr oder weniger automatisch („zwangsläufig“, so Luhmann’s Wortwahl) bestimmte Handlungen bewirken/auslösen (ebd). Ähnlich wie Luhmann immer schon weiß, was politische, wissenschaftliche Kommunikation *ist*, kann man dann mit ähnlich großer Sicherheit vorhersagen, wie bestimmte Systeme, die auf ein bestimmtes symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium hin ausdifferenziert sind, auf bestimmte Informationen (Unterscheidungen) reagieren; dazu gehört zum Teil wenig Prophezeiungskraft dazu, bspw. wenn es um Lohnverhandlungen geht. Hier sind die Fronten eindeutig geklärt, sie splitten sich in Arbeitgeber- und Arbeitnehmergruppierungen und den entsprechenden kultivierten/tradierten Interessen auf, mit »Arbeit/Kapital« als Leitdifferenz. Auf ein zu niedriges Lohnerhöhungsangebot der Arbeitgeberverbände reagieren die Arbeitnehmerverbände mit Empörung und rufen mitunter ihre Mitglieder zum Streik auf.<sup>208</sup> In allen

---

<sup>207</sup> Also Zukunftsungewissheit und Reaktionsungewissheit. Das „gesteuerte“ System hat in jedem Falle die Ja/Nein Option, kann also durch eigene Entscheidung einen Änderungsvorschlag implementieren oder nicht.

<sup>208</sup> Andere Beispiele sind schnell gefunden: Medien berichten über „Skandale“. Dass Wirtschaftsunternehmen bei sinkendem Absatz besonders offen sind für (neue, erfolgsversprechende) Marketingstrategien, die diesen Negativtrend stoppen, ihn vielleicht in einen



Fällen muss eine wie auch immer angelegte Analyse von Relevanzstrukturen der Zielsysteme zu Grunde liegen.

„Obwohl es keine Möglichkeit des Durchgriffs auf Strukturentwicklungen von außen mehr gibt, spielt eine wesentliche Rolle, mit welchen Irritationen ein System sich immer und immer wieder beschäftigen muss – und welche Indifferenzen es sich leisten kann“ (Luhmann 1997: 780).

Daraus ergibt sich aber auch, dass es ein Nicht-Tun gar nicht geben kann. Systeme operieren, indem sie existieren. Ihr Tun ist immer schon ein beobachtendes (d. h. diskriminierendes, Differenzen und Asymmetrien erzeugendes) Tun. Alles Tun setzt sich seinerseits der Beobachtung anderen Tuns (Beobachtens) aus. Da es aufgrund von Funktionaldifferenzierung eine Vielzahl mitunter konkurrierender, systemspezifischer Wunschzustände der Gesellschaft gibt, ergibt sich daraus der polykontexturale Bedarf externer Beeinflussung/Steuerung. Mit Konsens kann nicht gerechnet werden. Es bleiben der Einsatz von Macht (aber dann mit allen Konsequenzen!) und das nach dem Prinzip „try and error“ funktionierende „Spiel“ mit Relevanz- und Erwartungsstrukturen.

„Wir wissen zu wenig, um auch nur über die Form von Handlungsanleitungen entscheiden zu können. (...) Natürlich soll das nicht heißen, in praktischen Dingen Abstinenz zu verlangen, aber es macht Sinn, diesen Versuchen gegenüber in der Position des Beobachters von Beobachtern zu bleiben, um erkennen zu können, was geschieht, wenn jemand Planung (...) für sich reklamiert, um damit neue Differenzen in die Gesellschaft einzuführen“ (Luhmann 1997: 778).

Wir wollen an dieser Stelle die wichtigsten Erkenntnisse zusammenfassen: Externe Steuerung (verstanden als intentionales, differenzeinführendes Steuerungsvorhaben) in der funktional differenzierten Gesellschaft ist möglich, weil sie (verstanden als Durchgriffskausalität) unmöglich ist. Diese Unmöglichkeit sichert ihr gerade die Möglichkeit. Steuerung kann daher als Parasit beschrieben werden, der die Struktureigenschaften der Funktionaldifferenzierung schon immer voraussetzen muss. Externe Steuerung ist dann auf (temporär-redundante) Reaktionsantezipation angewiesen. In einer Mischung aus antezipativem und reaktivem „try-and-error“ hinken alle Steuerungsvorhaben der Schnelligkeit und Turbulenz der modernen Gesellschaft hinterher, ähnlich einem 100-Meter Läufer, der mit dem Startschuss schon immer den Kampf gegen die Zeit verloren

---

Positivtrend umwandeln können, klingt auch äußerst plausibel. Es zeigt sich in all diesen Fällen die Angewiesenheit von Steuerungsvorhaben auf Redundanzen, Erwartbarkeiten usw. Auf nichts anderes setzen meines Erachtens die Theorien des (Neo-)Institutionalismus, der Pfadabhängigkeit sowie der Erblasttheorie.

hat und nur noch „Schadensbegrenzung“ betreibt. Perpetuiert wird dieser Umstand schließlich dadurch, dass es nicht einmal eine und *nur* eine Zentralinstanz gibt, die allgemeinverbindliche Kommandos geben könnte. Ein und dieselbe Welt (die Weltgesellschaft) ist für Millionen verschiedener sozialer wie psychischer Systeme eine andere, Einigkeit (im Sinne von Eindeutigkeit) kann und wird es nicht geben. Es gibt so viel verschiedene Intentionen und Zwecksetzungen wie es Systeme und Systemzustände gibt. Dies bedeutet in der Konsequenz dann eben auch, dass es nicht nur dem Wohlfahrtsstaat obliegt, zu steuern. Alle anderen Systeme müssen (!) ihrerseits ebenfalls steuern. Der Wohlfahrtsstaat hat, gesellschaftsstrukturell gesehen, also kein Monopol auf Steuerung. Sie ist nicht die zentrale Steuerungsinstanz der Gesellschaft, als die sie in der sw-WSF erscheint.<sup>209</sup> An dieser Stelle wollen wir noch etwas genauer auf den Unterschied von Governance-Konzept und den systemtheoretischen Anmerkungen zu Steuerung eingehen. Die sw-WSF scheint – entgegen der demonstrativen Abwendung von systemtheoretischen Prämissen (Mayntz 1996) – einige Elemente systemtheoretischen Denkens in das neue Steuerungskonzept »Governance« mit aufgenommen zu haben. So spricht Mayntz (1996) etwa nur noch von dem normativen *Anspruch* auf intentionale Beeinflussung bzw. davon, dass Erfolg oder Misserfolg *nicht* mehr Bestandteil der Steuerungshandlung sind (Mayntz 2004). Die steuerungstheoretische Position ist von „Durchgriffskausalität“, nach dem Modell einer hierarchisch erfolgreichen Steuerung/Veränderung eines Steuerungsobjektes, mehr und mehr zu „Auslösekausalität“ übergegangen. Die neuen, steuerungstheoretischen Leitbegriffe - Governance (Regelungsstruktur), Netzwerk und Hybrid - zeugen davon. Mit dem Governance- bzw. Netzwerk-Konzept wird die top-down Perspektive wie die bottom-up Perspektive zugunsten eines mehr „horizontal“ gebauten Konzepts ersetzt. Nicht nur die Politik, sondern auch die Wirtschaft sowie die zivilen Kräfte werden hier in ihrer Gesamtheit betrachtet. Jetzt hat man einen Begriffsapparat, mit dem man eine größere Bandbreite unterschiedlicher Logiken und Steuerungsgebilder/-strukturen einfangen kann. Mit dem Institutionalismus kommen Organisationen als die eigentlichen (Steuerungs-)Akteure ins Blickfeld. Alle drei neuen, steuerungstheoretischen Leitbegriffe der sw-WSF (Organisation, Netzwerk, Hybrid)

---

<sup>209</sup> Eine differenzierungstheoretische Erklärung dafür, warum die Politik trotzdem als die zentrale Steuerungsinstanz erscheint, nicht nur in der sw-WSF, wollen wir im nächsten Abschnitt anbieten, wenn wir die spezifischen Möglichkeitsbedingungen politischer Steuerung mit besonderem Fokus auf die Arbeitsmarktpolitik beschreiben.

sind „*Inter-Begriffe*“. Sie stellen auf Leistungsbezug, Austausch und Irritation/Steuerung ab. Durch den Einbezug mehrerer, unterschiedlicher „Akteure“ wird die Steuerungserfolgchance aus systemtheoretischer Sichtweise erhöht, und dies deshalb, da Integrationen jeglicher Art Freiheitsgrade einschränken, Kontingenz vernichten und so die Komplexität für andere Systeme reduzieren.

„Wenn man (...) davon ausgeht, dass der Ausgangspunkt für solche Hybridbildungen in den Umweltturbulenzen liegt, die durch andere Organisationen erzeugt werden, wird verständlich, dass Organisationen ein symbiotisches Verhältnis zu anderen Organisationen suchen, um die für sie relevante Umwelt in eine überschaubare Fassung zu bringen. Anders gesagt: man versucht, wechselseitige Abhängigkeiten zu verdichten und in „soziales Kapital“ umzuwandeln, auf das man zurückgreifen kann, wenn die im Übrigen unkontrollierbare Umwelt sich ändert“ (Luhmann 2000b: 409)

Es geht dann also um die Kontrolle von Turbulenzen und Abhängigkeiten. Luhmann betont denn auch, dass die Funktionssysteme selbst nicht organisiert werden können, und genau deswegen Organisations(neu)bildungen vor dem Hintergrund stetig neu entstehender Synchronisationsbedarfe ein probates Mittel zur Kontrolle der Umwelt darstellen (Luhmann 1997: 843).<sup>210</sup> Aber trotz dieser Inkorporation zentraler systemtheoretischer Erkenntnisse bleibt auch das neue Steuerungskonzept der sw-WSF einem Determinismus verhaftet. Liegt im „klassischen“ Modell der Steuerung der Determinismus in der Annahme einer Durchgriffskausalität (klare Unterscheidung von Steuerungssubjekt und Steuerungsobjekt; Steuerungsfähigkeit als *Maxime*), so taucht dieser im Governance-Konzept als Strukturalismus wieder auf. „Die Regelungsstruktur ist der institutionelle Rahmen, der das Handeln der Akteure lenkt“ (Mayntz 2004: 4). Die Annahme der Steuerungsfähigkeit ist weiterhin präsent, nur nicht mehr so sehr als aktives Steuerungshandeln, sondern vielmehr als strukturelles „Gesteuert-werden“. Die Struktur, die *embeddedness*, ist Steuerung. Das neue Schlagwort heißt „reflexive Steuerung“ (Henninger 2006), der strukturell/institutionell vorgegebene Handlungsrahmen wird reflektiert. Dies impliziert allerdings, dass die Steuerung selbst steuerbar ist. Dies insofern, als die Regelungsstrukturen attributionstheoretisch (aus)gewählt werden können. Es besteht dann die implizite Annahme, dass die gewonnenen Erkenntnisse aus der *Implementationsforschung* implikationstheoretisch „gefrozen“ werden können, und als Wissen über (Erwartungs-)Erwartungen

---

<sup>210</sup> In der Wirtschaft nimmt Hybridbildung zumeist die Extremform der Übernahme oder Fusion an. Dadurch erhofft man sich dann immer auch, reale relevante Irritation (Konkurrenz) abzubauen.

Steuerungspraktiker informiert: Sollten sich dennoch „unerwartete“ Dinge ergeben (und damit ist aus systemtheoretischer Sichtweise immer zu rechnen!), so kann dies dann wiederum evaluativ festgehalten, und in den bestehenden Wissensvorrat mit aufgenommen werden. Als „neues“ Wissen zementiert es dann zukünftige Erwartungslagen. Die Netzwerke sind/werden dann mit *bestimmten* „Akteuren“ besetzt, deren Steuerungsfähigkeit schon immer durch die entstehende Regulationsstruktur in *bestimmter* (antezipierbarer!) Weise vorstrukturiert ist. In diesem strukturalistischen Modell findet Dynamik und Prozesshaftigkeit dann nur als „Abweichung“ von *erwartetem Regulationsstrukturverhalten* Berücksichtigung. Erfolg und Misserfolg von Steuerungsnetzwerken/Regelungsstrukturen werden also auf (Erwartungs-)Strukturen selbst rückgerechnet. Dynamik zeigt sich evaluativ als Abweichung. So lässt sich auch erklären, warum ein nicht unerheblicher Teil gegenwärtiger Wohlfahrtsstaatsforschung nicht mehr Implementations-, sondern eher Evaluationsforschung betreibt. Was in diesem Governance-Konzept der reflexiven Steuerung aus gesellschaftstheoretischer Sicht zu kurz kommt, ist dann also die Doppel-Reflexivität; die Tatsache also, dass nicht für jeden beteiligten Akteur die Regulationsstruktur (Erwartungen, Erwartungserwartungen) *dieselbe* ist, mag diese vorher „ausgehandelt“ worden sein oder nicht. Hier wird Perspektivensingularität und –kontinuität unterstellt. Es werden dann nicht nur Erwartungshaltungen zementiert, sondern auch noch der *eine* „Zweck“. Die Regulationsstruktur ist dann für alle *dieselbe*. Für einen Beobachter zweiter Ordnung ergibt sich dann die Frage, wer bzw. von wo aus diese eine/bestimmte Perspektive konstruiert (wird). Unsere Analysen haben gezeigt, dass es sich im Falle der sw-WSF um eine politische Perspektive handelt.

#### 7.4.2 Möglichkeitsbedingungen politischer Steuerung

In diesem Abschnitt wollen wir uns genauer mit den Möglichkeitsbedingungen politischer Steuerung beschäftigen. Dazu werden wir in einem ersten Schritt zunächst die enge Kopplung von Wohlfahrtsstaat und (Gesellschafts-)Steuerung in der sw-WSF gesellschaftstheoretisch reformulieren. Ohne den Wohlfahrtsstaat und seine Steuerungsfunktion zu hypostasieren, fragen wir uns, wie denn diese Kopplung systemtheoretisch zu erklären ist. Warum ist die Politik der erste Adressat, wenn es darum geht, gesellschaftlich zu steuern? Die Beantwortung dieser Frage impliziert eine

genauere Analyse der in der Politik benutzten Steuerungsmedien (7.4.2.1). Im Anschluss daran wollen wir zentrale Aspekte der gegenwärtig viel diskutierten Steuerungsform der "aktivierenden Arbeitsmarktpolitik" systemtheoretisch beschreiben und interpretieren (7.4.2.2).

#### 7.4.2.1 Steuerung und Politik

Wir hatten in Abschnitt (7.2) erläutert, dass der Wohlfahrtsstaat sich seine eigene Auto-poiesis sichert, indem er ständig Probleme akquiriert und bearbeitet. Das „Besondere“ (die Spezifität) der Wohlfahrtsstaatlichkeit ist dann in der ausgeprägten Offenheit (und damit Anfälligkeit) für Irritationen und Umweltturbulenzen zu sehen, die von Einzelschicksalen bis hin zu teilsystemischen und ökologischen Turbulenzen reichen können. In dieser Besonderheit ist jedoch im Vergleich zu anderen funktionssystemspezifischen Besonderheiten – außer der Tatsache, dass sie sich von anderen Besonderheiten unterscheidet - nichts Besonderes zu sehen. Es handelt sich lediglich um die spezifischen, *politischen* Möglichkeits- und Steigerungsbedingungen, um die *politische* Form des Universalismus. „In this respect however, every functional system has a special role and among every system being special, *speciality is no speciality.*“ (Schirmer/Hadamek 2007: 147) *Strukturell* gesehen ist also diese Besonderheit nur eine Besonderheit unter anderen Besonderheiten.

Im Folgenden wollen wir die Besonderheit politischer Steuerung *semantisch* und *medial* näher bestimmen.<sup>211</sup> Der politische (Steuerungs-)Utopismus ist nicht nur einfach allgemeines und generell-unvermeidbares Korrelat der notwendigen Reduktion kausaler Komplexität (Luhmann 2000a: 405). Dieser Utopismus scheint nicht ohne Grund ein *politischer* Utopismus zu sein und nicht etwa ein Wirtschaftlicher oder Wissenschaftlicher.

„Die Utopie wird nicht mehr von außen an die Politik herangetragen. Sie ist in das politische System eingezogen und unter den Bedingungen funktionaler Differenzierung die Form, mit der das System sich selber erklärt, daß es steuernd die Umwelt gestalten kann, ohne doch in ihr operieren zu können“ (Luhmann 2000a: 406).

---

<sup>211</sup> Die folgenden Ausführungen knüpfen teilweise an Überlegungen an, die in Schirmer/Hadamek (2007) beschrieben worden sind, gehen jedoch darüber hinaus.

Dabei merkt Luhmann an, dass sich dieser „Utopismus“ sowohl auf der Seite der handelnden Politiker als auch auf der Seite des fordernden Publikums zeigt (ebd: 405). Für das Publikum, sichtbar als Menge unendlicher Formen der Medien »Kollektivität« bzw. »Sozialität«, liegt dann die Berechtigung dieser Utopie in der in die Politik gesetzten Hoffnung, durch „bloßen“ Gebrauch des symbolisch generalisierten Kommunikationsmediums »Macht« Dinge/Zustände per Gesetz durchsetzen und somit ändern zu können. Politik wäre jedoch nicht *demokratische Politik*, wenn es nicht unterschiedliche Interessen gebe, die als solche alle erlaubt sein müssen. Das partizipative und demokratische Selbstverständnis der Politik führt dann unweigerlich zu einer Interesseninflation, die nur qua Organisationsbildung (NGO, NPO, Parteien, Interessenvereinigungen, Verbände, Vereine usw.) bewerkstelligt werden kann (Zentrum/Peripherie Differenzierung). Unterschiedlichste Organisationen sprechen dann in unterschiedlichem Grad die unterschiedlichsten Kollektivinteressen an. Politische Organisationen sprechen dann – im Unterschied zu nicht-politischen Organisationen – nicht nur im Namen der Organisation, sondern immer auch *für* diejenigen, deren Interessen sie vertreten. Für diese sind dann die Entscheidungen bindend. Wir haben an anderer Stelle Kollektivität, Sozialität und Sichtbarkeit als die zentralen Elemente politischer Kommunikation hervorgehoben (vgl. 5.2.2.1). Wenn man sich zusätzlich den Aspekt der Legitimität vor Augen führt, ist es leicht einzusehen dass „(...) collectivity is a curse for politics since political decisions rely on legitimacy by the collectivity and therefore they have to take on the form of legal proceedings“ (Schirmer/Hadamek 2007: 144). Politik ist aber nicht nur Politik für das Volk, sondern immer auch *interner*, organisationaler Kampf um die Macht, *Machtpolitik*. Unter der Führung des Leitcodes »Regierung/Opposition« geht es dann immer auch um organisationale Selbstkonditionierung (Parteipolitik). Vor diesem Hintergrund eines strukturell beschwerlichen, ja fast schon undankbaren Standes, erfüllt Utopie eine wichtige Funktion. Die Funktionaldifferenzierung bringt nicht nur (die Notwendigkeit/Möglichkeit von) Steuerung hervor, nein, der *strukturellen* Unmöglichkeit der Steuerung ist es auch geschuldet, dass diese Steuerung Utopie bleiben muss. Damit ist aber noch nicht erklärt, warum Utopie in der Hauptsache von *politisch-funktionaler* Bedeutung sein soll. Auch andere Systeme geben sich bekanntlich Utopien hin, wie etwa der Vorstellung einer „unsichtbaren Hand“ des Marktes, der technischen Beherrschung der Natur oder der „Erlösung“ im Glauben. Es muss eine *besondere* Qualität/Form von Utopie sein, die das politische System

auszeichnet. Diese Besonderheit können wir aus der *besonderen* Funktion des politischen Selbstbeschreibungsmixes aus Rechtsstaat, Sozialstaat und Wohlfahrtsstaat ableiten. Wir erinnern uns: Keine dieser Formeln ist aufgegeben oder abgelöst worden; als Selbstbeschreibungformeln (Semantiken) im Gebrauch prägen diese die Selbstsinnggebung und damit die selektiven Operationen des Systems. Gleichzeitige Wahrung von Autonomie der Funktionssysteme und Sicherstellung von Interdependenzunterbrechungen sowie die durch positives feedback geförderte Anspruchsinflationierung haben die Utopie zentraler Gesellschaftssteuerung begünstigt und gefördert. Kein anderes Funktionssystem muss sich in der Selbstbeschreibung und Identitätsreflexion in solchem Maße über die (Steuerung der) *anderen* Funktionssysteme definieren wie das politische System. Besonders das enge Leistungsverhältnis zum Wirtschaftssystem (Steuerfinanzierung) zeigt dem politischen System seine Grenzen auf. Die Bezugsproblematik der Rechtsstaatlichkeit, die finanziellen Aufwendungen aus der Sozialstaatlichkeit sowie die auf der Sicherung individueller/kollektiver Zukunftssicherheit aufbauende Steigerungslogik des Wohlfahrtsstaates ergeben ein Anforderungsprofil, das Komplexität geradezu zum Normalfall werden lässt. Der nicht nur nach außen kommunizierten, sondern auch *semantisch* begründeten Allzuständigkeit der Politik (Selbstbeschreibung) ist es dann aber auch zuzurechnen, dass „ein Restvertrauen in die Adresse Staat, der helfen könnte, wenn er nur wollte (...)“ (Luhmann 1997: 852) kultiviert wird. Luhmann (2000a: 433) und Lange (2002) sehen in dieser besonderen Lage der Politik eine wichtige/besondere gesamtgesellschaftliche Funktion.

„Das politische System betreibt mit seinem Steuerungsutopismus eine Art unintendierte, aber sehr nützliche »Unsicherheitsabsorption« für die Gesellschaft und jedes einzelne ihrer Teilsysteme. Kein anderes System bietet sich an, die zunehmende Risikokommunikation zum Beispiel in Fragen der Arbeitsplatzsicherheit, der Ökologie-, der Technik- oder der Wissenschaftsentwicklung zumindest eine Zeitlang zu binden. (...) Sie [Gesellschaftssteuerung: CH] hat ihren Sinn, indem sie es der Politik ermöglicht, wenigstens für kurze Zeitabschnitte durch die Transformation von Zukunftsunsicherheit in Konsenschancen und Entscheidungsprobleme die Gesellschaft im Windschatten ihrer Steuerungsutopie zu befriedigen“ (Lange 2002: 188/189).

Das Medium »politische Macht«, bzw. das Rechnen mit diesem Medium, bleibt attraktiv, weil dadurch Zukunftsunsicherheit in Durchsetzungsprobleme übersetzt, und dadurch Handlungsunterlassungen immer auch ein Stück weit als Willensunterlassungen beobachtet, und so interne Responsibilisierungen vorgenommen

werden können (Luhmann 2000a: 433).<sup>212</sup> Dies wird durch die semantische Selbstkonditionierung und die sozialdimensionierte Funktionsbestimmung der Politik (Kollektivität, Sozialität, Sichtbarkeit) begünstigt. Es geht schließlich um die (Konditionierung der) Menschen. Das entsprechende Medium ist »Macht«.

„Die Form der Macht ist nichts anderes als (...) die Differenz zwischen der Ausführung der Weisung und der zu vermeidenden Alternative. Wenn die Sanktionsmittel hinreichend generalisiert sind (...), besteht im Medium ein Verhältnis loser Kopplung zwischen einer Vielzahl möglicher Machtziele und den Sanktionsmitteln, und die Benutzung von Macht legt dann die Form fest, in der das Medium vorübergehend strikt gekoppelt wird“ (Luhmann 1997: 356).

Kein anderes Medium kann Verhalten konditionieren. Nur Macht mit dem In-Aussicht-Stellen von Sanktionen vermag dies. Zwar qualifizieren sich alle symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien dadurch, dass sie einen Präferenzkode und einen Reflexionskode haben, als Steuerungsmedien. Aber nur im Falle von politischer, also demokratisch legitimer Macht (dies schließt die Zweitkodierung »Recht« ein) findet sich die Konstellation,

„(...) daß *das Handeln Alters in einer Entscheidung über das Handeln Egos besteht, deren Befolgung verlangt wird.*<sup>213</sup> (...) die Weisung soll gerade nicht nur erlebt werden oder das Handeln des Angewiesenen ersetzen. Sie soll, obwohl als kontingente Selektion sichtbar, als Prämisse für eigenes Verhalten übernommen werden“ (Luhmann 1997: 355).

Die Ordnungsmöglichkeiten, die sich mit der Konditionierung der Willkür bestimmter Handlungen/Handlungsketten ergeben, verführen dann dazu, Politik als Steuerungszentrum anzusehen. Dass sie dies *strukturell* nicht sein kann, haben wir im vorherigen Abschnitt erläutert. Unabhängig davon lässt sich jedoch gesellschaftstheoretisch erklären, dass die enge Kopplung von Politik und Gesellschaftsteuerung auf die *semantisch-evolutive* und *mediale* Besonderheit der politischen Performanz zurückzuführen ist. Die mediale und semantische Anordnung der politischen „Logik“ unterscheidet sich von anderen Logiken. Im Unterschied zum demokratisch-politischen Kommunikationszusammenhang sind die anderen Funktionssysteme nicht von der Legitimierung der Akzeptanz bestimmter, bindender Entscheidungen abhängig (Lange

---

<sup>212</sup> Innerhalb des Codes Regierung/Opposition sowie von Seiten verschiedenster Umweltsysteme des politischen Systems (Massenmedien, Protestbewegungen, Bürger usw.). Wir werden im nächsten Abschnitt noch diskutieren, ob nicht die aktuelle Arbeitsmarktpolitik selbst *externe* Responsibilisierung praktiziert, und die Politik in Folge dessen versucht, sich anders zu beschreiben, sich selbst ein neues Image zu verpassen.

<sup>213</sup> Wir erinnern an dieser Stelle an die *systemtheoretische* Ego/Alter Konstellation, in der Alter grundsätzlich der „Aktive“ ist und Ego der „Beobachter“ (vgl. Kapitel 2, 2.1).



2002; Nassehi 2003a, Luhmann 2000a). In *Organisationskontexten* (kommunikationsfähigen Sozialsystemen) ist zwar Akzeptanz/Konformität immer schon durch die Mitgliedschaft konditioniert, Entscheidungen schon immer von einer Entscheidungsspitze per Entscheidung durchsetzbar. Während jedoch Wirtschaftsorganisationen in erster Linie ökonomisch rational handeln müssen und also bei ihren Entscheidungen nicht auf ein organisationsexternes Kollektiv oder ein Gemeinwohl Rücksicht nehmen müssen, läuft im demokratisch-politischen Tagesgeschäft schon immer der Bezug zu einem „Volk“ mit. Nassehi sieht hierin die Langsamkeit der Politik gegenüber wirtschaftlichen Operationen begründet.

„Das Dilemma des politischen Systems besteht darin, dass es nur unter großen Verlusten jene Geschwindigkeit und Dynamik annehmen kann wie die Ökonomie, deren mikroökonomische Akteure stets nur sich verpflichtet sind, während Politik auf *Sichtbarkeit* bauen muss, auf kollektive Ansprechbarkeit“ (Nassehi 2003a: 182).

Und weiter spricht er von dem

„(...) Grundproblem aller Politik, das Verhältnis von Geltungs- und Wirkungsraum angemessen zu bestimmen, also die »Gefolgschaft« nach innen, die Akzeptanz des sichtbar Gewordenen zur Perpetuierung von »Macht« zu sichern“ (ebd: 183).

Die Sicherstellung von Gefolgschaft und Legitimität im Horizont von (National-)Kollektiven diktiert der Politik ihre Möglichkeitsbedingungen. Die besondere „Logik“ und die Möglichkeitsbedingungen politischer Operationen stoßen an Grenzen in einer Weltgesellschaft, in der nationalstaatliche Räume zunehmend (ökonomischen) Entgrenzungsprozessen ausgesetzt sind. Geld als symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium der Wirtschaft weist im Vergleich zu politisch legitimierter Macht höhere Variabilität im medialen Substrat auf. „Kein anderes Medium erreicht diese Extension und dieses Tempo von Auflösung und Rekombination, von loser und strikter Kopplung“ (Luhmann 1997: 351). Gerade im Falle des Mediums Macht tritt die „offene Zeitlage“ offen zu Tage.

„Es kann immer etwas dazwischenkommen – sei es, daß man das Interesse an der gewünschten Handlung verliert, sei es, daß der, der sie ausführen soll, es sich anders überlegt bzw. seine Folgebereitschaft nur vorgetäuscht hatte“ (Luhmann 2000a: 40).

Störanfälligkeit zeigt sich hier im Besonderen darin, dass erwünschtes Verhalten kontrolliert und irgendwie herbeigeführt werden muss. Dies ist ein zeitintensives Unterfangen. Man braucht sich dann nicht wundern, wenn sich die vielbeklagte „Bürokratie“ oder „Hierarchie“ in der Verwaltung des politischen Systems in so gut wie

allen Nationalstaaten bemerkbar macht. Bürokratie, Hierarchie und Kontrolle abbauen zu wollen kommt dann ein Stück weit der Forderung gleich, Politik in ihrem Wesen bzw. Macht in ihrem Wesen abzubauen. Als typischen Fall *positiver* Sanktion sieht Luhmann die Geldzahlung an. Dies ist das am häufigsten benutzte Sanktionsmittel (Lohnzahlungen, Steuerzahlungen). Erst bei den negativen Sanktionen (Ahndung nicht erwartungsgemäßen Verhaltens) kommt dann das eigentlich *politische* Medium, Macht, zum Einsatz. An dieser Stelle wird dann auch ein weiterer Unterschied zum Medium Geld sichtbar.

„Negative Sanktionen werden über Drohung kommuniziert oder schlicht antezipiert, so daß es einer expliziten Drohung gar nicht mehr bedarf. Der entscheidende Unterschied zu positiven Sanktionen liegt darin, daß sie nicht ausgeführt werden müssen; ja daß ihre faktische Ausführung dem Sinn des Mediums widerspricht (...). Negative Sanktionen sind also negativ auch insofern, als das Medium, das auf ihnen aufbaut, auf ihre *Nichtbenutzung* angewiesen ist“ (Luhmann 2000a: 46).

Gerade vor diesem Hintergrund besteht ein zentraler Unterschied zwischen den Medien Geld und politischer Macht darin, dass im ersten Fall sowohl Unterlassung als auch Tätigkeit (Zahlung und Nicht-Zahlung), im zweiten Falle aber nur Unterlassung (der Machtausübung) das Medium reproduziert. Gerade also die Politik ist dann eben mehr auf Verständnis, Antezipation, Plausibilität und Kausalität angewiesen, will sie erfolgreich operieren.

#### 7.4.2.2 (Aktivierende) Arbeitsmarktpolitik: Systemtheoretisch beobachtet

Dem politischen System bleibt – wie allen anderen Systemen auch – nur die Möglichkeit der Intervention/Steuerung, will sie Zustände ändern. Politischen Interventionsintentionen liegen dabei Irritationen zu Grunde, die die Politik für relevant hält. Die Politik lässt sich durch *politisch konstruierte* Daten irritieren, wobei Arbeitslosenquoten und Einkommenszahlen besonders hohe Relevanz genießen. An diese Zahlen ist nämlich auch der Legitimationsstatus der Politik gebunden. Arbeitsmarktpolitik als politisches Steuerungsvorhaben stellt dabei *das* zentrale politische Anliegen dar (Luhmann 1999: 127; 2000a: 215; 2000b: 405). Die europäische Kommission erklärte 1989 in Lissabon die Bekämpfung der (Arbeitsmarkt)Exklusion zur größten internationalen Herausforderung. Auch auf

nationalpolitischer Ebene gilt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (= Arbeitsmarktexklusion), Beschleunigung und Effektivisierung der Arbeitsmarktinklusion als wichtigste politische Zielgrößen.<sup>214</sup> Begründet wird dies mit fiskal- und verwaltungspolitischen, inklusions- und integrationspolitischen Argumenten. »Arbeit« als Inklusions- und Integrationsmedium wird von der Politik aufs Äußerste promoviert, und zwar unabhängig von politischer Couleur. In systemtheoretischer Perspektive kann dann die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen *rechtsstaatlich* damit erklärt werden, dass ohne Arbeit die Märkte für Konsumgüter zusammenbrechen würden und damit die Wirtschaft und die Aufrechterhaltung von Zahlungsfähigkeit gefährdet wären. Die Autonomie (der Fortbestand) der Umweltsysteme (hier: der Wirtschaft) soll gewährleistet sein. Wenn Erwerbsfähige keiner Arbeit nachgehen können, dann kann der *Sozialstaat* erwarten, dass die Arbeitslosen erwarten, dass der Sozialstaat kompensatorisch einspringt. Für den *Wohlfahrtsstaat* kann es jedoch im Prinzip keinen besseren Zustand geben als den, möglichst wenige Sozialstaatsklienten (Arbeitslose) versorgen zu müssen. Andererseits besteht dann die „Gefahr“, dass der Sozialstaat Gewinne macht, wenn die Staatseinnahmen nicht verwendet, also ausgegeben werden. Und Gewinne machen darf der Staat nicht, wenn doch, dann müssen diese in Form von Staatsfonds für das Gemeinwohl angelegt werden. Aber selbst dann werden Kritiker (nicht zuletzt die Massenmedien) hellhörig, und dies aus rechts-/verfassungsstaatlichen Gründen! Mit Luhmann kann man zunächst einmal feststellen, dass es sich bei der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen und der Absicherung eines entsprechenden Geldbedarfs um ein gesellschaftsstrukturelles Problem handelt, „(...) das sich stellt, wenn die Gesellschaft in allen Funktionssystemen Organisationen benutzt, obwohl nur die Organisationen des Wirtschaftssystems ihr Geld selbst verdienen können“ (Luhmann 2000b: 405). Für den Fall der nicht primär wirtschaftlich orientierten Organisationen muss der Staat dann mit Zwangsmitteln (bspw. Lohnzuschüsse, Mindestlöhne usw.) nachhelfen (ebd: 467). Der Kreislauf von Arbeit, Produktion und Konsum liegt dabei auf der Hand. Organisationen stellen der Wirtschaft Arbeitsplätze zur Refinanzierung von Konsumausgaben zur Verfügung. Andererseits kosten Arbeitsplätze Geld, die Organisationen müssen daher Güter

---

<sup>214</sup> Dies sieht man nicht nur als aufmerksamer Mediennutzer. Ein Blick auf Regierungsprogramme verschiedenster Länder bestätigt dies eindrucksvoll. Allen voran Deutschland, England und die skandinavischen Länder sind hier zu nennen. Siehe dazu näher: van Berkel/Møller (2002) „Active social policies“

produzieren und diese auf Märkten verkaufen, damit sie Arbeitsleistungen u. a. bezahlen können. Was macht die Schaffung von Arbeitsplätzen bzw. die Senkung der Arbeitslosenquote für die Politik so attraktiv? Wir hatten in (7.3.3.2) die Besonderheit von auf Arbeit gestützter Inklusion/Exklusion geschildert und dabei die „Andockmöglichkeiten“ der Individuen an auf Arbeit bezogener Organisationsmitgliedschaft betont. Nassehi spricht dann davon, dass nicht mehr so sehr die Form »Nation« Inklusionsgenerator ist, sondern tatsächlich das Medium »Arbeit« als Inklusionsmedium organisationsvermittelter Lebensführung (Nassehi 2003c: 351). Nicht mehr (nur) die Kollektivierung unter dem Schutz-, Identifikationsschild einer anspruchsberechtigten Schicksalsgemeinschaft, sondern die Ermöglichung individueller (ökonomischer) Selbst-Existenz *fernab* von Sozialstaatlichkeit erhält politische Relevanz.<sup>215</sup> Das Bezugsproblem des Wohlfahrtsstaates, zeitliche Stabilisierung/Kontinuierung des individuellen Lebenslaufs vor dem Hintergrund der Diskontinuität der Funktionssysteme und Exklusionslogik der Organisationen, wird bedient und „gelöst“. Vor diesem Hintergrund, so Nassehi (2003c), sei es auch nicht verwunderlich, dass der Wohlfahrtsstaat von dem Steuerungsinstrument «Geld» (starken) Gebrauch macht, besteht die Funktion von Geld doch darin, für Knappheitsausgleich in der Zeit zu sorgen (Luhmann 1988). Allerdings erfährt die Verwendung von staatlich bereitgestellten Geldleistungen *politische* Konditionierungen, sie wird an Bedingungen/Zwecke geknüpft. Ermöglicht wird dies durch das Medium »Macht«. Maßnahmen aktivierender Arbeitsmarktpolitik und andere sozialpolitische Programme gründen auf diesen politischen Konditionierungsmöglichkeiten, als da wären: Existenzgründungszuschüsse, mit denen gerade die Selbständigkeit (ökonomische Autonomie) der Bevölkerung motiviert und gefördert werden soll, Eingliederungszuschüsse für Arbeitsorganisationen, die der Motivation dienen sollen, Personen mit eingeschränkter Formbarkeit ihres Arbeitsvermögens – Behinderte, Langzeitarbeitslose oder ältere Menschen – einzustellen.<sup>216</sup>

Mit dem Wechsel zur aktivierenden Arbeitsmarktpolitik stellt sich im Hinblick auf Steuerung eine mediale Überlagerung ein. Politisch konditioniertes Geld als

---

<sup>215</sup> Die mahnenden Äußerungen in der sw-WSF bezüglich Tendenzen einer Re-Kommodifizierung und einer neoliberalen Ausrichtung des Sozialstaates sind dann zumindest in einem Sinne nicht falsch. Arbeit und Organisation sind genuin *wirtschaftliche* Phänomene. Das waren sie aber zu Hochzeiten des Sozialstaates auch schon.

<sup>216</sup> Freilich unter der begründungsbedürftigen Maxime, diese Einschränkungen seien tatsächlich vorhanden und als solche „negativ“.

Steuerungsmedium zur Differenzminimierung wird ergänzt durch die Medien »Recht (bzw. Vertrag)« und »Person«. Durch vertraglich geregelte, erzieherische/therapeutische Maßnahmen sollen die Sozialstaatsklienten („Kunden“) der Arbeitsverwaltung in ihrem Verhalten/Denken gesteuert werden. Die Politik scheint sich auf genuin *politische* Steuerungsmöglichkeiten zu besinnen. Dieser Trend deckt sich mit der Aussage Ganßmann's, dass Beschäftigungspolitik als Teil der Arbeitsmarktpolitik mehr und mehr die Form von individual-beschäftigungstherapeutischen Programmen annimmt (Ganßmann 2000: 160). Auch Castel (2000a) und Nassehi (2003c) sehen Tendenzen der Individualisierung (der Bearbeitung) sozialer Probleme. Mit dieser medialen Neuausrichtung geht eine Kollektivsingularisierung einher, die Verwaltung sieht eine Heerschaft individueller Sozialstaatskunden. Man kann hier von einer Subjektivierung und Personalisierung der Arbeitsmarktpolitik sprechen. Bedingt durch den Personalaufwand in den Verwaltungsorganen hat dies aber auch den politisch begrüßenswerten Nebeneffekt der Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Verwaltung. In der politischen Verwaltung stehen sich dann Erwerbsfähige/Arbeitssuchende und Fallmanager/persönliche Ansprechpartner gegenüber, Arbeitsmarktinklusio n soll im Miteinander vertraglich geregelt werden. Der „Bürgervertrag“ zwischen Verwaltung und Sozialstaatsklient (Kunde) bildet das steuerungstheoretische „Herzstück“ der Maßnahmen der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik. Das Verhalten der Klienten soll dann dahingehend beeinflusst werden, dass sie sich selbst dazu verpflichten, an dem vorgegebenen Ziel der Sozialstaatsexklusion mitzuwirken. Wie ist aber diese politisch konditionierte Selbstverpflichtung zu legitimieren? Das Konzept des aktivierenden Sozialstaats kann, systemtheoretisch betrachtet, als politisch gewollter Siegeszug des „Parasiten“ Demokratie, welcher an der Differenz von Herrschendem und Beherrschten ansetzt, beschrieben werden. Anders formuliert: Der Bürger wird in die Pflicht (zur Mitwirkung) genommen. Steuerung wird dann unweigerlich personenbezogen: Dies äußert sich zum einen als Personalaufwand (in der Verwaltung), zum anderen als interpersonale Intensivierung des Verhältnisses Klient/Verwaltung. Es geht dann um die *politisch durchsetzbare Selbstverpflichtung* der Klienten. Misserfolge können den Kunden dann persönlich zugeschrieben werden, die Konditionallogik lautet: Keine Vertragserfüllung, weniger Geld. Von einem Rückzug des Staates kann dann steuerungstheoretisch und steuerungsmedial nicht die Rede sein (Andersen 2003, 2007). Mit dem Fokus auf vertraglicher Steuerung ändert sich aber auch der Referenzpunkt der Differenzminimierung. Konnte dieser lange Zeit ausschließlich anhand *politisch*

relevanter Zahlen wie Einkommensunterschiede und Arbeitslosenzahlen abgelesen werden, so werden diese mit den Maßnahmen aktivierender Arbeitsmarktpolitik durch andere Differenzen ergänzt. Die Politik informiert sich in zunehmendem Maße auch über Erfolgswahlen der Arbeitsvermittlung. In großem Umfang werden Evaluationsstudien in Auftrag gegeben, die das Erreichen von Zielen bewerten sollen. Ziele und Zwecke, so haben wir ausgeführt, sind ja nichts anderes als Differenzminimierungs-/Differenzmaximierungsprogramme und somit Steuerungsversuche. Zur Strategie der Zielsteuerung passt auch die Ausrichtung der transnationalen Beschäftigungspolitik der EU, deren steuerungstheoretisches Herzstück die Methode des OMC (open method of co-ordination; deutsch OKM) ist.<sup>217</sup> Die vom Rat der EU festgesetzten, quantifizierbaren Zielgrößen (in Bezug auf Beschäftigtenquote, Anteil Frauen und älterer Arbeitnehmer am Erwerbsvolumen usw.) dienen dann den einzelnen, nationalstaatlichen Beschäftigungspolitiken als Prämissen. Man erhofft sich dadurch so etwas wie „peer-group pressure“ zu begünstigen<sup>218</sup>.

Dennoch werden die Bemühungen um eine politische Bearbeitung von Ausgrenzung durch die Einführung der OKM enorm erweitert und systematisiert. In den nationalen Aktionsplänen sollen die Mitgliedsstaaten nicht nur ihre Politikstrategien in dem Bereich beschreiben und bekannt machen, sondern auch durch (quantifizierte) Zielsetzungen und entsprechende Evaluation überprüfbar machen (CEC 2006). Ihre Bezeichnung als Nationale Aktionspläne zur "Inklusion" zeugt von dieser Orientierung“ (Bernhard 2006).

Benchmarking, monitoring, best practice sind also feste Bestandteile einer zunehmend trans- und supranational ausgerichteten Sozialpolitik geworden, neoinstitutionalistische *Selbststeuerung* das neue Mantra. Die einzelnen Nationalstaaten beobachten nicht mehr nur politisch relevante, wirtschaftliche Konsequenzen; sie beobachten auch (in zunehmendem Maße) sich selbst als Staatengemeinschaft im Verhältnis zu anderen (Wettbewerbs-)Staaten. Man beobachtet, wie Dänemark dies und Finnland jenes so gut erreicht hat, und ist dann versucht, die eigenen Strategien daraufhin auszurichten. Die Politik beobachtet sich selbst und andere Staaten, sie lernt von anderen und bekommt so mehr *politischen* Input. Politische Ideen globalisieren sich und diffundieren.<sup>219</sup> Die

---

<sup>217</sup> Siehe dazu genauer: Schmid/Kull (2004)

<sup>218</sup> Darunter ist der (erhoffte) Umstand zu verstehen, dass die einzelnen, nationalen Strategien zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit/Exklusion in Konkurrenz zueinander treten und sich vor diesem Hintergrund dann so etwas wie Wettbewerb im Kampf um den attraktivsten Sozialstaat einstellt. „Kritiker“ bewerten dies freilich negativ; Wettbewerb und Konkurrenz gehörten nicht in die Politik (Hirsch 1995).

<sup>219</sup> In diesem Zusammenhang finden dann tatsächlich die Diffusions- und Lerntheorien auf dem Gebiet der sozialwissenschaftlichen Wohlfahrtsstaatsforschung an Bedeutung (siehe hierzu: Schmidt 2003).

System/Umwelt-Differenzen machen sich dann eben auch zunehmend im Hinblick auf die Segmentärdifferenzierung des politischen Systems bemerkbar, gerade in der Innen-/Sozialpolitik. Ein weiteres Indiz dafür, dass die Politik sich mehr und mehr mit sich selbst beschäftigt, ist darin zu sehen, dass Verwaltungsreformen und organisationalen Neuaufstellungen großes Bedeutung zukommt. Dies gilt sowohl für die Parteienlandschaft wie für den Verwaltungsapparat („Implementationsinstanz“). Die politischen Systeme der verschiedenen Länder nehmen sich als Organisationsgebilde wahr.

„Gerade weil weder das Rechtssystem noch das Wirtschaftssystem politisch »gesteuert« werden kann, muß das politische System auf den dadurch ausgelösten *eigenen* Problemmzuwachs *intern* reagieren; und eben das geschieht durch Neubildung politischer Organisationen, die dann zum schon bestehenden Staat in das Verhältnis von Peripherie und Zentrum gebracht werden müssen“ (Luhmann 2000a: 248).

Besonders große Hoffnung wird in die Verwaltungsreformen gesetzt. Dezentralisierung, Entbürokratisierung sollen zu mehr Effektivität und Bürgernähe führen. Darin sind sich die meisten – wenn nicht alle – EU Staaten (und EWR Staaten) einig: Ob dies die Neuausrichtung/-aufstellung der ehemaligen Bundesanstalt für Arbeit in Deutschland ist (Kommission MDA 2002) oder die Zusammenlegung von Arbeits- und Sozialamt in Norwegen (NOU 2004), Organisationsneubildungen sind ein zentrales internationales Merkmal in der Arbeits- und Sozialpolitik.<sup>220</sup> Die organisationale Beschäftigung mit sich selbst erzeugt neue Selbstbeobachtungsmöglichkeiten und damit Selbststeuerungsmöglichkeiten. Da jedoch Reformvorhaben nichts anderes sind als „artikulierte Zeitparadoxien“ (Luhmann 2000b: 338) - die Zukunft kann nur festgelegt werden, da sie nicht festgelegt werden kann -

„(...) wird dieses Problem des Unbekanntsein der Zukunft dadurch entschärft, dass entsprechende Reformen in anderen Organisationen schon realisiert sind, sodass man sich an ein Muster halten und sich entsprechende Erfahrungen zu Nutze machen kann. Die eigene Zukunft ist dann in anderen Organisationen schon Gegenwart. Das erleichtert den Vorschlag und mag erklären, dass bestimmte Arten von Reformvorhaben sich wie Moden durch Diffusion ausbreiten“ (Luhmann 2000b: 339).

---

<sup>220</sup> In NOU (2004) ist zu lesen: „Die Begründungen und Zielvorgaben der Reformen der Arbeits- und Wohlfahrtsverwaltungen in den Ländern, die die Kommission ausgewählt hat [Großbritannien, Australien, Niederlande, Finnland, Schweden, Dänemark, Deutschland: CH] sind dieselben.“ (...) „Es gibt viele Gemeinsamkeiten in den organisatorischen Reformen, die vorgeschlagen beziehungsweise durchgeführt worden sind“ (NOU 2004: 110). Übersetzung vom Norwegischen ins Deutsche: CH

Reformen können in Organisationen auch nur als Entscheidungen (über Entscheidungsprämissen) kommuniziert werden. Es stellt sich daher bei Reform-/Steuerungsvorhaben immer das Problem der temporalisierten Entscheidungskontingenz. Die Zukunft ist und bleibt ungewiss. Man kann nur hoffen, dass Erwartungslagen über längere Zeit redundant bleiben.

„Prognosebasierte, erwartungsgesteuerte Entscheidungen finden sich daher erosiven Bedingungen der Selbstverunsicherung ausgesetzt. Sie können absehen, daß sie morgen von gestern sein und angesichts ihrer Folgen einer veränderten Bewertung unterliegen werden. Das Zukunftsverhältnis von Entscheidungen läßt sich somit nur noch im Begriff des Risikos fassen“ (Luhmann 2000a: 433).

Zielorientierung, Selbstevaluation und Prognosearbeit, wie sie die offene Methode der Koordination beinhaltet (OKM), machen dann diese Methode tatsächlich zu einer *offenen* Methode. Die Strategien zur Erreichung werden nicht vorgeschrieben, es bleibt den einzelnen politischen Organisationen (Staat, Regierung, Verwaltung) überlassen, wie sie diese Ziele erreichen wollen.

„Der Vorteil liegt vor allem in der laufenden Korrektur der Daten und ihrer Prognosen; und ferner darin, daß die Politik durch sie nicht festgelegt wird, so daß immer noch kontrovers erörtert werden kann, was daraufhin zu tun ist“ (Luhmann 2000a: 388).

Wir wollen unsere Ausführungen in einem kurzen Resümee zusammenfassen: Mit den Strategien der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik wird das Selbststeuerungspotential des politischen Systems stärker betont. Dazu helfen organisationale Neuorientierungen, die *politisches* Lernen fördern. Neben *politischer* Selbststeuerung setzt diese Strategie aber auch in zunehmendem Maße auf *gesellschaftliche* Selbststeuerungspotentiale. Das also, was Rechts-/Verfassungsstaatlichkeit ausmacht, wird jetzt von der Politik reflektiert und praktisch eingeklagt. Der Staat ist dann zuvorderst *Rechtsstaat*, und erst an zweiter oder dritter Stelle Wohlfahrtsstaat. Die Vertrauenskonstellation kehrt sich um: Nicht so sehr die Bevölkerung *soll* in die Politik vertrauen, vielmehr versucht die Politik, in der Bevölkerung (und allgemein: In den Umweltsystemen) Vertrauen *in sich selbst* zu schaffen. Selbstdisziplin und Selbstkonditionierung werden dann von den Sozialstaatsklienten politisch eingefordert. Mit Macht und Recht (Vertrag) stehen dazu der Politik die erforderlichen Steuerungsmedien zur Verfügung. Im Zusammenhang mit der zunehmenden Selbstorientierung der Politik werden dann eben auch diese genuin politischen Steuerungsmöglichkeiten mehr genutzt als das klassische, Knappheitsausgleich in der Zeit sicherstellende, Steuerungsmedium Geld. Dieses



Medium findet sein Anwendungsfeld jetzt hauptsächlich in den Fällen, in denen *Autonomie* gefördert werden soll (Existenzgründungszuschüsse, Eingliederungszuschüsse an Organisationen). Die Grundparadoxie bleibt aber bestehen. Politik (als Wohlfahrtsstaat, Rechtsstaat und Sozialstaat zugleich) ist auf das Nicht-Funktionieren der Systeme angewiesen, gleichzeitig müssen diese aber funktionieren. In der Betonung und Einforderung gesamtgesellschaftlicher Selbststeuerungspotentiale liegt dann die Entparadoxierungsstrategie des politischen Systems.

## 8 Schlussbetrachtungen

In der sw-WSF kann im Prinzip über alles Mögliche geforscht werden, es gibt keine eigenständige, gegenstandsbezogene Bindestrichsoziologie, die den Namen Wohlfahrtsstaatssoziologie trägt. Die Gegenstände der meisten Bindestrichsoziologien finden sich auch in der sw-WSF wieder: Arbeit, Organisation, Familie, Staat/Politik, Markt/Wirtschaft, Recht, sowie ausnahmslos alle sozialdimensionierten Bindestrichsoziologien (wie Kinder-, Jugend, Frauen/Männer-, und wenn es so etwas gebe, „Älterensoziologie“). Keine gegenstandsbezogene Schließung also. Im Fall der Politikwissenschaften verhält es sich dagegen etwas anders. Hier erhält die sw-WSF so etwas wie einen teil-/subdisziplinären Status. Als eine eigene Profession sehen Putt/Springer (1989) und Weimer/Vinning (1989) die „Policy studies“, Schmidt (2001) spricht von einem eigenständigen Teilgebiet der Politikwissenschaften. Als „policy sciences“ beschreiben Lerner/Lasswell dieses Forschungsgebiet. Als zentrale Merkmale definieren sie dabei Problemorientierung, Interdisziplinarität und Normativität (Lerner/Lasswell 1951). Wenn wir den Aspekt der Interdisziplinarität in Richtung Multi-Systemreferenz präzisieren, können wir feststellen, dass alle drei Merkmale sich mit den Ergebnissen unserer Analyse decken. Berg-Schlosser/Müller-Rommel (2003a) stellen die „Vergleichende Politikwissenschaft“ als ein abgrenzbares Teilgebiet der Politikwissenschaften vor, wobei eine exakte Ein- und Abgrenzung dieses Teilgebietes umstritten sei (ebd: 15). Dessen ungeachtet, scheint sich im Falle der vergleichenden Politikwissenschaft jedoch ein „Königsweg“ und „vitales Feld“ (Berg-Schlosser 2003: 7), ja ein „Kernbereich der Politikwissenschaften“ (Berg-Schlosser/Müller-Rommel 2003b: 331) besonderer Qualität herauskristallisiert zu haben, auf dem die klassische Einteilung der Dimensionen des Politischen (polity, politics, policy) vernachlässigt werden kann.<sup>221</sup> In der Variante von Schmidt wird aus der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung als zentralem Konzept der vergleichenden Politikwissenschaft die „vergleichende policy Forschung“ (Schmidt 2001a, 2003). Die „Staatstätigkeitsforschung“ könne so

---

<sup>221</sup> Exemplarisch zu beobachten bei Schmidt (2001) selbst. Der Buchtitel lautet: Wohlfahrtsstaatliche Politik: Institutionen (polity: CH), politischer Prozess (politics: CH) und Leistungsprofil (policy: CH).

„das Potenzial der wichtigsten Theorien der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung für die Beschreibung und Erklärung von signifikanten sozialpolitischen Unterschieden weitestmöglich ausschöpfen“ (Schmidt, M 2001a: 12).

Die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung kann also aus politikwissenschaftlicher Sicht als ein disziplinäres Teilgebiet gelten, während dies für den Fall der Soziologie nicht behauptet werden kann. Dies scheint mit einer gewissen, semantischen Präponderanz des Politischen auf dem Gebiet der sw-WSF zu korrelieren, wobei den meisten Sozialforschern wahrscheinlich die Oszillation zwischen anwendungsbezogener Forschung und Anlehnung an die politische Semantik in der sw-WSF erst gar nicht auffallen dürfte, da Anwendungsbezug und politische Semantik innerhalb der Wissenschaft ohnehin einen hohen Stellenwert haben. Man muss schon Idealist oder emeritierter Wissenschaftler sein, um auf dem Gebiet der sw-WSF theoretisch anspruchsvolle Grundlagenforschungen voranzutreiben. Statistische Auswertungen und Evaluationen und moralische Appelle finden eben nicht nur einen guten Nährboden in der sw-WSF, sondern auch einen guten Resonanzboden in der Gesellschaft allgemein. Gerade der im obigen Zitat von Schmidt zum Ausdruck kommende Aspekt des „Ausschöpfens der wichtigsten Theorien“ ruft den nicht zuletzt durch ad-hoc Theorien geförderten Theoriepluralismus auf diesem Gebiet wieder ins Gedächtnis. Von der komparativen Wohlfahrtsstaatsforschung ist denn auch als von einer „komplexen Materie“ (Berg-Schlosser/Müller-Rommel 2003b: 342) die Rede. Womit wir wieder bei den Themen Unübersichtlichkeit und Begriffsproblematik sind. Wenn auch in den Politikwissenschaften eine gegenstandsbezogene Schließung des Forschungsgebiets der komparativen Wohlfahrtsstaatsforschung deutlicher zu erkennen ist als im Falle der Soziologie, so kann doch auch hier eine gewisse Varianz nicht ausgeschlossen werden. Diese macht sich besonders im Hinblick auf Form und Anordnung der von uns analysierten Formen und Semantiken bemerkbar. Unsere Analysen haben gezeigt, dass die zentralen Möglichkeitsbedingungen der sw-WSF gerade im spezifischen Verhältnis von Begriffssystem und Operationsmodus zu suchen sind. Besonders mit den Formanalysen konnten wir zeigen, wie anfällig im Prinzip die sw-WSF für neue Erkenntnisse ist, wie kurzlebig und mehrdeutig moralische Positionierungen und ad-hoc-Betriebstheorien sind. Alle empirischen Untersuchungen – verstanden als Beobachtungsleistungen – bauen auf mehr oder weniger komplex gebauten, theoretischen Konzepten auf. Wie anwendungsbezogen und politiknah die sw-WSF auch sein mag, von Theorie (oder allgemeiner formuliert: Von konditionalen

Beobachtungsleistungen) kann sie sich nicht befreien. Ganz im Gegenteil: Es findet sich wohl kaum ein anderes Forschungsgebiet, auf dem sich so viele Beobachtungsleistungen vorfinden. Unsere Analysen haben gezeigt, dass der Begriffsapparat der sw-WSF sehr komplex und verhältnismäßig instabil konstruiert ist. Letzteres ist dem mangelnden, begrifflichen Integrationspotential geschuldet, welches durch Moralkommunikation zu kompensieren versucht wird.

Mit unseren system-/gesellschaftstheoretischen Reformulierungen konnten wir dagegen gerade die Normalität von Paradoxien und Widersprüchen aufzeigen. Darüber hinaus erlaubt dieser abstrakte Begriffsapparat, Universalität und Spezifität, Autonomie und Abhängigkeit als reziproke Konditionalverhältnisse behandeln zu können. Unter den meisten Sozialwissenschaftlern gilt die Systemtheorie als überaus komplexe, abstrakte Theorie. Dies mag man so sehen. Dies trifft jedoch im Prinzip nur insofern zu, als dass man sich in dieser Theorie leicht im Detail verlieren kann. Wenn man jedoch konsequent die Aspekte Operativität und Funktionaldifferenzierung verfolgt, öffnet sich einem ein übersichtliches - da begriffseinheitliches - Spektrum an symmetrischen Beschreibungsmöglichkeiten. Man kann dann auf das Ergebnis kommen, dass die sw-WSF überkomplex und unterkomplex zugleich ist. Überkomplexität zeigt sich dann in den mannigfaltigen Reflexions- und Begriffsproblemen, die je nur temporär durch Moral „gelöst“ bzw. in die Warteschleife weiterer, empirischer Forschung gestellt werden. Unterkomplexität zeigt sich demgegenüber in Bezug auf die mangelnde Differenzierung im Begriffsapparat. So beherrscht Hypostasierung das Feld und nicht etwa Polykontextualität. Es fällt diesem Forschungsgebiet denn auch schwer, zu relationieren und relativieren. Die Systemtheorie mag zwar eine komplexe Theorie sein, die Basisform (System/Umwelt) und die darauf aufbauenden, kommunikations- und differenzierungstheoretischen Elemente sind jedoch nicht komplexer als Basisform und Unterscheidungsformen der sw-WSF. Während die Systemtheorie die Logik bemüht, abstrakt mit einer allgemeinen Prämisse anzufangen und sich so Möglichkeiten detaillierter Analysen offen zu halten, so lautet die „Logik“ der sw-WSF wie folgt: Einschränkung der Problematik auf eine akteurstheoretische Hauptdifferenz (Staat/Markt), alle weiteren Beobachtungen auf diese Differenz beziehen. Die Systemtheorie versteht sich dann schon immer als Gesellschaftstheorie, die sw-WSF dagegen als reflexionstheoretische, politische Forschung. Das epistemologische Potential der Systemtheorie ist dann gerade darin zu sehen, intentional *nicht* die Nähe zur Politik zu suchen. Dadurch hat sie die Möglichkeit,

kritisch (!), im Sinne inkongruenter Perspektiven, Möglichkeitsbedingungen zu analysieren, und so Aussagen über Gegenstände zu treffen, die andere Beobachter bzw. die Gegenstände selbst so nicht treffen würden. Bei diesen Möglichkeitsbedingungen handelt es sich um nichts anderes als Operationen/Beobachtungen, mit anderen Worten, um Theoriesiderate! Alle Praxis erscheint dann als *theoretisch* ermöglichte Praxis. Das Ziel unserer Analyse zentraler Möglichkeitsbedingungen der sw-WSF war es nicht, „Fehler“ aufzuzeigen. Dies wäre nicht zuletzt mit den Prämissen der Systemtheorie und des methodologischen Konstruktivismus nicht vereinbar. Uns ging es darum, die *Bedingungen* der Erkenntnismöglichkeit dieses Forschungsgebiets darzulegen und diese aus einer gesellschaftstheoretischen Perspektive heraus zu bewerten. Nicht mehr und nicht weniger haben wir in dieser Arbeit geleistet.

## Literaturverzeichnis

- Aarebrot, F. H.; Bakka, P. H.** (2003) Die vergleichende Methode in der Politikwissenschaft. I.: 57-76.
- Abels, G.; Bora, A.** (2004) Demokratische Technikbewertung. Bielefeld transcript.
- Abraham, M.; Hinz, Th.** (2005) Wozu Arbeitsmarktsoziologie? I: ders. (Hrsg.) Arbeitsmarktsoziologie: Probleme, Theorien, empirische Befunde. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften: 11-16.
- Abromeit, H.; Blanke, B.** (Hrsg.) (1987) Arbeitsmarkt, Arbeitsbeziehungen und Politik in den 80er Jahren. Leviathan Sonderheft, 8. Opladen, Westdeutscher Verlag.
- Achinger, H.** (1971) [1958] Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik. Frankfurt am Main.
- Alber, J.** (1987) Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat. Analysen zur Entwicklung der Sozialversicherung in Westeuropa. Frankfurt am Main/New York, Campus, 2. Auflage
- Allmendinger, J.; Ludwig-Mayerhofer, W.** (Hrsg.) (2000) Soziologie des Sozialstaats. Gesellschaftliche Grundlagen, historische Zusammenhänge und aktuelle Entwicklungstendenzen. München, Juventa Verlag.
- Andersen, Åkerstrøm N.** (1999) Diskursive analysestrategier: Foucault, Koselleck, Laclau, Luhmann. København, Nyt fra Samfundsvidenskaberne.
- Andersen, Åkerstrøm N.** (2003) Borgerens kontraktliggørelse. København, Hans Reitzels forlag.
- Andersen, Åkerstrøm N.** (2007) Creating the client who can create himself and his own fate – The tragedy of the citizens' contract I: Qualitative Sociology Review, Vol. III, Nr. 2: 119-142.
- Arendt, H.** (1981) Vita activa oder vom tätigen Leben. München.
- Baetghe, M.** (1991) Arbeit, Vergesellschaftung, Identität – Zur zunehmenden normativen Subjektivierung der Arbeit. I: Soziale Welt, 42 (1): 6-19.
- Baldwin, P.** (1990) The Politics of Social Solidarity. Class Basis of the European Welfare State 1875-1975. Cambridge, University Press.
- Beck, U.** (1986) Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.

- Beck, U.** (1993) Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Beck, U.** (1999) Schöne neue Arbeitswelt. Frankfurt/New York, Campus Verlag.
- Beck, U.** (2000a) Wohin führt der Weg, der mit dem Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft beginnt? I: (ders.) Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag: 7-66.
- Beck, U.** (2000b) Die Seele der Demokratie: Bezahlte Bürgerarbeit. I: (ders.) Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag: 416-448.
- Beck, U.; Bonß, W.; Lau, Chr.** (2001) Theorie reflexiver Modernisierung – Fragestellungen, Hypothesen, Forschungsprogramme I: Beck, U.; Bonß, W. (Hrsg.) Die Modernisierung der Moderne. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag: 11-62.
- Beck, U.; Beck-Gernsheim, E.** (1990) Das Ganz normale Chaos der Liebe. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Behrens, F.** (1999) Der aktivierende Staat. Von der Allzuständigkeit zur Selbstregulierung I: Aleman, U. von; Heinze, R. G.; Wehrhöf, U. (Hrsg.) Bürgergesellschaft und Gemeinwohl. Analyse, Diskussion, Praxis. Opladen, Leske + Budrich: 47-60.
- Bell, D.** (1974) The coming of post-industrial society: A venture in social forecasting. London, Heinemann.
- Benz, A.** (1998) Mehrebenenverflechtung in der Europäischen Union I: Jachtenfuchs, M.; Kohler-Koch, B. (Hrsg.) Europäische Integration. Opladen, Leske + Budrich: 317-351.
- Berkel, R. van; Møller, I. H.** (Hrsg.) (2002) Active social policies in the EU. Inclusion through participation? Bristol, Policy Press.
- Berger, P. A.; Konietzka, D.** (Hrsg.) (2001) Die Erwerbsgesellschaft. Neue Ungleichheiten und Unsicherheiten. Opladen, Leske + Budrich.
- Berg-Schlosser, D.** (Hrsg.) (2003) Vergleichende Politikwissenschaft. 4., überarbeitete und erweiterte Auflage. Opladen, Leske + Budrich.
- Berg-Schlosser, D.; Müller-Rommel, F.** (2003a) Entwicklung und Stellenwert der vergleichenden Politikwissenschaft I: Berg-Schlosser, Dirk (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. 4., überarbeitete und erweiterte Auflage. Opladen, Leske + Budrich: 13-30.
- Berg-Schlosser, D.; Müller-Rommel, F.** (2003b) Perspektiven der vergleichenden Politikwissenschaft I: Berg-Schlosser, Dirk (Hrsg.): Vergleichende

Politikwissenschaft. 4., überarbeitete und erweiterte Auflage. Opladen, Leske + Budrich: 331-342.

**Bernhard, S.** (2006) Inklusion in der Europäischen Union - Beobachtungen zum Wandel der Problematisierung von Armut in der EU. <http://www.gradnet.de/papers/pomo2006/bernhard.html>

**Beyme, K. von** (1988) Der Vergleich in der Politikwissenschaft. München: Piper Verlag.

**Blaikie, N.** (2000) Designing social research. Malden/Cambridge, Polity Press.

**Block, F.; Evans, P.** (2005) State and economy I: Smelser/Swedberg (Hrsg.) The handbook of economic sociology. Russel Sage, Princeton University Press: 505-526.

**Bommes, M.** (2001) Organisation, Inklusion und Verteilung. Soziale Ungleichheit in der funktional differenzierten Gesellschaft. I: Tacke, V. (Hrsg.) Organisation und gesellschaftliche Differenzierung. Wiesbaden, Westdeutscher Verlag: 236-258.

**Bommes, M.; Tacke, V.** (2001) Arbeit als Inklusionsmedium moderner Organisationen. Eine differenzierungstheoretische Perspektive. I: Tacke, V. (Hrsg.) Organisation und gesellschaftliche Differenzierung. Wiesbaden, Westdeutscher Verlag: 61-83.

**Bonoli, G.** (1995) Classifying Welfare States: a Two-dimension Approach I: Journal for Social Policy, Cambridge University Press. 26, Nr. 3.: 351-372.

**Bonß, W.** (2000) Was wird aus der Erwerbsgesellschaft? I: Beck, U. (Hrsg.) Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag: 327-415.

**Bonß, W.** (2001) Vergesellschaftung über Arbeit. Oder: Gegenwart und Zukunft der Arbeitsgesellschaft. I: Berger, P. A.; Konietzka, D. (Hrsg.) Die Erwerbsgesellschaft. Neue Ungleichheiten und Unsicherheiten. Opladen, Leske + Budrich: 331-356.

**Bonß, W.; Ludwig-Mayerhofer, W.** (2000) Arbeitsmarkt. I: Allmendinger, J.; Ludwig-Mayerhofer, W. (Hrsg.) Soziologie des Sozialstaats. Gesellschaftliche Grundlagen, historische Zusammenhänge und aktuelle Entwicklungstendenzen. Weinheim/München, Juventa Verlag: 109-144.

**Bosch, G.** (2000) Entgrenzung und Erwerbsarbeit – Lösen sich die Grenzen zwischen Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit auf? I: Minssen (Hrsg.) Begrenzte Entgrenzungen. Wandlungen von Organisation und Arbeit. Berlin, Sigma Verlag: 249-268.

**Bourdieu, P.** (1998) Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion. Konstanz, Universitätsverlag.



- Braun, D.** (2000) Politische Gesellschaftssteuerung zwischen System und Akteur I: Lange, S.; Braun, D. Politische Steuerung zwischen System und Akteur. Eine Einführung. Opladen, Westdeutscher Verlag: 99-176.
- Bredgaard, Th.** (2004) Similar labels, different contents. A comparison of Corporate Social Responsibility in different contexts I: Lind, J.; Knudsen, H.; Jørgensen, H. (Hrsg.) Labour and Employment Regulation in Europe. Brüssel, P. I. E.-Peter Lang: 285-306.
- Breen, R.** (1997) Risk, recommodification and stratification I: *Sociology* 31: 473-489.
- Briggs, A.** (1961) The welfare state in historical perspective. *Archives européennes de sociologie*, II: 221-258.
- Brinkmann, U.; Dörre, K.; Röbenack, S.** (2005) Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse – Eine Expertise. Friedrich Schiller Universität, Jena.
- Brown, G.-S.** (1979) *Laws of form*, 3rd edition. New York, E. P. Dutton.
- Brütt, Chr.** (2003) Von Hatz zur Agenda 2010. Die Realpolitik im „aktivierenden Sozialstaat“ I: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 133, 33. Jg., Nr. 4: 645-665.
- Bude, H.** (2000) Was kommt nach der Arbeitnehmergesellschaft? I: Beck, U. (Hrsg.) *Die Zukunft von Arbeit und Demokratie*. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag: 121-134.
- Bude, H.; Willisch, H.** (2006) Das Problem der Exklusion. I: ders. (Hrsg.) *Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige*. Hamburger Edition: 7-26.
- Burrows, R.; Loader, B. (Hrsg.)** (1994) *Towards a Post-Fordist Welfare State?* London, Routledge.
- Butterwegge, Chr.; Hickel, R.; Ptak, R.** (1998) *Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie*. Berlin, Elefanten-Press.
- Castel, R.** (2000a) Die Fallstricke des Exklusionsbegriffs. I: *Mittelweg* 36, Nr. 3: 11-25.
- Castel, R.** (2000b) *Die Metamorphosen der sozialen Frage: Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz, Universitätsverlag Konstanz.
- Castells, M.** (2000) [1996] *The Information Age: Economy, Society and Culture Volume I: The Rise of the Network Society*, 2. Auflage. Malden/Oxford/Victoria, Blackwell Publishing.

- Castles, F.** (1996) Needs-based strategies of social protection in Australia and New Zealand I: Esping Andersen (Hrsg.) Welfare states in transition. London, Sage Publications: 88-115.
- Cerny, Ph. G.** (1996) What next for the state? I: Kofman, E.; Youngs, G. (Hrsg.) Globalization: Theory and Practice. London, Pinter Publishers: 123-137.
- Coleman, J.** (1982) The Asymmetric Society. New York, Syracuse.
- Conrad, C.** (1996) Wohlfahrtsstaaten im Vergleich: Historische und sozialwissenschaftliche Ansätze. I: Haupt, H.-G.; Kocka, J. (Hrsg.), Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung. Frankfurt/New York, Campus Verlag: 155-180.
- Conze, W.** (1972) Arbeit. I: Conze, W.; Brunner, O.; Koselleck, R. (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Klett-Cotta Verlag: 154-215.
- Coser, L.** (1974) Greedy institutions. Patterns of undivided commitment. New York, Free Press.
- Dahme, H.-J.; Wohlfahrt, N.** (2003) Aktivierungspolitik und der Umbau des Sozialstaates. Gesellschaftliche Modernisierung durch angebotsorientierte Sozialpolitik I: Dahme, H.-J.; Otto, H.-U.; Trube, A.; Wohlfahrt, N. (Hrsg.) Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat. Opladen, Leske & Budrich: 75-102.
- Dahrendorf, R.** (1962) Soziologie und industrielle Gesellschaft I: ders. Gesellschaft und Freiheit. München, Piper: 13-26.
- Dahrendorf, R.** (1983) Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht I: Matthes, J. (Hrsg.) im Auftrag der deutschen Gesellschaft für Soziologie, Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982. Frankfurt/New York, Campus Verlag: 25-37.
- deLeon, P.** (1999) The missing link revisited. Contemporary implementation research I: Policy Studies Review, 16: 311-338.
- deLeon, P.; Vogenbeck, D. M.** (2007) The policy sciences at the crossroads I: Fischer, F.; Miller, G. J.; Sidney, M. S. (Hrsg.) Handbook of Public Policy Analysis. Theory, politics, and methods. Boca Raton/London/New York, CRC Press: 3-14.
- Detting, W.** (1983) Krise des Wohlfahrtsstaates I: Matthes, J. (Hrsg.) Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982. Frankfurt/New York, Campus Verlag: 518-523.
- Detting, W.** (1995) Politik und Lebenswelt – Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Gütersloh, Bertelsmann Stiftung.

- Dettling, W.** (2000) Diesseits und jenseits der Erwerbsarbeit I: Kocka, J.; Offe, C.; Redslob, B. (Hrsg.) Geschichte und Zukunft der Arbeit. Frankfurt/New York, Campus Verlag: 202-214.
- Deutschmann, Chr.** (2002) Postindustrielle Industriesoziologie. Theoretische Grundlagen, Arbeitsverhältnisse und soziale Identitäten. Weinheim/München, Juventa Verlag.
- Dingeldey, I** (2005a) Vom klassischen zum aktivierenden Wohlfahrtsstaat. I: Groh, K.; Weinbach, Chr. (Hrsg.) Zur Genealogie des politischen Raums. Politische Strukturen im Wandel. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften: 273-308.
- Dingeldey, I.** (2005b) Wandel von Governance im Sozialstaat. Zur Implementation aktivierender Arbeitsmarktpolitik in Deutschland, Dänemark und Großbritannien. TranState Working Papers, No. 12.
- Dingeldey, I.** (2005c) Welfare State Transformation between 'workfare' and an 'enabling' state. A comparative analysis. TranState working papers, No. 21.
- Döhl, V.; Kratzer, N.; Moldaschl, M.; Sauer, D.** (2001) Auflösung des Unternehmens? Die Entgrenzung von Kapital und Arbeit I: Beck, U.; Bonß, W. (Hrsg.) Die Modernisierung der Moderne. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag: 219-232.
- Dose, N.** (2003) Trends und Herausforderungen der politischen Steuerungstheorie I: Grande, E.; Prätorius, R. (Hrsg.) Politische Steuerung und neue Staatlichkeit. Baden Baden, Nomos: 19-55.
- Ebbinghaus, B.** (2001) "Reforming the Welfare State through 'Old' and 'New' Social Partnerships?" I: Kjærgaard, C.; Westphalen, S. Å. (Hrsg.) From Collective Bargaining to Social Partnerships: New Roles of Social Partners in Europe. Copenhagen, The Copenhagen Centre.
- Ellison, N.** (2006) Beyond Universalism and Particularism: Rethinking contemporary welfare theory I: Pierson, Chr.; Castles, F. (Hrsg.) The Welfare State Reader. 2. Auflage. Cambridge/Malden, Polity Press: 408-432.
- Erikson, R.; Uusitalo, H.** (1987) The Scandinavian Approach to Welfare Research I: Erikson, R.; Handen, E. J.; Ringen, S.; Uusitalo, H. (Hrsg.) The Scandinavian Model. Welfare States and Welfare Research. Armonk/London, M. E. Sharpe: 177-193.
- Esping Andersen, G.** (1985) Politics against markets. Princeton, University Press.
- Esping Andersen, G.** (1990) The three worlds of welfare capitalism. Oxford, Polity Press.
- Esping Andersen, G.** (1994) Welfare States and the economy. I: Smelser, N. J.; Swedberg, R. (Hrsg.) The Handbook of economic sociology. Princeton, University Press: 711-732.

- Esping Andersen, G.** (1996) After the Golden Age? Welfare state dilemmas in a global economy. I: ders.: Welfare states in transition. National adaptations in global economies. London/Thousand Oaks/New Delhi, Sage Publications: 1-31.
- Esping Andersen, G.** (1999) Social Foundations of Postindustrial Economies. New York, Oxford University Press.
- Esping Andersen, G.** (2002a) Towards the Good Society, Once Again? I: Esping Andersen, G.; Gallie, D.; Hemerijck, A.; Myles, J. (Hrsg.) (2002) Why we need a new welfare state. New York, Oxford University Press: 1-25.
- Esping Andersen, G.** (2002b) A child-centred social investment strategy I: Esping Andersen, G.; Gallie, D.; Hemerijck, A.; Myles, J. (Hrsg.) (2002) Why we need a new welfare state. New York, Oxford University Press: 26-67.
- Esping Andersen, G.; Gallie, D.; Hemerijck, A.; Myles, J.** (Hrsg.) (2002) Why we need a new welfare state. New York, Oxford University Press.
- Etzioni, A.** (2004) From empire to community: A new approach to international relations. New York, Palgrave Macmillan.
- Evers, A.** (1990) Im intermediären Bereich – soziale Träger und Projekte zwischen Haushalt, Staat und Markt I: Journal für Sozialforschung, 30: 189-210.
- Evers, A.** (2003) Öffentliche Einrichtungen als soziale Unternehmen. Potenzielle hybrider Organisationsformen im Bereich sozialer Dienstleistungen I: Allmendinger, J. (Hrsg.) Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Leipzig 2002, Teil 2. Opladen, Leske + Budrich: 975-990.
- Evers, A.; Olk, Th.** (Hrsg.) (1996) Wohlfahrtspluralismus: Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen, Westdeutscher Verlag.
- Ferrera, M.** (1996) The 'Southern Model' of Welfare in Social Europe I: Journal of European Social Policy, 6 (1): 17-37.
- Fischer, F.; Miller, G. J.; Sidney, M. S.** (Hrsg.) (2007) Handbook of public policy analysis. Theory, politics, and methods. Boca Raton/London/New York, Taylor & Francis Group.
- Flick, U.; Kardoff, von E.; Steinke, I.** (Hrsg.) (2004) Qualitative Forschung. Ein Handbuch, 3. Auflage. Reinbek bei Hamburg, Rowohlt Verlag.
- Flora, P.; Heidenheimer, A.** (1981) The Development of Welfare States in Europe and America. New Brunswick/London, Transaction Books.
- Flora, P.** (1986) Growth to Limits: The Western European welfare States since World War II., Vol. 4. de Gruyter & Co.

- Foucault, M.** (1998) "The order of things" I: Faubion, J. D. Michael Foucault, essential works of Foucault, Vol.2, Aesthetics, Method, and Epistemology. New York, The New Press: 263.
- Fourastié, J.** (1954) Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln-Deutz, Bund Verlag.
- Fuchs, P.** (1997) »Adressabilität als Grundbegriff der soziologischen Systemtheorie« I: Soziale Systeme. Zeitschrift für soziologische Theorie, Jahrgang 3, Heft 3: 57-79.
- Fuchs, P.** (2001) Knappheit für alle. [www.sozialarbeit.ch/dokumente/knappheit.pdf](http://www.sozialarbeit.ch/dokumente/knappheit.pdf).
- Gallie, D.** (2002) The quality of working life in welfare strategy I: Esping Andersen, G.; Gallie, D.; Hemerijck, A.; Myles, J. (Hrsg.) Why we need a new welfare state. New York/Oxford, University Press: 96-129.
- Ganßmann, H.** (1996) Geld und Arbeit. Frankfurt am Main, Campus Verlag.
- Ganßmann, H.** (2000) Politische Ökonomie des Sozialstaats. Münster, Westfälisches Dampfboot.
- Giddens, A.** (1999a) The third way. The Renewal of Social Democracy Cambridge/Malden, Polity Press.
- Giddens, A.** (1999b) Soziologie. 2. Auflage. Graz/Wien, Nausner & Nausner.
- Gilbert, N.** (1993) From "welfare" to "enabling" state I: Evers, A.; Svetlik, I. (Hrsg.) Balancing pluralism. New welfare mixes in care for the elderly. Aldershot u. a., Avebury: 89-102.
- Gilbert, N.; Gilbert, B.** (1989) The enabling state. Modern Welfare Capitalism in America. New York/Oxford, Oxford University Press.
- Gilbert, R.; Voorhis, van R.** (Hrsg.) (2001) Activating the unemployed. A comparative appraisal of work-oriented policies. New Brunswick, Transaction Publishers.
- Glucksmann, M.** (2005) Shifting boundaries and interconnections: Extending the 'the total social organization of labour' I: Pettinger, L.; Parry, J.; Taylor, R.; Glucksmann, M. (Hrsg.) A new sociology of work? Malden/Oxford/Victoria, Blackwell Publishing: 19-36.
- Gorz, A.** (1994) Critique of economic reason. London/New York, Verso.
- Grande, E.; Prätorius, R.** (Hrsg.) (2003) Politische Steuerung und neue Staatlichkeit. Baden-Baden, Nomos Verlag.
- Grebing, H.** (2002) Hat die Arbeit eine Zukunft oder gibt es seine Zukunft ohne Arbeit? I: Ehmer, J.; Grebing, H.; Gutschner, P. (Hrsg.) „Arbeit“: Geschichte – Gegenwart – Zukunft. Wien, Akademische Verlagsanstalt: 21-36.

- Grint, K.** (2005) *The Sociology of Work*. 3. Auflage. Cambridge/Malden, Polity Press.
- Günther, G.** (1978) *Idee und Grundriß einer nicht-aristotelischen Logik: Die Idee und ihre philosophischen Voraussetzungen*. Hamburg, Meiner Verlag.
- Habermas, J.; Luhmann, N.** (1971) *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie – Was leistet die Systemforschung?* Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Habermas, J.** (1981) *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Habermas, J.** (1985) *Die neue Unübersichtlichkeit*. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Hagen, K.** (1991) Linjer I velferdsstatsforskningen. Velferdsstaten fra myte til samfunnsformasjon. I: *Tidsskrift for samfunnsforskning*, årgang 32: 187-216.
- Hagen, R.** (1999) *Rasjonell solidaritet*. Oslo, Universitetsforlaget.
- Hagen, R.** (2000) Rational Solidarity and Functional Differentiation. I: *Acta Sociologica*, Vol. 43, No. 1: 27-42.
- Hagen, R.** (2006) *Nyliberalismen og samfunnsvitenskap. Refleksjonsteorier for det moderne samfunnet*. Oslo, Universitetsforlaget.
- Hall, P. A.; Soskice, D.** (2001) An introduction to varieties of capitalism I: ebd. (Hrsg.) *Varieties of Capitalism. The institutional foundations of comparative advantage*. Oxford, University Press: 71-103.
- Halvorsen, K.** (2004) *Når det ikke er bruk for deg – arbeidsløshet og levekår*. Oslo, Gyldendal Akademisk.
- Heitmeyer, W.** (Hrsg.) (1997) *Was hält die Gesellschaft zusammen?* Frankfurt am Main, Edition Suhrkamp.
- Henninger, A.** (2006) *Reflexives Handeln oder Self-Governance? Individuen zwischen Markt, Familie und sozialstaatlicher Regulierung*. Vortrag auf dem DVPW-Kongress. <http://www.dvpw.de/fileadmin/docs/2006xHenninger.pdf>.
- Héritier, A.** (Hrsg.) (2002) *Common Goods. Reinventing European and International Governance*. Lanham, Rowman & Littlefield.
- Hicks, A.; Esping Andersen, G.** (2005) *Comparative and Historical Studies of Public Policy and the Welfare State*. I: Janoski, T.; Alford, R.; Hicks, A.; Schwartz, M. A. (Hrsg.) *The Handbook of Political Sociology*. Cambridge, University Press: 509-525.
- Hill, M.** (2006) *Social Policy in the modern world. A comparative text*. Malden/Oxford/Carlton (Victoria), Blackwell Publishing.

- Hill, P. B.; Kopp, J.** (2002) Familiensoziologie. Grundlagen und theoretische Perspektiven. 2. überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden, Westdeutscher Verlag.
- Hinz, T.; Abraham, M.** (2005) Theorien des Arbeitsmarktes: Ein Überblick. I: Abraham, M.; Hinz, T. (Hrsg.) Arbeitsmarktsoziologie. Probleme, Theorien, empirische Befunde. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften: 17-68.
- Hirsch, J.** (1995) Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin, ID-Verlag.
- Hochschild, A. R.** (1998) Der Arbeitsplatz wird zum Zuhause, das Zuhause zum Arbeitsplatz I: Harvard Business Manager, Jg. 20, Heft 3: 29-41.
- Hoebel, T.** (2006) Arbeit und Exklusion. Arbeitsmarktreformen in der Bundesrepublik Deutschland. Bachelor Arbeit, Fachbereich Sozialwissenschaften, Universität Osnabrück  
[http://elib.uni-osnabrueck.de/publications/ELibD148\\_Arbeit\\_Exklusion.pdf](http://elib.uni-osnabrueck.de/publications/ELibD148_Arbeit_Exklusion.pdf).
- Howard, C.** (1997) The hidden welfare state. Tax expenditures and social policy in the United States. Princeton, Princeton University Press.
- Huber, E.; Stephens, J. D.** (2005) Welfare States and the economy. I: Smelser, N. J.; Swedberg, R. (Hrsg.) The Handbook of economic sociology. Princeton, University Press: 552-574.
- Huf, S.** (1998) Sozialstaat und Marktökonomie – oder: Wie voraussetzungsvoll ist funktionale Differenzierung? I: Soziale Systeme, 1998, Nr. 4. Opladen, Leske und Budrich: 359-385.
- Hradil, S.** (1987) Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lage und Milieus. Opladen, Leske + Budrich.
- Jachtenfuchs, M.; Kohler-Koch, B.** (1996) Regieren im dynamischen Mehrebenensystem I: ders. (Hrsg.) Europäische Integration. Opladen, Westdeutscher Verlag: 15-44.
- Janoski, T.; Alford, R.; Hicks, A.; Schwartz, M. A.** (Hrsg.) (2005) The Handbook of Political Sociology. Cambridge, University Press.
- Jessop, B.** (1994) The transition to post-Fordism and Schumpeterian workfare state I: Burrows, R.; Loader, B. (Hrsg.) Towards a Post-Fordist welfare state? London, New York, Routledge: 13-37.
- Jessop, B.** (2001) Bringing the State Back In (Yet Again). Reviews, Revisions, Rejections and Redirections. I: International Review of Sociology, 11 (2): 149-153.

- Kaube, J.** (2003) Das Reflexionsdefizit des Wohlfahrtsstaates. I: Lessenich, S. (Hrsg.) Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse. Frankfurt/New York, Campus Verlag: 41-54.
- Kaufmann, F. X.** (1989) Christentum und Wohlfahrtsstaat I: ders. Religion und Modernität. Sozialwissenschaftliche Perspektiven. Tübingen, Mohr: 89-119.
- Kaufmann, F. X.** (1997) Herausforderungen des Sozialstaats. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Kaufmann, F.-X.** (2001) Towards a theory of the welfare state. I: Leibfried, S. (Hrsg.) Welfare State Futures. Cambridge, University Press: 15-36.
- Kaufmann, F. X.** (2002) Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen. Opladen, Leske + Budrich.
- Kaufmann, F. X.** (2003) Varianten des Wohlfahrtsstaats. Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Kersting, W.** (2003) Gerechtigkeit: Die Selbstverewigung des egalitaristischen Sozialstaats I: Lessenich, S. (Hrsg.) Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse Frankfurt/New York, Campus Verlag: 105-136.
- Keupp, H.; Kraus, W.; Strauss, F.** (2000) Civic matters: Motive, Hemnisse und Fördermöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements. I: Beck, U. (Hrsg.) Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag: 217-268.
- Kieserling, A.** (1999) Kommunikation unter Anwesenden. Studien über Interaktionssysteme. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Kieserling, A.** (2000) Die Soziologie der Selbstbeschreibung. Über die Reflexionstheorien der Funktionssysteme und ihre Rezeption der soziologischen Theorie. I: Berg, Henk de; Schmidt, J. (Hrsg.) Rezeption und Reflexion. Zur Resonanz der Systemtheorie Niklas Luhmanns außerhalb der Soziologie. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag: 38-92.
- Kieserling, A.** (2003) Die Gesellschaft der Politik? Zum Politismus der Moderne. I: Lessenich, S. (Hrsg.) Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse. Frankfurt/New York, Campus Verlag: 23-40.
- Kieserling, A.** (2004) Überschätzte Reflexionstheorien: Die politische Theorie im Vergleich I: (ders.) Selbstbeschreibung und Fremdbeschreibung. Beiträge zur Soziologie soziologischen Wissens. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag: 170-191.
- Kildal, N.** (1998) Velferd og arbeidsplikt: Om arbeidslinjens begrunnelse. I: Tidsskrift for velferdsforskning, Vol. 1, Nr. 1: 20-36.



- Klein, R.** (1993) O’Goffe’s tale I: Jones, C. (Hrsg.) New perspectives on the welfare state in Europe. London/New York, Routledge: 7-17.
- Koch, C.** (1995) Die Gier des Marktes. Die Ohnmacht des Staates im Kampf der Weltwirtschaft. München, Carl Hanser.
- Koch, S.; Stephan, G.; Walwei, U.** (2005) Workfare: Möglichkeiten und Grenzen I: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung (ZAF), 38. Jg., Nr. 2/3. Stuttgart, Kohlhammer: 419-440.
- Kohler-Koch, B.** (1999) The Evolution and Transformation of European Governance I: Kohler-Koch, B.; Eising, R. (Hrsg.) The Transformation of Governance in the European Union. London/New York, Routledge.
- Kohli, M.** (1992) Lebenslauf und Lebensalter als gesellschaftliche Konstruktionen: Elemente zu einem Vergleich I: Matthes, J. (Hrsg.) Zwischen den Kulturen? Die Sozialwissenschaften vor dem Problem des Kulturvergleichs. Soziale Welt, Sonderband 8. Göttingen: 283-303.
- Kohli, M.** (2000) Arbeit im Lebenslauf: Alte und neue Paradoxien I: Kocka, J.; Offe, C.; Redslob, B. (Hrsg.) Geschichte und Zukunft der Arbeit. Frankfurt/New York, Campus Verlag: 362-382.
- Kohli, M.** (2007) Familienpolitik als Lebenslauf- und Generationenpolitik I: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 36, Heft 5: 396-400.
- Kolberg, J. E.; Esping Andersen, G.** (1992) Welfare states and employment regimes I: Kolberg, J. E. (Hrsg.) The Study of Welfare State Regimes. Armonk/London, M. E. Shape: 3-36.
- Kommission MDA** (2002) Kommission moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. Vorschläge der Kommission zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit. Bericht der Kommission, Berlin.
- Konietzka, D.; Sopp, P.** (2006) Arbeitsmarktstrukturen und Exklusionsprozesse I: Bude, H.; Willisch, A. (Hrsg.) Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg, Hamburger Edition: 314-341.
- Krasmann, S.** (2000) Gouvernamentalität der Oberfläche. Aggressivität (ab-)trainieren beispielsweise I: Bröckling, U.; Krasmann, S.; Lemke, Th. (Hrsg.) Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag: 194-226.
- Kreckel, R.** (1992) Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit. Frankfurt/New York, Campus Verlag.
- Kronauer, M.** (2002) Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt/New York, Campus Verlag.
- Kronauer, M.** (2006) »Exklusion« als Kategorie einer kritischen Gesellschaftsanalyse. Vorschläge für eine anstehende Debatte. I: Bude, H.; Willisch, A. (Hrsg.) Das

Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburger Edition Mittelweg 36, Hamburg: 27-45.

**Kronauer, M.; Vogel, B.** (1998) Spaltet Arbeitslosigkeit die Gesellschaft? I: Berger, P. A.; Vester, M. (Hrsg.) Alte Ungleichheiten – Neue Spaltungen. Opladen, Leske + Budrich: 333-350.

**Kuchler, B.** (2006) Bourdieu und Luhmann über den Wohlfahrtsstaat. Die Autonomie gesellschaftlicher Teilbereiche und die Asymmetrie der Gesellschaftstheorie. I: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 35, Heft 1: 5-23.

**Kuhnle, S.** (Hrsg.) (2000) Survival of the European welfare state. London, Routledge.

**Land, R.; Willisch, A.** (2006) Die Probleme mit der Integration. Das Konzept des »sekundären Integrationsmodus« I: Bude, H.; Willisch, A. (Hrsg.) Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg, Hamburger Edition Mittelweg 36: 70-96.

**Lange, S.** (2002) Die politische Utopie der Gesellschaftsteuerung I: Hellmann, K.-U.; Schmalz-Bruns, R. (Hrsg.) Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag: 171-193.

**Lahusen, Chr.** (2003) Kooperative Politik und die Entstaatlichung politischer Steuerung I: Allmendinger, J. (Hrsg.) Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002, Teil 2. Opladen, Leske + Budrich: 993-1009.

**Lash, S.; Bagguley, P.** (1988) Labour relations in disorganized capitalism. A five-nation comparison. I: Environment and Planning D, Society and Space, 6 (3): 321-338.

**Leibfried, S, Leisering, L.** (Hrsg.) (1995): Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.

**Leira, A.** (2002) Working parents and the welfare state. Family change and policy reform in Scandinavia. Cambridge, Cambridge University Press.

**Leisering, L.; Davy, U.; Berner, F.; Schwarze, U.; Blömeke, P.** (2002) Literaturstudie zum Projektantrag an die DFG: Vom produzierenden zum regulierenden Wohlfahrtsstaat. Eine international vergleichende und interdisziplinäre Studie des Wandels der Alterssicherung in Europa. Regina – Arbeitspapier, Nr. 2, Universität Bielefeld.  
<http://www.uni-bielefeld.de/soz/Forschung/Projekte/regina/pdf/Arbeitspapier2.pdf>

**Lengfeld, H.** (2007) Organisierte Ungleichheit. Wie Organisationen Lebenschancen beeinflussen. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.

**Lerner, D.; Lasswell, H. D.** (Hrsg.) (1951) The Policy Sciences. Palo Alto, California, Stanford University Press.

- Lessenich, S.** (1995) Wohlfahrtstaatliche Regulierung und die Strukturierung von Lebensläufen. Zur Selektivität sozialpolitischer Interventionen I: Soziale Welt, Jg. 46: 51-69.
- Lessenich, S.** (2000) Soziologische Erklärungsansätze zu Entstehung und Funktion des Sozialstaats. I: Allmendinger, J.; Ludwig-Mayerhofer, W. (Hrsg.) Soziologie des Sozialstaats. Gesellschaftliche Grundlagen, historische Zusammenhänge und aktuelle Entwicklungstendenzen. Weinheim/München, Juventa Verlag: 39-78.
- Lessenich, S.** (Hrsg.) (2003) Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse. Frankfurt/New York, Campus Verlag.
- Lewis, J.** (Hrsg.) (1998) Gender, social care and welfare state restructuring in Europe. Aldershot.
- Liessmann, K. P.** (2000) Im Schweiß deines Angesichtes. Zum Begriff der Arbeit in den anthropologischen Konzepten der Moderne. I: Beck, U. (Hrsg.) Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag: 85-107.
- Lijphart, A.** (1971) Comparative Politics and the comparative method I: The American political science review, Vol. 65: 682-693.
- Ludwig-Mayerhofer, W.** (2005) Arbeitslosigkeit I: Abraham, M.; Hinz, Th. (Hrsg.) Arbeitsmarktsoziologie. Probleme, Theorien, empirische Befunde. Wiesbaden, VS Verlag: 199-240.
- Luhmann, N.** (1964) Funktionale Methode und Systemtheorie I: Soziale Welt, 15: 1-25.
- Luhmann, N.** (1965) Grundrechte als Institution. Ein Beitrag zur politischen Soziologie. Berlin, Duncker & Humblot.
- Luhmann, N.** (1980) Gesellschaftliche Struktur und semantische Tradition I: (ders.) Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft, Bd. 1. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag: 9-71.
- Luhmann, N.** (1981a) Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat. München/Wien, Günter Olzog Verlag.
- Luhmann, N.** (1981b) Subjektive Rechte. Zum Umbau des Rechtsbewußtseins für die moderne Gesellschaft I: (ders.) Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft. Band 2. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag: 45-104.
- Luhmann, N.** (1983) Der Wohlfahrtsstaat zwischen Evolution und Rationalität. I: Koslowski, P.; Kreuzer, P.; Löw, R. (Hrsg.) Chancen und Grenzen des Sozialstaats. Staatstheorie – Politische Ökonomie – Politik. Tübingen, J. C. B. Mohr.
- Luhmann, N.** (1984) Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.

- Luhmann, N.** (1988) Die Wirtschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Luhmann, N.** (1989) Politische Steuerung: Ein Diskussionsbeitrag I: Hartwich, Hans-Hermann (Hrsg.) im Auftrag der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Macht und Ohnmacht politischer Institutionen, 17. wissenschaftlicher Kongress der DVPW, Darmstadt.: 12-16.
- Luhmann, N.** (1990) Die Wissenschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Luhmann, N.** (1997) Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Luhmann, N.** (1998) [1982] Liebe als Passion. Zur Codierung von Intimität. 4. Auflage. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Luhmann, N.** (1999) Gesellschaftsstruktur und Semantik: Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft, Band 4. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Luhmann, N.** (2000a) Die Politik der Gesellschaft. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Luhmann, N.** (2000b) Organisation und Entscheidung. Opladen/Wiesbaden, Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N.** (2004) [1986] Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen? 4. Aufl. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Luhmann, N.** (2005a) [1995] Die Form Person. I: (ders.) Soziologische Aufklärung 6. Die Soziologie und der Mensch, 2. Auflage. Opladen, Westdeutscher Verlag: 137-148.
- Luhmann, N.** (2005b) [1995] Wie ist Bewußtsein an Kommunikation beteiligt? I: (ders.) Soziologische Aufklärung 6. Die Soziologie und der Mensch, 2. Auflage. Opladen, Westdeutscher Verlag: 38-54.
- Luhmann, N.** (2005c) [1987] Gesellschaftsstrukturelle Bedingungen und Folgeprobleme des naturwissenschaftlich-technischen Fortschritts. I: (ders.) Soziologische Aufklärung 4. Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft, 3. Auflage. Opladen, Westdeutscher Verlag: 51-66.
- Luhmann, N.** (2005d) [1990] Das Erkenntnisprogramm des Konstruktivismus. I: (ders.) Soziologische Aufklärung 5. Konstruktivistische Perspektiven, 3. Auflage. Opladen, Westdeutscher Verlag: 31-57.

- Luhmann, N.** (2005e) [1995] Inklusion und Exklusion. I: (ders.) Soziologische Aufklärung 6. Die Soziologie und der Mensch, 2. Auflage. Opladen, Westdeutscher Verlag: 226-251.
- Luhmann, N.** (2005f) [1995] Die Tücke des Subjekts und die Frage nach dem Menschen. I: (ders.) Soziologische Aufklärung 6. Die Soziologie und der Mensch, 2. Auflage. Opladen, Westdeutscher Verlag: 149-161.
- Luhmann, N.** (2005g) [1990] Sozialsystem Familie I: (ders.) Soziologische Aufklärung 5. Konstruktivistische Perspektiven, 3. Auflage. Opladen, Westdeutscher Verlag: 189-209.
- Luhmann, N.** (2005h) [1990] Risiko und Gefahr I: (ders.) Soziologische Aufklärung 5. Konstruktivistische Perspektiven, 3. Auflage. Opladen, Westdeutscher Verlag: 126-162.
- Luhmann, N.** (2005i) [1981] Theoretische und praktische Probleme der anwendungsbezogenen Sozialwissenschaften I: (ders.) Soziologische Aufklärung 3: Soziale Systeme, Gesellschaft, Organisation. 4. Auflage. Wiesbaden, VS Verlag: 369-388.
- Luhmann, N.** (2005k) [1981] Theoretische Orientierung der Politik. I: (ders.) Soziologische Aufklärung 3: Soziales System, Gesellschaft, Organisation. 4. Auflage. Wiesbaden, VS Verlag: 329-335.
- Luhmann, N.** (2005l) [1984] Staat und Politik. Zur Semantik der Selbstbeschreibung politischer Systeme I: (ders.) Soziologische Aufklärung 4. Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft. 3. Auflage. Wiesbaden, VS Verlag: 77-107.
- Luhmann, N.; Schorr, K. E.** (1988) Reflexionsprobleme im Erziehungssystem. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Lutz, B.** (1984) Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts. Frankfurt/New York, Campus Verlag.
- Mailand, M.; Andersen, S. K.** (2004) Social Partnership for Inclusion. Theoretical Understandings and Empirical Typologies I: Lind, J.; Knudsen, H.; Jørgensen, H. (Hrsg.) Labour and Employment Regulation in Europe. Brüssel, P. I. E.-Peter Lang: 381-402.
- Marsh, D.; Rhodes, R. A. W.** (1992) Policy Networks in British Government. Oxford, Clarendon Press.
- Marshall, T. H.** (1950) Citizenship and Social Class. Cambridge, Cambridge University Press.
- Maturana, H.; Varela, F.** (1987) Der Baum der Erkenntnis. Die biologischen Wurzeln des menschlichen Erkennens. Bern/München, Scherz Verlag.

- Marx, K.; Engels, F.** (2000) [1863] MEW. Theorien über den Mehrwert. Band 26.1, 7. Auflage.
- Mayntz, R.** (1987) Politische Steuerung und gesellschaftliche Steuerungsprobleme. Anmerkungen zu einem theoretischen Paradigma. I: Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft, Band 1. Baden Baden, Nomos Verlag: 89-110.
- Mayntz, R.** (1993) Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen I: Héri-tier, A. (Hrsg.) Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung, PVS Sonderheft, Nr. 24. Opladen, Westdeutscher Verlag: 39-56.
- Mayntz, R.** (1996) 'Politische Steuerung: Aufstieg, Niedergang und Transformation einer Theorie' I: Beyme, K. von; Offe, C. (Hrsg.) Politische Theorien in der Ära der Transformation. Opladen, Westdeutscher Verlag: 148-168.
- Mayntz, R.** (2001) Zur Selektivität der steuerungstheoretischen Perspektive I: Burth, H.-P.; Görlitz, A. (Hrsg.) Politische Steuerung in Theorie und Praxis. Baden Baden, Nomos Verlag: 17-27.
- Mayntz, R.** (2004) 'Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie?', working paper 04/01, Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung.
- Mayntz, R.; Scharpf, F.** (1995) Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus. I: ders. (Hrsg.) Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung. Frankfurt am Main, Campus Verlag: 39-72.
- Mead, L. M.** (1998) The new paternalism. Supervisory approaches to poverty. Brookings Institution.
- Michailakis, D.** (2001) Autopoiesis och styrning: En studie av handikappolitiska program. I: Sociologisk Forskning, 2001, No. 1: 90-121.
- Midtsundstad, T.** (2005) Virksomhetenes sosiale ansvar I: Torp, H. (Hrsg.) Nytt arbeidsliv. Medvirkning, inkludering og belønning. Oslo, Gyldendal Akademisk: 154-171.
- Miller, P.** (2001) Governing by numbers: Why calculative practices matter I: Social research, 68 (2): 379-396.
- Moldaschl, M.; Sauer, D.** (2000) Internalisierung des Marktes – Zur neuen Dialektik von Kooperation und Herrschaft I: Minssen, H. (Hrsg.) Begrenzte Entgrenzungen. Wandlungen von Organisation und Arbeit. Berlin, edition sigma: 205-224.
- Moon, D.** (2004) The Political Theory of the Welfare State I: Gaus, G.; Kukathas, Ch. (Hrsg.) Handbook of Political Theory. London/Thousand Oaks/New Delhi, Sage Publications: 210-222.
- Mückenberger, U.** (1985) Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses I: Zeitschrift für Sozialreform, Heft 7/8: 415-434 und 457-475.

- Müller-Jentsch, W.** (1997) Soziologie der industriellen Beziehungen. Eine Einführung. 2. erweiterte Auflage. Frankfurt am Main/New York, Campus Verlag.
- Müller, W.; Scherer, S.** (Hrsg.) (2003) Mehr Risiken – Mehr Ungleichheit? Abbau von Wohlfahrtsstaat, Flexibilisierung von Arbeit und die Folgen. Frankfurt/New York, Campus Verlag.
- Münch, R.** (1996) Risikopolitik. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Münch, R.** (2001) Offene Räume. Soziale Integration diesseits und jenseits des Nationalstaats. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Mutz, G.; Kühnlein, I.** (2001) Erwerbsarbeit, bürgerschaftliches Engagement und Eigenarbeit – Auf dem Weg in eine neue Arbeitsgesellschaft I: Beck, U.; Bonß, W. (Hrsg.) Die Modernisierung der Moderne. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag: 191-202.
- Myles, J.** (1990) States, Labor Markets, and Life Cycles. I: Friedland, R.; Robertson, A. F. (Hrsg.) Beyond the market place. Rethinking economy and society. New York, Aldine Transaction: 271-298.
- Naschold, F.** (1989) Politik und politische Institutionen in neokorporatistischen und Public-Choice-Ansätzen – Anmerkungen zu einem Theorieprogramm I: Hartwich, Hans-Hermann (Hrsg.) Macht und Ohnmacht politischer Institutionen, 17. wissenschaftlicher Kongress der DVPW, Darmstadt: 210-221.
- Nassehi, A.** (2000) »Exklusion« als soziologischer oder sozialpolitischer Begriff? I: Mittelweg 36, Nr. 5: 18-25.
- Nassehi, A.** (2002) Politik des Staates oder Politik der Gesellschaft? Kollektivität als Problemformel des Politischen. I: Hellmann, K.-U.; Schmalz-Bruns, R. (Hrsg.) Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag: 38-59.
- Nassehi, A.** (2003a) Geschlossenheit und Offenheit. Studien zur Theorie der modernen Gesellschaft. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Nassehi, A.** (2003b) Der Begriff des Politischen und die doppelte Normativität der „soziologischen“ Moderne. I: Nassehi, A.; Schroer, M. (Hrsg.) Der Begriff des Politischen I: Soziale Welt, Sonderband 14, Nomos Verlagsgesellschaft: 133-170.
- Nassehi, A.** (2003c) Inklusion: Von der Ansprechbarkeit zur Anspruchsberechtigung. I: Lessenich, S. (Hrsg.) Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse. Frankfurt/New York, Campus Verlag: 331-352.
- Nassehi, A.** (2004) Inklusion, Exklusion, Ungleichheit. Eine kleine theoretische Skizze. I: Schwinn, T. (Hrsg.) Differenzierung und soziale Ungleichheit. Die zwei Soziologien und ihre Verknüpfung. Frankfurt am Main, Humanities Online: 323-352.

- Nassehi, A.** (2006) Die paradoxe Einheit von Inklusion und Exklusion. Ein systemtheoretischer Blick auf die »Phänomene« I: Bude, H.; Willisch, A. (Hrsg.) Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg, Hamburger Edition: 46-69.
- Nassehi, A.; Saake, I.** (2002) Kontingenz: Methodisch verhindert oder beobachtet? Ein Beitrag zur Methodologie qualitativer Sozialforschung I: Zeitschrift für Soziologie, 31 (1): 66-86.
- Nollert, M.** (2005) Soziale Exklusion: Theoretische Konzepte und empirische Befunde. <http://www.suz.unizh.ch/nollert/exklusion.pdf>
- NOU** (2004) Norges offentlige utredninger 2004: 13. En ny arbeids- og velferdsforvaltning. Om samordning av Aetats, trygdeetatens og sosialtjenestens oppgaver, Oslo.
- Nullmeier, F.** (2003) Wohlfahrtsmärkte und Bürgerengagement in der Marktgesellschaft. I: Allmendinger, J. (Hrsg.) Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Leipzig 2002, Teil 2. Opladen, Leske + Budrich: 961-974.
- O' Brien, M.; Penna, S.** (1998) Theorizing Welfare. Enlightenment and Modern Society. London/Thousand Oaks/New Delhi, Sage Publications.
- Offe, C.** (1979) „Unregierbarkeit“. Zur Renaissance konservativer Krisentheorien I: Habermas, J. (Hrsg.) Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“, Band 1. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag: 294-318.
- Offe, C.** (1984a) Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie? I: (ders.) Arbeitsgesellschaft: Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven. Frankfurt/New York, Campus Verlag: 13-43.
- Offe, C.** (1984b) Contradictions of the welfare state. Cambridge, MIT Press.
- Offe, C.** (1984c) Arbeitsgesellschaft: Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven. Frankfurt/New York, Campus Verlag.
- Offe, C.** (1985) Disorganized Capitalism. Contemporary transformations of work and politics. Cambridge, Polity Press.
- Orloff, A.-S.** (1993) Gender and the social rights of citizenship: The comparative analysis of gender relations and welfare states I: The American Sociological Review, 58 (3): 303-328.
- Ostner, I.** (2001) Industrie- und Arbeitsgesellschaft I: Kneer, G.; Nassehi, A. (Hrsg.) Klassische Gesellschaftsbegriffe der Soziologie. München, Funk Verlag: 55-72.
- Pankoke, E.** (2000) Subsidiäre Solidarität zwischen Markt und Staat. Der dritte Sektor in den institutionellen Kulturen Europas. Essener Unikat, 14: 69-79.



- Pankoke, E.; Leisering, L.** (2003) Bürgergesellschaft und Wohlfahrtsmärkte – Gegenbilder zum Wohlfahrtsstaat. Einleitung I: Allmendinger, J. (Hrsg.) Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Leipzig 2002, Teil 2. Opladen, Leske + Budrich: 941-945.
- Parijs, Ph. van** (1995) Real Freedom for all: What (if anything) can justify capitalism? Oxford, Oxford University Press.
- Pascual, A. M.** (2004) Are European Activation Policies Converging? I: Lind, J.; Knudsen, H.; Jørgensen, H. (Hrsg.) Labour and Employment Regulation in Europe. Presses Interuniversitaires Europeennes: 211-232.
- Peuckert, R.** (2002) Familienformen im sozialen Wandel. 4. Auflage. Opladen, Leske + Budrich.
- Pierson, P.** (1993) When effect becomes cause. Policy feedback and political change. World Politics, 45: 595-628.
- Pierson, P.** (Hrsg.) (2001) The New Politics of the Welfare State. New York, Oxford University Press.
- Pierson, Chr.; Castles, F. G.** (Hrsg.) (2006) The Welfare State Reader. Cambridge/Malden, Polity Press.
- Polanyi, K.** (2001) [1944] The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time. Boston, Beacon Press.
- Pongratz, H.; Voß, G.** (2000) Vom Arbeitnehmer zum Arbeitskraftunternehmer – Zur Entgrenzung der Ware Arbeitskraft. I: Minssen, H. (Hrsg.) Begrenzte Entgrenzungen. Wandlungen von Organisation und Arbeit. Berlin, edition sigma: 225-248.
- Pongratz, H.; Voß, G.** (2003) Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierungen in entgrenzten Arbeitsformen. Berlin, Sigma Verlag.
- Presthus, R.** (1962) The organizational society. New York, Vintage Books.
- Pülzl, H.; Treib, O.** (2007) Implementing Public Policy I: Fischer, F.; Miller, G. J.; Sidney, M. S. (Hrsg.) Handbook of Public Policy Analysis. Theory, politics, and methods. Boca Raton/London/New York, CRC Press: 89-107.
- Putt, A.; Springer, J.** (1989) Policy Research. Concepts, methods and applications. Englewood Cliffs, Prentice Hall.
- Radin, B. A.** (2000) Beyond Macchiavelli: Policy Analysis comes of age. Washington D. C., Georgetown University Press.

- Rasmussen, J.** (2000) Construction of the Danish teacher. I: Klette, K.; Carlgren, I.; Rasmussen, J.; Simola, H.; Sundkvist, M. Reconstructing Nordic teachers: An analysis of policy texts from Finland, Denmark, Sweden and Norway, University of Oslo, Institute for Educational Research, report No. 10: 38-107.
- Rasmussen, J.** (2004) Undervisning i det refleksivt moderne. Politik, profession, pædagogik, Hans Reitzels forlag, København.
- Reichertz, J.** (2004) Abduktion, Deduktion und Induktion. I: Flick, Kardorff, Steinke (Hrsg.) Qualitative Forschung. Ein Handbuch, 3. Auflage. Hamburg, Rowohlt Taschenbuch Verlag: 276-285.
- Rein, M.; Rainwater, L.** (1987) From welfare state to welfare society I: Rein, M.; Esping-Andersen, G.; Rainwater, L. (Hrsg.) Stagnation and renewal in social policy – the rise and fall of policy regimes. Armonk, NZ, M. E. Sharpe: 143-159.
- Rhodes, R. W. A.** (1997) Understanding Governance. Policy Networks, Reflexivity and Accountability. Buckingham/Philadelphia, Open University Press.
- Riesman, D.** (1953) The lonely crowd: A study of the changing American character. New York, Doubleday & Company.
- Rifkin, J.** (1995) The End of Work. The Decline of the Global Labour Force and the Dawn of the Post-Market Era. New York, G. P. Putnam's Sons.
- Ritzer, G.** (1997) Die McDonaldisierung der Gesellschaft. Frankfurt am Main, S. Fischer Verlag.
- Room, G.** (2000) Commodification and Decommodification: A developmental critique I: Policy and politics, 28: 331-351.
- Rose, N.** (1999) Powers of freedom. Cambridge, University Press.
- Rose, R.** (1986) Common goals but different roles: The state's contribution to the welfare mix I: Rose, R.; Shiratori, R. (Hrsg.) The welfare state east and west. New York/Oxford, Oxford University Press: 13-39.
- Roth, Chr.; Schmid, J.** (2001) Steuerungsprobleme in der europäischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Zur Dialektik von Mehrebenenpolitik I: Burth, H.-P.; Görlitz, A. (Hrsg.): Politische Steuerung in Theorie und Praxis, Baden-Baden, Nomos Verlag: 395-416.
- Rucht, D.** (2003) Global Governance – eine Antwort auf Steuerungsprobleme internationalen Regierens? I: Allmendinger, J. (Hrsg.) Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Leipzig 2002, Teil 2. Opladen, Leske + Budrich: 1010-1023.

- Scharpf, F. X.** (1989) Politische Steuerung und politische Institutionen I: Hartwich, Hans-Hermann (Hrsg.) Macht und Ohnmacht politischer Institutionen, 17. wissenschaftlicher Kongress der DVPW, Darmstadt.: 17-29.
- Scharpf, F. X.; Schmidt, V.** (Hrsg.) (2000) Welfare and Work in the open economy. From vulnerability to competitiveness, Bd. 1. New York, Oxford University Press
- Schimank, U.** (2001) Organisationsgesellschaft I: Kneer/Nassehi (Hrsg.) Klassische Gesellschaftsbegriffe der Soziologie. München, Fink Verlag: 278-307.
- Schirmer, W.; Hadamek, C.** (2007) Steering as paradox. The ambiguous role of the political system in modern society I: Cybernetics & Human Knowing, Volume 14, No. 2-3: 133-150.
- Schmid, G.** (1983) Steuerungskapazität von Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsverwaltung: Erfahrungen und neue Wege I: Matthes, J. (Hrsg.) Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982. Frankfurt/New York, Campus Verlag: 588-603.
- Schmid, G.** (1996) Reform der Arbeitsmarktpolitik: Vom fürsorgenden zum kooperativen Wohlfahrtsstaat I: WSI Mitteilungen, 10: 629-641.
- Schmid, G.** (2000) Arbeitsplätze der Zukunft: Von standardisierten zu variablen Arbeitsverhältnissen. I: Kocka, J.; Offe, C.; Redslob, B. (Hrsg.) Geschichte und Zukunft der Arbeit. Frankfurt/New York, Campus Verlag: 269-292.
- Schmid, G.** (2002) Wege in eine neue Vollbeschäftigung. Übergangsarbeitsmärkte und aktivierende Arbeitsmarktpolitik. Frankfurt/New York, Campus Verlag.
- Schmid, G.** (2004) Risikomanagement im europäischen Sozialmodell. Arbeitsmarktpolitische und normative Aspekte eines Paradigmenwechsels I: Kaelble, H.; Schmid, G. (Hrsg.) Das europäische Sozialmodell. Auf dem Weg zum transnationalen Sozialstaat. Berlin, edition sigma: 375-422.
- Schmid, G.** (2006) Der Mensch denkt und die Institution lenkt: Zur Reformfähigkeit von Staat und Gesellschaft am Beispiel der deutschen Arbeitsmarktpolitik I: Politische Vierteljahresschrift, 47, Jg. (2006), Heft 3. Wiesbaden, VS Verlag: 367-379.
- Schmid, G.; Kull, S.** (2004) Die europäische Beschäftigungsstrategie. Perspektiven der Offenen Methode der Koordinierung I: Kaelble, H.; Schmid, G. (Hrsg.) Das europäische Sozialmodell. Auf dem Weg zum transnationalen Sozialstaat. Berlin, edition sigma: 317-346.
- Schmid, J.** (1998) Stellenwert, Strukturen und Wandel eines Politikfeldes im Wohlfahrtsstaat. I: Schmid, J.; Niketta, R. (Hrsg.) Wohlfahrtsstaat: Krise und Reform im Vergleich. Metropolis-Verlag, Marburg: 139-170.

- Schmid, J.** (2003) Vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung. I: Berg-Schlosser, Dirk (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. 4., überarbeitete und erweiterte Auflage. Opladen, Leske + Budrich: 229-260.
- Schmid, J.; Niketta, R.** (1998) Wohlfahrtsstaat: Krise und Reform im Vergleich. Einführung in die Thematik und in den Band I: Schmid, J.; Niketta, R. (Hrsg.) Wohlfahrtsstaat: Krise und Reform im Vergleich. Marburg, Metropolis-Verlag: 13-32.
- Schmidt, G.** (Hrsg.) (1999) Kein Ende der Arbeitsgesellschaft. Arbeit, Gesellschaft und Subjekt im Globalisierungsprozeß. Berlin, edition Sigma.
- Schmidt, M.** (2001a) Einleitung. I: Schmidt, M. (Hrsg.) Wohlfahrtsstaatliche Politik – Institutionen, politischer Prozess und Leistungsprofil. Opladen, Leske + Budrich: 7-32.
- Schmidt, M.** (2001b) Ursachen und Folgen wohlfahrtsstaatlicher Politik: Ein internationaler Vergleich I: Schmidt, M. (Hrsg.) Wohlfahrtsstaatliche Politik – Institutionen, politischer Prozess und Leistungsprofil. Opladen, Leske + Budrich: 33-53.
- Schmidt, M.** (2003) Vergleichende Policy-Forschung I: Berg-Schlosser, Dirk (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. 4., überarbeitete und erweiterte Auflage. Opladen, Leske + Budrich: 261-276.
- Schneider, W. L.** (2004) Grundlagen der soziologischen Theorie. Band 3: Sinnverstehen und Intersubjektivität – Hermeneutik, funktionale Analyse, Konversationsanalyse und Systemtheorie. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schulte, B.** (2004) Die Entwicklung der Sozialpolitik der europäischen Union und ihr Beitrag zur Konstituierung des europäischen Sozialmodells I: Kaelble, H.; Schmid, G. (Hrsg.) Das europäische Sozialmodell. Auf dem Weg zum transnationalen Sozialstaat. Berlin, edition sigma: 75-106.
- Schwinn, T.** (Hrsg.) (2004) Differenzierung und soziale Ungleichheit. Die zwei Soziologien und ihre Verknüpfung. Frankfurt am Main, Verlag Humanities.
- Sen, A.** (1992) Inequality Reexamined. New York, Russell Sage Foundation.
- Sennett, R.** (1998) The corrosion of character. The personal consequences of work in the new capitalism. New York, Norton & Company.
- Serres, M.** (1987) Der Parasit. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Shalev, M.** (Hrsg.) (1996) The privatization of social policy? Occupational welfare and the welfare state in America, Scandinavia and Japan. New York, St. Martin's.

- Skocpol, T.** (1985) Bringing the state back in. Strategies of analysis in current research. I.: Evans, P. B.; Rueschemeyer, D.; Skocpol, T. (Hrsg.) Bringing the state back in. Cambridge, Cambridge University Press: 3-43.
- Skocpol, T.; Amenta, E.** (1986) States and Social Policies. I: Annual Review of Sociology, Vol. 12: 131-157.
- Smelser, N. J.; Swedberg, R.** (Hrsg.) (2005) The Handbook of economic sociology, 2<sup>nd</sup> edition. Princeton, University Press.
- Smith, A.** (1979) Nationalism in the twentieth century. New York, New York University Press.
- Springer, S.; Schönberger, K.** (Hrsg.) (2003) Subjektivierte Arbeit. Mensch, Organisation und Technik in einer entgrenzten Arbeitswelt. Frankfurt am Main, Campus Verlag.
- Stichweh, R.** (2000) Systemtheorie der Exklusion. Zum Konflikt von Wohlfahrtsstaatlichkeit und Globalisierung der Funktionssysteme. I: (ders.) Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag: 85-102.
- Stichweh, R.** (2006) Inklusion und Exklusion. Studien zur Gesellschaftstheorie. Transcript Verlag, Bielefeld.
- Streeck, W.** (1990) Status and Contract: Basic Categories of a Sociological Theory of Industrial Relations I: Sugarman, D.; Teubner, G. (Hrsg.) Regulating Corporate Groups in Europe. Baden Baden, Nomos Verlag: 105-145.
- Streeck, W.; Schmitter, Ph.** (Hrsg.) (1985) Private Interest Government. Beyond Market and State. London, Sage Publications.
- Sutter, B.** (2005) Von Laien und guten Bürgern. Partizipation als politische Technologie I: Bogner, A.; Torgersen, H. (Hrsg.) Wozu Experten? Ambivalenzen der Beziehung von Wissenschaft und Politik. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften: 220-240.
- Svallfors, S.; Taylor Gooby, P.** (Hrsg.) (1999) The End of the Welfare State? Responses to State Retrenchment. London, Routledge.
- Swank, D.** (2002) Global Capital, political institutions, and policy change in developed welfare states. Cambridge, Cambridge University Press.
- Tacke, V.** (2000) Soziologische Beobachtungsoptiken in der "grenzenlosen Gesellschaft" – Ein Vorschlag zur Neujustierung industriesoziologischer Schlüsselkonzepte. I: Minssen, H. (Hrsg.) Begrenzte Entgrenzungen. Wandlungen von Organisation und Arbeit. Berlin, edition sigma: 105-137.
- Taylor Gooby, P.** (Hrsg.) (2004) New risks, new welfare. The transformation of the European welfare state. New York, Oxford University Press.

- Therborn, G.** (1986) Karl Marx Returning. The welfare state and Neo Marxist, Corporatist and Statist Theories. I: International Political Science Review. Nr. 7: 131-164.
- Titmuss, R.** (1958) Essays on the welfare state. London, Allen and Unwin.
- Titscher, S.; Meyer, M.; Wodak, R.** (1998) Methoden der Textanalyse. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ullrich, C.** (2003) Die "Aktivierbarkeit" wohlfahrtsstaatlicher Adressaten. Zu den Grenzen aktivierender Sozialpolitik. I: Allmendinger, J. (Hrsg.) Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Leipzig 2002, Teil 2. Opladen, Leske + Budrich: 956-960.
- Vincent-Jones, P.** (2006) The new public contracting. Oxford, Oxford University Press.
- Vobruba, G.** (1978) Staatseingriff und Ökonomiefunktion I: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 7, Heft 2: 130-156.
- Vobruba, G.** (1992) Jenseits der sozialen Frage. Frankfurt am Main, edition suhrkamp.
- Vobruba, G.** (2003) Freiheit: Autonomiegewinne der Leute im Wohlfahrtsstaat. I: Lessenich, S. (Hrsg.) Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse. Frankfurt/New York, Campus Verlag: 137-156.
- Vobruba, G.** (2007) Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Das Grundeinkommen in der Arbeitsgesellschaft. 2. erweiterte Auflage. Wiesbaden, VS Verlag.
- Vogel, B.** (2004) Der Nachmittag des Wohlfahrtsstaats. Zur politischen Ordnung gesellschaftlicher Ungleichheit I: Mittelweg 36: 36-55.
- Vogel, B.** (2006) Soziale Verwundbarkeit und prekärer Wohlstand. Für ein verändertes Vokabular sozialer Ungleichheit I: Bude, H.; Willisch, A. (Hrsg.) Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg, Hamburger Edition: 342-355.
- Vogel, B.** (2007) Die Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft. Hamburg, Hamburger Edition.
- Voß, G.** (1991) Lebensführung als Arbeit. Über die Autonomie der Person im Alltag der Gesellschaft. Stuttgart, Ferdinand Enke Verlag.
- Voß, G.** (1994). Das Ende der Teilung von "Arbeit und Leben"? An der Schwelle zu einem neuen gesellschaftlichen Verhältnis von Betriebs- und Lebensführung. I: Beckenbach, N.; Treeck, W. (Hrsg.), Umbrüche gesellschaftlicher Arbeit Göttingen, O. Schwartz: 269-294.

- Voß, G.; Pongratz, H.** (1998) Der Arbeitskraftunternehmer. Eine Grundform der Ware Arbeitskraft? I: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 50, Heft 1: 131-158.
- Weimer, D.; Vinning, A.** (1989) Policy Analysis. Concepts and Practice. Englewood Cliffs, Prentice Hall.
- White, S.** (2000) Social rights and the social contracts – Political theory and new welfare politics I: British Journal of Political Science, Nr. 30: 507-532.
- Willke, H.** (1983) Entzauberung des Staates. Überlegungen zu einer sozietaalen Steuerungstheorie. Königstein, Athenäum Verlag.
- Willke, H.** (1989) Zum Problem der staatlichen Steuerung im Bereich der Sozialpolitik I: Vobruba, G. (Hrsg.) Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik. Berlin, Duncker & Humblot: 109-123.
- Willke, H.** (1992) Ironie des Staates. Grundlinien einer Staatstheorie polyzentrischer Gesellschaft. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Willke, H.** (1997) Supervision des Staates. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Willke, H.** (1998) Systemtheorie 3: Steuerungstheorie. Grundzüge der Theorie der Steuerung komplexer Sozialsysteme, 2. Auflage. Stuttgart, G. Fischer.
- Willke, H.** (1999) Systemtheorie 2: Interventionstheorie. Grundzüge einer Theorie der Intervention in komplexe Systeme, 3. Auflage. Stuttgart, G. Fischer.
- Willke, H.** (2001) Wissensgesellschaft I: Kneer, G.; Nassehi, A.; Schroer, M. (Hrsg.) Klassische Gesellschaftsbegriffe der Soziologie. München, Fink Verlag: 379-398.
- Woods, D. R.** (2006) Focusing on care: Family policy and problems of analysis. WIP working paper, Nr. 30.
- Yanow, D.** (1996) How does policy mean? Interpreting policy and organizational actions. Washington, D. C., Georgetown University Press.
- Zapf, W.** (1984) Welfare production: Public versus private I: Social Indicators Research, Vol. 14: 263-274.
- Zürn, M.** (2003) Wohlfahrtspolitik im Zeitalter der Globalisierung – The new politics of intervention I: Allmendinger, J. (Hrsg.) Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Leipzig 2002, Teil 2. Opladen, Leske + Budrich: 1065-1072.